

die Heimat

KREFELDER JAHRBUCH



JAHR-
GANG 65

Kauf mit Schwung!



**"Ich bin von Kopf
bis Fuß auf Leonhardt
eingestellt."**

*(Eine Klasse für sich:
Hosen Leonhardt,
Inhaber Horst Harges)*

**Schwänen
Markt**

57 schwungvolle Einkaufsadressen:

MODE ● GESCHENKE ● SCHMUCK ● REISEN ● BLUMEN ●
SCHNELL-SERVICE ● CAFÉS ● RESTAURANTS ● WOHNEN
● HOBBY/FREIZEIT ● FEINKOST ● BÄCKEREIEN ● MUSIK
● DROGERIE ● FOTO ● POST-INFO ● UND VIELES MEHR!

die Heimat

KREFELDER JAHRBUCH



Zeitschrift für
niederrheinische
Kultur- und
Heimatpflege

Herausgegeben vom
Verein für Heimatkunde
in Krefeld

Schriftleitung
Oskar Burghardt
Reinhard Feinendegen

Jahrgang 65
November 1994
ISSN 0 342-5185

Inhalt

Archäologie und Bodendenkmalpflege

- Christoph Reichmann 131 Neue Untersuchungen zur Baugeschichte der Burg Linn
-

Geschichte

- Marianne Boekels 23 Die Stunde Null. Zwischen Bangen und Hoffen 1945
Friedrich Lothar Mand 26 Eine Kindheit und Jugend in Krefeld in ungewöhnlicher Zeit
Heinz Hüttenes 33 Schanzen an Panzergräben in und um Krefeld zum Ende des Zweiten Weltkriegs
Hans Peter Hansen 42 „... etwaige angenommene Zerstörungen durch Fliegerbomben ...“ — Luftschutzpropaganda in Krefelder Polizeiakten und Zeitungen während des Nationalsozialismus
- Joachim Lilla 60 Die Verwaltung des Stadtteils Uerdingen von 1929 bis 1940
Hans Jürgen Küsters 87 Krefeld um die Jahrhundertwende
Hermann Steffens 93 Die Krefelder Verwaltungschefs
Angela Klein-Kohlhaas 157 Die Alt-Katholische Gemeinde Krefeld
Klaus-Peter Vosen 165 Oberpfarrer Dr. Hermann Joseph Schmitz (1841—1899) als Kommentator politischer Ereignisse. Ein Beitrag zur Stellung der Katholiken Krefelds zu deutschem Staat und deutscher Monarchie in den achtziger Jahren des 19. Jahrhunderts
- Ulrich Houben 170 Der Rittersitz Velde in Kempen-Schmalbroich-Wall
Joachim Lilla 189 Hermann Keussen der Ältere (1829—1894). Ein Erinnerungsblatt zum 100. Todestag des Krefelder Stadtgeschichtsforschers
-

Architektur, Denkmal- und Stadtbildpflege

- Georg Opdenberg 13 Krefelder Denkmäler
-

Theater, Kunst, Musik und Literatur

- Wilhelm Stratmann 103 Theaterdiskussion in Krefeld — alles schon mal dagewesen?
Ingrid Knierbein 113 Zur Uraufführung von Gustav Mahlers 3. Sinfonie in Krefeld anlässlich des Tonkünstlerfestes 1902
Alois Wolfgang Arbogast 121 Zwei Briefe von Louis Spohr an Wilhelm von Beckerath (1800—1865). Der Kasseler Hofkapellmeister an den Krefelder Kaufmann und Musiker
- Ursula Broicher 127 Jean-Jacques Flatters — ein Krefelder Bildhauer in Paris
Franz Janssen 168 Otto Brües und Josef Winckler: Zwei rheinische Autoren am „Gymnasium zu Krefeld“



Die Burg Linn um die Jahrhundertwende; Blick in den Rittersaal, Aquarell von Agnes Kaiser. Aus: Alte Krefelder Häuser und Winkel. Zeichnungen und Aquarelle von Agnes Kaiser aus den Jahren 1905—1919; Krefeld 1983

Mundart, Gedichte und Erzählungen

Werner Böcking	59	Schlittschuhläufer
Werner Böcking	59	Kindertraum
Wilhelm Maas	126	Die alde Schazen
Paula Coerper-Berker	182	Kleines Krefelder Sprach-Museum — (fast) vergessene Wörter und Wendungen des Krefelder Platt

Aus dem Heimatleben

Renate Wilkes	6	Von Oktober zu Oktober
Christoph Reichmann	148	Museumsdirektorin Dr. Renate Pirling trat in den Ruhestand
Joachim Lilla	150	Helmuth Croon (1906—1994). Leben und Werk
Reinhard Feinendegen	190	Der Verein für Heimatkunde 1993/94
	191	Bücher
	204	Personalien / Jubiläen
	208	Corrigenda
	209	Bildnachweis
	210	Die Autoren



„Die Heimat“ wird herausgegeben vom Verein für Heimatkunde e.V. in Krefeld. 1. Vorsitzender ist Dr. Reinhard Feinendegen, Gertrudisstraße 14, F 50 31 70. 2. Vorsitzender Dr. Heinz Büsch, Ostwall 85, F 77 82 38, Schriftführer Hans Grubert, Hochbendweg 110, F 31 26 52, Kassenwart Maria Wenders, Carl-Schurz-Straße 12, F 75 53 48, weitere Vorstandsmitglieder sind Dr. Oskar Burghardt, Taubenstraße 47, F 50 54 78, Albert Steeger, Dr. Eugen Gerritz und Dr. Guido Rothhoff. Der

Verein erhebt einen Jahresbeitrag von DM 30,—; darin ist der Bezug der „Heimat“ eingeschlossen. Zahlungen werden zu Beginn des Jahres erbeten; die Konten des Vereins sind: Sparkasse Krefeld 309 617 (BLZ 320 500 00), Postscheckamt Köln 107 175-508 (BLZ 370 100 50).

„Die Heimat“ erscheint jährlich im November. Für Nicht-Mitglieder sind die Hefte außer beim Kassenwart des Vereins auch bei den Krefelder Buchhandlungen zum Buchhan-

delspreis zu beziehen. Der Kassenwart vermittelt auch frühere Jahrgänge. Die Anzeigenverwaltung liegt in Händen des 2. Vorsitzenden.

Die Autoren vertreten ihre Beiträge selbst.

Nachdruck nur mit Genehmigung des Herausgebers. Das Recht an den Bildern bleibt den Fotografen oder den Eigentümern der Vorlagen vorbehalten.

Liebe Leserin! Lieber Leser!

Am 30. November 1993 wurde dem Mitschriftleiter der „Heimat“ Dr. Oskar Burghardt der Rheinlandtaler verliehen. Der so Geehrte hielt bei diesem Anlaß eine Dankesrede, aus der hier einige Abschnitte folgen. Sie drücken in eindringlicher Weise aus, um was es den Heimatkundlern bei ihrer Arbeit geht. Sie können auch als Hintergrund für die Herausgabe eines solchen Jahrbuches wie „die Heimat“ verstanden werden und sollen deshalb in diesem Jahr an die Stelle des Vorworts treten. Ich freue mich über die Gelegenheit, Dr. Burghardt noch einmal Dank zu sagen für 16 Jahre engagierter Mitarbeit an der „Heimat“. Der Dank an die Autoren, Förderer, Zusteller des vor Ihnen liegenden Jahrgangs soll deshalb nicht fehlen; sie halten uns zum größten Teil schon seit vielen Jahren die Treue. Möge der 65. Jahrgang vielen reichen Gewinn bringen!

Reinhard Feinendegen

Bewahren von Erinnerung: ein Traum?

von Oskar Burghardt

Haben wir nicht alle einmal Träume gehabt oder haben sie noch? Den Traum von einem guten Examen, von einer harmonischen Beziehung, von einem verständnisvollen Chef, von einem erfüllten Leben, von einem gnädigen Tod? Das Träumen gehört genau so existent zum Leben des Menschen wie das Essen und das Trinken. Wären wir unserer Träume und Sehnsüchte beraubt, würde der Motor unseres Lebens arg ins Stocken geraten. Hoffnung, Sehnsucht und Träume bilden den Saft, der ihn treibt. Sie bewirken letztlich auch, daß wir fähig sind, etwas zu leisten, etwas zustande zu bringen, über das zu freuen und das zu feiern, es sich lohnt. ...

Auch ich habe einen Traum: den des Festhaltens, des Bewahrens von Erinnerung. Nahezu Monat für Monat erlebe ich, daß mir liebgewordene Menschen aus meinem Gesichtskreis entschwinden, sei es durch Pensionierung, durch Tod, durch andere Umstände. Es waren und sind Menschen, die mich ein Stück meines Lebens begleitet haben, die mir wohlgesonnen waren, die mich bereichert

haben. Und doch: nur kurz ist die Zeit, und niemand spricht mehr von ihnen. ...

Haben wir nicht mehr die Zeit und die Geduld, den Alten zuzuhören, wenn sie von früher erzählen, auch von ihren Träumen? Ihre zerstoßenen Träume von einer besseren Welt sind Verpflichtung für die nachfolgende Generation. Ein Traum? Keiner hat dies meines Erachtens besser in Worte gefaßt als der wiederentdeckte Neusser Schriftsteller und Dichter Karl Schorn, dessen 100. Geburtstages in diesem Jahr gedacht wurde. Er sagte: „Ihr Jungen werdet nicht ungeduldig, wenn alte Leute vom Vergangenen erzählen. Diese Vergangenheit ist einmal ihre Zukunft gewesen und eure gegenwärtige Zukunft wird sehr bald eure Vergangenheit sein.“ Genau darin sehe ich die Motivation für meine Arbeit im Verein für Heimatkunde und im Landschaftsbeirat: zu dokumentieren, zu berichten, zu bewahren, zu schützen. Ein historisches Gewissen zu entwickeln, sollte die vornehmste Aufgabe aller sein. Vergangenheit ist eben kein steriles Museum, wie der berühmte österreichische Schriftsteller Thomas Bernhard meint, der in einem Gespräch mit Krista Fleischmann sagte: „Das Zurückdenken hat ja keinen Sinn, weil da bewegen Sie sich ja sowieso in einem Museum, das feststeht, so wie die ganze Geschichte. Ist ja uninteressant. Spannend ist ja nur, was kommt, aber spannend ist nicht das, was war.“ Tausende Male haben die Geschichtswissenschaften, die Archäologie, die Geowissenschaften, aber auch die Literatur bewiesen, daß dem nicht so ist, daß Geschichte äußerst spannend ist, daß sie trifft, daß sie betroffen macht und zur Stellungnahme herausfordert. Auf Krefeld bezogen erinnere ich nur an die jüngste Veröffentlichung des Vereins für Heimatkunde: „22. Juni 1943: als Krefeld brannte.“ Welche Erlebnisse, welche Gefühle, welche Emotionen stecken in diesen Berichten! Sind sie ein uninteressantes Museum? Die Antwort auf diese Frage brauche ich nicht zu geben. Sie beantwortet sich von selbst. Und so könnte ich hier noch viele weitere Beispiele aus der „Heimat“ anführen, die letztlich zu dem führen, was Professor Dr. Severin Corsten am Ende seiner Festrede zum 75jährigen Bestehen des Vereins für Heimatkunde singgemäß sagte: Um die Zukunft zu begreifen, muß ich, wie beim Weitsprung, zunächst einige Schritte zurückgehen in die Vergangenheit, um dann einen kühnen Sprung über die Gegenwart in die Zukunft zu tun. ...

Von Oktober zu Oktober

von Renate Wilkes

1. Oktober 1993 bis 30. September 1994 — zwölf Monate in der Geschichte der Stadt Krefeld. Man würde diesen Monaten zuviel des Guten nachsagen, wenn man sie für besonders bemerkenswert hielte. Eine Stadt wie Krefeld hat ihre eigene Dynamik. Sie lebt auch dann relativ munter vor sich hin, wenn ihre „Oberen“ ihr keine besonderen Impulse zu geben vermögen, Sparverfügungen im Hau-Ruck-Verfahren erlassen und jede mögliche Entscheidung immer gleich zu den Akten legen, wenn sich irgendein Protest regt. So bleibt es bei Finanzschwäche der öffentlichen Hand, 12 Prozent Arbeitslosigkeit, Fortsetzung der Wirtschaftslaute während ringsum die Städte und Gemeinden ihre Gewerbegebiete ausbreiten, Innenstädte neu gestalten und Wohngebiete arrondieren. Am Horizont dieser zwölf Monate steht der Wechsel der Mehrheit im Stadtrat. Ob die neuen Herren der öffentlichen Geschicke aus den Mißgeschicken und Unterlassungen ihrer Konkurrenz gelernt haben, werden wir im kommenden Jahr wissen. Hier wollen wir einen Zeitabschnitt bilanzieren, der trotz der öffentlichen Mittelmäßigkeit erkennen läßt, daß es den meisten Krefeldern im privaten Leben ganz gut geht. Eins ist sicher: Nie wurden Krefelder so alt wie heutzutage.

„Wir werden ein Schmierentheater“, wird Wolfgang Gropper, Generalintendant des Stadttheaters, am Morgen des 1. Oktober 1993 in den Tageszeitungen zitiert. Dem Theater sind Einsparungen von sechs Millionen Mark angedroht. Gerhard Ritters, Obermeister der Innung für das Metallhandwerk, bekommt das Bundesverdienstkreuz. Einen Sturm der Entrüstung löst der Sparplan aus, einige Stadtteil-Rathäuser zu schließen. Im Zoo wird ein Tapir geboren. Sein erstes „Kleidchen“ ist hübsch längsgestreift. Die Fans des Amateur-Kabarets „Die Krähen“ drängeln sich im Kartenvorverkauf. Vilim Mergl aus Krefeld kehrt aus dem balkanischen Kriegsgebiet mit 1200 Briefen zurück, die er an die Adressaten weiterleiten will. Evelyn Houben, hauptberuflich Tanzlehrerin, wird vom Bundesminister für Verkehr für 25 Jahre Wetterbeobachtung ausgezeichnet. Noch steht ein Fragezeichen hinter der Privatisierung des städtischen Fuhrparks. Der Zoo hofft auf den Bau eines neuen Tropen- und Wüstenhauses. Geld aus der zweckgebunde-

nen Gehlen-Stiftung ist vorhanden. In der Glockenspitzhalle findet die deutsche Meisterschaft im Kickboxen statt. Anna und Joseph Krücken feiern in Uerdingen eiserne Hochzeit. Die Niederrheinischen Sinfoniker würdigen den „Tag der deutschen Einheit“ mit einem Konzert im Seidenweberhaus bei freiem Eintritt. Die Yacht-Clubs beenden die Wassersportsaison 1993. Dr. Dirk König wird neuer „technischer Vorstand“ der Stadtwerke, Horst Hannappel „kaufmännischer Vorstand“. Die FDP meldet Turbulenzen; Fraktionschef Heitmann tritt zurück — aber gleich darauf wieder in sein Amt ein. Oberbürgermeister Willi Wahl gratuliert Gabriele und Wilfried Staelberg zum achten Kind. Hans Lohberg, Chorleiter a. D. am Stadttheater, gibt seine „Erinnerungen an das Theaterleben“ als Buch heraus. Die SPD nominiert Oberbürgermeister Willi Wahl als Lokomotive ihres Wahlkampfes. Für Oktober 1994 steht die Neuwahl des Stadtrates an. Martina und Heiner Kruß präsentieren als künftiges Prinzenpaar ihr närrisches Kabinett. Die Feuerwehr rückt zwei Garagen auseinander, um eine eingeklemmte Katze zu befreien. Ratsherr Siegfried Leigraf und seine Frau Gabi treten aus der SPD aus. Der „Krefelder Kreis“ gründet sich als neue Wählergemeinschaft „gegen Klüngel“. An der Grenzstraße werden marode Bäume gefällt. Für den seit langem leeren Neu-Barock-Bau am Dionysiusplatz wird die Einrichtung des „Erlebniskaufhauses Epikur“ angekündigt. Ein Jahr später wartet man immer noch auf die Erlebnisse. Makler Frans Koning wird zum „Radfahrer des Jahres 1993“ gekürt. 150 Mitglieder der Prinzengarde lassen sich für ein CD-Cover fotografieren. Mundart-Experte Klaus Otten meint: „98 000 Krefelder können Platt.“ Der Bürgerverein Traar gibt vereint mit Maler Will Cassel ein Seidentuch heraus. Dr. Rolf L. hat 9,2 Millionen Mark veruntreut und steht vor Gericht. Karl-Eduard von Schnitzler, ehemaliger Star-Kommentator des DDR-Fernsehens, liest aus seinem Buch „Der rote Kanal“ vor. Der „Verein für Heimatkunde“ feiert in Linn sein 75jähriges Bestehen. Glasmaler Hubert Spierling bekommt die Thorn-Pricker-Plakette der Stadt Krefeld. Manfred von Holtum aus Krefeld wird Caritas-Direktor im Bistum Aachen. Für seine Leistungen auf dem Gebiet der beruflichen Bildung wird Klaus Münch mit dem Bundes-

verdienstkreuz ausgezeichnet. Zur Eröff-

nungsveranstaltung der „Suchttage“ gibt es am Eingang für jeden Besucher ein Kondom. Die Burg Linn bekommt eine neue Turmspitze. Zum 1050jährigen Bestehen von Fischeln zeigt der Bürgerverein im Pfarrsaal historische Fotos. Professor Ferdinand Bruckmann feiert mit Musikfreunden seinen Abschied vom Konzertpodium. 1300 Asphalt-Cowboys kommen zum ersten Country-Festival. Professor Gertrud Höhler, Zeitgeist-Expertin, spricht vor der Industrievereinigung Uerdingen.

In Krefeld untergebrachte Asylbewerber bekommen ab November 1993 Lebensmittelpakete anstelle von Bargeld. Die Eishockey-Bundesligisten des KEV halten einen achtbaren Tabellenplatz, sehen aber nicht immer ein volles Haus. Die Eintrittspreise sind für manchen Freund des schnellen Sports ein Hindernis. Diethard Ewald, Leiter des Bauordnungsamtes, kündigt seinen Abmarsch in den Ruhestand an. Der erste Martinszug der Saison zieht durch den Nordbezirk. Der Stadtrat beschließt die Kündigung des Vertrages der Vereinigten Städtischen Bühnen Krefeld-Mönchengladbach, um für sein Sparprogramm freie Hand zu haben. Zur Ratssitzung kommen 1500 Jugendliche, die mit Transparenten gegen Sparmaßnahmen protestieren. In den Krefelder Krankenhäusern wälzt man die Akten; gesucht werden Patienten, die mit möglicherweise verseuchten Blutpräparaten der Firma UB-Plasma versorgt worden waren. Die Fußballer vom FC Bayer 05 kehren mit einem Punkt aus St. Pauli heim und belegen in



Abb. 1. Gestorben im Alter von 83 Jahren: der Künstler, Schriftsteller und Zeitzeuge Ernst Hoff.

der zweiten Bundesliga einen Platz, der erste Aufstiegshoffnungen keimen läßt. Der Künstler, Grafiker, Schriftsteller und unbeteuete Zeitleute Ernst Hoff stirbt im Alter von 83 Jahren. Tennisturnier im Seidenweberhaus, das Ballereignis mausert sich immer mehr zu einem Höhepunkt. In der Glockenspitzhalle präsentieren sich Catcher. Hubert Schirneck, 1989 ein halbes Jahr lang Krefelder Bürger, bekommt den Literaturpreis der Stadt. In der Oppumer Pfarrkirche „zu den heiligen Schutzengeln“ wird eine neue Orgel eingebaut. Kinder- und sonstige Karnevalsprinzenpaare eröffnen die Session 93/94. Eleonore Gonscherowsky aus Krefeld wird Generaloberin der DRK-Schwester in Deutschland. Die Sparkasse Krefeld ehrt den Dülkener Kommunalpolitiker Hermann Dortans mit der Herausgabe einer Medaille. Zum Gedenken an die „Reichskristallnacht“ vor 55 Jahren treffen sich Krefelder am bescheidenen Mahnmal auf dem Platz an der alten Synagoge. Theo Versteegen, im Zivilberuf städtischer Beamter, wird neuer „Dr. humoris causa“. In Krefeld gibt es 247 032 Einwohner, 447 niedergelassene Ärzte, 112 486 Wohnungen und 61 750 Stück Großvieh. Erkenntnisse dieser Art vermittelt das Statistische Jahrbuch 1992, das die Stadt vorlegt. Martha Erdmann wird 100 Jahre alt. In der Innenstadt werden Weihnachtsbäume aufgestellt. Trotz aller Proteste wird das Kapuzinerkloster an der Hülsener Straße zum Jahresende aufgelöst. Pater Leo und Pater Julius wollen der Inrather Pfarre treu bleiben. Krefelder Kulturstiftung und Kulturstiftung des Landes finanzieren gemeinsam für das Kaiser-Wilhelm-Museum den Erwerb einer Richard-Serra-Plastik und für das Deutsche Textilmuseum den Erwerb der Sammlung Veldhuisen, die indonesische Textilien umfaßt. Otto Dorgathen, im VdK-Ortsverband engagiert, bekommt das Bundesverdienstkreuz. Edmund von Holtum aus Traar ist neuer Kreislandwirt. Mit 40 „swarten Pieten“ kommt der Nikolaus aus Venlo in Uerdingen am Rheinufer an. Der Zoo gibt seine zwei Breitmaulnashörner an zwei französische Tiergärten ab, wo sie mehr gleichartige Gesellschaft und eventuell auch mehr Lust an Fortpflanzung haben werden. Die Buchhandlung Plaeschke feiert das 150jährige Bestehen. Der Weihnachtsmarkt wird eröffnet. Die Raiffeisenbank an der Kölner Straße wird überfallen. Der Täter entkommt. Der erste Rauheif und der erste Schnee können fotografiert werden. Drei Ungarn werden als Taschendiebe festgenommen. Den Verdienstorden in Gold des Bundes Deutscher Karnevalisten bekommt Herbert Hölters. Das Arbeitsamt verleiht Nikoläuse und Weihnachtsmänner. Mit dem Bundesverdienstkreuz erster Klasse wird die mehrfache Deutsche Meisterin der Behinderten im Bogenschießen, Anneliese Dersen, ausgezeichnet. Der Kunstverein erinnert mit einer Ausstellung an den Maler Georg Muche. Der SPD-Unterbezirk Krefeld präsentiert Bernd Scheelen als Bundestagskandidaten. Der Verkehrsverein Krefeld zeichnet das Deutsche Textilforschungszentrum mit dem Umweltpreis „pro salute

civitas“ aus. Für sein ehrenamtliches Wirken auf sozialem Gebiet wird Franz Woska ausgezeichnet. Auf den zugefrorenen Teichen werden erste Eisläufer gesichtet. Geologe und Heimatkundler Oskar Burghardt wird mit dem Rheinlandtaler ausgezeichnet.



Abb. 2. Oskar Burghardt, Redaktionsmitglied der „Heimat“, wurde mit dem Rheinlandtaler des Landschaftsverbandes ausgezeichnet.

Mit dem neuen Forum der Gesamtschule Kaiserplatz bekommt Krefeld einen neuen Saal. Auf dem Platz der Wiedervereinigung werden Bäume gepflanzt. Theaterfreunde rufen zur Rettung der Vereinigten Städtischen Bühnen auf. Der Ratsherr und Ingenieur Wilhelm Gobbers wird mit dem Bundesverdienstkreuz ausgezeichnet. Nach einer Gasexplosion in einem Haus an der St. Töniser Straße muß ein Verletzter mit dem Hubschrauber ins Krankenhaus geflogen werden. Oberbürgermeister Willi Wahl tritt als Nikolaus auf. Die Vollversammlung der Industrie- und Handelskammer bestätigt Dr. Frank Paetzold als Präsidenten. Eine Tarifierhöhung für Bahnen und Busse wird angekündigt. Nikolaus und Nikodemus steigen vom Turm der Hülsener Cyriakuskirche zu ihren zahlreichen Freunden herab. Die langen Adventssamstage verschaffen dem City-Einzelhandel kräftige Umsätze. Der Wasserpreis steigt auf 2,49 Mark pro Kubikmeter. Gewerkschafter Friedrich Dols bekommt das Bundesverdienstkreuz. Neue Leiterin der Kaufmannschule ist Germaine Janßen. Jörg Bettendorf, engagiert im Aufbau der Justiz in den neuen Bundesländern, wird mit dem Bundesverdienstkreuz ausgezeichnet. Das Tiefbauunternehmen Horrix meldet Konkurs an. Die Gießerei Siempelkamp meldet 100 Millionen Mark Umsatz. Dr. Ecke von Zezschwitz wird für seine grundlegenden Ar-

beiten zum Schutz des Waldes mit dem Bundesverdienstkreuz ausgezeichnet. Ein nächtlicher Sturm drückt Bäume um. Bischof Dr. Klaus Hemmerle, der Ende Januar stirbt, besucht Krefeld. Der Altenrahmenplan ermittelt einen Bedarf von mehr als 2000 Altenheim- und Pflegeplätzen. Wie der Bedarf gedeckt werden soll, bleibt unklar. Kreishandwerksmeister Wilhelm Hüren bekommt das Bundesverdienstkreuz. Zur eisernen Hochzeit kann man Maria und Robert Leroi gratulieren. Zu vier Jahren Haft wird Bruno B., ehemaliger Geschäftsführer des Deutschen Paritätischen Wohlfahrtsverbandes in Krefeld, wegen sexuellen Mißbrauchs von Kindern verurteilt. Dr. Hans Vogt, ehemaliger Beigeordneter der Stadt, stellt sein Buch „Seidene Kugel — Fliegende Kisten“ vor, in dem er die Anfänge der Fliegerei in Krefeld und am Niederrhein schildert. Hanni Groß, Wanderführerin im Verein Niederrhein, bekommt das Bundesverdienstkreuz. Michael Hallmann, Vorsitzender der KAB und Motor der Briefmarkenfreunde, bekommt auch einen Orden. Diamantene Hochzeit feiern Anne und Karl Meyer. In „altbairischer“ Sprache liest Generalintendant Gropper Ludwig Thomas „Heilige Nacht“ vor. „Schwester Gertrud“ von der Heilsarmee, allen Krefelder Tag- und Nachtschwärmern bekannt, hängt als gezeichnetes Porträt jetzt bei Gleumes. Das Tiefbauamt hat 4200 Schadstellen auf Straßen und Bürgersteigen gezählt und zu wenig Geld zum Reparieren. Ein radelnder Räuber hat sich auf Handtaschenwegreißer spezialisiert. WZ-Redakteurin Billy Beza, vor allem bekannt für ihre Berichterstattung im sozialen Bereich, ist gestorben. Wegen des Rheinhochwassers wird das Uerdinger Rheintor geschlossen. Die Rheinisch-Westfälischen Elektrizitätswerke kündigen den Abzug ihrer niederrheinischen Hauptverwaltung aus Krefeld an. Das zweitgrößte Hochwasser des Jahrhunderts ist Ausflugsziel an den Weihnachtsfeiertagen. Ein Uerdinger Witzbold verkauft „Uerdinger Hochwasser 1994“ auf Flaschen gezogen. Thomas Mauritz wird deutscher Meister im Tischfußball. Rollstuhlfahrer Wolfgang von der Leyen und Tanzlehrerin Jutta Scholz belegen bei den Europameisterschaften im Rollstuhltanz in Oslo den fünften Platz. Astrologin Karin Trunz prophezeit zum Jahreschluß noch vier magere Jahre.

Der KEV eröffnet das Jahr 1994 mit einem Sieg über den Kölner EC. Ein Hund bewacht in einer Tiefgarage den 29jährigen Toten, der sich mit Heroin den „goldenen Schuß“ gesetzt hat. 3000 Gramm schwer ist Gerrit Maximilian, das erste Baby des Jahres. Johanna und Gerhard Wienands feiern diamantene Hochzeit. 13 Hausbewohner und zwei Polizisten werden nach einem Brand an der Bahnstraße mit Rauchvergiftungen ins Krankenhaus eingeliefert. Die Parteien melden sich vermehrt mit Programmen und guten Vorsätzen. Der Wahltermin am fernen Horizont zeigt Wirkung. Die Sternsinger ziehen durch die Stadt. Ein weißrussisch-ukrainisches Sextett steht wegen Erpressung von Asylbewerbern vor Ge-

richt. Die große Hundemarke, die vor Jahresfrist so viel Aufmerksamkeit auf sich zog, wird still und leise vom städtischen Steueramt gegen eine kleine eingetauscht. Die Arbeitslosenquote liegt immer noch bei mehr als 12 Prozent. Vor allem in Krefeld hat die Wirtschaft nach wie vor Flaute. Die Sparkasse Krefeld meldet eine Bilanzsumme von sieben Milliarden Mark. 940 Parkuhren werden auf erhöhte Gebühren umgestellt. Die 24jährige Bardame Friedrike K. erschießt sich in ihrer Wohnung. Bei einer privaten Flugreise nach Luxemburg stürzt der Pilot, Wohnstätte-Vorstand Heribert Heß, aus ungeklärter Ursache mit seiner Maschine ab. Zwei Mitreisende sind ebenfalls sofort tot. Die Hülser Feuerwehr bekommt ein neues Löschfahrzeug. Ratscherr Dieter Backerra bekommt das Bundesverdienstkreuz. Zum Chefarzt der neurologischen Klinik der Städtischen Krankenanstalten wird Dr. Roland Besser gewählt. Weltmeister und Olympiasieger im Eislaufen präsentieren ihre Künste in der Rheinlandhalle. Maurerlehrlinge im Ausbildungszentrum des Bauhandwerks üben für eine Fernsehshow. Bauern klagen über zu geringe Erzeugerpreise bei Kartoffeln und Schweinen. Die Flaute im Tiefbau fordert mit der Firma Thomas ein weiteres Konkursopfer. Margarete Porten, ehemalige Leiterin der Ricarda-Huch-Schule, wird 90. Bei Thyssen-Stahl werden weitere Arbeitsplätze abgebaut. Elisabeth Schack wird 103 Jahre alt. Jupp Konnes wird „narrischer Ehrenbürger“. Die „Grünen“ präsentieren Bürgermeisterin Rita Thies als Bundestagskandidatin. Oberbürgermeister Willi Wahl wünscht sich beim Neujahrsempfang eine Belebung des Wirtschaftsstandorts Krefeld. Professor Dr. Hermann Ostendorf ist neuer Rektor der Fachhochschule Niederrhein. Mozarts „Zauberflöte“ wird auf Drängen des Publikums erneut in den Spielplan des Stadttheaters aufgenommen. Dr. Hans-Volkmar Herbst, erster Vorsitzender des Landschaftsbeirates, ist gestorben. Mit dem Bundesverdienstkreuz werden Marianne und Helmer Raitz von Frentz als „Eltern des Flachmarktes“ ausgezeichnet. Der Mangel an Kindergarten- und Hortplätzen bleibt Diskussionsthema. Vom Land gibt's Geld für die Sanierung der Niepkuhlen. Städtische Krankenanstalten und Hülser Cäcilienhospital sollen privatisiert werden, beschließt der Stadtrat. Der Karneval greift um sich, in den Krefelder Sälen ebenso wie in den Spalten der Tageszeitungen. Das Publikum ist vom neuen Programm der Gesellschaft „Creinvelt“ begeistert. Nach jahrelanger Debatte wird tatsächlich der Auftrag zur neuen Pflasterung der Hochstraße vergeben. Eine Million Mark bietet die Deutsche Bundespost für ein Haus an der Anrather Straße in der Hoffnung, daß der Hausbesitzer einschlägt und seine Klage gegen den Bau des Postfrachtzentrums fallenläßt. Ein 14jähriger Schüler begeht Selbstmord und läßt sich von einem Zug überrollen.

Vor dem Landgericht beginnt im Februar der Prozeß gegen Pfarrer I., der wegen sexuellen Mißbrauchs von Kindern angeklagt ist. Der

Durchschnittsrömer wurde 33 Jahre alt. Das stellt eine Anthropologin nach Untersuchung von Knochenresten fest, die im Museum Burg Linn aufbewahrt werden. Ein 19jähriger Motorradfahrer wird von einem umstürzenden Baum erschlagen. „UdU“ treffen sich die Pennäler nach dem Empfang ihrer mehr oder minder guten Zeugnisse. Der KEV schlägt wahrhaftig die Düsseldorfer EG. Journalist Hinrich Casdorff nimmt von der Prinzengarde das „narrische Steckenpferd“ entgegen. Ein Lkw verliert bei Glatteis auf der Autobahn eine Flaschenreinigungsmaschine. Die A 57 bleibt drei Stunden lang gesperrt. José Garcia reist als Kufenschleifer zu den Olympischen Spielen nach Lillehammer. Der Winterschlußverkauf wird eröffnet. Hermann Josef-Stader, ehemaliger Ratscherr und Geburtshelfer des lokalen Rundfunks, wird von den niederrheinischen Journalisten mit der „Niederrhein-Leuchte“ ausgezeichnet. Johanna Katharina Reiners wird 100 Jahre alt. In Linn kocht die Volksseele bei einer Sitzung der Bezirksvertretung. Auf der Tagesordnung steht die Umwandlung des Geländes zwischen Stadtmauer und Hafenstraße. Heinz-Walter Sauer wird vom Verkehrsverein als humorvollster Bürokrat ausgezeichnet. Erika Klör, guter Geist des VdK, bekommt das Bundesverdienstkreuz. Damit wir es nicht vergessen: Auch die Diskussion über die Fortsetzung der A 44 mit neuer Rheinbrücke dauert ergebnislos an. Mit dem Umbau des Neumarktes wird begonnen. Die Stadt verkauft „Haus Blumenthal“ an Gastwirt Heithecker. Die Rekulktivierung des Mittelstreifens der Ringe ist beendet. Das „Blech“ steht nicht mehr auf den Wurzeln der Bäume herum. KEV-Verteidiger Jason Meyer nimmt in der deutschen Eishockeymannschaft an den Olympischen Spielen teil. Einige wenige Möhnen schaffen locker die Eroberung des Rathauses. Mit dem Thema „Entgiftung von organisch belasteten Abwässern durch Ozon“ erobern die Schüler Marc Lewitzky, Oliver Steer und Christian Olesch einen ersten Preis im Wettbewerb „Jugend forscht“. Durch Verberg, Gellep-Stratum, Stahldorf, Uerdingen, Krefeld und Hüls ziehen Karnevalszüge. Generalintendant Wolfgang Gropper wird in Kiel zum Theaterchef gewählt, bleibt „seinen“ von der Sparkrise gezeichneten niederrheinischen Theatern aber treu. Dr. Hans Greve soll neuer Leiter der herzchirurgischen Klinik der Städtischen Krankenanstalten werden. Die CDU nominiert Dieter Pützhofen als Doppelkandidaten für den Posten des Oberbürgermeisters und für ein Mandat im Bundestag. Schöffe Gustav Martein wird mit dem Bundesverdienstkreuz bedacht. Die ersten Kandidaten für die Nachfolge auf der Position des Generalmusikdirektors treten zum Dirigat an. In Linn bilden sich Bürgerfronten pro und kontra Auto und Parkplätze. Heinz Kaiser, „Erzküster“ an St. Joseph, wird 80 Jahre alt. Es hat geschneit. An einem Bahnübergang wird ein Kleinbus von einem fahrenden Zug erfaßt. Drei Insassen sterben. Die Polizei fängt einen Bullen ein, der auf der Westparkstraße spazierengeht. Business as usual: In einer Bürgerversammlung

streiten Rat, Verwaltung und Bürger um die Gestaltung des Ostwalls. Das 16. Regiment der britischen Royal Signals verabschiedet sich mit einer Parade vor dem Rathaus von Krefeld. Das 7. Signal-Regiment rückt nach. Aus einer Umland-Umfrage resultiert: Krefeld verliert an Ausstrahlung. Als Vorsitzender des Kinderschutzbundes wird Olaf Heimendahl geehrt. 2650 I-Dötzchen rücken in die Schulen ein.

Glückwünsche zum 60. Hochzeitstag hören Anfang März Katharina und Karl Heinrich Peters. Wegen Krötenwanderung machen Autofahrer einen Bogen um das Hülser Bruch. Die Sattlerei Stübben, weltweit berühmt für ihre Reitsättel, wird 100 Jahre alt. Im Tropenhaus des Zoos wird eine Orchideenschau eröffnet und eine pflanzliche Neuschöpfung nach dem ehemaligen Kulturdezernenten Kurt Honnen benannt. Fischeiner Bürger spenden Bäume für ihren neuen Park. Ein Mann stirbt bei einem Dachgeschoßbrand an der Prinz-Ferdinand-Straße. Zum erstenmal füllen sich die Straßencafés. Der Frauenkring Krefeld-Venlo feiert das 30jährige Bestehen. Michael Meurer-Neuenhüskes ist neuer Vorsitzender des Katholikenrates der Region Krefeld. Das Thyssen-Edelstahlwerk soll wieder einmal umgegründet werden. Ein Druckerstreik in den Zeitungsverlagen läßt die lokalen Informationen schrumpfen. Der Stadtrat beschließt die Privatisierung des Fuhrparks. Die Viersener Firma Trienekens wird künftig 49 Prozent der Anteile halten. Dr. Maria Köhler-Degner wird neue Leiterin des Maria-Sibylla-Merian-Gymnasiums. Propst Arthur Füller feiert 60jährige Priesterschaft. Das Greiffenhorstschlößchen wird 150 Jahre alt. Die deutsche Zentrale der japanischen Firma Canon wird im Gewerbegebiet Fichtenhain gebaut. Katholiken und Protestanten bauen in Elfrath das „Gemeinsame Haus“. Der KEV scheidet aus der Play-off-Runde aus. Der FDP-Ehrenvorsitzende und ehemalige Bürgermeister Jürgen Steinert ist gestorben. Maria und Margot Hellwig begeistern mit kommerzieller Volksmusik ein volles Seidenweberhaus. Franz-Joseph Greve, Vorsitzender der Werbegemeinschaft, bringt zu einer City-Sanierungs-Besprechung beim Oberstadtdirektor eine Wall-Viereck-Torte mit. Die Straßenräuber lassen das Handtaschen-Entreißen nicht. Zwei Mitarbeiter der Städtischen Werke haben einen Lkw voller Hilfsgüter für Rumänien gesammelt. Zirkus Busch etabliert sich auf dem Sprödenalplatz. Auf Kritik stoßen die neuesten Spareinfälle der Stadtverwaltung: Gebäude werden nicht mehr angestrahlt, Brunnen abgestellt. Der Karstadt-Konzern baut ein neues Sportartikel-Geschäft an der Hochstraße. Ein vierjähriges Kind stirbt bei einem Wohnungsbrand. Die Gebäude der Rennbahn verwandeln sich dank Sanierung in elegante Architektur. Pfarrer Hans-Dieter I. wird wegen sexuellen Mißbrauchs von Kindern zu vier Jahren Haft verurteilt. Die Drehbrücke im Hafen wird zum Zwecke der endlich stattfindenden Sanierung „verpackt“. Heribert Zangs, ehemals enfant terrible unter

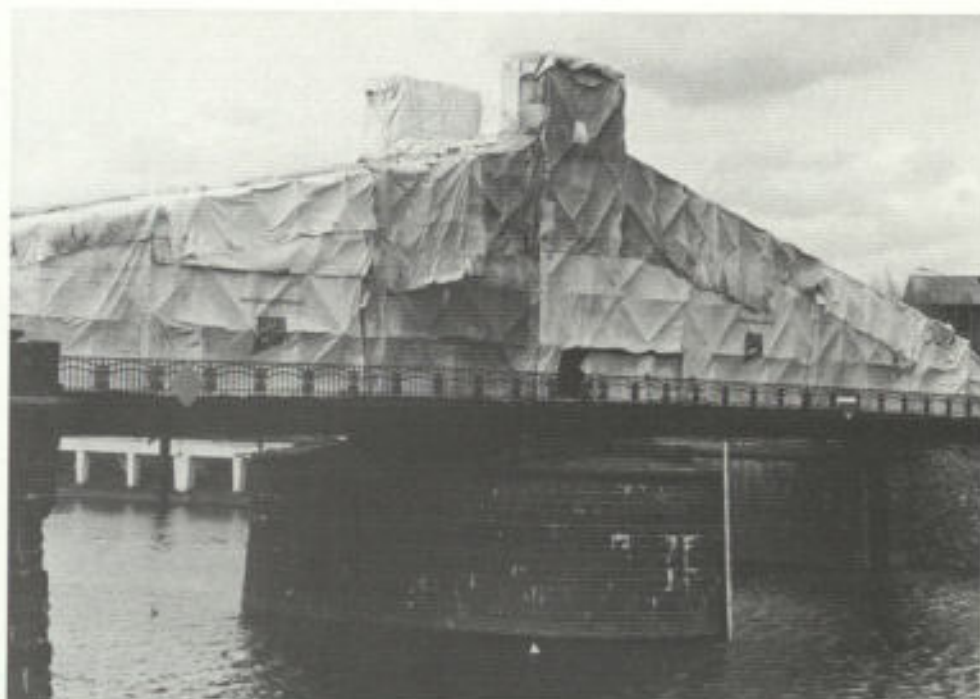


Abb. 3. Die Drehbrücke im Hafen ist nicht nur ein Baudenkmal, sondern auch funktionstüchtig — sagen die Experten. Nun wird instandgesetzt statt abgerissen.

Krefelds Künstlern, wird 70. Das Presseamt der Stadt wird 75. Die 25jährige Ines I. wird von ihrem Mann im Wohnzimmer umgebracht. Die Post am Ostwall ist 100 Jahre alt.

Die DRK-Schwesternschaft erinnert im April an ihre 90jährige Anwesenheit in Krefeld. Pfarrer Hubert Hönings wird 80 Jahre alt. Bei einem Großbrand entsteht im Bayerwerk ein Schaden in Millionenhöhe. Zum Osterspaziergang muß der Regenschirm mitgenommen werden. Private Bauherren planen auf dem „Bahnhofsunker“ einen Kinopalast — ein neuer Zankapfel für Befürworter und Gegner. Spediteur Ewald van Gemmern bekommt das Bundesverdienstkreuz. Polizeipräsident Nordbeck kündigt seinen Ruhestand an. Schwester Gertrud Hermes von der Heilsarmee wird 75. Rainer Bleier muß den Mord an seiner Frau lebenslang büßen. Vor 200 Jahren baute Commerzienrat Conrad von der Leyen sein Stadtschloß, das heutige Rathaus. Der Hauptbahnhof hat nun einen südlichen Ausgang. Doch im Vorgelände ist noch viel zu tun. Elefantendame Yetoo reist zum Hannoveraner Bullen Siporex. Bernd Giesbertz, Ratsherr und „König von Traar“, wird 65. Über Krefelder Straßen schleichen immer mehr Autos mit 6-km-Schild. Maler Herbert Zangs bekommt die Stadtlehrenplakette. Der Zoo bittet Gartenbesitzer um Bambus für seine Pandabären. Die Bundesbahn eröffnet in der Bahnhofshalle einen neuen Schalteraum. Das „arme“ Unternehmen saniert den Krefelder Bahnhof schrittweise. Bürger Rudolf Brincks verklagt die Städtischen Werke wegen 9,89 Mark zu hoch veranschlagter Gebühren und Mißachtung des Kostendeckungsprinzips. Die Klage hat Folgen. Die Chorgemeinschaft „Concor-

dia“ wird 75. Sportfreund Theo Maritzen bekommt das Stadtsiegel. Ulrich Heimann wird als neuer Chef in der städtischen Musikschule begrüßt. Die „Telekom“ baut im Gewerbegebiet Fichtenhain für 75 Millionen Mark ihr „strategisches Computer-Zentrum“. Fachhochschulkanzler Wilhelm Thelen bekommt das Bundesverdienstkreuz. Die Partnerschaft mit der britischen Stadt Leicester wird 25

Abb. 4. „Platz der Wiedervereinigung“ heißt nun das Gelände zwischen Ritterstraße und Fabrik Heeder. Der Süden der Innenstadt hat einen neuen Treffpunkt mit Bänken, Brunnen und Bäumen.



Jahre alt. Die Städte Krefeld und Mönchengladbach beschließen einen neuen Theatervertrag. Jürgen Paschke, ehemals Direktor der Deutschen Bank, ist gestorben. Ein Albaner verletzt einen Arzt in der Praxis mit dem Messer schwer.

Nach erheblicher Kritik werden Gebäudebeleuchtung und Brunnen Anfang Mai wieder in Betrieb gesetzt. Friederike und Erich Thomas und Maria und Ludwig Röttges sind seit 60 Jahren zwei Paare. Vier Loopings hat die Achterbahn zu bieten, die als Hauptattraktion der Kirmes auf dem Sprödenalplatz steht. „Arbeit für alle“ fordert der Deutsche Gewerkschaftsbund im Stadtgarten bei der Maifeier vor einer überschaubaren Menschenansammlung. Die Hülsen ziehen es vor, unter dem Maibaum auf dem Markt zu tanzen. Die Jury hat gesprochen: Jean-Paul Gaultier, Modeschöpfer aus Paris, der in der Branche das Fach des „Gewagten“ vertritt, soll das „Goldene Spinnrad“ bekommen. Dieter Friedrich wird als neuer Polizeipräsident vorgestellt. „Das Museum Burg Linn wird gezielt zerstört“, werfen die Freunde des Hauses Rat und Verwaltung vor: Es soll keinen neuen Museumsleiter geben. Die Burg soll im Winter geschlossen werden. „Radsportdenkmal“ Hennes Junkermann feiert 60. Geburtstag. 130 Keramiker aus sechs Ländern bieten zwischen Rathaus und Theater beim Pottbäckermarkt ihre Ware an. Margarete Porten, ehemalige Leiterin des Ricarda-Huch-Gymnasiums, ist gestorben. Generalmusikdirektor Yakov Kreizberg gibt mit den Niederrheinischen Sinfonikern sein Abschiedskonzert und präsentiert sich unter dem Dirigat seiner Frau Amy Anderson als Pianist. Burg Linn zeigt sich nach langer Renovierung ohne

Baugerüst. Manche Burgfreunde finden den Turmhelm falsch proportioniert. Mit rund 1000 Teilnehmern wird der Linner Flachsmarkt eröffnet. Stärkehersteller Cerestar eröffnet an der Elbe in Barby sein für 250 Millionen Mark gebautes neues Werk. Ratsherr Josef Stangenberg feiert 65. Geburtstag. Mehr als 10 Millionen Mark hat die „Stiftung Herzchirurgie“ für den Bau des neuen Herzzentrums gesammelt. Das desolate Stadtbild und die öffentliche Unsauberkeit sind als Diskussionsthema ein Dauerbrenner. Hans Fuchs, ehemaliger Leiter des städtischen Liegenschaftsamtes, veröffentlicht als Buch *Historie und Histörchen über „Märkte in Krefeld“*. Tödliche Schüsse fallen zu nächtllicher Stunde an der Inrather Straße. Bordellbesitzer Dieter Lüttges ist ermordet worden. Die „Kulturfabrik“ soll vom Dießemer Bruch in eine leere Halle des Schlachthofes umziehen. Der FC Bayer 05 hat den zweiten Tabellenplatz der zweiten Bundesliga erobert. Die Damen des Schachklubs „Turm“ erobern die deutsche Vizemeisterschaft im Damenschach. Die Krefelder Galopprennen finden wegen Renovierung der Rennbahn im Stadtwald zur Zeit in Köln-Weidenpesch statt. Die Badminton-Mannschaft des FC Bayer erringt die deutsche Meisterschaft. Landgerichtspräsident Gustav Marten wird nach Düsseldorf versetzt. Edmund Eicker, langjähriger Vorstand der Städtischen Werke, ist gestorben. Neue Bewohner des Krefelder Zoos sind zwei Spitzmaul-Nashörner. Das alte Straßenbahndepot in Fischeln, „Garage“ der Rosenmontagszug-Wagen, ist abgebrannt. Es wird Brandstiftung vermutet, da in den letzten Tagen mehrere Versuche entdeckt wurden, die Hallen anzuzünden. Die niederrheinischen Gemeinden, Städte und Kreise wollen gemeinsam den Tourismus ankurbeln. Maria Schäfer wird 102 Jahre alt. Otto Hermann Tschakert wird mit dem Bundesverdienstkreuz ausgezeichnet.

Spinnrad-Kandidat Gaultier verärgert Anfang Juni die Jury: Er will zur Verleihung nicht nach Krefeld kommen. Die Jury ernennt ihn zum ehemaligen Kandidaten. Mit einem Fest wird der „Platz der Wiedervereinigung“ an der Ritterstraße eröffnet. Ringsum liegen seit fast 20 Jahren die ehemaligen Industriegrundstücke brach. Das Gymnasium am Moltkeplatz wird 175 Jahre alt. Zwei Krefelder stellen eine Yacht und setzen sich nach Portugal ab. Die Erdbeeren sind reif. Die Krefelder Juristin Beate Zielke wird Beigeordnete in Mönchengladbach. Grundstücke für Wohnungsbau kosten in Krefeld zwischen 230 und 600 Mark. Erstmals ist 1993 der Umsatz im Grundstücksbereich über die Milliardengrenze gestiegen, teilt das Liegenschaftsamts mit. Das Land legt Pläne zur Erweiterung der Fachhochschule vor. Drei Tage lang gibt's Stadtfest in Form von „Krefelder Cocktail“. Zum fünftenmal ist der FC Bayer 05 in die erste Bundesliga aufgestiegen. Archäologin Dr. Renate Pirling sucht in Gellep das 6000. antike Grab. Die Sektion Krefeld im Deutschen Alpenverein wird 100 Jahre alt. Bockum feiert Schützenfest. Mit einer zwar mageren, aber noch



Abb. 5. Die Krefelder Hütte in den Hohen Tauern. Dort und in der niederrheinischen Heimat feierte die Sektion Krefeld des Deutschen Alpenvereins das 100jährige Bestehen.

einigermaßen erträglichen Wahlbeteiligung von 55,6 Prozent geht die Europawahl über die Bühne. In Krefeld hat die CDU mit 38,6 Prozent die Nase vorn, gefolgt von der SPD mit 36,6, der FDP mit 4,8 und den Grünen mit 11,7 Prozent. Willy Hammes, Leiter der Realschule Oppum, geht in den Ruhestand. Die Ärzte der Kinderklinik der Städtischen Krankenanstalten unterstützen den Bau einer Kinderklinik in Beirut. Renate Lauscher, Leiterin

der Grundschule Eichendorffstraße, wird in den Ruhestand verabschiedet. Der Verband der Rheinischen Textilindustrie meldet erneut ein Minus in der Auftragslage. Thyssen-Edelstahl steuert in Krefeld für Ende 1995 eine Zahl von 2700 Arbeitnehmern an. Wer weiß noch, daß die Zahl mal fünfstellig war? 170 Postbedienstete streiken. 500 Tanzpaare treten zum Turnier im Seidenweberhaus an. Die altkatholische Christuskirche ist 100 Jahre alt.

Abb. 6. Eine Erbschaft erlaubt der Krefelder Familienhilfe die Erweiterung des Alternholungsheims „Haus am Berg“, hier mit dem Vorsitzenden Albert Girmes abgebildet.



Bayer-Werksleiter Dr. Kann übernimmt das Patronat über den Uerdinger Heimatbund. Eine Erbschaft versetzt die Krefelder Familienhilfe in die Lage, ihr „Haus am Berg“ zu erweitern. Der ehemalige Ratsherr Johann Kreuzer ist gestorben. Für die Mitarbeiter der Industrie- und Handelskammer gilt ab sofort wieder die 40-Stunden-Woche. Das Restaurant des Seidenweberhauses wird geschlossen. Die große Hitzewelle hat begonnen. Nicht einmal auf dem großen Trödelmarkt auf dem Sprödenalplatz stellt sich Munterkeit ein. Martha von de Fenn wird 100. Urplötzlich bricht an der Kreuzung Rheinstraße die Fahrbahn des Ostwalls ein. Der KEV streitet sich in der Sommerpause mit der Düsseldorfer EG um seinen Stürmer Bruce Eakin. Die Maschinenfabrik Schwietzke und die Bekleidungsfirma „mach 3“ melden Konkurs an. Das Grünflächenamt ist angesichts der Hitze mit dem Begießen von Bäumen und Grünanlagen beschäftigt. Heinz Hoffzimmer, Ingenieur und ehemaliger „Reiseleiter“ des Krefelder Kunstvereins, ist gestorben.

Künstler Klaus Peter Noever wird anfang Juli 65. Der Krefelder Glasmaler Hubert Spierling entwirft die Chorfenster für den Limburger Dom. Margarete und Johann Poschen feiern eiserne Hochzeit. Abends erholen sich die Krefelder in den Biergärten von der Hitze des Tages. Ein sintflutartiger Gewitterregen setzt die halbe Stadt unter Wasser. Das 6000. Gelleper Grab wird gefunden. Es enthält keine Sensationen. Bei einem Unfall auf der Nordtangente verbrennt eine Frau in einem Auto. Gertrud und Emil Kaiser feiern diamantene Hochzeit. Sie beweisen zusammen mit vielen anderen, daß die Krefelder immer älter wer-

Abb. 8. Die Linner Schützen halten's mit der Tradition. Fürs Schützenfest bauen sie das Stadttor wieder auf.



Abb. 7. „Pater-noster-Mannschaft“ taufen die Fans die zum fünftenmal in die erste Liga aufgestiegenen Kicker des FC Bayer 05, hier fotografiert auf der Treppe des Stadtwaldhauses im vollen Schmuck der Utensilien und Logos ihrer Sponsoren.

den. Der Deutsche Gewerkschaftsbund muß sparen. Krefeld, Kreis Viersen und Mönchengladbach werden zum DGB-Kreis Mönchengladbach mit Sitz in Krefeld zusammengeschlossen. Die Stadtwerke unterliegen vor Gericht dem klagenden Bürger Brincks. Sachfremde Kosten würden unberechtigt in den Wasserpreis eingerechnet, so auch das Gehalt für Vorstand Volkmars Kretkowski, dessen Qualifikation zu diesem Amt das Gericht ebenso in Zweifel zieht wie sein ausreißendes Engagement angesichts der Tatsache, daß er gleichzeitig Bundestagsabgeordneter

ist. Das Urteil schlägt wochenlang in der deutschen Medienwelt Wellen. Das DRK Uerdingen besteht seit 100 Jahren. Das Dorint-Hotel setzt für den Shuttle-Verkehr zur Düsseldorfer Messe ein Motorboot auf dem Rhein ein. Die Lackfabrik van Megen am Hülsener Mühlenweg brennt ab. Willi Weesbach, Chef der Firma Henkelhausen, bekommt das Stadtsiegel. Wenn abends die Straßen leer sind, dann liegt das an den Fernsehübertragungen von der Fußball-Weltmeisterschaft. Außerdem ist ein Drittel aller Krefelder in den Ferien verreist. Mit der Werbung für ein Schnupfenmittel auf dem Trikot stellen sich die FC-Bayer-Kicker als neue Erstligisten vor. Die Overbeck GmbH meldet Konkurs an. 106 Arbeitnehmer stehen auf der Straße. Musikanten aus den Anden sind beliebte Muntermacher in der Fußgängerzone. Vorstand Ewald Mensenkamp verabschiedet sich von den Städtischen Werken. Wegen der großen Hitze will die Stadt erst eine Woche später aus der Rheinlandhalle wieder eine Eishalle machen. Uerdingen feiert heiße Kirmes. Die Angestellte einer Spielhalle wird mit einem Baseballschläger erschlagen. Textilunternehmer Dr. Werner Leendertz wird 85. Auf der Rolltreppe an der Rheinstraße wird ein Schwein für einen Kinderfilm auf- und abgefahren. Appolonia Esters wird 105 Jahre alt. Barbara Fink, Vorsitzende der Osteoporose-Selbsthilfe, bekommt einen Orden. Paul Schmitter, ehemals Vorsitzender des Einzelhandelsverbandes, erlebt das gleiche. Am Krefelder Rheinufer wird ein Bein angeschwemmt, in Kaiserswerth wird ein Kopf gefunden.

Elisabeth und Peter Pescher feiern am 1. August diamantene Hochzeit. Ein vierjähriger Junge aus Oberhausen ertrinkt im Eifrather See. 120 Reithosen werden einem Krefelder bei den Weltreiterspielen in Amsterdam aus dem Auto geklaut. Linn feiert Burg-, Trachten- und Heimatfest. Dr. Elmar Limpach, ehemals

Vorsitzender des Arbeitgeberkreises Gesamttextil, wird 80. Die VHS bietet im neuen Semester 190 Sprachkurse. Der Inrather Männergesangverein wird 125 Jahre alt. Pfarrer Wilhelm Rang nimmt Abschied von St. Peter. Auf dem Fußballplatz bricht ein Spieler des SV Viktoria tot zusammen. Maler Will Cassel wird zum „Radfahrer des Jahres“ ernannt. Unternehmer Dieter Siempelkamp bekommt das Bundesverdienstkreuz. Die Erdbeschäden im Stadtbad Neusser Straße sind behoben. Man kann wieder baden gehen. Dr. Otto Paulitschek, ehemals Chef am Maria-Hilf-Hospital und jetzt Helfer der Notleidenden im philippinischen Manila, wird mit dem Stadtsiegel ausgezeichnet. Eine 34-jährige Frau und ihr vierjähriger Sohn werden ermordet. Die Polizei sucht den tatverdächtigen Mann. Trotz schattigen Wetters gehen 7000 Radler beim Niederrheinischen Radwandertag auf Tour. „Als Krefeld brannte“ heißt das Buch, das Erinnerungen von Krefeldern an die Bombennacht vom 22. Juni 1943 zusammenfaßt. Besuche von Politikern beweisen: Der Wahlkampf kommt in Gang. Auf dem Sprödenalplatz wird die Niederrheinische Landesausstellung eröffnet. Anna und Heinrich Esser fahren am diamantenen Hochzeitstag mit der Kutsche in die Kirche. Die Linner Museumsfreunde verabschieden Dr. Renate Pirling als Museumsleiterin. Auch in Krefeld hat Lotto Hochkonjunktur. Jeder will den fetten Jackpot knacken. Die Gesellschaft Creinvelt „erwirtschaftet“ beim ausverkauften Benefizabend im Stadttheater für dasselbe einen fünfstelligen Spendenbetrag. Jazz im Hof der Burg Linn findet unter Regenschirmen statt. Hans Reichenberg, aktiv in der Polenhilfe, bekommt den Bundesorden.

Katherina und Willy Joch feiern Anfang September Diamanthochzeit. Das Verdienstkreuz am Bande bekommt Hans-Josef Claessen. Die Linner Kirche St. Margareta wird nach einer Renovierung wiedereröffnet. Max Fleck, Karnevalsaktivist, ist gestorben. Die Metzgerei Boeckstegers feiert das 100-jährige. Und Uerdingen feiert Schützenfest. Mit dem Adolf-Luther-Förderpreis wird der Künstler Andreas Slominski ausgezeichnet. Manfred Hattstein bekommt den Verdienstorden. Mit Hilfe von Sponsoren und Benefizveranstaltungen versuchen die Karnevalisten, die Grundausstattung des Rosenmontagszugs zu finanzieren. Die öffentlichen Angelegenheiten machen kurz vor dem Oktober-Wahl-Termin Pause. Pfarrer Franz Schnitzler verabschiedet sich von der Elisabethkirche. Nachbarpfarrer Norbert Lucht von St. Stephan muß die verwaiste Heilige mitbetreuen. Siegfried und Gabriele Leigraf präsentieren sich als künftiges Karnevals-Prinzenpaar. Die Kulturstiftung der Sparkasse Krefeld will nach einem Entwurf des Glasmalers Hubert Spierling ein Fenster im Hauptbahnhof finanzieren. Der Literaturpreis der Stadt Krefeld wird Herbert Genzmer zugesprochen. Die City rüstet sich zur „Größten Straßenmodenschau der Welt“ und für 500 000 Besucher. Modeschöpfer Pierre Cardin, der vor 30 Jahren das „Goldene Spinn-



Abb. 9. Verschollen ist seit Jahrzehnten das „Phrix-Fenster“ aus dem Hauptbahnhof. Die Kulturstiftung der Sparkasse Krefeld spendiert jetzt ein neues Fenster. Glasmaler Hubert Spierling entwirft es.

rad“ bekam, kommt als Ehrengast. Mit einem Spiel gegen den Kölner EC und einem neuen Liga-System startet der KEV in die neue Saison. Beim Hülser Bottermaat herrscht dichtes Gedränge. Bundesweites Aufsehen erregt die Aufhebung eines Krefelder Gerichtsurteils in Karlsruhe: Kriegsdienstverweigerer Christoph H. durfte den Aufkleber „Soldaten sind Mörder“ doch verwenden. Sogar der Bundeskanzler kritisiert die Richter. Die neue Kurt-Tucholsky-Gesamtschule wird eröffnet. St.-Joseph-Kantor Josef Schwal-

bach wird zum Diözesan-Referenten für Kirchenmusik berufen. Berta und Johann Glasmacher erleben den 60. Jahrestag ihrer Ehe. Ursula Glasmacher bekommt die silberne Rose im Bundeswettbewerb des Damenschneiderhandwerks. Die Schauspielerin Ruth Niehaus, aus Krefeld stammend, stirbt 66-jährig in Hamburg. Der Deutsche Paritätische Wohlfahrtsverband eröffnet sein neues Haus am Wiedenhofplatz. Zwei Wochen später wählen die Krefelder ihren neuen Stadtrat. Aber das ist schon ein neues Kapitel.

Abb. 10. 500 000 Besucher und der französische Modeschöpfer Pierre Cardin kommen zur „Größten Straßenmodenschau der Welt“. Unser Bild zeigt Cardin im Mantel des „Seidenbarons“ mit Paul Köser, Jürgen Schrömgens, Oberbürgermeister Willi Wahl und Franz-Joseph Greve (von links).



Krefelder Denkmäler

von Georg Opdenberg

Im 21. Jahrgang der „Heimat“ erschien ein Beitrag über die Krefelder Denkmäler unter dem oben gewählten Titel¹⁾. Karl Rembert, der Verfasser, beschrieb in einer Art Rundgang durch das gesamte Krefelder Gebiet einen Großteil der Grab-, Mahn-, Ehren- und Denkmäler sowie einige Naturdenkmäler, Brunnen und Standbilder. Darüber hinaus erinnerte er an die in den vergangenen Jahren und Jahrzehnten verlorengegangenen oder zerstörten Bildnisse, an deren ursprüngliche Aufstellungsorte oder deren einstige Bedeutung.

Im Gegensatz zu meinem Vorgänger möchte ich verstärkt über die Beweggründe nachdenken, die zur Denkmalaufstellung führten. Noch wichtiger aber ist die Frage nach der Dauerhaftigkeit der Erinnerung und nach der Wahrhaftigkeit, mit der dem angesprochenen Anliegen der Erinnerung Rechnung getragen wurde. Sind die verwendeten Mittel in der Lage, die Erinnerung wachzuhalten? Welche „Sprache“ wird hier gesprochen? Ist es die Sprache und das Anliegen einzelner Personen oder Gruppen oder das der gesamten Bevölkerung?

Wenn man sehenden Auges durch die Stadt und deren Umland geht und gleichzeitig auch das, was auf den ersten Blick selbstverständlich erscheint, einmal hinterfragt, wird man mit Erstaunen feststellen, daß es eine Fülle von „Denkmälern“ gibt, Zeichen, die eine Erinnerung an Personen oder Ereignisse in den Alltag tragen sollen. Oft ist es nur die Anbringung einer Plakette oder Tafel an bestimmten Gebäuden — zum Beispiel am Haus Prinz-Ferdinand-Straße 116, in dem 1882 der 100 000ste Einwohner Krefelds geboren wurde, der damit Krefeld zur Großstadt machte²⁾ —, die Benennung von Straßen und Plätzen — wie die Schneiderstraße, die nach dem Polizeioberkommissar Schneider benannt ist, der bei der Verteidigung des Krefelder Rathauses gegen die Separatisten schwer verletzt beim Abtransport im Krankenwagen überfallen und erschossen wurde³⁾, die Namengebung für ein Gebäude — das Philadelphiahaus soll erinnern an die erste geschlossene Auswanderung von dreizehn deutschen Familien nach Amerika 1683 von Krefeld aus —, eine Turnhalle oder Sportanlagen — wie die Hubert-Houben-Kampfbahn — oder auch die Errichtung von kleinen, Tempelchen ähnli-



Abb. 1. Dionysiusplatz und Mariensäule vor dem Zweiten Weltkrieg

chen Gebäuden — wie im Stadtwald im Gedenken an den Stifter des Geländes Wilhelm Deuß. Hinzu kommen noch eine Fülle von Plastiken mit einer Widmung, Brunnen, die große Zahl von Grab- und Mahnmalen auf den neuen und alten Friedhöfen und dort, wo einmal Friedhöfe waren.

Eine Auflistung oder gar Beschreibung dieser Vielzahl von Erinnerungszeichen, die sich oft nur noch im Verborgenen befinden, würde den Rahmen dieses Beitrages sprengen. Darum möchte ich mich nur auf einen einzelnen Platz beschränken, der aber, wie sich noch zeigen wird, eine Fülle von Erinnerungsmalen mit allen Widersprüchen und Schwierigkeiten birgt. Somit bleibt Zeit und Raum, um den einzelnen Gedanken in Ruhe folgen zu können.

Was aber ist ein Denkmal?

Unter diesem Begriff versammeln wir alles mögliche. Nicht nur Standbilder bedeutender

Personen, möglichst auf einem Sockel, sondern auch Erinnerungsbauten werden „Denkmal“ genannt. Ortsfeste, erhaltenswürdige Kunstwerke unterstehen der „Denkmalpflege“, und darunter fallen nicht nur einzelne Objekte, sondern auch Gebäude, möglicherweise sogar ganze Straßenzüge, Grabsteine und Inneneinrichtungen, auch „Bodendenkmäler“, wie beispielsweise Landwehren oder Burghügel. Aber auch geschichtlich und technikgeschichtlich bedeutsame Bauten, wie etwa die Hafenbrücke, werden so benannt, ebenso Naturdenkmäler, wie zum Beispiel die „tausendjährige Eibe“ bei Haus Rath oder der Mammutbaum hinter dem Forsthaus, der als einer der ersten aus Kalifornien nach Europa exportiert wurde.

Desgleichen wird der Begriff auf Werke bezogen, die geistiger Natur sind und nicht im öffentlichen Raum stehen, wie Erinnerungsbücher, Sammlungen historischer Quellentexte oder Gesamtwerke von Dichtern.

Zweckmäßigerweise soll daher in der Folge

Abb. 2—4. Dionysiusplatz und Mariensäule heute

der Begriff „Denkmal“ eingegrenzt werden. Unter einem „Denkmal im engeren Sinne“ soll daher ein *in der Öffentlichkeit errichtetes und für die Dauer bestimmtes Kunstwerk verstanden werden, dem schon bei der Entstehung die Funktion zugeordnet ist, zu erinnern*).

Zwar hat auch jedes Kunstwerk Erinnerungswert, weil es oft einen bemerkenswerten Denk- und Arbeitsprozeß bezeugt, dem Denkmal aber wird diese Erinnerungsfunktion durch die Urheber bewußt und absichtlich durch eine entsprechende Inschrift oder andere Hinweise gegeben.

Künstlerisch gestaltete Grabmale auf öffentlichen Friedhöfen sollen nicht unter diesen Denkmalsbegriff fallen, da sie kunstgeschichtlich als eine eigene, ältere Gattung anzusehen sind und sich insbesondere durch ihre Bindung an den Bestattungsort und in der Regel auch durch ihren privaten Charakter hiervon unterscheiden.

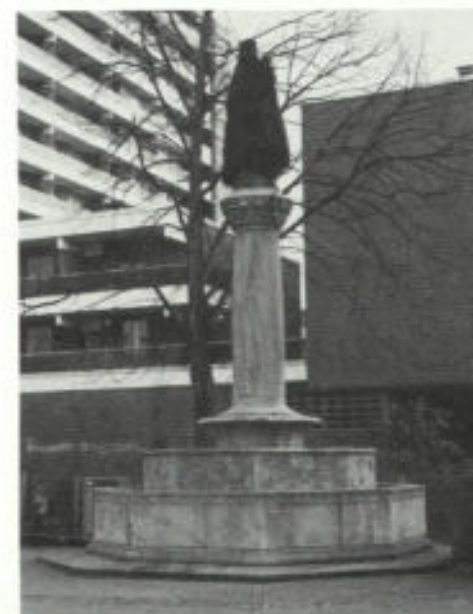
Für meine Betrachtungen habe ich den Dionysiusplatz gewählt, der wie kaum ein anderer die Probleme der Denkmalerrichtung und -bewahrung widerspiegelt und im Verlauf der Stadtgeschichte selbst zu einem Denkmal geworden ist.

Der Marienbrunnen

Diesen Brunnen möchte ich an den Anfang meiner Beschreibungen stellen — ein geplantes Denkmal in der eingangs festgelegten Einschränkung, das erst durch die Zeitumstände zu einem Mahnmal wurde, das sich wohlthuend von den vielen anderen der Weimarer Zeit unterscheidet.

Zur Geschichte: Im Jahre 1913 beschlossen die Krefelder Katholiken, auf dem Dionysiusplatz, dem ehemaligen Begräbnisplatz der katholischen Gemeinde, eine Mariensäule zu errichten. In kurzer Zeit war das erforderliche Geld beisammen, eine Ausschreibung erfolgte, das Preisrichterkollegium traf eine Entscheidung, und dann kam der Erste Weltkrieg und machte alles zunichte. Bald nach dem Krieg ging man wieder unter vielen Opfern an die Arbeit.

Bei der Einweihung am 23. Juli 1922 sagte Oberbürgermeister Dr. Johansen: „Auf dieses Werk dürfen alle Krefelder stolz sein. Es wird allezeit eine Zierde unserer Stadt sein. In dieser Hoffnung übernehme ich das Denkmal in das Eigentum der Stadt mit dem Gelöbniß, daß wir es erhalten, wahren und pflegen wollen, soweit es irgendwie in unseren Kräften steht“).



Das größere der beiden Brunnenbecken, in die das Wasser kaskadenartig fällt, trägt auf den acht Seiten die Inschrift:

„Friedenskönigin bitt für uns, die vielen Wasser der Trübsal konnten nicht auslöschen die Liebe zu Dir, o Maria. Errichtet nach dem Weltkrieg 1914/18 von den Katholiken Krefelds“.

Fast 70 Jahre sind seitdem vergangen. Der Zweite Weltkrieg endete in Chaos und Zerstörung. Die Marienstatue konnte nur durch die Tat einiger mutiger Männer vor dem Schmelzofen gerettet werden. Und heute? Stücke brechen aus der Brunnenfassung, in dem schmutzig-trüben Wasser schwimmen Cola-Dosen, und durch die „Gestaltung“ — oder muß man hier „Verstaltung“ des Platzes sagen? — ist dieses Mahnmal aus der Mitte an den Rand gerückt, zu einer Platzeinfassung und zu Stadtmobiliar verkommen⁹⁾.

Wer kennt oder liest noch die Umschrift? Wer nimmt die Säule, die in dem Becken steht, noch als eine „Mariensäule“ wahr?

Erst als Christian Hilgers mit schwarzen Tüchern die Statue während des Golfkrieges verhüllte, „als Zeichen der Erschütterung und der Trauer“ über die vielen wieder einmal zu erwartenden Opfer, rückte sie für viele wieder, wenn auch nur einige Tage lang, ins Blickfeld und ins Bewußtsein¹⁰⁾. Dem Künstler lag es fern, irgendwelche religiösen Gefühle zu verletzen, zumal eine Verhüllung auch zur Formensprache der katholischen Kirche gehört, wie sie sich in der Fastenzeit zum Beispiel in der Kreuzverhüllung äußert. Warum aber wurde diese Aktion in etlichen Leserbriefen mit der Begründung verurteilt: „Die Mariensäule [sei] als Mahnmal gegen den Krieg ... gestiftet worden“¹¹⁾. Wo liegt denn hier der Widerspruch? Ist es so schwer vorstellbar, daß Maria ihr Haupt vor diesem und auch jedem anderen Krieg verhüllt?

„Friedenskönigin bitt für uns“. Diese Bitte brauchen wir heute so nötig wie 1922, aber wer kann sie lesen? Ist diese Bitte so unverständlich geworden?

Beim Marienbrunnen stand die Trauer, aber auch das Gottvertrauen nach vier schweren Kriegsjahren im Vordergrund. Ursprünglich als Platzschmuck gedacht, bekam dieses Bild einer Mutter mit ihrem Kind und bekam das strömende Wasser des Brunnens durch die Inschrift eine völlig neue Bedeutung, die nach sieben Jahrzehnten und einem zweiten Weltkrieg auch heute noch ihre Berechtigung hat.

Nur wenige Schritte entfernt befindet sich ein weiteres Denk- oder Mahnmal für die Opfer des Ersten Weltkrieges, jedoch weicht es von der Mariensäule in mehrfacher Hinsicht ab.

Die Kriegergedächtniskapelle

1927 wurde die nördliche Seitenkapelle der

Dionysiuskirche dem Gedächtnis der „Gefallenen Helden unserer Pfarre“ geweiht. Wie in einer Gruft sind die drei Seitenwände des Altarraumes mit den 360 Namen der Gefallenen bedeckt. Altarbild ist eine Darstellung des hl. Sebastian, als Patron der gefallenen Krieger, „aber nicht, wie er sich krümmt und windet in furchtbarer Todesnot, ... der Engel des Todes hat ihm den Kuß des ewigen Friedens gegeben“¹⁹). Diese Kapelle sollte nach den Worten Dr. Gregor Schwamborns „unseren toten Kriegern gleichsam das Heimatgrab ersetzen“ und „ein wunderbares Zeugnis“ dafür sein, daß in St. Dionysius das Wort des hl. Paulus lebendig ist: „Einer trage des anderen Last; so werdet ihr das Gesetz des Herrn erfüllen“. Sie sollte auch allen ein „Ruhmesmal“ sein und an die „edle Begeisterung“ erinnern, „die in den Herzen des deutschen Volkes loderte, als die deutsche Wehrkraft unter die Waffen gerufen wurde“. Und zuletzt sollte dieses Denkmal „für uns alle ein Mahnzeichen“ sein. Bewußt wurde gegenüber der Darstellung des hl. Sebastian das Kreuz aufgehängt, das bei jeder hl. Mission aufgestellt wird; neben den jeweiligen Daten, angefangen von 1867 bis 1962, trägt es die Inschrift: „Rette deine Seele“.

In etwa der gleichen Zeit aufgestellt und beide Male von den Katholiken Krefelds gewollt, stehen sich hier zwei Welten gegenüber. Ein größerer Unterschied in Sprache, Bild und Anspruch auf so kleinem Raum wie zwischen der Mariensäule auf der einen, und der Kriegergedächtniskapelle auf der anderen Seite ist kaum noch vorstellbar.

Geradezu ärmlich dagegen nehmen sich die drei schmalen, dunkelbraun gestrichenen Bretter mit den aufgemalten Namen der Toten von 1939 bis 1946 aus, die sich mit der kleinen Pietà wie zufällig auch in dieser Kapelle befinden. Aber auch dies ist wohl ein Zeichen der Zeit, eine Bild- und Formensprache, in der für Heldenverehrung kein Raum mehr war und ist.

Im Eingangsbereich hängen noch zwei Marmortafeln, angebracht „Zum bleibenden Gedächtnis an die im Kriege 1914 — 1918 geliebten Mitglieder [der] K.K.V. Prudentia“²⁰) und zum Gedenken an die „in Gott ruhenden“ Mitglieder zum 100jährigen Bestehen dieser Laienorganisation.

Oberpfarrer Dr. Georg Schwamborn

Gleich neben dem Hauptportal der Dionysiuskirche befindet sich eine Gedenkinschrift der Stadt mit ihrem Wappen zum Goldenen Priesterjubiläum des Krefelder Oberpfarrers Dr. Gregor Schwamborn.

1921 nach Krefeld versetzt, hatte er sich schon zu Beginn seiner Amtszeit durch sein Auftreten gegenüber der belgischen Besat-

Abb. 5.
Enthüllung
der Marien-
statue, 1991



zungsmacht, der gegenüber er die Rechte der Bürger vertrat, und sein aufrechtes Verhalten im Separatistenputsch großes Ansehen erworben. Zuhilfenahmlos sind seine Bemühungen, Verfolgte zu schützen und den Rechtlosen zum Recht zu verhelfen, wobei seine Einflußnahme über Pfarr- und Konfessionsgrenzen weit hinausging. Aber auch als Kanzelredner ging sein Ruf über Stadt und Land hinaus, auch wenn manchem kritischen Geist lieber gewesen wäre, er hätte die beiden Größen Gott und Vaterland nicht so nahe zusammengestellt. In vielem war er eben noch dem 19. Jahrhundert verhaftet. Im Jahre 1950 verlieh ihm die Stadt das Ehrenbürgerrecht. Bei seinem Ableben am 22. Oktober 1958 gedachten „Rat und Verwaltung trauernd eines einzigartigen Mannes, der in den Nöten zweier Nachkriegszeit und während der Gewaltherrschaft des Nationalsozialismus ohne Schonung seiner Person und seines Lebens kraftvoll und erfolgreich für Menschenwürde, Freiheit und Recht eintrat“²¹).

Die Porträtbüste in der Antoniuskapelle der Dionysiuskirche, von Theodor Akkermann

geschaffen und Dr. Schwamborn zum Goldenen Priesterjubiläum von der Stadt geschenkt, sowie der benachbarte, nach ihm benannte Platz, sollen das Andenken an diesen hochverdienten Mann ebenso aufrechterhalten.

Gedenkstein für die Auswanderer

Ein in den Boden eingelassener Gedenkstein „ziert“ seit Mai 1979 den Dionysiusplatz nördlich des Kirchturms. Die Inschrift erinnert an die dreizehn Krefelder Familien, die 1683 als erste geschlossene deutsche Gruppe nach Amerika auswanderten und dort Germantown, heute ein Vorort von Philadelphia, gründeten.

In unserer Stadt ist dies nicht das einzige „Denkmal“, das an diese Auswanderung erinnern soll. In verschiedenster Form versuchte man, dieser Personengruppe zu gedenken. Krefelds erstes „Hochhaus“, in den fünfziger Jahren erbaut, wurde Philadelphiahaus genannt. Es gibt eine Philadelphiastraße²²), und aus der Zeit vor dem Ersten Weltkrieg schon

stammt der Bronzeabguß von einem Denkmalentwurf¹³⁾ für Franz Daniel Pastorius, der, wenn nicht deren Leiter, so doch eine einflußreiche Persönlichkeit unter den ausgewanderten Familien war. Es gibt auch eine Pastoriusstraße, und 1983 wurde mit viel Aufwand die 300-Jahr-Feier der Auswanderung ausgerichtet, mit einem von einer Krefelder Firma gestifteten Turm auf dem Ostwall, der inzwischen wieder entfernt wurde, mit Vorträgen, Druckschriften und einem eigens hierfür ausgerichteten Stadtfest.

Aus der oben angegebenen Begriffsbestimmung kann die Schlußfolgerung abgeleitet werden, daß der oder die Urheber eines Denkmals mit der Erinnerung eine Lehre oder einen Appell an die Gesellschaft ableiten und historisch begründen wollen. Beim Blick auf Herrscherbilder und aufwendige Siegesmäler leuchtet dies ebenso ein wie bei den Denkmälern von Künstlern, Dichtern, Wissenschaftlern, Unternehmern und Wohltätern, denen im 19. Jahrhundert so viele Denkmäler errichtet wurden. Welche Lehre oder welcher Appell aber ist mit dem Gedenken an die dreizehn Auswandererfamilien verbunden?

— Sollen wir uns ein Beispiel nehmen am Mut der 13 Familien, alles hinter sich zu lassen und in eine ungewisse Zukunft und ein unbekanntes und noch wenig erschlossenes Land auszuwandern und den vielen anderen, die folgen sollten oder mußten, den Weg zu ebnen?

— Soll das Andenken die Landesfürsten anprangern, für die Religions- und Gedankenfreiheit Fremdworte waren und die Toleranz der „Krefelder“ lobpreisen, die es den Auswanderungswilligen gestattete, hier die entsprechenden Vorbereitungen für die Auswanderung zu treffen? — ein Aspekt, der in Zeiten eines neuen „Ausländerhasses“ eine neue Dimension bekommen kann.

— Oder ist es, weil es die ersten waren, die den Mut hierzu fanden? Aber warum wurde dann denen, die ab 1933 auswandern mußten, kein Denkmal gesetzt? War es keine „geschlossene“ Gruppe? Waren es andere Gründe, die sie zum Verlassen der Heimat zwangen als 1683, oder sind sie einfach nicht früh genug, sondern 250 Jahre zu spät ausgewandert?

Wie soll der unbefangene Spaziergänger, der über den Dionysiusplatz geht, über diese Fragen „stolpern“ können, wenn der „Gedenkstein“ so glatt in das Pflaster des Bodens eingefügt ist, daß keiner daran „Anstoß“ nehmen kann. Er stört nicht. Man sieht ihn nicht. Er ist kein Stolperstein mehr und kein Gedenkstein.

Aber wozu ist dieses Denkmal denn da? Will man dem touristischen Besucher der Stadt die Tatsache ins Gedächtnis rufen, daß von hier aus, gemeint ist Krefeld, die erste geschlossene deutsche Personengruppe nach Amerika



Abb. 6. Der St. Sebastian-Altar in der Kriegergedächtniskapelle

ausgewandert ist? Wenn dies bezweckt werden sollte, ist der Ort in doppelter Hinsicht falsch gewählt, erstens, weil dieser erst etwa 100 Jahre später zur Stadt kam, und zweitens, weil die Inschrift nur von einem Eingeweihten gefunden und somit gelesen werden kann. Geeigneter wäre dann beispielsweise eine Stelle im Bereich der Alten Kirche oder des

Abb. 7. Gedächtnistafel aus Holz für die Toten von 1939 bis 1946 in der Kriegergedächtniskapelle



Schwanenmarktes und in „Augenhöhe“ und nicht zwischen Kanaldeckeln.

Oder war das Ganze vielleicht nur eine Verlegenheitslösung zur 300-Jahr-Feier und weil dort gerade neu gepflastert wurde? Was aber soll dann der Wortlaut „Zur Erinnerung an ...“?

Hermann Lenssen

Die Erinnerung an einen Mann und an ein Ereignis wachhalten soll die „Lenssenstraße“, eine kleine Nebenstraße zwischen Westwall und Dionysiusplatz¹⁴⁾. Erinnern soll sie, ohne es zu können, denn jeder Hinweis auf das Ereignis oder die Person fehlt, und die entsprechende Gedenktafel mit den Namen der „Rathausverteidiger“ befindet sich auf dem Balkon (!) des Rathauses, eingeweiht am 24. Dezember 1929. Es soll daher an dieser Stelle der Grund für diese Namengebung noch einmal kurz angegeben werden. Bei einer Erneuerung des Straßennamenschildes bietet sich ja dann die Gelegenheit, diese Angaben mit aufzunehmen, auch als Mahnung gegen Gewalt.

Der Polizei-Betriebsassistent Hermann Lenssen fiel am 24. Oktober 1923 beim Separatistenputsch „für Deutschlands Einheit“¹⁵⁾, neben dem schon oben genannten Polizeioberkommissar Schneider, bei der Verteidigung des Krefelder Rathauses gegen die anstürmenden Separatisten, die aus dem Rheinland einen Pufferstaat zwischen Frankreich und Preußen machen wollten.

Gedenktafel an die Zerstörung der Stadt

Der Vollständigkeit halber sei noch die Bronzetafel von Theodor Akkermann im Pfarrhaus erwähnt, die an „Zerstörung und Wiederaufbau“ erinnert. Sie zeigt in der Mitte den Dionysiusplatz mit Mariensäule, Kirche und Wohnhäusern im Feuersturm der Bombennacht, in der fast die Hälfte der Stadt in Schutt und Asche gelegt worden ist.

Dieser Gedenktafel aus dem Jahre 1955 wäre eine größere Öffentlichkeit zu wünschen.

Cornelius de Greiff

Ein Erinnerungszeichen auf dem Dionysiusplatz fehlt in dieser „Bestandsaufnahme“ aber noch, oder war dieser „schlichte Schaff“, der da viele Jahre hindurch als „Säule des Anstoßes“¹⁶⁾ am 14. November 1990 in der Versenkung verschwunden ist, überhaupt noch ein Denkmal. Die Pflasterspuren sind auf jeden Fall im Boden noch sichtbar. Unter der Überschrift: „Sie stand nur einen Sommer“, schrieb die „Neue Rhein Zeitung“ schon 1959 in bezug auf diese Säule: „Es scheint das Schicksal Krefelder Denkmäler zu sein, nur ein kurzes Leben zu haben“¹⁷⁾.

Auch wenn dieses Objekt derzeit nicht mehr auf dem Dionysiusplatz steht, soll das Schicksal dieser Säule, als Überbleibsel des für unsere Stadt bedeutendsten bürgerlichen Denkmals, ausführlicher dargestellt werden, weil hierdurch ein Einblick in den sicher nicht einfachen Umgang mit einem Denkmal gegeben ist.

Zusammengestellt aus vielen Zeitungsartikeln, soll die wechselvolle Geschichte dieser Säule erzählt werden, die Teil eines Denkmals war, das die „unsterblichen Verdienste des Dahingeshiedenen durch ein äußeres Zeichen“ ehren sollte.

Am 8. Juni 1865, dem 84. Geburtstag von Cornelius de Greiff und ein Jahr nach seinem Tod, sollte das Denkmal für den Seidenfabrikanten, der nach seinem Tode seine Mitbürger „höchlich“ überraschte, eingeweiht und ein Volksfest gefeiert werden, wie Krefeld noch keines gesehen hat. Die Befürchtungen, daß das Denkmal nicht fertig würde, bewahrheiteten sich. Als neuer Termin wurde der 22. August 1865 gewählt, der Vermählungstag seiner Mutter Anna, geborene Floh, die durch ihre Stiftung den Grund für den Bau des Städtischen Krankenhauses legte.

Fast 78 Jahre stand dieses erste bürgerliche Denkmal in unserer Stadt, das „die dankbare Vaterstadt ... ihrem Wohltäter Herrn Cornelius de Greiff“¹⁹⁾ gewidmet hatte. Auf einem quadratischen Granitsockel mit vier Bronze-Flachreliefs, der Göttin der Wohltätigkeit, einer Allegorie der Stadt Krefeld, dem Stadtwappen und einer kurzen Inschrift, stand eine schlanke Säule aus schlesischem Marmor mit korinthischem Kapitell und einem Greif als Wappenhalter.

1908 wurde die Säule durch einen Schaft aus bayerischem Granit ersetzt. Ausgetauscht wurde auch der Greif. Die Luftverschmutzung hatte der Figur aus Zink zu sehr zugesetzt. Ein neuer, aus getriebenem Kupfer, sollte eine längere Lebensdauer haben. 1910 entfernte man das Gitter, das das Denkmal umgab.

Der Greif und die Bronzetafeln fielen 1940 ebenso wie viele andere Krefelder Denkmäler einer Buntmetallspende des deutschen Volkes zum Opfer. Dann, in der furchtbaren Bombennacht des 22. Juni 1943, wurde das Denkmal zerstört. Die Säule lag am Boden, mit Einschlägen am Schaft und Abschlägen an der Oberkante. Aber so zerstört war sie nicht, daß es nicht der Mühe gelohnt hätte, sie wieder aufzurichten.

Dann landete das Denkmal, „das früher den Ostwall ... schmückte“, in einer Schrottecke des Gartenamtes am südöstlichen Stadtrand. Die „Westdeutsche Zeitung“ schrieb, daß es „ein seltsamer Zwiespalt der Natur [sei], auf der einen Seite, wenngleich mit vollem Recht und in dankenswerter Weise, sich des großen Wohltäters zu rühmen, auf der anderen Seite aber sein Denkmal, das Erinnerungszeichen



Abb. 8. Marmortafel im Eingangsbereich der Kriegergedächtniskapelle zur Erinnerung an die Toten der KKV Prudentia im Ersten Weltkrieg

an seine und seiner Familie unvergeßlichen Wohltaten, mehr und mehr verkommen zu lassen“²⁰⁾.

Es wurde dann 1956 ein kleiner Wettbewerb zur Wiederherstellung des Denkmals ausge-

Abb. 9. Gedenkschrift Zum Goldenen Priesterjubiläum von Dr. Gregor Schwamborn an der Ostseite von St. Dionysius



schrieben. Man nahm den Entwurf von Leo Bigenwald an, gratulierte dem Künstler, und die Sache kam wieder auf die „lange Bank“.

Eine Entwurfsänderung wurde gewünscht und ausgeführt, es wurden noch einige andere, auch auswärtige Künstler befragt, und am 14. April 1958 „kam der Haupt- und Finanzausschuß nach Vorbereitungen des Kunstausschusses einstimmig (bei einer Stimmenthaltung) zur Annahme eines bis dahin unbekanntem Entwurfs des Krefelder Hochbauamts. Der Ausschuß billigte damit den Entwurf der sozusagen leichtesten Lösung...“²¹⁾.

Der „Schubladentwurf“²¹⁾ des Hochbauamtes sah als Bekrönung eine „kleine, dekorative Krone“ vor und am Fuß der Säule ein „einfaches, aber künstlerisch abgestimmtes Schutzgitter“. Als Standort wurde wieder der Ostwall, in Höhe des Dampfmühlenweges, vorgeschlagen, nachdem man auch den Westwall in Erwägung gezogen hatte. Der glänzende Marmor wurde, da an einigen Stellen beschädigt, verkratzt und verschrämmt, mit einem Sandstrahlgebläse in seinen matten, grobkörnigen Naturzustand versetzt.

Ende März 1959 stand sie wieder, „die wiedererstandene Säule des Cornelius de Greiff, die bauamtlicher und ratsherrlicher Aufbau- und Kulturwille in die Vertikale emporzurichten vermochten. ... Hat dies der gute alte Cornelius de Greiff eigentlich verdient, daß man sich so wenig Mühe gab?“²²⁾, fragten sich viele in der Stadt, und der Verfasser des Artikels gab wenig weiter unten auch die Antwort „was hilft es, mehr Geld auszugeben, wenn das Portofeuille des guten Geschmacks dann immer noch armselig bestückt bleibt?“.

„In einer dunklen Oktobernacht verschwand die Säule, die an einem hellen Märznachmittag aufgestellt worden war“²³⁾. Zeugen waren späte Spaziergänger, heimkehrende Kegelbrüder und die städtischen Arbeiter. Zwei Fanfarenbläser und ein Trommler, die aus dem Dunklen auftauchten, spielten den Zapfenstreich. Der Chronist vermerkte, daß bei der „Stadtkomödie der heutigen Ostwallsäule“ der „Respekt vor der vaterstädtischen Würde“ in leider „nicht mehr überbietbarem Maße“ versäumt wurde²⁴⁾.

Die Trümmer des Denkmals wurden wieder auf einen Betriebshof des Tiefbauamtes gefahren und zwischen Teerfässern und Bauschutt gelagert, aber die Säule „geisterte“ weiter durch die Lokalteile der Krefelder Zeitungen.

Bei der Neugestaltung des Dionysiusplatzes versuchten unsere Stadtarchitekten die Scharte auszuweiten. Diesmal setzten sie die Säule ohne jedweden Zierat zwischen Kirche und Hintereingängen eines Einkaufszentrums in ein vierstufiges Brunnenbecken — „Eine schlichte Lösung, die mit der Erinnerung an

den Wohltäter der Stadt nichts mehr zu tun hat“²⁵).

Der Brunnen verdeckte und versiegte schließlich, der „Phallus“ diente Sprayern als Malgrund, die Gemeinschaft Krefelder Künstler benutzte die Senke als Kulisse einer Aktion²⁶) — nicht ohne vorher die Verantwortung für eventuell entstehende Schäden übernehmen zu müssen —, und 1985 folgten etliche Bürger dem Aufruf des städtischen Denkmalausschusses und machten neue Standort- und Gestaltungsvorschläge. Ein Sponsor hielt großzügig 100 000 DM bereit, jedoch verbunden mit der Vorstellung einer Wiederherstellung des Denkmals im alten Stil in der Ostwall-Mitte.

Es wurden neue Vorschläge gemacht, unveröffentlichte Pläne und Fotos vorgeführt, Fragen nach dem alten und neuen Standort gestellt, Leserbriefe geschrieben und Sitzungen einberufen. Und das Ende vom Lied? — Die Säule liegt wieder da, wo sie schon einmal herumlag, auf dem Betriebshof des Tiefbauamtes. Der Kommentar in der Rheinischen Post: „Nun kann also die Suche nach einem würdigeren Standort ganz neu beginnen“²⁷).

Bei einer Betrachtung dieses Trauerspiels, das nun fast fünfzig Jahre währt, darf oder muß man sich doch fragen, was ist an dieser Säule, daß sie so zu Widerspruch oder Verleugnung amtlicherseits Anlaß gibt? Was hat dieser „Wohltäter der Stadt“ getan, daß sich die Verantwortlichen in dieser oft beschämenden Art und Weise aus der Verantwortung stehlen?

Die Verdienste des Herrn Cornelius de Greiff sind sattsam bekannt. Sechs Jahre vor seinem Ableben vermachte er seinen Mitbürgern testamentarisch insgesamt 466 000 Taler, angefangen von 120 000 Talern für das Krankenhaus, mit der Auflage, 100 000 Taler „hypothekarisch unterzubringen“, um mit deren Zinsen die laufenden Bedürfnisse zu bestreiten, über Gelder für je ein Verpflegungshaus für „dürftige“ Männer und Frauen über 65 Jahre, je ein evangelisches und katholisches Waisenhaus, Gelder für ein Leichenhaus, je eine städtische Fleisch- und Kornhalle bis hin zur Bereitstellung von 50 000 Talern „zur Unterstützung von 50 dürftigen aber braven Familien namentlich solche, die viele Kinder zu erziehen haben“. Auch hier, wie bei fast allen anderen Stiftungen, sollten nur die Zinsen „zur Anwendung“ kommen.

Darüber hinaus bat er seinen Bruder, den er zu seinem Haupterben eingesetzt hatte, dem, was von seinem Vermögen nach Erfüllung seines Vermächtnisses übrigbliebe, „nach Gutdünken ebenfalls eine Bestimmung zu gemeinnützigen wohltätigen Zwecken geben [zu] wollen“. Marianne Rhodius, seine Nichte und Universalerbin, die in den 37 Jahren, die sie Cornelius überlebte, 4 500 000 Mark für die öffentliche und private Wohlfahrt spendete, verfügte eingangs ihres Testamentes: „In Aus-



Abb. 10. Büste von Dr. Gregor Schwamborn in der Antoniuskapelle

führung des von meinem seligen Oheim, dem Herrn Cornelius de Greiff in seinem Testament ausgesprochenen Wunsche schenke und vermache ich ferner noch als Partikular-Legate der Stadt und Gemeinde Crefeld die Summe von 1 800 000 Mark“.

Abb. 11. Gedenkplatte an die Auswandererfamilien von 1683 auf dem Dionysiusplatz



Der größte Teil der Bewohner dieser Stadt und ihre Repräsentanten hatten das Denkmal 1865 gewollt, finanziert und aufgestellt. Allgemein ist zu sagen, daß es eine Eigenart des Mediums „Denkmal“ war und ist, daß sein Gebrauch nicht nur die Verfügung über erhebliche Geldmittel voraussetzt²⁸), sondern ebenso die über öffentlichen Grund und Boden. Aus diesem Machtmonopol und aus dem abgeleiteten Anspruch ergab sich oft schon eine ablehnende Haltung dem jeweiligen Denkmal gegenüber. Die daraus folgende Abwehr ging häufig über verbale Kritik hinaus und konnte bis zur Demontage oder Zerstörung führen. In Kenntnis dieser Frontenbildung zwischen Denkmalsetzern auf der einen und „dem Volk“ auf der anderen Seite wurden schon bei der Aufstellung entsprechende Vorkehrungen getroffen, ablesbar zum Beispiel an der oft wehrhaften Umfriedung.

Bei der De-Greif-Säule scheint diese Frontenbildung jedoch unter einem umgekehrten Vorzeichen zu stehen. Denkmalbefürworter, so scheint es, sind hier diejenigen, denen die Stiftungen zugute kommen sollten. Unter diesem Blickwinkel besehen, bekommen sogar die im ersten Augenblick unverständlichen Vorgehensweisen amtlicherseits einen möglichen Sinn. Die Denkmaldemontage begann nicht erst 1940 mit der „Buntmetallspende“, sie ist so alt wie das Denkmal selbst und hat viele Väter.

Schon bei der Planung hieß es in einer Eingabe: „Denkmale auf öffentlichen Plätzen errichtet man hochverdienten Fürsten, Feldherren, Dichtern, Gelehrten, überhaupt Männern von weitest reichender Bedeutung und Wirksamkeit. Bei Verdiensten, welche an sich sehr dankenswert, aber ausschließlich lokaler Art sind, hat man sich bis dahin gemeinlich beschränkt auf Denktafeln am Geburts- oder Sterbehause...“²⁹). Der Einsender entfachte mit seiner offenbar isolierten Meinung flammende Empörung. Man wollte unter allen Umständen ein Denkmal. Die wenigen Gegner des Denkmals machten schon bald einen Rückzug und beteuerten, es nicht so gemeint zu haben. Aber die Denkmalerstörung, oder das Kratzen am Ruf des Cornelius, ging weiter, wenn zunächst auch nur verbal.

Von einem Mitglied einer der ersten Krefelder Familien wird der alte Cornelius als „ein alter Junggeselle“ beschrieben, der „sein ganzes Leben den Geizhals spielte und von dem als einem bekanntesten Stadtoriginal die wunderbarsten Geschichten erzählt wurden“, und der „der Stadt etwa eine halbe Million Taler für verschiedene wohltätige Zwecke ...“ vermachte³⁰). Der Vorfahr des Berichterstatters, Friedrich H. von der Leyen, Kaufmann, ehemaliger Bürgermeister und Bewohner des Schlosses, des heutigen Krefelder Rathauses am Von-der-Leyen-Platz, hinterließ der Stadt bei seinem Tode 1842 3 000 Mark für die Armen und 6 000 Mark zum Ausbau des allgemeinen Krankenhauses³¹) — diese Zahlen nur zum Vergleich.

Gemessen an seinem Einkommen mag Cornelius zwar einfach und sparsam gelebt haben, aber der Vorwurf des Geizhalses war nichts weiter als üble Nachrede. Daß er sich selbst bereicherte, nicht aber auch das Ansehen ihres Standes hob, haben ihm seine Standesgenossen wohl nicht verzeihen können. Den Grundstock ihres Vermögens hatten die de Greiffs im landwirtschaftlichen Bereich und schon vor der französischen Revolution gelegt, und der Vorwurf, daß Cornelius mit seiner Spende nur das Geld, das er seinen Webern vorenthalten hätte, auf diese Art und Weise zurückgab und er im übrigen nur ein „reugig gewordener Ausbeuter“ wäre, ist irrig und als schon im Ansatz falsch von Walter Nettelbeck³²⁾ zurückgewiesen worden. Aber derartige Vorwürfe sind langlebig.

Eine gewisse Reserviertheit seinen Stiftungen gegenüber mag aber auch in deren religiösen Bindung liegen. So durfte laut Testament das „Comité, ... um das ganze ins Leben zu rufen, zu leiten und zu überwachen“ nur aus Personen bestehen, „die sich mennonitischen oder evangelischen Glaubens bekennen“. Auch die städtische Kommission, die das Vermächtnis der Marianne Rhodius verwalten sollte, mußte von einem mennonitischen oder evangelischen Bürgermeister oder, wenn dieser einer anderen Konfession angehören sollte, einem entsprechenden Vertreter geleitet werden. Die drei Mitglieder aus der Stadtverordneten-Versammlung und die drei von dieser zu wählenden Bürger für das Kuratorium mußten ebenfalls der oben angegebenen Religionsgemeinschaft angehören³³⁾.

Seltsamerweise „verschwand“ das originale Testament, nachdem sich die Stadt Krefeld den Teil des Testamentes, der „das Vermächtnis“ genannt wurde und die Spenden ausschließlich für Krefeld enthielt, hatte bestätigen lassen. Es wurde erst 1967 nach langem, systematischem Suchen entdeckt. Ähnlich verhielt es sich mit dem Testament der Marianne Rhodius. Die Abschriften sind angeblich im Krieg verbrannt, und die Präambel, den Hinweis auf die Erfüllung des Testamentswunsches ihres Oheims, verschwieg die Stadt bei der Veröffentlichung im Jahre 1902. Die einzige Bedingung im Testament der Marianne Rhodius, die Familiengruft der de Greiffs „steht in guten Zustand zu halten“ wurde jahrzehntelang sehr nachlässig gehandhabt³⁴⁾.

Was ist aus der Markthalle und dem entsprechenden Grundstück geworden?

Und zum Schluß sei die Frage gestattet: „Wo blieben seine Taler?“³⁵⁾ Walter Nettelbeck kommt in seinem Buch über Cornelius zu einem deprimierenden Ergebnis. Die betreffenden Akten sind im letzten Krieg samt und sonders verbrannt und das Kapital durch Geldentwertung zusammengeschmolzen. Im Etat der Stadt Krefeld von 1968 verblieben nach Abzug der Unkosten vom gesamten Stiftungskapital 4 380 DM³⁶⁾.



Abb. 12. Gedenktafel an den Separatistenputsch auf dem Balkon des Krefelder Rathauses

Alle paar Jahre werden Pläne für eine Wiedererrichtung oder für eine Neuauflage eines De-Greif-Denkmal diskutiert. Eine Wiederherstellung des ursprünglichen Denkmals ist aus verschiedenen Gründen nicht mehr möglich. Zum einen fehlen die für eine genaue Rekonstruktion nötigen Detailinformationen, zum anderen ist nichts mehr an originaler Sub-

stanz vorhanden, da selbst der Säulenschaft ja 1908 ausgetauscht wurde. Auch der ursprüngliche Standort kommt aufgrund der neuen Verkehrsplanung nicht mehr in Frage, zumal auch die alte Umgebung mit ihren Bezugspunkten nicht mehr existiert. Wir müssen also akzeptieren, daß dieses Denkmal unwiederbringlich verloren ist.

Beschämt müssen wir dann aber auch feststellen, daß das dauerhafteste Denkmal sich Cornelius selbst gesetzt hat³⁷⁾, „dauernder als Erz“³⁸⁾, wie sich gezeigt hat, denn in der Erinnerung großer Teile der Bevölkerung lebt er immer noch, wenn auch nicht unumstritten, fort.

Und das wäre allerdings dann auch der Grund, doch noch ein neues De-Greif-Denkmal zu errichten mit einer Darstellung des Cornelius selbst gesetzt hat³⁷⁾, mit Mütze und Schirm, aber ohne Sockel, als ein Original im wahrsten Sinn des Wortes in unserer an Originalen arm gewordenen Zeit, der, ohne daß man es ihm ansah, ein Herz für die Schwachen in der Gesellschaft hatte.

Und ein zweites Denkmal sollte man im gleichen Atemzug errichten mit der Säule und dem, was vom Greif noch übriggeblieben ist⁴⁰⁾, und mit Teilen des Sockels, die vielleicht



Abb. 13. Bronzeplatte von Professor Akkermann im Pfarrhaus von St. Dionysius zum Gedächtnis an die Zerstörung der Stadt

die kleine Klosterkirche St. Johann Baptist der Terziarinnen an der Wiedenhofstraße/Ecke Poststraße ausweichen⁴³). Die freie Religionsausübung wurde jedoch von der Obrigkeit und der reformierten Gemeinde, die sich als die vorherrschende Religionsgemeinschaft verstand, immer wieder in Frage gestellt⁴⁴).

1744 gestattete Friedrich der Große den Krefelder Katholiken die freie Religionsausübung. Die Baugenehmigung für eine eigene Kirche und Schule wurde erteilt nur unter der Auflage, eine neue Stadterweiterung zu planen, deren überwiegende Kosten das Kloster Meer tragen sollte. Der Ausbauplan wurde 1753 genehmigt. Endlich war es den Katholiken nach fast 150 Jahren der Unterdrückung gelungen, im Stadtbild wieder Fuß zu fassen, für die nächsten 70 – 80 Jahre noch bezeichnenderweise „vor den Mauern der Stadt“. In vollem Bewußtsein wurde die neue Dionysiuskirche in die Achse der heutigen Rheinstraße gebaut, mit dem Hauptportal nach Osten, offen zur Stadt hin, entgegen allen Konventionen im Kirchenbau, als Orientierungs- und Fluchtpunkt in eine der wenigen Ost – West-Achsen der Stadt. Bedeutung hatte die Auslage nur für die katholische Gemeinde und als einfaches Wohngebiet. Die dreieckige Fläche südlich der Kirche zwischen alter und neuer Stadtmauer wurde größtenteils als Friedhof und für den Bau einer Schule genutzt.

Vom Mittelalter an folgte die Wiedenhofstraße in einem leichten, mehrfach geknickten Bogen der Innenseite der mit Türmen bewehrten Stadtmauer im Westen der Stadt und an der Ostseite des neuen Platzes bis in die ersten Jahrzehnte des 19. Jahrhunderts. Die kleine Kirche mit dem Kloster, in dem die Nonnen nach der dritten Regel des hl. Franziskus lebten, bildete den nordwestlichsten Punkt der mittelalterlichen Stadt.

Das Kloster wurde während der Säkularisation 1802 aufgehoben und 1810 größtenteils abgebrochen. Mit dem Abbruch der Schule, den Neubauten auf der Wiedenhofstraße und der Erweiterung der Dionysiuskirche durch eine mächtige Querhaushalle wurde der Dionysiusplatz zwischen 1840 und 1850 dem rechtwinkligen Straßennetz der neuen Stadtanlage angepaßt. In das neu entstandene Kloster „zu den hl. Engeln“ an der Ecke zur Poststraße zogen Franziskanerinnen ein. Mit der stadtwärts gewandten Kirche und dem zugehörigen Platz mit Kloster, Pfarrhaus und späterem Marienbrunnen war erneut ein konfessionell geprägter Raum geschaffen worden, der auch das Stadtbild nachhaltig prägte. Mit der von Vagedes 1819 geplanten sechsten Stadterweiterung wurde das rechtwinklige System der Straßen auch auf die Westseite der Stadt und des Platzes übertragen.

Mit dem Neubau der Wohnhäuser und des Klosters wurde zum ersten Mal massiv in den vom Mittelalter geformten Straßenverlauf der Wiedenhofstraße eingegriffen. Im Rahmen ei-

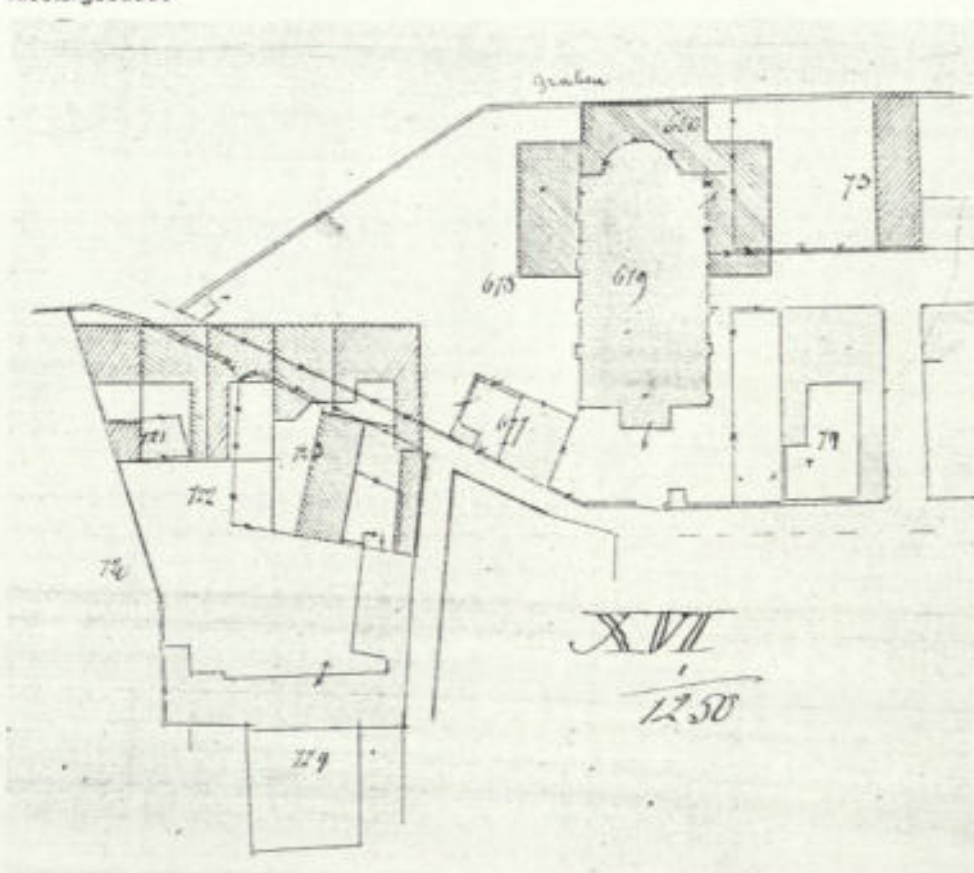
Abb. 16. Cornelius de Greiff wendet sich ab.



ner Stadterneuerung Anfang der siebziger Jahre wurde der mittlere Teil der Wiedenhofstraße einfach überbaut. Die Planer waren der Überzeugung, „daß die neuen Verkehrsflächen sich organisch in das bestehende Straßensystem einfügen, daß die stark geglieder-

ten Baukörper sich der übrigen Bebauung anpassen, daß ein 11- bis 12geschossiges Gebäude zwischen der alten Kirche und der Dionysiuskirche die kaum vorhandene Stadtsilhouette nicht nachteilig beeinflussen würde⁴⁵). Mit der massiven Bebauung und dem

Abb. 17. Katasterplan von 1851 mit der Erweiterung der Dionysiuskirche, Überbauung der Wiedenhofstraße und der alten Stadtmauer sowie des Abbruchs der Schule und der alten Klostergebäude



Wegfall der Einmündung in die Wiedenhofstraße war der Platz, vorher im Geviert von vier Straßen gelegen, im wahrsten Sinn des Wortes in eine Ecke gedrückt worden.

Seiner Bedeutung für die Geschichte unserer Stadt wird dieser Platz in seiner heutigen Gestalt sicherlich nicht mehr gerecht, trotz seiner vielen sichtbaren Bezüge zur Stadtgeschichte. Vieles ist dort zerstört worden. Der Rahmen von bewohnten Wänden mit Fassaden und Gesichtern, die einen Platz erst bilden⁴⁶⁾, ist verschwunden. Die Mariensäule, die die Funktion einer Orientierung im wahrsten Sinn des Wortes übernommen hatte, ist an den Rand gerückt.

Der Platz müßte im positiven Sinne neu belebt werden, sich von einem Durchgang zu einem Außenraum wandeln. „Wechselnde Akteure“⁴⁷⁾, die den Platz für sich erobern, wie die dort täglich spielenden Kinder und die vom Einkauf Ausruhenden oder die Gläubigen bei der Fronleichnamprozession, sind schon vorhanden. Was noch besonders fehlt, sind Verbindungswege ohne Gitter, „bewohnte Wände“ und vielleicht etwas Straßengastronomie, die ein Platzleben, auch über den Ladenschluß hinaus, erlauben.

★

An den Schluß möchte ich noch einige allgemeine Gedanken setzen. Die Frage, ob Krefeld eine denkmalfreudige Stadt ist, wurde schon 1945 verneint⁴⁸⁾. Immer wieder mußte man feststellen, daß Krefeld „eine an Denkmälern arme Stadt“ ist⁴⁹⁾. Viele sind dem Krieg geopfert oder im Krieg zerstört worden, die Reste wurden meist ersatzlos weggeräumt.

Die überwiegende Zahl der nach dem Krieg errichteten neuen Denkmäler sind farblos und unpolitisch, ohne Ecken und Kanten; die alten Denkmäler dagegen sind sprachlos geworden.

Wäre es nicht überlegenswert, die ursprüngliche Zielsetzung bei der Denkmalerichtung und die heutige, möglicherweise andersartige Lesart und die sich hierdurch geänderte neue Funktion des Denkmals allgemeinverständlich in deren unmittelbarer Nachbarschaft anzubringen? — wenn nötig, auch mit den dazugehörigen Widersprüchen oder den heutiger Vorstellung entgegengesetzten Wertvorstellungen, damit diese Erinnerungsstätten wieder Anlaß zum Erinnern sein können und Grundlage für eine Auseinandersetzung mit Vergangenen.

Anmerkungen

¹⁾ Krefelder Denkmäler. Erinnerungen eines kundigen Wanderers. — Die Heimat, Jg. 21, S. 171 — 185; Krefeld 1950.

²⁾ Eines der typischen Krefelder Weberhäuser und damals ein Neubau am Rand der sich immer weiter ausdehnenden Stadt.

³⁾ Ich habe dieses Beispiel gewählt, um daran zu erinnern, daß das, was wir zur Zeit während der Abspaltungsbewegungen in Jugoslawien mit Entsetzen beobachten, noch vor wenigen Jahrzehnten auch hier möglich war.

⁴⁾ Funkkolleg Kunst, Studienbegleitletbrief 8, Studieneinheit 21: Das Denkmal [Autor: H. E. Mittag], S. 52, hrsg. v. Deutschen Institut für Fernstudien an der Universität Tübingen 1985; Weinheim und Basel (Betz).

⁵⁾ Jülichmann, P.: Die Mariensäule. Geschichte eines Krefelder Denkmals. — Die Heimat, Jg. 56, S. 134; Krefeld 1985.

⁶⁾ Der Gerechtigkeit halber soll hier auch gesagt werden, daß die Brunnenfassung im Herbst 1991 restauriert wurde und die Hochbeete etwas niedriger gesetzt worden sind.

⁷⁾ Rheinische Post, Westdeutsche Zeitung und Düsseldorf-Express vom 31. Januar 1991. Die Enthüllung fand am 3. März 1991 statt.

⁸⁾ Rheinische Post vom 9. Februar 1991 und 12. Februar 1992.

⁹⁾ G. Schwaborn in seiner Predigt zur Einweihung. — In: Die Heimat, Jg. 6, S. 331; Krefeld 1927.

¹⁰⁾ KKV = Katholischer Kaufmännischer Verein, gegründet 1883.

¹¹⁾ Klein, A.: Gregor Schwaborn. Der Ehrenbürger unserer Stadt kam vor fünfzig Jahren nach Krefeld. — Die Heimat, Jg. 42, S. 26; Krefeld 1971.

¹²⁾ Der frühere Name dieser Straße war Kronprinzenstraße. An dieser Stelle sei daher die Frage erlaubt, warum die anderen Mitglieder des Preussischen Königshauses „bleiben durften“? Erinnert sei nur an Albrecht- und Karlsplatz, Mariannen- und Augustastraße. Ist es nicht auch in diesem Fall so, daß man amtlicherseits davon ausging, daß der Bürger an „Kronprinz“ noch Anstoß nehmen, zu den anderen Namen aber keine Verbindung mehr herstellen konnte, was aber sicher nicht im Sinne derer war, die Ende des vorigen Jahrhunderts für diese Straßennamen stimmten?

¹³⁾ Die Plastik befindet sich heute im Stadtarchiv.

¹⁴⁾ Der ursprüngliche Name der Straße war „Kurze Straße“.

¹⁵⁾ Rembert, K.: Die Tragikomödie der Krefelder Revolverrevolution. Erinnerungen an den Separatistenputsch 1923. — Die Heimat, Jg. 5, S. 213 ff.; Krefeld 1926.

¹⁶⁾ Rheinische Post vom 15. November 1990.

¹⁷⁾ Neue Rhein Zeitung, Nr. 253, vom 30. Oktober 1959.

¹⁸⁾ Denkmalschrift.

¹⁹⁾ Westdeutsche Zeitung, Nr. 202, vom 30. August 1950.

²⁰⁾ Westdeutsche Zeitung, Nr. 88, vom 16. April 1958.

²¹⁾ Nettelbeck, W.: Cornelius de Greiff. Ein Seidentabrikant, der nach dem Tode seine Mitbürger höchlich überraschte. — Krefeld (Scherpe) 1969.

²²⁾ Rheinische Post, Nr. 84, vom 11. April 1959.

²³⁾ Neue Rhein Zeitung, Nr. 253, vom 30. Oktober 1959.

²⁴⁾ Westdeutsche Zeitung, Nr. 224, vom 28. September 1959.

²⁵⁾ Ernst Köppen in der Westdeutschen Zeitung vom 29. Dezember 1982.

²⁶⁾ Gollner, E.: Ein Beispiel nur... Die Aktion von Mitgliedern der „Gemeinschaft Krefelder Künstler“ an der de-Greiff-Säule zum Thema „Stadtansichten“ am 12. September 1987. — Die Heimat, Jg. 61, S. 31 ff., Krefeld 1990.

²⁷⁾ Rheinische Post vom 15. November 1990.

²⁸⁾ Die Kosten betragen damals 3000 Taler. Eine Wiederherstellung in der ursprünglichen Art und Weise wurde 1980 mit 500 000 DM veranschlagt.

²⁹⁾ Die Gedenktafel am Geburtshaus ist mittlerweile allerdings ebenso wie dieses selbst verschwunden.

³⁰⁾ Karl von der Leyen: „Krefelder Familienerinnerungen 1889“.

³¹⁾ Rheinische Post vom 22. Januar 1992.

³²⁾ W. Nettelbeck, a.a.O., S. 76 ff.

³³⁾ Laut Testament.

³⁴⁾ Das Grabmal der Familie de Greiff auf dem alten Friedhof wurde im Winter 1991, nachdem es unter Denkmalschutz gestellt worden war, restauriert.

³⁵⁾ W. Nettelbeck, a.a.O., S. 233.

³⁶⁾ W. Nettelbeck, a.a.O., Fußnote 138.

³⁷⁾ Die beiden kleinen Plaketten am Cornelius-de-Greiff-Stift und der entsprechende Straßennamen sind sicher kein Ersatz.

³⁸⁾ Horaz III Oden 30,1: Exegi monumentum aere perennius — ein Denkmal hab ich mir gesetzt, dauernder als Erz.

³⁹⁾ W. Nettelbeck, a.a.O., S. 58, machte schon diesen Vorschlag.

⁴⁰⁾ Der Denkmalskopf entging nach einer Notiz in der Westdeutschen Zeitung vom 30. August 1950 nur leicht beschädigt dem Schmelzofen.

⁴¹⁾ Auch der Sockel des Fürsten von Bismarck fand sich ja wieder.

⁴²⁾ Das Bismarck-Denkmal ist hierfür ein gutes Beispiel. Den Kanzler haben die Zeitläufer vom Sockel gestoßen. Nur der Name blieb. Es ist ein neues, anderes Denkmal hier entstanden, in das die Gifte unseres „glorreichen“ Jahrhunderts die Narben getressen haben.

⁴³⁾ Diese, 1488 gebaute Kirche verdankte ihre Entstehung ebenso wie auch der historische Turm der Alten Kirche dem Grafen Vinzenz von Moers.

⁴⁴⁾ Siehe hierzu: Blaß, H.: Geschichte der Reform und Reformation in Krefeld 1532 — 1754. — In: Katholisches Krefeld, Hrsg. E. Bungartz, Krefeld 1974.

⁴⁵⁾ Danke, W.: Erneuerung des Krefelder Stadtkerns. — Die Heimat, Jg. 39, S. 123; Krefeld 1968.

⁴⁶⁾ Schmalscheidt, H.: Hierarchie der Plätze. — Die alte Stadt, 3/88, S. 289; siehe auch: Die Heimat, Jg. 60, Krefeld 1989.

⁴⁷⁾ Schmalscheidt, H.: Hierarchie der Plätze. — Die alte Stadt, 3/88, S. 289; siehe auch: Die Heimat, Jg. 60, Krefeld 1989.

⁴⁸⁾ Westdeutsche Zeitung, Jg. 1, Nr. 67.

⁴⁹⁾ Die Heimat, Jg. 59, S. 144, Krefeld 1988, und Müller, Th.: Krefeld und seine Plätze. — Die Heimat, Jg. 60, S. 26; Krefeld 1989.

Die Stunde Null

Zwischen Bangen und Hoffen 1945

von Marianne Boekels

Das Jahr 1945 begann mit einer Ansprache des „Führers“, der letzten übrigens, die vom „Großdeutschen Rundfunk“ ausgestrahlt wurde. Wir saßen erwartungsvoll vor dem Radio und hofften, etwas über die Wende des Krieges, über Wunderwaffen oder neue militärische Maßnahmen zu erfahren.

Daß die erfolgreich propagierte Ardennen-Offensive bereits verloren war, wußten wir damals noch nicht; wir hörten lediglich von einem Überraschungsangriff deutscher Flugzeuge und Kampfverbände am Neujahrsmorgen auf britisch-amerikanische Flugplätze. Die Aktion trug den Namen „Bodenplatte“ und wurde von über 1 000 deutschen Flugzeugen durchgeführt. Aus der Ansprache Hitlers ist mir — dem damals 14jährigen Mädchen — außer seiner heiseren und merkwürdig artikulierten Aussprache nur der Satz in Erinnerung geblieben: „Das Jahr 1945 wird die endgültige Entscheidung bringen!“. Diese Nachricht war für uns keine Offenbarung, denn die militärische Lage konnte man unschwer aus den Wehrmachtsberichten entnehmen. Die alte Kaiserstadt Aachen war schon im Oktober 1944 von den Alliierten eingenommen worden und deren eingesetzter Bürgermeister Franz Oppenhoff, nach dem dort später eine Allee benannt wurde, war von Werwolf-Kommandos erschossen worden. Einer der daran beteiligten Hitlerjungen hatte den merkwürdigen Namen „Morgenschweiß“. Es gab also — eine Warnung für alle — deutsche Partisanengruppen, die Angst und Schrecken verbreiten sollten.

Die alliierten Kampfverbände flogen in geordneter Formation und völlig unbehelligt von deutscher Flak und Jägern weiter in das Reichsgebiet ein, um dort ihre tödliche Bombenfracht abzuladen. Am Tage konnte man sogar die Hoheitszeichen erkennen.

In einer Nacht im Januar 1945 brannte unsere kleine Petrus-Canisius-Kirche völlig unerwartet ab. Kein Flugzeug war über unserer Stadt, und so vermutete man, sicher nicht zu Unrecht, daß es sich um Brandstiftung gehandelt haben mußte. Unser Pfarr-Rektor Paul Küppers von den Herz-Jesu-Priestern am Blumenplatz fand in unserem Hause Aufnahme. Später wurde auch das Pfarrbüro bei uns eingerichtet; es sollte über ein Jahrzehnt dort verbleiben.

Die oft gestellte Frage war die: Wird sich Krefeld gegen die vorrückenden anglo-amerikanischen Verbände verteidigen können? Und was werden die im Kempener Feld — also nicht weit von unserem Wohnhaus — ausgehobenen Panzergräben ausrichten? Wir sahen die alten Männer und die Jugendlichen täglich mit ihrem Schanzzeug über unsere Straße ziehen. Gelegentlich hörte man,

daß Tiefflieger diese Arbeiten auf entsetzliche Weise zu verhindern wußten. Überhaupt waren Tiefflieger die tägliche tödliche Bedrohung für uns, die wehrlose Zivilbevölkerung, Menschengruppen sowie einzelne Personen, ackernde Bauern beispielsweise, wurden in blitzschnellen Sturzflügen ins Visier genommen, mit Bordwaffen beschossen und gejagt. So entging einmal meine Großmutter nur ganz

KREFELDER HELFT EUCH SELBST !

JEDER EINZELNE KREFELDER der in dieser Stunde der Not bereit ist, zur schnellsten Beendigung des Krieges und des N.S. Terrors beizutragen.

MUSS JETZT HANDELN.

IHR MÜSST mit Entschiedenheit der Schreck-Propaganda der Reichsführung entgegentreten. Diese Propaganda ist die Vorbereitung des Regimes für die geplante zwangsweise Verschleppung der gesamten Krefelder Zivilbevölkerung. Der einfache Bürger Krefelds aber hat von den alliierten Truppen nichts zu befürchten.

IHR MÜSST im entscheidenden Augenblick die noch intakten städtischen Betriebe — Gas, Wasser, Elektrizität und Verkehr — vor der mutwilligen Zerstörung schützen. Krefeld braucht seine lebenswichtigen Betriebe auch nach dem Einmarsch der Alliierten.

IHR MÜSST Euch die Namen derer merken, die sich Greueltaten zuschulden kommen ließen, — sei es gegen deutsche Anti-Nazis und Gegner der Kriegsverlängerung oder sei es gegen Nicht-Deutsche und ausländische Zwangsarbeiter.

IHR MÜSST beim Einmarsch der Alliierten durch Eure Selbstdisziplin dabei mithelfen, dass unter der Militär Regierung normale Lebensverhältnisse so schnell wie möglich wiederhergestellt werden können.

KREFELDER !

HELFT EUCH SELBST.

Abb. 1. Flugblatt der Alliierten (1944)

knapp dem Tode, und auch einer meiner jüngeren Brüder und ich konnten uns bei einem solchen Angriff gerade noch in einen Hauseingang retten.

So gingen die Tage und Wochen dahin, bis Krefeld am 11. und 29. Januar 1945 erneuten Bombenangriffen ausgesetzt war, mit denen wohl niemand mehr bei dem Zerstörungsgrad unserer Stadt gerechnet hatte. Es gab wiederum viele Tote, insbesondere am 29. Januar, und erst nach dem Kriege erfuhr man, daß es über 800 gewesen waren.

Man wagte sich nicht ohne zwingende Gründe auf die Straßen. Solche Gründe waren in erster Linie Lebensmitteleinkäufe, die nur gegen entsprechende Marken zu erhalten waren. Aber auch mit diesen mußte man oft weit laufen und lange anstehen, um seine Zuteilung auch zu erhalten. Zu Hause wartete man schon besorgt auf die Rückkehr.

Das Leben war freudlos geworden und voller Schrecken. Man schützte sich gegen immer neue Hiobsbotschaften durch eine Flucht in die Resignation. Man zeigte auch nicht zu viel Gefühl, wenn man erfuhr, wer durch Bomben oder Tiefflieger umgekommen oder wer als Soldat an der Front gefallen war. Mit Erschütterung allerdings mußten wir zur Kenntnis nehmen, daß unser langjähriger Mieter, Herr Wilhelm Esser, auf der Fahrt in ein sicher geglaubtes Erholungsgebiet jenseits des Rheines bei einem Tieffliegerbeschuß des Zuges tödlich getroffen und sofort am Bahndamm beigesetzt worden war. Seine Frau und Tochter kehrten unversehrt nach Krefeld zurück und waren lange kaum ansprechbar. Der Tod hatte so auch in unser Haus Einzug gehalten.

Diese Tage der Betroffenheit und Angst vor dem, was kommen konnte, sind mir unvergeßlich in Erinnerung geblieben. Mein ältester Bruder war als 17jähriger Schüler eingezogen worden, der zweite mit 16 Jahren leider noch Anfang Januar 1945 nach Schlesien gefahren, um dort bei Verwandten untergestellte Wertsachen abzuholen. Er kam in das oberschlesische Kampfgebiet bei Ratibor, flüchtete dann über die Tschechoslowakei in das Reichsgebiet und erreichte völlig abgerissen und erschöpft unser Elternhaus, nur zwei Tage vor der Besetzung von Krefeld durch amerikanische Truppen. Er kam mit leeren Händen, aber das war unwichtig geworden. Wichtig war nur, daß er sein Leben gerettet hatte. Dem im Elternhaus vorliegenden Einberufungsbefehl zum 5. März brauchte er keine Folge mehr zu leisten.

Am 1. März bekamen wir noch die „Westdeutsche Zeitung“ in die Hand. Sie bestand lediglich aus einem doppelseitig bedruckten Blatt, nichts deutete darauf hin, daß dies die letzte Ausgabe mit dem amtlichen Wehrmachtsbericht sein sollte, den wir ohnehin aus dem Radio kannten. Wichtiger war für uns der amtliche Charakter der Zeitung mit den Aufru-

fen für Lebensmittel und eventuelle Sonderzuteilungen.

Der Artikel über „Die Westfront“ erscheint mir auch im Rückblick besonders interessant zu sein.



Abb. 2. Bericht über die Westfront

In den Vormittagsstunden dieses Tages heulten die Sirenen wieder Vollaarm. Der Drahtfunk meldete den Einflug starker Bomberverbände auf Krefeld. Wir befürchteten das Schlimmste, zum Glück unberechtigt. In den Abendstunden gab es dann erneut Luftalarm; es sollte der letzte für Krefeld gewesen sein.

Was mir von diesem Tag und Abend besonders in Erinnerung geblieben ist, war der unerwartete Besuch einer Gruppe deutscher Soldaten, die einen bemitleidenswerten Eindruck machten. Sie waren erschöpft, hungrig und mutlos; sie waren auf der Flucht. Die kurze Pause im Keller unseres Hauses Gilsastraße 10, heute Ottostraße, nutzten sie für aufschlußreiche Gespräche, die uns zeigten, wie hart ihnen die Amerikaner auf den Fersen waren und wie wenig sie versorgt und geführt schienen. Es waren mindestens 12 Soldaten, die auf der Kellertreppe saßen.

Wir teilten unsere kargen Vorräte mit ihnen und waren froh, ihnen so ein wenig geholfen zu haben. Wir haben noch oft von ihnen gesprochen und hätten gerne gewußt, was sie noch durchzustehen hatten und ob sie den Krieg überlebt haben.

In den Morgenstunden des 2. März hörten wir Artillerie-Einschläge und Maschinengewehrfeuer in unmittelbarer Nähe. Jetzt wußten wir, daß der Kampf um Krefeld begonnen hatte und damit das Ende des Krieges bevorstand. Niemand glaubte, daß es für uns letztlich ohne Verluste abgehen würde, weil wir sicher waren, daß Krefeld verteidigt werden würde. Wir hatten uns in den Luftschutzkeller zurückgezogen, Strom und Wasser waren ausgefallen, und warteten hinter verschlossenen Türen, was nun kommen würde. Unsere Großmutter war die einzige, die ruhig und gefaßt war, und das übertrug sich schließlich auch auf uns. Wir beteten auch gemeinsam.

In dem engen Keller befanden sich neun Personen. Plötzlich wurde mit Gewehrkolben an die Kellertüre gehämmert, und wir schauten angstvoll auf die schweren Hebel, die sich langsam bewegten. Ein farbiger Amerikaner schaute in die mit Kerzenlicht nur spärlich erhellte Runde und fragte in gebrochenem Deutsch: „Deutsch Soldat? Werwolf? Come on, snell, snell!“. Er leuchtete mit seiner Taschenlampe allen ins Gesicht, hatte eine schußbereite Maschinenpistole unter dem Arm und Eierhandgranaten am Gürtel, die mich an bayerisches Blockmalz erinnerten. Wir gingen nun alle durch die Waschküche in unseren Garten und stellten fest, daß bereits überall Amerikaner standen, wohl in der Erwartung, daß jeden Augenblick deutsche Soldaten das Feuer eröffnen würden. Einige von ihnen kauten unentwegt und schauten uns Kinder eigentlich nur freundlich an.

Das Haus wurde durchsucht, und als niemand und nichts gefunden wurde, was auf Widerstand und Feindseligkeit deuten konnte, durften wir zurück ins Haus. An einem kleinen

Hausaltärchen hatten meine Mutter und Großmutter, wie gewohnt, ihren wertvollen Familienschmuck und Armbanduhr abgelegt. Vielleicht auch in der Hoffnung, daß dieser Schutz ausreichen würde. Wir haben nichts davon wiedergesehen.

Die nächsten Tage haben wir mit großer Erleichterung genossen, weil keine nächtlichen Fliegeralarme uns mehr aufschrecken ließen und auch nicht geschossen wurde; Krefeld wurde also nicht verteidigt — Welch ein Glück! Die „Stunde Null“ hatte begonnen, und keiner von uns hatte sie als solche erkannt oder als „Wende“ zur Kenntnis genommen, denn der Krieg ging ja noch weiter. Wir sahen täglich riesige Lastwagen, alle mit einem weißen Stern gekennzeichnet, Panzer und Truppenverbände, aber auch deutsche Kriegsgefangene, die zu Sammelstellen gebracht wurden. Gelegentlich flogen auch kleine Handzettel zu Boden, auf denen zu lesen war „Ich lebe!“ und dabei Name und Anschrift desjenigen, der Gelegenheit gefunden hatte, dieses kleine Zeichen des Überlebens von sich zu geben.

Nach einer Woche etwa wurde das nächtliche Ausgehverbot aufgehoben, und einzelne Geschäfte öffneten auch wieder. Man konnte nach stundenlangem Warten in einer langen Schlange froh sein, etwas kaufen zu können. Wir waren erstaunt, daß weiterhin die Reichsmark angenommen wurde, denn wir glaubten, es gäbe jetzt eine andere Währung.

Nachdem der Strom wieder geliefert wurde und auch das Wasser aus den Hähnen floß,

schien das Leben sich zu normalisieren. Die ersten Plakate wurden an Bäumen und Trümmerwänden angeschlagen und man erfuhr, was alles verboten war. Litfaßsäulen gab es nicht mehr.

Man versuchte, sich anzupassen und möglichst nicht aufzufallen. Niemand wußte, wie die Sieger mit den Besiegten umgehen würden. Nur eines erstaunte: Man durfte den deutschen Sender hören, um sich einen Eindruck über die Kriegslage im verbliebenen Reich zu schaffen. Ein erster Schritt in Richtung Demokratie und freie Meinungsäußerung!

Am 17. März 1945, es war ein Wochenende, erhielten wir die Nachricht, daß Uerdingen geräumt werde und sich die amerikanischen Truppen auf den Übergang auf die andere Rheinseite vorbereiteten. Wir bekamen als Einquartierung die Apothekerfamilie Fritz Rohnstadt mit fünf Personen zugewiesen. Wir nahmen sie bereitwillig auf; sie sollten für einige Wochen unsere Gäste sein. Daß diese Maßnahme aber als militärisches Ablenkungsmanöver gedacht war und der Rheinübergang am 24. März bei Wesel mit einer riesigen Luftlandung erfolgte, erfuhren wir erst später. Unser ältester Bruder war auf deutscher Seite als junger Fallschirmjäger daran beteiligt; keiner von uns ahnte damals etwas davon.

Das Leben normalisierte sich weiterhin, denn es gab im Waisenhaus auf der Nordstraße wieder eine Verwaltung. Als Bürgermeister fungierte zu unserer Freude der Rechtsanwalt

Dr. Stepkes, den wir von seinen Besuchen in unserer Kirche gut kannten, und dessen fromme Kinder uns immer als Beispiel vorgestellt worden waren; zwei seiner Söhne sind in der Tat später Priester geworden. Die Amerikaner waren durch einen anderen Nachbarn auf Dr. Stepkes aufmerksam geworden, nämlich durch den Exportkaufmann Max Oertel, der mit einer Engländerin verheiratet war. Vor dem provisorischen Amtssitz standen bewaffnete amerikanische Soldaten, um zu verhindern, was in Aachen passiert war; das galt auch für seine Wohnung auf der Tenderingstraße.

Mitte August etwa erschienen bei uns drei Männer, die sich durch weiße, gestempelte Armbinden als Hilfspolizisten auswiesen; sie mußten der Anzeige einer mißgünstigen Nachbarin nachgehen, deren Haus in der Bombennacht ausgebrannt war, und die seitdem im Keller wohnte. Sie hatte behauptet, bei uns sei durch die Firma van Gemmen unrechtmäßig erworbenes militärisches Beutegut angeliefert worden. Es handelte sich bei diesem „Beutegut“ um ausgelagertes Familiensilber und Wäsche. Diese Gegenstände hatten bei einer befreundeten Familie in Bielefeld den Krieg wohlbehalten überstanden. Den beauftragten Männern war insbesondere das schwere Hotelsilber, Schüsseln, Terrinen, Saucièren, Platten und Bestecke aus großelterlichem Hotelbesitz („Kronprinz“) in Insterburg höchst verdächtig, obwohl alle Stücke mit dem Namen meines Großvaters, Joh. Lux, graviert, zum Teil noch fabrikneu verpackt und mit der Jahreszahl 1914 — Solingen versehen waren. Den Beteuerungen meiner Großmutter und meiner Mutter, daß es sich hier um Familienbesitz handele, wurde wegen der großen Stückzahlen nicht geglaubt. Das galt auch für die Tisch- und Bettwäsche. Die Beschlagnahme wurde verfügt und alles im Hansahaus deponiert. Der Eigentümerschein konnte schnell und eindeutig erbracht werden, die Herausgabe erfolgte allerdings erst drei Monate später. Da war jedoch bereits der weitaus größte Teil davon, entgegen allen vorherigen Versicherungen, dem Josels-Krankenhaus endgültig übereignet worden, ein anderer Teil auf „geheimnisvolle Weise“ verschwunden. Der kümmerliche Rest ließ sich bequem in zwei Holzkofferchen abtransportieren; er hatte für uns nur noch Erinnerungswert.

Die böartige Nachbarin meinte damals scheinheilig, es sei eine Gemeinheit, was man uns da angetan hätte. Die Antwort meiner Mutter war deutlich: „Sie müssen es ja wissen!“ — auch dieses Erlebnis gehört zu den menschlichen Fehlverhaltensweisen jener Zeit.

Im Oktober des Jahres 1945 durfte ich die während der NS-Zeit geschlossene Marienschule besuchen. Noch ahnte niemand, daß uns ein Hungerwinter bevorstand. Unser großer Garten sicherte unser Überleben, auch das von Freunden. Langsam kehrte das Leben zur Normalität zurück.

Bekanntmachung.

Im Auftrage der hiesigen Militärregierung habe ich auf Wunsch vieler Mitbürger die vorläufige Verwaltung der Stadt Krefeld übernommen. Viele angesehenen und erfahrenen Mitarbeiter aus allen Kreisen der Bevölkerung haben sich zur Verfügung gestellt.

Zur Zeit gehört die Stadt Krefeld noch zum unmittelbaren Kampfgebiet. Die dadurch verursachten Leiden und Beschwerden sind zunächst unabwendbar. Sie können gemildert werden durch genaue Befolgung der gegebenen Vorschriften und größte Zurückhaltung.

Die Lebensmittelversorgung erfolgt einstweilen im Rahmen der bisherigen Verordnungen. Die vorhandenen Vorräte genügen für die nächsten Wochen. Sie können aber vorerst nicht durch Zufuhr von außen ergänzt werden. Größte Sparsamkeit im Verbrauch ist deshalb notwendig. Die Milchlieferung wird in der bisherigen Weise erfolgen. Die Läden sind geöffnet.

Die Wiederaufnahme der Arbeit wird vorbereitet.

Nachdem wir so viel Schweres gemeinsam überstanden haben, werden wir auch die gegenwärtige Not überwinden, wenn jeder seine eigenen Ansprüche auf das geringste Maß herabsetzt und einer der anderen Last trägt.

Der Bürgermeister.

Abb. 3. Bekanntmachung des Bürgermeisters der Stadt Krefeld unmittelbar nach der Einnahme durch amerikanische Truppen

Eine Kindheit und Jugend in Krefeld in ungewöhnlicher Zeit

von Friedrich Lothar Mand

Am 9. Januar 1929 kam ich im alten Lehrershaus zu Honrath im Bergischen Land zur Welt.

Ende 1930 zogen wir nach Krefeld. Vater bekam eine Stelle an der evangelischen Volksschule Augustastraße im Krefelder Süden.

Wir wohnten bis zum Frühjahr 1935 im obersten Stockwerk eines älteren Mietshauses auf der Hubertusstraße, also mitten in der Innenstadt. Wir sahen von unserer Wohnung über die Dächer der angrenzenden Häuser hinweg auf den Kirchturm der katholischen Hauptkirche St. Dionysius. Unten kam jede halbe Stunde die Straßenbahn vorbei, im übrigen war es recht still auf der gepflasterten Straße. Einmal im Jahr zog der Karnevalszug durch die enge Straßenschlucht.

Meine erste Erinnerung geht auf meinen zweiten Geburtstag zurück. Ich hatte mir mit der Schere meiner Mutter die Haare geschnitten und wurde deswegen ausgeschimpft. Ganz genau erinnere ich mich an ein Foto, das Vater von meinem Bruder Dieter und mir Ende 1931 machte. Eine Ladung Aluminiumpulver wurde auf einem Blech angezündet. Das war damals etwas Außergewöhnliches. Überhaupt war Vater ein großer Fotograf. Wenn wir morgens aufstanden, hingen und standen die frisch entwickelten Fotos in unserer Wohnung herum.

Meine Mutter hatte mich zum Kindergarten auf der Steinstraße gebracht und der Leiterin übergeben. Als sie weggegangen war, stand ich einen Augenblick allein im Flur. Ich blickte die Haustür an und fragte mich: Ob die wohl aufgeht? Sie ging auf, und ich befand mich auf den Steinplatten des Bürgersteigs. Bald stieß ich auf ein mir bekanntes Gefilde, den Krefelder Stadtgarten. An der Seitenstraße waren ein paar Häuser eingerüstet. Ich dachte: Jetzt bist du in Afrika! Mein Vater hatte nämlich ein Buch, in dem die Pfahlbauten der Schwarzen abgebildet waren. Einen Häuserblock weiter kam ich auf die Hubertusstraße, und zwar an die Stelle, an der Mutter mit mir Obst und Gemüse einzukaufen pflegte. Frohen Mutes wandte ich mich unserer Wohnung zu, mußte allerdings an der letzten Straßenkreuzung erkennen, daß die Kindergartenleiterin vor unserem Haus stand und aufgeregt mit meiner Mutter sprach. Die Frauen waren froh,

mich wiederzusehen, und ich wurde nur sanft ermahnt.

Hundert Meter rechts von uns ging die Blumenstraße ab, eine schöne stille Wohnstraße mit blühenden Straßenbäumen und ein paar kleinen Geschäften. Auf dieser Straße wohnte mein bester Freund. Wie er hieß, weiß ich nicht mehr. Sein Vater war Kunstmaler und



Abb. 1. Auf dem Westwall 1971

arbeitete in einem, in meinen Augen, riesigen Atelier in der Parterre eines Bürohauses. Es hatte eine Zentralheizung. Der Ofen wurde mit Eierbriketts beschickt, die vom Lastwagen über eine Blechrutsche in den Keller befördert wurden.

Mit großem Interesse beguckten mein Freund und ich diesen Vorgang. „Dürfen wir mitrutschen?“, fragten wir den Kohlenmann. „Warum nicht?“, sagte er freundlich grinsend. Er gab uns zwei Kohlsäcke, und wir rutschten mit jeder Ladung Kohlen in den Keller. Selten hat mir etwas soviel Vergnügen bereitet.

In diese Zeit fallen auch meine ersten Kontakte mit Glauben und Kirche. Abgesehen davon, daß meine Mutter mit mir jeden Abend betete: „Müde bin ich, geh zur Ruh“, konzentrierten sich meine Glaubensfragen altersbedingt auf solche Bereiche wie: Gibt es einen Nikolaus und einen Weihnachtsmann? Ich war meinem skeptischen Wesen gemäß schon als kleiner Junge geneigt, diese Fragen zu verneinen, bis ich zwei Dinge erlebte, die meinen Unglauben arg erschütterten.

Der Nikolaus trat mit rotem Gewand und weißem Bart im Kindergarten auf. Mit Unruhe nahm ich wahr, daß er nicht nur aus einem goldenen, sondern auch aus einem schwarzen Buch vorlas. Als er mit dem schwarzen Buch zu mir kam, versuchte ich ihn abzulenken, indem ich wahrheitsgemäß berichtete: „Nikolaus, der Dieter sagt immer Mickymaus zu Dir!“. Tatsächlich hörte der Nikolaus für eine ganze Zeit zu reden auf. Was er mir danach gesagt hat, weiß ich nicht mehr.

Ich stand in unserer Küche am Wasserbecken und beschäftigte mich mit dem Wasser. Plötzlich kamen von allen Seiten prasselnd Süßigkeiten auf mich zugeflogen. Ich war platt: Woher kamen die denn? Das Fenster war zu, und wir befanden uns in der zweiten Etage. Gab es doch so etwas wie einen Weihnachtsmann oder das Christkind? Viel später hat Mutter mir erklärt, daß sie die Süßigkeiten unbemerkt gegen die Zimmerdecke geworfen hatte.

Jeden Morgen kam mit Pferd und Wagen der Milchmann in die Hubertusstraße. Die Frauen kamen mit ihren Töpfen und Kannen, und der Milchmann zapfte Milch aus dem silbrig glänzenden, kastenförmigen Behälter. Sein Pferd konnte man füttern. Mutter forderte mich auf, Brotknäppchen zu sammeln und dem Pferd zu fressen zu geben. Das Riesentier sperrte sein Maul auf, flitschte seine Zähne, und ich zog meine Hand schnell zurück. „Du mußt das Brot auf die offene Hand legen“, sagte Mutter, „dann tut dir das Tier nichts“. Ich ließ es mit einem gewissen Grausen einmal geschehen, danach nicht wieder.

Als unser Milchmann heiratete, war ich zum ersten Mal in einer Kirche. Ich dachte erstaunt: „So alt und noch nicht verheiratet?“. Ich saß mit meiner Mutter in einer der hinteren



Abb. 2. Blick auf die Dionysiuskirche 1931

Reihen der Dionysiuskirche. Das Ganze war unverständlich und langweilig. Als am Schluß des Gottesdienstes ein dicker Mann im roten, wallenden Gewand durch den Mittelgang der Kirche kam und dabei ein qualmendes Weihrauchgefäß hin und her schwenkte, sagte ich ziemlich deutlich: „Was stinkt das hier so, Mutti?“

Im Frühjahr 1935 hieß es: „Vater hat eine neue Stelle in Fischeln, willst du einmal mit ihm hinfahren?“. Das wollte ich natürlich, und so fuhr ich zum ersten Mal in meinem Leben mit der Straßenbahnlinie 1 nach Fischeln. Ich kam in das Haus, das bis zu meinem 21. Lebensjahr mein Elternhaus werden sollte. Der große Garten dahinter war restlos verwildert, die Brennnesseln waren größer als ich.

Das Wohnhaus war der vordere Teil der evangelischen Volksschule Fischeln. Damals gab es im Rheinland überall noch Konfessionsschulen. Das recht stabile, noch aus dem 19. Jahrhundert stammende Schulgebäude stand auf einem großen, mit Linden bepflanzten Schulhof. Der Garten schloß sich direkt an den Schulhof an, das Ganze war von einer hohen Weißdornhecke umgeben.

Hundert Meter weiter begannen die Gemüsegärten des benachbarten „Hämmers“. Von der Haltestelle Reichling fuhr die Linie 1 abwechselnd mit der Linie 4 alle siebeneinhalb Minuten nach Krefeld. Wir saßen gern wie die Affen auf den Absperrbalken des hölzernen Wartehäuschens und beobachteten die Straßenbahnen, Radfahrer und wenigen Autos. Wenn ein Auto vorbeikam, zogen wir schnell unseren Taschenkalender aus der hinteren Hosentasche, um festzustellen, woher es kam. Alle paar Tage legte ein riesiger Leichenzug den Verkehr lahm.

Wir legten Pfennige und Kappesköpfe auf die Schienen und ließen sie von der Straßenbahn plattformfahren. Wenn man auf der hinteren Plattform stand, konnte man unbemerkt die Sandbremse aufdrehen. Einige der uralten Modelle waren so konstruiert, daß man beim Fahren den Stromabnehmer mit einem Seilzug von der Leitung nehmen konnte. Wir fanden das alles sehr lustig, der Fahrer weniger.

Eine Straßenkreuzung weiter lag eine alte Hufschmiede. Der Schmied Osterath und mein Vater waren dicke Freunde, was wohl

auch mit der Wirtschaft zusammenhing, die Schmied Osterath auf der anderen Seite der Straße betrieb. Er hatte Kinder in unserem Alter.

In der niedrigen Schmiede brannte immer ein Feuer. Vor der Esse stand ein mächtiger Amboß, auf dem der Meister mit einem seiner Gesellen taktmäßig das glühende Eisen bearbeitete. Anschließend wurde es in einen schwarzen Wasserbottich getaucht; es zischte jedesmal ordentlich. Es gab eine ganze Menge Maschinen, die mit Lederräumen angetrieben wurden. Am meisten interessierte uns das Holzgestell links an der Wand gegenüber der Esse. Dort wurden jeweils die Pferde angebunden, die ihre Hufe beschlagen bekamen. Die neuen Hufeisen wurden heiß angepaßt, die verbrannte Hornschicht der Hufe stank abscheulich, aber den Pferden schien das nichts auszumachen. Wir saßen oben auf den Querbalken des Gestells und sahen zu. Einmal hatte der Geselle ein Pferd zu beschlagen, welches Durchfall hatte. Wir fielen vor Lachen bald herunter.

Wir genossen eine fast unvorstellbare Freiheit. Natürlich hatten wir den Eltern zu parieren, die Schule zu besuchen und Schulsachen zu machen. Aber darüber hinaus waren wir frei. Wir konnten in dem Viertel um die Schule und Schmiede herum machen, was wir wollten, wir durften uns nur nicht erwischen lassen. Wir warfen beispielsweise Steine vom Schulhof Richtung Kölner Straße. Es war so wenig Verkehr, daß wir nie einen Verkehrsteilnehmer getroffen haben. Nur einem Radfahrer flog ein Stein gefährlich nahe am Kopf vorbei. Der Mann schellte wutschnaubend an unserer Haustür. Mutter nahm die Beschwerde sehr befremdet entgegen.

Abb. 3. Schulanfang an der evangelischen Volksschule Fischeln, Ostern 1935





Abb. 4. Evangelische Volksschule Fischeln, Wilhelmstraße, 1940

Mein Freund Karl und ich saßen hinter der Gartenhecke und amüsierten uns.

Mein Bruder Dieter wurde am 22. Dezember 1930 in Krefeld geboren. Er war ein zartes Kind und ein schwächlicher Junge. Mutter schwor bis zu ihrem Lebensende, Dieter nur mit Hilfe des jüdischen Kinderarztes Dr. Hirschfelder und teurer Reformhauskost groß bekommen zu haben.

Der beste Freund von Dieter war Kurt, Sohn eines Kollegen von Vater. Die beiden waren berüchtigt für ihre Streiche. Die Großmutter von Kurt sagte meinem Vater auf der Straße: „Wenn üre Dieter und usere Kurt ongerwechs send, häb ich Ängst!“. Die Angst war berechtigt.

Es muß im Sommer 1940 gewesen sein, die Sonne brannte an einem Nachmittag vom Himmel herab. Mein Freund Karl und ich trieben uns im Garten herum. Wir kamen an der halboffenen Schulpforte vorbei und stellten fest: „Aha, da ist wieder die Flieger-HJ“.

Am Rinnstein der Wilhelmstraße bot sich ein friedliches Bild: Dieter und Kurt hockten auf dem Boden und holten „Mott“ aus der Senke. Sie füllten einen rostigen Marmeladeneimer mit dem übelriechenden Abwassergemisch. Sie trugen das randvolle Gefäß zur Schule, stellten es vorsichtig auf die einen kleinen Spalt offenstehende Schultür und brüllten mehrmals hintereinander: „Von Hagen, dummes Schwein, komm heraus!“. Von Hagen war ein gut aussehender, etwas eitler und sehr auf seine Uniform bedachter HJ-Führer.

Beim dritten Mal kam von Hagen heraus. Er schoß wie ein wilder Stier durch den Schulflur und riß die Tür weit auf. Augenblicklich ergoß der Marmeladeneimer seinen üblen Inhalt über Kopf und Uniform des HJ-Führers. Von Hagen stand wie erstarrt, die beiden Übeltäter wälzten sich vor Lachen, auch Karl und ich konnten uns hinter der Weißdornhecke vor Begeisterung nicht fassen.

Der Garten war eines meiner Hauptaktionsfelder. 1935 war er ein Stück Urwald. Auch nachdem Männer eine Menge Bäume gerodet und den Garten umgegraben hatten, blieb viel Fremdes und zu Erforschendes im Garten. Die Pflanzen im hinteren Teil bildeten einen solchen Dschungel, daß wir dort bequem Löcher buddeln und Höhlen bauen konnten, ohne daß die Eltern es merkten. Meine schönste Höhle wurde nur dadurch entdeckt, daß mein Vater eines Tages nichtsahnend auf dem mit Grassoden getarnten Dach des Erdlochs stand. Der Boden federte etwas unter seinem Gewicht. Ich mußte offenbaren, was wir uns da gebaut hatten, und anschließend das Loch zuschippen. Aber wir haben mindestens zwei Jahre lang diese Höhle gehabt.

Im Mai 1938, ich war damals neun Jahre alt, stand unser Garten in voller Blüte. Meine Mutter arbeitete auf einem der kleinen Beete, als die grüne Gartentür aufging. Herein kam ein junger Mann, der rief: „Frau Mand, Frau Mand, stellen sie sich vor, ich habe Arbeit bekommen!“. Ich kannte den jungen Mann, er war Tagelöhner in einer kleinen Baufirma und half den Eltern bei der Gartenarbeit. „Kommen

sie mal mit“, sagte meine Mutter. Im Elternschlafzimmer machte sie ein paar Schubladen auf, zog hier und da ein Wäschestück meines Vaters hervor und gab sie dem Mann. „Vielen Dank, Frau Mand“, sagte der Mann. Ich erfuhr, er sei so arm, daß er sich keine Wäsche kaufen könne. Seine Arbeitsstelle sei der „Westwall“, die neue Grenzbefestigung an der deutschen Westgrenze.

Die Grundschuljahre verbrachte ich von 1935 bis 1939 in der Volksschule meines Vaters. Das hatte Vorteile und Nachteile. Der Schulweg war für mich sehr bequem: Ich machte die Haustür auf, ging zehn Meter nach links und stand vor der Schultür. Den eigenen Vater zum Lehrer zu haben, war nicht so angenehm. Dieter und mir gegenüber war er alles andere als nachsichtig. Niemand sollte sagen können, daß er seine eigenen Kinder bevorzuge. Vater hatte in der Klasse, in der er fünf Schuljahre unterrichtete, völlige Autorität. Er brachte es fertig, immer alle Schüler gleichzeitig zu unterrichten oder zu beschäftigen. Bei der Stillarbeit der jüngeren Schüler wurden die älteren herangezogen.

Dennoch kam es auch im Unterricht meines Vaters zu einigen erfreulichen Abwechslungen. Wir hatten immer Schüler dabei, die es verstanden, den Unterricht aufzulockern. Einer davon war Sieves Pief. Er trug eine kurze Hose mit Hinterklappe, darunter erscheinend nichts. Auf jeden Fall pflegte er uns hin und wieder dadurch zu entzücken, daß er während der Stillarbeit seine Hosenklappe losknöpfte und der Klasse seinen blanken Hintern darbot. Vater hat ihn nie dabei erwischt.

In Fischeln bekam ich auch Kontakt mit meiner Kirche. Pastor Engels war 1934 nach

Abb. 5. Beim Erzählen eines HJ-Streichs, 1940



Krefeld gekommen und hatte den Krefelder Süden zu betreuen. Nach Absprache mit meinem Vater gelang es ihm, in der oberen, leerstehenden Klasse der evangelischen Volksschule einen Gottesdienst einzurichten. Pastor Engels zog sich in unserer Küche um, Mutter band ihm das Beffchen. Vater spielte im Gottesdienst das Harmonium, ohne Bezahlung, wie das damals so üblich war. Unser Kindergottesdiensthelfer war mein späterer Presbyter Friedel Kiepe.

1939 schaffte Hitler die Konfessionsschulen ab. Die evangelische Volksschule Wilhelmstraße wurde geschlossen, Gottesdienst durfte nicht mehr sein. In die beiden leerstehenden Klassen zogen ein Parteilokal und die Flieger-HJ, später eine Luftschutzschule.

Im Frühjahr 1939 bestand ich, zusammen mit meinen drei Freunden, die Aufnahmeprüfung für die Fichteschule in Krefeld. Vater hatte uns gut vorbereitet, trotzdem war ich schrecklich aufgeregt.

In der ersten Stunde wurden wir in Mathematik geprüft. Die schriftliche Aufgabe war dem Bereich des „Winterhilfswerks“ entnommen: „Karin sammelt für das Winterhilfswerk. Auf Mühlenweg Nr. 1 bekommt sie 50 Pfg., bei Nr. 3 2,31 RM, auf Nr. 5 65 Pfg. und auf Nr. 19 1,80 RM. Wieviel hat sie insgesamt gesammelt?“. Ich grübelte herum, welcher Trick mit der Aufgabe verbunden sei, und verpaßte beinahe die Abgabe.

Am Ende wurden wir alle aufgenommen und waren stolze Schüler der 1b. Wir saßen mit 40 Schülern in einem Klassenraum der alten, zu einer Schule umgebauten Textilfabrik.

In der Kriegszeit hatten wir überwiegend bei älteren, zum Teil nicht mehr ganz dienstfähigen Lehrern Unterricht. Das haben wir schamlos ausgenutzt. Einer der Lehrer war Dr. J., genannt Klotz, ein Hüne von einem Mann mit einem spiegelglatten Kopf. Er war eine Seele von einem Menschen, aber pädagogisch völlig ungeeignet. Spätestens 10 Minuten nach Unterrichtsbeginn hieß es: „Rellecke, komm doch mal her!“. Der Schüler wurde beauftragt, die Wochenzeitung „Das Reich“ zu besorgen. Klotz vertiefte sich in den Leitartikel, und die Klasse wurde sich selbst überlassen. Das ging natürlich nicht gut.

Wenn Oberstudienrat Dr. Sch. die Klasse betrat, wurde er durch allerlei Zurufe wie „Jupp! Josef!“ und ich weiß nicht mehr wie sonst begrüßt. Er wurde dann wütend und sagte zu unserem Entzücken mit leicht fletschendem Gebiß: „Ihr sollt mich nicht immer bei meinem Vornamen nennen!“. Im Unterschied zu Dr. J. beherrschte er sein Fach, wir haben Mathematik bei ihm gelernt, nur Disziplin konnte er nicht halten.

Der kleine, gedrungene Herr S., unser Klassenlehrer der ersten vier Schuljahre, war ein Typ, der sich überall Respekt verschaffte. Er

brachte uns Rechtschreibung und Zeichensetzung bei, außerdem hielt er uns politische Vorträge: „Die Engländer und Franzosen müßt ihr hassen! Die Amerikaner stammen von dem Pack ab, das vor ein paar Jahrhunderten hier ausgewandert ist. Am besten würde man alle zusammen auf ein Schiff bringen und den Boden herauslassen!“.

Ich bin im „Dritten Reich“ aufgewachsen und habe dadurch lange Zeit, bis zu meinem sechzehnten Lebensjahr, eine doppelgleisige Erziehung erhalten. Auf der einen Seite standen meine Eltern und meine Kirche. Die wollten mich im Rahmen ihrer herkömmlichen Überzeugung zu einem Christen erziehen. Auf der anderen Seite stand der totalitäre nationalsozialistische Weltanschauungsstaat. Dieser Staat war so allgegenwärtig und bestimmend, daß auch ich mich nicht ganz seiner Prägung entziehen konnte.

Ich war Grundschüler, vielleicht neun Jahre alt, als ich mir eine Sammelmappe mit eingeklebten Ausschnitten zum Thema „Männer um den Führer, die ich kenne“ zulegte. Mein Vater bekam mit, was ich da machte, und sagte mir: „Zeig mir mal, was du da hast!“. Er musterte die Mappe mit einem steinernen Blick und gab sie mir ohne jeden Kommentar zurück. Ich merkte deutlich an seinem Verhalten, daß ihm diese Sammlung nicht recht war.

Im Alter von zehn Jahren hatte ich meinen „Dienst“ bei der Hitlerjugend, Abteilung Jungvolk, anzutreten. Dazu waren alle deutschen Jungen gesetzlich verpflichtet. Wir mußten jeden Mittwoch- und Samstagnachmittag zum äußersten Süende von Fischeln, um dort unseren „Dienst“ auf dem Exerzierplatz oder im HJ-Heim abzuleisten. Mutter sagte: „Geht bloß dorthin, Vater hat schon Schwierigkeiten genug“.

Vater war als Lehrer gezwungenermaßen Mitglied der Partei. Mit den Leuten, die dort zu sagen hatten, hatte er eigentlich nichts am Hut. Aber die waren an der Macht, und es empfahl sich, ein Stück weit mit den Wölfen zu heulen. Zur Wut der Verantwortlichen blieb Vater lediglich formales Mitglied. Nur zu den Parteiversammlungen legte er sein Hakenkreuzabzeichen an. Aber wenn er zurückkam, verschwand es sofort wieder in der Schublade. Auf seinem Revers blieb die Miniaturausgabe seiner Orden aus dem Ersten Weltkrieg.

Unser Blockwart war ein feister und primitiver Mensch, der gern in der braunen Uniform herumlief, also ein „Goldfasan“ war, wie die Leute sagten. Der Ortsgruppenleiter war ein finster dreinschauender Mann, der meinen Vater offensichtlich „gefressen“ hatte. Heute ist mir klar, warum: Vater hatte die Frechheit, sich zur Kirche zu halten. Er hatte die Stirn, selbst dann noch evangelischen Religionsunterricht zu erteilen, als das im Krefelder Süden keiner mehr tat. Als er im September 1945 mit Hungerödemem aus der englischen Kriegsgefangenschaft zurückkam, mußte er den Fra-

gebogen der Militärregierung ausfüllen. Er wurde nach einigen Monaten als Mitläufer eingestuft und durfte wieder die Kinder unterrichten.

Durch die doppelgleisige Erziehung, hier die Eltern und die Kirche, dort der Staat, habe ich nie ein ungetrübtes Verhältnis zum Nationalsozialismus gewonnen. Dazu trug die Unfähigkeit seiner Vertreter bei. Die weltanschauliche Schulung, die uns unsere „Führer“ im Jungvolk zu verpassen suchten, war derart primitiv, daß mir das schon als Zehnjährigem aufgefallen ist. Wir saßen auf unbequemen hölzernen Schemeln in der sommerheißen Baracke des Fischelner HJ-Heimes. Vor uns hatte sich ein „Führer“ aufgebaut und leierte einen Sermon des Inhaltes herunter, wir hätten uns für Führer, Volk und Vaterland einzusetzen und sollten uns dabei nicht allzusehr von Eltern, Schule und Kirche beeinflussen lassen.

Gehaßt habe ich das Marschieren und Exerzieren, insbesondere, daß wir beim Marschieren auch noch Lieder singen mußten, zum Beispiel „Wir lagen vor Madagaskar und hatten die Pest an Bord“, aber auch „Es zittern die morschen Knochen der Welt vor dem großen Krieg“ und über die Juden: „Sie ziehn dahin, daher, sie ziehn durchs Rote Meer, die Wellen schlagen zu, die Welt hat Ruh“. Wir sangen auch das letzte Lied, ohne daß wir uns etwas Besonderes dabei gedacht haben.

Von meinem 12. Lebensjahr an war ich im Konfirmandenunterricht und hatte sonntags Gottesdienst. Die Hitlerjugend versuchte, die Teilnahme am Gottesdienst dadurch zu verhindern, daß sie auch am Sonntagvormittag „Dienst“ ansetzte. Endlich hatte ich einen Grund, nicht dahin zu gehen! Ich meldete mich bei meinem Vorgesetzten und sagte: „Ich kann Sonntag nicht zum Dienst kommen“. — „Wieso nicht?“ — „Da muß ich zum Gottesdienst.“ Die HJ-Führer fluchten und tobten, ließen mich aber gehen. Weil man mich in jungen Jahren daran hindern wollte, zur Kirche zu gehen, bin ich ein besonders treuer Gottesdienstbesucher geworden.

Im April 1943 wurde ich konfirmiert. Zitternd kniete ich mit meinen Freunden vor Pastor Engels. Selbst ein so sturer Vertreter wie mein Freund Karl zitterte und bebte. Ich bekam einen sehr schönen Konfirmationsspruch: „Sei getreu bis an den Tod, so will ich dir die Krone des Lebens geben“ (Offenbarung 2, 10). Ob es an den Umständen lag, es wurde ja in anderem Zusammenhang dauernd von der Treue bis in den Tod geredet, ob es Pastor Engels, die Kirche oder mein noch jugendliches Gemüt war, ich weiß es nicht, auf jeden Fall fühlte ich mich sehr angesprochen.

Nach meiner Konfirmation fühlte ich mich, Luftangriffe hin, Krieg her, erwachsen. Angehen mit dem ersten langen Anzug, mit Krawatte und Hut geschmückt, konnten wir sogar hin und wieder die Kassiererin im Fischelner Kino

betrügen, wir wären schon sechzehn Jahre alt. Ich mußte nun nirgendwo mehr hingehen, die Nachrichten-HJ ausgenommen.

Zwei Monate noch gingen wir in die Jugendbibelstunde von Pastor Engels. Wir standen gerade in Verhandlung, ob wir nicht die Leitung einer neu aufzumachenden Jungschar übernehmen könnten, als der Luftangriff auf Krefeld am 21. Juni 1943 alles zerstörte. Alle kirchlichen Räume in Flammen auf oder wurden bis auf die Grundfesten zerbombt, nur das Pfarrhaus Engels war noch da.

Die Angst vor dem Kriege geisterte schon 1938 in den Köpfen der Leute herum. Die Stimmung war der übliche lockere Ton. Die Leute machten bedrückte Gesichter und starrten stumm vor sich hin. Die Stimmung wurde erst durch einen Betrunkenen aufgehellt, der an der Haltestelle Feldstraße einstieg. Der Mann löste hinten beim Schaffner einen Fahrschein, hielt sich nicht fest, und die Straßenbahn fuhr ruckartig an. Der Betrunkenen schoß auf dem Bauch durch den ganzen Wagen, alle lachten, die Stimmung war gerettet.

Zu den unheimlichen Vorzeichen des kommenden Unheils gehörte auch die „Reichskristallnacht“ im November 1938. Am Morgen danach erzählten die Kinder in der Schule: „Ihr müßt mal in die Stadt fahren, dort hat die SA die Schaufenster der jüdischen Geschäfte eingetreten, da sieht es vielleicht aus!“. Wir fuhren mit der Straßenbahn in die Krefelder Innenstadt und sahen die beträchtlichen Zerstörungen, vor allem an der Marktstraße. Wir hatten das dumpfe Gefühl, daß dort etwas Schreckliches, Verbotenes passiert war. Wir wußten auch, das hing mit der Partei zusammen, aber als neunjährige Kinder konnten wir uns nicht erklären, was da lief, geschweige, daß wir die Folgen ermessen konnten. Aufgeklärt hat uns keiner, auch die Eltern nicht. Es gab damals Dinge, über die nicht gesprochen wurde.

Bei Kriegsausbruch ging es sofort los. Wir hatten schon in der Nacht vom 3. zum 4. September Fliegeralarm. Die Sirenen heulten, die schweren Flugabwehrkanonen knallten, was das Zeug hielt, und wir stürzten mit schlotternden Knien in unseren Keller. Dieses „Vergnügen“ haben wir noch viele hundert Male gehabt. Wir gewöhnten uns schließlich daran. In der Schule bedeutete uns Fliegeralarm eine willkommene Abwechslung. Gegen Schluß des Krieges waren wir so abgebrüht, daß wir noch während des Luftangriffs und des Geschützdonners einfach nach Hause gingen. Einmal schlugen die gezackten Splitter der Flakgranaten ganz in unserer Nähe ein. Wir bekamen einen Schrecken und gingen dann weiter.

Die Nacht vom 21. zum 22. Juni 1943 war schrecklich. Ein warmer Sommerabend war zu Ende gegangen. Vater war nicht zu Haus,

er war bei der „Heimat-Flak“. Nachts heulten die Sirenen. Wir stiegen in den Keller hinunter und legten uns in unsere Luftschutzbetten, um weiterzuschlafen. Aber dann begann ein Luftangriff, wie ich ihn nicht wieder erlebt habe. Wir, im südlichen Vorort Fischeln, hörten nur das Brummen der Flugzeugmotoren, das Sperrfeuer der Flak und stundenlang schwerste Explosionen. Als der Angriff vorbei war, stieg ich auf das durch den Luftdruck teilweise abgedeckte Dach der Volksschule. Mir bot sich ein Anblick, den ich nie wieder vergessen werde: Die ganze Stadt brannte. Die Flammen schlugen doppelt so hoch wie die Häuser waren. Wir in Fischeln waren unbeschädigt davongekommen.

Als wir nach den Sommerferien 1944 wieder zur Schule zurückkamen, standen auf dem Schulhof höhere HJ-Führer. Die jüngeren Schüler wurden in die Klassen geführt, wir durften draußen bleiben. Es hieß: „Für die Schüler der Untersekunda fällt die Schule heute aus. Wir treffen uns statt dessen um 15 Uhr auf dem Platz der SA“. Freudestrahlend gingen wir nach Hause und kamen um 15 Uhr wie befohlen zurück. Das war der Beginn des „Westeinsatzes.“

Alle Jungen des Jahrgangs 1929 hatten erst jenseits, dann diesseits der deutschen Westgrenze Panzergräben auszuheben. Wir kamen erst ein Vierteljahr später wieder nach Hause.

Meine Freunde und ich hatten als Mitglieder der Nachrichten-HJ das bessere Teil (cf. Lukas 10,42!) erwählt. Wir mußten nicht schaufeln, sondern hatten Fernsprechsysteine zu installieren, in Ordnung zu halten und die Vermittlungen zu besetzen. Dabei hatten wir ein drolliges Erlebnis: Bei einer Verlegung der ganzen Truppe kamen wir in einer Wirtschaft in dem kleinen niederrheinischen Örtchen Alst an. Es regnete, als wir aufgefordert wurden, unser Lager unter dem offenen Dach des Anbaus zu beziehen. Während wir maulend die Leiter hochstiegen, kam eine alte Frau aus der Wirtschaft und sagte händeringend: „Geht doch lieber in unser Fremdenzimmer, ihr macht hier alles kaputt!“. Das ließen wir uns nicht zweimal sagen. Im Fremdenzimmer gab es zwar nur zwei Betten für jeweils drei Schläfer, aber das machte nichts, wir waren geradezu fürstlich untergebracht im Vergleich zu unseren Kameraden. Die kamen jeden Morgen in Reih und Glied heranzumarschieren, jeder von ihnen trug eine Schaufel auf den Schultern. Ihren Führern genügte es nicht, die armen Jungen frühmorgens zum Schanzengraben zu führen, die mußten unterwegs auch noch „Luftkrieg“ spielen. Regelmäßig hieß es in der Nähe unseres Hauses: „Fliegeralarm!“. Die Burschen spritzten auseinander und suchten überall Deckung. Zu unserer Freude sprang jedes Mal ein besonders schlaues Kerlchen in das Einmannloch vor unserer Haustür. Es war von einer abrückenden Einheit mit Nudelsuppe gefüllt worden.

Als wir im November 1944 nach Krefeld zurückkamen, gab es keine Schule mehr. Die Engländer und Amerikaner hatten die totale Luftherrschaft übernommen. Man konnte sich nicht mehr auf der Straße bewegen, ohne angegriffen zu werden. Mutter, Joachim und ich saßen mit unserem Pflichtjahrmädchen Wilma in der mit Brettern zugeschlagenen Küche beim Mittagessen, als es draußen schellte. Wilma stand auf und ging zur Haustür. Sie kam mit einem breit lachenden Gesicht zurück und sagte: „Dä Dieter!“. Wir sprangen auf. Dieter war da? Der sollte doch im Kinderlandverschickungslager in Mittelfranken sein! Er war fortgelaufen, er hatten den weiten Weg geschafft. Mein Vater war inzwischen eingezogen, der konnte ihn nicht mehr zurückbringen.

Mein Bruder, damals ein schwächlicher dreizehnjähriger Junge, sagte: „Ich bleibe hier, was passiert, ist mir ganz egal, in die KLV gehe ich nie wieder zurück!“. Nach Kriegsende sollte es sich als ein Segen erweisen, daß Dieter zurückgekehrt war. Er hat die Rumpffamilie, meine Mutter, meinen fünfjährigen Bruder Joachim und sich selbst durch Schwarzhandel mit den amerikanischen Soldaten ernährt.

Ende 1944 war ich mit dem Fahrrad auf dem Krefelder Ostwall unterwegs, als schnell hintereinander „Voralarm“, „Fliegeralarm“ und „Akute Luftgefahr“ kam. Ich trat in die Pedale, ich wollte unbedingt noch nach Hause. Ich raste über die völlig leere Kölner Straße. Als ich in die Wilhelmstraße einbog, kletterte eine Gruppe ukrainischer Zwangsarbeiterinnen aus dem Splittergraben: Wenn dort einer radfuhr, mußte das Schlimmste vorbei sein. Das war aber genau falsch. Ich stand gerade am Kellereingang, als wenige hundert Meter zurück eine Reihe Bomben auf der Kölner Straße einschlugen. Der Luftdruck war so stark, daß ich wie auf einem Luftpolster die Kellertreppe hinuntersegelte. Auch den Ukrainerinnen war es offensichtlich gelungen, sich noch eben retten zu können.

Am Jahresende stand ich bei verhangenem Himmel in unserem Garten. In nur wenig hundert Metern Höhe flogen riesige Kampfgeschwader in geordneter Formation ihrem Ziel entgegen. Kein Schuß störte ihren Weg. Ich war deprimiert.

Silvester 1944 war ein klarer Wintertag. Mittags gegen 12 Uhr stand ich auf unserem Schulhof, als sich ein Pulk von ungefähr 40 amerikanischen Bombern mit großer Geschwindigkeit von Westen her näherte. Der „Pfadfinder“ schoß seine Zielmarkierung, den gefürchteten „Christbaum“, ab, und dann hörte ich schon die Bomben heulen. Das Ganze kam so überraschend, daß ich nicht mehr in den Keller stürzen, sondern nur noch auf die andere Seite des Schulgebäudes gehen konnte. So hoffte ich, einen gewissen Schutz vor den detonierenden Bomben zu haben. Aber die Bomben schlugen nicht bei uns ein,

sondern wenige Kilometer östlich in Krefeld-Oppum. Man wollte die wichtige Bahnverbindung zerstören, doch man traf unter anderem die rechts und links von den Bahngleisen liegenden Kirchen. Die evangelische Kreuzkirche, in der ich später oft gepredigt habe, bekam einen Volltreffer. Die Küsterin und die Kinder, die sich vom Kindergottesdienst in den Kirchenkeller geflüchtet hatten, waren sofort tot.

Am 2. Januar 1945 wurde ich zum Wehrrüchtigungslager in die Kasernen auf der Kempener Allee eingezogen. Dort lernte ich mit meinen Altersgefährten in vier Wochen, mit dem Karabiner, der Handgranate, dem Maschinengewehr und der Panzerfaust umzugehen. Vor allem die letztere Waffe erwies sich als so gefährlich, daß ich mir schwor, niemals solch ein Ding abzuschließen. Außerdem wurden wir auf dem Exerzierplatz erbarmungslos „geschliffen“. Unsere Ausbilder waren die gleiche Art von HJ-Führer, mit denen wir auch vorher schon zu tun bekommen hatten. Dazu kamen einige Unteroffiziere der deutschen Wehrmacht. Zu ihnen gehörte ein rothaariger Mann, Ende Dreißig, mit hohen Nahkampfauszeichnungen. Er rühmte sich mehrfach vor uns, nicht gesinnungstreue Kollegen der Militärgerichtsbarkeit ausgeliefert zu haben.

Eines Morgens saßen wir in einem großen Raum und hatten das schöne Lied zu lernen: „Infanterie, du Königin aller Waffen“. Ich haßte schon seit meiner Jungvolkzeit das Marschieren und sollte jetzt noch dieses Scheißlied lernen. Da weigerte ich mich! Der HJ-Führer bemühte sich, uns das Lied beizubringen, und sagte dann: „Mand, sag das Lied auf“. Ich kam bis Zeile eins. „Setz dich!“, brüllte der Führer und begann von neuem, uns das Lied einzutrichtern. Danach piff er mich wieder an: „Mand, sag das Lied auf!“. Jetzt blieb ich bei Zeile zwei stecken. Der Ausbilder tobte, er empfand meine Unfähigkeit als Widerstand. „Ganze Kompanie raus!“, rief er, und dann wurden wir eine Stunde lang auf dem Exerzierplatz gejagt. Als wir wieder reinkamen, sagte er: „Wißt ihr auch, wem ihr das zu verdanken habt? Dem da!“, und er zeigte mit den Fingern auf mich. Ich machte ein stures Gesicht, es kam das Mittagessen, keiner von meinen Kameraden dachte daran, mir etwas zu tun.

Das seltsame Gefühl der Unwirklichkeit erfüllte mich wieder, als uns Ende Februar 1945 die Nachricht erreichte: „Die Amerikaner sind in Fischeln“. Sämtliche Verbände in der Kaserne wurden innerhalb eines Tages nach Mitteldeutschland in Marsch gesetzt. Fünfzig Mann blieben zurück, die „Kampftruppe“. Seltsamerweise wurde auch ich dafür ausgewählt, obwohl ich doch dauernd mit den Führern im Clinch gelegen hatte. Truppführer wurde der rothaarige Feldwebel.

Abends wurden wir in der spiegelblank geputzten Großküche der Kaserne auf „Führer

und Reich“ verpflichtet. Wir bekamen eine Armbinde auf unsere grauen Drillanzüge, die wir über unserer schwarzen HJ-Uniform trugen, mit der schwarz auf roten Aufschrift „Volkssturm“. Dann ging es auf einen Lastwagen, der bei Geschützdonner stundenlang mit uns hin und her fuhr. Ich fragte: „Seit wann gibt es in Krefeld wieder Flak?“. — „Von wegen Flak, du hörst den Geschützdonner der Front.“ Wir übernachteten im Luftschutzbun-

ker Bockum. Die jüngeren und älteren Frauen sahen uns seltsam an.

In den frühen Morgenstunden ging es weiter. Am südöstlichen Stadtrand von Krefeld, in dem damals noch recht ländlichen Gebiet zwischen Oppum und Fischeln, wurden wir ausgeladen. Unser Führer wies uns an, die dort ausgehobenen Zickzackgräben zu besetzen. „Was sollen wir hier?“ — „Das ist die

Abb. 6. Ausschnitt eines Aufklärer-Fotos vom 10. Februar 1945; es zeigt die Konzentration der Bombentrichter südlich der Bahnanlagen und nördlich der Untergath; etwa in der Bildmitte die Herbertzstraße



Front.“ — „Und wo sind die Amerikaner?“ — „Die werden noch kommen.“

Es war fast idyllisch am Morgen des 2. März in Krefeld. Die Sonne schien, es war ein schöner Vorfrühlingstag. Interessiert sahen wir ein paar kleinen Flugzeugen zu, die vor unserer Nase ihre Flugkunststückchen vorführten. „Das sind keine kleinen, schönen Flugzeuge“, erfuhren wir, „sondern amerikanische Artilleriebeobachter“. Nun, das konnte heiter werden.

Um die Mittagszeit rückten wir in das Zentrum der Donsiedlung vor, ohne daß etwas Besonderes passiert wäre. Außer uns gab es nur noch ein paar versprengte deutsche Soldaten und einen Schützenpanzer. Wir hatten gerade die vom Krieg demolierte Scheune des Schröershofes an der Hafelsstraße bezogen, als die Amerikaner kamen. Sie kamen mit Panzern und aufgesessener Infanterie. Die Panzerkanonen knallten dumpf, die MG-Garben klatschten mit einem ekelhaften Geräusch gegen die Wände des Bauernhofes. Wir saßen im Hühnerstall der Scheune. Durch ein Kellerfenster in etwa ein Meter Höhe konnten wir das Geschehen draußen gut beobachten.

Die Amerikaner rückten vor, die wenigen deutschen Soldaten zogen sich zurück, wir saßen in der Falle. Sieves Pief stand an der Tür und schoß, was das Zeug hielt. Ich hatte mir vorsichtshalber nur Übungsmunition mit Holzkernen und eine Panzerfaust ohne Zünder genommen. Ich empfand das Ganze als Wahnsinn. Andererseits brachte ich es nicht über mich, so nahe dem Elternhaus zu fliehen. Ich war die ganze Zeit wie in einem Altraum.

Ein Amerikaner lief ganz nah an unserem Versteck vorbei. „Hel“, rief Helmut Sieves, in der Annahme, einen deutschen Soldaten vor sich zu haben. Der Soldat blieb stehen, lief auf den Hühnerstall zu und hielt sein automatisches Gewehr in unser Kellerloch. Sieves Pief stand in der kurzen Ecke links neben dem Fenster, wir anderen lagen flach übereinander auf dem Boden. Ich lag oben auf, ich hätte den Amerikaner anfassen können. Der Soldat schaute immer nach der Ecke von Sieves und schrie etwas. Keiner antwortete ihm. Schließlich schoß er in den engen Stall, daß die Querschläger nur so summten. Sieves rief: „Hilfe, Hilfe“, sonst nichts.

Da wurde es dem Soldaten zu bunt. Er nestelte an seinem Brustriemen, um eine orangeförmige Eierhandgranate abzunehmen und in den Stall zu werfen. Mühsam rang ich mich zu der Erkenntnis durch: Dann sind wir alle tot! Ich richtete mich lautlos mit erhobenen Händen vor dem Soldaten auf. Der GI torkelte vor Schrecken ungefähr zehn Meter zurück. Dann holte er seine Kameraden; die holten uns aus der Hütte heraus.

Zwei Stunden standen wir anschließend mit „Hände hoch“ an der Hafelsstraße. Wir hörten

die Sirenen im noch nicht eroberten Stadtgebiet von Krefeld „Fliegeralarm“ und „Entwarnung“ geben. Wir sahen, wie ein deutscher Lastwagen mit einem auf der Ladefläche aufgebauten MG auf der Gath die Front durchbrach, aber wir selbst waren Gefangene.

Am späten Nachmittag kam ein Kettenfahrzeug, um uns abzutransportieren. Wir standen auf dem großen Laster wie die Heringe aneinandergepreßt, als die deutsche Artillerie begann, die Siedlung vom Rhein her zu beschießen. Alle gingen sofort in Deckung, nur ein amerikanischer Offizier nicht, der mit entschärfter Pistole darauf achtete, daß keiner von uns flüchtete. Die Häuser der Siedlung brannten, als das Kettenfahrzeug mit uns durch die Felder Richtung Osterath abfuhr.

Mitten im Feld blieben wir in dem aufgeweichten Acker stecken. Ein Soldat sprang aus dem Führerhaus und sagte mit seiner amerikanisch geprägten Stimme: „Alles aussteigen, und deuen! Wer nicht deut, wird erschossen!“. In einem Pferdestall bei Osterath haben wir übernachtet. Kurz vor dem Hinlegen sagte ein Sergeant zur Wache: „Let them take a piss!“. Ich merkte mir den Spruch. Als ich morgens aufwachte, ging ich zu dem Posten und sagte: „I want to take a piss“. Der Mann guckte mich groß an und ließ mich gehen.

Noch am gleichen Tag kamen neue Armeelaster zum Weitertransport. Ich wollte gerade auf ein Fahrzeug klettern, da sah ich den alten Straßenbahnschaffner Vogels von der Fischelner Wilhelmstraße unten stehen. Der alte Mann jammerte, daß ihn die Amerikaner mitgenommen hatten, nur weil er eine Straßenbahnuniform anhatte. Ich rief: „Herr Vogels, sagen Sie meiner Mutter, daß ich in amerikanischer Kriegsgefangenschaft bin!“. So erfuhr Mutter, die mich in verschiedenen Gefangenenlagern in der Nähe von Krefeld vergeblich gesucht hatte, daß ich noch lebte. Ich kam mit den anderen nach Namur.

Nach ein paar Tagen kamen wir zum Verhör. Vorher wurden wir in drei Gruppen sortiert: Ausländer, Deutsche, Nazis. Unser rothaariger Obernazi, dem es gelungen war, die amerikanische Gefangenschaft unbeschädigt zu erreichen, wurde gerechterweise in Gruppe III eingestuft. Es gelang ihm noch, uns einen Blick zuzuwerfen: „Wer von euch hat mich verraten?“. Ich nicht, aber ich fand ihn durchaus richtig eingruppiert.

Mit drei Mann betraten wir den Verhörraum. Junge Offiziere saßen hinter den Tischen, wir standen davor, hinter uns die Wachen. Der Gesprächsführer, offensichtlich ein rechtzeitig emigrierter deutscher Jude, ergriff das Wort und fragte uns: „Fährt immer noch die Linie Eins von Fischeln nach St. Tónis?“. Wir waren erschlagen, der Mann kannte sich in Krefeld aus, der wußte alles. Schüchtern gaben wir Antwort. Nur einmal wurde er böse, als er sich nach der Wirkung der alliierten Bombenangriffe erkundigte, und wir anfangen,

von den „Terrorangriffen“ zu reden. Das war damals die deutsche Sprachregelung. Der Mann fing an zu toben; wir wurden abgeführt und 48 Stunden in eine völlig überfüllte Zelle gesperrt.

Endstation der Reise war eine zum Internierungslager umgebaute Klosterschule. Wir lebten tagsüber auf dem Hof und schliefen nachts in den Schulräumen, ich zum Beispiel auf den blanken Fliesen des Chemiesaales. Bewacht wurden wir von Belgiern, die uns haßten. Wir waren die Deutschen, die ihr Land überfallen und sechs Jahre besetzt hatten; jetzt waren wir in ihrer Gewalt, und sie konnten ihr Mütchen an uns kühlen. Wir waren ein elender Verein: halbe Kinder, Kriegsversehrte, aus der Wehrmacht Entlassene, ehemalige Häftlinge, alle samt und sonders nicht kriegsfähig und darum zu Zivilinternierten erklärt. Im Klosterlager begann der Hunger.

Nach ein paar Wochen wurden wir wieder auf Laster verfrachtet und fuhren durch die belgischen Dörfer und Städte. In Lüttich wurden wir neben dem Einschlagtrichter einer V2 von einer aufgebracht Menge mit Steinen beworfen. Eine Nacht verbrachten wir in einer völlig verlausten Baracke in Verviers. Als wir im eingezäunten Stadion von Eupen ankamen, war mein Unterhemd so voller Läuse, daß ich es entsetzt in einem dafür angezündeten Feuer verbrannte.

Ich hatte jetzt kein Unterhemd, meine Schuhe hatten keine Sohlen mehr, ich war abgemagert, aber sonst ging es mir gut. Selbst die Krätze, die ich mir zum Schluß unter den dreckigen Woldecken der Krefelder Kaserne geholt hatte, war verschwunden. Abgesehen von der Ungewißheit und dem steigenden Heimweh gab es nur noch ein Problem: den Hunger. Unsere Not sprach sich in der deutschsprachigen Bevölkerung von Eupen herum. Mitleidige Menschen kamen und warfen uns Brote über den Stacheldrahtzaun. Die Gefangenen balgten sich so grausam um das Brot, daß ich mir schwor, lieber sterben zu wollen, als mich an dieser abstoßenden Schlägerei zu beteiligen.

Anfang Mai 1945 endete meine Kriegsgefangenschaft ebenso plötzlich wie sie angefangen hatte. Ich wurde mit zwei anderen Jungen auf ein kleineres Militärfahrzeug gesetzt, das uns nach Krefeld fuhr. Anscheinend waren die Amerikaner zu der Erkenntnis gekommen, daß wir als Sechzehnjährige nichts in einem Gefangenenlager verloren hatten.

Als ich durch Fischeln gefahren wurde, lag mein Freund Karl im Fenster. Er sah mich und rannte hinter mir her. Es war herrliches Wetter, die Gärten waren bestellt, alles blühte. Um die Ecke Kölner Straße/Wilhelmstraße bog eine ältere, abgemagerte Frau mit einem schwarzen Hund an einer Kordel. Es war meine Mutter, und ich war wieder zu Hause.

Anmerkung
Auszug aus: F. L. Mand, In der Kirche war ich zuhaus.

Schanzen an Panzergräben in und um Krefeld zum Ende des Zweiten Weltkrieges

von Heinz Hüttenes

50 Jahre haben vieles vergessen lassen, entschärft oder auch glorifiziert. Deshalb habe ich versucht mit Hilfe ehemaliger Zeitzeugen — über 60 haben sich dankenswerterweise gemeldet — und mit spärlichem Archivmaterial das Kapitel „Schanzen an Panzergräben“, so gut es mir möglich war, schriftlich festzuhalten.

Eine vollständige Übersicht über dieses schlimme Kapitel der Kriegswirren kann auch mein Bericht nicht geben — zu chaotisch war die Zeit —, aber vielleicht kann er beitragen, Erinnerungen wachzuhalten an Krefelder Bürger, die Enormes leisten mußten, deren Werke aber nicht mehr existieren und auch kaum sonstwo noch Erwähnung finden.

Nach dem Krieg ging der Kampf ums Überleben weiter. Ich glaubte Wichtigeres zu tun zu haben, als das Erlebte aufzuschreiben, und so dauerte es lange, fast 50 Jahre, bis ich daran gehen konnte, Erinnerungen an die letzten Kriegsmomente — besonders aber die der Schanzentätigkeit — festzuhalten.

Im Juli und August 1944 hatte ich als 15jähriger meine Wehrlüchtigung in Halle/Saale abzuleisten. Nach dieser Zeit erhielt ich eine Einberufung zum Schanzeneinsatz nach Venlo. Wochen später erfolgte in einem Nachtmarsch die Verlegung in den Raum Mönchengladbach-Hardt. Der strapaziöse Nachtmarsch war angeordnet, um feindlichen Tieffliegern keine Kolonnenziele zu bieten. In diesem Raum mußten Schützengräben und Maschinengewehr(MG)-Stellungen angelegt werden. Danach wurde ich beim Ausheben eines riesigen Panzergrabens um Krefeld eingesetzt, gemeinsam mit vielen Hunderten anderer Leidensgenossen.

Für mich war dies eine besonders einschneidende Zeit, da ich mich in einer weiterführenden Schulausbildung befand. Nach dem schweren Bombenangriff im Juni 1943 waren wir Schüler ohne festes Schulgebäude, wurden mal hierhin, mal dorthin geschickt. Kaum eine Nacht verlief ohne Fliegeralarm. Ein halbes Jahr fand überhaupt kein Unterricht statt, und die letzten beiden Monate vor dem Einmarsch der Amerikaner wurde ich auch

noch kaserniert. Während der Kasernierung gab es zwei Tage Urlaub, um von der Kaserne aus, ohne jegliche Vorbereitung, die Abschlußprüfung zu machen und — zu bestehen. Eine verrückte Zeit!

Im Juni 1944 landeten alliierte Truppen in der Normandie. Mit einem bis dahin nicht gekannten Einsatz todbringender Waffensysteme und einem riesigen Potential gut ausgebildeter Truppen starteten die Alliierten den entscheidenden Schlag gegen Deutschland.

Der relativ rasche Durchbruch dieser Streitkräfte muß bei den Spitzen der Wehrmacht, und viel mehr noch bei der NSDAP, die letzten Zweifler davon überzeugt haben, daß der schon seit fünf Jahren dauernde Krieg nicht mehr zu gewinnen war. Trotz dieser Erkenntnis wurde alles daran gesetzt, dem berühmtesten Aufruf zum totalen Krieg nachzukommen.

Gemäß diesem Aufruf des Reichspropagandaministers Goebbels am 26. Januar 1943 im Berliner Sportpalast sollte jedes Haus auf deutschem Boden in eine Festung verwandelt und verteidigt werden.

Ich will in meiner Übersicht nicht näher auf die Sinnlosigkeit derartigen Tuns eingehen, sondern mich auf den Ablauf der zusätzlichen Verteidigungsmaßnahmen an der deutsch/niederländischen Grenze, besonders aber um Krefeld, beziehen.

Mit zunehmendem Geländegewinn standen den Alliierten mehr und mehr Flugbasen zur Verfügung, von denen aus auch Jagdbomber eingesetzt werden konnten. Ende des Sommers 1944 nahmen daher die Luftangriffe auf Ziele im Krefelder Gebiet erheblich zu. Besonders tiefliegende Jagdbomber tauchten ohne Vorwarnung am Himmel auf und beschossen

Abb. 1. Jungvolk auf dem Marsch zum Schanzeneinsatz mit eigenem Werkzeug; August/September 1944, Aktion Splittergräben



vornehmlich bewegliche Ziele. Dies waren beispielsweise Eisenbahnzüge, Lastkraftwagen, Straßenbahnen und sogar Personen auf den Feldern und auf den Landstraßen.

Um vor diesen Gefahren einen minimalen Schutz zu schaffen, ordnete die Parteiführung das Ausheben von Einmannlöchern und Splittergräben an. Überall dort, wo kein Sichtschutz durch Gebäude oder durch Bäume bestand, wurden in der Nähe von Straßen und Haltestellen diese Schutzgräben ausgehoben. Zur Arbeit an diesen Erdlöchern wurden unterschiedliche Bevölkerungsgruppen herangezogen, so zum Beispiel Gefangene und dienstverpflichtete Ausländer, Jungvolkgruppen, vom Kriegsdienst freigestellte Personen und sogar Frauen und Mädchen (s. Abb. 1).

Es liegen mir mehrere konkrete Aussagen von Frauen vor, die als Mädchen, teils gemeinsam mit ihren Müttern, bei der Aushebung von Schutzgräben eingesetzt waren, obwohl die Schutzbestimmungen für Jungen und Mädchen der Hitlerjugend dies ausdrücklich ausschlossen (s. Abb. 2).

Ob heute noch alle Stellen zu erfassen sind, an denen Schutzlöcher und Gräben ausgehoben wurden, auch wer daran beteiligt war, muß bezweifelt werden, da keine Aufzeichnungen vorliegen.

Bereits Anfang September 1944 rief die NSDAP, die seit 1939 für die Verteidigungsanlagen des Reiches zuständig war, zu einem Sondereinsatz (Westwall-Aktion) auf (s. Abb. 3). Soweit er Krefelder Bürger betraf, wurden diese zunächst in den Niederlanden und im niederländischen Grenzgebiet eingesetzt.

Abb. 2. Krefelder Bürger beim Ausheben eines Splittergrabens an der Berliner Straße; Herbst 1944

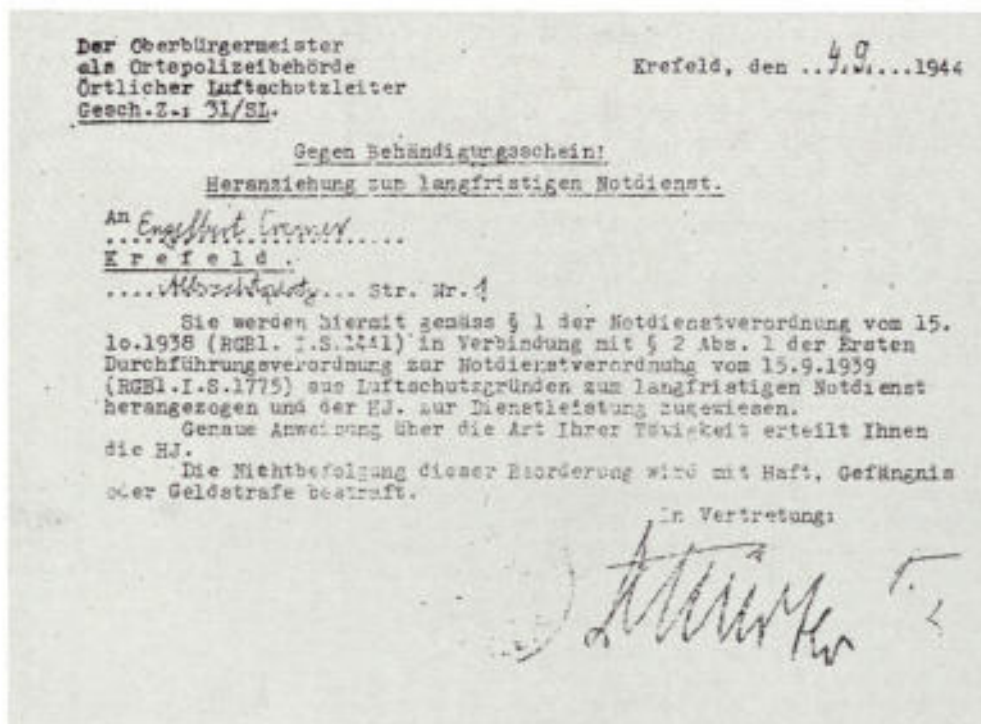


Abb. 3. Verpflichtung zum „langfristigen Notdienst“

Ein Aufruf des damaligen Gauleiters Florian zeigt, wie man selbst noch in dieser aussichtslosen Situation versuchte, die bereits stark drangsaliierte Bevölkerung zu motivieren, weitere Lasten auf sich zu nehmen.

DIE VORDRINGLICHE AUFGABE

Aufruf des Gauleiters an die Bevölkerung des Gaues Düsseldorf!

Die Kriegslage fordert von unserem Gau die höchste Bewährungsprobe. Im Vorfeld unserer Grenzen leisten unsere Soldaten mit fanatischem Kampfeswillen einem allein nur durch sein Material überlegenen Feind verbissenen Widerstand. Sie wissen dicht hinter sich die Heimat, die sie bis zum Äußersten zu verteidigen entschlossen sind. Sie rechnen aber auch damit, daß diese Heimat nicht minder fanatisch in ihrem Kampfgeist und Widerstandswillen ist wie die Front. Wir werden sie nicht enttäuschen.

Unsere Aufgabe ist bekannt. Es gilt vordringlich, der Front ein Verteidigungssystem zu schaffen, auf das gestützt sie ihre Abwehraufgaben erfüllen kann. Die Hitler-Jugend ist zur Schanzarbeit im Grenzgebiet aufgeboten, ebenso alle Männer, die bei der Durchführung der dringendsten Kriegsarbeiten entbehrt werden können. Sie alle, Männer und Jungen, sind mit vorbildlicher Disziplin und Einsatzfreudigkeit dem an Sie ergangenen Ruf gefolgt und tun an der Grenze ihre Pflicht. Es ist eine Selbstverständlichkeit, daß hinter dem Bau des Schutzwalles alle anderen Aufgaben, die nicht der Rüstung, dem Luftschutz und der Sicherung des notwendigsten Lebensbedarfes der Bevölkerung dienen, zurückzutreten haben. Wir haben dafür jetzt keine Zeit. Der Feind wartet nicht. Ich erwarte von allen Betriebsführern und Behördenleitern, daß sie ohne jeden Vorbehalt diesen Erfordernissen Rechnung tragen. Ebenso verlasse ich mich darauf, daß die Bevölkerung des Gaues bei ihrer täglichen Arbeit, in dem Verkehr mit Behörden usw., alles zurückstellt, was nicht zur Erfüllung der genannten Aufgaben unbedingt erforderlich ist. Wir werden das später alles nachholen.

Der Feind weiß genau, daß im jetzigen Stadium des Krieges Zeitgewinn alles bedeutet. Mit jeder Stunde, die wir ihm abgewinnen, schwinden seine Chancen und steigen unsere Aussichten, seine Materialüberlegenheit zu überwinden und damit den Sieg zu gewinnen. Wir wollen seinem verstärkten Luftterror unsere oft bewiesene Härte und Disziplin, seinem Nervenkrieg und dem Gewäsch verantwortungsloser Schwätzer und Gerüchtemacher unsere entschlossene Handlung, unsere Ausdauer und unseren fanatischen Widerstandswillen entgegensetzen. Wir wollen gehorsam dem Führer, tapfer und treu die Not dieser Zeit durchstehen und unsere Schuldigkeit tun.

Die Front verläßt sich so auf uns, wie wir uns auch auf sie verlassen. Wir werden ihr Vertrauen rechtfertigen.

Heil Hitler

FLORIAN, Gauleiter

Das Krefelder Kontingent an Arbeitskräften bestand überwiegend aus Hitlerjungen, die mit dem Zug bis Kaldenkirchen gebracht wurden und dann zu Fuß Richtung Venlo marschieren mußten oder auf teils offenen LKW gefahren wurden. Die Unterbringung erfolgte im Kloster Tegelen, im Kloster Steyl, in der Ziegelei Tegelen und auf Bauernhöfen in Scheunen und Ställen. Ein Zeitzeuge berichtet von der Unterbringung in der Klosterkapelle des Klosters Tegelen mit rund 70 anderen Jungen. Als Schlafstatt dienten Strohsäcke oder nur Strohhunterlagen auf dem Fußboden. Die Hygiene-Einrichtungen waren den Massen natürlich nicht gewachsen, so daß an die Körper der jungen Leute wochenlang kein Tropfen Wasser kam. Die Notdurft konnte auf Feldlatrinen oder in Gottes freier Natur verrichtet werden.

Durch die überstürzte Schanzaktion waren zunächst die Organisationseinheiten restlos überfordert. Es war beispielsweise die Verpflegung der vielen Dienstverpflichteten anfangs völlig unzureichend. Hunger trieb besonders viele Hitlerjungen dazu, zu stehlen oder Mundraub auf den Feldern und in den Obstgärten zu begehen. Spannungen zwischen Schanzern und Zivilbevölkerung blieben nicht aus.

Erst langsam verbesserte sich die Verpflegungssituation, besonders durch den Einsatz des „Hilfszuges Bayern“. Zwei Zeitzeugen berichten übereinstimmend, wie sie als Hitlerjungen LKW dieses Hilfszuges zu den Einsatzorten der Schanzer geleiten mußten. Meist auf den Kotflügeln der Wagen sitzend, übernahmen diese Jugendlichen das Lotsen der Fahrer und die Beobachtung des Luftraums auf Tiefflieger. Dies mit 15 Jahren!

In diesem grenznahen Raum wurden Panzergräben angelegt, deren Sinn und Abmessungen weiter unten behandelt werden. Die Ar-



Abb. 4. Eine komplette Linner Volksschulklassen im Kempener Feld

beiten fanden ohne Unterstützung irgendwelcher Maschinen statt. Die riesigen Gräben, deren genauer Verlauf nicht mehr bekannt ist, wurden also nur mit Schaufel und Spaten ausgehoben.

Zeitzeugen berichten übereinstimmend, daß sie während der Arbeiten von Tieffliegern angegriffen und beschossen wurden. Ernsthaftige Verletzungen wurden jedoch keine angezeigt.

Obwohl es keinen offiziellen Erlaß gab, wurden Jungen, die heimlich einmal nach Hause gefahren waren, einfach weil sie zu viel mitzumachen hatten, bestraft. Wurden sie aufgegriffen, wurde ihnen in vielen Fällen eine Glatze geschritten. Es muß sich um eine reine Willkür-Aktion einiger Partei- oder HJ-Größen gehandelt haben. Es liegen Namen Betroffener vor.

Abb. 5. Der Graben nimmt Konturen an.



Nach Fertigstellung einiger Streckenabschnitte wurden die meisten HJ-Abteilungen verlegt. In einem Nachtmarsch marschierten die Jugendlichen über Dülken in den Raum Mönchengladbach, wo unter Anleitung von Wehrmachtsangehörigen Schützen- und MG-Stellungen ausgehoben werden mußten.

Für die meisten der in diesem Bereich eingesetzten Jugendlichen ging aber der fernere Einsatz Mitte Oktober zu Ende. Es wird berichtet, daß zum Beispiel alle Uerdinger Schanzer bis zum 24. Oktober 1944 zurück waren.

Inzwischen waren im Rahmen der Rundumverteidigung auch für die Stadt Krefeld Befehle erteilt worden, umfangreiche Verteidigungsanlagen — sprich: Panzergräben — anzulegen.

Die bei den Schanzarbeiten eingesetzten Aktiven sollten durch einen speziellen Orden ausgezeichnet werden. Mit einer Verordnung vom 2. August 1939 stiftete Adolf Hitler das „Deutsche Schutzwall-Ehrenzeichen“ für Personen, die an der Schaffung von Befestigungsanlagen eingesetzt waren. Die Verleihung wurde im März 1941 abgeschlossen.

Als aber im Herbst 1944 die Lage an der Westfront prekärer wurde und die Westwallanlagen instand gesetzt sowie neue Befestigungen und Verteidigungsanlagen geschaffen werden mußten, aktivierte man auch das zuvor beschriebene Ehrenzeichen.

In einem Erlaß Adolf Hitlers vom 10. Oktober 1944 ordnete er die Wiederaufnahme der Verleihung des Deutschen Schutzwall-Ehrenzeichens an. Der Text lautet: „In Anerkennung der Verdienste um die Errichtung der Grenzbefestigungen im Höhepunkt des Lebenskampfes des Deutschen Volkes ordne ich die Wiederaufnahme der Verleihung des Deutschen Schutzwall-Ehrenzeichens an“.

Der ovale Orden zeigt auf einer Seite einen stilisierten Bunker, gekreuzte Schwerter und Spaten sowie den Hoheitsadler. Auf der Rückseite steht „FÜR ARBEIT ZUM SCHUTZE DEUTSCHLANDS“. Das dazugehörige Band ist cremefarben, gelb abgesetzt. Ich selbst habe das Ehrenzeichen nicht erhalten, und es sind mir auch nur zwei Personen bekanntgeworden, die so ausgezeichnet wurden. Offensichtlich war das Chaos schon zu weit fortgeschritten, um auch noch das Heer der Schanzer auszuzeichnen.

II

Nachdem die Panzergraben-Trasse um Krefeld festgelegt war, begannen Hitlerjungen und SHD-Mitarbeiter unter Anleitung von Partei- und Wehrmachtsangehörigen, den genauen Verlauf und die Breite des Grabens durch Pflöcke zu markieren. Genaue technische Anweisungen gaben Pioniereinheiten. Eine davon war in Baracken auf dem Gelände der Gaststätte Weinbauer untergebracht.

Die Breite des Grabens war für die Krefelder Rundumverteidigung mit 6 m und die Tiefe mit 3,5 m festgelegt (s. Abb. 4). Diese Abmessungen wurden vom Festungspionierkommandeur in Abstimmung mit der örtlichen Parteileitung je nach Bodenbeschaffenheit bestimmt. Es sind zum Beispiel im Raum Aachen/Düren teilweise Gräben von 4,5 m Breite und 3 m Tiefe angelegt worden.

In Längsrichtung des Panzergrabens wurde alle 30 m eine numerierte Markierung in Form einer bemalten Holztafel in die Erde gesteckt. Damit wurde der gesamte Graben in kleine Streckenabschnitte unterteilt. Mit dieser Unterteilung war der örtlichen Parteileitung eine Grundlage an die Hand gegeben, die zu requirierenden Arbeitskräfte örtlich genau bestimmbar einzusetzen. Außerdem bot diese Maßnahme noch den Vorteil, Schanzgruppen in ihrer Arbeitsleistung miteinander vergleichen zu können.

An der Stelle der Numerierung mußte ein Steg von etwa einem Meter Erdreich belassen werden. Die Gründe hierfür waren:

- Die am und mit dem Graben Beschäftigten konnten jederzeit hinüber und herüber.
- Zurückkehrende eigene Infanterieeinheiten konnten mit Handwaffen den Graben queren.
- Bei Beschuß durch Tiefflieger, die in Längsrichtung des Grabens flogen, konnte der Steg als Schutz dienen.

Die Einsatzleitung ordnete Streckenabschnitte zusammengehörigen Gruppen zu, wobei die Gruppenstärke etwa 30 Personen betrug. Diese Gruppen konnten sein: Schulklassen, HJ- oder Jungvolkeinheiten, Verwaltungsgestellte, Betriebsangehörige, Fremdarbeiter, Gefangene und andere (s. Abb. 5).

Bevor nun die eigentlichen Grabungsarbeiten



Abb. 6. Ein numerierter Grabenabschnitt; deutlich zu erkennen ist das Hilfsbankett an der Innenseite des Grabens; im Hintergrund der Turm von St. Clemens in Fischeln



Abb. 7. Bald ist der Streckenabschnitt fertig.

begannen, wurden in einigem Abstand von der festgelegten Trasse sogenannte Einmannlöcher ausgehoben. Dies waren kurze schmale Gräben bis zu einer Tiefe von 1,25 bis 1,5 m. Sie sollten einen ersten Schutz gegen möglichen Beschuß durch Tiefflieger bieten.

Nach dieser ersten, aber überlebenswichtigen Tätigkeit begann der Aushub des Gra-

bens (s. Abb. 6). Der Mutterboden wurde abgetragen und möglichst weit außerhalb der Trasse in Stadtrichtung deponiert. Danach begann man damit, den weiteren Aushub auf die gleiche Außenseite zu schaufeln. Ein Teil der Arbeitskräfte hatte dafür zu sorgen, daß der Aushub weit genug vom Graben deponiert wurde, um Platz zu lassen für den tieferen und damit schwierigsten Teil der Erdmassen.

aber von den einrückenden Truppen kurzerhand im Bogen umfahren. Noch einige Wochen nach Kriegsende nahm der gesamte Verkehr diesen Weg.

Ab Anfang Oktober 1944 waren laut Ratsbeschuß vom 17. Oktober 1944 die Krefelder Schulen geschlossen. Es konnten damit die männlichen Schüler, oft klassenweise, mit ihren Lehrern bei den Schanzarbeiten eingesetzt werden.

Schüler bis zum Jahrgang 1932 wurden aufgefordert, sich möglichst mit Spaten oder Schaufel an einem bestimmten Treffpunkt einzufinden (s. Abb. 8). Schüler aus den westlichen und südlichen Stadtteilen hatten sich zu Fuß vor Ort einzufinden. Ganze Klassen aus Uerdingen, Linn oder Oppum wurden, soweit die Strecken passierbar waren, mit Sonderfahrten der Straßenbahn bis zum Eisstadion oder zum Obergplatz gefahren. Von dort aus mußten sie zu Fuß zum Einsatzort weiter. Meist waren für den Transport der Jungen zwei offene Anhänger, sogenannte Sommerwagen, zusätzlich an die Triebwagen der Straßenbahn angehängt. Andere Jugendliche und Dienstverpflichtete konnten die Straßenbahn gegen Entgelt benutzen. Die gelösten Fahrscheine wurden dann am Einsatzort gesammelt und von einem HJ-Angehörigen auf der Banndienststelle Hubertusstraße 106 in Krefeld gegen Bargeld eingetauscht.

Die bei den Arbeiten eingesetzten Leute erhielten eine Zusatzverpflegung. Im Kreissonderbefehl Nr. 18/44 heißt es unter anderem: „Die bei der Rundumverteidigung eingesetzten Schanzarbeiter verpflegen sich, da sie ja im Heimatort schanzen, grundsätzlich selbst zu Hause. Sie erhalten jedoch eine Zusatzverpflegung, die von den örtlichen NSV-Dienststellen geliefert wird“.

Von fast allen Zeitzeugen wird diese Zusatzverpflegung als ausreichend und schmackhaft geschildert. Die Austeilung der meist warmen Verpflegung erfolgte oft direkt an der Baustelle im Freien. Allerdings gab es auch einige Ausgabestellen auf Höfen oder in Nebengebäuden von Gaststätten, wie beispielsweise in den Baracken auf dem Hof der Gaststätte Schicks an der St.-Töniser Straße. Geschirr und Besteck mußten mitgebracht werden; es bestand meist aus Kochgeschirr und ausklappbarem Besteck (Messer, Löffel, Gabel). Überwiegend bestand das Essen aus deftigen Suppen mit Einlagen, das in Thermokübeln herangeschafft wurde.

Die größte Menge wurde in der Küche der neuen Kaserne gekocht. Aber auch die Stadtküchen und bestimmte Metzgereien waren zu diesen Leistungen verpflichtet. Diese Betriebe waren ohnehin schon auf Sonderaufgaben eingestellt, nachdem durch den großen Bombenangriff am 22. Juni 1943 viele Haushalte nicht mehr selbst kochen konnten und nur noch über sie versorgt wurden.

kalten Herbstwetters wird die Belastung unserer Frauen, Mädele und Jungens in Stellungsbau nur noch bedingt möglich sein. Auch die Krankenzahl der Männer wird, bedingt durch mangelnde Ausrüstung und Bekleidung sowie durch unzureichende Unterbringungsmöglichkeiten, sich erhöhen.

Die allgemeine Arbeitseinsatzlage läßt die Abstellung weiterer größerer Kräftekontingente zum Stellungsbau nicht zu. Unsere Rüstungsindustrie kann in ihren wesentlichen Funktionen nicht geschwächt werden. Weitere Kräfte aus der Landwirtschaft können wegen Einbringung der Hackfruchtenernte und wegen der Durchführung der Herbstbestellung nicht mehr herausgelöst werden. Die übrigen Sektoren des zivilen Bereiches sind im wesentlichen schon derart ausgekümmt, daß selbst bei weiterer Inanspruchnahme solcher Kräfte keine ins Gewicht fallenden Zahlen aufzubringen sind. Eine Erhöhung der Zahl der zur Zeit zur Verfügung stehenden Schanzarbeiter ist damit praktisch nicht mehr möglich.

Die angespannte Verkehrslage fordert ebenfalls einen baldigen Abschluß der Stellungsbauten. Ferner beeinträchtigt die Knappheit von flüssigen Kraftstoff in erheblichem Maße den Verkehr mit Straßentransportmitteln. Die zur Verfügung gestellten flüssigen Kontingente bedeuten in allen Fällen einen Eingriff in den operativen Bedarf der Wehrmacht. Ab November dieses Jahres muß mit fühlbaren Kürzungen der Kraftstoffzuweisungen für den Stellungsbau gerechnet werden.

Alle aufgezeigten Faktoren bedingen daher kategorisch:

Erhöhtes Tempo und Steigerung der Leistung.

Die Verwirklichung dieser Forderung stellt demnach ein **ehernes „m u s“** dar. Es muß unbedingt gelingen, den größten Teil aller Stellungssysteme in den nächsten Wochen verteidigungsbereit fertigzustellen. Arbeiten, die nicht in dieser Zeit durchgeführt werden, können in späteren Wochen entweder überhaupt nicht oder nur noch in unzureichendem Maße vollendet werden.

Ich bitte daher die mit der Durchführung von Stellungsbauten beauftragten Gauleiter, sich ihrer Verantwortung bewußt zu sein und alle Maßnahmen zu ergreifen, die geeignet und notwendig sind, der Forderung der Stunde gerecht zu werden.

Heil Hitler!
gez. Bormann.

Abb. 8. Fernschreiben des Reichsleiters Bormann zur schnellen Fertigstellung der „Stellungssysteme“

Im Streckenabschnitt zwischen Forstwaldstraße und Gladbacher Straße wurden die Arbeitskräfte auch mit geschmierten Broten versorgt, die zunächst im Jugendhort der Stahlwerksiedlung, später im dortigen HJ-Heim zubereitet wurden. Diese Tätigkeiten führten Frauen und Mädchen, überwiegend aus dem BDM, aus.

Gerade an diesem vorerwähnten Abschnitt wurde zu sehr unterschiedlichen Zeiten gearbeitet. Teilweise waren Beschäftigte in Betrieben oder bei Behörden verpflichtet, nach Feierabend oder sonntags an den Schanzarbeiten teilzunehmen.

Für die gesundheitliche Betreuung der arbei-



Nachruf!

Am 19. November 1944 wurde das Gefolgschaftsmitglied, Arbeiter
Obergefreiter

Robert Spielhagen

im Alter von 43 Jahren durch Tiefflieger in einem Eisenbahnzug erschossen.

Die Verwaltung verliert in ihm einen treuen Mitarbeiter, einen guten Kameraden.

Sein Andenken wird in Ehren gehalten werden.

Krefeld, den 2. Dezember 1944

Der Oberbürgermeister
Dr. Heuyng.

Abb. 9. Nachruf der Stadtverwaltung Krefeld auf ein Opfer eines Tieffliegerangriffs

tenden Hitlerjungen war der zuständige HJ-Gebietsarzt verantwortlich. Er hatte dafür zu sorgen, daß in Abstimmung mit der Wehrmacht Ärzte und Sanitäter erreichbar waren und eigene Notlazarette der Hitlerjugend bei Bedarf eingerichtet wurden. Kein Lazarett, aber eine eigene Sanitätsstation war in einer Holzbaracke im Kempener Feld eingerichtet. In dieser Station waren unter anderen Helferinnen vom BDM eingesetzt. Für die beim Schanzen eingesetzten Jugendlichen waren die von der HJ ausgebildeten Feldschere zuständig. Die Feldschere der HJ waren durch ein aufgenähtes Symbol auf ihrer Uniform kenntlich. Es wurde berichtet, daß diese Feldschere Leute mit oft nur kleinen Blessuren gern in die Sanitätsstation schleppten, nur um selbst wieder einmal in die Nähe der weiblichen Helfer zu kommen.

Trotz zunehmender Bedrohung durch feindliche Flugzeuge gingen die Erdarbeiten weiter. Ein krasserer Gegensatz aber war nicht zu denken. Hier schippten tausende Leute einen riesigen Graben ohne jegliche Hilfsmittel, nur mit Muskelkraft, und mußten gleichzeitig mit ansehen, wie todbringende Bombengeschwader über sie hinweg zu ihren Zielen nach Duisburg, Homburg und Moers flogen. Die riesigen Rauchsäulen der brennenden und zerstörten Städte waren mit bloßem Auge gut zu erkennen.

In der zweiten Oktoberhälfte 1944 erhöhte sich die Tätigkeit feindlicher Jagdbomber mehr und mehr. Die Startbasen für die Tiefflieger waren durch den Vormarsch der Alliierten weit nach Osten verlegt worden und ermöglichten den Einsatz von einsitzigen Jagdflugzeugen zum Beschuß von Bodenzielen. Eine Vorwarnung vor anfliegenden Tiefflie-

gern konnte nicht mehr erfolgen. Es wurde den eingesetzten Schanzeneinheiten überlassen, angreifende Jagdbomber — oder Jäger — festzustellen und zu warnen.

Diese Bedrohung war neben der erzwungenen Schanzentätigkeit das Schlimmste, das den meisten Zeitzeugen in Erinnerung geblieben ist.

Fast alle interviewten „Mitarbeiter“ berichteten von gezielten Angriffen. Ein rascher Sprung in eines der Deckungslöcher oder das Ankauern an eine halbfertige Grabenwand oder hinter einem Quersteg hat meines Wissens ernsthafte Verletzungen verhindert. Mehrere Zeitzeugen berichteten, daß sie deutlich die Gesichter der Piloten erkannten, die in der Glaskanzel ihrer extrem tieffliegenden Maschinen über sie hinwegbrausten.

III

Am 28. Oktober führte ein Tiefangriff zur Zerstörung eines Zuges der Krefelder Eisenbahn in Höhe Weeserweg. Zeugen schilderten, wie nicht weit von ihrem Einsatzort die Lokomotive des Zuges getroffen wurde und weißer Dampf aus dem beschädigten Dampfkessel ausströmte.

Daß diese ernstesten Gefahren durch Tiefflieger bestanden und auch in der Öffentlichkeit relativ offen diskutiert wurden, zeigt ein Nachruf der Stadtverwaltung Krefeld vom 16. November 1944 (s. Abb. 9).

Auch vereinzelte, nicht gezielte Bombenabwürfe gefährdeten die schanzenden Menschen, so beispielsweise am Bahnhof Stahl-

werk, auf der Oberschlesienstraße und in Höhe Haus Fichtenhain.

Von zwei Ereignissen, die sich während der Schanzarbeiten zugetragen haben, berichten mehrere Zeitzeugen unabhängig voneinander.

Während der Arbeiten im Herbst 1944 stürzte am Tag ein Kampfflugzeug in der Gegend Benrader Feld ab (Der genaue Tag und auch der Ort konnten bis heute noch nicht ermittelt werden). Der Pilot konnte sich mit dem Fallschirm retten. Jugendliche Beobachter dieser Szene liefen in Richtung des landenden Fallschirmspringers in der Absicht, ihren Zorn an dem Abstürzenden auszulassen. Einige Angehörige einer Pioniereinheit verhinderten dies aber. Wie sich dann herausstellte, handelte es sich um einen deutschen Piloten, dessen Maschine abgestürzt war.

Eine andere Situation zeigt, wie die Partei jede sich bietende Gelegenheit nutzte, nationale Stimmung zu dokumentieren. Als im November 1944 einige britische Kriegsgefangene von St. Tönis kommend in Richtung Krefeld geführt wurden, passierten sie auch die Stelle, an der Hitlerjungen in der Nähe der St. Töniser Straße/Schickshof arbeiteten. Der Gefangenentrupp hatte bereits diese Stelle passiert, als Männer in brauner Uniform (also Parteigenossen) auf die Jungen zukamen und sie aufforderten, gegen diese Gefangenen eine drohende Haltung einzunehmen. Es wurde animiert, Drohgebärden mit den Spaten oder mit bloßen Fäusten zu demonstrieren. Nach dieser Aufforderung wurden die Gefangenen nochmals an der Baustelle vorbeigeführt, wo dann PK-Berichterstatler die mehr oder minder gestellte Szene fotografieren.

Ein leidiges Kapitel der Schanzer war auch die Verschmutzung und der Verschleiß ihrer eigenen Kleidung. Zum Ausgleich für entstandene Schäden sollten die an der Rundumverteidigung eingesetzten Arbeiter, genau wie die Westwall-Arbeiter, eine Entschädigung in bar erhalten.

Diese Entschädigung sollte laut Sonderbefehl vom 19. November 1944 von der Befehlsstelle Westwall gezahlt werden. Die Entschädigung betrug für einen Tag (8 Stunden) 2,- RM, für 1/2 Tag (4 Stunden) 1,- RM. Hitlerjungen sollten für einen Tag 1,- RM und für 1/2 Tag 0,50 RM erhalten. Die Befehlsstelle Westwall/Rechnungsstelle war angewiesen, die von der örtlichen Kreisleitung der NSDAP über die Stadtkasse gemeldeten Beträge auszuzahlen. Obwohl also auch dieser Punkt organisatorisch behandelt war, haben weder meine Zeitzeugen noch ich jemals eine Mark als Entschädigung gesehen. Ob tatsächlich Gelder, die den Schanzenden zugestanden haben, von Dienststellen oder bestimmten Personen nicht weitergegeben worden sind, läßt sich nicht mehr nachweisen. Zu viele Unterla-

An meine städtische Gefolgschaft!

Kameraden, vor wenigen Wochen ist uns der ehrenvolle Auftrag zuteil geworden, einen Abschnitt des riesigen Schanz- und Befestigungswerkes geschlossen zu übernehmen. Wir haben dies getan. Die uns übertragenen Arbeiten wurden in kurzer Frist vollendet.

Ich stelle dies mit dem ausdrücklichen Bemerkem fest, daß das Werk freudig, ja begeistert von meinen Männern geleistet worden ist, ganz gleich ob Beamter, Angestellter oder Arbeiter. Von Beigordneten bis zum Lehrling hat jeder sein Bestes gegeben. Es kommt nicht darauf an, ob der Tiefbauarbeiter nennenswert mehr geschafft hat als der Mann aus der Steuerverwaltung. Es kommt vielmehr darauf an, daß jeder seine volle Kraft, seinen ganzen Willen und sein deutsches Herz eingesetzt hat.

Diese Gewinnung freut mich fast mehr noch als das vollendete Werk. Der zuständige Hoheitsträger dieses Gebietes hat mir bereits seine uneingeschränkte Anerkennung über die außergewöhnlich gute Leistung zum Ausdruck gebracht, die ich hiermit gern weitergebe. Ich selbst schließe mich dieser Anerkennung an und danke allen beteiligten Gefolgschaftsmitgliedern für ihren hervorragenden und rühmlichen Einsatz. Dieser Dank erstreckt sich auch auf die Kameraden der Bauverwaltung, die vorbereitend und anleitend tätig waren. Die Stadtverwaltung hat geneigt, daß sie zur Stelle ist, wenn sie gerufen wird.

Ich gebe der Hoffnung Ausdruck, daß das von unserer Liebe zur Vaterstadt, zum Vaterland und seinen tapferen Soldaten Geschaffene, sollte es das Schicksal so wollen, seine Feuerprobe bestehen wird.

Heil Hitler!

Dr. Heuyng
Oberbürgermeister.

Abb. 10. Dank des Krefelder Oberbürgermeisters Dr. Heuyng für die Vollendung der „übertragenen Arbeiten“

Ich bitte, die Hoheitsträger (Bauabschnittsleiter) anzuhalten, vorsorglich schon jetzt Laub und Reisig bereitlegen zu lassen“.

Von der Inrathener Straße verlief der Graben südwestlich über Hülsener Straße und Schluff-Linie etwa 600 m nordwestlich vom Kapuzinerkloster. In großem Bogen um Backeshof und Renkeshof verlief er weiter durch das Kempener Feld, kreuzte beim heutigen Wasserwerk die Widdersche Straße und passierte zwischen Großortmannshof und Großbuckerhof die Bahnlinie Krefeld-Kleve. Der Streckenverlauf folgte dann im Abstand von etwa 300 m östlich der Oberbenrader Straße bis zur Gladbacher Straße in Höhe des neuen Wasserwerks. Nach Osten verlief der Graben durch den Südpark und durch das heutige Industriegelände von Thyssen Edelstahl (TEW (damals noch Ackerland), kreuzte südlich der neuen Hauptverwaltung von TEW die Oberschlesienstraße und endete am Lungenkrankenhaus in Fischein (s. Abb. 11).

IV

Insgesamt wurden bei den Krefelder Panzergräben von September 1944 bis Januar 1945 rund 140 000 Kubikmeter Erde ausgehoben. Es wurden keine Maschinen eingesetzt. Nicht einmal Schiebkarren standen zur Verfügung. Was in dieser Zeit geleistet wurde, läßt sich erst richtig ermessen, wenn man bedenkt, daß der größte Teil des Aushubs mehrmals umgesetzt werden mußte, die tatsächlich bewegte Menge also um ein Mehrfaches höher lag.

Ein ernsthaftes Hindernis für angreifende Truppen, insbesondere für Panzer, hat diese Verteidigungsanlage nie dargestellt. Zum einen erfolgte der Vormarsch anglo-amerikanischer Truppen so schnell, daß kein geordneter militärischer Verteidigungsring mehr geschaffen werden konnte, und zum anderen hatte sich in den wenigen Monaten nach Fertigstellung des Panzergrabens der bauliche Zustand erheblich verschlechtert. Allein die Regenfälle hatten manche Böschung ausgewaschen und die Grabensohle wieder zugeschlämmt. In einem Bericht des letzten für Krefeld zuständigen Kampfkommandanten, Oberstleutnant Weiss, der erst am 14. Februar 1945 sein Amt angetreten hatte, heißt es unter anderem:

— Die Panzersperren lagen in der Hauptsache nur an den wichtigsten Zufahrtsstraßen die von Süden, Westen und Norden nach Krefeld führten und waren entweder Einstecksperrn oder Bollwerksperrn. Zahlreiche andere Panzersperren waren geplant, aber noch nicht ausgeführt. Materialmangel und Mangel an Arbeitskräften waren Begründung dafür.

— Ein Panzergraben war schon früher im wesentlichen Teil der Rundumverteidigung erbaut worden, verlief aber eigenartiger Weise hinter der Rundumverteidigung und war auch teilweise wieder zusammengefallen, so daß er ein ernstliches Hindernis nicht bildete.

gen sind bei Kriegsende verlorengegangen oder wurden bewußt vernichtet.

Im Dezember 1944 war bereits der größte Teil des rund 12 km langen Panzergrabens, bis auf die Straßenquerungen, fertiggestellt. Den zwangsweise zur Arbeit Verpflichteten wurde auch gedankt. Oberbürgermeister Dr. Heuyng tat dies für seine Verwaltungsangestellten in schriftlicher Form, wie im Amtsblatt Nr. 50/1944 nachzulesen ist (s. Abb. 10).

Der genaue Verlauf des Krefelder Panzergrabens liegt in keiner Akte fest. Anhand vieler Indikatoren kann der Verlauf aber heute noch weitgehend und genau aufgezeigt werden. In Luftaufnahmen aus dem März 1945 stellen sich weite Strecken des Grabens dar, der heute an vielen Stellen überbaut ist. Bei Ausschachtungsarbeiten wird häufig der Graben angeschnitten, und diese festen Punkte, gepaart mit anderen gesicherten Angaben, geben den tatsächlichen Verlauf wieder. Ein Punkt der Trasse blieb bis heute sichtbar. An der Eisenbahnlinie Krefeld-Mönchengladbach nahe der Forstwaldstraße stehen entlang des Bahnkörpers Betonpfähle. An der

Stelle, wo der Panzergraben die Bahnlinie kreuzte, wurden die Pfähle entfernt und fehlen auch heute noch.

Im Norden begann der Graben in der Nähe der Inrathener Straße, und zwar an der Mülldeponie. Teile dieses Abschnitts waren aufgrund der besonderen Bodenverhältnisse im Winter 1944/45 mit Wasser vollgelaufen. Daß aber von den Verantwortlichen sogar an solche Möglichkeiten gedacht wurde, zeigt ein geheimer Befehl des Leiters der Partei-Kanzlei, Martin Bormann, vom 23. Oktober 1944, in dem es unter Punkt 3 heißt: „Bei mit Grundwasser angefüllten Panzergräben besteht nach Eintritt des Frostes die Möglichkeit der Bildung einer starken, panzertragenden Eisschicht. Damit würde der Panzergraben seine Wirkung als Sperre verlieren; um dies zu verhindern, wird die Bereitstellung ausreichender Mengen von Laub und Reisig aufgestreut. Der hierdurch hervorgerufene Kälteschutz verhindert bei nicht strenger Kälte weiteres Frieren des an und für sich wärmeren Grundwassers und macht somit ein Passieren des Panzergrabens durch Panzer unmöglich.“



Abb. 11. Oktober/November 1944, Streckenabschnitt Fischeln — Anrather Straße; das hohe Gebäude ist das ehemalige Lungenkrankenhaus, Endpunkt des Grabens

Krefeld, den 28. August 1945.

An alle Mitbürger!

Die Zuschüttung der Panzergräben hat gute Fortschritte gemacht. Ich danke allen, die sich tatkräftig für das Werk eingesetzt haben. Mit vereinten Kräften werden wir den erstrebten Erfolg in der vorgesehenen Zeit erreichen. Dieser Erfolg ist der gemeinschaftlichen Anstrengungen wert.

Wir retten hierdurch nicht allein wertvollen Boden für unsere Ernährung, wir stellen damit auch unseren Bauern den Dank ab für ihre schwere Arbeit, die uns das tägliche Brot sichert.

Daher fordere ich nochmals alle arbeitsfähigen Männer auf, sich für diese Arbeit zur Verfügung zu stellen. Entschuldigungen ohne triftigen Grund können nicht anerkannt werden.

Die Bauern werden aufgefordert, mit Pflügen die harte Oberschicht aufzulockern und mit Geräten und Fuhrwerken die Arbeit zu unterstützen.

Es muß Klarheit darüber bestehen, daß das Zuschütten dieser Gräben höchst notwendig ist für die Erzeugung von Brot und Kartoffeln im kommenden Jahr und daß, falls nicht ein jeder Deutscher gewillt ist, seinen Anteil zur Erzielung einer höchst möglichen Erzeugung beizutragen, die Bevölkerung Hunger leiden wird.

Der Oberbürgermeister.

Abb. 12. Aufruf des Krefelder Oberbürgermeisters zum Zuschütten der Panzergräben

Weit weniger spektakulär als das Ausheben des Grabens verlief die Wiederverfüllung nach dem Krieg. Im Rahmen der Entnazifizierung mußten viele Personen der Allgemeinheit dienliche Arbeiten verrichten. Bei Aufräumarbeiten, Schuttbeseitigung und anderem mehr wurden häufig auch „Ehemalige“ zum Zuschütten der Panzergräben herangezogen. Außerdem verlangte das Arbeitsamt von vielen heimkehrenden Soldaten und Flüchtlingen ebenfalls vor Aufnahme einer staatlichen oder kommunalen Stelle einen Nachweis über geleistete Arbeitsstunden beim Zuschütten von Panzergräben (s. Abb. 12).

Schüler und Bürger, die sich für diese Arbeiten zur Verfügung stellten, erhielten Verpflegungs-Sondermarken. Da auch in bescheidenem Rahmen Maschinen eingesetzt wurden und Bauern unter Zuhilfenahme von Pflügen möglichst rasch wieder über bestellbare Felder verfügen wollten, waren die größten Schäden bereits Ende 1945 beseitigt.

Natürlich ist bei diesen Aktionen auch manches mitvergraben worden, aber Schätze werden das nicht gewesen sein. Die Befürchtung, es könnten auch Waffen und Munition vergraben worden sein, hat sich bis heute nicht bestätigt.

Eine Entschädigung der Eigentümer, durch deren Grundstücke der Panzergraben verlief, ist nach Angaben einiger Zeugen nicht erfolgt, weder in der Kriegs- noch in der Nachkriegszeit.

In einem Fernschreiben des Reichsleiters Martin Bormann vom 18. September 1944 wurde bereits verfügt, wie mit Aktenmaterial und Unterlagen der NSDAP, ihrer Gliederungen und angeschlossenen Verbände umgegangen werden sollte, falls sich die militärische Entwicklung — sprich Gebietsverluste — weiter fortsetzt. In diesem Fernschreiben heißt es unter Punkt 3: „Bei Gefahr im Verzuge sind das noch vorhandene Aktenmaterial und die sonstigen Arbeitsunterlagen zum Abtransport bereitzustellen. Wenn die rechtzeitige Wegschaffung nicht mehr möglich ist, müssen die Unterlagen in geeigneter Weise vernichtet werden.“

Grundsätzlich ist das, was dem Feind am meisten Nutzen bringen kann, zuerst wegzuschaffen oder zu vernichten“.

Die Krefelder Dienststellen haben diesen Befehl wahrscheinlich sehr gründlich ausgeführt, denn in den Archiven sind kaum verwertbare Unterlagen zu finden.

Quellen

Kreisarchiv Kempen

Stadtarchiv Krefeld

Nordrhein-Westfälisches Hauptstaatsarchiv, Düsseldorf

Aussagen von über 60 Zeitzeugen

„... etwaige angenommene Zerstörungen durch Fliegerbomben ...“ — Luftschutzpropaganda in Krefelder Polizeiakten und Zeitungen während des Nationalsozialismus

von Hans Peter Hansen

Dieser Beitrag stützt sich auf die Bestände des Stadtarchivs Krefeld, besonders auf die Polizeiakten (B4) und die Zeitungsbestände. Daneben sind vereinzelt die Personalakten (P), die Schulakten (B72) und die Kopiensammlung (B55) herangezogen worden. Das Gymnasium am Moltkeplatz und das Arndt-Gymnasium, beide Krefeld, stellten die bei ihnen lagernden erwähnten Schulakten zur Verfügung.

Die folgende Darstellung einzelner Ausstellungen und Zeitungskampagnen erlaubt einen Einblick in die Art, wie die NS-Propaganda den „zivilen“ Luftschutz gegenüber der Bevölkerung begründete. Da ein großer Teil des Luftschutzes in den Orten von der Polizei beaufsichtigt und geleitet wurde, sind die Eintragungen in ihren Akten den jeweilig dargestellten Berichten und Kampagnen für den Luftschutz in den Zeitungen vorangestellt worden. Dies erscheint um so gerechtfertigter, als die Polizei und der Reichsluftschutzbund teilweise die in den Zeitungen stehenden Artikel selbst verfaßt hatten. Diese Anordnung trägt auch dem Umstand Rechnung, daß im „Dritten Reich“ keine freie Presse im heutigen Sinne existierte: Sie war mehr oder weniger direkt ein Verlautbarungsorgan der politischen Machthaber und ihrer Exekutive. Dabei bot der Rückgriff auf die Polizeiakten das Auswahlkriterium dafür, welcher der zahlreichen Kampagnen für den Luftschutz hier Berücksichtigung findet.

Zur Luftschutzgesetzgebung im „Dritten Reich“

Die in der Weimarer Republik am 24. Oktober 1931 verabschiedeten „Richtlinien für die Organisation des zivilen Luftschutzes“, die einen systematischen Aufbau des Luftschutzes in Gang brachten, übernahm die nationalsozialistische Regierung nach ihrem Machtantritt einstweilen und erweiterte sie durch einzelne Verordnungen und Verfügungen (Bestellung von Luftschutzwarten, Vorschriften zur Entrümpelung und anderes mehr). Nachdem schon in den vorangegangenen Jahren die Organisation des Luftschutzes geschaffen worden war, verabschiedete das Reichskabinett am 26. Juni 1935 das ihm

vorgelegte „Luftschutzgesetz“, das die allgemeine „Luftschutzpflicht“ — unabhängig von Alter und Geschlecht — einführte: „Alle Deutschen sind zu Dienst- und Sachleistungen sowie zu sonstigen Handlungen, Duldungen und Unterlassungen verpflichtet, die zur Durchführung des Luftschutzes erforderlich sind (Luftschutzpflicht)“. Dieses Gesetz bildete den Rahmen für zahlreiche polizeiliche Verordnungen, Erlasse und Durchführungsverordnungen. Der Luftschutz, der zu den Aufgaben des Reichsministers der Luftfahrt und späteren Oberbefehlshabers der Luftwaffe Hermann Göring gehörte, gliederte sich in den Selbstschutz und den hoheitlichen Luftschutz. „Bildlich gesprochen könnte man etwa sagen: die Haustür (Fabrikator u. a.) zog den Trennungsstrich zwischen Selbstschutz (im weiteren Sinne) und hoheitlichen Luftschutz“¹⁾. Der hoheitliche Luftschutz umfaßte den Luftschutzwarndienst sowie den Sicherheits- und Hilfsdienst (SHD)²⁾, der Selbst-

schutz den Erweiterten Selbstschutz (öffentliche und private Dienststellen und Betriebe) und den eigentlichen Selbstschutz (Personen und Haushalte). Die Polizei war vor Ort die entscheidende Instanz für den vom Reichsluftschutzbund (RLB) organisierten Selbstschutz³⁾. Der Weisungsweg lief von der Reichszentrale des Luftschutzes über die Polizeidienststellen zu den örtlichen Luftschutzleitern im „Luftschutzort“. Dieser deckte sich mit dem Zuständigkeitsbereich der Ortspolizeibehörde; der Ortspolizeiverwalter war zugleich der örtliche Luftschutzleiter.

Nach Kriegsbeginn erweiterten zahlreiche Verordnungen die Luftschutzgesetzgebung⁴⁾. Ein Erlaß vom 15. November 1940 ermächtigte den Reichsminister der Luftfahrt und Oberbefehlshaber der Luftwaffe für die Dauer des Krieges, Rechtsvorschriften und Verwaltungsbestimmungen zu erlassen⁵⁾. Man straffte und zentralisierte noch stärker die Organisation des Luftschutzes und band sie an vielen Punkten in den militärischen Apparat ein. Der SHD wurde weitgehend in eine Luftschutzpolizei umgewandelt. Die Kontrollbefugnisse der Polizei erweiterten sich, weitere Vollmachten stärkten die Stellung des örtlichen Luftschutzleiters. So konnte er nun den Zusammenschluß von Wohnungen, Dienststellen und Betrieben zu Gemeinschaften des Selbstschutzes und des Erweiterten Selbstschutzes anordnen. Hatte man der NSDAP und ihren Gliederungen in Fragen des Luftschutzes schon zuvor eine besondere Stellung zugestanden, so erhielt die Partei im weiteren Verlauf des Krieges die Führung, den Ausbau und den Einsatz der Selbstschutzkräfte übertragen.

Der örtliche Luftschutzleiter, Polizeidezernent Hürter

Seit der Kommunalisierung der Krefelder Polizei am 1. April 1934 war formal der Leiter des Luftschutzortes Krefeld der Oberbürgermeister als Ortspolizeibehörde Dr. Alois Heuyng⁶⁾. Er hatte diese Funktion an den Beigeordneten Dr. Emil Hürter, seit dessen Ernennung im April 1934 zum Polizeidezernenten, delegiert⁷⁾. Hürter wurde für seine Tätigkeit ausgezeichnet⁸⁾. Am 30. Januar 1938 erschien eine



Abb. 1. Die mit Gasmasken ausgerüstete Besatzung eines zum SHD gehörenden Sprengwagens des Entgiftungsdienstes

Verordnung, die die Verleihung von Luftschutz-Ehrenzeichen ermöglichte¹¹⁾). Auf Vorschlag des RLB erhielt Hürter 1938 das Ehrenzeichen II. Stufe, im Juli des folgenden Jahres schlug der Oberbürgermeister ihn für die I. Stufe vor. Nach einer Anfrage beim Reichsführer SS und Chef der Deutschen Polizei, Heinrich Himmler, entschied dieser mit einem Erlaß vom 23. November 1939 ablehnend, die Verleihung eines solchen Ehrenzeichens solle „grundsätzlich von dem Nachweis besonders hervorragender Verdienste um die Förderung des Luftschutzes abhängig gemacht werden. Voraussetzung hierfür ist eine ehrenamtliche Tätigkeit im Luftschutz von mindestens 8—10 Jahren“. Am 16. September 1943 verlieh Reichsmarschall Göring Hürter das Kriegsverdienstkreuz 1. Klasse mit Schwertern. Eine Begründung hierfür findet sich nicht in den Akten. Da aber Göring die Auszeichnung in seinen Eigenschaften als Reichsminister der Luftfahrt und Oberbefehlshaber der Luftwaffe verliehen hat, kann angenommen werden, daß Hürter diese Ehrung für seine „Verdienste“ als örtlicher Luftschutzleiter erfuhr.

griffen in die Kategorien I., II. und III. Ordnung ein. Zu den 94 Orten I. Ordnung gehörte Krefeld¹²⁾. In Luftschutzorten I. Ordnung richtete man den Sicherheits- und Hilfsdienst, den Werkluftschutz, den Selbstschutz und den Erweiterten Luftschutz ein. Bei Orten II. und III. Ordnung geschah dies nur teilweise.

Presse und Polizei

Da die Akten der Krefelder Polizei zwischen 1933 und 1945 größtenteils vernichtet worden sind, kann der Luftschutz im Krefelder Polizeiapparat nur noch unvollständig rekonstruiert werden. Für die Jahre 1934 bis 1936 liegt der Polizei-Anzeiger der Polizei-Verwaltung Krefeld-Uerdingen unvollständig und die Polizei-Mitteilungen des Oberbürgermeisters als Ortspolizeibehörde vollständig vor. Im folgenden werden daraus die in Zusammenhang mit dem Luftschutz stehenden Eintragungen chronologisch dargestellt. Dem schließen sich jeweils die Meldungen der Krefelder Zeitungen „Die Volkspolizei“ (VP)/„Rheini-

1. Die Luftschutzverdunkelungsübung im September 1934

Polizei-Mitteilungen: Am 10. September 1934 erging vom Oberbürgermeister der Sonderbefehl über eine Luftschutzverdunkelungsübung in der Nacht vom 11. zum 12. September¹³⁾. Auf drei Seiten werden detailliert die zu ergreifenden Maßnahmen beschrieben. Die Übung solle nur innerhalb des von den vier Wällen umgebenen Stadtgebietes, einschließlich des Friedrichsplatzes und des Hauptbahnhofes, stattfinden. Von 22 bis 24 Uhr sei die „Einschränkung der Straßenbeleuchtung“ und das „Abblenden der Wohn-, Büro- und sonstigen Gebäude, Gaststätten, Lichtspielhäuser usw.“ angeordnet („Grad I“) und von 0 bis 0.30 eine „totale Verdunkelung“. Hierbei werde die gesamte Straßenbeleuchtung im Stadtteil Krefeld gelöscht („Grad II“).

Ein Großteil der Krefelder Polizeibeamten nehme an der Übung teil, unterstützt durch 120 SS-Männer, 1 000 SA-Männer, 80 Mitglieder der Motor-SA und 150 des Fliegersturms sowie 70 der Technischen Nothilfe. Die Technische Nothilfe stelle einen Trupp für die Nachrichtenübermittlung durch Blinkzeichen und zwei Instandsetzungstrupps für „etwaige angenommene Zerstörungen durch Fliegerbomben“. Weiter werde das nationalsozialistische Kraftfahrkorps (NSKK) und Der Deutsche Automobilclub mit 20 Kraftfahrzeugen beteiligt.

Umfangreiche Regelungen bestimmten die Verdunkelung des Autoverkehrs und der Lichtquellen der Straßenbeleuchtung (Verkehrsinself, Baustellen und anderes mehr). Straßenkreuzungen, Feuermelder und anderes sollten durch besondere Posten gesichert und in den Polizeirevieren der Innenstadt drei Sanitätsmannschaften (drei Ärzte und vierzig Sanitäter) bereitgehalten werden. Angehörige der Wach- und Schließgesellschaft sowie der Heim- und Grundstücksüberwachungsgesellschaft „Hagen“ waren zur Einrichtung verstärkter Streifendienste angehalten worden. Mit Handzetteln und Bekanntmachungen in den Zeitungen bereitete man die Krefelder Bevölkerung auf die Übung vor.

In einem für den „Dienstgebrauch“ bestimmten neunseitigen Bericht zieht Polizeidezernent Hürter am 11. Oktober 1934 eine Bilanz der Übung¹⁴⁾. Den Zweck der Übung sehe er darin,

- a) die Bevölkerung für den Luftschutzgedanken zu gewinnen und zu erziehen,
- b) festzustellen, ob die getroffenen Verdunkelungsmaßnahmen ausreichend waren,
- c) die eingesetzten Organisationen und Teile des Sicherheits- und Hilfsdienstes des zivilen Luftschutzes praktisch zu schulen,
- d) zu prüfen, ob vom Flugzeug aus die getroffenen Luftschutzverdunkelungs-Maßnahmen zweckentsprechend wahrgenommen werden konnten“.



Abb. 2. Der Entgiftungsdienst des SHD bei einer Übung an der Rheinstraße/Ecke Ostwall

Krefeld: Luftschutzort 1. Ordnung

Schon in der Weimarer Republik waren seit Ende des Jahres 1932 ausgewählte Städte zu Luftschutzorten erklärt und dort mit dem Aufbau einer umfangreichen Luftschutzorganisation begonnen worden¹⁵⁾. Während des „Dritten Reiches“ teilte man die Luftschutzorte nach dem Grad ihrer Gefährdung bei Luftan-

sche Landeszeitung“ (RLZ) und „Die Niederrheinische Volkszeitung“ (NVZ) an¹⁶⁾. Zur Vermeidung von Wiederholungen sind Artikel in der VP/RLZ und der NVZ, die vollständig oder fast vollständig textidentisch sind, zu Beginn der jeweiligen Darstellung in der NVZ in einer Fußnote überblickartig zusammengefaßt worden. Als Überschriften dienen die jeweiligen Titel; Untertitel sind in Klammern angegeben.

Hürter kommt zu folgenden Ergebnissen:
zu a) „Die Erfahrungen haben gezeigt, daß nur einige Tage vor der Übung einsetzende Aufklärung der Bevölkerung in dem hier getroffenen Umfange ihren Zweck voll und ganz erfüllt hat. Der Luftschutzverdunkelung wurde von der gesamten Bevölkerung, den Fahrzeugführern sowie den eingesetzten Kräften das erforderliche Verständnis und größte Interesse entgegengebracht. ... Alle Belehrungen und Verhaltensmaßnahmen wurden willig befolgt.“

zu b) Hürter beschreibt ausführlich das Resultat der angeordneten Maßnahmen in den verschiedenen öffentlichen und privaten Bereichen. Mit wenigen Ausnahmen habe es keine oder nur geringfügige Beanstandungen gegeben. Probleme seien wegen fehlender Möglichkeiten für das Herabschalten der Gaslaternen lediglich bei der öffentlichen Beleuchtung während des Grades I aufgetreten. Im Straßenverkehr habe das Stadtlcht der Autos nicht für eine wirksame Verdunkelung ausgereicht, eine Abblendung der Scheinwerfer sei notwendig gewesen. Die Kraftfahr-

er ließen sich bei schlechter Sicht leicht verleiten, zur Orientierung kurz aufzublenden. Ansonsten hätten sich alle Verkehrsteilnehmer diszipliniert verhalten.

zu c) Wertungslos beschreibt Hürter die Teilnahme der Sicherheits- und Hilfsdienste nur am Rande.

zu d) Die Beobachtung aus der Luft habe ergeben, daß der Verdunkelungsgrad I besonders wegen der Straßenbeleuchtung „vollkommen zwecklos“ gewesen sei und die verdunkelte Innenstadt sich kaum vom übrigen Stadtteil unterschieden habe. Dagegen sei beim Verdunkelungsgrad II die Innenstadt „in ein vollkommenes Dunkel gehüllt“ worden und habe „sich gegenüber dem übrigen Stadtteil merklich“ abgehoben.

„Zur Aufklärung der Bevölkerung wurde die Presse im weitestgehendem Maße herangezogen“, leitet Hürter seine Ausführungen über die für die Aktion geleistete Propaganda ein. Je 20 000 Handzettel seien an Wohnungsinhaber und Fahrzeughalter durch Schulen, politische Organisationen, den Mieterschutz-

verein und den Haus- und Grundbesitzerverein an die Krefelder Bevölkerung verteilt worden. Tausend Plakate hätten ausgehangen. Von der Polizei und dem RLB verfaßte Artikel seien in den Zeitungen erschienen. „In allen Schulen wurde die Luftschutzverdunkelungsübung zum Gegenstand des Unterrichtes gemacht und bei der Jugend der Luftschutzgedanke gefördert“. Der Reichssender Köln habe am Tage vor und am Tage während der Verdunkelungsübung auf die Aktion und die zu befolgenden Verhaltensregeln hingewiesen.

Bei den vorbereitenden Besprechungen des „Arbeitsausschusses des zivilen Luftschutzes“ hätten Vertreter folgender Organisationen teilgenommen: Polizei, Stadtverwaltung, Städtische Werke, IHK, Reichsbahn, Reichspost, Technische Nothilfe, Presse, RLB, Haus- und Grundbesitzerverein, Mieterschutzverein, Sanitätswesen, Der Deutsche Automobilclub, Luftsportverband, SA, SS, Kreisleitung der NSDAP, NS-Kraftfahrkorps, SA-Motorstaffel, Wach- und Schließgesellschaft, Orga-

Abb. 3a und b. Flugblätter mit den polizeilichen Verordnungen für die Verdunkelungsübung im September 1934

Anlage 1

Luftschutzverdunkelungsübung

der Stadt Krefeld
in der Nacht vom 11. zum 12. 9. 34 von 22 bis 0.30 Uhr.

In der Nacht vom 11. zum 12. 9. 1934 ab 22 Uhr findet in Krefeld eine Luftschutzverdunkelungsübung statt.

Die Verdunkelungsübung erstreckt sich auf das durch die 4 Wälle umschlossene Stadtgebiet einschließlich der Wälle des Friedrichsplatzes und des Hauptbahnhofes.

Als Verdunkelungsmaßnahmen ordne ich an:

1. Die Straß- und Hausbeleuchtung mit der öffentlichen Beleuchtung auf ein Minimum herabzusetzen.
2. Ab 22 Uhr ist die Straßenbeleuchtung und die Lichtreklame auszuschalten. Kassenbeleuchtung in Bäckern, Metzgereien und sonstigen Geschäften, Kassenbeleuchtung und Lichtreklamen, Lichtreklamen usw. ist zu abblenden, bei kein Lichtschein nach außen bringt.
3. Die Abblendung erfolgt grundsätzlich durch Abdecken der Leuchten mit Deckpapier, bspw. Kartons, Mägen, Vorhängen oder Leinwand, Hauslaternen von Wänden ein.
4. Von 0 bis 0.30 Uhr wird die öffentliche Beleuchtung vollkommen gelöscht.
5. Straß- und Hausbeleuchtung, Beleuchtung der Friedhöfe und sonst.
6. Nach 0.30 Uhr kann wieder normal beleuchtet werden. Die Straßenbeleuchtung bleibt jedoch bis zum nächsten Morgen eingeschaltet.
7. Am 22. September wird die öffentliche Verdunkelungsübung durch einen langgezogenen Stimmton eingeleitet, der bis 0 Uhr einwirkt, durch kurz aufeinanderfolgende Stimmtonschläge. Die Verdunkelung der Luftschutzübung wird durch Rufzeichen der Straßenbeleuchtung angekündigt.
8. Ich erlaube die Bevölkerung am Krefeld, sich gegen ein vorheriges Einverständnis zu halten und die Straße zu verlassen, um eine ordnungsgemäße Durchführung der Übung zu gewährleisten. Bei einer Verdunkelungsübung gibt es auf der Straße nicht zu fahren. Wer trotzdem die Straße betritt, ist bis auf eigene Gefahr und kann sich, wenn ihm ein Unfall geschieht, nicht darauf berufen, daß die Straße nicht ordnungsgemäß beleuchtet gewesen ist.
9. Mit der Herabsetzung der Beleuchtung der öffentlichen Einrichtungen, auch der Beleuchtung in Werkstätten und anderen Räumen, habe ich meine Befugnisse als Leiter der G.P. und G.S. beauftragt, welche die Verdunkelung haben, überall da, wo Befugnisse über nicht unmittelbar abgeleiteten Strafen besteht, zu bestehen, die Strafen auf ihrer Herabsetzung aufzuheben zu werden.
10. Dieser werden in allen Straßen und öffentlichen Stellen eingeleitet, die für Befugnisse zugewiesen sind, die Strafen aufzuheben.
11. Für die Dauer der Verdunkelungsübung sind besondere Bestimmungen auf dem 1. P.-Weg, Hauptstraße 20, 2. P.-Weg, Hauptstraße 107 und 3. P.-Weg, Hauptstraße 94 eingeleitet.

Volksgenossen! Zeigt Verständnis und unterstützt die im Interesse der Allgemeinheit notwendigen Maßnahmen der Polizei!
Leset die Bekanntmachungen in den Zeitungen!

Krefeld-Verdingen a. 96, am 27. 9. 1934.

Der Oberbürgermeister
als Ortspolizeibehörde:
Dr. Hermann
Dr. Hürter

Luftschutzverdunkelungsübung

der Stadt Krefeld
in der Nacht vom 11. zum 12. 9. 34 von 22 bis 0.30 Uhr

Kraftfahrer!

In der Nacht vom 11. zum 12. 9. 1934 ab 22 Uhr findet in Krefeld eine Luftschutzverdunkelungsübung statt. Die Verdunkelungsübung erstreckt sich auf den durch die 4 Wälle umschlossenen Stadtteil, einschl. der Wälle, des Friedrichsplatzes und des Hauptbahnhofes.

Als Verdunkelungsmaßnahmen ist folgendes zu beachten:

1. Während der Zeit der Übung haben Kraftfahrer die größtmögliche Aufmerksamkeit auf das geringste Licht zu verwenden.
2. In der Zeit von 22 bis 24 Uhr haben alle Kraftfahrer abgedunkelt (mit Stadtlicht) zu fahren. Die Benutzung von Scheinwerfern, auch zu kurzen Vorüberfahren, ist zu unterlassen. Die Dunkelbeleuchtung der Kraftfahrzeuge darf nicht nach außen bringen.
3. Von 0 bis 0.30 Uhr ist jeder Kraftfahrzeugeverwehrt zu fahren. Die Kraftfahrzeuge haben während dieser Zeit nicht nach außen zu fahren und die öffentliche Beleuchtung zu löschen. Straßbeleuchtungen haben während dieser Zeit zu löschen und die Beleuchtung zu löschen.
4. Ab 0.30 Uhr dürfen Kraftfahrzeuge wieder mit der üblichen Beleuchtung fahren. Mit diesem Zeitpunkt tritt der Normalverkehr ein.
5. Vorhandene Bestimmungen gelten nicht für Bäume und Gehweiden, die sich in Kraftfahrzeuge zu bringen. Bäume beseitigen, immer nicht für die Zulassung der Polizei, Feuerwehr, des San. Dienstes und der Eisenbahnen des Reichspostwesens und der Straßenbahnen, wenn sie sich im Stadt befinden.
6. Am 22. September wird die öffentliche Verdunkelungsübung durch einen langgezogenen Stimmton eingeleitet, der bis 0 Uhr einwirkt, durch kurz aufeinanderfolgende Stimmtonschläge. Die Verdunkelung der Luftschutzverdunkelungsübung wird durch Rufzeichen der Straßenbeleuchtung angekündigt.
7. Für die Dauer der Luftschutzverdunkelungsübung sind besondere Bestimmungen auf dem 1. P.-Weg, Hauptstraße 20, 2. P.-Weg, Hauptstraße 107 und 3. P.-Weg, Hauptstraße 94 eingeleitet.
8. Wer während der Zeit der Verdunkelungsübung bei vorübergehenden Bestimmungen großer öffentlicher Straßen und Wege verwehrt, besteht auf eigene Gefahr.

Fahrzeugführer! Zeigt Verständnis und unterstützt die im Interesse der Allgemeinheit notwendigen Maßnahmen der Polizei!

Krefeld-Verdingen a. 96, am 27. 9. 1934.

Der Oberbürgermeister
als Ortspolizeibehörde:
Dr. Hermann
Dr. Hürter

nisationen der Industrie und des „Kraftdroschkenwesens“. Vertreter dieser Organisationen und der Reichs- und Staatsbehörden sowie Polizeispitzen aus der Umgebung Krefelds, insgesamt dreihundert Personen, hätten als Beobachter an der Übung teilgenommen.

Die „Volksparole“

Unter dem Titel „Luftschutz/RLB“ begann am 28. August eine Serie kleinerer Artikel, die die Bevölkerung über verschiedene Bereiche des Luftschutzes informieren und auf die Übung vorbereiten sollte. Mehrere dieser Artikel schließen mit der Aufforderung, dem RLB beizutreten, und nennen hierzu verschiedene Adressen: die Geschäftsstelle des RLB auf der Karl-Wilhelm-Straße 38¹⁾; in Uerdingen und Hüls werden als Anlaufstelle die Adressen zweier Privatpersonen genannt, ansonsten nehme auch jedes Polizeirevier eine Anmeldung entgegen. Der Beitrag liege jährlich bei mindestens einer Reichsmark, den Mitgliedern „ist Gelegenheit gegeben, kostenlos die Lehrgänge desselben zu besuchen, um sich mit den Verhaltensmaßnahmen vertraut zu machen“. Neben dieser Serie erschienen auch einzelne Artikel und Aufrufe zum Thema.

28. August: „Luftschutz/RLB“: „Die Frau im Luftschutz“

Der Artikel versichert zu Beginn, daß aus Frauen keine Soldaten gemacht würden, sondern jede als „Mutter ... und Vestalin das heilige Feuer der Tugend und Sittsamkeit, der Zucht und Ordnung im Tempel der deutschen Familie hüten“ möge. Die an Frauen gestellte Erwartung, sich besonders im Luftschutz zu engagieren, wird als Sachzwang hingestellt: „Im Zukunftskriege wird der rücksichtslose Gegner die Feindseligkeiten auch auf Frauen und Kinder ausdehnen und somit die Frau und Mutter aus dem friedlichen Kreis der Familie ganz von selbst herausziehen und sie mitten in die Front der Abwehr stellen“. Dem Gegner wird die Einbeziehung der Frauen in militärische Angelegenheiten angelastet, um den Widerspruch eines solchen Engagements mit dem nationalsozialistischen Frauenbild zu entschärfen. Frauen wird die Verantwortung für den Erfolg an der Front zugeschoben, wenn es zum Ende des Artikels heißt: „Die Männer der Front werden beruhigt sein und im Kampfe um die Heimat nicht erlahmen, wenn sie wissen, daß ein gut organisierter Luftschutz in der Heimat Familie und Heim schützt“.

3. September: „Luftschutz/RLB“: „Der Bombenkrieg“

Kurz wird an die Erfahrungen des Ersten Weltkrieges erinnert, dann heißt es: „Und doch waren die Fliegerangriffe im Weltkriege nur ein Kinderspiel gegen den Luftkrieg der

Zukunft, der sich vor allem im heimatischen Hinterlande ausleben wird“. Es folgt eine Darstellung der militärtechnischen Entwicklungen und des Standes der Militärmaschinen. Wieder fehlt es nicht an einem Hinweis, daß das „Dritte Reich“ zum Luftschutz gezwungen sei: „Deutschland ist durch seine Lage im Herzen Europas nicht nur das luftgefährdeste, sondern auch das luftempfindlichste Land im europäischen Raum. ... Wenn man bedenkt, daß sich die Luftangriffe in erster Linie gegen die Zivilbevölkerung richten, um die moralische und materielle Widerstandskraft des Landes zu brechen, so dürfte es jedem einleuchten, daß gerade das wehrlose deutsche Volk darauf bedacht sein muß, sich vor einem eventuellen Bombenkrieg zu schützen“. Am Schluß steht die mahnende Aufforderung: „Der Reichsluftschutzbund ist zum Träger des zivilen Luftschutzes geworden, und seine Reihen fest zu schließen, ist Pflicht jeden deutschen Mannes und jeder deutschen Frau. Für die Abwehr eines kommenden Bombenkrieges kann niemand die Verantwortung auf andere Schultern abwälzen, er hat sie aus nationalem Pflichtbewußtsein selbst zu tragen, denn Luftschutz ist Selbstschutz und Volksschutz“.

4. September: „Luftschutz/RLB“: „Verdunkelung“

Nachdem man jede sprachliche und inhaltliche Verbindung des Begriffes Verdunkelung im Luftschutz mit der Verdunkelungsgefahr in der Kriminalistik in Abrede gestellt hatte, wird

in einem sentimentalischen Ton erinnert, „wie im Weltkriege die undurchsichtige Finsternis zum Segen für die Menschheit wurde, und wie man in geschlossenen Ortschaften ängstlich besorgt war, bei Fliegerangriffen kein Licht zu zeigen, damit dem dauernden Tod in der Luft das Ziel auf sein Opfer versagt blieb“. Wieder wird eine logische Reihe aufgebaut, die der Bevölkerung keine andere Wahl lassen soll, als sich am Luftschutz zu beteiligen: „Und doch bieten die in den letzten großen Völkerkriegen ausgeführten Angriffe in der Luft keinen Vergleich zum kommenden Luftkriege, der vor allem den friedlichen Bewohnern des Hinterlandes gelten und manche blühende Stadt in die furchtbarste Katastrophe reißt. Einsichtige Kreise erkennen die Gefahr klar und in ihrem ganzen Umfange und versuchen heute schon Vorkehrungen zu treffen, um die Schrecken eines Bombenkrieges von unserem Volk fernzuhalten“.

5. September: „Luftschutz/RLB“: „Die Sirene heult“

„Wir haben es noch nicht vergessen, das dumpfe ängstliche Heulen der Sirenen. Da wußten wir, der Tod ging um. In den Lüften klang das helle Summen der feindlichen Flugzeuge. Bald folgte das Krachen und Bersten der explodierenden Bomben, und gellende Schreie und Hilferufe drangen durch die Nacht. Das waren die Schrecken des Krieges. Wer den Krieg in seinen unheilvollen Folgen kennt und die Weltgeschehnisse unserer Tage aufmerksam verfolgt, der zittert um die

Abb. 4. Das Schaufenster eines Krefelder Geschäftes zeigte 1941 das Idyll eines vorbildlichen und von „Frauenhänden“ verschönerten Luftschutzkellers.



Zukunft unseres armen, wehrlosen Volkes.“ Nach dieser suggestiven Passage weist man anschließend auf die militärisch schwache Lage des Deutschen Reiches hin und begründet so die Notwendigkeit des Luftschutzes. Dann wird auf die geplante Verdunkelungsübung hingewiesen und der Wert der Verdunkelung für den Luftschutz betont. „Am Beispiel der Ablenkung und Verdunkelung wird die Verantwortung des einzelnen gegenüber der Volksgemeinschaft besonders deutlich. Luftschutz ist zwar „Selbstschutz“, aber auch „Volksschutz“. ... Also, Volksgenossen, wenn am 11. September die Sirenen heulen, dann rufen sie dich zur nationalen Pflicht.“

6. September: „Luftschutz/RLB“: „Brandbomben“

Nach einem kurzen militärgeschichtlichen Überblick über die Bedeutung des Feuers als Waffe werden eine Reihe von detaillierten Angaben über die Anwendung und Wirkungsweise moderner Brandbomben gegeben. Die billige, leicht einzusetzende und sehr wirksame Waffe, ein einzelnes Flugzeug vermöge bis zu 2 000 pfundschwere Brandbomben in kürzester Zeit abzuwerfen, sei eine große Gefahr: „Das Schicksal unserer schönen deutschen Städte wäre damit besiegelt, sie brennen rettungslos nieder und ungezählte Volksgenossen werden dem Elend und der Armut preisgegeben.“ Der RLB weiß aber dieser Gefahr zu begegnen: „Da gibt es nur einen Weg, der uns an diesen furchtbaren Gefahren sicher vorbei führt und das ist der Selbstschutz. Jeder Deutsche Volksgenosse muß früh genug lernen, wie er eine Brandbombe unschädlich machen und so die Ausdehnung des Feuers verhüten kann. Der Reichsluftschutzbund hat die ganze Größe der Brandbombengefahr klar erkannt und ruft seit langem unser Volk zum Selbstschutz auf. ... Darum trete heute noch jeder Volksgenosse dem Reichsluftschutzbund bei.“

7. September: „Luftschutz/RLB“: „Verdunkelung und Disziplin“

„Im Dritten Reich ist das Führerprinzip ganz besonders herausgestellt worden. Es gibt da kein „Hott“ und kein „Hü“ mehr, sondern ein klares Ziel zu dem ein fester Wille den sicheren Weg weist. Zu diesem unbeugsamen Führerwillen muß aber auch eine freudige Bereitschaft der Gefährten [!] kommen, die sich gerne ins Ganze einordnen und mit dem Führer in eiserner Disziplin den vorgezeigten Weg gehen und das Ziel nicht aus dem Auge lassen. So kann ein Erfolg nicht ausbleiben, ein Ziel nicht verfehlt werden. Eine eiserne Disziplin ist auch bei der Verdunkelungsübung in Krefeld erforderlich. Wird der Führerwille der Polizeiverwaltung sabotiert, dann ist der Erfolg ernstlich in Frage gestellt. ... Wir zeigen Pflichtbewußtsein und Disziplin wie der Soldat des vordersten Grabens im Weltkriege...“

9. September: „Luftschutz/RLB“: „Verdunkelung und Neugierige“

In einem witzelnden Ton werden Neugierige gewarnt, sich die Übung auf der Straße anzuschauen. Die Polizei habe angeordnet, „die Straßen während der Verdunkelungsübung zu meiden“. Es könne „in dem zu erwartenden Dunkeln leicht ein Unfall entstehen...“, für den niemand aufkäme.“

9./11. September: „(In der Nacht vom 11. bis 12. September) Dunkel über der Krefelder Innenstadt (Die große Verdunkelungsübung des Luftschutzes im Gebiet der vier Wälle/ Vorschriften, die jeder beachten muß)“

Die amtliche Verordnung des Polizeidezernenten vom 28. August enthält die zu beachtenden Vorschriften für die Verdunkelungsübung und ist textgleich mit den beiden an alle Haushalte und Autofahrer verteilten Flugblättern.

Am 11. September druckt die VP erneut diese Verordnung Hürters ab. Dem schließt sich unmittelbar ein kleiner „Entrümpelungsaktion“ überschriebener Artikel an, der im Rahmen der „Feuerschutzwoche“ (17. bis 23. September) die „Brandschau“ der Speicher durch Polizeibeamte und Beauftragte des RLB ankündigt.

10. September: „Luftschutz/RLB“: (ohne Überschrift)

Der vollständige Text lautet: „Schütze dich und deine Familie! Arbeite deshalb gern und freudig im Luftschutz mit, dort findest du Rat, Hilfe und Beistand in der Stunde der Gefahr“.

12. September: „Fliegerangriff auf Krefeld“ (Eine Luftschutzübung im Geviert der Wälle/ Ein vorbildlicher Luftschutzkeller / Alles klappte vorzüglich)“; „Luftschutz/RLB“: (ohne Überschrift)

Der Bericht über die Übung beginnt mit einer Rechtfertigung des Luftschutzes: „Das Diktat von Versailles hat dem deutschen Volke die Möglichkeit genommen, sich gegen die Angriffe der hochgerüsteten Nachbarstaaten zu wehren. Niemand aber kann ihm das Recht nehmen, sich gegen die Angriffe, besonders aus der Luft zu schützen. So hat denn unser Reichsluftfahrtminister Göring sogleich nach der Machtübernahme eine Organisation, den Reichsluftschutzbund, ins Leben gerufen, der durch Aufklärung und Beratung den Volksgenossen die Möglichkeiten weisen soll, sich gegen Gefahren aus der Luft zu schützen“.

Der Artikel berichtet über die Geschehnisse am Tage der Verdunkelungsübung. Es wird erwähnt, daß die überall eingesetzten SA-Männer und Polizeibeamten dafür gesorgt hätten, „daß auch kein Lichtschimmer aus

den Häusern auf die Straße fiel“. Die Bevölkerung war also den Anweisungen der Polizei nicht ganz so einhundertprozentig nachgekommen, wie es Hürters Bericht nahelegt. Der Artikel schließt mit dem Satz: „Die Erfahrungen dieser Uebungen werden verwandt, um die Gefahren aus der Luft für Krefeld-Uerdingen auf ein Mindestmaß herabzudrücken“. Daß der Verdunkelungsgrad I kaum etwas zur Verdunkelung der Stadt beigetragen hatte, wird nicht erwähnt.

Der vollständige Text der RLB-Serie lautet: „Luftschutz ist Gemeinschaftschutz! Helft darum mit an dieser Gemeinschaftsarbeit zum Wohle unseres Volkes und zur Erhaltung unserer deutschen Heimateerde“.

Die Niederrheinische Volkszeitung¹⁹⁾

12. September: „(Die Uebung ist voll gelungen) Krefeld hüllte sich in Finsternis“

Der Bericht beschreibt Ablauf und Ergebnis der Übung und verzichtet — im Gegensatz zur VP — auf eine Begründung für die Notwendigkeit des Luftschutzes. Gleich zu Beginn wird bei den Lesern Hoffnung auf die Wirksamkeit des Luftschutzes geweckt. Der Untertitel und der einleitende Satz: „Erstmalig wurde gestern in Krefeld eine Verdunkelungsübung durchgeführt, deren Durchführung der Leitgedanke zugrunde lag, daß eine richtig erkannte Gefahr auch wirksam bekämpft werden kann“, sollen den Eindruck erwecken, wirksamer Luftschutz sei möglich und die gelungene Übung sei dazu ein erster Schritt gewesen. Bei der Bewertung der Übung wird auf die fehlende Wirksamkeit des Verdunkelungsgrades I hingewiesen.

2. Die Ausstellung: „Die Schule im Dienste des Luftschutzes“ im April/Mai 1935

Polizeianzeiger vom 3. April: Eine Mitteilung des Krefelder RLB-Bezirksguppenführers Erwin Sulzbach kündigt in der Zeit vom 24. April bis 2. Mai 1935 im kleinen Saale der Stadthalle eine Ausstellung mit dem Titel „Die Schule im Dienste des Luftschutzes“ an¹⁹⁾. „Da die Polizei ja die eigentliche Trägerin des Luftschutzes ist, darf ich Sie [Polizeidezernent Hürter] bitten, die Ihnen unterstellten Dienststellen auf die Ausstellung aufmerksam zu machen und zum Besuch zu verpflichten.“

Die „Rheinische Landeszeitung“

24. April: „Deutsche Jugend mahnt zum Luftschutz (Eine vorbildliche Ausstellung/ Die Schule im Dienst des Luftschutzes“ in der Krefelder Stadthalle/ Schüler zeigen die Gefahren des Luftkampfes und ihre wirksame

Bekämpfung/An jeden Volksgenossen geht der Ruf zur Mitarbeit)

Am Eröffnungstag widmet die RLZ der Ausstellung fast eine vollständige und gut bebilderte Seite. In einem 19 Zeilen großen Satz wird die Notwendigkeit des Luftschutzes begründet: „Über die Lage des in der Luft noch völlig wehrlosen Deutschland inmitten eines flugtechnisch aufs höchste und raffinierteste gerüsteten Europas ist bereits soviel Eindringliches und Aufklärendes gesagt und geschrieben worden, daß man es kaum für möglich halten sollte, daß immer noch Bevölkerungskreise in einer Lethargie den lebensnotwendigen Problemen des zivilen Luftschutzes gegenüberstehen, aus der es nur ein schreckliches Erwachen geben kann, wenn es zu spät ist, falls nicht durch die ausgedehnte Propaganda auch diese ewig Anteillosen und Uninteressierten zu der Erkenntnis gebracht werden können, daß es nicht nur für ihr eigenes Wohl und Wehe unerlässlich ist, daß sie sich mit den bittersten Notwendigkeiten des Luftschutzes vertraut machen, sondern daß es auch ganz einfach ihre nationale und Nächstenpflicht [!] ist, sich mit diesem Problemkreis zu befassen“. Die vom Zentralinstitut für Erziehung und Unterricht in Berlin, vom NS-Lehrerbund und vom RLB organisierte Ausstellung sei weitgehend von Schülern und Lehrern, auch aus Krefeld, zusammengestellt worden²⁹). Nachdem sie in Berlin, Oberhausen und nun auch in Krefeld zu sehen gewesen sei, wandere sie anschließend zu anderen Orten. Die Ausstellung präsentiere als Ergebnis und Beispiel für den schulischen Unterricht unter anderem: Modelle der „größten Bombenflugzeuge unserer Nachbarn“; Übersichten der „Stärke der Luftstreitkräfte der aufgerüsteten Länder“; graphisch dargestellte „Gefahren der verschiedensten Luftwaffen“; Untersuchungen über Wirkung und Behandlung von Gasvergiftungen („Unter diesen Arbeiten haben wir eine anschauliche Darstellung über das Verhältnis der höchstzulässigen Körperbewegung bei entsprechender Gaserkrankung, und vor allem darüber, warum ein gaskrank Mensch so viel wie möglich jede Bewegung vermeiden muß.“); Gegenstände, „die für Verletzungen jeder Art die erste Hilfe leisten“; „Modelle luftgeschützter Häuser, Schulen und Fabrikanlagen“; eine auch in der RLZ abgedruckte große Photo- und Textcollage über „die Luftschutzausbildung der Jugend in den übrigen luftempfindlichen Staaten“; ein raumgroßes Modell eines Dachstuhls (das in der RLZ mit einem Foto zu sehen ist, Untertitel: „Anschauliche Luftschutzbelehrung — Links im Dachstuhl eine Bodenkammer mit Gerümpel, wie sie nicht sein soll. — Rechts eine vorbildliche Bodenkammer mit den notwendigen Bekämpfungsmitteln gegen Brandgefahr“). Dabei biete die Ausstellung auch Beispiele, wie die verschiedenen Schulfächer den „Luftschutzgedanken“ fördern könnten: „Im Mathematikunterricht ist es ebenso interessant, eine graphische Darstellung über die Stärke der Luftstreitkräfte der aufgerüsteten Länder oder

irgendeine andere rechnerische Auswertung eines bestimmten Gebietes zu fertigen, als die von Generation zu Generation überlieferten Aufgaben der Schulbücher. Im Physik- und Chemieunterricht können aufschlußreiche Untersuchungen über Wirkung und Behandlung der Gasvergiftungen aufgestellt werden“. Die Ausstellung zeige das Verhältnis zwischen Luftschutz und Schule: „Lebendig und vielseitig sichtbar werden alle drei Beziehungen, die die Schule zum zivilen Luftschutz gewinnt: 1. Die Selbstschutzmaßnahmen der Schulgemeinschaft, 2. Erziehung zum Einsatz des einzelnen für das Ganze durch Mitarbeit im RLB, 3. Unterweisung im Luftschutz in sinngemäßer Verbindung mit den verschiedenen Unterrichtszweigen und den besonderen schulischen Lehraufgaben, ferner die Ausbildung zu aktiven Helfern“.

Die Ausstellung solle jedoch nicht nur schuldidaktische Ergebnisse und Ziele vorweisen beziehungsweise benennen, sondern: „Von der Jugend zu den Eltern [Hervorhebung im Original als Überschrift], das ist der Leitgedanke der Ausstellung“. Die jugendlichen Besucher der Ausstellung sollten für ihre „Eltern die besten Vermittler des Luftschutzgedankens“ sein. Es sei „Sache der Lehrer und Eltern, diesen Willen zur Tat in die rechten Bahnen zu lenken“.

In einem mit „Luftschutz tut not“ übertitelten Aufruf fordert Oberbürgermeister Dr. Heuyng „jeden deutschen Volksgenossen“ zum Engagement im Luftschutz und zur Mitgliedschaft im RLB auf.

26. April: „Einzelfragen des Luftschutzes“

Die VP weist auf eine Vortragsreihe im Hauptausstellungsraum hin. Durch „eine zwanglose Folge von Unterrichtsgesprächen über die Dienstbarmachung des [gemeint war wohl: für den Luftschutz] Luftschutzes“ und eine so hergestellte „Verbindung von Lehrern und Kindern zu den Eltern“ solle der „Luftschutzgedanken als völkische[r] Gedanken der Wehrhaftigkeit Allgemeingut des Volkes werden“.

Ein am Vortag gehaltener Vortrag über „Laienhilfe“ „gab einen erschreckenden Überblick über die verheerende Wirkung durch Angriffe aus der Luft, unter Herausstellung der Wirkung der Gas- und Brandbomben. Dem habe der Vortragende die Hilfsmaßnahmen gegenübergestellt, die der Laie bei Gasvergiftungen und Brandwirkungen anzuwenden hat, um die Gefahr für eine Verschlimmerung der Vergiftungen und Verwundungen zu bannen. Es war eine Freude zu hören, wie klar und sachlich die Kinder die Fragen des Lehrers beantworteten“.

Ankündigung weiterer, von Lehrern gehaltener Vorträge:

26. und 27. April: „Chemische Kampfstoffe“
28. April: „Laienhilfe“

29. April: „Schutzraumbau“

30. April: „Allgemeine Luftschutzfragen“

1. u. 2. Mai: „Brandschutz mit [?] Bomben“

In einem optisch hervorgehobenen Kästchen fordert der Bannführer Alex Lohmann unter der Überschrift „Hitlerjugend und Luftschutz“: „Deutsche Jugend! Auch du mußt mithelfen am Aufbau der Landesverteidigung. Du erfüllst eine hohe nationale Pflicht. Wirb für den Luftschutzgedanken. Du und deine Eltern müssen Mitglied im Reichsluftschutzbund werden“.

Die „Niederrheinische Volkszeitung“

24. April: „Die Schule im Dienste des Luftschutzes“

Am Eröffnungstage bringt die NVZ einen um die Eingangspassagen gekürzten, ansonsten aber textgleichen Artikel wie die RLZ über die Ausstellung. Dazu gehören zwei Aufrufe. Der erste ist von Sulzbach und ruft die ganze Bevölkerung zum Besuch der Ausstellung auf. Der andere mit dem Titel „Luftschutz ist Dienst am Volke!“ stammt vom Kreisleiter der NSDAP Diestelkamp. Er mahnt vor der „Luftgefahr“ und fordert zum Eintritt in den RLB mit der Begründung auf: „Die Mitarbeit im Reichsluftschutzbund ist praktischer [gemeint ist wohl: praktizierter] Nationalsozialismus und eine Verwirklichung der Idee unseres Führers“.

25. April: „Die Jugend ruft dich zum Luftschutz (Eröffnung der Ausstellung ‚Die Schule im Dienste des Luftschutzes‘ in der Stadthalle)“

Die NVZ berichtet ausführlich über die Eröffnungsfest der Ausstellung, zu der sich nicht nur „die Spitzen der Behörden, der Partei, der Industrie, der Wirtschaft [damit sind wohl die Berufs- und Standesorganisationen gemeint], und ... der Luftschutzorganisation“ Krefelds eingefunden hätten, sondern auch auswärtige Prominenz. Der erste Redner, Sulzbach, habe die Notwendigkeit des Luftschutzes betont und einen Rechenschaftsbericht seiner Organisation abgelegt: „Während 1934 noch 7 632 Volksgenossen Mitglieder des Reichsluftschutzbundes waren, so sind es jetzt bereits 14 750. ... In 52 Lehrgängen wurden 7 500 Mitglieder im Luftschutz praktisch geschult, in Sonderkursen ebenfalls über 1 000 Mitglieder von Verbänden und Vereinigungen. Auch sind sämtliche zur Entlassung gekommenen Volksschüler und Höhere Schüler mit den Maßnahmen und Aufgaben des Luftschutzes vertraut. 80 Prozent der Böden unserer Stadt sind entrümpelt worden. Durch tatkräftige Förderung der maßgebenden Kreise konnten in privaten Gebäulichkeiten bereits 25 Schutzräume eingerichtet werden“.

In der folgenden Rede des Gaupropaganda-
leiters Brouwers aus Düsseldorf habe es unter
anderem geheißen: „Das deutsche Volk ist
wieder stark, es hat seine [Hervorhebung im
Original] Weltgeltung wiedererrungen. Auch
der Reichsluftschutzbund mobilisiert Ab-
wehrkräfte und selbstverständlich muß sich
jeder der großen Aufgabe zur Verfügung
stellen“.

Dann sei der Vertreter des Berliner Zentralin-
stituts für Erziehung und Unterricht, Memmler,
auf die Bedeutung der Schule für den Luft-
schutz eingegangen: „es gelte, die Luft-
schutzfragen mit den Sachgebieten des Un-
terrichts zu verbinden, daß aus der Beschäfti-
gung der Schüler mit dem Luftschutz auch
praktische Mitarbeit in den Dingen des Luft-
schutzes in den örtlichen Bezirken sich erge-
be, daß schließlich auch die Elternschaft
durch die Kinder für den Luftschutz interes-
siert würde“.

Zum Abschluß habe, als Vertreter der RLB-
Landesleitung, der Korvettenkapitän a. D. An-
germann aus Düsseldorf die Schule „als be-
deutsames Bindeglied zwischen den Bestre-
bungen des Reichsluftschutzbundes und
dem Elternhaus“ gelobt. Seine Ansprache sei
mit dem Hinweis „auf die Tat des Führers und
Reichskanzler Adolf Hitlers, der dem deut-
schen Volk die Wehrhoheit wiedergeschenkt“
habe, geendet.

Den Artikel begleitet ein Aufruf des Schulrates
Dr. Mathieu, der auch die Kinder in die Pflicht
nehmen will: „Die Schule hilft, den Luftschutz-
gedanken in das ganze Volk hineinzutragen.
Darüber hinaus werden die Kinder selbst mit
dem Sicherheits- und Hilfsdienst vertraut ge-
macht, um im Falle eines Luftkrieges selbst-
ständig handeln und drohenden Gefahren
begegnen zu können“.

Dem schließt sich ein „Schadenverhütung“
übermittelter Aufruf des Kreisamtswalter der
Nationalsozialistischen Volkswohlfahrt, Leo
Theloy, an, der für die Mitgliedschaft im RLB
wirbt: „Auch die NS.-Volkswohlfahrt Abt.
Schadenverhütung setzt sich für den Luft-
schutz ein. Es gilt, den Selbstschutz der Be-
völkerung gegen Luftangriffe zu organisieren.
Ohne organisierte Abwehr würden dem deut-
schen Volke bei einem Luftangriff Millionen-
werte verloren gehen. Das darf nicht sein.
Erhaltet deutsches Volksvermögen, indem ihr
zu seinem Schutze beiträgt“.

3. Die Dampferfahrt zur großen Luftschutzausstellung in Düssel- dorf im Juli 1935

Polizeianzeiger vom 24. Juli 1935: Eine
Dampferfahrt mit einem Konzert der Krefelder
Polizeikapelle zur großen Düsseldorfer Luft-
schutzausstellung bietet die Krefelder RLB-
Bezirksgruppe für den 27. Juli an²¹⁾. Die vom

Präsidium des RLB zusammengestellte Aus-
stellung war seit dem 9. Juli in den Düsseldor-
fer Messehallen zu sehen²²⁾.

Die „Volksparole“

**23. Juli: „Sonderfahrt zur Luftschutzaus-
stellung in Düsseldorf“**

Die VP informiert unter anderem kurz über
Preis, Zeitpunkt und Ziel der Dampferfahrt.

Die „Niederrheinische Volkszei- tung“

**26. Juli: „[ohne Überschrift] (Besucht die
große deutsche Luftschutzausstellung in
Düsseldorf) / „Luftschutz/RLB“: (ohne Über-
schrift)“**

In der Meldung der NVZ stehen ebenfalls nur
Informationen über die Teilnahmemöglichkei-
ten für die Dampferfahrt, jedoch wird diese
von einem Aufruf des Staatsrats und Gaulei-
ters Florian, unter dem Logo der „Luftschutz-
serie/RLB“-Serie begleitet. Er schreibt unter
anderem: „Die Luftrüstungen des Auslandes
haben sich von Jahr zu Jahr gesteigert. Start-
bereit stehen jenseits Deutschlands Grenzen
Tausende von Flugzeugen aller Art. Umfang-
reiche Luftschutzmaßnahmen sind daher zur
Landesverteidigung unerlässlich. Ein wesent-
licher Ausschnitt dieses großen Aufgabenge-
bietes der Landesverteidigung ist der Selbst-
schutz. Diesen zu organisieren und das deut-
sche Volk von seiner Möglichkeit zu überzeu-
gen, ist Aufgabe des vom Luftfahrtminister ins
Leben gerufenen Reichsluftschutzbundes“.

4. Der Ausbildungskurs für Frauen als Führerinnen und Helferinnen im Luftschutz im September 1935

Polizeianzeiger vom 10. August: „Der Reichs-
luftschutzbund benötigt für seine Arbeit in der
Erziehung der Bevölkerung zum Luftschutz
und somit zum Wehrwillen geeignete Führer.
Insbesondere stößt allseitig die Erfassung der
Frauen für die Mitarbeit im Luftschutz auf
Schwierigkeiten. Anfang September des Jah-
res beginnt in Krefeld ein Ausbildungskursus
für Frauen. Dieser Kursus währt über 3 Mona-
te und findet zweimal in der Woche (Dienstags
und Freitags) statt. Er hat den Zweck, geeig-
nete Führerinnen zu schulen und Helferinnen
auszubilden, die späterhin für die Schulung
der Laienhelferinnen eingesetzt werden.
Sämtliche bei den Dienststellen beschäftigten
weiblichen Personen sind zur Teilnahme an
diesem Kursus aufzufordern. Die Teilnehme-
rinnen sind darauf aufmerksam zu machen,
daß sie späterhin dem RLB. zur Mitarbeit zur
Verfügung stehen müssen“²³⁾.

5. Die Verdunkelungsübung im Oktober 1935

Polizei-Anzeiger vom 16. Oktober: Für eine
Verdunkelungsübung am 23. des Monats
werden der Polizeiverwaltung einige interne
Anweisungen über Verdunkelungsmaterial
gegeben und zu einem vorbildlichen Verhal-
ten aufgefördert²⁴⁾.

Die „Rheinische Landeszeitung“

**8. Oktober: „Luftschutz/RLB“: „Luftschutz an
die Front! (Zur großen Verdunkelungsübung
am 23. Oktober)“**

Mit dem erneuten Start der Serie „Luftschutz/
RLB“ bereitet die RLZ die Krefelder Bevölke-
rung auf die Übung vor. Seitens des Reichs-
luftfahrtministeriums seien im Ruhrgebiet und
am Niederrhein für den 23. Oktober größere
Verdunkelungsübungen angeordnet worden.
In einem kleinen Teil der Krefelder Innenstadt
habe man schon am 2. Oktober eine Übung
mit einem „als äußerst zufriedenstellend“ ein-
gestuften Resultat veranstaltet. In den folgen-
den Absätzen wird der Luftschutz zu begrün-
den versucht: „Der Luftschutz ist zu einer
Lebensfrage für unser Volk geworden“. Er-
neut wird die unmittelbare Bedrohung durch
das Ausland betont: „Die Welt starrt in Waffen.
Tausende von Kriegsflugzeugen stehen rings
um Deutschland, und die Luftrüstungen stei-
gen von Tag zu Tag“. Gegenüber der Propa-
ganda für die vorige Übung²⁵⁾ kann ein deut-
lich harscherer, militärischer Ton des Sprach-
stils festgestellt werden. Nach der Einführung
der Luftschutzpflicht war der Ton schärfer
geworden. Die vorletzte Passage des Artikels
beginnt: „Jeder der die hohe vaterländische
Aufgabe des Reichsluftschutzbundes nicht
erkennen will, stellt sich bewußt außerhalb
der Volksgemeinschaft. Gemeinschaftsdienst
und nationale Disziplin sind die ersten Vor-
aussetzungen eines erfolgreichen zivilen
Luftschutzes“. „Disziplin“ habe nun zu herr-
schen — und „... an der Front“ (Überschrift)
heißt eine militärische — und wehe dem, der
im „Dritten Reich“ es wagte, „sich bewußt
außerhalb der Volksgemeinschaft“ zu stellen.

Neu ist hier, daß der RLB als „Instrument des
Friedens“ bezeichnet und beteuert wird: „Das
deutsche Volk selbst, sein Führer und seine
Regierung wünschen den Frieden, sie sind
aber ebenso entschlossen, Deutschlands
Freiheit und Ehre gegen jeden Angriff zu
verteidigen! Deutschland will arbeiten!“, und
an einer anderen Stelle: „Der Luftschutz soll
dem deutschen Volke die innere Ruhe geben,
die notwendig ist, um der friedlichen Beschäf-
tigung mit Erfolg nachzugehen“.

Ein weiteres wichtiges schon bei der letzten
Übung verwendetes Motiv ist die nun stärker
hervorgehobene Idee der „Volksgemein-
schaft“ (siehe oben) und „Luftschutzgemein-
schaft“: „Das deutsche Volk wird allen Gefah-
ren trotzen können, wenn sich alle Volksge-

nossen zu einer Luftschutzgemeinschaft zu sammenschließen. Es ist daher nationale Pflicht aller vaterlandsliebenden Männer und Frauen, dem Reichsluftschutzbund als Mitglied beizutreten“.

9. Oktober: „Krefeld-Uerdingen im Dunkeln (Die Durchführung der großen Verdunkelungsübung am 23. Oktober/Richtlinien der Polizeiverwaltung für das Stadtgebiet Krefeld)“

Auch diese amtliche Anordnung an die Bevölkerung weist im Vergleich zu jener für die Übung vom 11. September 1934²⁹⁾ einen deutlich verschränkter Ton auf. Die Bevölkerung erhält nun ohne große Umschweife ihre Anordnung: „Die Durchführung und Überwachung der hierzu erforderlichen Maßnahmen obliegt der Polizei. Ihnen und den Anweisungen ihrer Hilfsorgane ist in jedem Falle unbedingt Folge zu leisten. Die Bevölkerung Krefeld-Uerdingens hat die getroffenen Anordnungen zu befolgen und durch ernstfällmähiges Verhalten und gute Verdunkelungsdisziplin zu unterstützen“. Der Appell schließt: „Verantwortlich für die Durchführung der angeordneten Maßnahmen innerhalb ihres Zuständigkeitsbereiches sind in den öffentlichen Gebäuden die zuständigen Behörden, in gewerblichen Betrieben die Werkluftschutzleiter, in allen anderen Häusern die Luftschutzhauswarte, daneben die Hausbewohner, der Hausbesitzer und Hausmeister, für die Fahrzeuge die Besitzer und deren Fahrzeugführer“.

Weiter gibt der Appell die technischen Details für die Übung bekannt. Ab 17.30 Uhr sei die „eingeschränkte Beleuchtung“, von 21 bis 23 Uhr die vollständige Verdunkelung und von 23 bis 24 Uhr wieder die „eingeschränkte Beleuchtung“ angeordnet. Keine dieser Phasen werde mit Sirenen angekündigt.

10. Oktober: „Mitmachen, nicht ins Bett legen! (Kleine Winke für Krefeld-Uerdingens Verdunkelungsübung am 23. Oktober/Was müssen Familienväter, Hausbesitzer und Gastwirte wissen?“); „Luftschutz/RLB“: „Jeder Deutsche luftschutzpflichtig!“

Das Leben solle „seinen gewohnten Gang gehen“. Man solle sich dabei nicht einfach vor der Schlafenszeit ins Bett legen und das Licht ausschalten, sondern müsse auch jede Möglichkeit für ein Austreten des Lichts verhindern. Nach dieser Klarstellung folgen die zu beachtenden Regeln und zu ergreifenden Maßnahmen. Der Artikel schließt unter anderem mit der Drohung: „Also noch einmal die Mahnung: Mitmachen und nicht ins Bett legen! [Hervorhebung im Original durch Abstände] Jeder Volksgenosse hat die Pflicht, für den Ernstfall gerüstet zu sein. Damit er dann weiß, was er zu tun hat, ist diese Übung angesetzt worden. Und glaube keiner: Es kommt ja doch niemand. Die Polizei kontrolliert und greift rücksichtslos durch“.

Für Fragen zur Übung ständen der Bevölkerung die Polizeireviere und die Auskunftstellen des RLB (34 Privat- beziehungsweise Geschäftsadressen) zur Verfügung.

Die RLB-Serie macht die Bevölkerung auf ihre „Luftschutzpflicht“ aufmerksam und erklärt verhältnismäßig ausführlich die einzelnen Bestimmungen des Gesetzes. Am Schluß des Artikels wird nochmals auf die vom Reichsluftfahrtminister angeordnete Übung für den 23. Oktober hingewiesen und verlangt, daß den Anweisungen der Polizei „in jedem Falle unbedingt Folge zu leisten ist“ und „ernstfällmähiges Verhalten und Verdunkelungsdisziplin“ erwartet werde.

14. Oktober: „Luftschutzserie/RLB“: Hausfrauen, was habt ihr zu tun (für die Luftschutzübung am 23. Oktober 1935)“; „Luftschutzhauswarte und Stellvertreter“; „Aus der Untergruppe V/2 Krefeld-Oppum des Reichsluftschutzbundes“

RLB-Serie: vgl. Abb. 5

Luftschutz

Hausfrauen, was habt ihr zu tun
für die Verdunkelungsübung am 23. Oktober 1935

Trefft schon jetzt die nötigen Vorbereitungen für die Abdunkelung in den Wohnungen und wartet damit nicht bis zum letzten Tage. Die sorgfältige Durchführung der Übung erfordert in manchen Häusern viel Überlegung und zahlreiche Vorarbeiten, die nicht erst kurz vor Beginn der Verdunkelung getan werden können. Gute Männer können sich aus beruflichen Gründen um diese Dinge wenig kümmern; nehmt ihnen daher die Arbeit hierfür ab. Verlasst euch also rechtzeitig mit lichtundurchlässigem, dunklen Stoff und Papier, damit ihr Fenster und Türen richtig abdichten und die Lampen mit einem Überzug versehen könnt. Das notwendige Material ist in den Geschäften Krefeld-Uerdingens zu erhalten. Denkt aber daran, daß die Abdunkelungsvorrichtungen nicht nur für den 23. Oktober, sondern für weitere Übungen und für den Ernstfall zur Hand sein müssen und richtet sie dementsprechend her. Versteht nicht die Abdunkelung der Räume nach der Hofseite; sie ist ebenso wichtig wie die der Straßenseite. Auch Hinterhäuser dürfen vollkommen abdunkelt werden. Laßt eure Kinder während der ganzen Verdunkelungsübung zu Hause! Ihr müßt, daß der Strahlenschein weiter geht, tragt deshalb dazu bei, daß keine Unfälle entstehen.

Die Verdunkelungsübung dauert vom Eintritte der Dunkelheit bis 24 Uhr. In dieser ganzen Zeit — also nicht nur während der eigentlichen Verdunkelung — darf aus einem Wohnraum kein verlässlicher Lichtschein nach außen dringen!

Abb. 5. Die Folge der „Luftschutz/RLB“-Serie in der RLZ vom 14. Oktober 1935

Der zweite Artikel unterrichtet die Luftschutzhauswarte über ihre Pflichten und die Zuständigkeit des RLB für den Selbstschutz und den erweiterten Selbstschutz: „Den Anweisungen der Polizei bzw. ihrer Hilfsorgane, also der Amtsträger des Reichsluftschutzbundes, ist unbedingt Folge zu leisten. Verantwortlich für die Organisation sind die Revier-, Untergruppenführer und Blockwarte, für die Durchführung der angeordneten Maßnahmen innerhalb der einzelnen Häuser die Luftschutzhauswarte, für den erweiterten Selbstschutz die Werkluftschutzleiter“. Die Luftschutzhauswarte sollten die Eigentümer beziehungsweise Bewohner der von ihnen beaufsichtigten Häuser anhalten, die angeordneten Maßnahmen zu befolgen. Bei Nichtbefolgung habe der Luftschutzhauswart seine vorgesetzte Stelle zu informieren, „damit diese in Verbindung mit der Polizei die Übelstände abstellt“. Bei Häusern, für die noch kein Luftschutzhauswart bestellt beziehungsweise vom RLB bestimmt worden sei, habe der Eigentümer eine geeignete Person hierfür zu bestimmen.

Der dritte Artikel beschreibt ein Vortragstreffen der RLB-Untergruppe Krefeld-Oppum am 10. Oktober, auf der „die Haus- und Blockwarte zu einem Appell in die Turnhalle der Volksschule am Sandberg aufgerufen“ worden seien. Vom Führer der Untergruppe-Oppum, Rektor Rommskirchen, seien die Anwesenden mit Fragen des Luftschutzes erinnert worden. Der stellvertretende Bezirksgruppen-schulungsführer Dr. Stockmann habe einen „aufschlußreichen Überblick über die Wirkungsweise der chemischen Kampfstoffe“ gegeben. Anschließend sei der Truppführer Bauamtmann Schmidt auf „Angriffsmethoden und Angriffsmittel moderner Flugzeuge“ und „Maßnahmen, die gegen Gefahren von Fliegerangriffen zu treffen sind“, eingegangen. „Nur durch die gründliche Ausbildung der Hauswarte, Brandwarte und Laienhelferinnen sei es möglich, der Bevölkerung einen ausreichenden Schutz gegen die Schrecken der modernen Kriegsführung zu verschaffen. Vor allem könnte dabei die Mitarbeit der Frau nicht entbehrt werden.“ Zum Abschluß habe die Frauenreferentin der Bezirksgruppe Krefeld-Uerdingen, Lotte Mertens, über „die Aufgaben der Frau im Luftschutz“ gesprochen und ihre Ansprache mit der Versicherung beendet: „Die deutsche Frau werde deshalb auch als Kämpferin des Luftschutzes ihre Pflicht tun für Volk und Vaterland“.

16. Oktober: „Beratungstellen für die Verdunkelungsübung“; Herr Meckermann-Anekdote

Die Adressen der 23 Beratungsstellen im Polizeirevier 1 werden aufgelistet.

Auf derselben Seite findet sich, sicher nicht zufällig unter Meldungen über kürzlich verübte Straftaten, in einem Extra-Kästchen eine

sich witzig gebende Aufforderung zur Teilnahme an der Übung. Nach der Einleitung: „Ach Gott“, sagt der Herr Meckermann, „was geht mich denn der Luftschutz an!“, wendet man sich an den Leser: „Bist auch du ein Meckermann? Nein! Deshalb tritt schon jetzt alle Vorbereitungen für die Verdunkelungsübung am 23. Oktober“.

17. Oktober: „Wie in Gast- und Schankstätten verdunkelt wird“; „Auch Radfahrer müssen abblenden“

Beide Artikel geben genaue Hinweise über die Verdunkelung und dunkeln, das Alltagsleben während der Verdunkelung allrechtzuhalten. Der zweite Artikel endet mit der Drohung: „Fahren ohne Licht oder mit eingeschalteter Beleuchtung ist verboten, und die Polizei und ihre Hilfsorgane werden gegen alle Verstöße rücksichtslos einschreiten“.

19. Oktober: „Disziplin bei der Verdunkelungsübung“

Der fett gedruckte kleine Aufruf fordert die Einhaltung der Luftschutzmaßnahmen und den Gehorsam der Bevölkerung gegenüber der Polizei und ihren Hilfsorganen. Dann wird der Leser direkt angesprochen: „Krefeld-Uerdinger! Zeige Disziplin und zeige der Bevölkerung, daß du gewillt bist, die für den Ernstfall notwendigen Maßnahmen zu treffen“.

20. Oktober: „Verdunkeln — aber wie? (Ratschläge und Durchführungsmaßnahmen zur Verdunkelungsübung am 23. Oktober)“

Im überregionalen Teil bringt die RLZ auf einer halben Seite fast ausschließlich „Praktische Hinweise“ für die Verdunkelung. Zum Artikel gehört ein gemeinsamer Aufruf der Führer der rheinischen (Lingens) und westfälischen (Angermann) Landesgruppe des RLB mit der Überschrift: „Die Luftgefahr ist groß! Aber größer unser Abwehrwille!“, und dem Text: „Das wird bei der Verdunkelungsübung am 23. Oktober die Bevölkerung Rheinland und Westfalens beweisen. Sie wird allen Anordnungen, insbesondere auch denen des Reichsluftschutzbundes, entschlossen und willig folgen“.

23. Oktober: „Heute Abend Verdunkelungsübung! (Letzte Anweisungen an die Bevölkerung/Heute Abend muß die ganze Stadt abgedunkelt sein!)“

Nach dem hervorgehobenen Einleitungssatz „Verstärkter Aufsichtsdienst der Polizei!“ werden ihre „Hilfsorgane“ aufgezählt, die die gleichen wie bei der Übung im September 1934 sind. Die weiteren Beschreibungen technischer Fragen schließen mit dem Satz: „Der 23. Oktober muß beweisen, daß die Stadt Krefeld-Uerdingen bereitwillig und verständ-

nisvoll den getroffenen Anordnungen nachkommt“.

24. Oktober: „Krefeld-Uerdingen im Dunkeln (Durchschlagender Erfolg der Luftschutzverdunkelungsübung/Erfreulich gewissenhafte Mitwirkung der Einwohnerschaft/Verhältnismäßig wenig Beanstandungen/Die Bedeutung der Übung allseits erfaßt)“

Der Bericht über die gelaufene Übung gibt sich im Tonfall jovial, was nicht verwundert, denn „die Volksgenossen [hatten] den Sinn dieser großen Übung voll erfaßt und freudig an ihrer Durchführung mitgewirkt“. „Mer kann de Hang vör de Oegske net si-ehn“, sät dä Pitter, on stalpde sech van de Patewiendämmer-schoppe no Hus“ — mit Krefelder Platt wird die die Krefelder lobende einleitende Passage beendet und gibt der Beschreibung für die abgelaufene Übung Raum. Es wird eingestanden, daß einige „Volksgenossen“ nicht ganz so folgsam gewesen seien, aber auch klaglos, daß solches kontrollierbar sei, nicht geduldet und unter Umständen bestraft werde. Auf der Straße habe man nicht ausreichend verdunkelte Autos angehalten und während der vollständigen Übung — also je nach Fall bis zu mehreren Stunden — genötigt, unbeleuchtet am Straßenrand stehen zu bleiben. Die Polizei und ihre Hilfsorgane hätten auch in den Wohnungen kontrolliert und Bewohner ertappt, die nur die Lichter gelöscht und sich ins Bett gelegt hätten. Sie seien entsprechend gerügt worden, „denn eine solche Gemütsruhe vermöchten die allzu gemüthlichen Herrschaften im Ernstfalle, wenn Brand- und Gasbomben auf die Häuserzeilen niedergehen und mit ihren Wirkungen den ganzen furchtbaren Ernst eines Luftangriffes drastig in die Erscheinung treten lassen, wohl auch nicht aufbringen. Durch nachdrückliche Maßnahmen sind diese Gemütsathleten darauf energisch und nachdrücklich von den Kontrollstreifen hingewiesen worden, daß sie gröblich ihre Pflicht gegenüber ihren Angehörigen und der Gesamtheit verletzt haben...“. Nachdem die Bevölkerung für ihr Verhalten bei der Übung noch einmal gelobt wird, heißt es: „Diese Feststellung gibt zu der erfreulichen Hoffnung Anlaß, daß die Volksgemeinschaft auf dem Gebiete der Abwehr von Gefahren aus der Luft im Ernstfalle nicht versagen und in immer strafferer Disziplin die für die gestrige Gelegenheit getroffenen Abwehrmaßnahmen in bezug auf Zweckmäßigkeit und absolute Wirksamkeit noch weiter ausbauen wird, um dadurch zur Erhaltung deutschen Lebens und Gutes nach Kräften beizutragen. Diejenigen aber, die gestern noch als Saumselige und Lässige wurden, dürfte die Erfahrung gelehrt haben, daß sie sich im Augenblicke der Gefahr nicht außerhalb der Volksgemeinschaft stellen können, ohne der allgemeinen Verachtung und schließlich auch der verdienten Bestrafung zu verfallen“. Der Artikel schließt mit der Aufforderung, dem RLB beizutreten.

„Niederrheinische Volkszeitung“²⁷⁾

14. Oktober: „Ist ziviler Luftschutz überflüssig? (Zur Verdunkelung am 23. Oktober 1935)“

Im ersten Abschnitt²⁸⁾ wird wegen „der Neuschaffung der Wehrmacht und vor allem der Luftstreitkräfte“ die weitere Notwendigkeit des Luftschutzes begründet. Eine andere Meinung sei „nicht nur irrig, sondern auch volkschädlich“²⁹⁾. Auch unter den veränderten Verhältnissen ist der zivile Luftschutz ... nicht überflüssig geworden. Das beweist schon das von der Reichsregierung am 26. Juli 1935 erlassene Reichsluftschutzgesetz. Wenn der RLB vorher nur mit dem Ziel arbeiten konnte, das Schlimmste zu verhindern, so hat er heute die Aufgabe, die Landesverteidigung derart zu ergänzen, daß der praktisch größtmögliche Schutz gegen Luftangriffe gewährleistet werden kann. Deutschland ist infolge seiner geopolitischen Lage das luftempfindlichste Land Europas. Infolge der gewaltigen Luftrüstungen der benachbarten Länder ist es nach wie vor stark luftgefährdet und bedarf daher einer vollkommenen Abwehr gegen Luftgefahr. Auch die gut gerüsteten Nachbarn würden nicht auf einen wirksamen Luftschutz verzichten. „Der Reichsluftschutzbund bildet einen neuen Typ eines Vaterlandsverteidigers heran. Für ihn gilt als Leitspruch der Ausspruch des Reichsluftfahrtministers: 'Der Kämpfer für den Luftschutz hat genau so viel Verantwortung und genau so viel Ehre wie jeder Frontsoldat'“.

15. Oktober: „Aufruf des Reichsluftschutzbundes (zur Verdunkelungsaktion am 28. Oktober)“

Nach einem Vorspann, in dem auf die Bedeutung des RLB, die Notwendigkeit der Verdunkelung bei Luftangriffen und die geplante Übung hingewiesen wird, beantworten neun Einzelpunkte die zuvor rhetorisch gestellte Frage: „Was hat jeder Volksgenosse zu tun?“. Unter Punkt 1 steht unter anderem die Aufforderung, „willig die Anordnungen der Behörden, der Amtsträger des Reichsluftschutzbundes und deines Luftschutzhauswartes“ zu befolgen, und unter Punkt 2: „Bei Übungen sollst du auch schon in Friedenszeiten lernen, wie du als guter Deutscher zur Unterstützung der Abwehrmaßnahmen des Staates und der Wehrmacht dein Wohn- und Arbeitsgebiet für den Fortgang von Handel und Wandel herzurichten hast“. Die übrigen Punkte behandeln technische Fragen der Verdunkelung.

19. Oktober: „Luftschutzserie/RLB“: „[ohne Überschrift] (Deutsches Volk schütze dich rechtzeitig vor den Gefahren, die dir aus der Luft drohen!)“

Der Artikel wiederholt schon aus verschiedenen anderen Aufrufen und Artikeln bekannte und teilweise textgleiche Argumente und Auf-

forderungen zum Engagement im Luftschutz und zur Beteiligung an der Übung. Geworben wird auch mit einem von Alexandre Dumas bekannten Zitat aus seinem Roman „Die drei Musketiere“: der Leitsatz 'einer für alle, alle für einen' hat nirgendwo mehr Berechtigung als gerade im Luftschutz, Luftschutz ist Selbstschutz...“.

20. Oktober: Lothar Schibusch, „Die 'Zivilbevölkerung' im Kriege von Morgen“

Der im überregionalen Teil unter einem Artikel für die Verdunkelung (vgl. Anm. 27) stehende Beitrag des „Schriftleiters“ Lothar Schibusch geht der Frage nach, „wie weit die Lage der sog. Zivilbevölkerung in einem etwaigen Ernstfall durch die neue Kriegsführung beeinflusst wird“. Die bisherige Aufteilung von einem durch den Krieg weitgehend unberührt bleibenden Hinterland und der Front, wo die Kampfhandlungen stattfänden, sei eine Angelegenheit der Vergangenheit. Die Möglichkeiten des Luftkrieges würden bewirken, daß es den „Unterschied zwischen Kämpfer und Nichtkämpfer ... zukünftig zwar völkerrechtlich vielleicht noch, in Wirklichkeit aber nicht mehr“ gebe. Durch die Luftwaffe werde das „gesamte Land- und Seegebiet einer Nation zum Kampfgebiet“ mit dem Ziel, nicht nur die gegnerischen Truppen anzugreifen, sondern „um hinter der Front unter der Bevölkerung Schrecken zu verbreiten, die Mobilmachung und den Aufmarsch des Heeres zu verwirren und die Verteidigungsmittel des Landes und alle sonstigen wichtigen Anlagen möglichst gründlich zu zerstören. Welche Aussichten in einem zukünftigen Kriege sich für die Zivilbevölkerung ergeben, dürfte jetzt jedem klar sein“. Dem Einwand, der Einsatz der Luftwaffe sei „eine wenig ritterliche, gemeine und teuflische Angriffsart“ die „jedes humane Denken und Gefühl ertöte. ... und auch Nichtkombattanten, Greise, Frauen und Kinder gefährde“, hält er die Ansichten des italienischen Generals Giulio Douhet²⁹⁾ entgegen, der „sich besonders schriftstellerisch mit den operativen Verwendungsmöglichkeiten der Luftwaffe“ befaßt habe. Douhet „sagt, im Kriege gebe es keine 'anständigen' und 'unanständigen' Waffen, man könne nur zwischen mehr oder weniger wirksamen Waffen unterscheiden. Es sei daher ebenso logisch wie 'human', wenn man eine möglichst wirksame Waffe anwende. Da im Kriege alles nur auf Töten und Getötetwerden hinauslaufe, sei es nur logisch, wenn man sich das wirksamste Mittel zum Töten schaffe, um selber am Leben zu bleiben“. Von daher halte es Douhet „für erlaubt und verdienstvoll, bewohnte Städte mit Kampfbomben zu belegen“. Daraus zieht Schibusch den Schluß, die Gefahren eines Angriffes aus der Luft „werden um so größer sein, je weniger ein Volk im zivilen Luftschutz geschult, je weniger es mit den Abwehrmöglichkeiten und -maßnahmen vertraut ist. Aus diesem Grunde wird in den meisten Ländern neben den militärischen Maßnahmen größter Wert auf den Ausbau des Luftschutzes gelegt.



Abb. 6. Eine Anzeige des Reichsluftschutzbundes in der RLZ vom 20. Mai 1936 während der Luftschutzwerbeweche

Das Deutsche Reich ist auf diesem Gebiete heute vorbildlich geworden, wenn auch noch vieles, was in früheren Jahren versäumt wurde, aufzuholen ist“. Dann verweist Schibusch auf die geplante Verdunkelungsübung.

24. Oktober 1935: „(Die Luftschutzverdunkelungsübung) In den dunklen Straßen der Stadt (Mustergültige Haltung der Bevölkerung/Die Luftgefahr ist groß — größer aber der Abwehrwille)“

Im Ton gibt sich der Artikel der NVZ über die gelaufene Übung deutlich „freundlicher“ als der der RLZ, das zeigt sich unter anderem darin, daß die vorgekommenen Verstöße gegen die einzuhaltenden Verdunkelungsmaßnahmen „ein paar Kleinigkeiten“ genannt werden, die sich „in Handumdrehen“ hätten erledigen lassen. Dabei schwingt nicht der drohende Unterton — wie in der RLZ — mit, der gleich jeden mit Strafe und Stigma droht.

Mit einem Bezug auf die „Herr Meckermann“-„Witze“ wird zu Beginn festgestellt, daß Herr Meckermann aus seiner ablehnenden Haltung nicht ganz die seiner Rolle entsprechenden Konsequenzen gezogen, sondern sich „mit eingereicht“ habe. In der als voller Erfolg bewerteten Übung hätten sich die Krefelder „in mustergültiger Disziplin und verständnisvoller Mitarbeit ... den Anordnungen ... willig gefügt“. „Aus dieser Selbstverständlichkeit klingt der gesunde Instinkt und das verstan-

des- wie gefühlsmäßige Erfassen der Notwendigkeit, uns zu wehren gegen alle Gefahren, auch gegen solche aus der Luft.“ Am Schluß des Artikels wird für eine Mitgliedschaft im RLB geworben.

6. Die Luftschutzwerbeweche im Mai 1936

Polizeianzeiger vom 23. Mai 1936: Ein Erlaß des Reichs- und Preußischen Ministers des Innern, Hermann Göring, erlaube für den 23. und 24. Mai 1936 neben dem Deutschen Frauenwerk, dem Reichsluftsportführer und dem Volksbund für das Deutschtum im Ausland auch dem RLB Haus- und Straßensammlungen abzuhalten³¹⁾.

Die „Rheinische Landeszeitung“

18. Mai: „Luftsport und Luftschutz Hand in Hand (Werbeumzug des DLV und RLB)“

Der Artikel kündigt einen gemeinsamen Werbeumzug des RLB und des Deutschen Luftsportverbandes (DLV)³²⁾ für den Abend an, der am Parkhofplatz beginne, über die vier Wälle ziehe und dann zum Ausgangspunkt zurückkehre³³⁾. Dort finde eine Schlußkundgebung statt, auf der unter anderen der Dezernent für Flug- und Luftschutzwesen, Dr. Erdtmann³⁴⁾, eine Rede halte. Die Beteiligung folgender Gruppen an dem Umzug wird angekündigt: „1. Spielmanszug des RLB. 2. Stab der Ortsgruppe [des RLB]. 3. Aufmarschleitung, Fahnenabordnung des RLB. und L.S.-Ehrensturm. 4. Reviergruppen 1 — 3 des RLB. 5. Musikzug der Polizei. 6. Ehrenabordnung der Polizei. 7. Städtische Feuerlöschpolizei und Freiwillige Feuerwehr. 8. Spielmanszug der technischen Nothilfe. 9. Ehrenabordnung der Technischen Nothilfe. 10. Ehrenabordnung der SA. 11. Ehrenabordnung der HJ. 12. Ehrenabordnung des DLV. Die Ankündigung schließt: „An die Bewohner Krefelds ergeht nochmals die Bitte, durch Fahنشmuck und Teilnahme an der Kundgebung ... die Verbundenheit der Krefelder Bevölkerung mit den Zielen des Luftsportes und Luftschutzes zu bekunden“.

19. Mai: „Luftsport und Luftschutz marschieren (Eröffnung der Werbeweche des Deutschen Luftsportverbandes durch die Stadt und Kundgebung auf dem Parkhofplatz)“

Der Artikel über den Umzug und die Kundgebung, die die gemeinsame Werbeweche des DLV und des RLB vom 18. bis 24. Mai eröffnete, besteht fast ausschließlich aus der Rede Erdtmanns, der die Bedeutung des Luftschutzes hervorhebt. Gerade wegen der „Lage unserer Stadt Krefeld“ sei dies von der Bevölkerung verstanden worden. Dann beschreibt Erdtmann die Tätigkeit und den Erfolg des DLV, der ein breites Interesse unter der Bevölkerung klinge der gesunde Instinkt und das verstan-

Luftfahrt geweckt habe. Es seien „Fliegerstürme“ erstanden, die unseren jungen Volksgenossen den eigenen Reiz dieses Sportzweiges vermitteln und sie zu begeisterten Anhängern des Luftsports machen“. Während Erwachsene und Jugendliche sich dem Segelflug widmeten, würden sich die Kinder, in Krefeld 320 Jungen, in den „Luftsportscharen“ mit Modellbau beschäftigen. Dann stellt Erdmann die Arbeit des RLB und dessen bisherige Leistungen dar. Dem schließt sich der Satz an: „Um den Gefahren eines Luftkampfes begegnen zu können, bedürfen wir einer in jeder Beziehung mit technischen, körperlichen und geistigen Fähigkeiten gut ausgebildeten Luftwaffe, die sich ihrerseits wieder auf eine gut vorgeschulte, für diesen Sportzweig begeisterte Jugend stützt. Andererseits muß die gesamte Bevölkerung mit allen Fragen des Luftschutzes derart vertraut sein, daß in Stunden der Gefahr mit größter Sachlichkeit verfahren wird. Hierfür weiterzuarbeiten, ist Aufgabe dieser Werbeweche“.

21. Mai: „Praktische Luftschutzarbeit! (Was geht am Freitagabend auf dem Parkhofplatz vor?)“; „Der Luftsport ruft!“

Der erste Artikel, der am folgenden Tag erneut veröffentlicht wird, kündigt eine „Brandenschutzvorführung“ des RLB an, „die der Bevölkerung Krefelds die Wirksamkeit von Brandbomben und ihre Bekämpfung vor Augen führen soll. Zur gleichen Zeit stellt die Ortsgruppe eine Anzahl Löschkarren, wie sie von den Luftschutzgemeinschaften benutzt werden, zur Besichtigung aus.“ Der andere Artikel fordert zum Kauf von Luftsportabzeichen auf. „Der Erlös dient der Durchführung der großen Aufgaben, welche der Führer und sein Reichsminister der Luftfahrt dem deutschen Luftsport als vorfliegerischen Erzieher der Nation und Sammelbecken der aus der Luftwaffe ausgeschiedenen Soldaten gestellt hat.“ Auch die weiteren Passagen dieses Artikels sprechen ganz unverblümt die Vorbereitung der sich im Luftsport betätigenden Jugend auf den Dienst in der Luftwaffe an. Der Artikel schließt mit der groß und fett gedruckten Feststellung: „Nationalsozialistische Gesinnung ist die wichtigste Voraussetzung für die Wirksamkeit des Luftschutzes“.

23. Mai: „Gefahren aus der Luft (Praktische Brandschutzvorführung auf dem Parkhofplatz)“

Der Bericht über die Vorführung schildert die Ansprache des Sachbearbeiters für den Brandschutz, Branddirektor Bongartz²⁵⁾, der auf die von Brandbomben ausgehende Gefahr und auf die „moralische Pflicht für jeden deutschen Volksgenossen, sich dieser Gefahr bewußt und ständig bereit zu sein, ihr wirksam zu begegnen“, hingewiesen habe. Zur Vorführung heißt es: „Das Abbrennen einiger kleinerer Brandsätze machte den Anfang der Vorführungen, die von Branddirektor Bongartz

jeweils mit kurzen Worten erläutert wurden. Die Mannschaft der Feuerlöschpolizei zeigte, daß selbst den größten Brandbomben noch beizukommen ist [!], wenn man mit richtigen Mitteln und vor allem ohne Zögern an die Löscharbeit geht. Sehr eindrucksvoll wurde der Unterschied gezeigt, welche verschiedene große Brandwirkung ein Brandsatz auf einem entrümpelten und auf einem sauber aufgeräumten Dachboden hat“.

24. Mai: (statt einer Überschrift ist eine Abbildung zu sehen, auf der der Spruch „Luftschutz ist Selbstschutz“ zu lesen ist)

Mit dem Bismarck-Zitat „Wir Deutsche fürchten Gott, sonst nichts auf der Welt“ beginnt der Artikel, dem bald danach die Behauptung folgt: „Ein Volk, das allen Schrecken der Zerstörung zu widerstehen vermag, wird in einem Zukunftskriege den Sieg davontragen,

Abb. 7. Demonstrationsübungen mit Brandbomben waren nicht unüblich; hier eine Aufnahme vom 14. August 1941, die das Abbrennen englischer Mehrfachbomben auf dem Platz der Feuerwache Florastraße zeigt



auch wenn es nicht gerade [aber nur zu bald; Anmerkung des Verfassers] die stärkste Wehrmacht besitzt". Danach finden sich Hinweise, daß der Luftschutz sowohl für den Krieg, aber auch schon im Frieden eine Funktion besitze. „Wollt ihr in Frieden leben und arbeiten, wollt ihr im Ernstfalle jeder Gefahr gerüstet und mit Erfolg entgegenzutreten, so trifft die unbedingt nötige Vorsorge [der Satz ist im Original fett hervorgehoben]". Der praktische Wert des Luftschutzes wird schon im Frieden betont. So heißt es unter anderem, daß die Organisation des Luftschutzes im RLB „nicht nur Wert und Bedeutung im Falle eines Luftangriffes hat, sondern daß die Sammlung hilfsbereiter Volksgenossen und ihre Ausbildung in der Behebung von Schäden auch bereits in Friedenszeiten für die Erhaltung des Volksvermögens von überragendem Werte gewesen ist. Es liegt demzufolge auf der Hand, daß, wenn der Reichsluftschutzbund seine Erziehungs- und Schulungsarbeit erst einmal gründlich zur Durchführung gebracht hat, die Bevölkerung in viel stärkeren Maße Unfälle, Schäden und Katastrophen verhindern oder gar beheben kann". Deswegen endet diese Überlegung nicht umsonst in der Aufforderung zum Eintritt in den RLB mit einem der bekanntesten NS-Leitsätze: „Gemeinnutz geht vor Eigennutz!“

„Niederrheinische Volkszeitung“²⁹⁾

18. Mai: „Werbewoche des Reichsluftschutzbundes (Ein Appell der Landesgruppe VI Rheinland an die Bevölkerung)“

Der Appell der Landesgruppe VI des RLB (begleitet von der Ankündigung für die Brandvorführung — siehe Anm. 36) beschreibt den Zweck der Werbewoche und die Erwartungen an die Bevölkerung. Zwar sei durch das Gesetz vom 26. Juni 1935 für alle Deutschen die Luftschutzpflicht eingeführt worden, doch läge das Ziel des RLB darin, daß „jeder Deutscher, ob Mann oder Frau, ob alt oder jung“ sich freiwillig als Mitglied des RLB für die Sache betätige. Dies sei auch notwendig, denn „außer der verständnisvollen Mitarbeit [seien] gewaltige Geldmittel notwendig, die von allen Volksgenossen für den von ihnen zu tragenden und für Volksgemeinschaft und Heimat aufzubauenden Selbstschutz herbeigeschafft werden müssen“. Die freiwillige Arbeit im RLB sei notwendig, „um das Volk zu einer Not- und Abwehrgemeinschaft zusammenzuschweißen“.

19. Mai: „Luftschutz und Luftfahrt tun not! (Werbemarsch durch die Stadt — Eine eindrucksvolle Kundgebung auf dem Parkhofplatz)“

Der Bericht über die Veranstaltung beschreibt Einzelheiten des Werbemarsches und der Kundgebung, besteht jedoch wie der Artikel der RLZ hauptsächlich aus der — hier vollständig wiedergegebenen — Rede Dr. Erd-



Abb. 8. Das Spendenabzeichen des Reichsluftschutzbundes wurde während der Werbewoche häufig kommentarlos im Kleinanzeigenteil der Zeitungen, hier der NVZ vom 24. Mai 1936, abgedruckt.

Abb. 9. In verschiedenen Zeitungen, hier der NVZ vom 23. Mai 1936, erschien während der Werbewoche diese Anzeige des Berliner Präsidiums des Reichsluftschutzbundes, die den militärischen Charakter des „zivilen“ Luftschutzes kaum noch verhehlt.

3 Jahre Reichsluftschutzbund

Seine Leistungen im Reich hat Landesgruppe VI Rheinland von 4 1/2 Millionen Einwohnern wurden 1 1/2 Millionen als Mitglieder erzielt; in 9937 Kasernen wurden von 3834 Lehrkräften 356710 Volksluftschutzkräfte ausgebildet; unter diesen Volksluftschutzkräften sind fast 100000 Frauen.



manns. Der Artikel endet mit einem Zitat Görings: „Der Kämpfer im Luftschutz hat so viel Verantwortung und so viel Ehre wie der Soldat an der Front“ (im Original fett gedruckt).

23. Mai: „Der Reichsluftschutzbund ruft (Wo eine Wille, da ist auch ein Weg)“; „3 Jahre Reichsluftschutzbund“

Unter Verweis auf „unsere Helden im Weltkrieg“ und ihre Opfer für das „Vaterland“ wird auf die daraus entstandene Verpflichtung der „Volksgenossen“ geschlossen, dem RLB beizutreten. Auch hier findet sich die Vorstellung von der Bedeutung des Luftschutzes für die „Volksgemeinschaft“ wieder: „Im Zeichen des Nationalsozialismus müssen wir es verstehen, daß die wahre Volksgemeinschaft und die Freiheit des Deutschen Reiches in der Verwirklichung des Luftschutzgedankens nur erreicht werden kann durch ein ersprießliches Zusammenarbeiten mit dem Reichsluftschutzbunde“. Die feindliche „Luftwaffe“ bedrohe „jeden einzelnen Bürger wie das ganze Volk“, doch: „Untrennbar verbunden mit ihr [= der eigenen Luftwaffe] ist aber der Schutz der bedrohten Bevölkerung“. Zur Vorbeugung der Gefahr wird die breite Beteiligung der Bevölkerung am „zivilen Luftschutz“ gefordert.

7. Die Ausstellung: „Polizei und Luftschutz“ im Februar 1942

Rheinische Landeszeitung

5. Februar: „(Eine sehenswerte Krefelder Ausstellung): 'Polizei und Luftschutz' (Vorbildliche Gemeinschaftsleistung der Polizei und des SHD. Krefeld)“

Am 4. Februar sei mit einer Feier die bis zum 12. des Monats dauernde Ausstellung eröffnet worden. Vor der Prominenz aus Partei und Verwaltung, zu der auch Vertreter der Wehrmacht und des Regierungspräsidenten zählten, habe in Stellvertretung für den verhinderten Oberbürgermeister der Polizeidezernent und Bürgermeister Dr. Hürter eine Rede über den Zweck der Ausstellung gehalten. Dr. Hürter habe an den Luftschutz als wichtiges Aufgabengebiet der Polizei erinnert. Die von der Polizei und dem Sicherheits- und Hilfsdienst zusammengetragene Ausstellung „solle ... belehrend wirken, aber auch als Erziehungsmittel zu luftschutzmäßigen Verhalten“ dienen. In „bezug auf Luftschutzmaßnahmen [sei Krefeld] den höchsten Anforderungen gewachsen“. Die Ausstellung habe weiter den Zweck, die anstrengende Arbeit der Polizei und des SHD ins Bewußtsein der Öffentlichkeit zu rücken. „Wenn ihr Einsatz auch nichts bedeute gegenüber den gewaltigen Leistungen unserer Wehrmacht, so sei aber auch dieser Dienst ein Glied in der gewaltigen Kriegsmaschine. ... Die Angriffserfolge des



Feindes auf ein Minimum herabzudrücken, betrachte die Polizei als eine wichtige Aufgabe in dem gewaltigen Ringen um die Zukunft Europas."

In der Ausstellung sei unter anderem zu sehen: „Ganz überraschend plastische Bildwerke aus dem Gebiet der Luftabwehr, sogar ein vollständiges Rundpanorama von Krefeld, eine große Anzahl Beutestücke, kurz, alles was zum Luftschutz gehört... Ein Blick aus der Flugzeugkanzel auf das nächtliche Krefeld ist auch möglich, um nur eine weitere interessante Einzelheit zu nennen“.

Eine Auswertung

„... das pressende Phantom aus Papier und Blut, ersteht wieder zu tödlichster Lebendigkeit. Dieses Agnoszieren eines Wahnwesens in dem, was sich Zielsetzung nennt, und sie handgreiflich verwirklicht; der entsetzte Blick in den luftleeren Raum, wo ein Prokrustes Kräfte und Unkräfte des geselligen Daseins bettet; das „Dejavu“ jener verfolgenden Unschuld, der Einheit von Schuld und Lüge, wo die Tat zum Alibi wird und der Greuel zur Glorie — „das glaubst du von mir? fragt der Täter und verfolgt den Zeugen wegen Propaganda —; das ist es, was eine Annäherung des Verstandes an das Problem ohne Hoffnung läßt“

Karl Kraus, „Dritte Walpurgisnacht“, Manuskript von 1933

„Stets hat der blind Mordlustige im Opfer den Verfolger gesehen, von dem er verzweifelt sich zur Notwehr treiben ließ, und die mächtigsten Reiche haben den schwächsten Nachbarn als unerträgliche Bedrohung empfunden, ehe sie über ihn herfielen.“

Max Horkheimer und Theodor W. Adorno, Dialektik der Aufklärung. Philosophische Fragmente, Manuskript von 1944

Fallschirm-Leuchtkörper



Die folgende Betrachtung geht von der Voraussetzung aus, daß das „Dritte Reich“ seit Beginn seines Machtantrittes nicht nur eine Hochrüstung in Gang setzte, um die durch den Versailler Vertrag beeinträchtigte äußere Souveränität wiederherzustellen und sich

Abb. 10 a — f. Aufnahmen der Luftschutzausstellung in der Krefelder Stadthalle im Februar 1942. Auf dem Überblicksfoto ist im Hintergrund links das Bild eines Wehrmachtssoldaten, rechts das eines Luftschutzmannes zu sehen. Dies symbolisiert die Einheit von Front und „Heimatfront“. Davor hängt die Attrappe eines abgeschossenen Piloten. Die Kombination dieser drei Figuren suggeriert ebenso die Wirksamkeit des Luftschutzes wie auf einem anderen Foto die Überschrift über dem Bild eines abgeschossenen Bombers: „So ergeht es englischen Bombern“.



Sprengbomben u. Splitter

durch dem Ausland vergleichbare Streitkräfte wirksam gegen Angriffe verteidigen zu können. Die nationalsozialistischen Machthaber strebten nicht nur die Selbstbehauptung des Deutschen Reiches gegenüber anderen Staaten, sondern die Errichtung eines Machtstaates an, der sich mit einer aggressiven Außenpolitik, die die Möglichkeit des Krieges einschloß, neue Territorien erobern konnte. Die dort lebenden Völker sollten, sofern nicht „arischen“ Ursprungs, entweder ausgerottet oder als Sklaven der Deutschen behandelt werden. Die Stoßrichtung dieser Politik war Osteuropa. Deshalb wird hier der „zivile“ Luftschutz des „Dritten Reiches“ nicht als die für Staaten übliche Vorsichtsmaßnahme zur Verteidigung gegen potentiell mögliche äußere Angriffe angesehen, sondern als der Panzer, der den Angreifer vor den Rückschlägen der Angegriffenen — soweit wie möglich — schützen sollte³⁷⁾.

Die hier dargestellte Propaganda³⁸⁾ begründet den Aufbau des Luftschutzes im Deutschen Reich mit der durch die Flugtechnik gegebenen Möglichkeit von Bombardierungen ziviler Ziele, den entsprechenden Erfahrungen des Ersten Weltkrieges, der „luftempfindlichen“ Lage Deutschlands, den bestehenden Luftstreitkräften des Auslands und dem aufgrund des Versailler Vertrages Fehlen einer eigenen Luftstreitkraft. Zu dieser rationalen oder doch zumindest scheinrationalen Begründung gesellt sich eine mehr auf der emotionalen Schiene verlaufende, die der Bevölkerung mit Schreckensszenarien Angst einzujagen versucht, indem sie beispielsweise auf der der Trivialliteratur verwandte Weise an die Auswirkungen von Bombenangriffen im Ersten Weltkrieg erinnert oder an die viel schlimmeren Gefahren eines „kommenden (!) Luftkriege[s]“ gemahnt, „der manche Stadt in die furchtbare Katastrophe reißt“³⁹⁾. Was die hier dargestellte Propaganda diesbezüglich in ihrer Gesamtheit birgt, wird weitgehend im Aufsatz Lothar Schliebuschs nüchtern festgestellt⁴⁰⁾.

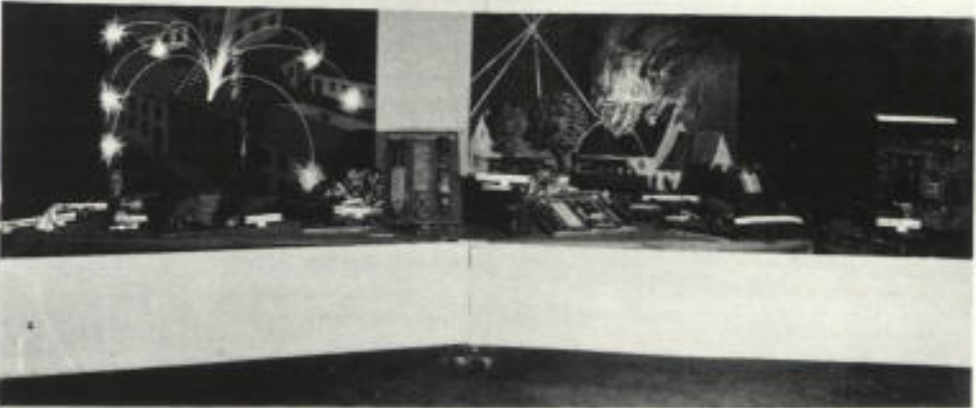
Doch dient die Erinnerung an den Ersten Weltkrieg nicht durchgehend dem gleichen Motiv. 1934 soll sie allein ein Bild der Hilflosigkeit und des Schreckens evozieren und „Pflichtbewußtsein und Disziplin“ einfordern⁴¹⁾, während sie 1936 mit der Aufforderung zum Heroismus verbunden ist, man solle „unserer Helden im Weltkrieg“ und ihrer Opfer für das „Vaterland“ gedenken⁴²⁾. Die Vermutung ist gerechtfertigt, daß sich hier ein verändertes Bewußtsein von der eigenen militärischen Stärke gegenüber dem Jahr 1934 ebenso niederschlägt, wie man weder dem Ausland noch der eigenen Bevölkerung nach Jahren forcierter Hochrüstung weiter glaubhaft die eigene Hilflosigkeit vermitteln konnte. Schon in der RLZ vom 8. Oktober 1935 wird versichert, daß der RLB ein „Instrument des Friedens“ sei und daß das deutsche Volk den Frieden wünsche, aber auch zur Verteidigung bereit sei. Hier dagegen ist nicht mehr von der Verteidigung, sondern schon vom militäri-



LS-Sanitäts - Dienst



Englische Brandbomben



schen Sieg die Rede: „Ein Volk, das allen Schrecken der Zerstörung zu widerstehen vermag, wird in einem Zukunftskriege den Sieg davontragen, auch wenn es nicht gerade die stärkste Macht besitzt“. Während in den zahlreichen vorbereitenden Artikeln für die Verdunkelungsübung 1934 das Deutsche Reich nur als bedrohtes Land erscheint und kein Wort für die Beteuerung der eigenen Friedfertigkeit nötig schien, finden sich für letzteres in diesem Artikel gleich mehrere Hinweise, der Luftschutz diene dem Erhalt des Friedens und habe „nicht nur Wert und Bedeutung im Falle eines Luftangriffes“, sondern sei durch „die Sammlung hilfsbereiter Volksgenossen und ihre Ausbildung in der Behebung von Schäden auch bereits in Friedenszeiten für die Erhaltung des Volksvermögens von überragenden Werte“. Letzteres konnte auch zu begründen helfen, warum der Ausbau des Luftschutzes immer noch solche für Friedenszeiten ungewöhnliche Dimensionen besaß, warum die Bevölkerung so für ihn eingespannt wurde⁴³).

Doch der Hinweis auf die Bedrohung allein rechtfertigte noch nicht den Aufbau des Luftschutzes, der Bevölkerung mußte auch seine Effektivität, die Möglichkeit, bei einem Luftangriff wirksam zu schützen, glaubhaft gemacht werden. Den NS- und Militärstrategen war bekannt, daß im Falle eines Luftangriffes der massenhafte Abwurf von Bomben auf zivile Ziele nicht verhindert werden konnte. Das zeigten beispielsweise 1934 große Luftmanöver über Paris, über die die deutsche Presse berichtete⁴⁴), die VP titelte hierzu: „Die Lehre der Luftmanöver (Eine Großstadt kaum wirksam zu verteidigen)“. Daß im Kriegsfall die Städte gezielt angegriffen werden würden, davon sprach der nicht umsonst bei der Verdunkelungsübung 1935 erwähnte Douhet in seinem im gleichen Jahr ins Deutsche übertragenen Buch. Doch den zu erwartenden unvermeidlichen Schrecken benutzt hier die Propaganda nur dann, wenn sie damit die Notwendigkeit des Luftschutzes belegen will. Wer etwa bei der Verdunkelungsübung von 1935 einfach das Licht ausmachte und sich vor der Schlafenszeit ins Bett legte, ohne die geforderten Verdunkelungsmaßnahmen vorgenommen zu haben, bekam im Abschlußbericht der RLZ über die Übung vom 24. Oktober zu hören: „... eine solche Gemütsruhe vermöchten die allzu gemütlichen Herrschaften im Ernstfalle, wenn Brand- und Gasbomben auf die Häuserzeilen niedergehen und mit ihren Wirkungen den ganzen furchtbaren Ernst eines Luftangriffes in die Erscheinung treten lassen, wohl auch nicht aufzubringen“. Doch wenn es den Aufbau und Nutzen des Luftschutzwesens sowie die Arbeit des RLB betrifft, findet sich in der untersuchten Propaganda nur ein einziges Mal die nüchterne Feststellung: „Die Erfahrungen dieser [Verdunkelungs-]Übungen werden verwandt, um die Gefahren aus der Luft für Krefeld-Uerdingen auf ein Mindestmaß herabzudrücken⁴⁵“. Ansonsten verschleiert eine andere Sprache den Nutzen des Luftschutzes. In

der VP vom 6. September 1934 heißt es, nachdem zuvor für den Luftschutz mit angst-einflößenden Motiven Stimmung gemacht worden war: „Da gibt es nur einen Weg, der uns an diesen furchtbaren Gefahren sicher [!] vorbei führt und das ist der Selbstschutz“⁴⁶). An anderen Stellen wird es nicht mit dieser Kraßheit behauptet, aber doch eine beachtliche Wirksamkeit des Luftschutzes unterstellt⁴⁷).

Nach der Propaganda sei die Bereitwilligkeit der ganzen Bevölkerung, sich den Regeln für den Luftschutz zu fügen, die Voraussetzung für dessen Gelingen: „Für die Abwehr eines kommenden Bombenkrieges kann niemand die Verantwortung auf andere Schultern abwälzen, er hat sie aus nationalem Pflichtbewußtsein selbst zu tragen, denn Luftschutz ist Selbstschutz und Volksschutz“⁴⁸). Der zitierte Satz unterstellt, daß jeder einzelne die Verantwortung für die „Abwehr eines kommenden Bombenkrieges“ trage und eine Identität zwischen Einzel- und Gesamtinteresse bestehe. Gerade die Verdunkelung bei den Übungen, die nur bei der Beteiligung aller ihr Ziel erreichen kann, wird als Maßstab für die Bereitwilligkeit zur Mitarbeit gewertet: „Am Beispiel der Abblendung und Verdunkelung wird die Verantwortung des einzelnen gegenüber der Volksgemeinschaft besonders deut-

lich“⁴⁹). Wird bei der Verdunkelungsübung von 1934 immerhin neben dem allgemeinen Interesse auch das des einzelnen noch zur Begründung für die Teilnahme herangezogen, so ist bei der Übung im folgenden Jahr nicht mehr von „Selbstschutz“ und „Volksschutz“, sondern von „Volksgemeinschaft“, „Gemeinschaftsdienst“ und „nationale Disziplin“ die Rede⁵⁰). Das Interesse des einzelnen wird nicht mehr angesprochen, sondern an die Pflicht (Luftschutzpflicht) aller appelliert, sich „zu einer Luftschutzgemeinschaft zusammenzuschließen“. Deshalb mußten alle „Volksgenossen“ das Eindringen des Staates in ihre Wohnungen akzeptieren. Bei Verdunkelungsübungen und bei Entrümpelungsaktionen hatten die Polizei und die Vertreter des RLB das Recht, zur Kontrolle der vorgeschriebenen Maßnahmen in die Wohnungen einzudringen. Die von der Propaganda unterstellte allumfassende Gefahr eines Luftangriffes erzwang das Hintanstellen des Interesses an einer Privatsphäre und überhaupt jeglichen Einzelinteresses. Die „Luftschutzgemeinschaft“ entpuppt sich damit als ein wichtiger Motor für die (soweit mögliche) Durchsetzung der „Volksgemeinschaft“ in der NS-Gesellschaft.

Die Delegation der Luftschutzaufgaben im Bereich des Selbstschutzes an die Bevölkerung war nicht nur die Übertragung einer Funktion, sondern auch eine der Verantwortung: Die Bevölkerung und somit jeder einzelne wurde verantwortlich gemacht, daß Bombenangriffen wirksam begegnet werden würde⁵¹). Die Individualisierung der Verantwortung wird deutlich, wenn bei der Verdunkelungsübung 1934 der einzelne „Volksgenosse“ so angesprochen wird: „Schütze dich und deine Familie! Arbeite deshalb gern und freudig im Luftschutz mit, dort findest du Rat, Hilfe und Beistand in der Stunde der Gefahr“. Daß die besagte Stunde einfach so — wie ein Naturereignis — eintreten werde, lenkt von der Verantwortung der nationalsozialistischen Regierung für eine Politik, die auf eine solche Stunde zwangsläufig hinausläuft, ab und produziert die Vorstellung, daß der einzelne mit der (politisch geschaffenen) Situation wie etwa mit einer Überschwemmung fertig werden müsse. Zu diesem von der Propaganda als naturhaft geschilderten und erwarteten Ereignis eines Bombenangriffes paßt es, wenn es bei der Übung 1935 in der NVZ vom 24. Oktober heißt: „Aus dieser Selbstverständlichkeit [der „Luftschutzdisziplin“] klingt der gesunde Instinkt und das verstandes- wie gefühlsmäßige Erfassen der Notwendigkeit, uns zu wehren gegen alle Gefahren, auch gegen solche aus der Luft“.

Die Rekrutierung der gesamten Bevölkerung für die Belange des Luftschutzes vergaß auch die Jugend nicht. Sie sollte sowohl selbst in die Organisation des Luftschutzes eingereicht werden⁵²) als auch, wie die Ausstellung „Die Schule im Dienste des Luftschutzes“ zeigt, die Eltern zur Beachtung der entsprechenden Vorschriften bewegen.

Volksgenossen!

Macht die Straßen frei, wenn feindliche Flugzeuge in der Luft sind. Jede Neugier rächt sich bitter!

Um Euch vor dem Abwurf feindlicher Bomben zu schützen, muss die Flak schießen. Dabei können stets Geschosssplitter und auch größere Teile herunterfallen und Euch auf den Straßen gefährden.

Also: Herunter von den Straßen und hinein in die Luftschutzräume.

Der Oberbürgermeister

als Öffentlicher Luftschutzleiter.

Abb. 11. Das vermutlich in den ersten Kriegsjahren aushängende Plakat versuchte seinen Lesern zu bedeuten, daß ihnen nicht etwa von abgeworfenen Bomben, sondern von herabfallenden Flugzeugtrümmern und Flakmunitionssplittern bei einem Luftangriff Gefahr drohe.

Die Luftschutzpropaganda half das Führerprinzip zu rechtfertigen und zu bestärken. Angesichts der aus der Luft drohenden Gefahr, wird es als notwendig dargestellt, den kundigen Führern zu gehorchen: „Einsichtige Kreise erkennen die Gefahr klar und in ihrem ganzen Umfange und versuchen heute schon Vorkehrungen zu treffen, um die Schrecken eines Bombenkrieges von unserem Volke fernzuhalten“¹⁾. Der Ausnahmezustand des Krieges diene über den Luftschutz, der rechtzeitig also in Friedenszeiten zu ergreifen sei, den Gehorsam zu erzwingen. Wer sich den Ansprüchen verweigere, „sich bewußt außerhalb der Volksgemeinschaft stelle“, beschwöre die Vernichtung seiner Stadt herauf und müsse mit einer entsprechenden Ahndung rechnen. Wer gehorchte und sich einfügte, dem garantierte die Propaganda den Erfolg des Luftschutzes²⁾.

Mit der Koppelung von „Volksgemeinschaft“ beziehungsweise „Luftschutzgemeinschaft“,

Führertum und dem vor einem Kriege heraufbeschworenen Ausnahmezustand konnte die Gesellschaft schon in Friedenszeiten bis zu einem gewissen Grade durchmilitarisiert werden. Der Luftschutz bereitete das Deutsche Reich nicht nur militärisch auf einen Krieg vor, er erzwang durch die übertrieben dargestellte ständige äußere Bedrohung schon in Friedenszeiten das ansonsten nur aus Kriegszeiten bekannte Zusammenrücken der Bevölkerung und ermöglichte die für solche Zeiten üblichen Zugriffsmöglichkeiten des Staates auf den einzelnen und die Gesellschaft (vgl. dazu Anm. 29). Schon bei der Übung von 1934 wird verlangt: „Wir zeigen Pflichtbewußtsein und Disziplin wie der Soldat des vordersten Graben im Weltkriege...“³⁾. 1935 benötigte der RLB „für seine Arbeit in der Erziehung der Bevölkerung zum Luftschutz und somit [...] zum Wehrwillen“ Führerinnen und Helferinnen aus dem Polizeidienst. Im Oktober desselben Jahres heißt es: „Der Reichsluftschutzbund bildet einen neuen Typ eines Vaterlandsverteidigers

heran. Für ihn gilt als Leitspruch der Ausspruch des Reichsluftfahrtministers: 'Der Kämpfer für den Luftschutz hat genau so viel Verantwortung und genau so viel Ehre wie jeder Frontsoldat'“⁴⁾. Die gemeinsame Werbewoche im Mai 1936 zwischen dem DLV, der Keimzelle für die „Luftwaffe“, und dem RLB war eine logische Konsequenz des „zivilen“ Luftschutzes im „Dritten Reich“. Daß schon Kinder auf die Erfordernisse eines Bombenkrieges gedrillt wurden, zeigt der Bericht der RLZ vom 26. April 1935 über einen „Laienhilfe“ (bei Luftangriffen) genannten Vortrag. Es heißt dort, daß es eine Freude gewesen sei zu hören, „wie klar und sachlich die Kinder die Fragen des Lehrers [über Gasvergiftungen und Brandverletzungen] beantworteten“. Am Tag zuvor verkündet ein Aufruf in der NVZ, daß die Kinder in der Schule mit dem Luftschutz vertraut gemacht würden, „um im Falle eines Luftkrieges selbständig handeln und drohenden Gefahren begegnen zu können“.

Anmerkungen

¹⁾ Erich Hampe [Bearbeiter], Der Zivile Luftschutz im Zweiten Weltkrieg. Dokumentation und Erfahrungsbericht über Aufbau und Einsatz, Frankfurt a. M. 1963, S. 11 — 17; eine Gesamtdarstellung des „zivilen“ Luftschutzes des „Dritten Reiches“ in Nürnberg leistet Georg Wolfgang Schramm, Der zivile Luftschutz in Nürnberg 1933 — 1945 (= Schriftenreihe des Stadtarchivs Nürnberg, Bd. 35 I/II), Erlangen 1983. Die umfangreiche Arbeit hat sich leider andere Schwerpunkte gesetzt als dieser Aufsatz, sie behandelt überwiegend die Zeit des Krieges, und die Luftschutzorganisation, Verdunkelungsübungen, Ausstellungen und anderes mehr wie überhaupt die ganze Propaganda bleiben nahezu vollständig unberücksichtigt, so daß leider kein Vergleich möglich ist.

²⁾ Reichsgesetzblatt 1935, S. 8271; Rudolf Absolon, Die Wehrmacht im Dritten Reich, Band III: 3. August 1934 bis 4. Februar 1938 (= Schriften des Bundesarchivs 16/III), Boppard am Rhein 1975, S. 69 ff.; Das Luftschutzgesetz mit Durchführungsverordnungen und Ausführungsbestimmungen, zusammengestellt von Richard (Hauptmann der Schutzpolizei) und Sachbearbeiter bei der örtlichen Luftschutzleitung Hamburg), Hamburg 1938, S. 7 — 26; Hubert Densow, Das Luftschutzgesetz vom 26. Juni 1935, in: Erich Hampe und E. H. Kripler, Der Zivile Luftschutz, Ein Sammelwerk über alle Fragen des Luftschutzes, Berlin 1937 (2. Auflage), S. 144 — 147; ders., Die ersten drei Durchführungsverordnungen zum Luftschutzgesetz vom 4. Mai 1937, in: Erich Hampe und E. H. Kripler, Der Zivile Luftschutz, Ein Sammelwerk über alle Fragen des Luftschutzes, Berlin 1937 (2. Auflage), S. 148 — 155; Hampe, S. 17 — 33; für die Überwachung der Durchführung von Luftschutzbestimmungen war rechtlich die Polizei zuständig, die Verordnungen erlassen und mit Zwangsmitteln durchsetzen konnte. Wer gegen die Rechtsvorschriften verstieß, dem drohten Verwarnung, Geld- und Haftstrafen. Luftschutzpflichtig waren wehrpflichtige wie nicht-wehrpflichtige Männer und Frauen. Die Luftschutzpflicht, in mehreren Durchführungsverordnungen zum Luftschutzgesetz näher bestimmt, erstreckte sich auf natürliche wie rechtliche Personen und war in drei Bereiche unterteilt: die „Luftschutzdienstpflicht“, die „Luftschutzsachleistungspflicht“ und die „Verpflichtung zu luftschutzmäßigen Verhalten“. 1) Die Luftschutzdienstpflicht: Dienstverpflichtete — etwa als Truppführer im Sicherheits- und Hilfsdienst, Luftschutzhauswart im Selbstschutz oder als Werk- oder Betriebsluftschutzleiter im Werksluftschutz und Erweiterten Luftschutz — standen in einem „öffentlichen Dienstverhältnis eigenen Art“ (Hampe) ohne zeitliche Beschränkung. Die Erlassung, Musterung und Aushebung der Dienstverpflichteten geschah grundsätzlich außerhalb der Arbeitszeit. Ließ es sich nicht umgehen, mußte der Arbeitgeber sie bis zu vierzehn Tagen beurlauben. Grundsätzlich erhielten sie für ihre Leistungen keine Vergütungen, Entschädigungen für zusätzliche Aufwendungen waren

möglich. Abgesehen von Lehrgängen und größeren Übungen sollten die Luftschutzverpflichteten im Selbstschutz jährlich nicht mehr als 72 Stunden und in den übrigen Diensten nicht mehr als 104 Stunden in Anspruch genommen werden. 2) Die Luftschutzsachleistungspflicht: Sie nötigte den Betreffenden zur Hingabe (Gebrauch wie Verbrauch) von Gegenständen zu Luftschutzzwecken, etwa das Bereitstellen von Kraftfahrzeugen, die Gewährung von Unterkunft und Verpflegung, die Installation einer Alarmanlage und so weiter. 3) Pflicht zu luftschutzmäßigen Verhalten: Sie umfaßte jene Bereiche, die nicht zur Dienst- und Sachleistungspflicht gehörten, aber für die Durchführung des Luftschutzes als notwendig angesehen wurden: bauliche Luftschutzmaßnahmen, Normierung von Feuerlöschrichtungen, Verdunkelung, Entrümpelung, Verhalten bei Luftangriffen und Luftschutzübungen, Beschaffung von Selbstschutzgeräten.

³⁾ Hampe, S. 19.

⁴⁾ Zum SHD gehörten: Sicherheitsdienst (Polizei), Sanitätsdienst (öffentliche Gesundheitseinrichtungen und das Deutsche Rote Kreuz), Feuerlöschdienst (Freiwillige und Berufsfeuerwehr), Veterinärdienst (private und amtliche Veterinäre beziehungsweise Einrichtungen), Instandsetzungsdienst (Technische Nothilfe), Entgiftungsdienst (Straßenreinigungs-, Reinigungs- und chemische Betriebe), Fachtruppe (das hierfür zuständige Personal der Versorgungsbetriebe (Gas, Wasser, Elektrizität), Hafenschutz (Hafen und Schiffsbetriebe und -behörden); neben den in den Klammern angegebenen Stellen konnten auch zusätzlich geschaffene SHD-Verbände aufgestellt werden; vgl. Absolon, Wehrmacht III, S. 68 f.; ders., Die Wehrmacht im Dritten Reich, Band IV: 5. Februar 1938 bis 31 August 1939 (= Schriften des Bundesarchivs 16/IV), S. 24; Hampe, S. 322 ff.; für Krefeld vgl.: Hans Vogt, Krefeld im Luftkrieg 1939 — 1945 (= Krefelder Studien 3), Bonn 1983, S. 71 f.

⁵⁾ Der am 29. April 1933 auf Veranlassung Görings gegründete RLB organisierte als eingetragener Verein (diese Rechtsform war zur Beruhigung des Auslands gewählt worden) für einen Mitgliedsbeitrag von mindestens 1 RM Freiwillige im Bereich des Selbstschutzes, in den übrigen Bereichen des Luftschutzes wirkte er beratend. Reichswelt besaß der RLB 1934 rund fünf Millionen, 1936 neun Millionen und 1938 elf Millionen Mitglieder. Durch Vorträge und Lehrgänge bildete er Luftschutzhelfer aus. Die straf organisierte quasimilitärische Organisation mit ihren zahlreichen Ortsgruppen an der Basis gab die Zeitschrift „Die Sirene“ heraus (Auflage 1938: 400 000, 1941: circa 2,5 Millionen) und sorgte durch Plakate, Film, Rundfunk, Ausstellungen, Veranstaltungen und anderes mehr für die Verbreitung des Luftschutzgedankens. 1935 wurde er zu einer Körperschaft des Öffentlichen Rechts. In Krefeld war

der RLB im Sommer 1933 gegründet worden; seine Mitgliederzahl betrug 1934: 8 000 Personen, 1939: 45 000 Personen. Auf der Viktoriastraße veranstaltete die Luftschutzschule des RLB „ohne Pause Informationsabende und Schulungskurse“; vgl. über den RLB in Krefeld Vogt, S. 66 f.; allgemein zum RLB vgl. Absolon, Wehrmacht III, S. 68; ders., Wehrmacht IV, S. 21 ff.; Hampe S. 439 ff.

⁶⁾ Hampe, S. 34 — 40, 245 ff., 322 ff., 430 ff., 245 ff.; zur Luftpolizei vgl. Franz Schilling und Helmut Rettinghaus, Geschichte der Luftpolizei, 1994; zur Geschichte Krefelds in den Luftangriffen des Zweiten Weltkrieges vgl. Reinhard Feinendgen und Dieter Pützhofer [Bearbeiter]/Verein für Heimatkunde Krefeld (Hrsg.), 22. Juni 1943 — als Krefeld brannte... Krefeld 1993; das schon in Anm. 4 erwähnte Buch von Hans Vogt.

⁷⁾ RGB 1940, S. 1487.

⁸⁾ Zur Kommunalisierung der Krefelder Polizei und zur Person Dr. Heuyngs vgl. Hans Peter Hansen, Die Affäre Busch — Zur Verschränkung von SA, Stadtverwaltung und Polizeipräsidium in Krefeld während der Jahre 1933 und 1934, in: „die Heimat“, Zeitschrift für niederrheinische Kultur und Heimatpflege 64 (Krefeld 1993), S. 50, 52.

⁹⁾ P5841, Bl. 112 f.; zur Person Dr. Hüters vgl. Hansen, S. 49 f.; zur Stellung und Aufgabe eines örtlichen Luftschutzleiters vgl. Absolon, Wehrmacht III, S. 22; Hampe, S. 35, 61, 260 ff., 326 ff.

¹⁰⁾ P5841, Bl. 112 — 114; B55/487, Bl. 105 f.; zum Luftschutzehrenzeichen vgl. Das Luftschutzgesetz mit Durchführungsverordnungen und Ausführungsbestimmungen. Erste Ergänzung, zusammengestellt von Richard (Hauptmann der Schutzpolizei) und Sachbearbeiter bei der örtlichen Luftschutzleitung Hamburg), Hamburg 1938, S. 17 ff.; Hampe, S. 33.

¹¹⁾ RGB 1938, S. 71.

¹²⁾ Hampe, Luftschutz, S. 14, 52, 326.

¹³⁾ P5841, Bl. 114.

¹⁴⁾ Die erstmals im April 1933 erschienene VP war das amtliche Blatt der NSDAP, seit dem 10. Februar 1935 hieß sie „Rheinische Landeszeitung“ (RLZ), trug aber weiterhin den Untertitel „Die Volksparole“. Die seit 1876 erscheinende NVZ vertrat eine katholisch-konservative Richtung und stand in der Weimarer Zeit dem Zentrum nahe. Wie bei allen anderen nach 1933 von den nationalsozialistischen Machthabern geduldeten Zeitungen wurde auch die Redaktion der NVZ „gleichgeschaltet“ und ihr eine unabhängige Berichterstattung unmöglich gemacht.

¹⁵⁾ B4/2125, Bl. 50 — 53.

¹⁶⁾ B4/2125, Bl. 76 — 81.

¹⁷⁾ Im gleichen Gebäude war das 1. Polizeirevier untergebracht (Krefelder Adreßbuch 1936/37).

¹⁸⁾ Folgende Artikel der NVZ zur Übung von 1934 standen auch — teilweise an denselben Tagen — in der VP:
28. und 31. August, 11. September: „Luftschutzverdunkelungsübung (in Krefeld in der Nacht vom 11. zum 12. 9. 1934 von 22 bis 0.30)“ (dreimal druckte die NVZ die amtliche Anordnung Dr. Hürters ab, die textgleich mit der Verfügung Hürters vom 9. September in der VP ist)

31. August/2./4./5./6./8./9. September: „Die Frau im Luftschutz“, „Luftschutz/RLB“: „Der Bombenkrieg“/„Verdunkelung“/„Die Sirene heult“/„Brandbomben“/„Verdunkelung und Disziplin“ (ebenso wie in der VP erschien auch in der NLZ — text- und aufmachungsgleich — die Serie „Luftschutz/RLB“. Der erste Artikel ist jedoch nur fast textgleich und ohne das Logo „Luftschutz/RLB“).

¹⁹⁾ B4/2124, Bl. 112.

²⁰⁾ In einem Rundschreiben an die Schulen wies das Oberpräsidium der Rheinprovinz am 15. Juni auf einen vom Berliner Zirkel-Verlag herausgegebenen Bildbericht und Wegweiser „Die Schule im Dienste des Luftschutzes“ hin. Das Buch war vom Zentralinstitut für Erziehung und Unterricht in Zusammenarbeit mit dem RLB-Präsidium und dem Reichsreferat für Luftschutz im Amt für Erzieher bei der Obersten Leitung der Politischen Organisation der NSDAP herausgegeben worden (B72/5/2222).

²¹⁾ B4/2124, Bl. 149.

²²⁾ B72/5/2222.

²³⁾ B4/2124, Bl. 154.

²⁴⁾ B4/2124, Bl. 178, 180.

²⁵⁾ Vor einem Jahr endeten die beiden ersten Teile der Serie mit Passagen wie: „Der Reichsluftschutzbund ist zum Träger des zivilen Luftschutzes geworden, und seine Reihen fest zu schließen ist Pflicht jeden deutschen Mannes und jeder deutschen Frau. Für die Abwehr eines kommenden Bombenkrieges kann niemand die Verantwortung auf andere Schultern abwälzen, er hat sie aus nationalem Pflichtbewußtsein selbst zu tragen, denn Luftschutz ist Selbstschutz und Volksschutz“; und: „Der deutschen Frau und Mutter erwächst daraus die Pflicht, sich heute schon um den Luftschutz zu kümmern, ihr Wissen auf dem Gebiete der Abwehr zu bereichern und auch die Kinder über alle Schutzmaßnahmen zu belehren. Die Männer werden beruhigt sein und im Kampfe um die Heimat nicht erlahmen, wenn sie wissen, daß ein gut organisierter Luftschutz in der Heimat Familie und Heim schützt“ (3. September 1934 in der VP: „Luftschutz/RLB“; „Der Bombenkrieg“; und 28. August 1934 in der VP: „Luftschutz/RLB“; „Die Frau im Luftschutz“).

²⁶⁾ Demals hieß es noch, Polizisten sowie Angehörige der SA und SS hätten, „überall da, wo hellerleuchtete oder nicht ausreichend abgeblendete Fenster festgestellt werden, die Bewohner auf ihre Unterlassung aufmerksam zu machen“, und bat der Oberbürgermeister sogar, „Volksgenossen! Zeigt Verständnis und unterstützt die im Interesse der Allgemeinheit notwendigen Maßnahmen der Polizei“.

²⁷⁾ Folgende Artikel der NVZ zu der Übung von 1935 stehen auch — teilweise an denselben Tagen — in der RLZ:

8. Oktober: „Luftschutz an die Front (Er soll dem deutschen Volke die innere Ruhe geben)“ (textgleich mit der Folge der Serie „Luftschutz/RLB“ in der RLZ vom 8. Oktober)

9. Oktober: „Achtung! Was hast Du bei der Verdunkelungsübung zu tun? (Richtlinien für die Durchführung der Verdunkelung am 23. Oktober)“ (textgleich mit der Anordnung für die Bevölkerung in der RLZ vom selben Tage)

10. Oktober: „Luftschutz/RLB“: „Das Reichsluftschutzgesetz (Jeder Deutsche luftschutzpflichtig; Beratungsstellen für die Verdunkelungsübung am 23. Oktober)“ (textgleich mit der Folge der „Luftschutz/RLB“-Serie der RLZ vom selben Tag; daran schließt sich die Liste der Beratungsstellen des RLB an, die in der RLZ vom selben Tag den

Artikel „Mitmachen, nicht ins Bett legen!“ beschließt)

12. Oktober: „Der Luftschutzgedanke marschiert (Appell der Untergruppe V/2 Krefeld-Oppum des Reichsluftschutzbundes)“ (textgleich mit dem dritten Teil der „Luftschutz/RLB“-Serie der RLZ vom 14. Oktober)

16. Oktober: „Wie in Gast- und Schankstätten verdunkelt wird“; „Achtung! Luftschutzhauswarte und Stellvertreter (Verdunkelungsübung am 23. Oktober 1935)“ (der erste Artikel ist textgleich mit einem Artikel zum gleichen Thema in der RLZ vom 17. Oktober, der zweite mit dem entsprechenden Teil der „Luftschutzserie/RLB“ vom 14. Oktober in der RLZ)

17. Oktober: „Auch Radfahrer müssen abblenden“ (textgleich mit dem Artikel in der RLZ vom selben Tage)

23. Oktober: „(Achtung, letzter Hinweis!) Heute ist Luftschutz-Verdunkelungsübung“ (Der Aufruf ist fast textgleich mit dem der RLZ vom selben Tag (einzelne Absätze sind anders angeordnet) und endet mit dem Satz: „Volksgenossen! Zeigt Verständnis und unterstützt die im Interesse der Allgemeinheit notwendigen Maßnahmen der Polizei“)

20. Oktober: „Verdunkeln — aber wie?“ (der im überregionalen Teil der Zeitung erschienene Artikel ist weitgehend textgleich mit dem entsprechenden Artikel in der RLZ vom selben Tag und beinhaltet auch den dort erschienenen Aufruf, enthält allerdings zwei zusätzliche Kapitel („Werkluftschutz“; „Ländliche Betriebe“) und bringt — eine Seitenhieb — zwei Fotos. Das eine zeigt einen Amsträger des RLB, wie er ein Paar berät, das andere zeigt die Außenansicht einer RLB-Beratungsstelle mit Besuchern. Auf derselben Seite steht der Artikel des NVZ-Schriftleiters Lofthar Schliebusch (siehe oben).

²⁸⁾ Der Einleitungsabschnitt dieses aus drei Kapiteln bestehenden Artikels findet sich nicht in der RLZ; der zweite Abschnitt teilt die Beratungsstellen des RLB mit, wie sie in der RLZ vom 16. Oktober stehen; der dritte Abschnitt bringt unter der Überschrift: „Hausfrauen, was habt ihr für die Verdunkelungsübung am 23. Oktober 1935 zu tun?“ textgleich den ersten Teil der „Luftschutz/RLB“-Serie der RLZ vom selben Tag

²⁹⁾ Daß der Begriff „volkschädlich“ hier, im Jahr 1935, auftaucht, ist symptomatisch. Am 5. September 1939, wenige Tage nach Ausbruch des Krieges, erging eine „Verordnung gegen Volksschädlinge“ (RGBl. S. 1679). Sie war eine auf den Kriegszustand zugeschnittene Regelung, die Straftaten unter Ausnutzung der durch den Krieg zustande gekommenen besonderen Verhältnisse mit stärkeren Strafen als die ansonsten dafür vorgesehenen Gesetze verfolgte.

³⁰⁾ Der italienische General Giulio Douhet (1869 — 1930) war der erste Kommandeur des in Italien während des Ersten Weltkrieges aufgestellten Luftwaffenbataillons gewesen. In seinem 1921 erschienenen Buch „Luftherrschaft“, 1935 ins Deutsche übersetzt, sprach er sich aus strategischen Überlegungen heraus für Terrorangriffe auf die Bevölkerung aus (Angaben laut Meyers Enzyklopädischem Lexikon (1973).

³¹⁾ B4/2124, Bl. 232.

³²⁾ Der 1933 gegründete DLV besaß nur vordergründig einen zivilen Charakter und bereitete den Aufbau der deutschen Luftwaffe vor. Schon im Juli 1934 wurde die (schrittweise) Umwandlung des DLV in eine Luftwaffenreserve befohlen, und im Januar 1934 wurden die hierfür notwendigen Durchführungsbestimmungen erlassen mit dem Ziel, Personal für die Luftwaffenreserve auszubilden und „in Übung zu halten“. Zu den „Stürmen“ der Luftschutzreserve gehörten auch solche für den Luftschutz (Flak). Im April 1935 organisierte man die Verbandsstruktur des DLV so um, daß seine 15 Landesgruppen mit dem jeweiligen Luftkreis übereinstimmten. Trotz des zivilen Überbaus des DLV waren die Ausbildungs- und Übungsstellen militärische Dienststellen. Die zivilen Mitglieder der DLV wurden in Ortsgruppen gesondert erfaßt und trugen auch nicht die DLV-Uniform, sondern die übliche Segelfliegertracht oder den Klubanzug. Auch die „zivilen“ Aktivitäten dieses Teils des DLV (vgl. hierzu den Artikel in der RLZ vom 19. Mai 1936) können als Vorbereitung auf den Dienst in der Luftwaffe angesehen werden. Im Oktober 1935 beschleunigte eine weitere Anordnung den Übergang des Verbandes in die Luftwaffenreserve. Für die Ausbildung stellte man der Luftwaffenreserve Flugzeuge zur Verfügung. Zu den 1937 in militärische Dienststellen umgewandelten 13 Fliegergerüstungsstellen der Luftwaffenreserve im DLV gehörte auch der Krefelder Flugplatz. Im April 1937 wurde, unter anderem „um eine vor der Militärischen Ausbildung liegende fliegerische Ausbildung durchzuführen“, der DLV aufgelöst. An seine Stelle trat das Nationalsozialistische Fliegerkorps, das als Körperschaft des öffentlichen Rechts dem Reichsminister der Luftfahrt unterstellt war; vgl. Absolon, Wehrmacht, III, S. 186 ff., 478; für Krefeld vgl. Hans Vogt, Seidene Kugel und Fliegende Kiste. Eine Geschichte der Luftfahrt in Krefeld und am Niederrhein (= Krefelder Studien 7), Krefeld 1993, S. 225 ff.

³³⁾ Am 15. Mai teilte der Leiter des Schulluftschutzes und stellvertretende RLB-Ortsgruppenführer Dirks dem Arndt-Gymnasium mit: „Mit Rücksicht auf die Beteiligung verschiedener anderer Organisationen an dem Werbeumzug und der Kundgebung erwartet die Ortsgruppe, dass die Mitglieder des Schulstabs und die Lehrkräfte des Schulluftschutzes vollzählig und pünktlich zur Stelle sind“. Diese sollten sich am Umzug beteiligen. Die Werbewoche werde mit Straßen- und Hausmannungen enden; B72/5/2222.

³⁴⁾ Der 1892 geborene Stadtassessor Dr. Otto Erdmann war seit 1920 im Dienst der Stadt Krefeld. Nachdem er zuvor der Deutschen Volkspartei angehört hatte, wechselte er 1931 zur Deutschen Nationalen Volkspartei. Seit 1936 war er hauptamtlicher Beigeordneter der Gesamtstadt Krefeld-Uerdingen (B55/487, Bl. 4 — 12).

³⁵⁾ Der 1907 in Krefeld geborene Hans Bongartz war seit 1931 bei der städtischen Polizei und legte bald eine Prüfung als Brandingenieur ab. Im Oktober 1935 nahm er bei einem Lehrgang für Führer der Feuerwehr bei der Reichsanstalt für Luftschutz in Berlin teil. Ende 1936 wurde er zu einem circa zweimonatigen „Flak-Ergänzungslehrgang beim I. Flak. Regiment 14 in Lüdenscheid“ einberufen. In Krefeld hielt Bongartz auch Kurse über Gasschutz, unter anderem vor der SS, ab. Im Juli 1937 ging er nach Duisburg. Dort wurde er Major der Feuerschutzpolizei (P1816).

³⁶⁾ Folgende Artikel der NVZ zur Werbewoche von 1936 stehen auch in der RLZ:

18. Mai: „Werbeumzug des DLV und RLB“ (der erste Artikel ist textgleich mit der Ankündigung der RLZ vom selben Tag und ist hier begleitet (siehe oben) von einem Appell der Landesgruppe VI Rheinland des RLB)

22. Mai: „Aus der praktischen Arbeit des zivilen Selbstschutzes (Was am Freitagabend auf dem Parkhofplatz vorgeht)“ (textgleich mit der Ankündigung der RLZ vom selben Tag)

³⁷⁾ Vgl. hierzu folgende Werke: Klaus Hildebrand, Deutsche Außenpolitik 1933 — 1945. Kalkül oder Dogma, Stuttgart 1971; Andreas Hillgruber, Die „Endlösung“ und das deutsche Ostimperium als Kernstück des rassenideologischen Programms des Nationalsozialismus, in: Vierteljahresshefte für Zeitgeschichte 20 (1972), S. 133 — 153; Eberhard Jäckel, Hitlers Weltanschauung, Stuttgart 1981; ders., Die Eroberung von Raum in Hitlers Weltanschauung, in: Wolfgang Wippermann, Kontroversen um Hitler, Frankfurt a. M. 1986, S. 147 — 168; Karl Lange, Der Terminus „Lebensraum“ in Hitlers „Mein Kampf“, in: Vierteljahresshefte für Zeitgeschichte 15 (1965), S. 426 — 437; Hans Mommsen, Der Durchbruch des Dritten Reiches zur offenen Kriegsvorbereitung und die innere Politik, in: Zeitgeschichte, Journal für Ästhetik, Sonderheft 1987, Europa am Vorabend des II. Weltkrieges, S. 52 — 68.

³⁸⁾ Vgl. zur Propaganda im „Dritten Reich“: Ernst K. Bramstedt, Goebbels und die nationalsozialistische Propaganda 1935 — 1945, Frankfurt a.M. 1971; Norbert Frei, Nationalsozialistische Presse und Propaganda, in: Martin Broszat und Horst Möller (Hrsg.), Das Dritte Reich. Herrschaft und Geschichte, München 1983, S. 152 — 175; Jürgen Hagemann, Die Presse lenkung im Dritten Reich, Bonn 1970; Jutta Sywottek, Mobilisierung für den totalen Krieg. Die propagandistische Vorbereitung der deutschen Bevölkerung auf den Zweiten Weltkrieg (= Studien zur modernen Geschichte, Bd. 18), Düsseldorf 1976.

³⁹⁾ VP, 5. September 1934.

⁴⁰⁾ NVZ, 20. Oktober 1935.

⁴¹⁾ VP, 3., 4. und 7. Mai 1934.

⁴²⁾ NVZ, 23. Mai 1936.

⁴³⁾ Die Nationalsozialisten mußten auf die Kriegsmüdigkeit in der Bevölkerung durchaus Rücksicht nehmen und ihre Politik entsprechend kaschieren; vgl. Ian Kershaw, Der Hitler Mythos, Stuttgart 1980, S. 118 ff.

⁴⁴⁾ VP, 31. August und 1. September 1934, NVZ 31. August 1934.

⁴⁵⁾ VP, 12. September 1934.

⁴⁶⁾ Weitere Beispiele hierfür: RLZ und NVZ vom 14. Oktober 1935.

⁴⁷⁾ VP, 28. August 1934; NVZ, 12. September 1934; RLZ, 8. August 1935.

⁴⁸⁾ VP, 3. September 1934; ähnlich auch VP, 5. September 1934.

⁴⁹⁾ Dass.

⁵⁰⁾ RLZ, 8. Oktober 1935.

⁵¹⁾ VP, 10. September 1934, RLZ, 23. und 24. Mai 1936, NVZ, 24. Oktober 1935.

⁵²⁾ Krefelder Schulakten geben hierüber vielfach Auskunft, beispielsweise für das Arndt-Gymnasium die Akte B72/6/880 und 881; für das Gymnasium am Moltkeplatz die Akte B72/5/2222.

⁵³⁾ VP, 4. September 1934.

⁵⁴⁾ RLZ, 8. Oktober 1935, VP, 7. September 1934.

⁵⁵⁾ Dass.

⁵⁶⁾ NVZ, 14. Oktober 1935, NVZ, 19. Mai 1936.

Schlittschuhläufer

Hei, wie hell die Kufen klirren,
auf dem blanken Altrheineis.
Wie die Schlittschuhläufer sirren,
ringsum alles winterweiß.

Helles Lachen klingt wie Glocken,
wilde Buben hasten zu,
gönnen sich schier keine Ruh,
Hockeyschläger knallen trocken.

Wilde Hetzjagd, forsches Gleiten,
rauhe Stimmen, laut und heiß;
scharfe Spuren auf dem Eis,
bei den Damen sanftes Schreiten.

An den Hängen Kinderschlitten,
Fröhlichkeit und lautes Lachen,
so kommen sie mit sechzig Sachen
uferwärts hinabgeglitten.

Neues Jahr im klaren Frost,
kufenschwingend wird's erfahren;
winterliches Menschgebaren,
Schlittschuhlauf und Eiseskost.

Punktiert das Eis von vielen Kindern,
scharfes Gleiten auf dem Kiel;
Jung und Alt gibt sich im Spiel,
schnaufend sie die Bahn erschindern.

Hie und da ein Riß im Eise,
dumpfes Poltern nach dem Sturz.
Niemand kommt heut' zu kurz,
das neue Jahr dreht sich im Kreise.

Werner Böcking

Kindertraum

Am Wahrschau-Haniel zu Essenberg
rumort der Kran und poltern Kohlen;
du stehst am Leinpfad, kleiner Zwerg,
mit Schuhen ohne feste Sohlen.

Der Rhein ist voller Schiffsverkehr,
an Kränen schweben Fässer, Ballen.
Das Angeln fällt dir heute schwer,
zu viel Geräusche dich befallen.

So fällt dein Blick aufs Räderboot,
auf Schiffe, Schlepper und auf Kähne.
Du sitzt allein mit deiner Not,
führst eine Hand durch deine Mähne

und bist gefangen von dem Leben,
das der Riesenstrom verbreitet.
Dem alle möchtest nach du streben,
so, wie der Himmel sich dort weitet

bis hin, wo sich die Brücke schwingt,
von Homberg bis zum Ort der Ruhr.
Der Strom dazu ein Lied dir singt,
so folgest du dem Leinenpfad
gleich einer festen Spur.

Dies Bild, es bleibet in dir lichtverklärt,
verankert wie ein Schiff am Wall.
Wo Altes sich einst bestbewährt,
bleibt es dir steter Widerhall!

Werner Böcking

Die Verwaltung des Stadtteils Uerdingen von 1929 bis 1940

von Joachim Lilla

Die zeitliche Begrenzung dieses Beitrags ergibt sich einerseits aus dem Zeitpunkt des Inkrafttretens des Neugliederungsgesetzes 1929, dem 1. August 1929, und dem Ende der Selbständigkeit des Stadtteils Uerdingen durch die Vereinigung der Stadtteile Krefeld und Uerdingen zur Stadt Krefeld am 1. April 1940 andererseits. Dargestellt werden vor allem die Personalien der Bürgermeister und leitenden Gemeindebeamten, der Aufbau und die Gliederung der Verwaltung des Stadtteils Uerdingen, die Entwicklung der Polizeiverwaltung und schließlich die Hintergründe der — vorzeitigen — endgültigen Vereinigung von Krefeld und Uerdingen im Jahre 1940.

Nennenswerte Literatur zum Thema liegt nicht vor, so daß sich die Darstellung vornehmlich auf die Aktenüberlieferung stützen mußte. Diese ist für Uerdingen zufriedenstellend, da die einschlägigen Akten der Uerdinger Verwaltung offensichtlich ohne nennenswerte Verluste überliefert sind (Stadtarchiv Krefeld Bestand 9). Die Aktenüberlieferung des Stadtteils Krefeld beziehungsweise der Gesamtstadt Krefeld-Uerdingen — vor allem für die Zeit nach 1933 — ist nur unvollständig, obgleich wesentliche Aktenstücke über Uerdingen vorhanden sind (Stadtarchiv Krefeld Bestände 4 und 16). Von besonderer Bedeutung für die vorliegende Untersuchung sind die Personalakten der behandelten Personen, die — mit ganz wenigen Ausnahmen — archiviert sind (Stadtarchiv Krefeld Bestände P und 9P). Zu einzelnen Fragestellungen wurden ergänzend Akten des Regierungspräsidenten Düsseldorf (Nordrhein-Westfälisches Hauptstaatsarchiv, Düsseldorf, Bestand Regierung Düsseldorf) und des Preußischen Ministers des Innern beziehungsweise des Reichs- und Preußischen Ministers des Innern (Bundesarchiv, Abteilungen Potsdam, Rep. 15.01) herangezogen. Der Uerdinger Heimatbund stellte den Nachlaß Aldehoff und mehrere Fotografien zur Verfügung.

Die Zitate aus Aktenstücken werden grundsätzlich wortgetreu wiedergegeben. Offensichtliche Schreibfehler wurden jedoch stillschweigend berichtigt, ebenso die Rechtschreibung behutsam angepaßt. Zur Orientierung des Lesers sei noch ausdrücklich darauf hingewiesen, daß im folgenden Beitrag „Krefeld-Uerdingen (a. Rh.)“ grundsätzlich die 1929 aus den beiden Städten Krefeld und

Uerdingen gebildete Gesamtstadt meint und nicht, wie es der heutige Sprachgebrauch ist, den Stadtteil Uerdingen innerhalb der Stadt Krefeld.

1. Die Auswirkungen der kommunalen Neugliederung von 1929 auf die Uerdinger Verwaltung

Durch § 7 des Gesetzes über die kommunale Neugliederung des rheinisch-westfälischen Industriegebiets vom 29. Juli 1929¹⁾ wurden der Stadtkreis und die Stadtgemeinde Krefeld sowie die Stadtgemeinde Uerdingen zu einer Stadtgemeinde und einem Stadtkreis „Krefeld-Uerdingen a. Rh.“ vereinigt, „wobei für eine längere Übergangszeit nur bestimmte Verwaltungszweige in die gemeinsame Verwaltung übergehen, die übrigen aber von beiden Stadtteilen unter entsprechender Anwendung [...] der Städteordnung für die Rheinprovinz [...] getrennt und selbständig verwaltet werden. Das Nähere regelt eine von den gemeinschaftlichen Organen der neuen Stadtgemeinde mit Zustimmung der Organe der beiden Stadtteile zu erlassende Ortssatzung, die der Genehmigung der Aufsichtsbehörde bedarf“²⁾. Diese Regelung stellte nach

den Worten des damaligen Krefelder Oberbürgermeisters Dr. Johansen „eine bisher in Preußen noch nicht dagewesene rechtliche Konstruktion“ dar, „die im Wege des Erlasses eines Ortsstatuts umgesetzt werden soll“³⁾.

Das Ortsstatut vom 24. April 1930 legte fest, daß die Übergangszeit bis zum 31. März 1949 dauern sollte. Im Gebiet der neuen Stadt Krefeld-Uerdingen bestanden drei Körperschaften des öffentlichen Rechts: die Stadtgemeinde Krefeld-Uerdingen a. Rh. als Gemeinde im Sinne des Gemeindeverfassungsrechts und die beiden Stadtteile Krefeld und Uerdingen, die aber keine Gemeinden waren (ausgenommen hinsichtlich des Kommunalabgabenrechts und des Finanzausgleichs)⁴⁾. Jede dieser drei Körperschaften hatte ihre eigenen Organe, nämlich Bürgermeister, Beigeordnete und Stadtvertretung. Der (Ober-)Bürgermeister der Gesamtstadt war gleichzeitig (Ober-)Bürgermeister des Stadtteils Krefeld, während der Bürgermeister des Stadtteils Uerdingen zugleich i. Beigeordneter der Gesamtstadt und allgemeiner Vertreter des Oberbürgermeisters in gesamtstädtischen Angelegenheiten war. Die hauptamtlichen Beigeordneten des Stadtteils Krefeld verwalteten zugleich Dezernate der Gesamtstadt; auch der Bürgermeister von Uerdingen war

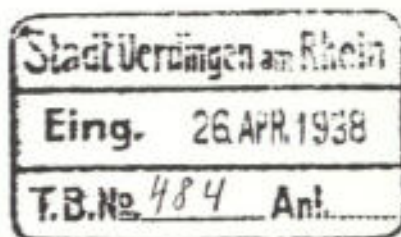


Abb. 1. Siegel und Stempel des Stadtteils Uerdingen

Tabelle 1

Organisatorische und personelle Strukturen der Gesamtstadt Krefeld-Uerdingen a. Rh. und der Stadtteile Krefeld und Uerdingen (Stand 1. Mai 1931)

Stadtteil Uerdingen	Stadt Krefeld-Uerdingen a. Rh.	Stadtteil Krefeld
Bezirksverordnetenversammlung des Stadtteils Uerdingen Vorsitz: Der Bürgermeister	Stadtverordnetenversammlung der Stadt Krefeld-Uerdingen Vorsitz: Der Oberbürgermeister	Bezirksverordnetenversammlung des Stadtteils Krefeld Vorsitz: Der Oberbürgermeister
	Gemeinschaftsausschuß der Stadtverordnetenversammlung Vorsitz: Der Oberbürgermeister	
	Der Oberbürgermeister der Stadt Krefeld Uerdingen Heinrich Hüpper	Der Oberbürgermeister des Stadtteils Krefeld Heinrich Hüpper
Der Bürgermeister des Stadtteils Uerdingen und I. Beigeordnete der Stadt Krefeld-Uerdingen Dr. Wilhelm Warsch		
* * *		
Beigeordnete des Stadtteils Uerdingen:	Dezernate der Gesamtstadt: Repräsentation, Stadtverordnetenversammlung und andere: OB Hüpper Versicherungsamt, Statistisches Amt, Volks- und sonstige Zählungen: Bürgermeister Dr. Warsch Finanz-, Kassen und Rechnungswesen, Schulden- und Vermögensverwaltung: Bürgermeister Dr. Witten Haftpflichtangelegenheiten, Aufwertungsstelle, Steuersachen: Beigeordneter Dr. Helm Gas-, Wasser- und Elektrizitätswerke, Kohlebeschaffung: Beigeordneter Lubszynski Hafen- und Wertverwaltung, Hafenkommisar, Kleinbahn, Rheinschiffahrt: Beigeordneter Pohl Rechnungsamt: Beigeordneter Mebus Personalangelegenheiten, Jugendamt, Fürsorgeamt: Beigeordneter Dr. Stepkes Rechtsangelegenheiten, Stadtausschuß: Beigeordneter Dr. Beyer Wahlangelegenheiten: Stadtsassessor Dr. Erdtmann	I. Beigeordneter des Stadtteils Krefeld, Bürgermeister Dr. Paul Witten Beigeordnete des Stadtteils Krefeld: Dr. Robert Helm Stadtoberbaurat Ludwig Lubszynski Martin Pohl Artur Mebus Dr. Johannes Stepkes Dr. Walther Beyer Stadtoberbaurat Dr. Josef Hollatz Stadtsassessor Dr. Otto Erdtmann Ämter des Stadtteils Krefeld
Franz Brüning (I. Beigeordneter) Peter Müller Dr. Karl Schwengers Stadtbaurat Andreas Stübe		
Ämter der Verwaltung des Stadtteils Uerdingen		

zur Übernahme eines gesamtstädtischen Dezernats verpflichtet. Für die Gesamtstadt bestand eine Stadtverordnetenversammlung, während in den Stadtteilen Krefeld und Uerdingen die Aufgaben der Gemeindevertretung von den Bezirksverordnetenversammlungen wahrgenommen wurden (ab 1934 jeweils Ratsherrenschaften). Diese drei Vertretungskörperschaften wurden getrennt gewählt. Hinsichtlich der Aufgaben der Verwaltung wurde unterschieden zwischen der „gemeinsamen Verwaltung“ für die Gesamtstadt und der „getrennten und selbständigen Verwaltung der beiden Stadtteile“. Die gemeinsame Verwaltung umfaßte im wesentlichen die Kreisangelegenheiten (also Stadtausschuß-,

Jugendamts- und Versicherungsamtsangelegenheiten), Wahlangelegenheiten (ohne Bezirksverordnetenwahlen), Personal-, Vermögens- und Finanzangelegenheiten der Gesamtstadt, die Gas-, Wasser- und Elektrizitätsversorgung, die Rheinhafen- und Wertanlagen mit Hafenschiffahrt⁵⁾ (s. auch Tab. 1).

Demgegenüber umfaßte die getrennte und selbständige Verwaltung der beiden Stadtteile Krefeld und Uerdingen „sämtliche Selbstverwaltungs- und Auftragsangelegenheiten und Aufgaben, soweit sie nicht gemäß dieser Ortssatzung in die Zuständigkeit der [...] Gesamtstadt gehören oder auf Grund zukünftiger Gesetze in die ausschließliche Zu-

ständigkeit der [Stadt-] Kreisverwaltung fallen“⁶⁾. Für die Verwaltung des Stadtteils Uerdingen bedeutete dies im wesentlichen den Fortfall der überörtlichen Wahlsachen, der Energieversorgung und der Hafenverwaltung (zum Thema Polizei s. Kap. 5). Die Verwaltung des Stadtteils Uerdingen firmierte unter der Bezeichnung „Stadt Krefeld-Uerdingen a. Rh. — Der Bürgermeister des Stadtteils Uerdingen“⁷⁾. Eine schematische Übersicht der organisatorischen und personellen Strukturen in der Gesamtstadt beziehungsweise den Stadtteilen wird in Tab. 1 gegeben; statistische Eckwerte sind Tab. 2 zu entnehmen.

Tabelle 2
 Statistische Eckwerte der Gesamtstadt und der Stadtteile Krefeld und Uerdingen
 (Stand 1. August 1929)

Einwohnerzahlen:	
Stadtteil Krefeld	148 459
Stadtteil Uerdingen	14 636
Gesamtstadt	163 095
Fläche (in Hektar)	
Stadtteil Krefeld	10 238,78
Stadtteil Uerdingen	1 017,62
Gesamtstadt	11 256,41

Sitzverteilung in der Stadtverordnetenversammlung Krefeld-Uerdingen und den
 Bezirksverordnetenversammlungen Krefeld und Uerdingen nach den Wahlen am 17. November 1929

Parteien	Stadtverordneten- versammlung	Bezirksverordnetenversammlung	
		Krefeld	Uerdingen
Zentrum	22	22	11
NSDAP	2	1	-
SPD	8	9	2
KPD	5	5	3
Bürgerblock (DVP/DDP)	5	4	4
DNVP	2	2	2
Wirtschaftspartei	9	9	4
Volksrechtspartei	1	1	-
Insgesamt	54	53	26

desgleichen nach den Wahlen vom 12. März 1933

Parteien	Stadtverordneten- versammlung	Bezirksverordnetenversammlung	
		Krefeld	Uerdingen
NSDAP	22	22	11
SPD	5	5	1
KPD	6	5	2
Zentrum	16	16	9
Kampffront Schwarz-Weiss-Rot	5	5	3
Insgesamt	54	53	26

(Statistisches Jahrbuch der Stadt Krefeld-Uerdingen,
 Bd. 2, 1925 — 1931, Krefeld 1932, 24, 269; General-Anzeiger, Nr. 72, vom 13. März 1933)

2. Die Bürgermeister

Ein kurzer Rückblick: Die belgische Besatzung hatte am 30. Januar 1923 den seit 1901 amtierenden Uerdinger Bürgermeister Friedrich Aldehoff⁹⁾ verhaftet und nach einer Militärgerichtsverhandlung in Aachen am 6. Februar aus dem besetzten Gebiet ausgewiesen¹⁰⁾. Noch am selben Tag teilte der kommissarische Krefelder Landrat, Regierungsrat Odenthal, der Stadtverwaltung Uerdingen telefonisch mit, „daß die Regierung nicht abgeneigt sei, zur Vertretung des Bürgermeisters einen älteren Regierungs-Referendar [...] zu entsenden. Es bedarf eines Antrages an den

Regierungspräsidenten“¹¹⁾. Es dauerte jedoch fast ein Jahr, bis zum 2. Februar 1924, bis die Uerdinger Stadtverwaltung auf diese Anregung zurückkam und den Landrat ersuchte, „bei der Regierung in Düsseldorf einen kommissarischen Bürgermeister für die Stadt Uerdingen“ zu beantragen. Der Uerdinger Erste Beigeordnete Theodor Hencken begründete dies damit, daß „die Geschäfte in letzter Zeit einen zu großen Umfang angenommen haben und hierdurch die beiden Beigeordneten [Hencken und Heinrich Theissen] zu sehr belastet sind“¹¹⁾.

Der Landrat leitete diese Bitte unverzüglich

per Telefon an den Regierungspräsidenten weiter, der bereits drei Tage später mitteilte, daß er den 25jährigen Regierungsreferendar Dr. Ewald Haastert¹²⁾ „mit der Vertretung des ausgewiesenen Bürgermeisters von Uerdingen auf jederzeitigen Widerruf“ beauftragt habe. Der stellvertretende belgische Kreisdelegierte Bissot erteilte seine Zustimmung, und Haastert trat sein Amt in Uerdingen am 29. Februar 1924 an. Die Uerdinger Stadtverordnetenversammlung stimmte dieser Regelung eine Woche später zu. Das Haastert nach seinem Ausscheiden in Uerdingen ausgehändigte Zeugnis stellt fest, daß „er die Verwaltungsgeschäfte der ca. 12500 Seelen zäh-

lenden Industrie- und Verkehrsstadt völlig selbständig und in vorzüglicher Weise geführt" habe. Besonders herausgestellt werden des weiteren seine Vorarbeiten am städtischen Haushaltsplan sowie seine tatkräftigen Initiativen zur Linderung der Wohnungsnot und zur Beschäftigung von Erwerbslosen.

Nachdem Dr. Haastert zum 19. August 1924 vom Regierungspräsidenten wieder abberufen worden war, wurde zum selben Zeitpunkt der Regierungsreferendar Dr. Franz L. Lubszynski¹³⁾ als stellvertretender Bürgermeister von Uerdingen eingesetzt, übrigens ein Sohn des damaligen Krefelder Oberbaurats und Beigeordneten Ludwig Lubszynski. Dr. Lubszynski amtierte zunächst bis zum 18. Mai 1925¹⁴⁾. Nachdem die belgische Besatzungsbehörde im April 1925 das Gesuch von Bürgermeister Aldehoff abgelehnt hatte, ihm die Wiederaufnahme seiner Tätigkeit als Bürgermeister von Uerdingen zu gestatten¹⁵⁾, verzichtete Aldehoff auf eine erneute Kandidatur für das Bürgermeisteramt¹⁶⁾. Hierauf beschloß die Uerdinger Stadtverordnetenversammlung am 18. Mai 1925, von einer Wiederwahl Aldehoffs abzusehen, die Bürgermeisterstelle auszuscheiden und den Regierungspräsidenten zu bitten, bis zur Einsetzung eines neuen Bürgermeisters die kommissarische Verwaltung der Bürgermeisterstelle Dr. Lubszynski zu übertragen¹⁷⁾. Der letzten Bitte entsprach der Regierungspräsident umgehend und bestellte Lubszynski ab dem 19. Mai zum kommissarischen Vertreter des Bürgermeisters von Uerdingen. In die weitere Amtszeit von Dr. Lubszynski fiel unter anderem die Jahrtausendfeier der Rheinlande 1925: Er zeichnete als Herausgeber des aus diesem Anlaß von der Stadt Uerdingen veröffentlichten Festbuches. Mit Wirkung vom 24. August 1925 berief der Regierungspräsident „im Interesse seiner weiteren Ausbildung“ Dr. Lubszynski an die Regierung zurück. Bis zur Einführung des neuen Bürgermeisters wurde die Leitung der Uerdinger Verwaltungsgeschäfte den Beigeordneten übertragen.

2.1 Dr. Wilhelm Warsch (1925—1933/34)

Um die ausgeschriebene Bürgermeisterstelle in Uerdingen hatten sich insgesamt 64 Personen beworben¹⁸⁾. In der Stadtverordnetenversammlung am 30. Juli 1925 standen zur Wahl Stadtdirektor Dr. Wilhelm Warsch¹⁹⁾, Mönchengladbach, und Regierungsassessor Dr. Brückmann²⁰⁾, Saarburg (Bezirk Trier). Gewählt wurde Dr. Wilhelm Warsch mit 13 von 21 Stimmen; fünf Stimmen entfielen auf Dr. Brückmann, drei Stimmzettel waren nicht beschrieben²¹⁾. Nach Bestätigung durch Erlaß des Preußischen Staatsministeriums vom 26. August 1925 wurde Dr. Warsch in der Sitzung der Stadtverordnetenversammlung am 17. September 1925 durch Regierungsvizepräsident Coßmann für zwölf Jahre in sein Amt als Bürgermeister der Stadt Uerdingen eingeführt²²⁾.

Nach Inkrafttreten des Neugliederungsgesetzes am 1. August 1929 amtierten Bürgermeister und Stadtverordnetenversammlung zunächst als kommissarische Organe des Stadtteils Uerdingen²³⁾ weiter. Gleichzeitig wurde Bürgermeister Dr. Warsch zum — nicht nachgeordneten, also gleichberechtigten — Stellvertreter des kommissarischen Bürgermeisters der Stadtgemeinde und des Stadtkreises Krefeld-Uerdingen a. Rh. bestellt²⁴⁾. Die Neuwahl des Bürgermeisters des Stadtteils Uerdingen sollte erst nach Inkraftsetzung des Ortsstatuts erfolgen. In einer außerordentlichen Ausschußsitzung der Uerdinger Bezirksverordnetenversammlung am 15. April 1930²⁵⁾ wurde beschlossen, von der Ausschreibung Abstand zu nehmen und Bürgermeister Dr. Warsch zur Wiederwahl in Uerdingen und zur Wahl als I. Beigeordneter der Gesamtstadt Krefeld-Uerdingen vorzuschlagen. In der Sitzung der Uerdinger Bezirksverordnetenversammlung am 30. April 1930 wurde zunächst festgelegt, daß der Bürgermeister von Uerdingen (zugleich 1. Stellvertreter des



Abb. 2. Bürgermeister Dr. Warsch; circa 1929

Oberbürgermeisters) die gleichen Bezüge erhält wie der I. Beigeordnete des Stadtteils Krefeld. In der anschließenden Bürgermeisterwahl wurde Dr. Warsch mit 21 von 26 Stimmen gewählt, drei Stimmen entfielen auf Hans Fladung und zwei auf Friedrich Aldehoff²⁶⁾. Gleichzeitig schlug die Bezirksverordnetenversammlung der Stadtverordnetenversammlung vor, Dr. Warsch zum 1. Stellvertreter des Oberbürgermeisters zu wählen.

Am selben Tag wählte die Stadtverordnetenversammlung von Krefeld-Uerdingen a. Rh.

mit 46 von 54 Stimmen²⁷⁾ Dr. Warsch zum I. Beigeordneten der Stadt Krefeld-Uerdingen a. Rh. (zugleich Bürgermeister des Stadtteils Uerdingen)²⁸⁾. Ebenfalls genehmigte die Stadtverordnetenversammlung die oben skizzierte Regelung der Bezüge des Uerdinger Bürgermeisters.

Nachdem das preußische Staatsministerium diese Wahl durch Erlaß vom 24. Mai 1930 bestätigt hatte, wurde Dr. Warsch in der Stadtverordnetenversammlung von Krefeld-Uerdingen a. Rh. am 11. Juni als „I. Beigeordneter der Stadt Krefeld-Uerdingen a. Rh. (zugleich Bürgermeister des Stadtteils Uerdingen)“ für die gesetzliche Amtszeit von zwölf Jahren in sein Amt eingeführt²⁹⁾. Eine gesonderte Amtseinführung als Bürgermeister des Stadtteils Uerdingen ist ausweislich der Niederschriften der Uerdinger Bezirksverordnetenversammlung nicht mehr erfolgt.

Im Vorfeld der Kommunalwahlen am 12. März 1933 war Bürgermeister Dr. Warsch heftigen Angriffen seitens der NSDAP-Ortsgruppe Uerdingen ausgesetzt. Neben der eher allgemeinen Stimmungsmache gegen Dr. Warsch als Repräsentant des Weimarer Systems (so wurde ihm eine „marxistisch-zentrümliche Einstellung“ attestiert) waren es zwei Uerdinger Vorfälle, die den Zorn der Nationalsozialisten auf Dr. Warsch lenkten: sein Einschreiten gegen die von Hermann Krings auf dem NSDAP-Wahlvorschlag unzulässig geführte Amtsbezeichnung Verwaltungsobersekretär (Krings war zu diesem Zeitpunkt nur außerplanmäßiger Stadtsekretär) und seine Rechtsverwahrung gegen das Hissen von schwarz-weiß-roten Fahnen und Hakenkreuzfahnen auf dem Rathaus und anderen öffentlichen Gebäuden in Uerdingen durch Abordnungen von SA und Stahlhelm am 7. März³⁰⁾.

In den Kommunalwahlen erzielte die NSDAP elf und die Kampffront Schwarz-Weiß-Rot drei der insgesamt 26 Sitze in der Uerdinger Bezirksverordnetenversammlung; beide Parteien zusammen verfügten somit über die absolute Mehrheit. Unmittelbar nach der Wahl trat Bürgermeister Dr. Warsch die zweite Hälfte eines bereits im Februar genehmigten Erholungsurlaubs an. Zur gleichen Zeit — wahrscheinlich am 13. oder 14. März — verständigten sich NSDAP und Kampffront Schwarz-Weiß-Rot darauf, beim Regierungspräsidenten die weitere Beurlaubung Dr. Warschs mit dem Ziel der Amtsenthebungen zu beantragen³¹⁾. Hierauf reagierte Dr. Warsch, der sich zu dieser Zeit in Köln aufhielt, am 18. März mit einem Schreiben an Regierungspräsident Bergemann, in dem er herausstellte, daß er „in erster Linie Erster Beigeordneter der Gesamtstadt“ sei und in dieser Funktion „bisher überhaupt nicht die geringsten politischen Schwierigkeiten oder Reibungen gehabt“ habe. Daneben sei er „zugleich“ (liest sich im Zusammenhang fast wie „nur in zweiter Linie“) Bürgermeister des Stadtteils Uerdingen und nur dort von der NSDAP angegriffen

worden. Dem Schreiben beigefügt war eine Zusammenstellung seines Verhaltens in nationaler Beziehung, der NSDAP gegenüber („stets loyal und korrekt“) und der jetzigen Staatsregierung gegenüber („loyal und bereitwilligst Order pariert“). Diese nationale Gesinnung wurde auch vom Luftfahrtverein Krefeld e. V. gegenüber dem Regierungspräsidenten bestätigt. Aus anderen Beweggründen, nämlich dem Interesse der Uerdinger Wirtschaft an einer stabilen örtlichen Verwaltung, sprachen sich zwei führende Industrielle, Arnold Willemsen (Holtz & Willemsen) und Carl Kipper (Waggon-Fabrik AG), gegen einen Wechsel an der Spitze der Uerdinger Verwaltung aus³²).

In der Öffentlichkeit stellte sich die Beurlaubung von Dr. Warsch wie folgt dar: „Diese Beurlaubung [soll] keinen politischen Charakter tragen“, meldete die Krefelder Zeitung am 16. März. Jedoch einen Tag später hieß es in einer Notiz des General-Anzeigers, daß „Dr. Warsch von der Regierung bis zur endgültigen Klärung [wessen?] beurlaubt worden sei“, während die Niederrheinische Volkszeitung Mutmaßungen zurückweist, daß „dieser Urlaub mit anderen Maßnahmen zusammenhänge“. Der Regierungspräsident hat Dr. Warsch offenbar spätestens am 25. März weiter beurlaubt, denn am folgenden Tage gab die Pressestelle des Regierungspräsidenten diese offizielle Verlautbarung heraus: „Bürgermeister Dr. Warsch [...], der sich zur Zeit in Erholungsurlaub befindet, bleibt mit seinem Einverständnis vorläufig weiter beurlaubt. Diese Maßnahme erfolgt lediglich aus Zweckmäßigkeitsgründen, weil ein ersprießliches Zusammenwirken mit der neuen Mehrheit der Bezirksverordnetenversammlung vorerst nicht gesichert erscheint. Zweifel gegen die ordnungsmäßige Geschäftsführung des Bürgermeisters sind hieraus nicht herzu-leiten“. Erläuternd stellt die Uerdinger Volkszeitung fest, die Beurlaubung sei „ehrentvoll“ und „aus politischen Gründen“ erfolgt³³).

Am 30. März unterrichtete Oberbürgermeister Heinrich Hüpper die Dezernate und Geschäftskreise der Gesamtstadt und des Stadtkreises Krefeld darüber, daß er Bürgermeister Dr. Warsch „auch weiterhin beurlaubt“ habe. In einer Nachweisung der beurlaubten Gemeindebeamten des Stadtteils Uerdingen vom April 1933 schließlich hieß es, Dr. Warsch sei „von Amts wegen beurlaubt“³⁴). Als Folge der andauernden Beurlaubung beschloß der Hauptausschuß des Stadtteils Uerdingen am 26. April, Dienstaufwandsentschädigungen und Nebeneinnahmen in Höhe von je 1 000 RM jährlich rückwirkend ab 1. April nicht mehr an Dr. Warsch zu zahlen³⁵). Und am 7. Juni beschloß die Uerdinger Bezirksverordnetenversammlung, den Innenminister zu bitten, „bezüglich des Herrn Bürgermeisters Dr. Warsch nach § 4 des Gesetzes zur Wiederherstellung des Berufsbeamtentums zu verfahren“³⁶).

Ergebnis war, daß Bürgermeister und I. Beige-

ordneter Dr. Warsch durch Urkunde des Preußischen Ministers des Innern vom 25. Januar 1934 aufgrund des § 4 BerBG aus dem Dienst der Stadt Krefeld-Uerdingen a. Rh. entlassen wurde; diese Entlassung wurde wirksam mit dem Tage ihrer Zustellung am 3. März 1934³⁷). Sie wurde durch Erlaß vom 16. Juli 1935³⁸) in eine Versetzung in den Ruhestand gemäß § 6 BerBG umgewandelt.

2.2 Friedrich Aldehoff (1933/34 — 1938)

In der schon erwähnten Besprechung zwischen der NSDAP-Ortsgruppe Uerdingen und der Kampffront Schwarz-Weiß-Rot am 13. oder 14. März wurde auch erörtert, wie es in der Bürgermeisterfrage weitergehen sollte. Oberstleutnant a. D. Wilhelm Randebröck, Sprecher und Bezirksverordneter der Kampffront in Uerdingen, berichtete an Aldehoff über das Gespräch: „Dort wurde mir mitgeteilt, daß die Absetzung des Dr. Warsch in Düsseldorf noch am selben Tage beantragt werden würde. Es bestände die Gefahr, daß uns die Regierung einen der Krefelder Beigeordneten als kommissarischen Bürgermeister suchen würde, was für Urdingen nicht gut wäre, da derselbe uns, besonders bei der Etatberatung, zu sehr in die Karten sehen könne. Mein Vorschlag, Sie zu bitten, ein Kommissarium für Urdingen vorzunehmen, fand allgemeinen Beifall [,] und ich wurde gebeten, Ihnen sofort zu telegraphieren“³⁹). Die NSDAP-Ortsgruppe wird hiernach sofort versucht haben, sowohl über den Regierungspräsidenten als auch über die Gauleitung zu erreichen, daß Aldehoff als kommissarischer Bürgermeister des Stadtteils Uerdingen bestellt werde. Denn schon am 17. März teilte der Preußische Minister des Innern dem Regierungspräsidenten Düsseldorf mit: „Der Gau [Düsseldorf] schlage als kommissarischen Vertreter des Bürgermeisters [von Uerdingen] den früheren Bürgermeister Aldehoff vor. Ich ersuche sofort um weitere Veranlassung und Bericht“⁴⁰). In dieser Angelegenheit ist auch der NSDAP-Abgeordnete im Preußischen Landtag Fritz Mißmah⁴¹) zumindest zweimal beim Preußischen Minister des Innern „dahin vorstellig geworden, daß der frühere Bürgermeister der Stadt Uerdingen Aldehoff [...] zum kommissarischen Vertreter des beurlaubten Bürgermeisters der Stadt Krefeld-Uerdingen a. Rh. [sic] bestellt werden möge“⁴²). Jedenfalls ernannte der Regierungspräsident Düsseldorf am 27. März Friedrich Aldehoff, „Ihr Einverständnis voraussetzend, zum kommissarischen Vertreter des beurlaubten Bürgermeisters des Stadtteils Uerdingen“. Die Meldung wurde noch am selben Tag in Uerdingen verbreitet, während das Ernennungsschreiben Aldehoff erst am 29. März in seinem damaligen Wohnort Münster (Westf.) zugestellt wurde⁴³). Aldehoff nahm die Ernennung „dankend“ an; sein Dienstantritt in Uerdingen erfolgte am 3. April⁴⁴). In der konstituierenden Sitzung der Bezirksverordnetenversammlung am folgen-

den Tag zeigte Aldehoff seine kommissarische Bestellung an und legte die Grundsätze dar, nach denen er die Verwaltung zu führen gedenke⁴⁵). „[...] Noch einmal bin ich hier, um für Uerdingen zu sorgen [...]. Ich bin von der Staatsregierung mit der komm[issarischen] Leitung im Rathaus zu Uerdingen, der Vertretung des beurlaubten Herrn Bürgermeisters beauftragt worden und habe geglaubt, diesem Rufe folgen zu müssen, um Uerdingen in dieser Lage zu helfen und in der großen Zeit der nationalen Erhebung mit tätig zu sein. Möge meine Arbeit segensreich sein für Stadt und Vaterland! [...] Unsere besondere Aufgabe ist es hier, für die Stadt Uerdingen zu sorgen. Und da möchte ich zunächst sagen, daß ich die Verwaltung führen werde nach den alten preußischen Grundsätzen der treuen arbeit-samen Pflichterfüllung, nach den Grundsätzen der Ordnung, Sparsamkeit, Rechtlichkeit und Rechtschaffenheit. Ich werde ferner dafür sorgen, daß dieser Geist überall in der Verwaltung lebendig ist und sich überall lebendig betätigt. Ich begrüße zunächst die Bürgerschaft und möchte ihr sagen, daß ich ihr, solange ich an dieser Stelle stehe, stets ein treuer Fürsorger und Helfer sein werde bei der großen Not, die uns umgibt und schwer bedrückt. [...] Sodann begrüße ich Sie, meine Herren [Bezirksverordneten], die Sie berufen sind, mit mir, solange mein Auftrag währt, für das Wohl der Stadt Uerdingen zu sorgen. Ich bitte Sie hierbei um Ihre vertrauensvolle Zusammenarbeit [...]. Ich begrüße ferner die Beamten und Angestellten und alle, die für Uerdingen tätig sind, danke Ihnen für die guten Dienste, die sie bisher unserer Stadt geleistet haben, und hoffe gern, daß sie auch in Zukunft mit strengster Pflichttreue ihres Amtes walten werden. [...]“.

Zum Zeitpunkt seines Dienstantritts in Uerdingen stand Aldehoff im 68. Lebensjahr. Einer längeren Anstellung Aldehoffs stand die Bestimmung des Gesetzes betreffend Einführung einer Altersgrenze entgegen, derzufolge Beamte nach Vollendung des 65. Lebensjahres grundsätzlich in den Ruhestand zu treten hatten⁴⁶). Vor diesem Hintergrund wurde anläßlich eines Besuches des Staatssekretärs im Preußischen Ministerium des Innern, Ludwig Grauert, am 8. und 9. Juli 1933 in Krefeld⁴⁷) im Rahmen einer Besprechung über die Neuordnung der Verwaltung von Krefeld-Uerdingen festgelegt, daß Aldehoff I. Beigeordneter der Gesamtstadt werden und zugleich Bürgermeister des Stadtteils Uerdingen bleiben solle, nachdem für ihn eine Ausnahmeregelung hinsichtlich der Altersgrenze getroffen worden sei⁴⁸).

Am 12. Juli 1933 leitete der Preußische Minister des Innern dem Preußischen Ministerpräsidenten den Entwurf eines „Weiteren Gesetzes über eine Ergänzung des Gesetzes, betreffend Einführung einer Altersgrenze“ zur Beschlußfassung in der nächsten Sitzung des Staatsministeriums zu: Der Innenminister soll ermächtigt werden zuzufassen, daß bei einer Anstellung des kommissarischen Bürgermei-

(Nr. 13946.) **Beleitetes Gesetz über eine Ergänzung des Gesetzes, betreffend Einführung einer Altersgrenze.** Vom 17. Juli 1933.

Das Staatsministerium hat das folgende Gesetz beschlossen:

Einziges Paragraph.

Der Minister des Innern wird ermächtigt zuzulassen, daß bei der Anstellung des jetzigen kommissarischen Bürgermeisters des Stadtteils Uerdingen in der Stelle des Ersten Beigeordneten der Stadt Krefeld-Uerdingen und des Bürgermeisters des Stadtteils Uerdingen die Vorschriften des Gesetzes, betreffend Einführung einer Altersgrenze, vom 15. Dezember 1930 (Gesetzsamml. S. 621) in der Fassung des Gesetzes vom 8. Februar 1934 (Gesetzsamml. S. 73) ausnahmsweise keine Anwendung finden.

Berlin, den 15. Juli 1933.

(Siegel.)

Das Preussische Staatsministerium.

Göring,

zugleich als Minister des Innern.

Das vorstehende, vom Preussischen Staatsministerium beschlossene Gesetz wird hiermit verkündet.

Berlin, den 17. Juli 1933.

Für den Reichskanzler:

Der Preussische Ministerpräsident.

Göring.

Abb. 3. Gesetz vom 17. Juli 1933

sters des Stadtteils Uerdingen als I. Beigeordneter der Gesamtstadt und als Bürgermeister des Stadtteils Uerdingen die gesetzlichen Vorschriften über die Altersgrenze ausnahmsweise nicht anzuwenden seien. Der Minister des Innern begründete diesen Vorschlag damit, daß es „in vereinzelt Fällen dringend geboten [erscheint], Persönlichkeiten in leitenden Stellen des Gemeindedienstes anzustellen, die die Altersgrenze überschritten haben“. Bürgermeister Aldehoff habe „sowohl in seiner früheren Amtstätigkeit als Bürgermeister der damals noch selbständigen Stadt Uerdingen, wie neuerdings in seiner Tätigkeit als Kommissar für den Stadtteil Uerdingen, gezeigt, daß er der geeignete Mann für die ihm zugedachte Aufgabe ist“⁴⁹. Nach Beschlußfassung durch das Staatsministerium und Verkündung namens des Reichskanzlers wurde das Gesetz am 20. Juli in der Gesetzesammlung veröffentlicht⁵⁰ (s. Abb. 3).

Bereits am 14. Juli bestellte der Preussische Minister des Innern Bürgermeister Aldehoff zum kommissarischen I. Beigeordneten der Stadt Krefeld-Uerdingen mit der Maßgabe, daß die Bestellung zum kommissarischen Bürgermeister des Stadtteils Uerdingen weiterhin in Kraft bleibt⁵¹. Durch Erlaß vom 20. Juli 1933⁵² erteilte der Minister die Zulassung, bei der Anstellung Aldehoffs von den Vorschriften über die Altersgrenze abzusehen.

Aus Anlaß der Bestellung Aldehoffs zum kommissarischen I. Beigeordneten hieß der kommissarische Oberbürgermeister der Stadt Krefeld-Uerdingen, Dr. Alois Heuyng, Aldehoff herzlich willkommen und bat um seine ver-

trauensvolle Mitarbeit⁵³. Allerdings wurden — auch für Außenstehende — schon in diesen Tagen Probleme erkennbar, die Aldehoff mit der Stadt Krefeld-Uerdingen zu haben schien: Gelegentlich einer Besprechung mit Landrat i. E. R. Dr. Hüttenhein vom Kommunaldezernat des Regierungspräsidenten Düsseldorf vermittelte Aldehoff den Eindruck, „daß er sehr stark auf die dem Stadtteil Uerdingen nach dem Eingemeindungsvertrage verliehenen Rechte pocht und es insbesondere möglichst vermeidet, mit dem Oberbürgermeister von Krefeld-Uerdingen, wenn es nicht unbedingt notwendig ist, zu verhandeln“⁵⁴. Dies wurde auch daraus deutlich, daß sich Aldehoff in erster Linie als Bürgermeister von Uerdingen sah und soweit ersichtlich in der Verwaltung der Gesamtstadt — im Gegensatz zu seinem Vorgänger Dr. Warsch — kein Dezernat übernahm, wenngleich seine Anwesenheit in den Sitzungen der Stadtverordnetenversammlung Krefeld-Uerdingen regelmäßig nachzuweisen ist.

Aldehoff gehörte der DNVP bis zu ihrer Auflösung im Sommer 1933 an⁵⁵. Obgleich er der NSDAP noch nicht beigetreten war — dies erfolgte erst zum 1. April 1936⁵⁶ —, wurden seitens der Gauleitung politische Bedenken gegen Aldehoff nicht erhoben⁵⁷. Auch rechtliche Gründe sprachen nicht gegen eine dauernde Anstellung Aldehoffs⁵⁸, so daß Aldehoff im Dezember 1933 aufgrund der damals noch anzuwendenden Vorschriften der Städteordnung für die Rheinprovinz von den Vertretungskörperschaften gewählt werden konnte. Die Bezirksverordnetenversammlung des Stadtteils Uerdingen wählte Aldehoff am 8. Dezember 1933 einstimmig durch Zuruf auf

die gesetzliche Amtsdauer von zwölf Jahren zum Bürgermeister des Stadtteils Uerdingen⁵⁹. Aldehoff dankte für die Wahl mit dem Versprechen, er wolle „der Stadt Uerdingen ein tatkräftiger Führer und der Bürgerschaft ein treuer Helfer sein“⁶⁰. Gleichfalls wählte die Stadtverordnetenversammlung von Krefeld-Uerdingen a. Rh. am 22. Dezember 1933 Aldehoff einstimmig durch Zuruf zum I. Beigeordneten der Stadt Krefeld-Uerdingen a. Rh.⁶¹. Zuvor hatte die Stadtverordnetenversammlung bereits am 27. November 1933 beschlossen, daß der Oberbürgermeister für die Gesamtstadt an erster Stelle vom jeweiligen Bürgermeister von Uerdingen vertreten werde⁶².

Am 9. Dezember wurde der Regierungspräsident von der Verwaltung des Stadtteils Uerdingen gebeten, den gewählten Bürgermeister Aldehoff in sein Amt einzuweisen. Zur Wahl wird ausgeführt: „Bürgermeister Aldehoff, der vom 19. Mai 1901 bis zu seiner Einkerkung und Ausweisung durch die Belgier [...] 1923 das Amt des Bürgermeisters in Uerdingen mit größtem Erfolg verwaltet, und der sich auch jetzt der Stadt Uerdingen wieder opferbereit zur Verfügung gestellt hat, ist der Aufsichtsbehörde als besonders pflichttreu und erfahren, als der altpreussische Beamte, wie ihn der heutige Staat will, bekannt“⁶³. Der Oberbürgermeister der Stadt Krefeld-Uerdingen a. Rh. beantragte die Einweisung Aldehoffs als I. Beigeordneter der Gesamtstadt und als Bürgermeister des Stadtteils Uerdingen am 7. Februar 1934⁶⁴.

Durch Bericht vom 14. März 1934 bat der Regierungspräsident Düsseldorf den Preussischen Minister des Innern, Aldehoff gemäß § 34 Abs. 1 Gemeindeverfassungsgesetz zu berufen⁶⁵. Der Regierungspräsident machte darauf aufmerksam, daß die Stelle frei sei, da der bisherige Stelleninhaber Dr. Warsch zwischenzeitlich entlassen worden sei. „Was die Dauer der Amtstätigkeit Aldehoffs anbelangt, so hat er sowohl dem Fraktionsführer als auch dem Ortsgruppenleiter der NSDAP gegenüber die Bereitschaft erklärt, nach etwa 3 Jahren zurückzutreten, falls es gewünscht wird“⁶⁶. Von einer schriftlichen Erklärung ist mit Rücksicht auf die Person Aldehoffs abgesehen worden. Durch Erlaß vom 24. März 1934 vollzog der Minister des Innern die Berufung Aldehoffs zum I. Beigeordneten der Stadt Krefeld-Uerdingen a. Rh. und zum Bürgermeister des Stadtteils Uerdingen⁶⁷. Das Berufungsschreiben des Ministers und die Urkunden der Anstellungskörperschaften Stadt Krefeld-Uerdingen a. Rh. und Stadtteil Uerdingen wurden Aldehoff am 5. Juni 1934 ausgehändigt⁶⁸.

Die in den Ausführungsanweisungen zum Gemeindeverfassungsgesetz vom 15. Dezember 1933⁶⁹ vorgesehene Möglichkeit, die staatliche Verleihung der Bezeichnung „Stadt“ zu beantragen, veranlaßte Bürgermeister Aldehoff, im Mai 1934 beim Regierungspräsidenten einen entsprechenden Antrag zu



Abb. 4. Bürgermeister Aldehoff, circa 1932

stellen⁷⁰). Diesen Antrag vermochte der Regierungspräsident „keine weitere Folge zu geben, da er im Widerspruch zu § 7 des Neugliederungsgesetzes vom 29. Juli 1929 steht“. Außerdem liege es „nicht im Sinne des Gemeindeverfassungsgesetzes, zweckmäßige neuzeitliche Entwicklungen zu Gunsten historischer Vergangenheit [sic] rückgängig zu machen⁷¹). Trotz dieser deutlichen Worte gab Bürgermeister Aldehoff keine Ruhe und legte gegen die Entscheidung des Regierungspräsidenten das Rechtsmittel der Beschwerde ein, über die der Minister des Innern zu entscheiden hatte⁷²). In seinem Randbericht zu dieser Beschwerde stellte der Regierungspräsident fest, der Antrag Aldehoffs liege „im Zuge gewisser Selbstständigkeitsbestrebungen des Stadtteils Uerdingen, die den Interessen der Gesamtstadt Krefeld-Uerdingen nicht entsprechen“ und empfahl, die Beschwerde abzuweisen⁷³). Der Minister trat der Auffassung des Regierungspräsidenten bei: Es könne nicht in Frage kommen, dem Stadtteil Uerdingen die Bezeichnung „Stadt“ zu verleihen, „da der Stadtteil Uerdingen eine Gemeinde im Sinne des [...] GVG überhaupt nicht darstellt“. Durch das Neugliederungsgesetz habe die Stadt Uerdingen „als solche zu bestehen aufgehört“. Hieran ändere auch die verfassungsrechtliche Sonderstellung der Stadtteile gegenüber der Gesamtstadt für die Dauer der Übergangszeit nichts⁷⁴). Auf weitere Bestrebungen zur Wiederherstellung der Selbständigkeit Uerdingens wird zu Beginn des Kap. 6 eingegangen.

Das Selbstverständnis Aldehoffs als Bürgermeister von Uerdingen wird durch einen weiteren Vorgang veranschaulicht. Im September 1934 beantragte Aldehoff beim Regierungspräsidenten die Genehmigung seines Erho-

lungsurlaubs. Der Regierungspräsident leitete dieses Gesuch „zuständigkeitshalber“ weiter an den Oberbürgermeister in Krefeld-Uerdingen, der dem Antrag auch entsprach. Auf dieser Genehmigung vermerkte Aldehoff handschriftlich, daß der Oberbürgermeister für die Erteilung des Urlaubs des Bürgermeisters des Stadtteils Uerdingen nicht zuständig sei, er dies der Regierung fernmündlich mitgeteilt habe und ihm von dort der Urlaub bewilligt worden sei. Auch die Rückmeldung Aldehoffs erfolgte nur bei der Regierung⁷⁵). Ein weiteres Urlaubsgesuch Aldehoffs vom Juni 1936 wurde — allerdings durch die Hand des Oberbürgermeisters — wiederum bei der Regierung eingereicht. Der Regierungspräsident reichte diesen Antrag an den Oberbürgermeister zurück mit dem Bemerkten, daß dieser „für Aldehoff in seiner Eigenschaft als Erster Beigeordneter der Gesamtstadt zur Urlaubserteilung zuständig“ sei. Soweit der Bürgermeister des Stadtteils Uerdingen jedoch selbständig sei, genüge eine Urlaubsanzeige mit Angabe des Vertreters, da „er keine sicherheitspolizeilichen Befugnisse ausübt“⁷⁶).

Aus Anlaß der Vollendung des 70. Lebensjahres Aldehoffs am 22. Januar 1936 beschloßen die Ratsherren des Stadtteils Uerdingen, Aldehoff und seiner Frau als dem Tage der Versetzung in den Ruhestand auf Lebenszeit freie Wohnung in einem städtischen Gebäude zur Verfügung zu stellen sowie ihm als weitere Ehrengabe eine Nordlandreise zu bezahlen⁷⁷). Am Geburtstag selbst fand im Uerdinger Ratssaal ein Festakt statt, bei dem Oberbürgermeister Dr. Heuyng die Glückwünsche des Regierungspräsidenten überbrachte.

Schriftlich gratulierten unter anderen der Staatssekretär und Chef der Präsidialkanzlei, Dr. Otto Meissner, namens des Führers und Reichskanzlers, und der Reichsminister des Innern, Dr. Wilhelm Frick⁷⁸).

Mitte der dreißiger Jahre setzte verwaltungsintern verstärkt eine Diskussion ein, die endgültige Vereinigung von Krefeld und Uerdingen vor Ablauf der in der Ortssatzung festgelegten 20-Jahre-Frist zu vollziehen. Es war den Beteiligten — vor allem Oberbürgermeister Dr. Heuyng, Kreisleiter Diestelkamp sowie dem Regierungspräsidenten — klar, daß dieser Plan nur dann Aussicht auf Erfolg habe, wenn Bürgermeister Aldehoff nicht mehr im Amt sei. In einer Besprechung beim Regierungspräsidenten Schmid am 13. Oktober 1936 regte Oberbürgermeister Dr. Heuyng an, „den Gauleiter zu bewegen, vielleicht im Frühjahr Herrn Aldehoff einen zarten Wink zum Abtreten zu geben“. Regierungspräsident Schmid ergänzte diesen Vorschlag dahingehend, daß dann die Vereinigung möglicherweise durch eine Personalunion (der Ämter des Oberbürgermeisters der Gesamtstadt und des Bürgermeisters von Uerdingen) beschleunigt werden könne⁷⁹). Nach Verkündung des Deutschen Beamtengesetzes (DBG) vom 26. Januar 1937 schien sich eine juristische Lösung des Falls Aldehoff abzuzeichnen, da das Gesetz die Altersgrenze strikt auf das 65. Lebensjahr festlegte und nur wenige Ausnahmemöglichkeiten vorsah⁸⁰). Bei der Regierung ging man anscheinend davon aus, daß aufgrund dieser Vorschriften Aldehoff spätestens zum 1. Oktober 1937 aus dem Amt scheiden müsse. Regierungspräsident Schmid verwies erneut auf die zweckmäßige

Abb. 5. Einweihung der Uerdinger Rheinbrücke; 7. Juni 1936; Bildmitte: Rudolf Hess, links, halb verdeckt in Zivil; vermutlich Bürgermeister Aldehoff



ste Lösung einer Personalunion — „dann wird sich das andere von selbst ergeben“⁸¹). Zu dieser Lösung hatte Oberbürgermeister Dr. Heuyng jedoch schon früher zu erkennen gegeben, daß er lieber den Krefelder Stadtrat und Polizeidezernenten Dr. Hürter mit dem Amt des Bürgermeisters von Uerdingen betraut sehen würde⁸²).

Einen Glückwunsch Aldehoffs zu Hitlers Geburtstag am 20. April 1937 — unterschrieben mit „die treue und dankbare RheinStadt Uerdingen“ — nahm Oberbürgermeister Dr. Heuyng zum Anlaß, sich beim Regierungspräsidenten über Aldehoff zu beschweren⁸³). In Gesprächen mit Kreisleiter Diestelkamp am 29. April⁸⁴) und mit Gauleiter Florian am 7. Juni⁸⁵) erwirkte Dr. Heuyng die Zustimmung der Partei zur vorgesehenen Personalunion, wobei ausdrücklich festgestellt wurde, daß für Uerdingen kein neuer Dezernent eingestellt werden solle. Gauleiter Florian begrüßte die Lösung einer Personalunion der drei Ämter des Oberbürgermeisters von Krefeld-Uerdingen und der Bürgermeister der Stadtteile Krefeld und Uerdingen und erteilte ihr „seine volle Billigung“. Grundlage dieser Absprachen war nach wie vor die Annahme, daß Aldehoff ausscheiden müsse, weil ihm der Innenminister die erforderliche ministerielle Genehmigung nicht erteilen werden, im Amt zu bleiben.

In der Zwischenzeit war jedoch die Verwaltung des Stadtteils Uerdingen wegen eventueller Auswirkungen des Deutschen Beamtengesetzes auf die Amtszeit von Bürgermeister Aldehoff eigenständig tätig geworden. Durch Anfrage beim Regierungspräsidenten⁸⁶) wurde um Klärung gebeten, ob die Bestimmung des § 68 Abs. 3 DBG (s. Anm. 80) wegen der Entlassung von wieder zu Beamten ernannten Ruhestandsbeamten auf Bürgermeister Aldehoff zutrafte, wobei der Stadtteil Uerdingen unter Hinweis auf das schon erwähnte Gesetz vom 17. Juli 1933 die Rechtsauffassung vertrat, daß dies nicht der Fall sei. Der Regierungspräsident leitete den Vorgang an den Reichs- und Preußischen Minister des Innern weiter⁸⁷) und legte dar, daß Aldehoff nach der Rechtslage zwar „weiterhin im Amt bleiben könne“⁸⁸), er dies aber „nicht mehr [zu] verantworten“ in der Lage sei. Obgleich Aldehoff mit seinen 71 Jahren „körperlich noch im allgemeinen als rüstig zu bezeichnen ist, so haben doch seine geistigen Fähigkeiten im Laufe der letzten Jahre abgenommen. Er ist vor allem immer einseitiger geworden und läßt [...] das nötige Einfügungsvermögen in die Belange der Gesamtstadt Krefeld-Uerdingen gänzlich vermissen. Dadurch treten ständig Reibungen auf [...]“. Da Aldehoff eindeutig die Wiederherstellung der vollen kommunalen Selbständigkeit Uerdingen betreibe und ein Wandel ausgeschlossen sei, sei ein Wechsel in der Leitung des Stadtteils erforderlich. Ein freiwilliges Ausscheiden sei „ohne einen gewissen Zwang“ nicht zu erwarten. Der Regierungspräsident bat daher den Minister um Anweisung, Aldehoff den



Abb. 6. Bürgermeister Aldehoff mit Treudienst-Ehrenzeichen; 30. April 1938

Rücktritt vom Amt nahelegen und ihm andernfalls die Zurückziehung der Zulassung zur weiteren Amtsführung anzukündigen.

Der Minister erklärte sich damit einverstanden, daß der Regierungspräsident dem Bürgermeister Aldehoff „in geeigneter Weise“ seinen Rücktritt nahelegen sollte. Andernfalls werde er prüfen, ob die „erteilte Zulassung zur weiteren Amtsführung aufrechterhalten werden kann“⁸⁹). Die Unterredung zwischen Regierungspräsident Schmid und Bürgermeister

Aldehoff fand am 10. September 1937 statt; Schmid notierte, Aldehoff sei „nicht bereit, freiwillig zurückzutreten“⁹⁰). Aldehoff wurde aufgefordert, die Gründe, die seiner Auffassung nach einem freiwilligen Rücktritt vom Amt entgegenstehen, der Regierung schriftlich einzureichen⁹¹).

In seiner Stellungnahme legte Aldehoff im wesentlichen seine rechtlich unanfechtbare Position dar, da seine auf zwölf Jahre erfolgte Berufung gesetzliche Rechte begründet habe, die durch das DBG noch bekräftigt worden seien⁹²). Oberbürgermeister Dr. Heuyng, der die Ausführungen Aldehoffs als „lächerliches Phrasengedresch“ und „töricht“⁹³) bezeichnete, nahm Gelegenheit, seine Auffassungen am 8. beziehungsweise 11. Oktober 1937 noch einmal dem Oberregierungsrat Luyken beziehungsweise dem Regierungspräsidenten Schmid persönlich darzulegen⁹⁴). Hiernach berichtete der Regierungspräsident nach Berlin⁹⁵), daß Aldehoff nicht bereit sei, freiwillig zurückzutreten. Von Aldehoff sei „ein gedeihliches Zusammenwirken mit dem Oberbürgermeister von Krefeld-Uerdingen nicht mehr zu erwarten“, vielmehr sehe er seine „Lebensaufgabe darin [...], die Selbständigkeit des Stadtteils Uerdingen wieder herbeizuführen“. Daher könne sich der Regierungspräsident für eine weitere Amtsführung Aldehoffs nicht mehr einsetzen. Er bat den Minister, zum 1. Januar 1938 die Ermächtigung zur weiteren Zulassung Aldehoffs zur Amtsführung über die Altersgrenze hinaus zurückzuziehen.

Bei der internen Prüfung der Angelegenheit im Reichs- und Preußischen Ministerium des Innern wurde einerseits erkennbar, daß aus politischen Gründen ein baldiger Rücktritt

Abb. 7. Verabschiedung Bürgermeister Aldehoffs im Uerdinger Rathaus; 30. April 1938; stehend von links: Regierungsdirektor Straeter, Bürgermeister Aldehoff; zweiter von rechts: Oberbürgermeister Dr. Heuyng



Aldehoffs erwünscht sei, da Aldehoff die Absichten durchkreuze, die beiden Stadtteile Krefeld und Uerdingen immer mehr zusammenwachsen zu lassen⁹⁹). Andererseits war die Rechtslage nicht so einfach, wie es bis dahin den Anschein hatte: „Es wird aber auch nicht für zulässig gehalten, die s. Zt. ausgesprochene Zulassung der Verlängerung der Altersgrenze zurückzuziehen, da das Gesetz vom 15. Juli 1933 nur die Ermächtigung zur Zulassung der Verlängerung der Altersgrenze gibt, aber nicht auch die Zurücknahme vorsieht. Es wird d. f. nichts anderes übrig bleiben, als durch Gesetz die Möglichkeit zur Zurücknahme solcher Zulassungen zu schaffen“¹⁰⁰).

Durch Erlass vom 13. November 1937⁹⁸) räumte der Minister ein, daß ein baldiger Rücktritt Aldehoffs wünschenswert sei. Es bestehe rechtlich allerdings nicht die Möglichkeit, die durch Gesetz erteilte Zulassung zur Amtsführung des Bürgermeisters Aldehoff über die Altersgrenze hinaus zurückzuziehen. Er halte „es aus grundsätzlichen Erwägungen auch nicht für angängig, für den Fall Aldehoff erneut den Weg der Gesetzgebung zu beschreiten“. Daher werde der Regierungspräsident ersucht, „die Angelegenheit erneut in die Hand zu nehmen und auf Bürgermeister Aldehoff unter Hinweis auf die erheblichen Bedenken gegen seine Amtsführung mit allem Nachdruck einzuwirken“, daß er zurücktrete. Notfalls sei zu prüfen, ob Aldehoff bei seinem Alter und seinem Gesundheitszustand noch den Anforderungen dem Amte gewachsen sei.

Diese vom Minister aufgezeigte Möglichkeit, also Aldehoff für dienstunfähig zu erklären, war Gegenstand von zwei Gesprächen zwischen dem Regierungspräsidenten und Oberbürgermeister Dr. Heuyng⁹⁹). Dr. Heuyng legte dar, diese Lösung wäre psychologisch ungünstig, da hierdurch Aldehoff in den Augen der Uerdinger Bevölkerung „zum Märtyrer gestempelt“ würde. In einer Besprechung zwischen Regierungspräsident Schmid und Bürgermeister Aldehoff am 16. November, die teilweise recht turbulent gewesen sein muß¹⁰⁰), stellte Schmid Aldehoff vor die Alternative, entweder freiwillig zum 1. April 1938 zurückzutreten¹⁰¹) oder gemäß §§ 73 ff. DBG zwangsweise wegen Dienstunfähigkeit in den Ruhestand versetzt zu werden, und räumte ihm eine Erklärungsfrist bis zum 15. Dezember ein. Als Aldehoff hierauf um eine Abschrift des Ministererlasses vom 13. November bat, übersandte ihm der Regierungspräsident zwar einen Auszug, stellte aber gleichzeitig kategorisch fest, daß er keine Erwiderung auf diesen Erlass entgegennehmen könne, „sondern lediglich Ihren Bericht, ob Sie bereit sind, zum 1. 4. 1938 freiwillig aus dem Amt zu scheiden oder ob Sie es auf eine Zuruhesetzung gemäß § 75 DBG ankommen lassen wollen“¹⁰²).

In der Zwischenzeit hatte Oberbürgermeister Dr. Heuyng versucht, über die Partei geeigne-

te Schritte gegenüber Aldehoff einzuleiten. Gauleiter Florian, den Heuyng gelegentlich einer Jagdveranstaltung im Forstwald am 13. Dezember von der Notwendigkeit eines Rücktritts Aldehoffs überzeugen wollte, sah hier zwar keinen sonderlichen Handlungsbedarf, überließ es aber schließlich Kreisleiter Diestelkamp, hier weiter tätig zu werden¹⁰³). Diestelkamp wurde tätig, offenbar unterstützt vom Uerdinger Ortsgruppenleiter Hermann Krings¹⁰⁴). Was wann im einzelnen besprochen wurde, welche Pressionen ausgeübt oder welche Versprechungen gemacht wurden, ist nicht überliefert. Jedenfalls konnte der Kreisleiter am 13. Januar 1938 dem Regierungspräsidenten mitteilen, daß Aldehoff sich ihm gegenüber bereit erklärt habe, zum 1. April sein Amt zu quittieren¹⁰⁵). Der Regierungspräsident setzte Aldehoff davon in Kenntnis, daß er seine Verfügung vom 28. Dezember als überholt betrachte und auf die Abgabe der geforderten Erklärung verzichte. Er gab ferner seiner „Befriedigung darüber Ausdruck, daß die Angelegenheit nunmehr durch Ihren Entschluß auf einen Weg gebracht worden ist, der Ihren langjährigen, auch von mir stets anerkannten Verdiensten in jeder Weise entspricht“¹⁰⁶). Dennoch gelang es Aldehoff, vom Kreisleiter noch einen Monat Amtszeitverlängerung zu erwirken. Er konnte somit dem Regierungspräsidenten mitteilen, daß er „den Tag meines Rücktritts vom Amte auf den 1. Mai dieses Jahres bestimmt habe“¹⁰⁷).

Hierauf wurde Bürgermeister Aldehoff „auf eigenen Antrag“ als I. Beigeordneter der Stadt Krefeld-Uerdingen a. Rh. und Bürgermeister des Stadtteils Uerdingen zum 30. April 1938

durch den Oberbürgermeister in den Ruhestand versetzt¹⁰⁸). Die Ratsherren des Stadtteils Uerdingen modifizierten ihren Beschluß vom 14. Januar 1936, Aldehoff nach seiner Pensionierung lebenslang freies Wohnen zu gewähren, aus rechtlichen Gründen dahingehend, daß seine Miete auf monatlich 50 RM ermäßigt werde. Außerdem billigten sie eine Ehrengabe — in Form eines Gemäldes — im Werte von bis zu 1 000 RM¹⁰⁹).

Am 30. April 1938 wurde Aldehoff in einem Festakt im Ratssaal des Uerdinger Rathauses feierlich verabschiedet¹¹⁰). Regierungsdirektor Sträter übermittelte die Grüße des Regierungspräsidenten und verlas ein Schreiben Schmid an Aldehoff¹¹¹). Anschließend überreichte er Aldehoff das vom Führer und Reichskanzler verliehene Treudienst-Ehrenzeichen 1. Stufe¹¹²). Den Dank der Gesamtstadt überbrachte Oberbürgermeister Dr. Heuyng, während für den Stadtteil Uerdingen der I. Beigeordnete Norbert Vogel und Ratsherr Balzer sprachen. Abschließend kündigte Kreisleiter Diestelkamp an, daß die Uerdinger Ratsherren in ihrer nächsten Sitzung über die Verleihung des Ehrenbürgerrechts des Stadtteils Uerdingen an Aldehoff befinden würden.

Dieses Ehrenbürgerrecht wurde Aldehoff durch Entschließung des Bürgermeisters Dr. Hürter vom 21. Mai 1938 zuerkannt. Die Aushändigung des Ehrenbürgerbriefes (s. Abb. 8) erfolgte in einer Sondersitzung der Ratsherren des Stadtteils Uerdingen am 21. September 1938¹¹³).

Friedrich Aldehoff ist am 7. November 1951 85jährig in Uerdingen gestorben¹¹⁴).

Abb. 8. Ehrenbürgerbrief für Friedrich Aldehoff; 21. Mai 1938



2.3 Dr. Emil Hürter (1938 — 1940)

In den vorstehend dargestellten Verhandlungen über das Ausscheiden Aldehoffs wurde seit Mitte 1937 stets Dr. Emil Hürter¹¹⁵⁾ als geeigneter Nachfolger ins Gespräch gebracht. Hürter trat im Jahre 1933 als Beigeordneter in den Dienst der Stadt Krefeld-Uerdingen a. Rh. und des Stadtteils Krefeld und wurde zunächst mit dem Rechts- und Kulturdezernat betraut. Nach der Kommunalisierung der Polizei in Krefeld-Uerdingen zum 1. April 1934 wurde Dr. Hürter auch zum Polizeidezernenten und ständigen Vertreter des Oberbürgermeisters als Polizeiverwalter bestellt¹¹⁶⁾.

Das förmliche Berufungsverfahren¹¹⁷⁾ für Dr. Hürter konnte erst eingeleitet werden, nachdem das Ausscheiden Aldehoffs definitiv feststand. Auffallend ist, daß für die Stadtverwaltung Krefeld-Uerdingen die federführende Bearbeitung nicht durch das Personalamt, sondern den Leiter des Rechtsamts, Rechtsrat Günther Sprenkman, erfolgte¹¹⁸⁾. Nach vorheriger Abstimmung mit Oberregierungsrat Luyken bei der Regierung Düsseldorf, vor allem wegen des beabsichtigten Verzichts auf die Ausschreibung der Stelle und wegen der Beteiligung der Ratsherren des Stadtteils Uerdingen, übermittelte Rechtsrat Sprenkman am 14. Februar 1938 den Entwurf für ein Einladungsschreiben an die Ratsherren dem Beauftragten der NSDAP nach der DGO, Kreisleiter Diestelkamp. Dieser veranlaßte einen Tag später Oberbürgermeister Dr. Heuyng und Bürgermeister Aldehoff, die Ratsherren der Stadt Krefeld-Uerdingen sowie des Stadtteils Uerdingen für den 22. Februar 1938 zu einer nichtöffentlichen Sitzung mit dem einzigen Tagesordnungspunkt „Beratung über die Berufung eines hauptamtlichen ersten Beigeordneten der Stadtgemeinde Krefeld-Uerdingen und des Bürgermeisters des Stadtteils Uerdingen“ zu laden¹¹⁹⁾. Der Verlauf der Sitzung, die im Sitzungssaal der Kreisleitung stattfand, ist dreifach dokumentiert: durch die amtliche Niederschrift (die dem Berufungsvorschlag beizufügen war), das Redemanuskript des Kreisleiters sowie eine detaillierte Aufzeichnung von Rechtsrat Sprenkman, der an der Sitzung „als Sachverständiger in Rechtsfragen“ teilnahm¹²⁰⁾. Die Sitzung begann mit einem kleinen Eklat, als Bürgermeister Aldehoff — weder eingeladen noch teilnahmeberechtigt — erschien und seine Teilnahme begehrte; diese wurde ihm schließlich widerstrebend vom Kreisleiter zugestanden mit der Bedingung, sich „jeder Stellungnahme zu enthalten“. Diestelkamp legte dann dar, aus welchen Gründen die Stelle zu besetzen sei und daß er in Abstimmung mit Gauleiter Florian zu der Auffassung gelangt sei, „daß der von mir vorgeschlagene Bewerber Dr. Hürter die Fähigkeiten und Eigenschaften besitzt, die dieses Amt erfordern“; Hürter sei „durch und durch Nationalsozialist“¹²¹⁾ und er erfülle die gesetzliche Voraussetzung der Befähigung zum Richteramt. Anschließend hatten die Ratsherren Ge-

legenheit zur „Äußerung“, der jedoch nur deklamatorische Bedeutung beizumessen ist. Einige schlagwortartige Äußerungen: „kalte Eingemeindung“ (Ratsherr Balzer), „Nichtachtung von Uerdingen“ (Ratsherr Holtz), „Vergewaltigung von Uerdingen“ (Ratsherr Dr. Klinkhammer), „Ein Krefelder [Beigeordneter, namentlich Dr. Hürter] könne niemals objektiv sein“ (Ratsherr Giesen), „der Gauleiter [sei] nicht eingehend und richtig unterrichtet“ (Ratsherr Schäfer). Nach weiterer Aussprache bestand nur Ratsherr Holtz darauf, daß seine Äußerungen in die amtliche Niederschrift aufgenommen wurden.

Am selben Tag gab auch Oberbürgermeister Dr. Heuyng die nach der DGO vorgeschriebene Stellungnahme ab und begrüßte den Berufungsvorschlag Dr. Hürter¹²²⁾. Der Vorschlag des Kreisleiters zur Berufung von Dr. Hürter als I. Beigeordneter der Stadt Krefeld-Uerdingen und als Bürgermeister des Stadtteils Uer-

dingen wurde am 23. Februar von Rechtsrat Sprenkman dem Regierungspräsidenten übermittelt¹²³⁾. Der Regierungspräsident leitete den Vorschlag des Kreisleiters unverzüglich und befürwortend an den Reichs- und Preußischen Minister des Innern weiter¹²⁴⁾ und führte aus, Dr. Hürter habe „bereits bei der Zusammenlegung der Polizei [...] Geschick bewiesen“ und er „halte ihn nach seiner ganzen Wesensart auch für durchaus geeignet, den neuen Posten zu versehen und im allgemeinen Interesse ausgleichend zu wirken“. Die Bedenken der Uerdinger Ratsherren bezögen sich nur auf die Eigenschaft Hürters „als Krefelder Beigeordneter“. Die „besonderen Eigentümlichkeiten der Stadt Krefeld-Uerdingen“ rechtfertigten überdies den Verzicht auf eine Ausschreibung der Stelle. Der Minister erklärte sich Mitte März mit der Berufung Dr. Hürters einverstanden; die Ernennung sei auszusprechen, sobald die Stelle durch das Ausscheiden des Bürgermeisters

Abb. 9. Stadtrat Dr. Hollatz, Kreisleiter Erich Diestelkamp, Bürgermeister Dr. Helm, Bürgermeister Dr. Hürter, Oberbürgermeister Dr. Heuyng (von links nach rechts); 14. August 1938



Aldehoff frei geworden sei¹²⁵). Hierauf wurde der Oberbürgermeister in Krefeld-Uerdingen angewiesen, Dr. Hürter zum 1. Mai 1938 zu ernennen¹²⁶). Durch Urkunde vom 30. April 1938 wurde Dr. Hürter zum I. Beigeordneten der Stadt Krefeld-Uerdingen a. Rh. und Bürgermeister des Stadtteils Uerdingen für die Zeit vom 1. Mai 1938 bis 30. April 1950 ernannt¹²⁷).

Bevor diese Ernennung vollzogen werden konnte, mußte Dr. Hürter zunächst als Beigeordneter des Stadtteils Krefeld verabschiedet werden¹²⁸). Oberbürgermeister Dr. Heuyng entließ Stadtrat Dr. Hürter im Rahmen einer Feierstunde im Sitzungssaal des Krefelder Rathauses am 30. April aus den Diensten des Stadtteils Krefeld¹²⁹). Danach führte er Dr. Hürter in sein neues Amt als I. Beigeordneter der Stadt Krefeld-Uerdingen a. Rh. durch Überreichung der Ernennungsurkunde ein. In dieser Eigenschaft behielt Dr. Hürter das gesamtstädtische Dezernat der Polizeiverwaltung¹³⁰). Die Einführung in das Amt des Bürgermeisters des Stadtteils Uerdingen erfolgte am selben Tag nach der Verabschiedung des Bürgermeisters Aldehoff¹³¹). In seiner Antrittsrede paraphrasierte Dr. Hürter überwiegend die Grundlagen der nationalsozialistischen Politik. Auf konkrete Uerdinger Belange ging er nur in einigen Sätzen ein: „Ich werde meine ganze Arbeitskraft einsetzen zum Wohle der Uerdinger Bürgerschaft und ihrer vielverzweigten Lebensäußerungen und Lebensformen, wobei mir wohl bewußt ist, daß die Industrie hier einen der bedeutsamsten Faktoren bildet. [...] Ich werde [...] nur das Ganze sehen und stets die Gemeinschaft vor das Einzelschicksal stellen. Dieser Grundsatz wird besonders betont bei der städtebaulichen Gestaltung, dem Siedlungsbau, der Lösung der Verkehrsfragen, der Grüngürtelpolitik und der Verschönerung des Rheinufers seine praktische Anwendung finden“. Zur Frage des künftigen Verhältnisses zu Krefeld führte Hürter aus, dies sei vorrangig in der Ortssatzung von 1930 festgelegt. „Diese Bestimmungen sind im Dritten Reiche nicht geändert und deshalb noch in Gültigkeit. Solange der Vertrag besteht, werde ich ihn erfüllen unter Wahrung aller berechtigten Uerdinger Belange. Ich werde alles daran setzen, den mir anvertrauten Stadtteil Uerdingen zu fördern und werde ihn niemals zur Bedeutungslosigkeit herabsinken lassen. Gleichzeitig bin ich auch I. Beigeordneter der Gesamtstadt [...]. Hieraus ergibt sich ohne weiteres, daß meine Einstellung gegenüber Krefeld vom Geiste echter Kameradschaft getragen wird“¹³²).

Die weitere Amtsführung von Bürgermeister Dr. Hürter in Uerdingen verlief unspektakulär. Auseinandersetzungen mit der Gesamtstadt blieben aus, da Übereinstimmung in der Zielsetzung bestand, die endgültige Vereinigung der beiden Stadtteile baldmöglichst zu vollziehen. Nachdem dies zum 1. April 1940 geschehen war, fiel das Amt des Bürgermeisters des Stadtteils Uerdingen — und mit ihm



Abb. 10. Verabschiedung Dr. Hürters als Beigeordneter des Stadtteils Krefeld und Verpflichtung als I. Beigeordneter der Gesamtstadt Krefeld-Uerdingen; 30. April 1938; stehend von links: Dr. Hürter, Dr. Heuyng; sitzend von links: Stadträte Dr. Hollatz und Dr. Erdtmann

die bislang getrennte und selbständige Verwaltung des Stadtteils Uerdingen — fort. Dr. Hürter blieb I. Beigeordneter der Stadt Krefeld und behielt die Amtsbezeichnung Bürgermeister, die durch die DGO den I. Beigeordneten in Stadtkreisen beigelegt war.

Nach der Besetzung durch die Alliierten im Frühjahr 1945 wurde zunächst Edmund Holtz¹³³) als Bürgermeister in Uerdingen eingesetzt. Sein Nachfolger Dr. Warsch, der ab 1. Juli 1945 als I. Beigeordneter der Stadt Krefeld angestellt wurde¹³⁴), firmierte zwar gelegentlich noch als Bürgermeister von Uerdingen beziehungsweise des Stadtteils Uerdingen, aber die Bestrebungen, den Zustand von vor 1940 wiederzuerlangen, blieben letztlich ohne Erfolg. Nach der Ernennung Dr. Warschs zum Oberbürgermeister der Stadt Krefeld Ende Februar 1946 gab es keinen Bürgermeister in Uerdingen mehr. Die Bezirksverwaltung Uerdingen wurde dezernatsmäßig von einem besonderen Beigeordneten der Stadt Krefeld geleitet, für dessen Wahl die Uerdinger Bezirksvertretung das Vorschlagsrecht hatte. Ab 1949 erhielt der Vorsitzende der Uerdinger Bezirksvertretung die Bezeichnung „Bezirksbürgermeister“¹³⁵). Diese Regelung blieb bis zur Einführung der neuen Bezirksverfassung im Jahre 1975 in Kraft.

3. Die Beigeordneten

In Uerdingen wurde der Bürgermeister bis zum Jahr 1940 grundsätzlich — mit einer Ausnahme — von unbesoldeten, also ehrenamtlich tätigen Beigeordneten vertreten. Eine Zuweisung besonderer Aufgaben (Ge-

schäfts- oder Dezernatsverteilung) für die Beigeordneten bestand nicht. Vor 1919 wurden die unbesoldeten Beigeordneten für eine Amtszeit von sechs Jahren¹³⁶) gewählt. Zum 31. August 1919 wurde die Wahlzeit sämtlicher unbesoldeter Gemeindevorstandsmitglieder, also auch die der Beigeordneten, durch Gesetz¹³⁷) beendet und deren Neuwahl angeordnet. Die hiernach — in Uerdingen am 27. Februar 1920 — gewählten ehrenamtlichen Beigeordneten wurden für eine Amtszeit von sechs Jahren bestätigt¹³⁸). Im Jahr 1924 erfolgte die Verknüpfung der Wahlzeiten der ehrenamtlichen Beigeordneten mit der Wahlzeit der jeweiligen Gemeindevertretung¹³⁹). Ab 1. Januar 1934 wurde die Amtszeit der Bürgermeister und der Beigeordneten, auch der unbesoldeten, einheitlich auf zwölf Jahre festgelegt¹⁴⁰), ab 1. April 1935 hingegen die Amtszeit der (neu bestellten) unbesoldeten Beigeordneten auf sechs Jahre reduziert.

Nach den Bestimmungen der Städteordnung für die Rheinprovinz von 1856 (§ 29) waren zu Beigeordneten nicht wählbar: Beamte der Kommunalaufsichtsbehörden, die „Gemeinde-Unterbeamteten“¹⁴¹), Geistliche, Kirchendiener und Lehrer an öffentlichen Schulen, richterliche Beamte (mit Ausnahmen) sowie die Beamten von Staatsanwaltschaft und Polizei. Seit 1919 beziehungsweise 1924 konnten alle Personen zu unbesoldeten Beigeordneten gewählt werden, die zur Gemeindevertretung wählbar waren¹⁴²). Diese Regelung trug der Tatsache Rechnung, daß die ehrenamtlichen Beigeordneten überwiegend aus dem Kreis der Mitglieder der Gemeindevertretung gewählt wurden. Im März 1933 verordnete das Preußische Staatsministerium¹⁴³), daß „besol-

deten gemeindliche Beamte [...] innerhalb ihrer Anstellungskörperschaft" nicht Beigeordnete sein und daß Bürgermeister und Beigeordnete „nicht gleichzeitig der Vertretungskörperschaft angehören" dürfen. Der Regierungspräsident Düsseldorf stellte hierzu ergänzend fest, daß diese Vorschrift auch auf unbesoldete Beigeordnete anzuwenden sei¹⁴⁵). Das Preußische Gemeindeverfassungsgesetz bestimmte mit Wirkung vom 1. Januar 1934, daß auch Reichs- und Staatsbeamte sowie Angestellte und Arbeiter der Gemeinde nicht gleichzeitig Beigeordnete sein können (§ 35). Die Deutsche Gemeindeordnung von 1935 schrieb diese Regelungen im großen und ganzen fort (§ 42).

Die Beigeordneten wurden zunächst von der Stadtverordnetenversammlung gewählt. Die gewählten Beigeordneten bedurften der Bestätigung durch den König beziehungsweise — seit 1919 — durch das Preußische Staatsministerium¹⁴⁶). Vor ihrem Amtsantritt wurden die Beigeordneten in der Stadtverordnetenversammlung vereidigt¹⁴⁷). Im April 1933 wurde die Bestätigung der Beigeordneten auf die Regierungspräsidenten übertragen¹⁴⁸). Ab 1934 entfiel die Wahl der Beigeordneten durch die Gemeindevertretung; an ihre Stelle trat die Berufung durch den Regierungspräsidenten auf Vorschlag des Bürgermeisters sowie die Anstellung durch die Gemeinde¹⁴⁹). Bis Ende 1933 wurde im Rahmen der Bestätigung der gewählten Beigeordneten auch die von der Gemeindevertretung zuvor festzusetzende Reihenfolge genehmigt, in der die Beigeordneten den Bürgermeister vertreten. Ab 1934 war der allgemeine Vertreter des Bürgermeisters grundsätzlich der I. Beigeordnete; die Reihenfolge, in der die weiteren Beigeordneten den Bürgermeister vertreten, war durch die Aufsichtsbehörde zu bestimmen. Nach Inkrafttreten der DGO richtete sich diese Reihenfolge nach dem Dienstalter. Die Beigeordneten in Uerdingen führten ab 1934 nach den Vorschriften von GVG beziehungsweise DGO die Amtsbezeichnung „Stadttrat"¹⁵⁰).

Am 1. August 1929, nach Inkrafttreten der kommunalen Neugliederung, sah das Beigeordnetenkollegium des nunmehrigen Stadtteils Uerdingen wie folgt aus: Erster Beigeordneter war der besoldete technische Beigeordnete Theodor Hencken¹⁵¹), zweiter Beigeordneter war Bankdirektor Franz Brüning¹⁵²), dritter Beigeordneter Fabrikdirektor Friedrich Bauer¹⁵³) und vierter Beigeordneter Kaufmann Peter Müller¹⁵⁴). Die drei unbesoldeten Beigeordneten gehörten der Zentrumspartei an. Nach der Wahl der Bezirksverordnetenversammlung war auch eine Neuwahl der unbesoldeten Beigeordneten erforderlich; diese erfolgte in der Sitzung der Bezirksverordneten am 6. Dezember 1929. Gewählt wurden Franz Brüning, Peter Müller und Dr. Karl Schwengers¹⁵⁵), die auch in dieser Reihenfolge den Bürgermeister an zweiter bis vierter Stelle vertreten sollten. Nach Bestätigung durch das Preußische Staatsministerium vom 23. Januar 1930 wurden die Beigeordneten in der Be-

zirksverordnetenversammlung am 7. Februar 1930 in ihr Amt eingeführt.

Am 19. Mai 1930 endete die zwölfjährige Amtszeit des I. Beigeordneten Hencken. Da Hencken für die künftige Leitung der Zweigverwaltung Uerdingen der Gas-, Wasser- und Elektrizitätswerke der Stadt Krefeld-Uerdingen a. Rh. vorgesehen war, beschloß die Bezirksverordnetenversammlung am 8. Mai 1930, die Stelle des besoldeten technischen Beigeordneten nicht mehr zu besetzen, sondern einzusparen. Statt dessen wurde die Stelle eines weiteren unbesoldeten Beigeordneten eingerichtet „und einem Beamten der Verwaltung des Stadtteils Uerdingen übertragen [...], so daß bei Verhinderung oder Abwesenheit des Bürgermeisters jeweils auf dem Rathaus ein Beamter ist, der als gesetzlicher Vertreter fungieren und zeichnen kann"¹⁵⁶). Die Bezirksverordnetenversammlung wählte hierzu den Uerdinger Stadtbaurat Andreas Stübe¹⁵⁷). Stübes Wahl zum vierten Beigeordneten wurde vom Preußischen Staatsministerium am 20. Mai 1930 bestätigt. Nach der Amtseinführung Stübes am 7. Juni 1930 wurde der Bürgermeister in Uerdingen in folgender Reihenfolge von den Beigeordneten vertreten¹⁵⁸): Franz Brüning, Peter Müller, Dr. Karl Schwengers, Andreas Stübe. Diese Regelung galt bis April 1933.

Die erforderliche Neuwahl der Beigeordneten nach der Kommunalwahl am 12. März 1933 stand in der Bezirksverordnetenversammlung am 4. April 1933 an¹⁵⁹). Gewählt wurden die Bezirksverordneten Rechtsanwalt Heinz Gebauer (NSDAP)¹⁶⁰), Dr. Karl Schwengers (Zentrum), Kaufmann Dr. Max Claessen (NSDAP)¹⁶¹) und Fabrikant Edmund Holtz (Kampffront Schwarz-Weiss-Rot)¹⁶²). Da Mitglieder der Bezirksverordnetenversammlung jedoch nicht mehr gleichzeitig das Amt eines unbesoldeten Beigeordneten ausüben durften¹⁶³), lehnten alle Gewählten einige Wochen später die Annahme der Wahl ab. Hiernach wurden in der Bezirksverordnetenversammlung am 3. Mai 1933 zu Beigeordneten gewählt: Stadtschulrat Josef Simons (NSDAP)¹⁶⁴), Kaufmann Peter Müller (Zentrum), Reichsbahnobergütervorsteher Hubert Fuhlrott (NSDAP)¹⁶⁵) und Bautechniker Theodor Feyen (Kampffront Schwarz-Weiss-Rot)¹⁶⁶). Der Regierungspräsident Düsseldorf beauftragte die gewählten Beigeordneten am 23. Mai „bis auf weiteres mit der kommissarischen Wahrnehmung der Geschäfte der unbesoldeten Beigeordneten des Stadtteils Uerdingen" und ordnete die Vertretung des Bürgermeisters in der genannten Reihenfolge an¹⁶⁷). Die Einführung der kommissarischen Beigeordneten erfolgte in der Bezirksverordnetenversammlung am 7. Juni¹⁶⁸).

Wegen Umzugs nach Düsseldorf mußte der I. unbesoldete Beigeordnete Josef Simons Ende November aus seinem Amt ausscheiden. Als neuen Beigeordneten wählte die Bezirksverordnetenversammlung am 8. Dezember 1933 den Kaufmann Norbert Vogel¹⁶⁹) und

bestimmte die Reihenfolge der Vertretung des Bürgermeisters wie folgt: Fuhlrott, Vogel, Feyen, Müller¹⁷¹). Mit dem Inkrafttreten des Gemeindeverfassungsgesetzes am 1. Januar 1934 war der I. Beigeordnete der allgemeine Vertreter des Bürgermeisters. Sofern — wie in Uerdingen — ein ständiger Stellvertreter des Bürgermeisters nicht bestellt war, war ein Beigeordneter von der Aufsichtsbehörde zum allgemeinen Vertreter zu bestimmen¹⁷²). Daher bat Bürgermeister Aldehoff Anfang Januar 1934 den Regierungspräsidenten, den I. Beigeordneten Fuhlrott zu seinem ständigen Vertreter zu bestimmen. Der Regierungspräsident hat dieser Bitte nicht entsprochen, da Fuhlrott als Reichsbeamter nicht mehr Beigeordneter sein und somit „auch nicht zum allgemeinen Vertreter gemäß § 8 Abs. 1 der Durchf. Verordnung vom 15.¹⁷³) 12. 1933 bestimmt werden" könne. Unter Hinweis auf die demnächst erfolgende Berufung neuer Beigeordneter hielt es der Regierungspräsident daher für „überflüssig, bis dahin noch einen besonderen allgemeinen Vertreter des Bürgermeisters zu bestimmen"¹⁷⁴). In der Zwischenzeit hatte Fuhlrott jedoch mit der Begründung seiner außerordentlichen Beanspruchung durch seine Funktionen als NSDAP-Ortsgruppenleiter und NSV-Gruppenwart sein Amt als Beigeordneter am 12. Januar 1934 niedergelegt¹⁷⁵). Nachdem Fuhlrott ausgeschieden war, Müller nach Lage der Akten sein Amt nicht mehr ausübte¹⁷⁶) und Vogel von der Regierung noch nicht berufen war, amtierte Feyen von Januar bis März 1934 als einziger und kommissarischer Beigeordneter in Uerdingen¹⁷⁷).

Durch Verfügung vom 17. März 1934¹⁷⁸) berief der Regierungspräsident Düsseldorf den Kaufmann Norbert Vogel für die gesetzliche Amtszeit von zwölf Jahren zum unbesoldeten Beigeordneten des Stadtteils Uerdingen. Vogel trat sein Amt am 1. April an. Am 22. März 1934 ersuchte der Regierungspräsident Bürgermeister Aldehoff, ihm „über die Berufung der übrigen, zurzeit noch kommissarischen unbesoldeten Beigeordneten zu berichten"; außerdem sehe er dem „Antrage auf Genehmigung der Reihenfolge Ihrer Vertretung durch die unbesoldeten Beigeordneten entgegen"¹⁷⁹). Am 18. Mai schlug Aldehoff dem Regierungspräsidenten vor, den Bautechniker Theodor Feyen zum unbesoldeten Beigeordneten zu berufen. Der Regierungspräsident entsprach diesem Vorschlag durch Verfügung vom 23. Juni; Feyen wurde zum 1. Juli 1934 auf die Dauer von zwölf Jahren angestellt¹⁸⁰).

In seinem Bericht vom 18. Mai hatte Aldehoff des weiteren angekündigt, daß er seine Vorschläge zur Besetzung der beiden freien Beigeordnetestellen noch einreichen werde. Dies geschah durch zwei Berichte vom 29. Mai, in denen Oberstleutnant a. D. Wilhelm Randebroek¹⁸¹) und Kaufmann Anton Steinhausen¹⁸²) zur Berufung als Beigeordnete des Stadtteils Uerdingen vorgeschlagen wurden¹⁸³). Steinhausen wurde durch Verfügung



Abb. 11. Bürgermeister Dr. Warsch, Beigeordnete und Stadtverordnete der Stadt Uerdingen 1925; stehend von links: H. Möllers, J. Fischer, Dr. K. Rath, Baurat Andreas Stübe, F. Lappe, H. Verbeek, Franz Brüning, Beigeordneter Heinrich Theissen, Bürgermeister Dr. Wilhelm Warsch, Beigeordneter Friedrich Bauer, Edmund Holtz, Dr. Fritz ter Meer, A. Beyersdorf, Herbertz; sitzend von links nach rechts: Kluhs, J. Wienen, Dr. Emil Feinendegen, Beigeordneter Peter Müller, Schwerter, W. Oehmen

des Regierungspräsidenten vom 24. August zum unbesoldeten Beigeordneten berufen. Hinsichtlich der Person Randebrocks hatte zunächst die Gauleitung Düsseldorf „Einwendungen in politischer Hinsicht“ erhoben¹⁴⁴. Vor diesem Hintergrund hielt es der Regierungspräsident für „zweckmäßig, die Berufung eines 4. unbesoldeten Beigeordneten fallen zu lassen, zumal 3 Beigeordnete nach meiner Auffassung für Uerdingen genügen“. Wenige Wochen später, am 18. September 1934, berief der Regierungspräsident dennoch Oberstleutnant a. D. Randebroek zum unbesoldeten Beigeordneten¹⁴⁵. Randebroek und Steinhausen wurden in der Sitzung der Ratsherren des Stadtteils Uerdingen am 19. September vereidigt und für zwölf Jahre in ihr Amt eingeführt.

Ab September 1934 amtierten somit als Beigeordnete des Stadtteils Uerdingen: Norbert Vogel, Theodor Feyen, Anton Steinhausen und Wilhelm Randebroek — in der Reihenfolge ihrer Berufung durch den Regierungspräsidenten, Regelungen hinsichtlich der Reihenfolge der Vertretung des Bürgermeisters waren nicht getroffen worden¹⁴⁶. Erst im Mai 1936 bestimmte Bürgermeister Aldehoff, daß ihn die Beigeordneten in folgender Reihenfolge zu vertreten haben. Erster Beigeordneter und allgemeiner Vertreter des Bürgermeisters Vogel, dann Steinhausen, Randebroek und Feyen¹⁴⁷.

In der Folgezeit gab es Veränderungen im Kollegium der Uerdinger Beigeordneten nur noch durch Ausscheiden einzelner Amtsinhaber. Die jeweils frei werdenden Stellen wurden nicht mehr besetzt, da nach dem Amtsantritt des Bürgermeisters Dr. Hürter absehbar wurde, daß die relative Selbständigkeit des Stadtteils Uerdingen über kurz oder lang beendet sein würde. Ende September 1938 legte der i. Beigeordnete Vogel sein Amt nieder, weil er aus beruflichen Gründen nach Köln umziehen mußte¹⁴⁸. Die Funktion des i. Beigeordneten nahm künftig Anton Steinhausen wahr. Im Dezember 1939 erklärte Beigeordneter Randebroek aus Altersgründen den Rücktritt von seinem Amt¹⁴⁹. Die beiden noch verbliebenen Beigeordneten Feyen und Steinhausen schieden zum 31. März 1940 aus ihren Ämtern, da die eigenständige Verwaltung des Stadtteils Uerdingen infolge der Vereinigung der Stadtteile Krefeld und Uerdingen zum 1. April 1940 aufgelöst wurde.

4. Aufbau und Gliederung der Verwaltung

Aufbau und Gliederung der Verwaltung des Stadtteils Uerdingen unterlagen in den Jahren 1929 bis 1940 mehreren Änderungen. Ausgehend von der Verwaltungsgliederung um 1930 wird die Entwicklung bis zum Jahr 1940 aufgezeigt¹⁵⁰.

Allgemeine Verwaltung / Personalwesen / Standesamt / Amtsvormundschaft, Jugendamt

Allgemeine Verwaltung, bis April 1934 mit Personalabteilung (ab 1934 Gesch.-Z. H — Hauptamt, ab 1938 Gesch.-Z. 2 — Verwaltungsdirektor mit Hauptamt, Hauptregistratur und Botenmeisterei): Ltd. Bürodirektor Adolf Rohé¹⁵¹ (bis 24. September 1930), danach Bürodirektor (ab 30. Januar 1937 Verwaltungsdirektor) Wilhelm Bues¹⁵²

Personalamt (April 1934 verselbständigt mit Gesch.-Z. II, ab 1938 Gesch.-Z. 3)¹⁵³; Stadtoberinspektor Hermann Krings¹⁵⁴ (bis November 1938), danach Bürgermeister Dr. Emil Hürter, Sachbearbeiter Stadtsinspektor Stander¹⁵⁵

Standesamt (ab 1934 Gesch.-Z. S, ab 1938 Gesch.-Z. 15); Standesbeamter: Ltd. Bürodirektor Rohé (April 1926 — 24. September 1930)¹⁵⁶, Bürgermeister Dr. Warsch (bis März 1933), Bürgermeister Aldehoff (bis 30. April 1938), Stadtsinspektor Wilhelm Pahlmeyer (1938 — 1945); stellvertretende Standesbeamte: Willi Bovenschen (1926 bis 1940), Hermann Brüggemann (1930 bis 1939), Wilhelm Bues (1918 bis 1945?) Wilhelm Pahlmeyer (seit 1936?), Johann (Jean) Winkmann (bis 1936)¹⁵⁷

Amtsvormund, Jugendamt (ab 1934 Gesch.-Z. J — Jugendamt, ab 1938 Gesch.-Z. 10 — Amtsvormundschaft und Juendum, 1939/40 Gesch.-Z. 9/10 — Wohlfahrtsamt, Jugendamt, Amt für Familienunterhalt); Amtsvormund: Studiendirektor i. R. Dr. August Baum (bis 30. November 1931)¹⁵⁸, Stadtsinspektor Hermann Brüggemann (1. Dezember 1931 bis 29. Februar 1939), Stadtsinspektor Heinrich Held (ab 1. März 1939)¹⁵⁹; Leiter des Jugendamtes: Ltd. Bürodirektor Rohé (bis 24. September 1930), Stadtsinspektor Bovenschen¹⁶⁰ (Oktober 1930 bis 1931 und 1. März 1939 bis 31. März 1940), Stadtsinspektor Hermann Brüggemann¹⁶¹ (1931 bis 28. Februar 1939)

Finanzamt, Steueramt, Schulamt

Finanzamt (ab 1934 Gesch.-Z. K — Kämmerei [bisher Finanzamt], ab 1938 Gesch.-Z. 5 — Stadtkämmerei), Leitung: Finanzdirektor (ab 1929 Stadtamtman) Wilhelm Bues¹⁶² (zweiter Beamter Oberstadtsekretär Alfred Gerten¹⁶³), ab Dezember 1938 Bürgermeister Dr. Hürter, Sachbearbeiter Stadtsinspektor Stander¹⁶⁴

Steueramt (ab 1934 Gesch.-Z. St. — Stadtsteueramt, ab 1938 Gesch.-Z. 7 — Stadtsteueramt), Leitung: Stadtamtman Wilhelm Bues (zweiter Beamter Oberstadtsekretär Alfred Gerten¹⁶⁵)

Schulamt (ab 1934 Gesch.-Z. Sch — Stadtschulamt, ab 1938 Gesch.-Z. 4 — Schulamt), Vorsteher: Oberstadtsekretär beziehungsweise Stadtoberinspektor Alfred Gerten¹⁶⁶



Abb. 12. Ortsgruppenleiter Rechtsanwalt Heinz Gebauer (Bildmitte); circa 1933

Rechnungsamt

Rechnungsamt mit Wirtschaftsstelle (ab 1934 Gesch.-Z. R, ab 1938 Gesch.-Z. 8 — Rechnungsprüfungsamt), Leiter: Rechnungsrevisor Johann Hermanns²⁰⁷, ab November 1938 Bürgermeister Dr. Hürter²⁰⁸

Wohlfahrtsamt

Wohlfahrtsamt (ab 1934 Gesch.-Z. W, ab 1938 Gesch.-Z. 9 — Wohlfahrtsamt, 1939/40 Gesch.-Z. 9/10 - Wohlfahrtsamt, Jugendamt, Amt für Familienunterhalt), Leiter: Stadtobersekretär (ab 1936 Stadtoberinspektor) Willi Bovenschen

Polizei- und Meldeamt

Polizei- und Meldeamt (ab 1934 Gesch.-Z. P — Polizeiamt, 1. November 1936 Eingliederung in die städtische Polizeiverwaltung Krefeld-Uerdingen a. Rh.), Leitung: Stadtoberinspektor Jean Winkmann²⁰⁹ (Anmerkung: Die Polizeiorganisation in Uerdingen wird in Kap. 5 dargestellt)

Stadtkasse

Stadtkasse (ab 1934 Gesch.-Z. St, ab 1938 Gesch.-Z. 6), Leitung: Stadtreisemeister Philipp Bautz²¹⁰

Bau- und Vermessungsamt/Stadtbad

Bauamt (ab 1934 Gesch.-Z. B — Bauamt [mit Stadtbad], ab 1938 Gesch.-Z. 11 — Stadtbauamt und Stadtbad), Leitung: Stadtbaurat Andreas Stübe²¹¹, technische Leitung des Stadtbades: Bademeister Hermann Rücker²¹²

Vermessungsamt (ab 1934 Gesch.-Z. V, ab

1938 Gesch.-Z. 12), Leitung: Stadtoberlandmesser Lambert Friedrichs²¹³)

Gartenamt und Friedhofsverwaltung

Gartenamt und Friedhofsverwaltung (ab 1938 Gesch.-Z. 13 — Gartenamt²¹⁴), Leitung: Städt. Gartenbauinspektor (ab 14. Dezember 1931 Gartenbauoberinspektor) Ernst Rocholl²¹⁵ (bis 19. April 1932), Friedhofsverwalter Arthur Liebelt²¹⁶ (April 1932 bis Februar 1933 beauftragt, Februar 1933 Garten- und Friedhofsverwalter, 1. Juli 1936 Städt. Garteninspektor)

Sparkasse

Sparkasse (ab 1934 Gesch.-Z. Sp.²¹⁷), Leitung: Sparkassenrendant Stefan Höffkes (bis circa 1937), danach Sparkassendirektor Hans Albers²¹⁸)

Schlachthof / Fuhrpark / Eisfabrik / Milchanstalt

Schlachthof [mit Fuhrpark, Eisfabrik und Milchanstalt] (ab 1934 Gesch.-Z. F — Fuhrpark und Schlachthof [mit Eisfabrik], ab 1938 Gesch.-Z. 16 — Schlachthof und Fuhrpark [mit Eisfabrik]²¹⁹), Leitung: Schlachthofdirektor Dr. Heinrich Bettendorf²²⁰ (bis 15. Oktober 1933), Stadttierarzt Dr. Wilhelm Hippmann²²¹ (16. Oktober 1933 bis 15. September 1935), Stadttierarzt Paul Hebestreit²²² (16. September 1935 bis 31. März 1937), Schlachthofdirektor Dr. Hans Geyr²²³ (bis 31. März 1940 beziehungsweise 31. Juli 1958)

Sonstige Ämter und Einrichtungen

Freiwillige Feuerwehr (ab 1934 Feuerlöschpolizei), Chef: der jeweilige Bürgermeister von

Uerdingen; Branddirektor: Fritz Mauritz sen. (1900 — circa 1935), Ernst Schwengers (ab circa 1935); am 1. November 1936 ging die Zuständigkeit für das Uerdingener Feuerwehrwesen auf die Feuerlöschpolizei Krefeld [-Uerdingen] über²²⁴)

Stadtbücherei (zuvor Volksbücherei): bis 1930 nebenamtliche Leitung durch Finanzdirektor Bues, ab 1. Januar 1931 durch Mittelschullehrerin a. D. Margarete Bauch (bis 30. November 1941)²²⁵)

Amt für Versicherungen (errichtet November 1936, ab 1938 Gesch.-Z. 14, 1940 Amtsstelle für Versicherungen), Leitung: Stadtinspektor Karl Oerter²²⁶)

Ernährungs- und Wirtschaftsamt (Gesch.-Z. 17), errichtet September 1939²²⁷), Leitung: Stadtoberinspektor Alfred Gerten

Zum 1. April 1940 wurden sämtliche Ämter des Stadtteils Uerdingen den entsprechenden Ämtern der Stadt Krefeld eingegliedert. Im Interesse einer ortsnahen Verwaltung blieben jedoch zahlreiche Einrichtungen als Außen- oder Zweigstellen der jeweiligen Stadtämter in Uerdingen unter dem Dach der Verwaltungsstelle Krefeld-Uerdingen (Amt 145) bestehen. Mit der Einführung der besonderen Bezirksverwaltung Uerdingen 1946 wurde an die Tradition der ehemals selbständigen Stadt Uerdingen beziehungsweise der „getrennten und selbständigen Verwaltung“ des Stadtteils Uerdingen im Rahmen des gemeindeverfassungsrechtlich Zulässigen wieder angeknüpft.

Abb. 13. Ortsgruppenleiter und Beigeordneter Hubert Fuhlrott; Aufnahme 1962





Abb. 14. Ortsgruppenleiter und Stadtoberinspektor Hermann Krings (links, 1939 als Bürgermeister in Dülken)

5. Die Polizeiverwaltung

In der ersten Hälfte des Jahres 1929 waren bei der städtischen Polizei in Uerdingen 20 Beamte, ein Beamtenanwärter und eine Bürogehilfin beschäftigt²²⁸), hiervon 18 Beamte im Polizeivollzugs- beziehungsweise Außendienst, die übrigen Bediensteten im Polizeieinpendienst (Polizeiverwaltung)²²⁹).

Am Tage des Inkrafttretens der kommunalen Neugliederung, am 1. August 1929, ordnete der Regierungspräsident Düsseldorf durch Funkspruch „mit sofortiger Wirkung folgendes an: Zwecks Gewährleistung der ununterbrochenen Durchführung des polizeilichen Dienstes werden in den [...] (neugegliederten) Gemeinden diejenigen kommunalen Polizeibeamten, die zur Durchführung der den staatlichen Polizeiverwaltungen auf Grund der für sie gültigen Regulative obliegenden polizeilichen Aufgaben erforderlich sind, in ihrer dienstlichen Verwendung bis auf anderweitige Regelung den zuständigen staatlichen Polizeiverwaltern unterstellt“²³⁰). Der Bürgermeister von Uerdingen, dem diese Verfügung erst am 16. August offiziell bekannt wurde, erkundigte sich am 7. August beim Regierungspräsidenten, „ob bezüglich der Verstaatlichung der Polizei in Uerdingen eine Entscheidung getroffen bzw. welche Regelung dieserhalb in Aussicht genommen ist“²³¹). Der Regierungspräsident übermittelte daraufhin die Abschrift des Funkspruchs vom 1. August mit der Anmerkung, daß es bei dieser Anordnung „bis auf weitere Entscheidung des Ministers des Innern [...] sein Bewenden“

habe“²³²). Durch Erlaß vom 17. August 1929²³³) ersuchte der Preußische Minister des Innern den Regierungspräsidenten in Düsseldorf, „die Verhandlungen wegen der Übernahme der kommunalen Polizeibeamten, die nach Eingliederung ihrer Gemeindebezirke in Bezirke mit staatl. Polizeiverwaltung [...] für eine Verwendung im Staatsdienst in Betracht kommen, sofort einzuleiten [...]“. Für die Übernahme kommen nur die kommunalen Verwaltungs- und Vollzugspolizeibeamten in Betracht, die vor der Eingliederung der Gemeindebezirke in diesen die polizeilichen Geschäfte wahrgenommen haben, die seit der Eingliederung [...] den staatlichen Polizeiverwaltungen obliegen, während den Gemeinden die Polizeibeamten überlassen werden müssen, die zur Erfüllung der ihnen verbliebenen polizeilichen Aufgaben nötig sind“. Der Polizeipräsident in Krefeld übermittelte diesen Erlaß dem Bürgermeister in Uerdingen und bat um Benennung der Beamten, die zum bedingungslosen Übertritt in den Staatsdienst bereit seien“²³⁴). Die Verhandlungen wegen der Übernahme von Uerdinger Polizeibeamten in den Staatsdienst zogen sich teilweise bis zum Frühjahr 1930 hin. Weiter unten wird kurz dargestellt, welche Beamten in den Staatsdienst übertraten beziehungsweise bei der Uerdinger Stadtverwaltung verblieben.

Die förmliche Übertragung der Polizeiverwaltung im Stadtteil Uerdingen auf den Polizeipräsidenten in Krefeld mit Wirkung vom 1. November 1929 erfolgte durch Beschluß des Preußischen Ministers des Innern vom 15.

Oktober 1929²³⁵); die Zuständigkeit der staatlichen Polizeiorgane im Stadtteil Uerdingen ergab sich aus dem Regulativ für die staatliche Polizeiverwaltung in Krefeld vom 16. Juni 1927²³⁶). Hiernach wurden auf die staatliche Polizei vornehmlich die folgenden Zuständigkeiten übertragen: Aufrechterhaltung der öffentlichen Sicherheit und Ordnung, die politische Polizei, die Fremdenpolizei (einschließlich des polizeilichen Paß- und Meldewesens), die Verkehrspolizei, die Kriminalpolizei, die Feuerpolizei (ohne Feuerwehr und feuerpolizeiliche Angelegenheiten der Baupolizei), bestimmte Bereiche der Gewerbepolizei, bestimmte ortspolizeiliche Befugnisse im Lichtspielwesen und im Jagdwesen, alle nicht aufgeführten Bereiche der Sicherheitspolizei.

Bei der weiterhin städtischen Polizeiverwaltung des Stadtteils Uerdingen verblieben im wesentlichen die folgenden Bereiche²³⁷): Allgemeine Polizeisachen, Bau-/Feuerpolizei, Wasser- und Hafenpolizei, Fischerei-Aufsicht, Gesundheits- und Veterinärpolizei, Schulpolizei, Marktpolizei, Obdachlosenpolizei, Feld-, Park- und Forstpolizei, Flurschutz, Gewerbepolizei (soweit nicht staatlich), Versicherungswesen, Einwohnermeldeamt, Lustbarkeitssteuern, Wohlfahrtswesen (Ausstellung von Bescheinigungen).

Die Übergabe der Uerdinger Polizei an den Polizeipräsidenten in Krefeld-Uerdingen a. Rh. fand am Mittag des 2. November 1929 im Sitzungssaal des Uerdinger Rathauses statt. Anwesend waren die Beamten der Uerdinger Polizei unter Führung von Bürgermeister Dr. Warsch und des Beigeordneten-Kollegiums sowie der Krefelder Polizeipräsident Wilhelm Elfes, sein Vertreter Regierungsrat Walter Voß, der Führer der Schutzpolizei, Oberstleutnant der Schutzpolizei August Rost und der Leiter der Kriminalpolizei, Kriminalrat Otto Dallinger²³⁸). Das im Anschluß an diese Übergabe gemachte Gruppenbild wird in Abb. 15 — soweit ersichtlich zum ersten Mal — veröffentlicht.

Von den 18 Uerdinger Beamten der Vollzugspolizei hatten sich zwölf bereit erklärt, in den Staatsdienst überzutreten; von diesen wurden schließlich neun Beamte endgültig übernommen²³⁹). Von den verbleibenden neun Beamten wurden fünf in die städtische Polizeiverwaltung übernommen, drei in anderen städtischen Einrichtungen angestellt, während der Verbleib eines Beamten nicht geklärt werden konnte²⁴⁰).

Die staatliche Polizei in Uerdingen bildete fortan das 7. (später 4.) Polizeirevier, das zunächst im Gebäude Krefelder Straße 2, dann am Marktplatz 23²⁴¹) untergebracht war. Dieses Revier war außer für den Stadtteil Uerdingen noch zuständig für den Rheinhafen, Linn und Gellep-Stratum. Das Inventar der Uerdinger Polizeiverwaltung übernahm die staatliche Polizeiverwaltung weitgehend, die Räumlichkeiten wurden von der Stadtverwaltung angemietet²⁴²).

Über den Personalbestand und die Geschäftsverteilung des städtischen Polizei- und Meldeamtes ist für Dezember 1931 eine genaue Übersicht überliefert²⁴³: Büroinspektor Jean Winkmann (Amtsvorsteher, stellvertretender Standesbeamter und Geschäftsführung des Standesamtes), Oberstadtsekretär Franz Hennen (Sachbearbeiter für die städtischen Polizeiangelegenheiten und für die Vergütungssteuer), Stenotypistin Josephine Surkamp (Erledigung von Büroarbeiten im Polizeibüro, insbesondere der mit dem Umtausch von Quittungskarten der Sozialversicherungen verbundenen Arbeiten), 1. Polizei-Hauptwachtmeister Johann Hoog (Wohnungspolizei, Ermittlungsbeamter für die Steuerverwaltung, Einkassieren der Mieten für die städtischen Wohnungen), Polizei-Hauptwachtmeister Peter Dyckers (Bereit-

schaftsdienst im Rathaus), Polizei-Hauptwachtmeister Karl Tackweiler (Marktpolizei und Revierdienst), Polizei-Oberwachtmeister Heinrich Wahl (Ermittlungs- und Revierbeamter, Flurschutz), Polizei-Oberwachtmeister Wilhelm Elspaß (Gewerbepolizei, ferner Beschäftigung im Außendienst der Stadtkasse). Die Bearbeitung von Baupolizei-Angelegenheiten oblag dem Stadtbauinspektor Hermann Hames im Uerdinger Bauamt.

Durch Verordnung vom 22. März 1934 ordnete der Preußische Minister des Innern an, „daß sämtliche ortspolizeilichen Befugnisse in den Stadtgemeinden Krefeld-Uerdingen, [...] vom 1. April 1934 ab wieder von den kommunalen Polizeiverwaltern wahrzunehmen sind“²⁴⁴. Hierdurch wurde die Behörde des Polizeipräsidenten in Krefeld-Uerdingen aufgelöst; ihre

Aufgaben wurden wieder auf die Gemeinde übertragen. Als Überleitungskommissar der früheren Staatlichen Polizeiverwaltung in Krefeld-Uerdingen a. Rh. wurde der Stellvertreter des Düsseldorfer Polizeipräsidenten, Oberregierungsrat Voigt, bestellt. Durch Erlaß vom 7. April 1934 machte der Preußische Minister des Innern „zur Behebung etwa bestehender Zweifel [...] darauf aufmerksam, daß gemäß § 3 P.V.G. der Oberbürgermeister der Gesamtstadt Krefeld-Uerdingen mit Wirkung vom 1. April 1934 Polizeiverwalter des gesamten Gebiets der [...] zu einem Stadtbezirk vereinigten Städte Krefeld-Uerdingen geworden ist“²⁴⁵. Zum Polizei-Dezernenten von Krefeld-Uerdingen wurde Stadtrat Dr. Hürter ernannt²⁴⁶.

Nach Bekanntwerden der Auflösung des Poli-

Abb. 15. Verstaatlichung der Uerdinger Polizei; 2. November 1929; vordere Reihe Bildmitte von links nach rechts: Oberstleutnant der Schutzpolizei August Rost (mit Schirmmütze), Polizeipräsident Wilhelm Eifes, Bürgermeister Dr. Warsch, Regierungsrat Walter Voß, Kriminalrat Otto Dallinger



zeipräsidiums Krefeld-Uerdingen versuchte Bürgermeister Aldehoff, für den Stadtteil Uerdingen wieder die Zuständigkeit in allen Polizeisachen zu erhalten²⁴⁷). Daher richtete Bürgermeister Aldehoff am 21. April 1934 an den Preußischen Minister des Innern die Bitte, der Stadt Uerdingen „wieder die gesamte Polizeigewalt zuzuweisen, wie sie von ihr vor der Verstaatlichung viele Jahre hindurch ausgeübt worden ist“. Uerdingen sei „wirtschaftlich durchaus in der Lage“, die erforderlichen Polizeibeamten — Aldehoff geht von insgesamt 16 Polizeivollzugsbeamten aus — zu unterhalten. „Sollte aber diesem Antrage auf Übertragung der gesamten Polizeiaufgaben aus staatlichen Gründen nicht entsprochen werden können, dann bitte ich zu verfügen, daß dem Stadtteil Uerd[ingen] die ortspolizeilichen Befugnisse überlassen werden, wie sie bisher gegenüber der staatlichen Polizei abgegrenzt waren und bis zur Verordnung²⁴⁸) vom 7. April d. J. bestanden haben [...]“. Diese Teilbefugnisse beziehen sich auf rein örtliche Dinge und verbleiben deshalb am besten in der Hand des örtlichen Polizeiverwalters²⁴⁹). Die letztgenannte Alternative fand die Zustimmung des Ministers, der sich durch Erlaß vom 19. Juni 1934 damit einverstanden erklärte, „daß dem Bürgermeister in Uerdingen diejenigen polizeilichen Gebiete in eigener Zuständigkeit verbleiben, die ihm während der Verstaatlichung der Polizei in Krefeld-Uerdingen belassen waren²⁵⁰). Hierdurch blieb die Polizeiverwaltung in Uerdingen einseitig organisatorisch und personell unverändert.

Offensichtlich ohne jede Vorwarnung wurde Bürgermeister Aldehoff am 8. September 1936 durch ein Schreiben des Oberbürgermeisters als Ortspolizeibehörde in Krefeld-Uerdingen a. Rh. vom Vortage von einem Erlaß des Reichsführers SS und Chefs der Deutschen Polizei im Reichsministerium des Innern vom 19. August 1936 in Kenntnis gesetzt²⁵¹). In dem Erlaß wurde das Einverständnis erklärt, „daß der Oberbürgermeister der Stadt Krefeld-Uerdingen als Polizeiverwalter die Wahrnehmung der polizeilichen Aufgaben und die Verwendung der Polizeivollzugsbeamten nach der sachlichen Zweckmäßigkeit anderweitig regelt“. Der Regierungspräsident Düsseldorf präziserte dies dahingehend, daß „die Übernahme [der kommunalen Restpolizei] [...] mit Wirkung vom 1. September 1936 ab unter Einschluß der im Stadtteil Uerdingen vorhandenen Verwaltungspolizei zu erfolgen“ habe²⁵²). Veranlassung hierzu wird ein Bericht des Oberbürgermeisters von Krefeld-Uerdingen vom 9. Juli 1936 gewesen sein, in dem unter anderem die organisatorische und personelle Situation der Restpolizei in Uerdingen geschildert und deren Übertragung auf die Gesamtstadt angeregt worden sein dürfte²⁵³).

Wie unvorbereitet diese Maßnahme Bürgermeister Aldehoff getroffen hat, belegt die Tatsache²⁵⁴), daß er noch am selben Tage zum Regierungspräsidenten eilte, „um gegen diesen neuen plötzlichen Eingriff, der zudem verfügt worden ist, ohne mich anzuhören,

sogleich energisch Stellung zu nehmen²⁵⁵). Aldehoff versuchte — zunächst mit Erfolg — Zeit zu gewinnen. Dies gelang ihm in einer Besprechung mit Stadtrat Dr. Hürter am 9. September, die dieser eigentlich angesetzt hatte, um die Modalitäten der Übergabe der Uerdinger Polizei zu erörtern, und einer weiteren Besprechung mit dem Regierungspräsidenten zwei Tage später, jeweils mit der Begründung, er wolle beim Minister auf eine Änderung des Erlasses vom 19. August 1936 hinwirken²⁵⁶). In einer umfangreichen Denkschrift vom 18. September bat Bürgermeister Aldehoff, „von der Neuerung abzusehen, da wir auf die Erhaltung unserer Selbständigkeit überall größten Wert legen und auch in der Lage sind, allen Aufgaben der uns verbliebenen Verwaltungspolizei in jeder Hinsicht gerecht zu werden“. Der Bericht schloß mit folgenden Sätzen: „Der Stadtteil Uerdingen erstrebt aber die Wiederaufrichtung seiner vollen städtischen Selbständigkeit und will seine alte Freiheit am freien deutschen Rhein in vollem Umfange zurückgewinnen. Auch aus diesem Grunde wenden wir uns gegen jede Schmälerung unserer öffentlichen Rechte. Wir wollen in unserem lebenskräftigen Gemeinwesen nicht Abbau, sondern Aufbau, und ich bitte in diesem Streben um Schutz und Unterstützung²⁵⁷). Unterstützt wurde Bürgermeister Aldehoff von der Uerdinger Industrie, die sich in einer Erklärung vom 17. September dafür aussprach, zumindest die Bau- und Gewerbepolizei sowie die Feuerlöschpolizei in Uerdinger Zuständigkeit zu belassen²⁵⁸).

Der Regierungspräsident teilte Bürgermeister Aldehoff am 16. Oktober 1936 mit, daß es ihm „leider nicht möglich [sei], ihrem Wunsche auf Beibehaltung der bisherigen Polizeiorganisation zu entsprechen. Ich habe mich vielmehr davon überzeugt, daß der Übergang der gesamten Exekutiv- und Verwaltungspolizei des Stadtteils Uerdingen an die Polizeiverwaltung der Gesamtstadt Krefeld-Uerdingen im unbedingten öffentlichen Interesse liegt. Dem Erlaß des Reichsführers SS und Chefs der Deutschen Polizei im Reichsministerium des Innern vom 19. 8. 1936 [...] ist deshalb in uneingeschränktem Umfang weitere Folge zu geben. Als Zeitpunkt für die Übergabe der Geschäfte bestimme ich den 31. Oktober ds. Js.“²⁵⁹). Gegen diesen Bescheid legte Bürgermeister Aldehoff Beschwerde ein „mit dem Antrage, die Verfügung aufzuheben und die bisherige Verwaltungspolizei gemäß dem Erlasse des Herrn Ministers des Innern vom 19. Juni 1934 dem Stadtteil Uerd[ingen] zu belassen²⁶⁰). Gelegentlich einer Vorsprache im Reichsministerium des Innern am 27. Oktober 1937, an der auch Ortsgruppenleiter Krings teilnahm, wurde Bürgermeister Aldehoff vom zuständigen Sachbearbeiter, Major Przibilla, mitgeteilt: „Es ist nichts zu machen. General Dalugee²⁶¹) [...] hat es so angeordnet und zugleich befohlen, es schleunigst einzurichten. Die Anordnung liegt im Zuge der allgemeinen, organisatorischen Neuordnung der Polizei, die auf der ganzen Linie durchgeführt werden soll. Krefelder Rücksichten scheiden

hier aus²⁶²). Bereits drei Tage später, am 30. Oktober, wurde zwischen dem Polizeidezernenten der Stadt Krefeld-Uerdingen, Stadtrat Dr. Hürter, und Bürgermeister Aldehoff die Übergabe der Polizei organisatorisch und personell zum 2. November 1936 verabredet²⁶³). Von der bisherigen Polizeiverwaltung verblieben dem Stadtteil Uerdingen lediglich eine inoffizielle Meldekartei, statistische Angelegenheiten und Versicherungssachen. Die Mehrzahl der in der Polizeiverwaltung Uerdings beschäftigten Beamten wurde von der Gesamtstadt übernommen, die nicht benötigten wurden mit anderweitigen Aufgaben innerhalb der Uerdinger Verwaltung beauftragt²⁶⁴).

Die Beschwerde Bürgermeister Aldehoffs gegen die Verfügung des Regierungspräsidenten Düsseldorf vom 16. Oktober wurde durch Bericht vom 2. November an den Reichsminister des Innern weitergeleitet. Dieser entschied am 19. November 1936²⁶⁵), den Antrag des Bürgermeisters von Uerdingen abzulehnen. Die Regelung des Erlasses vom 19. August „konnte nach dem ganzen Sachverhalt nur darin bestehen, die Restpolizei in Uerdingen aufzuheben und ihre Aufgaben dem Ortspolizeiverwalter in Krefeld-Uerdingen zu übertragen. [...] Die Zusammenfassung der Polizei in Krefeld-Uerdingen war auch aus luftschutztechnischen und taktischen Gründen erforderlich. Sie lag deshalb im öffentlichen Interesse²⁶⁶).

Hiermit war jegliche polizeiliche Kompetenz der Verwaltung des Stadtteils Uerdingen beendet. Den Versuch einer Restauration gab es 1945 nach dem Einmarsch der Alliierten, als in Uerdingen unter Leitung des Oberstleutnants Julius Freiherr von Bönninghausen eine zunächst eigenständige Polizeitruppe unter Aufsicht der amerikanischen Besatzung aufgestellt wurde. Doch schon nach kurzer Zeit wurde die Polizeiverwaltung Uerdings in die Polizeiverwaltung des Stadtkreises Krefeld überführt²⁶⁷).

6. Die „Verschmelzung“ der Stadtteile Krefeld und Uerdingen 1940

In den ersten Jahren nach der kommunalen Neugliederung, bis zum Jahre 1933, schienen sich alle Beteiligten mehr oder weniger gut in die neuen Verhältnisse gefügt zu haben. Uerdingen — als Juniorpartner der Stadt Krefeld-Uerdingen — achtete zwar peinlich auf die ihm zustehenden Rechte aus der Ortssatzung und den ergänzenden Verträgen, sah aber letztlich wohl keine realistische Chance, die Entwicklung rückgängig zu machen. Dies änderte sich schlagartig mit dem Wiedereintritt von Bürgermeister Aldehoff in die Uerdinger Verwaltung im April 1933, der bereits wenige Tage später Bürodirektor Bues anwies, „die Frage der völligen Wiederherstellung der kommunalen Selbständigkeit des Stadtteils Uerdingen vorzuprüfen²⁶⁸). Bürodi-

rektor Bues untersuchte diese Frage ausschließlich unter finanziellen Aspekten und kam in mehreren Aufzeichnungen zu dem Ergebnis, daß eine Wiederherstellung der Selbständigkeit Uerdingens verbundener sei²⁶⁹). Vor diesem Hintergrund vertraten auch die Kämmerer, das Rechnungsamt und die Stadtkasse am 22. August die Auffassung, daß „eine Loslösung bei den heutigen Verhältnissen nicht zu empfehlen“ sei²⁷⁰). Möglicherweise sah Bürgermeister Aldehoff in der vom Preußischen Staatsministerium beschlossenen Trennung der Städte Gladbach und Rheydt, die ebenfalls 1929 zusammengelegt worden waren, einen Präzedenzfall für Krefeld-Uerdingen²⁷¹).

Nach dem erfolglosen Antrag Bürgermeister Aldehoffs auf staatliche Verleihung der Bezeichnung „Stadt“ an den Stadtteil Uerdingen im Frühsommer 1934 (s. hierzu die Darstellung in Kap. 2.2) sah es zunächst so aus, als ob weitere Vorstöße Aldehoffs aussichtslos wären und daher unterbleiben würden. Im Frühjahr 1935 jedoch legte Oberbürgermeister Dr. Heuyng eine „Denkschrift über die Bildung der Stadtgemeinde Krefeld-Uerdingen a. Rh. unter Aufhebung der beiden Stadtteile Krefeld und Uerdingen“ vor²⁷²). Diese Denkschrift wurde in der Uerdinger Stadtverwaltung sehr eingehend analysiert und später zum Anlaß genommen, die Uerdinger Auffassungen in einer eigenen Denkschrift darzulegen²⁷³). Mit dem „Antrag des Stadtteils Uerdingen a. Rh. auf Wiederherstellung seiner vollen städtischen Selbständigkeit“ vom 7. November 1935²⁷⁴) bat Aldehoff die preußische Staatsregierung, „die Rheinstraße Uerdingen wieder in ihrer vollen Selbständigkeit aufzurichten, ihr die Kreisfreiheit zuzusprechen und die ersehnte alte Freiheit zurückzugeben“. Beide Denkschriften gehen übereinstimmend davon aus, daß der derzeitige Zustand auf Dauer nicht haltbar sei, kommen jedoch zu unterschiedlichen Lösungsvorschlägen.

Oberbürgermeister Dr. Heuyng und Bürgermeister Aldehoff hatten Gelegenheit, ihre Vorstellungen in einem Gespräch beim Regierungspräsidenten am 12. Dezember persönlich darzulegen; das Gespräch blieb jedoch ohne greifbares Ergebnis. Die in beiden Denkschriften gemachten Vorschläge lehnte der Regierungspräsident Düsseldorf nach Rücksprache mit dem Reichs- und Preußischen Minister des Innern am 28. Dezember 1935²⁷⁵) ab, da „einstweilen in dem bestehenden Zustande keine Änderung eintreten soll; jedoch steht außer Frage, daß die von dem Bürgermeister des Stadtteils Uerdingen beantragte Ausgemeindung Uerdingens aus der Gesamtstadt und die Erhebung des Stadtteils zu einer kreisfreien Stadt in Betracht kommt“. Oberbürgermeister Dr. Heuyng und die Krefelder Stadtverwaltung hielten sich in der Folgezeit zurück, wissend, daß die Zeit für ihre Vorstellungen arbeiten werde und daß sich das Problem erledigen werde, wenn Bürgermeister Aldehoff in absehbarer Zeit

nicht mehr im Amt sein würde. Bürgermeister Aldehoff hingegen legte gegen die Verfügung des Regierungspräsidenten vom 28. Dezember erfolglos Beschwerde ein und bezaferte in der Folgezeit unter anderen den Oberpräsidenten der Rheinprovinz und den Reichs- und Preußischen Minister des Innern sowie verschiedene Dienststellen der Partei mit seinem Anliegen, ohne etwas in der Sache zu erreichen²⁷⁶).

Eine letzte Demonstration der Eigenständigkeitsbestrebungen Aldehoffs war sein Versuch, „künftig zu den Tagungen der kreisfreien Städte eingeladen zu werden [...] [weil] der Stadtteil Uerdingen noch im wesentlichen selbständig sei“²⁷⁷). Auf dieses Begehren reagierte Oberbürgermeister Dr. Heuyng äußerst ungehalten, es gebe keine Stadt, sondern nur einen Stadtteil Uerdingen, „die Stadt heißt Krefeld-Uerdingen und deren Oberbürgermeister bin ich. Ich fühle mich stark genug, die Gesamtstadt zu vertreten. [...] Sollte der Bürgermeister Aldehoff trotzdem an derartigen Tagungen teilnehmen, so bedauere ich, nicht teilnehmen zu können“²⁷⁸). Damit war die Sache erledigt.

Nach dem Amtsantritt von Bürgermeister Dr. Hürter in Uerdingen waren die atmosphärischen Unstimmigkeiten zwischen Krefeld und Uerdingen, die auch von der zunehmenden persönlichen Abneigung zwischen Oberbürgermeister Dr. Heuyng und Bürgermeister Aldehoff beeinflusst wurden, offenkundig ausgeräumt. Dr. Hürter verstand sich in erster Linie als I. Beigeordneter der Gesamtstadt Krefeld-Uerdingen, nennenswerte Impulse zur Festigung der Stellung Uerdingens innerhalb der Gesamtstadt waren von ihm nicht zu erwarten.

Nach Kriegsausbruch im September 1939 glaubte Oberbürgermeister Dr. Heuyng, daß der Zeitpunkt für eine Veränderung des Verhältnisses zu Uerdingen günstig sei. In einer Aufzeichnung vom Herbst 1939 wurde die „Notwendigkeit der sofortigen Vereinigung von Krefeld und Uerdingen zu einem geschlossenen Gemeinwesen“ mit verwaltungsorganisatorischen Sachzwängen der Kriegszeit begründet²⁷⁹). Anlaß eines Gesprächs mit dem Kommunaldezernenten der Regierung Düsseldorf, Ministerialrat Triebel, am 26. Oktober 1939 trug Oberbürgermeister Dr. Heuyng seine Vorstellungen vor. Das Verhältnis Krefelds zu Uerdingen sei „nur ein großer Klotz am Bein“, „überall müsse unsinnige Doppelarbeit geleistet werden, außerdem stelle der heutige Zustand eine ungeheure Verteuerung dar, die umso weniger vertretbar sei, als mit Rücksicht auf die erhöhten Kriegslasten jedwede Einsparung angestrebt werden müsse“. Alle Voraussetzungen für eine sofortige Vereinigung seien geschaffen, „die widerstrebenden Personen und Träger eines ungesunden Selbständigkeitsgedankens seien verschwunden“²⁸⁰). Wie Dr. Heuyng weiter berichtete, stimmte Ministerialrat Triebel „dem in allem Umfang“ zu.

Am 21. November 1939 erörterte Dr. Heuyng die Angelegenheit mit dem zuständigen Ministerialrat Dr. Klamroth im Reichsministerium des Innern²⁸¹). Dr. Heuyng legte zunächst dar, „daß es sich in dem Fall ‚endgültige Verschmelzung der beiden Stadtteile Krefeld und Uerdingen‘ nicht um eine komplizierte juristische Frage handele, sondern um eine reine Auslegungsfrage der Ortssatzung bezw. des Vertragsverhältnisses zwischen den beiden Stadtteilen“²⁸²). Im Vermerk des Ministeriums, nicht dagegen in der Aufzeichnung Dr. Heuyngs, ist die Bitte des Krefelder Oberbürgermeisters festgehalten, daß es „im Interesse einer reibungslosen und schnellen Erledigung der Angelegenheit [...] indes erledigt [sei], daß die Anregung hierzu [also zur Vereinigung] vom Ministerium ausgehe. Für ihn wie besonders für den Bürgermeister Dr. Hürter wäre es immerhin mißlich, in dieser Sache die Initiative zu ergreifen, und sie würden sich gern darauf berufen können, daß der Herr Minister den Anstoß gegeben habe und dabei habe erkennen lassen, daß er die Beseitigung des jetzigen Zustandes wünsche“. Dr. Heuyng verließ Klamroth mit dessen Zusicherung, „daß die Sache sofort von ihm bearbeitet und erledigt würde“²⁸³). Am 28. November wies der Reichsminister des Innern den Regierungspräsidenten Düsseldorf an, „dem Oberbürgermeister in Krefeld-Uerdingen unverzüglich die Anregung zu geben, von dem § 23 der Ortssatzung vom 24. 4. 1930 [Möglichkeit der Verkürzung der Übergangszeit] Gebrauch zu machen und die demgemäß nötigen Schritte zu tun“²⁸⁴). Nachdem seit Inkrafttreten des Neugliederungsgesetzes zehn Jahre verstrichen sind, „erscheint es — zumal in Berücksichtigung des gegenwärtigen Kriegszustandes, unter dem jede mögliche Verwaltungsvereinfachung dringendes Gebot ist — an der Zeit zu prüfen, ob es unbedingt erforderlich ist, die für Krefeld-Uerdingen a/Rh. geltenden, in ihrer Art noch weitestgehend unverändert erhalten. M.E. ist die Frage ohne weiteres zu verneinen, da es auf der Hand liegen dürfte, daß durch den uneingeschränkten Zusammenschluß der beiden Stadtteile zu einem in jeder Hinsicht den Vorschriften der DGO entsprechenden Gemeinwesen dessen Verwaltung reibungsloser und vor allem auch billiger zu führen ist“. Der Regierungspräsident übersandte Abschrift des Erlasses am 22. Dezember mit dem Ersuchen, „das Weitere im Sinne des [...] Erlasses alsbald zu veranlassen“²⁸⁵).

In Ausführung des Erlasses und der Verfügung des Regierungspräsidenten wurden die Ratsherren der Gesamtstadt Krefeld-Uerdingen und der beiden Stadtteile Krefeld und Uerdingen zu jeweils getrennten Beratungen für den 25. Januar 1940 eingeladen²⁸⁶). Einziger Beratungsgegenstand war „Kürzung der Übergangszeit für die getrennte und selbständige Verwaltung der Stadtteile Krefeld und Uerdingen; die Übergangszeit soll am 31. März 1940 endigen (§§ 1 und 23 der Ortssatzung vom 24. April 1930)“.

In der Sitzung der Ratsherren des Stadtteils Uerdingen teilte Bürgermeister Dr. Hürter zunächst den Ministerialerlaß vom 29. November 1939 mit und legte dann „im einzelnen dar, welche Vereinfachungen und Ersparnisse sich bei einem vorbehaltlosen Zusammenschluß von Krefeld und Uerdingen erzielen lassen“. In der anschließenden Aussprache, an der sich alle Ratsherren laut Niederschrift „ausgiebig“ beteiligten, wurde Wert darauf gelegt, „daß alle jetzt noch vorhandenen städtischen Dienststellen nach Möglichkeit in Uerdingen verblieben“²⁹⁷). Zum Sprecher der Uerdinger Ratsherren und der zu berücksichtigenden Belange des Stadtteils machte sich Ratsherr Arndt, dessen Ausführungen nachstehend in Auszügen wiedergegeben werden²⁹⁸): „Seit Jahren beschäftigen uns [...] die Fragen, die sich aus dem Dachgemeinschaftsvertrag²⁹⁹) ergeben haben. Dieser Vertrag, der von dem ehemaligen Uerdinger Bürgermeister der Systemzeit [Dr. Warsch] aus egoistischem Interesse zustandegebracht wurde, [...] ist von Anbeginn an von der nationalsozialistischen Führung Uerdingens bekämpft worden, da er nur schwarz-roten Interessen dienen sollte [...]. Kein Mittel haben wir unversucht gelassen, den Dachgemeinschaftsvertrag zu beseitigen, um damit klare Verhältnisse zu schaffen. Entweder mußte das Ergebnis dieser Bemühungen die alte Selbstständigkeit unserer Rheinstadt oder aber der endgültige Zusammenschluß mit Krefeld sein. Das erstere, nämlich der Wunsch aller Uerdinger, konnte leider nicht mehr erreicht werden [...]. Wenn heute unsere Regierung auf dem Standpunkt steht, daß, um klare kommunale Verhältnisse im Sinne der Deutschen Gemeindeordnung zu schaffen, der Dachgemeinschaftsvertrag beseitigt werden muß, dann müssen wir dafür das notwendige Verständnis haben und können uns dieser nationalsozialistischen Auffassung nicht widersetzen. Wenn nun der Zusammenschluß erfolgen soll, so sind wir ebenso wie in der Vergangenheit mit Sorge für das Wohl der Uerdinger Bevölkerung erfüllt. Bei den in den vergangenen Jahren schon vorgenommenen Verwaltungsvereinfachungen und -zusammenlegungen haben wir leider immer wieder feststellen müssen, daß man sich allzu leicht von dem Gedanken der Verwaltungsvereinfachung leiten läßt und darüber oft die berechtigten Belange der Bevölkerung vernachlässigt. Wir haben nun aus den Ausführungen des Herrn Bürgermeisters entnommen, daß dies nach dem Willen aller Verantwortlichen in Zukunft anders werden wird. Dadurch wird uns der Schritt zur Gesamtstadt erleichtert“. Arndt nannte noch einige Bedingungen, die seitens der Uerdinger Ratsherren an die Vereinigung geknüpft würden: Wahrung und Förderung der heimatlichen Belange, Ausbau und Unterhaltung der Sportplätze, Erhaltung von Schlachthof und Gartenamt, Erhaltung notwendiger Betriebsstätten der Gas-, Wasser- und Elektrizitätsversorgung, Verbilligung der Straßenbahnfahrkarten zwischen Krefeld und Uerdingen, Förderung der Jugendpflege im bisherigen Umfang, finanzielle und mate-

rielle Förderung der NSDAP-Ortsgruppe und ihrer Gliederungen im bisherigen Umfang und Sicherung der Ansprüche der Uerdinger Beamten, Angestellten und Arbeiter gegen die Ruhegehaltskasse. Bürgermeister Dr. Hürter sicherte zu, den Belangen der Uerdinger Bürger Rechnung zu tragen und stellte heraus, „daß der Oberbürgermeister willens sei, den Stadtteil Uerdingen stark zu fördern und so zu betreiben, daß das in den früheren Jahren Versäumte sobald als möglich nachgeholt werde“. Hiernach verkündete Bürgermeister Dr. Hürter folgende Entschließung: „Nach Anhörung der Ratsherren — Widerspruch wurde von ihnen nicht erhoben — beschließe ich: Die in § 7 des Gesetzes über die Neugliederung des rheinisch-westfälischen Industriegebietes vom 29. Juli 1929 [...] in Verbindung mit § 1 der Ortssatzung vom 24. April 1930 für die getrennte und selbständige Verwaltung der Stadtteile Krefeld und Uerdingen festgesetzte Übergangszeit von 20 Jahren — die spätestens am 31. März 1949 endigen sollte — wird, in Anwendung des § 23 der Ortssatzung, auf den 31. März 1940 abgekürzt, sodaß — da der Oberbürgermeister von Krefeld je für die Gesamtstadt und für den Stadtteil Krefeld heute einen gleichlautenden Beschluß faßt — die vorbehaltlose und endgültige Vereinigung der Stadtteile Krefeld und Uerdingen mit dem 1. April 1940 in Kraft tritt“.

Nachdem der Oberbürgermeister nach Anhörung der Ratsherren der Gesamtstadt und des Stadtteils Krefeld zwei gleichlautende Entschließungen für beide Körperschaften gefaßt hatte, waren die juristischen Voraussetzungen für die Vereinigung von Krefeld und Uerdingen geschaffen; die Rechtmäßigkeit dieser Entschließungen ist im übrigen im Jahre 1946 bestätigt worden³⁰⁰). Der Oberbürgermeister berichtete über diese Entschließungen am 29. Januar an den Regierungspräsidenten³⁰¹), der seinerseits am 13. Februar dem Reichsminister des Innern Bericht erstattete³⁰²): Der Oberbürgermeister von Krefeld-Uerdingen habe „auf meine Anregung“ die Entschließungen herbeigeführt, dabei seien von den Ratsherren Einwendungen „in keiner Beziehung erhoben worden. Auch sind nach Mitteilung der Gauleitung vom 24. 1. 1940 seitens der NSDAP keine Bedenken hiergegen geltend gemacht worden, wobei vorausgesetzt wurde, daß die Verwaltungsstellen, die vorzugsweise dem Publikumsverkehr dienen, wie bisher in Uerdingen verbleiben. Dieser Voraussetzung wird Rechnung getragen werden“.

Zeitgleich wurde innerhalb der Stadtverwaltung Krefeld die Vereinigung beider Stadtteile hinsichtlich der erforderlichen verwaltungsorganisatorischen Maßnahmen vorbereitet³⁰³).

Im Zuge der Vereinigung der Stadtteile Krefeld und Uerdingen wurden die Ämter und Dienststellen des Stadtteils Uerdingen sämtlich mit den entsprechenden Ämtern der Stadtverwaltung Krefeld vereinigt. In Uerdingen verblieb

die Verwaltungsstelle Uerdingen unter Leitung von Verwaltungsdirektor Bues mit sieben Mitarbeitern. Außerdem wurden Außenstellen folgender städtischer Ämter in Uerdingen beibehalten: Amt 10 — Hauptamt (vor allem Botenmeisterei), Amt 12 — Standesamt, Amt 22 — Steueramt, Amt 23 — Stadthauptkasse, Amt 231 — Steuerkasse, Amt 24 — Sparkasse, Amt 39 — Versicherungsamt, Amt 40 — Schulamt, Amt 43 — Stadtbücherei, Amt 50 — Allgemeine Bauverwaltung, Amt 55 — Straßenbauamt, Amt 57 — Gartenamt, Amt 73 — Schlachthof, Amt 74 — Stadtbäder, Amt 79 — Wirtschafts- und Ernährungsamt, Amt 80 — Wohlfahrtsamt, Amt 84 — Amt für Familienunterhalt sowie eine Volkspflegerin vom Amt 82 — Gesundheitsamt³⁰⁴).

Eine weitere Auswirkung der Vereinigung war die Änderung des Gemeindepflichtens der Stadtgemeinde Krefeld-Uerdingen a. Rh. Außer der Krefelder Wirtschaft und der Krefelder Stadtverwaltung war es insbesondere die Deutsche Reichspost, die sich für eine Änderung des Namens in „Krefeld“ aussprach³⁰⁵). Daher bat Oberbürgermeister Dr. Heuyng am 15. Februar 1940 den Regierungspräsidenten, den Namen der Stadt Krefeld-Uerdingen a. Rh. in „Krefeld a. Rh.“ ändern zu lassen³⁰⁶). Der Regierungspräsident leitete diesen Wunsch am 10. April an den hierfür nach der DGO zuständigen Oberpräsidenten der Rheinprovinz weiter, der durch Anordnung vom 24. April 1940³⁰⁷) den Namen der Stadt Krefeld-Uerdingen a. Rh. in „Krefeld“ änderte. Danach blieb Krefeld-Uerdingen nur noch die amtliche Bezeichnung des Stadtteils Uerdingen. Die Vereinigung der Stadtteile Krefeld und Uerdingen sowie die Änderung des Gemeindepflichtens wurden im Amtsblatt der Regierung Düsseldorf am 11. Mai 1940 amtlich bekannt gemacht³⁰⁸).

Aus dem Protokoll der letzten Sitzung der Ratsherren des Stadtteils Uerdingen am 21. März 1940: „Der Bürgermeister [Dr. Hürter] spricht den Ratsherren den Dank für ihre Arbeit aus und verabschiedet sie mit guten Wünschen. Er spricht dabei nochmals die Überzeugung aus, daß der neuen Stadt und damit auch dem bisherigen Stadtteil Uerdingen aus dem Zusammenschluß eine reiche, zukunftsreiche Entwicklung erwachse“³⁰⁹).

Wenige Tage nach der Vereinigung, am 15. April 1940, schrieb der ehemalige Krefelder Oberbürgermeister Professor Dr. Adalbert Oehler an Dr. Heuyng³¹⁰): „Zur Beseitigung des unglücklichen Zwiespalts Krefeld-Uerdingen meine aufrichtigen Glückwünsche. Welche Mühe habe ich damals gehabt, um auf Wunsch des Herrn Kollegen Johansen eine dem Eingliederungsgesetz entsprechende[...] für das Ministerium annehmbare Ortssatzung so zu entwerfen, daß damit eine leidlich durchführbare Verwaltung möglich wurde“.

Abkürzungen

ABl.	Amtsblatt
BerBG	Gesetz zur Wiederherstellung des Berufsbeamtentums (1933)
Bgm.	Bürgermeister
DBG	Deutsches Beamtengesetz (1937)
DGO	Deutsche Gemeindeordnung (1935)
GS	Preußische Gesetzsammlung
GVG	(preußisches) Gemeindeverfassungsgesetz (1933)
GEW	Gas, Wasser und Elektrizität
Id.F.	in der Fassung
IHK	Industrie- und Handelskammer
I.R.	im Ruhestand
k.	kommissarisch(er)
KdR	Kommissar des Reichs
LdR	Landrat
Ltd.	Leitender
MBiV.	Ministerialblatt für die Preußische Innere Verwaltung (seit 1936: Ministerialblatt des Reichs- und Preußischen Ministeriums des Innern)
Mdl	Minister des Innern
OB	Oberbürgermeister
o.D.	ohne Datum
o.J.	ohne Jahreszahl
o.O.	ohne Ortsangabe
OP	Organisationsplan

ORR	Oberregierungsrat
PrMdl	Preußischer Minister des Innern
PVG	(preußisches) Polizeiverwaltungsgesetz (1931)
RdErl.	Runderlaß
RdVfg.	Rundverfügung
Reg.	Regierung, Regierungspräsident
RGBl.	Reichsgesetzblatt
RMdl	Reichsminister des Innern
RP	Regierungspräsident
RR	Regierungsrat
RuPrMdl	Reichs- und Preußischer Minister d. Innern
StA	Stadtarchiv
Vfg.	Verfügung
z.D.	zur Disposition
z.d.A.	zu den Akten
z.K.	zur Kenntnis

Bestand 10/1	Stadtverordnetenversammlung Krefeld[-Uerdingen]; Bezirksverordnetenversammlung Stadtteil Krefeld Oberbürgermeister 1933 — 1945
Bestand 16	Oberstadtdirektor seit 1945/46
Bestand 20	Verträge
Bestand 30	Personalakten
Bestand P	Personalakten Uerdingen
Bestand 9P	Personalakten Uerdingen
Bestand ZA	Zeitungsausschnitte

Bildsammlung

Nordrhein-Westfälisches Hauptstaatsarchiv, Düsseldorf (HStAD)

Bestand Regierung Düsseldorf

Bundesarchiv — Abteilungen Potsdam (BA-AP)

Rep. 15.01 Reichsministerium des Innern

Archiv des Uerdinger Heimatbundes
Nachlaß Friedrich Aldehoff [Handakten]

Stadtarchiv Viersen
Bildsammlung

Übersicht der benutzten Archivbestände

Stadtarchiv Krefeld (StA KR)

Bestand 4	Stadtverwaltung 1849 — 1933
Bestand 9	Stadt (beziehungsweise Stadtteil) Uerdingen

Anmerkungen

¹⁾ GS 1929. Zur Vorgeschichte des Gesetzes vgl. neuerdings Hein Hoebink, Mehr Raum — mehr Macht. Preußische Kommunalpolitik und Raumplanung im rheinisch-westfälischen Industriegebiet 1900 — 1933 (Düsseldorfer Schriften zur Neueren Landesgeschichte und zur Geschichte Nordrhein-Westfalens 26), Essen 1990, 164 — 234. Diese Untersuchung geht allerdings auf Krefeld-Uerdingen nur am Rande ein. — Zur Verwaltungsgeschichte Uerdingens vor 1929 kann immer noch der Beitrag von Carl Müller, Aus der Verwaltungsgeschichte Uerdingens von 1815 bis 1929, in Uerdinger Festschrift 1955, 85 — 97, herangezogen werden. Vgl. auch Joachim Lilla, Vor 65 Jahren Vereinigungsvertrag zwischen Krefeld und Uerdingen, in Rheinische Post Krefeld, Nr. 278, vom 30. November 1993.

²⁾ Diese Ortsatzung wurde am 24. April 1930 von den Vertretungskörperschaften der Stadt Krefeld-Uerdingen und der beiden Stadtteile Krefeld und Uerdingen verabschiedet und nach Genehmigung durch die Regierung Düsseldorf (25. April) am 29. April 1930 amtlich bekannt gemacht (Krefelder Zeitung, Nr. 214). Das Original der Ortsatzung ist als StA KR 30/17 archiviert; ferner liegen verschiedene Ausgaben im Druck vor (zum Beispiel StA KR 30/1264 und andere). Ergänzende Vereinbarungen, vor allem zu vermögensrechtlichen Fragen, wurden in mehreren Verträgen zwischen der Gesamtstadt und den Stadtteilen wie auch zwischen den Stadtteilen Krefeld und Uerdingen untereinander vom 24. April 1940 geregelt (vgl. StA KR 30/18 und 1263). Die Vorarbeiten für die Ortsatzung hat auf Bitten des Krefelder Oberbürgermeisters Dr. Johansen sein Amtsvorgänger (1905 — 1911) Professor Dr. Adalbert Oehler durchgeführt (vgl. StA KR 4/362).

³⁾ OB Dr. Johansen an OB I.R. Professor Dr. Oehler, 6. August 1929, StA KR 4/362, Bl. 2.

⁴⁾ Ziffer 10 der Erläuterungen Oehlers zum Entwurf der Ortsatzung [September 1929], ebd. Bl. 22. Vgl. auch

RuPrMdl an den Werberat der Deutschen Wirtschaft, 1. März 1935, Abschrift, StA KR 9/123, Bl. 8.

⁵⁾ § 8 der Ortsatzung vom 24. April 1930.

⁶⁾ § 9 ebd.

⁷⁾ Als Siegel des Stadtteils Uerdingen wurde das alte Uerdinger Stadtwappen verwendet mit der Umschrift „Stadt Krefeld-Uerdingen a. Rh. — Stadtteil Uerdingen“; hiervon sind zwei Ausführungen überliefert (s. Abb. 1a und 1b). Bis Ende der dreißiger Jahre waren bei der Verwaltung in Uerdingen zwei Eingangsstempel gleichermaßen in Gebrauch, der eine mit dem Text „Stadt Uerdingen a. Rh.“, der andere mit dem Text „Stadtgemeinde Krefeld-Uerdingen a. Rh. — Stadtteil Uerdingen“ (s. Abb. 1c und 1d).

⁸⁾ Friedrich Aldehoff (22. Januar 1866 — 7. November 1951), Juni 1891 — 1893 Justizdienst, Dezember 1893 — 31. Mai 1897 Beigeordneter in Mülheim/Rhein, 1. Juni 1897 — 21. Juni 1898 Beigeordneter in Münster/Westf., 23. Juni 1898 — 18. Mai 1901 l. Beigeordneter in Oberhausen/Rheinland, 19. Mai 1901 — 18. Mai 1925 Bürgermeister der Stadt Uerdingen (ab 31. Januar beziehungsweise 6. Februar infolge Inhaftierung beziehungsweise Ausweisung durch die belgische Besatzung an der Ausübung seines Amtes verhindert), August 1925 — März 1933 beim Landratsamt Münster beschäftigt, September 1927 — Juli 1928 zugleich Hilfsdezernent bei der Provinzialverwaltung Westfalen, 3. April 1933 k. Bürgermeister des Stadtteils Uerdingen, 14. Mai 1933 k. l. Beigeordneter der Stadt Krefeld-Uerdingen, 5. Juni 1934 l. Beigeordneter der Stadt Krefeld-Uerdingen und Bürgermeister des Stadtteils Uerdingen, bis 30. April 1938 (Personalakte Stadt[teil] Uerdingen StA KR P 11720/1 — 2, Personalakte Stadt Krefeld[-Uerdingen] StA KR P 11720/3; Personalvorgang RP Düsseldorf HStAD Reg. Düsseldorf 47606 — 47608; Nachlaß [vor allem Briefe und Urkunden, das Dienstverhältnis mit der Stadt Uerdingen betreffend] im Archiv des Uerdinger Heimatbundes).

⁹⁾ K. LdR Krefeld an RP Düsseldorf, 17. Februar 1923, in HStAD Reg. Düsseldorf 47606. Haftbefehl und Ausweisungsverfügung gegen Aldehoff befinden sich im Nachlaß Aldehoff (Uerdinger Heimatbund).

¹⁰⁾ Vermerk von Oberstadtssekretär Bues, 6. Februar 1923, in StA KR P 11720/1, vom Beigeordneten Heinrich Theissen am 17. Juli 1923 „vorläufig z.d.A.“ geschrieben.

¹¹⁾ Bgm. Uerdingen an LdR Krefeld, 2. Februar 1924, in StA KR 9P/204; dort auch die folgenden Vorgänge.

¹²⁾ Dr. Ewald Haastert (geboren am 30. Mai 1898), August 1922 Regierungsreferendar, 1923/24 dem Landratsamt Essen zur Ausbildung zugewiesen, 29. Februar - 18. August 1924 stellvertretender Bürgermeister der Stadt Uerdingen, später Tätigkeit als Regierungsrat in Schleswig, Mitte 1933 Versetzung zum Polizeipräsidenten Bielefeld (MBiV 1933, 731), Anfang 1934 als stellvertretender Leiter der Staatspolizeistelle Bielefeld nachgewiesen (Handbuch über den Preußischen Staat 1934, 694), Mitte 1939 Oberregierungsrat bei der Regierung Karlsbad (MBiV 1939, 1403), 1942 versetzt zum Oberpräsidenten in Königsberg/Pr. (MBiV 1942, 1588), 1944 ins Generalgouvernement abgeordnet (MBiV 1944, 703) (Personalvorgang Stadt Uerdingen StA KR 9P/204).

¹³⁾ Dr. Franz L. Lubszynski (23. Januar 1901 — [Anfang Mai?] 1955), Sohn des Krefelder Beigeordneten und Oberbaurats Ludwig Lubszynski, 19. August 1924 als Regierungsreferendar stellvertretender Bürgermeister der Stadt Uerdingen, 19. Mai - 23. August 1925 k. Vertreter des Bürgermeisters von Uerdingen (unter anderem Herausgeber des Festbuchs zur Jahrtausendfeier der Rheinlande 1925, Uerdingen Juni 1925), später Tätigkeit in der Verwaltung, bis 1933 Rechtsrat in Essen (dasselbst in der Liste der Rechtsräte des Obergerichtes auf eigenen Antrag gestrichen [MBiV 1933, 906]), nach dem Krieg Tätigkeit in der Elektrizitätswirtschaft (Personalvorgang Stadt Uerdingen StA KR 9P/296; Nachrufe Rheinische Post und Neue Rhein-Zeitung Krefeld, 3. Mai 1955).

¹⁴⁾ Am 18. Mai 1925 endete die (zweite) reguläre Amtszeit von Bürgermeister Aldehoff.

¹⁵⁾ *Député Supérieur à Crefeld an Ldr Krefeld*, 27. April 1925, Abschrift, in StA KR P 11720/1.

¹⁶⁾ Bgm. Aldehoff, Münster, an Bürgermeisteramt Uerdingen, 5. Mai 1925, ebd.

¹⁷⁾ Stadtverordnetenversammlung 18. Mai 1925, Nr. 55; die Protokollbücher der Stadt- beziehungsweise Bezirksverordnetenversammlung Uerdingen sind in StA KR 9/3657—3659 archiviert. Wortlaut der Stellenausschreibung StA KR P 1863b, Bl. 1.

¹⁸⁾ Krefelder Zeitung Nr. 360, 31. Juli 1925; *Niederheinsches Echo/Uerdinger Zeitung*, 31. Juli 1925: „Es war für die Stadtväter keine leichte Aufgabe, unter 64 Bewerbern den richtigen Mann herauszufinden. Da galt es zu sieben und zu prüfen nach allen Seiten hin. Manche Sitzung im Plenum und aber auch manche Zusammenkunft der Parteien mußte stattfinden“.

¹⁹⁾ Dr. Wilhelm Warsch (6. Dezember 1895 — 30. Dezember 1969), Zentrum, nach 1945 CDU, 1914 Justizanwärter Landgericht Mönchengladbach, Juli 1920 informatorische Beschäftigung bei der Stadtverwaltung Viersen, 15. Juli 1920 wissenschaftlicher Hilfsarbeiter bei der Stadtverwaltung Mönchengladbach, 8. Juni 1921 Direktor des Wohnungsamtes ebd., 1. April 1922 Stadt-Direktor und Dezernent ebd., 17. September 1925 Bürgermeister der Stadt Uerdingen, 1. August 1929 zugleich Stellvertreter des k. Bürgermeisters der Stadt Krefeld-Uerdingen a. Rh., 11. Juni 1930 l. Beigeordneter der Stadt Krefeld-Uerdingen a. Rh. und zugleich Bürgermeister des Stadtteils Uerdingen, Mitte März 1933 vorläufig beurlaubt, 3. März 1934 Entlassung, 16. Juli 1935 Versetzung in den Ruhestand, 1934 — 1945 Tätigkeit als Syndikus einer Krankenhausesgenossenschaft in Köln, 1. Juli 1945 — 28. Februar 1946 l. Beigeordneter der Stadt Krefeld und Bürgermeister in Uerdingen, 28. Februar 1946 Oberbürgermeister der Stadt Krefeld, 23. Februar 1947 Regierungspräsident in Köln, 30. Juni 1957 Versetzung in den Ruhestand (Personalakte Stadt[teil] Uerdingen StA KR P 1863b; Personalakte Stadt Krefeld-Uerdingen) StA KR P 1863a; Vorgänge, die Entlassung 1933/34 beziehungsweise Versetzung in den Ruhestand 1935 betreffend, StA KR 4/2501, 2503, 2520, P1863c, 5430, 5431, 7443, 16/373; Personalvorgang RP Düsseldorf HSIAD Reg. Düsseldorf 47559—47560 [1925—1937]; über Warsch vgl. unter anderem Emil Feinendegen in *Uerdinger Rundschau* 1965, Heft 12, 13 ff., und in *Stadtbürgerliche Briefe* 236, Krefeld, Februar 1971).

Die Person Warschs wäre in jedem Fall eine eingehendere Untersuchung sowohl als Repräsentant des politischen Katholizismus am Niederrhein von der Weimarer Zeit bis in die ersten zwei Dekaden der Bundesrepublik als auch als Inhaber einer überdurchschnittlichen (politischen) Beamtenkarriere wert. Im Zusammenhang mit der Uerdinger Ortsgeschichte wäre es ferner interessant, einmal der Frage nachzugehen, ob und welche Beziehungen in den Jahren zwischen 1933 und 1945 zwischen Warsch und Uerdingen bestanden haben, insbesondere zu ehemaligen Zentrums- und kirchlichen Kreisen. Archivrektor Schulte machte mich auf einen Vorgang im Pfarrarchiv St. Heinrich, Uerdingen, aufmerksam, in dem sich Pfarrer Paul Müller (1897 — 1957), seit 1937 Pfarrer an St. Heinrich, vgl. *Katholisches Krefeld* 2, 1988, 587) auf seine Jugendfreundschaft mit Warsch beruft (beide wären in Viersen geboren). Vielleicht hat Warsch direkt oder indirekt dazu beigetragen, dem Anfang 1937 aus politischen Gründen mit Aufenthaltsverbot im Regierungsbezirk Aachen belegten und vorübergehend in Berlin tätigen Müller zur Pfarrstelle in Uerdingen zu verhelfen, im Diözesanarchiv Aachen sind entsprechende Vorgänge aber nicht überliefert.

²⁰⁾ Über Brückmann wurden weitere Angaben nicht ermittelt.

²¹⁾ Stadtverordnetenversammlung 30. Juli 1925, Nr. 108.

²²⁾ Stadtverordnetenversammlung 17. September 1925, Nr. 122; vgl. auch StA KR P 1863b, Bl. 28—33.

²³⁾ Vgl. Stadtverordnetenversammlung Uerdingen 8. November 1929, Nr. 283. Die Wahlen zur Bezirksverordnetenversammlung Uerdingen (wie auch zur Stadtverordnetenversammlung Krefeld-Uerdingen a. Rh. und zur Bezirks-

verordnetenversammlung Krefeld) fanden am 17. November 1929 statt.

²⁴⁾ Anordnung des RP Düsseldorf über die kommissarische Verwaltung der Stadtgemeinde und des Stadtkreises Krefeld-Uerdingen a. Rh. vom 30. Juli 1929, StA KR 4/360, Bl. 3 f.

²⁵⁾ Teilnehmer waren der Bürgermeister, die Fraktionsführer, die Beigeordneten, die Mitglieder des Vertrauensausschusses und die in Uerdingen gewählten Mitglieder der Stadtverordnetenversammlung, Niederschrift StA KR P 1863b, Bl. 206.

²⁶⁾ Hans Fladung (geboren am 11. Februar 1898), 1924 — 1933 Mitglied des Preußischen Landtags (KPD), Redakteur der „Arbeitertribüne“, 1925 — 1927 in Krefeld wohnhaft, wurde von den drei Uerdinger KPD-Bezirksverordneten gewählt. Friedrich Aldehoff von den beiden Bezirksverordneten des Nationalen Blocks (Feyen, Randebröck); vgl. Stimmzettel der Bürgermeisterwahl, StA KR P 1863b, Bl. 214.

²⁷⁾ Drei Stimmzettel lauteten auf „nein“, vier ungültige auf Fladung und ein weiterer ungültiger war nicht beschrieben, StA KR P 1863a, Bl. 5.

²⁸⁾ Ebd., Bl. 5 f.

²⁹⁾ Ebd., Bl. 22 — 25. Als l. Beigeordneter der Gesamtstadt verwaltete Dr. Warsch ein eigenes Dezernat mit den Aufgabengebieten Versicherungsamt, Statistisches Amt, Volks- und sonstige Zählungen, war stellvertretender Vorsitzender des Versicherungsamtes und des Gemeinschaftsausschusses der Stadtverordnetenversammlung und Mitglied im Aufsichtsrat der Krefelder Straßenbahn AG (Dezernateinteilung für die Verwaltung der Gesamtstadt [...] und des Stadtteils Krefeld ab 1. Mai 1931). Als l. Beigeordneter der Gesamtstadt vertrat Dr. Warsch den Oberbürgermeister an erster Stelle; außerdem vertrat er den Oberbürgermeister des Stadtteils Krefeld an zehnter Stelle (Beschlüsse der Stadtverordnetenversammlung und der Bezirksverordnetenversammlung Krefeld vom 29. Juli 1930). Die Anstellungsurkunde — datiert vom 10. Januar 1931 — wurde Bürgermeister Dr. Warsch am 13. Januar 1931 zugestellt, StA KR P 1863a, Bl. 34 f.

³⁰⁾ Sammlung von Presseberichten und Flugblättern in StA KR 4/2520 (dort auch ein Flugblatt der NSDAP-Ortsgruppe wohl nach dem 7. März 1933, dem das Zitat entnommen wurde). Zur Angelegenheit Krings (vgl. auch Anm. 104) s. Bgm. Dr. Warsch, zur Zeit Köln, an RP Bergemann, 18. März 1933, in HSIAD Reg. Düsseldorf 51368, und den berichtigten Wahlvorschlag der NSDAP für die Uerdinger Bezirksverordnetenversammlung vom Februar 1933, StA KR 9/73, Bl. 41. Zur Flaggenfrage hatte der PrMdi (KdR) wohl am 6. März den folgenden Funkpruch herausgegeben: „In Freude über den außerordentlichen Wahlerfolg hat die Bevölkerung vielerorts das Hissen der Hakenkreuzfahne auf staatlichen und kommunalen Dienstgebäuden verlangt und durchgesetzt. Ich bitte dieser verständlichen Volksstimmung in den nächsten Tagen Rechnung zu tragen“. (Abschrift StA KR 9/3, Bl. 268a; vgl. auch „Das Flaggem“, in *Kölnische Zeitung*, Nr. 131, vom 7. März 1933 [StA KR 4/50, Bl. 160]). Warsch hingegen stützte seine Rechtsverwahrung auf § 2 Abs. 1 der Verordnung des Preußischen Staatsministeriums (KdR) vom 2. März 1933 (GS 35), nach dem in den Landesfarben Schwarz-Weiß zu flaggen sei.

³¹⁾ Abschrift der Genehmigungsverfügung des RP Düsseldorf vom 24. Februar 1933, StA KR P 1863b, Bl. 293; diesem Vorgang ist jedoch die Dauer des ursprünglich genehmigten Urlaubs nicht zu entnehmen. In den Personalakten Dr. Warsch sind die Vorgänge zur (weiteren) Beurlaubung nicht enthalten. — Zum Antrag auf Amtsenthebung vgl. Wilhelm Randebröck an Friedrich Aldehoff, Münster, 17. März 1933, in Nachlaß Aldehoff (Uerdinger Heimatbund).

³²⁾ Bgm. Dr. Warsch, zur Zeit Köln, an RP Bergemann, 18. März 1933, in HSIAD Reg. Düsseldorf 51368 (Hervorhebungen im Original unterstrichen); Luftfahrtverein Krefeld e.V., Generaldirektor Carl Kipper, 14. März 1933, Arnold Willemsen, 15. März 1933, sämtlich an RP Düsseldorf, ebd. Vgl. ferner Bgm. Dr. Warsch, zur Zeit Köln, an RP Bergemann, 25. März 1933, ebd.

³³⁾ Krefelder Zeitung, Nr. 138, vom 16. März 1933; *General-Anzeiger*, Nr. 76, und *Niederheinsche Volkszeitung*, Nr. 76, vom 17. März 1933; *General-Anzeiger*, Nr. 83, vom 25. März 1933 (Hervorhebungen im Original gesperrt). Die Pressemitteilung des RP Düsseldorf wurde aufgrund eines Vortrages bei RP Bergemann am 25. März am folgenden Tag entworfen und am 27. März vom zuständigen Regierungsdirektor Hild abschließend gezeichnet, übrigens in aktenmäßigem Zusammenhang mit der am selben Tag erfolgten Bestellung von Aldehoff zum k. Bürgermeister in Uerdingen, Vorgänge in HSIAD Reg. Düsseldorf 51368. Am selben Tag, am 25. März, wurde auch der dem Zentrum angehörende Polizeipräsident in Krefeld-Uerdingen, Wilhelm Eifes, in den einstweiligen Ruhestand versetzt; vgl. Albert Eßer, Wilhelm Eifes 1884—1969 (VeröffdKommZeitg 8 53), Mainz 1990, 108.

³⁴⁾ Vgl. OB Krefeld-Uerdingen a. Rh., 30. März 1933, StA KR 4/2103, Bl. 123; k. Bgm. Uerdingen an RP Düsseldorf, 6. April 1933, StA KR 16/373, Bl. 2. Dr. Warsch war zu diesem Zeitpunkt der einzige beurlaubte Beamte des Stadtteils Uerdingen.

³⁵⁾ StA KR 4/2503, Bl. 4; k. Bürgermeister Uerdingen an Dr. Warsch, 9. Mai 1933, ebd., Bl. 6.

³⁶⁾ Bezirksverordnetenversammlung 7. Juni 1933, Nr. 457 (§ 4 des Gesetzes zur Wiederherstellung des Berufsbeamtentums [BerBG] vom 7. April 1933 [RGBl. I 175] hatte folgenden Wortlaut: „Beamte, die nach ihrer bisherigen politischen Betätigung nicht die Gewähr dafür bieten, daß sie jederzeit rückhaltlos für den nationalen Staat eintreten, können aus dem Dienst entlassen werden. [...]“ Vgl. Hans Mommsen, *Beamtentum im Dritten Reich* [Schriftenreihe der Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte 13], Stuttgart 1966, 49). Zum Protest der dem Zentrum angehörenden Uerdinger Bezirksverordneten gegen diesen Beschluß vgl. Hans-Peter Hansen, *Die Affäre Busch*, in „die Heimat“, 64, Krefeld 1993, 38 — 55[53]. Es würde den Rahmen dieser Arbeit sprengen, das Verfahren nach § 4 BerBG gegen Dr. Warsch hier darzustellen. Vgl. hierzu im einzelnen die Vorgänge in StA KR 16/373, P 1863a-c, P 5430. Parallel zu diesem Verfahren wurde am 1. September 1933 gegen Dr. Warsch ein Dienststrafverfahren wegen vermeintlicher finanzieller Unregelmäßigkeiten während seiner aktiven Dienstzeit in Uerdingen eingeleitet, das jedoch Anfang 1934 eingestellt wurde. Dr. Warsch ist im Sommer 1933 nach Köln umgezogen, wo er als Syndikus einer Krankenhausesgenossenschaft ein neues berufliches Tätigkeitsfeld gefunden hatte; der RP Düsseldorf hatte ihn dieserhalb am 25. September von seiner ihm „gesetzlich obliegenden Residenzpflicht in Krefeld-Uerdingen a. Rh.“ entbunden, StA KR P 1863a, Bl. 48.

³⁷⁾ StA KR P 5430, Bl. 30; zum Zeitpunkt der Zustellung ebd., Bl. 40 und 43.

³⁸⁾ RuPrMdi an Dr. Warsch, Köln, Abschrift, StA KR P 1863a, Bl. 124. § 6 BerBG lautete i. d. F. des Gesetzes vom 23. Juni 1933 (RGBl. I, 389): „(1) Zur Vereinfachung der Verwaltung oder im Interesse des Dienstes können Beamte in den Ruhestand versetzt werden, auch wenn sie noch nicht dienstunfähig sind [...]. Wenn Beamte aus diesen Gründen in den Ruhestand versetzt werden, so dürfen ihre Stellen nicht mehr besetzt werden. (2) Abs. 1 Satz 2 findet auf Wahlbeamte der Gemeinden [...] keine Anwendung [...].“ vgl. Mommsen, 50.

³⁹⁾ Wilhelm Randebröck an Friedrich Aldehoff, Münster, 17. März 1933, in Nachlaß Aldehoff (Uerdinger Heimatbund); zu Randebröck vgl. Anm. 183. Das erwähnte Telegramm Randebröcks an Aldehoff wurde am 15. März mittags in Duisburg aufgegeben und hatte im wesentlichen folgenden Wortlaut: „Falls Beauftragung zum kommissarischen Bürgermeister Uerdingen erfolgt bitte dringend anzunehmen [...]. Die Gesprächsteilnehmer seitens der NSDAP sind nicht bekannt, es dürfte aber in jedem Fall der damalige Ortsgruppenleiter Heinz Gebauer (vgl. Anm. 161) anwesend gewesen sein, der sich später dahingehend äußerte, er habe Aldehoff zurückgeholt, um ihm „eine Rehabilitierung gegenüber den schwarzen Maßnahmen der Systemzeit zu gewähren“ (Gebauer nach einer Aufzeichnung von OB Dr. Heuyng, 14. Dezember 1937, StA KR 16/197, Bl. 105).

⁴⁰⁾ PrMdi (KdR) an RP Düsseldorf, 17. März 1933, in HSIAD Reg. Düsseldorf 51368. Dort findet sich auch ein mysteriöser Hinweis auf ein SPD-Mitglied namens Mux, „der

gesetzlicher Vertreter des beurlaubten Bürgermeisters in Krefeld-Uerdingen" sein soll, und als Vertreter des Bürgermeisters ungeeignet ist". Der PrMdI stützt sich auf eine Information des Landtagsabgeordneten Mißmahl. Ein Mißmahl jedenfalls ist zu keinem Zeitpunkt in der Verwaltungsspitze der Gesamtstadt oder der Stadtteile tätig gewesen; der Name ist auch ausweislich der Krefeld-Uerdingen Adreßbücher 1931/32 und 1934 nicht nachgewiesen.

⁴¹⁾ Fritz Mißmahl, 1931 — 1933 Mitglied des Preußischen Landtags (NSDAP), 1933 — 1935 Landrat des Rhein-Wupper-Kreises, Juni 1935 — Februar 1937 Vizepräsident der Landesversicherungsanstalt der Rheinprovinz.

⁴²⁾ PrMdI (KdR) an RP Düsseldorf, 29. März 1933, in BA-AP Rep. 15.01 Nr. 2233. Der Minister bat erneut um „schleunigen Bericht“. Dieser Erlaß kreuzte sich offensichtlich mit dem Bericht des RP Düsseldorf vom 27. März (vgl. Anm. 43). Durch Erlaß vom 4. April erklärte sich der PrMdI mit der kommissarischen Berufung Aldehoffs einverstanden, ebd.

⁴³⁾ RP Düsseldorf an Bgm. i. R. Aldehoff, Münster, 27. März 1933, in HStAD Reg. Düsseldorf 51368. Gleichzeitig setzte der RP den PrMdI und den I. Beigeordneten des Stadtteils Uerdingen, Brüning, von der Ernennung Aldehoffs in Kenntnis, ebd. Die — undatierte — Austerlegung der Ernennung Aldehoffs befindet sich im Nachlaß Aldehoff (Uerdingen Heimatbund). Zum Entwurf einer Uerdingen Pressemitteilung vom 29. März vgl. StA KR P 11720/2.

⁴⁴⁾ Friedrich Aldehoff an RP Düsseldorf, 29. März 1933, in HStAD Reg. Düsseldorf 51368. Aldehoff teilte ferner mit, er benötige noch einige Tage, um seine „hiesigen Dienstgeschäfte beim Landratsamt [...] Münster abzuwickeln“. Zum Dienstantritt vgl. k. Bgm. Uerdingen an RP Düsseldorf, 3. April 1933, ebd.

⁴⁵⁾ Redemanuskript Aldehoff in StA KR P 11720/2; Bezirksverordnetenversammlung 4. April 1933 Nr. 418.

⁴⁶⁾ § 1 des Gesetzes, betreffend Einführung einer Altersgrenze vom 15. Februar 1920 (GS 621) in der Fassung des Gesetzes vom 8. Februar 1924 (GS 73).

⁴⁷⁾ Staatssekretär Ludwig Grauert (1891 — 1964, 1933 — 1936 Ministerialdirektor beziehungsweise Staatssekretär im PrMdI beziehungsweise RuPrMdI) war neben Regierungspräsident Schmid (Düsseldorf) und Gauleiter Florian Ehrengast beim Krefelder Reit- und Springturnier am 8. und 9. Juli 1933 (vgl. General-Anzeiger, Nr. 158, 10. Juli 1933). Gelegentlich dieses Besuchs genehmigte Grauert — wohl mit Zustimmung Florians — die Beurlaubung von Oberbürgermeister Hüpper und die Bestellung von Dr. Heuyng zum k. Vertreter des Oberbürgermeisters von Krefeld-Uerdingen sowie die im Folgenden dargestellte Personalangelegenheit Aldehoffs. Grauert war ein Neffe von Aldehoff (vgl. StA KR 16/197, Bl. 160 und 163).

⁴⁸⁾ RP Düsseldorf an PrMdI, 10. Juli 1933, in BA-AP Rep. 15.01 Nr. 2233.

⁴⁹⁾ PrMdI an den Preußischen Ministerpräsidenten, den übrigen Staatsministern z. K., 12. Juli 1933, ebd. Eine vergleichbare Regelung wurde bereits durch das Gesetz über eine Ergänzung des Gesetzes, betreffend die Einführung einer Altersgrenze vom 4. Juli 1933 (GS, 230) getroffen. Hierbei ging es um die Besetzung der Stellen des Oberbürgermeisters in Essen (Dr. Theodor Reismann-Grohne [1863 — 1949, 1933 — 1937 OB in Essen]) und des Stadtkämmerers der Hauptstadt Berlin (Karl Friedrich Steiniger [geboren 1864, 1933 — 1934 Stadtkämmerer in Berlin]). Weitere gesetzliche Ausnahmen in Preußen sind nicht bekannt.

⁵⁰⁾ GS 258. Die Unterstreichungen wurden offenbar im Hafentaxamt vorgenommen, da die Kopie vom ehemaligen Dienstexemplar der GS dieses Amtes gefertigt wurde.

⁵¹⁾ PrMdI an RP Düsseldorf, 14. Juli 1933, in BA-AP Rep. 15.01 Nr. 2233; in diesem Erlaß wurde auch „ergebenst das bereits mündlich erteilte Einverständnis zu der Beurlaubung des Oberbürgermeisters Hüpper [...] und zu der Bestellung des Dr. Heuyng zum kommissarischen Oberbürgermeister in Krefeld-Uerdingen“ bestätigt. Abschriften dieses Erlasses wurden dem k. OB von Krefeld-Uerdingen und dem k. Bgm. von Uerdingen jeweils durch Vgl. des RP Düsseldorf vom 17. Juli 1933 übermittelt, StA KR P 11720/3, Bl. 1, StA KR P 11720/2.

⁵²⁾ PrMdI an RP Düsseldorf, 20. Juli 1933, in BA-AP Rep. 15.01 Nr. 2233. Von diesem Erlaß setzte der RP Düsseldorf den Oberbürgermeister von Krefeld-Uerdingen durch Vgl. vom 30. Juli 1933 weisungsgemäß in Kenntnis, in StA KR P 11720/2.

⁵³⁾ K. OB Dr. Heuyng an Bgm. Aldehoff, 23. Juli 1933, Dankschreiben Aldehoffs vom 27. Juli, in StA KR P 11720/2. Dr. Alois Heuyng (24. Mai 1890 — 18. März 1973), 9. Juli 1933 k. OB, 27. September 1933 — 2. März 1945 OB der Stadt Krefeld-Uerdingen.

⁵⁴⁾ Vermerk RP Düsseldorf, LdR i. e. R. Dr. Hüthenheim, 19. Juli 1933, StA KR P 5430, Bl. 15 (Anmerkung: Für die in StA KR P 5430 überlieferten Vorgänge war der RP Düsseldorf aktenbildende Stelle.)

⁵⁵⁾ Fragebogen zur Durchführung des Gesetzes zur Wiederherstellung des Berufsbeamtentums, 7. August 1933, in StA KR P 11720/2.

⁵⁶⁾ Fragebogen, 14. April 1937, HStAD Reg. Düsseldorf 47607, Bl. 1 ff.; NSDAP-Mitgliedsnummer 3 762 277, als einzige weitere Funktion innerhalb der Gliederungen der NSDAP nennt Aldehoff „Sturmann der SA im Sturm 11/40“.

⁵⁷⁾ NSDAP-Gauleitung Düsseldorf an RP Düsseldorf, 1. Dezember 1933, ebd. Bl. 4.

⁵⁸⁾ RP Düsseldorf an Bgm. Uerdingen, 31. Oktober 1933, in StA KR P 11720/2 (betr. Überprüfung nach §§ 2 — 4 BerBG).

⁵⁹⁾ Bezirksverordnetenversammlung 8. Dezember 1933, Tagesordnungspunkt 1.

⁶⁰⁾ Manuskript Aldehoff, 8. Dezember 1933, in StA KR P 11720/2.

⁶¹⁾ Stadtverordnetenversammlung Krefeld-Uerdingen, 22. Dezember 1933, Tagesordnungspunkt 1.

⁶²⁾ Desgl., 27. November 1933, Tagesordnungspunkt 1.

⁶³⁾ K. Bgm. Uerdingen an PrMdI über den RP Düsseldorf 9. Dezember 1933, HStAD Reg. Düsseldorf 47607; dieser Bericht ist vom Regierungspräsidenten nicht an den Minister des Innern weitergeleitet worden.

⁶⁴⁾ OB Krefeld-Uerdingen an RP Düsseldorf, 7. Februar 1934, ebd. Bl. 23 — 31.

⁶⁵⁾ RP Düsseldorf an PrMdI, 14. März 1934, in BA-AP Rep. 15.01 Nr. 2233.

⁶⁶⁾ Dies ist der einzige überlieferte Nachweis der Zusage Aldehoffs, nach einiger Zeit von seinem Amt zurücktreten zu wollen, die in den späteren Jahren noch eine Rolle spielen wird.

⁶⁷⁾ PrMdI an OB Krefeld-Uerdingen, Bgm. Aldehoff, RP Düsseldorf, 24. März 1934, abgesandt 4. April 1934, ebd. Am 21. April unterrichtete Bürodirektor Bues sämtliche Dienststellen davon, daß die bisherige Bezeichnung „k. Bürgermeister“ fortzufallen, sie laute jetzt „Der Bürgermeister“ (Vgl. 21. April 1934, StA KR 9/219).

⁶⁸⁾ HStAD Reg. Düsseldorf 47607, Bl. 44 f.

⁶⁹⁾ RdErl. des PrMdI vom 26. Februar 1934, MBlV 271, zu § 2, Abschnitt 12.

⁷⁰⁾ Bgm. Uerdingen an RP Düsseldorf, 22. Mai 1934, StA KR 9/123, Bl. 1 ff.

⁷¹⁾ RP Düsseldorf an Bgm. Uerdingen, 6. Juni 1934, ebd. Bl. 4.

⁷²⁾ Bgm. Uerdingen an RP Düsseldorf, 22. Juni 1934, ebd. Bl. 6 f.

⁷³⁾ RP Düsseldorf an PrMdI, 18. August 1934, in BA-AP Rep. 15.01 Nr. 2233.

⁷⁴⁾ PrMdI an RP Düsseldorf, 27. August 1934, ebd.; entsprechend RP Düsseldorf an Bgm. Uerdingen, 5. September 1934, StA KR 9/123, Bl. 7a.

⁷⁵⁾ Vorgang aus September/Oktober 1934 in StA KR P 11720/2. Die von Aldehoff vertretene Rechtsauffassung war übrigens irrig, da § 6 der Ortsatzung, auf die sich Aldehoff beruft, ausdrücklich die Verpflichtung beinhaltet, den (Ober-)Bürgermeister der Gesamtstadt bei längerer Abwesenheit zu informieren.

⁷⁶⁾ Vorgang StA KR P 11720/3, Bl. 34 — 36.

⁷⁷⁾ Ratsherrensitzung Uerdingen 14. Januar 1936. Weitere Vorgänge sowie Programm der Nordlandreise in StA KR 9/452.

⁷⁸⁾ Vgl. HStAD Reg. Düsseldorf 47607, Bl. 49 — 54. Staatssekretär Meissner übersandte zudem ein Führerbild mit Widmung.

⁷⁹⁾ Vermerk von OB Dr. Heuyng über die Besprechung beim Regierungspräsidenten, 13. Oktober 1936, StA KR 16/197, Bl. 130 ff.

⁸⁰⁾ RGBI. I 39; das Gesetz trat am 1. Juli 1937 in Kraft. Die einschlägigen Bestimmungen lauteten:

§ 68 (2) „Wenn dringende dienstliche Rücksichten der Verwaltung im Einzelfall die Fortführung der Dienstgeschäfte durch einen bestimmten Beamten fordern, kann die Reichsregierung auf Antrag der Obersten Dienstbehörde den Eintritt in den Ruhestand über das 65. Lebensjahr hinauschieben [...]“.

§ 68 (3): „Ein Ruhestandsbeamter, der das 65. Lebensjahr vollendet hat, darf nicht wieder zum Beamten ernannt werden, ist er ernannt, so ist er zu entlassen“.

§ 172 (1): „Hat ein Beamter zum Zeitpunkt des Inkrafttretens dieses Gesetzes [...] die Altersgrenze bereits erreicht, so tritt er, wenn die Altersgrenze nicht verlängert wird (§ 68 Abs. 2), nach den bisherigen Vorschriften, spätestens jedoch mit Ende der drei Monate in den Ruhestand, die auf den Monat des Inkrafttretens dieses Gesetzes folgen“. — Hierüber wurde OB Dr. Heuyng im Rahmen einer Dienstbesprechung beim Regierungspräsidenten am 19. Februar und bei einer Besprechung mit ORR Luyken am 1. März 1937 unterrichtet, Vermerke von OB Dr. Heuyng, 19. Februar und 1. März 1937, StA KR 16/197, Bl. 127 f.

⁸¹⁾ Vermerk von Bgm. Dr. Helm über eine Besprechung zwischen RP Schmid und OB Dr. Heuyng, 23. März 1937, ebd. Bl. 126. — Dr. Robert Helm (7. Juli 1879 — 25. Februar 1955), bayerischer Kommerzienrat, 24. Oktober 1930 Beigeordneter in Krefeld, September 1933 Stadtkämmerer der Gesamtstadt und (2.) Bürgermeister (i. Beigeordneter) des Stadtteils Krefeld, 1. April 1940 Stadtkämmerer der Stadt Krefeld unter Beibehaltung der Amtsbezeichnung „Bürgermeister[z. D.]“.

⁸²⁾ Besprechung mit ORR Luyken (wie Anm. 80).

⁸³⁾ OB Dr. Heuyng an RP Schmid, 24. April 1937, Abschriften an Gauleiter Florian und Kreisleiter Diestelkamp, ebd. Bl. 122 — 125. Zum Glückwunsch Aldehoffs vgl. StA KR 9/2, Bl. 6. Die gleiche Formel wurde auch 1936 (unbeanstandet) und 1938 verwendet, ebd. Bl. 1 und 9a.

⁸⁴⁾ Vermerk von OB Dr. Heuyng, 30. April 1937, ebd. Bl. 121. — Erich Diestelkamp (geboren am 7. Juli 1900), 1. September 1934 k. Kreisleiter, November 1934 — 2. März 1945 Kreisleiter der NSDAP in Krefeld (ab 1938 Krefeld-Kempen), Mitglied des Reichstages.

⁸⁵⁾ Desgl., 7. Juni 1937, ebd. Bl. 120.

⁸⁶⁾ Bgm. Uerdingen an RP Düsseldorf, 27. April 1937, in StA KR P 11720/2.

⁸⁷⁾ RP Düsseldorf an RuPrMdI, 7. Juli 1937, in BA-AP Rep. 15.01 Nr. 1712.

⁸⁸⁾ Die Verordnung zur Durchführung des DBG vom 29. Juni 1937 (RGBI. I, 661) bestimmte in Ziff. 3 zu § 68, daß es für eine vor dem 1. Juli 1937 beschlossene Verlängerung der Altersgrenze keines erneuten Beschlusses bedürfe. Die Regelung des Gesetzes vom 17. Juli 1933 (Anm. 50) ist als ein solcher Beschluß anzusehen.

⁸⁹⁾ RuPrMdI an RP Düsseldorf, 2. September 1937, HStAD Reg. Düsseldorf 47608, Bl. 7v.

⁹²⁾ Ebd. Bl. 10. Nach einer Aufzeichnung Aldehoffs sei ihm der Rücktritt unter Hinweis auf die — nicht vorhandene — Absicht des Innenministeriums, daß alle über 65 Jahre alten Beamten in den Ruhestand treten müßten, nahegelegt worden. Aldehoff habe dies abgelehnt, er könne dies „nicht um Uerdingens willen. Erst muß Uerdingen selbständig sein“. Vermerk Aldehoffs, 12. September 1937, in Nachlaß Aldehoff (Uerdinger Heimatbund). Am 15. September wurden die Beigeordneten Vogel, Steinhausen und Randebeck sowie Ratsherr Dr. Laux beim Regierungspräsidenten vorstellig, um gegen die Pensionierung Aldehoffs zu wirken. Vermerk Aldehoffs über eine Besprechung mit den Beigeordneten, 13. September 1937, ebd..

⁹³⁾ RP Düsseldorf an Bgm. Aldehoff, 14. September 1937, ebd.. Von diesen Vorgängen hatte mittlerweile — wohl durch einen Bericht vom Bgm. Dr. Helm — OB Dr. Heuyng in seinem Urlaub in Garmisch erfahren, der sich schriftlich bei ORR Luyken besorgte nach dem Sachstand erkundigte. ORR Luyken informierte über das Gespräch Schmid/Aldehoff und sicherte zu, daß der RP nur in Abstimmung mit Heuyng weiter tätig werden würde. OB Dr. Heuyng, zur Zeit Garmisch, an ORR Luyken, 16. September 1937, HSIAD Reg. Düsseldorf 47608, Bl. 81; ORR Luyken an OB Dr. Heuyng, 17. September 1937, StA KR 16/197, Bl. 118.

⁹⁴⁾ Bgm. Aldehoff an RP Düsseldorf, 5. Oktober 1937, in BA-AP Rep. 15.01 Nr. 1712. Das Konzept dieses — handschriftlichen — Berichts befindet sich im Nachlaß Aldehoff (Uerdinger Heimatbund).

⁹⁵⁾ Vermerk von OB Dr. Heuyng über eine Besprechung mit ORR Luyken, 8. Oktober 1937, StA KR 16/187, Bl. 116 f.

⁹⁶⁾ Ebd., vgl. auch Bl. 117f.

⁹⁷⁾ RP Düsseldorf an RuPrMdl, 14. Oktober 1937, in BA-AP Rep. 15.01 Nr. 1712.

⁹⁸⁾ Vermerk der Abt. V (Kommunalabteilung) des RuPrMdl, 21. Oktober 1937, ebd..

⁹⁹⁾ Votum der Abt. II (Beamtenum und Verwaltung) des RuPrMdl, 25. Oktober 1937, ebd..

¹⁰⁰⁾ RuPrMdl an RP Düsseldorf, 13. November 1937, ebd..

¹⁰¹⁾ Am 3. und 23. November 1937, vgl. die entsprechenden Vermerke von OB Dr. Heuyng und Bgm. Dr. Helm, StA KR 16/197, Bl. 113 — 115.

¹⁰²⁾ Von den Gesprächsteilnehmern liegt nur ein kurzer Ergebnisvermerk Aldehoffs vor, undatiert, in Nachlaß Aldehoff (Uerdinger Heimatbund). Aufschlußreicher sind die Vermerke von Bürgermeister Dr. Helm und OB Dr. Heuyng über ihre Gespräche mit ORR Luyken am 26. und 27. November, StA KR 16/197, Bl. 107 f.

¹⁰³⁾ In einem Vorgespräch hatte ORR Luyken Bgm. Aldehoff an seine seinerzeitige Zusage erinnert, auf Verlangen zurückzutreten. Hierauf erwiderte Aldehoff, diese Zusage könne ihm nicht bewiesen werden, außerdem verlange die Partei gar nicht seinen Rücktritt, ebd. Bl. 108.

¹⁰⁴⁾ Bgm. Aldehoff an RP Düsseldorf, 14. Dezember 1937, RP Düsseldorf an Bgm. Aldehoff, 28. Dezember 1937, in Nachlaß Aldehoff (Uerdinger Heimatbund). Laut einer Notiz Aldehoffs auf letzterem Schreiben hat er die Angelegenheit am 30. Dezember mit RR Dr. Stegmann beim Oberpräsidenten erörtert.

¹⁰⁵⁾ Vermerk von OB Dr. Heuyng, 14. Dezember 1937, StA KR 16/197, Bl. 104 f.

¹⁰⁶⁾ Hermann Krings (18. Mai 1905 — 26. November 1966), 1921 Einstellung als Verwaltungsanwärter in die Stadtverwaltung Uerdingen, Eintritt in die NSDAP 1. März 1931, Juli 1933 Oberstadtssekretär, August — Dezember 1933 Führer der NSDAP-Fraktion in der Bezirksversammlungsversammlung Uerdingen, April 1934 Leiter des Personalamts des Stadteits Uerdingen, 1934 Oberinspektor, 1. Mai 1934 — November 1938 NSDAP-Ortsgruppenleiter in Uerdingen, November 1938 Verleihung der Amtsbezeichnung Stadtmann, Dezember 1938 — März(?) 1945 Bürgermeister von Düken, nach dem Krieg kaufmännische Tätigkeit und vorübergehend 2. Vorsitzender des FC Bayer 05 Uerdingen (Personalakte StA KR 9P/218; Nachruf in Uerdinger Rundschau 1966, Heft 13, 26).

¹⁰⁷⁾ NSDAP-Kreisleitung Krefeld-Uerdingen an RP Düsseldorf, 13. Januar 1938, HSIAD Reg. Düsseldorf 47608, Bl. 43. Zuvor hatte OB Dr. Heuyng dem Regierungspräsidenten drei (Gefälligkeits-)Rechtsgutachten des Leiters des Rechtsamts des Stadteits Krefeld, Rechtsanwalt Günther Sprengmann, zur Frage der Rechtsgültigkeit der Ortsatzung von 1930, der Neuberufung eines I. Beigeordneten der Gesamtstadt sowie der Amtszeit von Bgm. Aldehoff zugeleitet (StA KR 16/197, Bl. 86 — 102). Es möge die Feststellung genügen, daß diese Gutachten zum von Dr. Heuyng gewünschten Ergebnis kamen, aber in vielen Fällen einer kritischen Nachprüfung nicht standhalten. In einem Bericht an den Regierungspräsidenten vom 6. Januar 1938 (ebd. Bl. 80 — 85) listete Dr. Heuyng noch einmal seine Kritikpunkte an der Person und der Amtsführung Aldehoffs auf. Am 10. Januar hatte Bürgermeister Aldehoff die Uerdinger Ratsherrn über die Vfg. des RP vom 28. Dezember und den Ministererlaß vom 13. November 1937 unterrichtet mit dem Bemerken, daß er darauf hinwirke, daß der Erlaß zurückgezogen werde (Ratsherrensitzung 10. Januar 1938). Am 12. Januar schließlich wurde bei der Regierung eine Verfügung an Bgm. Aldehoff entworfen, derzufolge das Verfahren der Zwangspensionierung gemäß § 75 DBG gegen ihn eingeleitet werde; diese Verfügung wurde jedoch nicht mehr abgeschickt (HSIAD Reg. Düsseldorf 47608, Bl. 23 f.).

¹⁰⁸⁾ RP Düsseldorf an Bgm. Aldehoff, 20. Januar 1938, ebd. Bl. 44.

¹⁰⁹⁾ Bgm. Uerdingen an RP Düsseldorf, 26. März 1938, ebd. Bl. 46. Notiz von RP Schmid über ein Telefonat mit Bgm. Aldehoff, 24. März 1938, HSIAD Reg. Düsseldorf 50006, Bl. 95. Vgl. auch Ratsherrensitzung Uerdingen, 19. Februar 1938, Tagesordnungspunkt 2. In seinem Schreiben an Kreisleiter Diestelkamp vom 11. Februar 1938 beklagte sich Aldehoff darüber, daß ihm als „dem Senior der deutschen Bürgermeister“ eine Entlassung angedroht werden konnte. Er scheidet freiwillig und „habe den 1/5 als Tag meines Abschieds gewählt, um noch die in diesem Jahre besonders schwierige Aufstellung des Haushaltsplanes für 1938 fertig zu stellen“, in Nachlaß Aldehoff (Uerdinger Heimatbund).

¹¹⁰⁾ OB Krefeld-Uerdingen an I. Beigeordneten Bürgermeister Aldehoff, 8. April 1938, StA KR P 11720/3, Bl. 39. Die beiden Urkunden über die Versetzung in den Ruhestand — auch die für den Stadteit Uerdingen — wurden von OB Dr. Heuyng vollzogen.

¹¹¹⁾ Ratsherrensitzung Uerdingen, 7. April 1938, Tagesordnungspunkt 5. Aldehoff wählte ein Gemälde des Düsseldorfer Malers Hambüchen mit einem Motiv des Uerdinger Rheinhalens aus, vgl. Ratsherrensitzung 20. Mai 1938, Tagesordnungspunkt 2.

¹¹²⁾ Unterlagen mit Einladungen, Gästelisten, Programmfolge und Presseberichten in StA KR 9/458. Vgl. ferner Rheinische Landeszeitung, Nr. 119, 2. Mai 1938.

¹¹³⁾ Veröffentlichung ebd.; RP Schmid an Aldehoff, 30. April 1938, HSIAD Reg. Düsseldorf 47608, Bl. 53; Dankschreiben Aldehoffs, 9. Mai 1938, ebd. Bl. 54.

¹¹⁴⁾ Verleihungsantrag ebd. Bl. 47 — 52. Das Treudienst-Ehrenzeichen wurde am 30. Januar 1938 (vgl. RGBl. I 48 ff.) gestiftet. Die 1. Stufe in Gold konnte verliehen werden nach 40jähriger Tätigkeit im öffentlichen Dienst. Die Verleihung an Aldehoff war die erste Verleihung dieser Auszeichnung im Regierungsbezirk Düsseldorf.

¹¹⁵⁾ Vorgänge in StA KR 9/203. Nach dem Krieg scheint man in Uerdingen die Verleihung des Ehrenbürgerrechts an Aldehoff teils mit eher gemachten Gefühlen betrachtet zu haben, vgl. Emil Feinenduen, Die Ehrenbürger der Stadt Uerdingen, in Uerdinger Rundschau 1960, Heft 13, 5 ff., vor allem Fußnote 1, und ders. in Stadtbürgerliche Briefe 72, Krefeld, April 1964.

¹¹⁶⁾ Todesanzeigen und Nachrufe in StA KR 9P/7; vgl. ferner Uerdinger Rundschau 1951, Heft 16, 6. Überliefert sind auch Erinnerungen von Thea Aldehoff an ihren Mann, in Uerdinger Rundschau 1957, Heft 15/16, 35 ff.

¹¹⁷⁾ Dr. Emil Hüter (8. Dezember 1898 — 7. August 1958), 1917/18 Kriegsdienst (schwer kriegsbeschädigt), Jurastudium, 1926 Gerichtsassessor (bis 1930 beim LG Düssel-

dorf und den Staatsanwaltschaften Eilberfeld, Kleve und Düsseldorf), 1. Oktober 1930 — 21. September (beurlaubt ab 6. August) 1933 Staatsanwaltschaft Krefeld, 7. August 1933 kommissarischer Beigeordneter der Stadt Krefeld-Uerdingen und des Stadteits Krefeld, Wahl am 7. September, Amtsverweisung 27. November, 1. April 1934 gleichzeitig Polizei-Dezernent, 1. Mai 1938 I. Beigeordneter der Stadt Krefeld-Uerdingen und Bürgermeister des Stadteits Uerdingen, 1. April 1940 I. Beigeordneter und Bürgermeister der Stadt Krefeld, 1945 entlassen (Zustellung der Entlassungsverfügung am 12. November 1945), mit Wirkung vom 1. April 1949 pensioniert (Personalakte StA KR P 5841; Personalvorgang RP Düsseldorf in HSIAD Reg. Düsseldorf 50006, Bl. 46 — 110).

¹¹⁸⁾ Anfang 1938 verwaltete Stadtrat Dr. Hüter die folgenden Dezernate der Stadt Krefeld-Uerdingen a. Rh. beziehungsweise des Stadteits Krefeld: Dezernat 3 — Dezernat der Polizeiverwaltung und der Rechtsverwaltung mit den Ämtern 30 Polizeiverwaltung, 31 Feuerlöschpolizei, 32 Chemisches Untersuchungsamt, 33 Rechtsamt, 34 Versicherungsamt; Dezernat 4 — Dezernat für Bildung und Kunst mit den Ämtern 40 Schulamt, 41 Theater- und Orchesterverwaltung, 42 Museen, 43 Stadtbibliothek, 44 Kulturamt, vgl. ABl. Stadtverwaltung Krefeld 1936, 487.

¹¹⁹⁾ Nach den Bestimmungen der DGO (§§ 41 Abs. 1 und 2, 44 Abs. 1) hatte der Kreisleiter als Beauftragter der NSDAP im Sinne der DGO nach Anhörung der Gemeinderäte den oder die Bewerber zur Berufung vorzuschlagen. Bei Großstädten wie Krefeld-Uerdingen wären die Vorschläge über die Aufsichtsbehörde (Regierungspräsident) dem Reichsminister des Innern zuzuleiten. Dieser sprach dann die Berufung auf 12 Jahre aus. Zur Frage der Berufung der leitenden Gemeindebeamten vgl. auch Horst Matzerath, Nationalsozialismus und kommunale Selbstverwaltung (Schriftenreihe des Vereins für Kommunalwissenschaften, 29), Stuttgart et al. 1970, 260 — 288.

¹²⁰⁾ Unter dem Geschäftszeichen 33, vgl. StA KR P 5841, Bl. 63, 66 und 74. Eine Mitwirkung der Verwaltung des Stadteits Uerdingen ist nach Lage der Akten nicht erfolgt. Eine Uerdinger Personalakte über Hüter ist nicht vorhanden. — Günther Sprengmann (17. Oktober 1904 — 5. August 1986), 15. Januar 1937 Rechtsrat Stadtverwaltung Krefeld, 1. Mai 1938 Oberverwaltungsrat und Hilfsdezernent, 1. Juni 1939 Stadtrat (Beigeordneter), bis 1945, nach 1950 Oberrechtler bei der Stadt Krefeld, 1. Juni 1957 Beigeordneter, 1. November 1962 — 31. Oktober 1969 Stadtdirektor der Stadt Krefeld.

¹²¹⁾ Ebd. Bl. 63 ff.

¹²²⁾ Ebd. Bl. 83 — 85, 87 — 91 und 70 — 74.

¹²³⁾ Hüter galt in der Partei als alter Nationalsozialist, obgleich er erst am 17. Januar 1933 in die NSDAP eingetreten war (Mitgliedsnummer 1578864). In einem Fragebogen (ebd. Bl. 15 f.) gibt Hüter an, an einem früheren Eintritt hätte ihn sein Amt „als politischer Dezernent“ der Staatsanwaltschaft gehindert. Nach einem Auszug aus seinem Parteimitgliedsbuch (ebd. Bl. 96) war Hüter „als Altparteigenosse aus den Jahren 1930/31 anzusehen“. Am 7. Oktober 1933 trat Hüter als Fördermitglied in die SS ein und am 1. November 1933 in den SA-Stamm 40 als Obertruppführer. Zum 30. Januar 1939 wurde Hüter in die SS übernommen; sein letzter Dienstgrad (1943) war SS-Standartenführer.

¹²⁴⁾ StA KR P 5841, Bl. 69.

¹²⁵⁾ Kreisleiter als Beauftragter der NSDAP an Reichsminister des Innern über den RP Düsseldorf und Oberpräsidenten in Koblenz, 23. Februar 1938, HSIAD Reg. Düsseldorf 50006, Bl. 72 — 82.

¹²⁶⁾ RP Düsseldorf an RuPrMdl, 27. Februar 1938, ebd. Bl. 93.

¹²⁷⁾ RuPrMdl an RP Düsseldorf, 14. März 1938, ebd. Bl. 94.

¹²⁸⁾ RP Düsseldorf an OB Krefeld-Uerdingen, 31. März 1938, ebd. Bl. 96.

¹²⁹⁾ StA KR P 5841, Bl. 95.

¹³⁰⁾ Vfg. OB Krefeld, 30. April 1938, ABl. Stadtverwaltung Krefeld 1938, 203. Infolge des Ausscheidens von Dr. Hüter

als Beigeordneter des Stadtteils Krefeld wurde das Dezernat 3 aufgeteilt. Dr. Hüter behielt das Dezernat 3a — Polizeiverwaltung —, da dies eine gesamtstädtische Aufgabe war, es umfaßte die Ämter 30 und 31. Das Dezernat 3b — Rechtsverwaltung — mit den Ämtern 32 bis 34 und das Dezernat 4 — Bildung und Kultur — (Ämter 40 bis 44) wurden dem zum Hilfsdezernenten bestellten Oberverwaltungsrat Sprengmann übertragen.

¹²³ Rheinische Landeszeitung (Volksparole), Nr. 118, 1. Mai 1938.

¹²⁴ Zur Änderung der Sprechstunden und der Erreichbarkeit Dr. Hüters als Polizeidezernat ab 1. Mai 1938 vgl. seine Vlg. vom 28. April 1938, Polizei-Anzeiger Krefeld-Uerdingen 4 (1938), Nr. 22.

¹²⁵ Rheinische Landeszeitung (Volksparole), Nr. 119, 2. Mai 1938. Vgl. auch die Vorgänge in StA KR 9/456.

¹²⁶ Ebd. Aus einem Schreiben Hüters an OB Dr. Heuyng vom 24. April 1938 ergibt sich, daß Dr. Heuyng auf die inhaltliche Gestaltung von Hüters Antrittsrede starken Einfluß genommen hat, StA KR 16/197, Bl. 73 f.

¹²⁷ Zu Holtz vgl. Anm. 163.

¹²⁸ Vgl. Joachim Lilla, Die Organisation der Stadtverwaltung Krefeld von 1939 bis 1946, die Heimat 63, Krefeld 1992, 171 — 181, Anm. 46.

¹²⁹ Ortsatzung vom 31. Juli 1946, StA KR 30/1267; Ortsatzung, die Ergänzung und Durchführung der Ortsatzung betreffend, vom 31. Juli 1945, für die Bezirksverwaltung des Stadtteils Uerdingen vom 15. Juli 1949, StA KR 30/1269. Die Beigeordneten der Stadt Krefeld, die für Uerdingen zuständig waren und in Uerdingen ihren Dienstort hatten, waren Dr. Dr. Wilhelm Böttger (1947 — 1962), Dr. Hans Vogt (1962 — 1969) und Stadtkämmerer Jürgen Küper (seit 1969).

¹³⁰ § 30 der Städteordnung für die Rheinprovinz vom 15. Mai 1856.

¹³¹ §§ 2 — 4 des Gesetzes betreffend die vorläufige Regelung verschiedener Punkte des Gemeindeverfassungsrechts vom 18. Juli 1919 (GS 118); vgl. ferner RdErl. des PrMdI vom 4. November 1919, in StA KR 9/188b.

¹³² RP Düsseldorf an Bgm. Uerdingen, 29. April 1920, ebd.

¹³³ § 9 Abs. 1 des Gesetzes über die vorläufige Regelung der Gemeindegewahlen in der Fassung der Bekanntmachung vom 12. Februar 1924 (GS 99) (Gemeindegewahlgesetz).

¹³⁴ § 36 Preußisches Gemeindeverfassungsgesetz (GVG) vom 15. Dezember 1933 (GS 427), § 7 Abs. 2 der 2. Verordnung zur Durchführung des GVG vom 28. Februar 1934 (GS 116) bestimmte, daß die Amtszeit der zur Zeit des Inkrafttretens des Gesetzes im Amte stehenden ehrenamtlichen Beigeordneten am 30. Juni 1934 ende; vgl. hierzu RdVlg. RP Düsseldorf, 17. März 1934, in StA KR 9/188a (Personalsvorgang Randebröck).

¹³⁵ § 44 Abs. 3 Deutsche Gemeindeordnung (DGO) vom 30. Januar 1935 (RGBl. I 49).

¹³⁶ Hierunter sind im vorliegenden Fall sämtliche Beamten einer Stadt zu verstehen, vgl. von Bitter, Handwörterbuch der Preußischen Verwaltung, 3. Aufl., Berlin 1928, Bd. 2, 860 (s. v. Unterbeamte I).

¹³⁷ §§ 2, 9 Abs. 1 Gemeindegewahlgesetz; vgl. ferner Fritz Stier-Somlo: Sammlung preußischer Gesetze staats- und verwaltungsrechtlichen Inhalts, 4. Aufl., München 1925, 1223, Anm. 3.

¹³⁸ § 4 Abs. 1 und 3 der Verordnung zur Behebung von Mißständen in der gemeindlichen Verwaltung vom 22. März 1933 (GS 67).

¹³⁹ RP Düsseldorf an Bgm. Uerdingen, 20. April 1933, StA KR 9/178, Bl. 9.

¹⁴⁰ Diese Bestimmung für Städte mit mehr als 10 000 Einwohnern galt seit etwa 1920 auch für Uerdingen.

¹⁴¹ §§ 30 — 33 der Städteordnung für die Rheinprovinz.

¹⁴² § 3 des Gesetzes über die Beendigung der Amtszeit ehrenamtlicher Beamter [...], über die Bestätigung von Gemeindebeamten [...] vom 6. April 1933 (GS 95) und §§ 1 und 2 des Gesetzes über die Bestätigung von Beamten der Gemeinden und Gemeindeverbände vom 23. Juni 1933 (GS 217).

¹⁴³ Vor allem §§ 33 ff. GVG; §§ 41, 44 und 46 DGO, vgl. hierzu Metzgerath, 260 — 285.

¹⁴⁴ § 29 Abs. 1 GVG; § 35 Abs. 1 DGO, wobei der Bürgermeister hiervon abweichende Regelungen treffen konnte. Zur Amtsbezeichnung „Stadtrat“, die Beigeordnete in nicht kreisangehörigen Städten führten, vgl. § 29 GVG und § 43 Abs. 2 DGO.

¹⁴⁵ Theodor Hencken (27. März 1877 — 1. Dezember 1942), August 1898 Ingenieur bei der Kölnischen Maschinenbau A.G. in Köln, 1. September 1905 bei den Gas-, Wasser- und Elektrizitätswerken Düsseldorf, 1. November 1917 Direktor des Städtischen Gas- und Wasserwerks Uerdingen, 16. Mai 1918 zugleich technischer Beigeordneter der Stadt Uerdingen und jeweils I. Beigeordneter (bis 19. Mai 1930), seit 20. Mai 1930 Betriebsdirektor der Zweigverwaltung Uerdingen der Gas-, Wasser- und Elektrizitätswerke der Stadt Krefeld-Uerdingen a. Rh. (vgl. StA KR 9/188b und 9/341; Personalsakte Städtische Werke Krefeld: Personalsvorgang RP Düsseldorf HStAd Reg. Düsseldorf 32525; Bezirksverordnetenversammlung 8. Mai 1930, Nr. 78).

¹⁴⁶ Franz Brüning (3. Dezember 1877 — 21. Mai 1943), Bankdirektor, 1913 — 1933 Rentant der Uerdinger Bank GmbH, bis 1933 Stadt- beziehungsweise Bezirksverordneter (Zentrum), 7. August 1928 2. Beigeordneter der Stadt Uerdingen, Juni 1930 — Mai 1933 1. Beigeordneter des Stadtteils Uerdingen (vgl. StA KR 9/188b; Uerdinger Rundschau 1960, Heft 10, 8).

¹⁴⁷ Friedrich Bauer (12. Mai 1871 — 17. Oktober 1936), Fabrikdirektor, bis 1932 Stadt- beziehungsweise Bezirksverordneter (Zentrum), 3. Oktober 1924 — 7. Februar 1930 3. Beigeordneter der Stadt Uerdingen, 1929 Verzicht auf Wiederwahl (vgl. StA KR 9/188b).

¹⁴⁸ Peter Müller (2. Februar 1866 — 11. April 1945), Kaufmann (Lebensmittel, Feinkost), bis 1933 Stadt- beziehungsweise Bezirksverordneter (Zentrum), 3. Oktober 1924 — 7. Februar 1930 4. Beigeordneter der Stadt Uerdingen, danach 3. beziehungsweise ab Juni 1930 2. Beigeordneter des Stadtteils Uerdingen (bis Dezember 1933). Im Dezember 1933 erfolgte zwar noch die Wahl Müllers zum 4. Beigeordneten; diese ist jedoch von der Regierung nicht mehr bestätigt und offenkundig nicht wirksam geworden (vgl. StA KR 9/78 und 9/188b).

¹⁴⁹ Dr. Karl Schwengers (28. September 1881 — 20. Mai 1969), Fabrikant, bis 1933 Stadt- beziehungsweise Bezirksverordneter (Zentrum), 7. Februar 1930 4. beziehungsweise ab Juni 1930 3. Beigeordneter des Stadtteils Uerdingen, 4. April 1933 Wahl zum 2. Beigeordneten, Annahme der Wahl am 3. beziehungsweise 6. Mai 1933 abgelehnt (vgl. StA KR 9/78 und 9/188b).

¹⁵⁰ Vgl. § 2 Abs. 5 lit. b des Vertrages zwischen der Stadtgemeinde Krefeld-Uerdingen a. Rh. und den Stadtteilen Krefeld und Uerdingen sowie zwischen dem Stadtteil Krefeld und dem Stadtteil Uerdingen vom 25. April 1930 (StA KR 30/1263). Ernst Köppen, Kanalarbeiter, Krefeld 1979, 114, bringt eine meines Erachtens textkritisch problematische „sinngetreue Fassung“ (sic) dieser Bestimmung. Bemerkenswert ist, daß in den vorliegenden Vorgängen (Nachweise in Anm. 157) die Tatsache außer acht gelassen wird, daß die zwölfjährige Amtszeit Henckens am 19. Mai 1930 auslief; vielmehr wird ausschließlich auf seine weitere Verwendung bei den GWE-Werken verwiesen.

¹⁵¹ Bezirksverordnetenversammlung 8. Mai 1930, Nr. 78; Bgm. Uerdingen an RP Düsseldorf, 9. Mai 1930, StA KR P 1628, Bl. 72.

¹⁵² Andreas Stübe (4. Mai 1883 — 13. Januar 1957), seit 1926 Stadtbaurat in Uerdingen, Leiter des Stadtbauamtes, 6. Juni 1930 zugleich 4. unbesoldeter Beigeordneter des

Stadtteils Uerdingen (bis April 1933, Ausscheiden infolge Unvereinbarkeit der Ämter eines Beigeordneten und eines städtischen Beamten, vgl. Anm. 144 und 145), 1. April 1940 Versetzung als Stadtbaurat zur besonderen Verwendung beim Dezernat 5/6 der Stadtverwaltung Krefeld, zum 1. März 1942 Versetzung in den Ruhestand aus politischen Gründen gemäß § 71 DBG, 1. April 1946 — 31. Oktober 1947 Leitung des Stadtbauamtes Uerdingen (Personalsakte StA KR P 1628; weitere Vorgänge zur Versetzung in den Ruhestand 1941 in BA-AP Rep. 15.01 Nr. 1712).

¹⁵³ Vgl. Bgm. Uerdingen an RP Düsseldorf, 25. Januar 1932, in StA KR 9/188b.

¹⁵⁴ Das Gesetz über die Beendigung der Amtszeit ehrenamtlicher Beamter von Gemeinden und Gemeindeverbänden [...] vom 6. April 1933 (GS 95) greift im vorliegenden Fall nicht, da die ehrenamtlichen Beigeordneten in Uerdingen ohnehin zur Neuwahl anstanden.

¹⁵⁵ Heinz Gebauer (15. Februar 1902 — ?), Rechtsanwalt beim Landgericht Krefeld und beim Amtsgericht Uerdingen, 1. April 1932 Eintritt in die NSDAP, zeitweilig Adjutant von Gauleiter Florian, September 1932 — Juli 1933 NSDAP-Ortsgruppenleiter in Uerdingen, März — August 1933 Bezirksverordneter und Vorsitzender der NSDAP-Fraktion in der Bezirksverordnetenversammlung, 4. April 1933 Wahl zum I. Beigeordneten des Stadtteils Uerdingen, Annahme der Wahl am 2. Mai abgelehnt (StA KR 9/78), Juli 1933 Oberbürgermeister von Viersen, 1936 Oberbürgermeister von Rheydt, 1940 — 1945 Oberbürgermeister von Wuppertal (Arie Nabring), Der kurze Weg zur Macht, Viersen 1992, 78 ff.; Horst Romeyk, Verwaltungs- und Behörden Geschichte der Rheinprovinz [Publikationen der Gesellschaft für Rheinische Geschichtskunde LXIII], Düsseldorf 1985, 328 — 332; Grundriß zur deutschen Verwaltungsgeschichte 1815 — 1945, Reihe A: Preußen, Bd. 7: Rheinland, Marburg/Lahn 1978, 324, 334 und 338).

¹⁵⁶ Dr. Max Claessen (13. November 1888 — ?), Kaufmann bei der Waggon-Fabrik A.G. Uerdingen a. Rh., 1933 Bezirksverordneter in Uerdingen (NSDAP), 4. April Wahl zum 3. Beigeordneten, Annahme der Wahl am 2. Mai abgelehnt (StA KR 9/78); 1934 Ratsherr des Stadtteils Uerdingen, Niederlegung des Mandats zum 31. Dezember 1934, Anfang 1935 nach München verzogen (StA KR 9/204).

¹⁵⁷ Edmund Holtz (23. Januar 1884 — 26. Oktober 1960), Fabrikant, Gasgesellschaft beziehungsweise Kommandist der Firma Holtz & Willemsen, bis 1930 und 1933 Stadt- beziehungsweise Bezirksverordneter in Uerdingen (bis 1930 Bürgerblock, 1933 Kampffront Schwarz-Weiss-Rot), 4. April 1933 Wahl zum 4. Beigeordneten, Annahme der Wahl am 29. April abgelehnt (StA KR 9/78); 1934 Ratsherr der Gesamtstadt Krefeld-Uerdingen a. Rh. und des Stadtteils Uerdingen (parteilos), 1939 als Ratsherr entlassen (StA KR 16/253, 70/413, 9/204); April — Juni 1945 k. Bürgermeister in Uerdingen, 1945 Mitglied des konstituierenden Beirats der IHK Krefeld, 1947 — 1957 Präsident der IHK, 1957 Ehrenpräsident, 1954 Großkreuz des Verdienstordens der Bundesrepublik Deutschland (StA KR ZA 107 und 904; Die Industrie- und Handelskammer zu Krefeld 1804 — 1954, Festschrift zur Feier des 150-jährigen Bestehens, Krefeld o.J. [1954]; Holtz & Willemsen, Krefeld-Uerdingen, 75 Jahre, o.O., o.J. [Krefeld 1964]).

¹⁵⁸ Vgl. Anmerkungen 144 und 145.

¹⁵⁹ Josef Simons (18. Juni 1881 — ?), Volksschullehrer, vor 1932 Rektor der katholischen Volksschule I in Uerdingen, 1933 Stadtschulrat Düsseldorf III (Adreßbuch Krefeld-Uerdingen 1931/32, IV, 62; Handbuch über den Preussischen Staat 1934, 840), 1930 — 1933 Bezirksverordneter in Uerdingen (Bürgerblock, 1933 NSDAP), 7. Juni — Ende November 1933 I. Beigeordneter des Stadtteils Uerdingen, Ausscheiden infolge Umzugs nach Düsseldorf (StA KR 9/78).

¹⁶⁰ Hubert Fuhrott (26. März 1896 — 14. Februar 1985), Reichsbahnobergütervorsteher, Juli 1933 — April 1934 NSDAP-Ortsgruppenleiter in Uerdingen, 7. Juni 1933 3. Beigeordneter des Stadtteils Uerdingen, 8. Dezember 1933 Wahl zum 1. Beigeordneten, Niederlegung des Amtes am 12. Januar 1934 infolge Unvereinbarkeit mit dem Status als Reichsbeamter gemäß § 35 GVG, 1934 Berufung zum Ratsherrn des Stadtteils Uerdingen, wurde wegen Umzugs Fuhrotts nach Koblenz nicht mehr wirksam (StA KR 9/78).

9/124 und 9/204), 15. November 1934 — 4. März 1936 Rathsherr der Stadt Koblenz, 5. März 1936 — 8. Mai(?) 1945 besoldeter Stadtrat (Beigeordneter) der Stadt Koblenz (Mitteilung StA Koblenz), von den Amerikanern interniert, danach (bis 1961) Tätigkeit bei der BASF in Limburg (Mitteilung Lothar Fuhrrott, Mainz).

¹⁴⁷) Theodor Feyen (22. Dezember 1898 — 9. Juni 1940), Bautechniker, Kampffront Schwarz-Weiss-Rot, später NSDAP, 7. Juni 1933 4. Beigeordneter des Stadtteils Uerdingen, 8. Dezember 1933 Wahl zum 3. Beigeordneten, Anstellung zum 1. Juli 1934, Erledigung des Amtes zum 31. März 1940 (StA KR 9/78; Personalvorgang Feyen in StA KR 9/188a; Personalvorgang RP Düsseldorf HStAD Reg. Düsseldorf 32496); 1. April 1940 Rathsherr der Stadt Krefeld (StA KR 16/241).

¹⁴⁸) RP Düsseldorf an k. Bgm. Uerdingen, 23. Mai 1933, StA KR 9/78, Bl. 26.

¹⁴⁹) Die nach § 3 und 6 des Reichsgesetzes vom 30. Juni 1933 (RGBl. I 433) erforderlichen Anstellungsurkunden wurden den Beigeordneten am 25. November 1933 zugestellt. Die Ausfertigung für den nach Düsseldorf verzogenen Beigeordneten Simons befindet sich bei den Akten, StA KR 9/78, Bl. 34 und 44 — 51.

¹⁵⁰) Norbert Vogel (13. September 1902 — ?), kaufmännischer Angestellter bei den Mühlenwerken Gottschalk AG Krefeld-Linn, 6. April 1931 — 31. August 1932 NSDAP-Ortsgruppenleiter in Uerdingen, 8. Dezember 1933 Wahl zum (2.) Beigeordneten, 1. April 1934 Anstellung als Beigeordneter des Stadtteils Uerdingen, 5. Mai 1936 Bestellung zum 1. Beigeordneten und allgemeinen Vertreter des Bürgermeisters, 25. September 1938 Verabschiedung wegen Umzugs nach Köln (Personalvorgang Vogel in StA KR 9/188a; Personalvorgang RP Düsseldorf HStAD Reg. Düsseldorf 47719; StA KR 9/78).

¹⁵¹) Bezirksverordnetenversammlung 8. Dezember 1933, Nr. 2192.

¹⁵²) § 29 Abs. 2 GVG in Verbindung mit § 8 Abs. 1 Erste Verordnung zur Durchführung des GVG vom 20. Dezember 1933 (GS 497).

¹⁵³) Richtig: 20. Dezember (vgl. Anm. 172).

¹⁵⁴) K. Bgm. Uerdingen an RP Düsseldorf, 2. Januar 1934, RP Düsseldorf an Bgm. Uerdingen, 8. Januar 1934 (eingegangen am 18. Januar), in StA KR 9/124 (Hervorhebung im Original unterstrichen). Es bleibt festzuhalten, daß bis Mai 1936 kein allgemeiner Vertreter des Bürgermeisters bestellt worden ist.

¹⁵⁵) NSDAP-Ortsgruppe Uerdingen (Ortsgruppenleiter Fuhrrott) an Bgm. Aldehoff, 12. Januar 1934, StA KR 9/78, Bl. 53.

¹⁵⁶) Obgleich Müller noch am 8. Dezember 1933 als 4. Beigeordneter benannt worden ist, scheint er in der Folgezeit nicht mehr amtiert zu haben. Eine förmliche Verabschiedung ist nicht festzustellen, vgl. auch Anm. 154.

¹⁵⁷) Exemplarisch nachzuweisen anhand der Bearbeitung der Personalangelegenheiten von Bürgermeister Aldehoff im ersten Quartal 1934, vgl. Personalakte Aldehoff, StA KR P 11720/2.

¹⁵⁸) Personalvorgang Vogel in StA KR 9/188a.

¹⁵⁹) Personalvorgang Randebröck, ebd.

¹⁶⁰) Personalvorgang Feyen, ebd.

¹⁶¹) Wilhelm Randebröck (3. Oktober 1870 — ?), seit 1891 Berufsoffizier, zuletzt Major und Regimentskommandeur, 1919 mit dem Charakter als Oberstleutnant verabschiedet, danach kaufmännische Tätigkeit in Uerdingen, 1925 Gründung des Stahlhelm — Bund Deutscher Frontsoldaten Krefeld-Stadt und -Land, bis zu dessen Auflösung 1. Vorsitzender, 1929 — 1933 Bezirksverordneter (Nationaler Block beziehungsweise Kampffront Schwarz-Weiss-Rot), 19. September 1934 — Dezember 1939 (Rücktritt aus Altersgründen) unbesoldeter Beigeordneter des Stadtteils Uerdingen (Personalvorgang in StA KR 9/188a; Personalvorgang RP Düsseldorf HStAD Reg. Düsseldorf 47704; Rücktritt 1939, StA KR 9/204).

¹⁶²) Anton Steinhausen (18. November 1900 — ?), kaufmännischer Angestellter, Leiter des Direktionssekretariats der I.G. Farben Uerdingen, 1931(?) Organisations- und Propagandaleiter der NSDAP in Uerdingen, 1933 Bezirksverordneter, 19. September 1934 — 31. März 1940 Beigeordneter des Stadtteils Uerdingen, ab September 1938 1. Beigeordneter und allgemeiner Vertreter des Bürgermeisters, 1952 von Krefeld verzogen (Personalvorgang Steinhausen in StA KR 9/188a; Personalvorgang RP Düsseldorf HStAD Reg. Düsseldorf 47711; StA KR 9/78).

¹⁶³) Personalvorgänge Randebröck und Steinhausen, in StA KR 9/188a.

¹⁶⁴) RP Düsseldorf an Bgm. Uerdingen, 23. Juli 1934, Personalvorgang Randebröck, in StA KR 9/188a. Diese Verfügung wurde beziehungsweise über den Oberbürgermeister von Krefeld-Uerdingen geleitet. Die Gründe, die seitens der Gauleitung gegen Randebröck geltend gemacht wurden, sind in den Akten nicht überliefert. Möglicherweise besteht ein Zusammenhang mit den Ereignissen des 30. Juni 1934 und der daraus resultierenden Zurückhaltung der regionalen Parteistellen in Personalangelegenheiten. Randebröck war als führender Repräsentant des Stahlhelm — Bund Deutscher Frontsoldaten exponiert und gehörte der NSDAP nicht an. Der Sachverhalt muß Bürodirektor Bues, der hierüber Bürgermeister Aldehoff mündlich berichtete, gelegentlich eines Besuchs bei der Regierung am 25. Juli 1934 mitgeteilt worden sein. Der Inhalt dieser Gespräche ist jedoch nicht überliefert, Aktenvermerk Bues, 27. Juli 1934, ebd.

¹⁶⁵) RP Düsseldorf an Bgm. Uerdingen, 18. September 1934, ebd., Auch die Gründe für den Sinneswandel der Regierung sind in den Akten nicht überliefert.

¹⁶⁶) Am 6. September 1935 legte Gerichts-Assessor Barthelmeß dem Bürgermeister Aldehoff eine Ausarbeitung über die Reihenfolge der Vertretung der Beigeordneten des Stadtteils Uerdingen vor, StA KR 9/78, Bl. 55 f. Diese Ausarbeitung kommt allerdings zu rechtlich und praktisch nicht nachvollziehbaren Schlußfolgerungen. Hans Barthelmeß (geboren am 14. Juni 1907) war vom 12. Februar bis 30. September 1935 bei der Stadtverwaltung Uerdingen zur Ausbildung beschäftigt und trat zum 1. Oktober 1935 in den Dienst der Deutschen Reichsbahn-Gesellschaft (Personalvorgang StA KR 9P/76) ein.

¹⁶⁷) Vgl. Bgm. Uerdingen, 5. Mai 1936, StA KR 9/78, Bl. 61.

¹⁶⁸) Vgl. Personalvorgang Vogel, in StA KR 9/188a.

¹⁶⁹) Randebröck an Bgm. Dr. Hüter, 15. Dezember 1939, in StA KR 9/204.

¹⁷⁰) Grundlagen der folgenden Darstellung sind: a) der kombinierte Organisations- und Stellenplan vom Dezember 1931, in StA KR 9/297 (zitiert OP 1931), b) die Verfügung des k. Bürgermeisters vom 2. Januar 1934 über die Bezeichnung der Dienststellen, in StA KR 9/219 (zitiert OP 1934), c) die Verfügung des Bürgermeisters vom 13. Juli 1938 über die Geschäftszeichen der städtischen Ämter, ebd. (zit. OP 1938). Einrichtungen der Gesamtstadt Krefeld-Uerdingen (vor allem Hafen- und Werteinrichtungen, Energieversorgung) sowie Staats- und Reichsbehörden, die ihren Sitz in Uerdingen hatten, bleiben hier unberücksichtigt.

¹⁷¹) Adolf Rohé (12. August 1881 — 24. September 1930), 1898 — 1903 Tätigkeit bei den Bürgermeisterämtern Aphoven und Waldenrath, Oktober 1905 Eintritt als Stadtschreiber bei der Stadtverwaltung Uerdingen, 1. April 1912 Obersekretär, 1. April 1919 Bürodirektor, April 1926 zugleich Bestellung als besonderer Ständesbeamter für Uerdingen, 1. Juli 1929 Ltd. Bürodirektor; seine Aufgabengebiete bei der Stadt Uerdingen umfaßten 1930: Personalsachen, Ständesamt, Jugendamt/Jugendpflege, Unfall- und Haftpflichtversicherung, Presse- und Verkehrswesen, Wahlisachen, Aufzeichnung vom 3. Oktober 1930, in StA KR 9/219 (Personalakte StA KR P 1366). — In zahlreichen Schriftstücken findet sich die Schreibweise des Namens ohne accent aigu, also „Rohe“.

¹⁷²) Wilhelm Bues (27. April 1883 — 15. November 1949), 18. September 1905 Bürogehilfe Stadtverwaltung Uerdingen, 1. April 1907 Verwaltungsassistent, 16. Februar 1912 Verwaltungssekretär, 9. Juni 1913 Stadtschreiber und Vor-

steher des städtischen Rechnungsamtes, September 1918 zugleich stellvertretender Ständesbeamter, 10. April 1923 Finanzdirektor und Vorsteher des städtischen Finanzamtes (Kämmerei), Juli 1923 — März 1924 ausgewiesen, 7. Juni 1929 Stadttammann, 29. Januar 1931 Bürodirektor, 30. Januar 1937 Verwaltungsdirektor, 1. April 1940 Leiter der Verwaltungsstelle Krefeld-Uerdingen (Amt 145), Dezember 1945 Entlassung, 1947 Versetzung in den Ruhestand (Personalakte StA KR P 292).

¹⁷³) Das Gesch.-Z. II für das Personalamt ist wahrscheinlich im Frühjahr 1934 eingeführt worden, vgl. Nachweise in StA KR 9/223 und in zahlreichen Personalakten (StA KR Bestände P und 9P).

¹⁷⁴) Vgl. Anm. 104.

¹⁷⁵) Vgl. Bgm. Dr. Hüter, 2. Dezember 1938, in StA KR 9/220.

¹⁷⁶) Im Jahre 1926 wurde der damalige Bürodirektor Rohé als besonderer Ständesbeamter für Uerdingen bestellt. Nach seinem Tod hat Bürgermeister Dr. Wärsch — wie auch sein Nachfolger bis 1938 — die Geschäfte des Ständesbeamten wieder selbst übernommen. Vgl. Bgm. Uerdingen an RP Düsseldorf, 6. November 1930, Abschrift, in StA KR P 5470.

¹⁷⁷) Nach den Angaben in den jeweiligen Personalakten und im Adreßbuch Krefeld-Uerdingen 1930, IV, 68; desgl. 1931/32, IV, 60; desgl. 1934, IV, 54; desgl. 1936/37, IV, 52; desgl. 1938, IV, 52.

¹⁷⁸) Adreßbuch Krefeld-Uerdingen 1930, IV, 68, und 1931/32, IV, 60. Bgm. Uerdingen an Postamt Uerdingen, 4. Dezember 1931, in StA KR P 5470.

¹⁷⁹) Vgl. Bgm. Uerdingen, 14. März 1939, StA KR P 5465, Bl. 35.

¹⁸⁰) Willi Bovenschen (25. April 1890 — 1. April 1949), 1. September 1919 Verwaltungsassistent Stadtverwaltung Uerdingen, 1. April 1920 Stadtschreiber, 21. August 1926 stellvertretender Ständesbeamter (bis Mai 1940), 1. Oktober 1927 Stadtobersekretär, 25. Oktober 1930 Leiter Jugend- und Wohlfahrtsamt, 1931 Leiter Wohlfahrtsamt, 1936 Stadtoberinspektor, 1. März 1939 auch Leiter des Jugendamtes, 1. April 1940 Versetzung zum Wohlfahrtsamt der Stadt Krefeld (Amt 80), 27. Mai 1945 Entlassung, 14. Juli 1948 Versetzung in den Ruhestand (Personalakte StA KR P 5465).

¹⁸¹) Hermann Brüggemann (19. Februar 1874 — 21. März 1958), 20. Dezember 1901 Bürogehilfe bei der Stadt Uerdingen, 1912 Verwaltungssekretär, 1923 Bürovorsteher, 1927 Städtischer Büroinspektor, November 1930 stellvertretender Ständesbeamter (bis 1939), 1931 Amtsvor- und Leiter des Jugendamtes, 28. Februar 1939 Versetzung in den Ruhestand, Wiedereinstellung und stellvertretende Leitung des Jugendamtes bis Ende 1939, 1. Januar - 31. August 1940 Tätigkeit beim Ernährungs- und Wirtschaftsamt (Uerdingen Amt 17, Stadt Krefeld Amt 79) (Personalakte StA KR P 5470).

¹⁸²) Der Zeitpunkt des Ausscheidens von Bues als Leiter der Kämmerei ist nicht einwandfrei feststellbar, auch nicht, ob vor der direkten Unterstellung der Kämmerei unter Bürgermeister Dr. Hüter im Jahre 1938 noch ein anderer Beamter der Kämmerei vorgestanden hat.

¹⁸³) Alfred Garten (geboren am 5. Februar 1893), Termin des Eintritts in die Uerdinger Verwaltung unbekannt, 1931 als Oberstadtschreiber, Vorsteher des Stadtschulamtes und zweiter Beamter der Stadtsteuer und des Finanzamtes nachgewiesen, Mitte der dreißiger Jahre Stadtoberinspektor, bis 1940 Leiter von Stadtschulamt und Schulamt, September 1939 — März 1940 Leiter des Ernährungs- und Wirtschaftsamtes des Stadtteils Uerdingen, 1. April 1940 Versetzung zum Steueramt der Stadt Krefeld (Amt 22), 31. Juli 1942 Abordnung zum Bürgermeisteramt Esch/Alzig (Luxemburg), 1. Januar 1943 Stadttammann ebd., März 1943 Entlassung aus dem Dienst der Stadt Krefeld, Oktober 1944 Amtsverwaltung Weyerbusch/Westerwald, Wiedereinstellung bei der Stadt Krefeld August 1945 abgelehnt (Personalakte muß als verloren gelten, vgl. StA KR P 526, Bl. 21; Personalvorgänge, die Abordnung und anderes betreffend 1942 ff. StA KR P 526).

²⁰⁴⁾ Vgl. Bgm. Dr. Hürter, 2. Dezember 1938, wie Anm. 195.

²⁰⁵⁾ Hinsichtlich des Endes der Amtszeit von Bues als Leiter des Steueramtes vgl. Anm. 202. Gerten ist im Adreßbuch Krefeld-Uerdingen 1938, IV, 52, als Leiter des Stadtsteueramtes aufgeführt.

²⁰⁶⁾ Ebd. auch als Leiter des Schulamtes.

²⁰⁷⁾ Johann Hermanns (geboren 4. Juli 1876), seit Juli 1918 in Uerdingen mit der Berufsbezeichnung „Rechnungsrevisor“ gemeldet, Ausscheiden vermutlich vor dem Jahre 1940, da Hermanns in den Listen über die Versetzung der Beamten anlässlich der Vereinigung der Stadtteile Krefeld und Uerdingen 1940 (ABl. Stadtverwaltung Krefeld 1940, 116) nicht erwähnt ist; Personalakte nicht ermittelt.

²⁰⁸⁾ Nach einer Anweisung von Bgm. Dr. Hürter vom 24. November 1938 (in StA KR 9/220) wurde die Rechnungsprüfung 1937 für den Stadtteil Uerdingen vom Rechnungsprüfungsamt des Stadtteils Krefeld durchgeführt. Durch Vfg. vom 2. Dezember 1938 wies Dr. Hürter darauf hin, daß ihm das Rechnungsprüfungsamt Uerdingen „unmittelbar“ unterstellt sei (ebd.).

²⁰⁹⁾ Jean Winkmann (geboren 17. August 1876), zuletzt Stadtoberinspektor, 1. November 1936 Versetzung zur städtischen Polizeiverwaltung Krefeld-Uerdingen, 1. April 1947 Versetzung in den Ruhestand (Personalakte nicht ermittelt; Hinweise auf einer Karteikarte im Bestand 9P).

²¹⁰⁾ Philipp Bautz (27. Januar 1886 — 16. November 1966), 1. Juni 1907 Eintritt als Kassengehilfe in die Stadtverwaltung Uerdingen, 1916 Verwaltungssekretär, 1921 Stadthauptkassierer, 1. November 1923 — 31. März 1940 Stadtrentmeister und Vorsteher der Stadtkasse Uerdingen, 1. April 1940 Leitung der Stadtkasse Krefeld (Amt 23), Zweigstelle Uerdingen, 1. April 1941 Versetzung zum Amt 79 Ernährungsamt B und Wirtschaftsamt Krefeld, 5. Mai 1945 Entlassung, 20. September 1948 Wiedereinstellung bei der Stadtkassenzahlstelle Uerdingen (zu Amt 23), 1. April 1950 Versetzung zur Bezirksverwaltung Uerdingen (Amt 145), 31. Januar 1951 Versetzung in den Ruhestand (Personalakte StA KR P 11737; StA KR 9P/530; vgl. Westdeutsche Zeitung, 26. Januar 1951).

²¹¹⁾ Zu Stübe vgl. Anm. 158.

²¹²⁾ Hermann Rücker (12. Februar 1874 — 5. November 1957), 1895 — 1907 Militärdienst, zuletzt Feldwebel, 1. Juli 1907 — 31. März 1939 Bademeister des Uerdingener Stadtbades (Personalakte StA KR P 1373). Zum Stadtbad Uerdingen vgl. Baden in Krefeld, Krefeld 1992, 76 — 83.

²¹³⁾ Lambert Friedrichs (3. Oktober 1878 — 2. Januar 1977), 1. November 1909 Stadtlandmesser der Stadt Uerdingen, 24. Dezember 1931 Stadtoberlandmesser, 30. Januar 1940 Städtischer Vermessungsrat, 1. April 1940 Versetzung zum Vermessungsamt der Stadt Krefeld (Amt 52), 30. November 1943 Versetzung in den Ruhestand, ab 1. Dezember 1943 Weiterbeschäftigung als Beamter auf Widerruf, 31. Mai 1945 Versetzung in den endgültigen Ruhestand (Personalakte StA KR P 5509).

²¹⁴⁾ In OP 1934 — wohl versehentlich — nicht aufgeführt. Das Adreßbuch Krefeld-Uerdingen nennt von 1930 bis 1938 durchgängig eine „Stadtgärtnerei“ (Fundstellen s. Anm. 197).

²¹⁵⁾ Ernst Rocholl (5. Juni 1875 — 19. April 1932), Gartentechniker, 1. November 1901 Stadtgärtner der Stadt Uerdingen, März 1913 Städtischer Garteninspektor, 1. Juli 1929 Städtischer Gartenbauinspektor, 24. Dezember 1931 Gartenbauoberinspektor (Personalakte StA KR P 1351).

²¹⁶⁾ Arthur Liebelt (23. Mai 1883 — 5. Mai 1966), 1. Juli 1911 Friedhofsverwalter der Stadt Uerdingen, April 1932 Beauftragung mit den Arbeiten des verstorbenen Gartenbauoberinspektors Rocholl, Februar 1933 Garten- und Friedhofsverwalter, 1. Juli 1938 Städtischer Garteninspektor, 1. Juni 1948 Versetzung in den Ruhestand (Personalakte StA KR P 5611).

²¹⁷⁾ Die Sparkasse ist in OP 1938 nicht aufgeführt.

²¹⁸⁾ Der Zeitpunkt des Wechsels in der Sparkassenleitung von Höffkes zu Albers konnte nicht festgestellt werden. Zu Höffkes und Albers konnten nähere Angaben nicht ermit-

telt werden. Die aufgeführten Informationen sind den Adreßbüchern entnommen (Fundstellen s. Anm. 197).

²¹⁹⁾ Die jeweilige Zugehörigkeit von Fuhrpark, Eisfabrik und vorübergehend der Milchanstalt ist den jeweiligen Bestätigungsurkunden beziehungsweise Dienstverträgen der Schlachthofdirektoren beziehungsweise der Tierärzte zu entnehmen (vgl. die jeweiligen Nachweise in Anm. 220 — 223).

²²⁰⁾ Dr. Heinrich Bettendorf (4. März 1868 — 4. Januar 1955), 15. Februar 1897 Schlachthofverwalter in Uerdingen, um 1913 Schlachthofdirektor, 1923/24 von der belgischen Besatzung ausgewiesen, 31. März 1933 Versetzung in den Ruhestand, bis 15. Oktober 1933 Weiterbeschäftigung auf Privatlidienstvertrag (Personalakte StA KR P 101).

²²¹⁾ Dr. Wilhelm Hippmann (geboren am 26. Januar 1899), 1930/31 und 1932/33 Tierärztliche Hochschule Hannover, 16. Oktober 1933 — 15. September 1935 Stadttierarzt des Stadtteils Uerdingen (Personalakte StA KR P 646).

²²²⁾ Paul Hebestreit (geboren am 23. Juni 1899), 1930 — 1935 verschiedene tierärztliche Funktionen im öffentlichen Dienst, 16. September 1935 — 31. März 1937 Stadt-tierarzt in Uerdingen (Personalakte StA KR 9P/207).

²²³⁾ Dr. Hans Geyr (15. Juli 1893 — 24. Juni 1975), Tierarzt in Lank, 1937 Schlachthofdirektor in Uerdingen, 1943 Leiter der Krefelder Schlachthölle (Amt 73), 31. Juli 1958 Versetzung in den Ruhestand (Personalakte nicht ermittelt; vgl. Stadtrat Dr. Schacht an Hauptamt, o. D. [Anfang 1940], StA KR 30/1049, Bl. 335; Westdeutsche Zeitung, 2. August 1958).

²²⁴⁾ Festschrift zum 60-jährigen Jubelfest der Freiwilligen Feuerwehr Uerdingen-Rhein, Uerdingen [1929]; Adreßbuch Krefeld-Uerdingen 1934, IV, 56, desgl. 1936/37, IV, 54; vgl. auch die Vorgänge in StA KR 9/516.

²²⁵⁾ Zur Entwicklung der Stadtbücherei in Uerdingen vgl. Uerdingener Bibliotheksgeschichten (1911 — 1989), in Uerdingener Rundschau, Nr. 19 (1989), 1 — 13; Margarete Bauch (28. Januar 1880 — 1. Oktober 1964), 1901 Lehrerin, 1914 — 1930 Leiterin der Höheren Mädchenschule, Uerdingen, 1. Januar 1931 — 30. November 1941 Leiterin der Volksbücherei beziehungsweise Stadtbücherei in Uerdingen (Personalakten StA KR P 4006 und 11735).

²²⁶⁾ Versicherungsangelegenheiten wurden bis Ende Oktober 1936 im Polizeibüro bearbeitet. Über Oerter wurden nähere Angaben nicht ermittelt.

²²⁷⁾ Vgl. die Vorgänge in StA KR 9/220.

²²⁸⁾ Nachweisung der Soll- und Iststärke der kommunalen Polizeiverwaltung, Bgm. Uerdingen an Landrat Krefeld, 5. April 1929, in StA KR 9/527. Einen kurzen Überblick über die Entwicklung der Polizei in Uerdingen vermittelt: Das Uerdingener Polizeiwesen, in Uerdingener Rundschau 1963, Heft 7, 3 — 8.

²²⁹⁾ Der Uerdingener Polizeiverwaltung gehörten Mitte 1929 an: 1) Polizeivollzugsdienst: Polizeikommissar Werner Prinz, Polizei-Hauptwachmeister Johann Hoog, Hubert Hoven, Anton Neiderek (später Polizeimeister), Karl Pütz, Karl Tackweiler, Polizei-Oberwachmeister August Borg, Peter Dyckers, Wilhelm Elspaß, Wilhelm Gilberts, Johann Stevens, Heinrich Wahl, Heinrich Weggen, Johann Wirtz, Bernhard Wulms; Kriminalsekretär Johann Spennes, Kriminalassistenten Josef Bolten und Lorenz Platen; 2) Polizeiinendienst: Büroinspektor Jean Winkmann, Oberstadtssekretär Franz Hennen, Beamtenanwärter N. N. und Bürogehilfin Josephine Surkamp (Nachweisung aus mehreren Übersichten in StA KR 9/297, 515 und 527).

²³⁰⁾ Dieser Funkspruch ging an den Oberbürgermeister in Düsseldorf, die kommissarischen Bürgermeister in Duisburg-Hamborn, Gladbach-Rheydt, Krefeld-Uerdingen, Solingen, die Polizeipräsidenten in Düsseldorf, Elberfeld, M.-Gladbach, Krefeld und Duisburg; Abschrift wurde dem k. Bürgermeister in Krefeld-Uerdingen „unter Bestätigung des Funkspruchs“ durch Vfg. des RP Düsseldorf vom 5. August 1929 zugeleitet. Der k. Bürgermeister in Krefeld-Uerdingen leitete diese Abschrift am 8. August an den Bürgermeister in Uerdingen weiter, wo sie am 16. August 1929 einging, in StA KR 9/514. — Zur Aktenlage sei darauf

hingewiesen, daß die Akten des Polizeipräsidenten Krefeld-Uerdingen als verloren gelten, die Überlieferung des Schriftverkehrs der Uerdingener Stadtverwaltung mit dem Polizeipräsidenten beziehungsweise dem Oberbürgermeister als Ortspolizeibehörde in der Uerdingener Registratur (StA KR Bestand 9) jedoch ziemlich vollständig zu sein scheint, so daß sie für die folgende Darstellung ohne methodische Vorbehalte herangezogen werden kann.

²³¹⁾ Bgm. Uerdingen an RP Düsseldorf, 7. August 1929, in StA KR 9/514.

²³²⁾ RP Düsseldorf an Bgm. Uerdingen, 19. August 1929, ebd. Diese Verfügung wurde in Abschrift auch dem Polizeipräsidenten in Krefeld mit dem Bemerken zugeleitet: „Meine Anordnung vom 1. August ds. Js. trifft auch für Uerdingen zu“, vgl. Polizeipräsident Krefeld an Bgm. Uerdingen, 26. August 1929, ebd.

²³³⁾ PrMdl an RP Düsseldorf, 17. August 1929, Abschrift, ebd.

²³⁴⁾ Polizeipräsident Krefeld an Bgm. Uerdingen, 27. August 1929, ebd.

²³⁵⁾ MBI/IV, 1929, 899. Die staatliche Polizeiverwaltung Krefeld führte bereits seit September 1929 den Namen Krefeld-Uerdingen a. Rh., RdErl. des PrMdl vom 19. September 1929, MBI/IV, 1929, 827.

²³⁶⁾ MBI/IV 1927, 639; ABl. Reg. Düsseldorf 1927, 178.

²³⁷⁾ Aufzeichnung des Polizeibüros des Stadtteils Uerdingen, 3. Oktober 1930, in StA KR 9/219.

²³⁸⁾ Vgl. General-Anzeiger, Nr. 304, und Krefelder Zeitung, Nr. 559, 4. November 1930.

²³⁹⁾ Vgl. Vermerk von Bürodirektor Rohé für Bgm. Dr. Warsch, 24. Dezember 1929, und Polizeipräsident Krefeld an Bgm. Uerdingen, 3. Juni 1930, in StA KR 9/515. Von der staatlichen Polizei übernommen wurden Prinz, Neiderek, Spennes, Platen, Hoven, Pütz, Gilberts, Stevens und Weggen.

²⁴⁰⁾ Bei der städtischen Polizei Uerdingen verblieben Hoog, Tackweiler, Dyckers, Elspaß und Wahl. Andere Aufgaben übernahmen Bolten (Sparkasse), Borg (Hausmeister Lyzeum) und Wulms (Werftmeister); der Verbleib von Wirtz war nicht festzustellen.

²⁴¹⁾ Adreßbuch Krefeld-Uerdingen 1930, IV, 21; desgl. 1934, IV, 18.

²⁴²⁾ Vgl. hierzu im einzelnen die Vorgänge in StA KR 9/514.

²⁴³⁾ Nach OP 1931, vgl. Anm. 190.

²⁴⁴⁾ Verordnung über die Auflösung der staatlichen Polizeiverwaltungen Krefeld-Uerdingen, Bielefeld, Hagen, Wesermünde, des staatlichen Polizeiamts Schönebeck und der staatlichen Polizeizweigstelle Bitterfeld vom 22. März 1934, GS 237. Hintergrund der Auflösung des Polizeipräsidiums Krefeld-Uerdingen dürften Kostengründe gewesen sein, da es zu den kleinsten Polizeipräsidien in Preußen zählte; vgl. Romeyk, Rheinprovinz, 251.

²⁴⁵⁾ PrMdl an RP Düsseldorf, 7. April 1934, Abschrift, StA KR 9/516, Bl. 20.

²⁴⁶⁾ Vgl. Volksparole, Nr. 101, 13. April 1934.

²⁴⁷⁾ In dieser Angelegenheit sprach Aldehoff am 5., 7. und 13. April 1934 mit dem staatlichen Überleitungs-Kommissar ORR Voigt (am 5. April in Anwesenheit von Regierungsvizepräsident Bachmann) und am 18. April mit dem Sachbearbeiter im MdI, Major Lennartz, vgl. StA KR 9/516, Bl. 1, 12 und 16. Vgl. ferner Bgm. Uerdingen an RP Düsseldorf 9, 12. und 13. April 1934, ebd. Bl. 2, 9 und 13.

²⁴⁸⁾ Richtig: Erlaß.

²⁴⁹⁾ Bgm. Uerdingen an PrMdl über den RP Düsseldorf, 21. April 1934, StA KR 9/516, Bl. 18 f.

²⁵⁰⁾ PrMdl an RP Düsseldorf, 19. Juni 1934, Abschrift, ebd. Bl. 24.

²¹⁾ OB Krefeld-Uerdingen als Ortpolizeibehörde an Bgm. Aldehoff, 7. September 1936, ebd. Bl. 26 f. (der Erlaß vom 19. August ist als Anlage beigefügt).

²²⁾ RP Düsseldorf an OB Krefeld-Uerdingen, 4. September 1936, ebd. Bl. 28f.

²³⁾ Der Bericht vom 9. Juli 1936 selbst liegt nicht vor; er ist jedoch in der Vfg. des RP Düsseldorf vom 4. September erwähnt, sein Inhalt ergibt sich mittelbar aus dieser Verfügung und dem Erlaß vom 19. August. Die Entscheidung des Ministeriums im Sinne der Stadt Krefeld-Uerdingen steht höchstwahrscheinlich im Zusammenhang mit der kurz zuvor erfolgten Neuorganisation der Polizei auf der Reichsebene durch die Einsetzung eines Chefs der Deutschen Polizei im RMdI (Erlaß vom 17. Juni 1936, RGBl. I 487; vgl. hierzu unter anderem Neufeldt/Huck/Tessin, Zur Geschichte der Ordnungspolizei 1936 — 1945 [Schriften des Bundesarchivs, 3] Koblenz 1957], I, 11 — 19; Volkmar Götz, Polizei und Polizeirecht, in Deutsche Verwaltungsgeschichte, Bd. IV, Stuttgart 1985, 1017 — 1031, hier 1022 ff.; Martin Broszat, Der Staat Hitlers [dtw-Weltgeschichte des 20. Jahrhunderts], 13. Aufl., München 1992, 342 ff.).

²⁴⁾ Ein weiteres Indiz ist das Fehlen jeglicher einschlägiger Vorstücke in den äußerst minutös geführten Uerdinger Akten.

²⁵⁾ Vermerk Aldehoffs, 8. September 1936, StA KR 9/516, Bl. 28 (Hervorhebung im Original unterstrichen).

²⁶⁾ Vermerk Aldehoffs, 9. September 1936, und Bgm. Uerdingen an RP Düsseldorf, 9. September 1936, ebd. Bl. 29 f.; Vermerk Aldehoffs, 11. September 1936, ebd. Bl. 31.

²⁷⁾ Bgm. Uerdingen an Reichsführer SS und Chef der Deutschen Polizei im RMdI über den RP Düsseldorf, 18. September 1936, ebd. Bl. 40 — 43 (Hervorhebung im Original unterstrichen). Dieser Bericht wurde noch am selben Tag bei der Regierung abgegeben. Der Regierungspräsident hat diesen Bericht nicht weitergeleitet. Dies ergibt sich aus der Tatsache, daß der RP auf die Bitte Aldehoffs vom 6. Oktober, ihm eine Reise zum Ministerium zur mündlichen Erörterung seines Berichts zu genehmigen, diese Genehmigung nicht erteilte mit dem Bemerkung, „daß die strittige Angelegenheit demnächst von mir entschieden wird“ (ebd. Bl. 48 f.).

²⁸⁾ Abschrift ebd. Bl. 44 f.; diese Erklärung war von den folgenden Firmen unterzeichnet worden: I.G. Farbenindustrie AG, Holtz & Willemsen GmbH, Waggon-Fabrik AG, Pfeiler & Langen Zweigniederlassung Uerdingen, Vereinigte Uerdinger Oelwerke Alberdingk & Boley AG, Deutsche Rizinus-Delfabrik GmbH, Zuckervertriebsgesellschaft der Baltischen Rübenezuckerfabriken GmbH zu Berlin Zweigniederlassung Uerdingen a. Rh., Büttner-Werke AG, Kathreiner GmbH, Uerdinger Malzkaffee- und Röllgerstfabrik GmbH, Dujardin & Co GmbH vorm. Geb. Meicher. Am 22. September hatten die Generaldirektoren Kipper und Holtz Gelegenheit, dem ORR Luyken bei der Regierung ihre Vorstellungen wegen der Uerdinger Polizei vorzutragen, ebd. Bl. 47.

²⁹⁾ RP Düsseldorf an Bgm. Uerdingen, 16. Oktober 1936, ebd. Bl. 50.

³⁰⁾ Bgm. Uerdingen an RP Düsseldorf, 26. Oktober 1936, ebd. Bl. 51.

³¹⁾ General der Polizei Kurt Daluge (1897 — 1946) war Chef des Amtes Ordnungspolizei beim Reichsführer SS und Chef der Deutschen Polizei im RMdI.

³²⁾ Vermerk Aldehoffs, o. D., StA KR 9/516, Bl. 54.

³³⁾ Vermerk des Leiters der Verwaltungspolizei Krefeld-Uerdingen, Stadtmann Risse, 30. Oktober 1936, ebd. Bl. 57.

³⁴⁾ Anordnung Bgm. Uerdingen, 3. November 1936, ebd. Bl. 58.

³⁵⁾ Reichsführer SS und Chef der Deutschen Polizei im RMdI an RP Düsseldorf durch den Oberpräsidenten — Inspekteur der Ordnungspolizei — Koblenz, 19. November 1936, Abschrift, ebd. Bl. 77.

³⁶⁾ Die Durchführung des Erlasses vom 19. August hatte auch Auswirkungen auf die Polizeiverwaltung des Stadtteils Krefeld: Auch dort schieden die Geschäfte der Allgemeinen Polizeiverwaltung, der Feuerlöschpolizei und der Baupolizei aus der Zuständigkeit des Stadtteils aus und wurden auf die Gesamtstadt übertragen, vgl. Ratsherrensitzung Stadt Krefeld-Uerdingen, 13. April 1937, Tagesordnungspunkt 2.

³⁷⁾ Bgm. Krefeld an Polizeiverwaltung (Krefeld), 14. Mai 1945, StA KR 20/13, Bl. 45. Oberstleutnant von Bönninghausen wurde am 17. Mai durch den Uerdinger Bürgermeister Edmund Holtz entlassen (StA KR 9P/49).

³⁸⁾ Vermerk Bürodirektor Bues, 21. April 1933, in StA KR 9/181.

³⁹⁾ Vermerke Bürodirektor Bues, 21. April, 17. Juni und 31. Juli 1933, ebd..

⁴⁰⁾ Vermerk von Rechnungsrevisor Hermanns, Stadtrechtsmeister Bautz und Oberstadtssekretär Gerten, 22. August 1933, ebd..

⁴¹⁾ Vermerk Aldehoffs über eine Besprechung mit den Fraktionsführern Gebauer, Brüning und Handbrock, 19. Juni 1933, ebd.. Die Trennung von Gladbach und Rheydt wurde vom Preussischen Staatsministerium am 16. Juni beschlossen und erlangte durch das Gesetz über die Aufteilung der Stadtgemeinde Gladbach-Rheydt vom 24. Juni 1933 (GS 225) Gesetzeskraft.

⁴²⁾ Ein Umdruck dieser Denkschrift ist in StA KR 16/197, Bl. 207 — 244 überliefert. Die Denkschrift ist nicht datiert, sie muß jedoch spätestens Anfang April 1935 fertiggestellt worden sein, da der RP Düsseldorf sie bereits mit Bericht vom 13. April 1935 an den RuPrMdl weiterleitete, HStAD Reg. Düsseldorf 51306, Bl. 28 f.

⁴³⁾ Vgl. hierzu die Vorgänge in StA KR 9/183.

⁴⁴⁾ Das Original befindet sich in StA KR 9/184. Der Antrag wurde zunächst dem Regierungspräsidenten, dem Oberpräsidenten und dem Reichs- und Preussischen Minister des Innern zugeleitet. Später erhielten ihn noch Gauleiter Florian, Kreisleiter Diestelkamp, Ortsgruppenleiter Krings, Oberbürgermeister Dr. Heuyng, Gauwirtschaftsberater Dr. Klein und Schulrat Simons. Der Oberbürgermeister von Krefeld-Uerdingen legte bereits am 2. Dezember 1935 eine Erwiderung vor, StA KR 16/197, Bl. 164 — 172.

⁴⁵⁾ Aktenvermerk RP Düsseldorf, 12. Dezember 1935, und RP Düsseldorf an RuPrMdl, Oberpräsident in Koblenz, OB Krefeld-Uerdingen, 28. Dezember 1935, HStAD Reg. Düsseldorf 51306, Bl. 106 f.; Bgm. Uerdingen an RP, 17. Januar 1936, ebd. Bl. 108 f.

⁴⁶⁾ Neben den in Anm. 274 genannten Behörden und Personen wurde noch das Amt für Kommunalpolitik der Gauleitung Düsseldorf eingeschaltet.

⁴⁷⁾ Deutscher Gemeindegtag, Provinzialdienststelle Rheinland und Hohenzollern, an OB Krefeld, 22. November 1937, StA KR 16/197, Bl. 112.

⁴⁸⁾ OB Krefeld-Uerdingen an den Deutschen Gemeindegtag — (wie vor), 23. November 1937, ebd. Bl. 111. Über den Vorgang unterrichtete OB Dr. Heuyng am selben Tag auch den Regierungspräsidenten (ebd. Bl. 109).

⁴⁹⁾ Die maschinenschriftliche Aufzeichnung (ebd. Bl. 53 — 64) trägt von der Hand des OB Dr. Heuyng die Aufschrift „Herbst 1939/Nicht veröffentlicht“; das Wort „Entwurf“ ist von Hand durchgestrichen. Die Aufzeichnung scheint als internes Positionspapier des Oberbürgermeisters gedient zu haben, ihre Weitergabe konnte nicht festgestellt werden.

⁵⁰⁾ Vermerk Dr. Heuyng, o. D. [26. Oktober 1939], ebd. Bl. 65.

⁵¹⁾ Vermerk Dr. Heuyng, o. D. [nach dem 21. November 1939], ebd. Bl. 50 f.; Vermerk RMdI, 28. November 1939, in BA-AP Rep. 15.01 Nr. 1715.

⁵²⁾ § 23 der Ortssatzung von 1930 sah die Möglichkeit vor, die 20jährige Übergangszeit durch Beschluß der Stadtverordnetenversammlung der Gesamtstadt unter Zustimmung

der Bezirksverordnetenversammlungen der beiden Stadtteile Krefeld und Uerdingen abzukürzen.

⁵³⁾ In seinem Vermerk berichtet Dr. Heuyng folgende Mitteilung von Ministerialrat Klamroth: „Er erklärte mir, daß er bereits vor 10 Jahren die Sachbearbeitung gehabt habe. Damals habe man zunächst gar nicht die Absicht gehabt, die beiden Städte zu vereinen. Er sei sehr erstaunt gewesen, als eines Tages der Zentrumsbürgermeister Warsch von Uerdingen zu ihm gekommen sei und ihm gesagt habe, er, Warsch, bitte die Vereinigung der beiden damals selbständigen Städte vorzunehmen. Er, Klamroth, habe den Eindruck gehabt, daß dieser Mann für sich schustern, d. h. seine Stellung als 2. Gemeindeleiter einer neu zu bildenden Gesamtstadt wahren wollte“.

⁵⁴⁾ RMdI an RP Düsseldorf durch den Oberpräsidenten in Koblenz, 26. November 1939, in BA-AP Rep. 15.01 Nr. 1715. Nach der Aufzeichnung von Dr. Heuyng hätte er den Tenor dieses Erlasses gemeinsam mit MR Klamroth entworfen.

⁵⁵⁾ RP Düsseldorf an OB Krefeld-Uerdingen, 22. Dezember 1939, StA KR 16/197, Bl. 49.

⁵⁶⁾ Vgl. Einladung der Ratsherren der Gesamtstadt Krefeld-Uerdingen, 19. Januar 1940, „streng dienstvertraulich“, ebd. Bl. 42.

⁵⁷⁾ Ratsherrensitzung Stadtteil Uerdingen, 25. Januar 1940, auch zum Folgenden.

⁵⁸⁾ Ebd., Anlage.

⁵⁹⁾ Wenn Arndt vom Dachgemeinschaftsvertrag spricht, meint er im Zusammenhang wahrscheinlich die aufgrund des Neugliederungsgesetzes 1929 erlassene Ortssatzung.

⁶⁰⁾ Stadtverwaltung [Krefeld] Rechtsamt Gutachten in der Eingemeindungsfrage Krefeld-Uerdingen nach dem Stand vom 15. 1. 1946, StA KR 16/197, Bl. 1 — 27. Dieses Gutachten wurde am 21. Januar 1946 vom damaligen Hilfsdezernenten für die Rechtsverwaltung der Stadt Krefeld, Dr. Walther Höller, erstattet.

⁶¹⁾ OB Krefeld-Uerdingen an RP Düsseldorf, 29. Januar 1940, ebd. Bl. 36.

⁶²⁾ RP Düsseldorf an RMdI über den Oberpräsidenten in Koblenz, 13. Februar 1940, in BA-AP Rep. 15.01 Nr. 1715.

⁶³⁾ Vgl. die Vorgänge für die einzelnen Dezernate der Stadtverwaltung Krefeld in StA KR 30/1049.

⁶⁴⁾ Vfg. des OB Krefeld-Uerdingen, 20. und 30. März 1940, ABl. Stadtverwaltung Krefeld, 116 und 129.

⁶⁵⁾ Präsident der Reichspostdirektion Düsseldorf an RP Düsseldorf, Abschrift, in StA KR 20/536. Für eine Änderung des Gemeindefamens waren neben anderen auch die Deutsche Reichsbahn, die Industrie- und Handelskammer, das Hauptzollamt sowie die Reichsbankstelle Krefeld (Vorgänge ebd.).

⁶⁶⁾ OB Krefeld-Uerdingen an RP Düsseldorf, 15. Februar und 3. April 1940, ebd.. Zuständig für die Änderung von Gemeindefamens war der Reichsstatthalter, in Preußen der Oberpräsident (§ 10 in Verbindung mit § 117 Abs. 3 DGO).

⁶⁷⁾ Anordnung des Oberpräsidenten der Rheinprovinz, Essen, 24. April 1940, und Oberpräsident der Rheinprovinz an RP Düsseldorf, 24. April 1940, Abschrift, Anlage zu RP Düsseldorf an OB Krefeld, 4. Mai 1940, ebd.. Es ist nicht erkennbar, warum bei der Namensänderung der von der Stadt Krefeld gewünschte Zusatz „a. Rh.“ fortgefallen ist.

⁶⁸⁾ ABl. Reg. Düsseldorf 1940, 92.

⁶⁹⁾ Ratsherrensitzung Stadtteil Uerdingen, 21. März 1940, Nr. 4.

⁷⁰⁾ OB i.R. Professor Dr. Oehler an OB Dr. Heuyng, 15. April 1940, StA KR 16/197, Bl. 28 [vor Bl. 1 eingebunden]. Dieser Brief war ein Dankschreiben Oehlers für die Glückwünsche der Stadt Krefeld zu seinem 80. Geburtstag am 13. April.

Crefeld um die Jahrhundertwende

von Hanns Jürgen Küsters

Um die Jahrhundertwende erkennt der Besucher sie schon von weitem, die rheinische Samt- und Seidenmetropole Crefeld. Aus ihrer Silhouette ragen zwei Türme besonders heraus: die Alte — evangelische — Kirche und die neue — katholische — Dionysiuskirche. Wer sich in der Stadt genauer umsieht, traut seinen Augen nicht. Überall wird gebaut, erweitert, oder es ist gerade etwas aufs feinste hergerichtet worden. Der große Modernisierungsschub, den das Deutsche Reich erfährt, ist auch an Crefeld nicht vorbeigegangen. Wie hat sich doch das Straßenbild in den letzten zwei, drei Jahrzehnten verändert!

Einige Jahrzehnte später können die Crefelder viele Sehenswürdigkeiten und markante Architekturen nicht mehr bestaunen: so imponierende Statuen wie das Bismarck-Denkmal, von dem nur noch der Sockel erhalten bleibt, die Moltke-Figur, der Seyffardt-Obelisk und die De-Greif-Säule, die auf dem Ostwall standen, oder die Germania mitten auf dem Friedrichsplatz. Der 1472 erbaute Turm der Alten Kirche bricht 1951 als späte Folge des Luftangriffs von 1943 zusammen. Verschwunden sind dekorativ und reichlich verzierte Brunnen auf dem Westwall und im Stadtgarten, schmucke Gartenanlagen mit Taxusbäumen und Fontänen auf der Hohenzollernstraße, stattliche Häuserzeilen und Hotels, von der prächtigen Fassade des Hotels „Crefelder Hof“ und der Freitreppe des Kaiser-Wilhelm-Museums ganz zu schweigen.

Machen wir einen Streifzug durch die Stadt! Staate Lue' kommen gewöhnlich am Staatsbahnhof an — so heißt nämlich unser Hauptbahnhof 1907, piekfein, neu gebaut, mit einem 46 Meter hohen Turm. Das Beste ist uns gerade gut genug. Der alte Crefelder Bahnhof, der seit nunmehr 30 Jahren von der Köln-Crefelder Eisenbahn betrieben wird, hat ausgedient. Die neue Station liegt jetzt nicht mehr ebenerdig, sondern auf hochgelegten Gleisen an den Strecken der Rheinischen Eisenbahn und der Märkisch-Bergischen Eisenbahn. Der Crefelder Regionalverkehr wird dadurch enorm verbessert. Doch aufgepaßt! Über den Bahnhofsvorplatz knattern neuerdings Automobile, der Anfang allen Übels für die Pferdewagen, denn die Polizeiverwaltung hat der rheinischen Automobilgesellschaft die Erlaubnis erteilt, fünf Automobildroschken auf den öffentlichen Plätzen unserer Stadt aufzu-

stellen. Die Wagen sind elegant gebaut und haben 12 Pferdestärken. Eine Fahrt von 400 Metern kostet 10 Pfennige.

Für uns steht eine Kutsche am Königlichen Hauptzollamt bereit, das 1910 fertiggestellt worden ist. Der Kutscher hat auf öffentlichen Droschken genauen Vorschriften zu entsprechen: schwarz-blauer Oberrock mit hellblauem Kragen und einer Reihe weißer Metallknöpfe, dunkle Weste, dunkle Beinkleider und schwarze Lederne Fußbekleidung, auf dem Kopf einen weißlackierten Hut mit schwarzem Rand. Das Wichtigste ist jedoch: Er muß eine richtiggehende Taschenuhr bei sich tragen. Zeit ist Geld! Außerdem dürfen Leichen in diesen Gespannen nicht befördert werden.

Werfen wir noch einen kurzen Blick auf den freien Platz gegenüber, auf dem in den ersten Kriegsjahren für satte 2 Millionen Reichsmark das Hansahaus entsteht (1916). Lebhaft geht es auf dem Vorplatz zu: hier befrachte Ausru-

fer, dort Zeitungsverkäufer, und auf dem hübsch mit bunten Blumen bepflanzten Ostwall promeniert das Bürgertum. Gerade hat der Stadtrat den Fuhrdienst verstärkt und die Anschaffung von zwei weiteren städtischen Eseln genehmigt — Kostenpunkt: etwa 500 Mark.

Unsere Kutsche rollt gemächlich in Richtung Moltke-Denkmal, das seit 1897 an der Ecke Südwall/Schwertstraße steht. Stolz blickt der preußische General im Feldherrnmantel mit Helm, umgehängtem Feldstecher und einer Landkarte von Paris in der Hand auf den Betrachter herab: der Sieg über den Erbfeind. Die Franzosen werden uns das nie vergessen! Doch Crefelder sind für Verständigung und haben 1874 als Zeichen die Friedenskirche am Luisenplatz gebaut.

Seit Gründung des Deutschen Reiches hat sich vieles verändert. Noch 1870 macht Crefeld mit seinen 57 772 Einwohnern den Ein-

Abb. 1. Bahnhofsvorplatz mit Zollamtsgiebel



Crefeld. Ostwall.



Abb. 2. Alte Ostwall-Ansicht

druck einer behäbigen, vor sich dahinlebenden Landstadt. Seitdem haben Handel und Gewerbe mächtigen Auftrieb erfahren. Zwar schieben die Weber immer noch mit Pferdewagen und Handkarren durch die Straßen und liefern ihre Ware bei Färbern und Appreteuren ab. 3953 Handwebstühle sind 1906 noch in Betrieb, doch hat die moderne Technik längst Einzug gehalten. 1885 beginnt die Elektrifizierung. Gaslaternen erleuchten bei Dunkelheit die Straßen, und die Rohrleitungen lassen die Pumpen vor den Häusern verschwinden. 1913 verfügen alle Haushalte über einen Wasseranschluß. Das jüngst verlegte Kanalnetz entsorgt die Abwässer in den Rhein.

Die Stadtväter wissen aber auch um das Elend. Wohnraum ist knapp. Erschließungsgebiete wie das Hülsener Bruch und die Südstadt können mit dem Zuwachs an Bewohnern nicht Schritt halten. 1887 zählt man 100 000 Einwohner. Knapp ein Vierteljahrhundert später, 1910, sind es schon beinahe 130 000 Crefelder. Die Weber sind zunächst einmal Kleinbürger, wohnen ebenso bescheiden wie beengt und stellen Reinlichkeit über alles. Nachsagen lassen sie sich nichts. Nein, sauber, blitzsauber soll alles sein. Auswärtige behaupten, man könne vom Straßenpflaster essen. Drinnen sieht es nicht anders aus: Kleierkaas und Bettgestell staubfrei, sauberes Laken auf Tisch und Bett, Stühle mit Strohgeflecht auf mit weißem Sand bestreuter Diele, die Wände weiß gekalkt, manchmal sogar tapeziert, über dem Sofa die Muttergottes aus Kevelaer, Familienfotos in ovalem Rahmen, daneben Möschekau und Pendeluhr. So wohnt der kleine Mann,

Richtiges Lumpenproletariat hat Crefeld um die Jahrhundertwende keines. „Prolet“ schimpft man denjenigen, der keinen Benimm hat, und Ausdrücke wie Fuselsnas, Gitschmörmel, Schnobbelsjong oder Babbelsmull werfen sich echte Krie-ewelsche ohne beleidigende Absicht an den Kopf. Der andere weiß schon, wie es gemeint ist.

Aber nur wenige haben das Geld, ein Haus im besseren Viertel um den Bismarckplatz und die Hohenzollernstraße zu bauen — bei der Riecke also — ja, da sieht das alles schon ganz anders aus. Plüschzeit! Im Salon mit anschließendem Wintergarten hängen schwere Samtportieren in Ebenholzringen herab, strecken sich die Sofas und Chaiselongues unter Fächerpalmen durch den Raum. Kronleuchter mit venezianischen Prismen blinken von der Decke, und die Wände dekorieren Ölbilder oder in Seide gewebte Gemälde im protzigen Goldrahmen. Chinavasen, Brokatdecken und viel Schnörkel in Stuck oder Stein sind ein gefundenes Fressen für Staubwedel und Spinnenjäger. Das Oberhaupt residiert im Herrenzimmer, umringt mit Sesseln und Bücherschränken, die das geistige Relief abgeben. Die Gnädigste kommandiert im weiträumigen Treppenhaus die Livrees, das Kindermädchen, die Dienerschaft und die Pänz. Hineingestellt zwischen Scylla — nix hätte — und Charybdis — alles hätte — ist der Mittelständler, der alles hätte wollt', also der Crefelder Wähler Steuerklasse II.

Flugblätter, die sich gegen das „elendste aller Wahlsysteme“, nämlich das Klassenwahlrecht, richten, sind auf Antrag des Gerichts beschlagnahmt worden. Recht so! Wohin

kommt man denn, wenn alle Bürger auch noch die gleichen Rechte haben?

Immerhin leben in der Stadt 17 659 Wahlberechtigte, davon 225 der ersten Klasse. Zur zweiten Klasse gehören 1362 Wähler, zur dritten 16 072. Der niedrigste Steuersatz in der ersten Klasse beträgt 2 203 Mark, der Höchstbesteuerte in der dritten Klasse zahlt 375 Mark. Wer mehr zahlt, hat mehr Rechte. So einfach ist das!

Wir fahren weiter auf dem Ostwall, vorbei am Delphin-Brunnen in Höhe der Marktstraße. Eifertige Planer der Stadt werden ihn fünfzig Jahre später — 1954 — zur Verkehrsverbesserung abreißen lassen. Die 1902 umgebaute, im klassischen Stil errichtete Synagoge an der Marktstraße/Ecke Petersstraße trifft 1938 ein noch schlimmeres Schicksal. Sie wird von den Nationalsozialisten niedergebrannt. Die Stadt ist nicht nur um ein Kulturgut ärmer.

Der Kutscher lenkt den Wagen an der neuen Spar- und Darlehnskasse vorbei zum Verkehrsknotenpunkt Ostwall/Ecke Rheinstraße. Später wird daraus die Sparkasse des Landkreises Kempen-Crefeld. Jeder weiß, warum sie 1897 das Gebäude auf dem Ostwall bezogen hat. Man muß den Kunden näherkommen. Seit November 1900 fährt zum erstenmal die „Elektrische“. Zug um Zug wird der Betrieb der Pferdebahnwagen der Crefelder-Uerdinger Localbahn, der 1883 aufgenommen wurde, ersetzt. Mit Beendigung der Elektrifizierungsarbeiten 1901 werden die Straßenbahnen mit Dampflokomotiven, die nach Hüls und Fischeln verkehren, eingestellt.

Schnellere Verbindungen bringen bekanntlich erhöhtes Risiko mit sich. Die Straßenbahnfahrer haben mittlerweile die lästige Angewohnheit, unbekümmert um die Gefährlichkeit solchen Treibens für Fahrgäste und Fußgänger, die Wagen auf ihre Leistungsfähigkeit zu erproben. Sie rasen mit Schnellzug-Geschwindigkeit dahin und schwanken so bedenklich, daß einem angst und bange wird. So kommt es vor, daß Fahrgäste ob solch leichtsinnigen Fahrens entrüftet aussteigen, weil sie um ihr Leben fürchten.

Auch werden ständig Klagen laut, daß einzelne Wagenführer der Dampfbahn das Pfeifen für eine Belustigung der Anwohner halten. Ein Bürger, so steht in der „Crefelder Zeitung“ zu lesen, fühlt sich durch den nervenerschütternden Lärm so gemartert, daß er der herrschaftlichen Direktion empfiehlt, den Wagen Nr. 113 einmal eine Stunde lang vor ihrem Büro pfeifen zu lassen. Crefelder sind eben unkompliziert denkende Menschen!

Biegen wir mit unserer Droschke vom Ostwall in die Rheinstraße ein, die abends bald im neuen Glanz erstrahlt. Die gerade aufgestellten Lampenmasten sehen gediegen aus. Ihnen fehlen aber noch die Beleuchtungskörper. Auch Oberleitungen für die elektrischen

Straßenbahnen gehören fortan zum Stadtbild. Sie sind Zeichen des technischen Fortschritts. An die Schreibwarenhandlung von Carl Kirdorf erinnern sich später nur uralte Krefelder. Über Jahrzehnte hinweg werden die Jugendlichen der Stadt bloß noch von „UdU“ reden, wenn sie Krefelds bekanntesten Treffpunkt meinen.

Wir nähern uns dem eigentlichen Geschäftszentrum, wo das Stadtleben in allen Ecken, Kneipen und Restaurants pulsiert. An den Schaufenstern von Hochstraße, Rheinstraße und Friedrichstraße ziehen und schieben sich feine Damen, Weber, Agenten, Polizisten, einfache Arbeiter und Bauersleute vom Lande vorbei, reden klug und schwadronieren. Neueste Technik ist seit kurzem an der Hochstraße/Ecke Dreikönigenstraße zu bewundern: das Theater lebender Photographien. Großes kinematographisches Schaustück „Die Reise zum Mond“ mit phantastischen Szenen wird geboten — Dauer der Veranstaltung: 25 Minuten, 15 000 Bilder, Eintritt jederzeit möglich.

Geschäft reiht sich hier mittlerweile an Geschäft. „Original Pariser Corsets soeben eingetroffen, entzückende neue Zwickelform, la Satin, inklusive Strumpfhalter und Riechkissen für 10 Mark. Spottbillig!“, gibt die Damenwelt als Geheimtip weiter. Spanier hat Livreehosen, Dieneranzüge und Kutschermäntel im Angebot. Dannenbaum hält Restbestände in Flanellblousons bereit. Und die Brüder Sinn bieten Kapok, Spitzen und Pikeewesten an. Lion hält's mit den Briten und Franzosen: Jaquettes, Waterproofs, Costumes. Nur widerstrebend wenden wir den Blick von den Auslagen der Modehäuser ab. Gleich, wo man hinguckt, die Leistungsfähigkeit der Detailgeschäfte hat erheblich zugenommen.

Abb. 3. Rheinstraße mit Café Bristol



Das hat auch ganz profane arbeitsrechtliche Gründe. Das Personal darf nämlich neuerdings nach 9 Uhr abends mit Aufräumarbeiten beschäftigt werden. O, welch' selige Zeiten für Ladenbesitzer!

Die Schwelle des Zumutbaren für die Angestellten ist noch sehr niedrig gelegt. Die Gewerkschaften sind längst nicht so durchsetzungsfähig, sich gegen solche Regelungen zu wehren. Immerhin dürfen an 40 Tagen im Jahr die Läden länger als 21 Uhr geöffnet bleiben. Dennoch glaubt der Crefelder Kleinhandel 1907 schlimmen Zeiten entgegenzugehen. Konkurrenz macht sich breit, das Warenhaus. Die Kinder drängen, sie wollen Pasternoster fahren, bei Tietz, dem großen Kaufhaus, das an der Friedrichstraße aufgemacht hat. Am Tag der Eröffnung hält der Textilhändler Lenz aus Protest sein Geschäft geschlossen.

Den bescheidenen Wohlstand haben vor allem das Crefelder Bürgertum und alteingesessene Familienbetriebe geschaffen. Das Wirtschaftsleben wird von Persönlichkeiten geprägt, die in den zurückliegenden Gründerjahren Mut zum unternehmerischen Risiko zeigten oder dabei sind, ihre kleinen Betriebe auszubauen. Zu ihnen gehört August Büttner, Industriekapitän und leidenschaftlich der Philosophie verschrieben. 1895 feiert er in den Werkhallen der Rheinischen Röhren-Dampfkessel-Fabrik mit seinen 300 Arbeitern die tausendste Kesselmontage. Und da ist noch der junge, ehrgeizige Chemiefabrikant Edmund ter Meer, der ständig forscht, produziert, verkauft, vergrößert. Mit neuen Farbproben, Scharlach, Bismarckbraun, Grundblau und Echtgelb, setzt er Zeichen und wird 1904 alleiniger Vorstand des Unternehmens, das später die Bayer-Werke übernehmen. Er un-



Abb. 4. Das ehemalige Kaufhaus Tietz — später Kaufhof; Ecke Friedrichstraße / St.-Anton-Straße

terstützt den Aufbau des Schulwesens, läßt musterhafte Wohnsiedlungen bauen, verschönert durch Stiftungen das Bild des Rheinstädtchens Uerdingen und gibt die Dividenden seines Kapitals für soziale Zwecke aus.

Betuchte Bürger sehen ihre Aufgabe darin, weniger Begüterten die Teilnahme an Kunst und Kultur zu ermöglichen. Einer davon ist Heinrich Müller-Brüderlin, Textilhändler am Schwanenmarkt, ein weitgereister Mann, der sich auf den Baumwoll-Plantagen in Togo genauso auskennt wie in Brüssel oder Rotterdam. Mit dem Schwanenbrunnen setzt er sich selbst ein Denkmal vor das Stammhaus seiner Firma. Es gibt kein Anliegen der Stadt, das der passionierte Reitersmann, 1909 Vorsitzender des Reit- und Fahrvereins, nicht fördert. Der Kunstmäzen finanziert 1912 den Erweiterungsbau des Museums am Carlsplatz, vermacht 50 000 Mark für die Beschaffung von Kunstwerken der italienischen Renaissance, aber auch der Moderne; Nolde, Liebermann, Rodin sind hier erstmals zu sehen.

Kaiser Wilhelm II. höchst persönlich weilt anläßlich eines Rheinlandbesuchs am 20. Juni 1902 das Denkmal Wilhelms I. ein, nach dem das 1897 eingeweihte Museum am Carlsplatz benannt wurde. Die Städtobere halten gebührende Elogen, wie es sich beim Besuch seiner Majestät gehört. Diese wiederum verspricht den Crefeldern, ein Husarenregiment in die Stadt zu verlegen.

UERDINGEN. Rheinpartie



Abb. 5. Die Industriekulisse am Uerdinger Rheinufer

Als der Kaiser 1906 zur Einweihung der neuerbauten Kaserne wiederkommt, hält der Zug am Oppumer Bahnhof. Der prächtige Staatsbahnhof wird erst im Jahr darauf fertiggestellt. Der Kaiserbesuch wirft allerdings mehr Probleme auf, als den Ratsherren lieb ist. Das Pflaster der Uerdinger Straße befindet sich in einem besorgniserregenden Zustand und ruft die Tierschützer auf den Plan. Es birgt die Gefahr in sich, daß beim Einzug seiner Majestät von den Husarenpferden die Hälfte den Bissingplatz (heute Konrad-Adenauer-Platz) nur mit gebrochenen Beinen erreicht. Schutz der Kreatur hat in Krefeld immer Konjunktur. Den Damen vom Tierschutzverein werden auf deren Drängen Mittel zur Beschaffung von Strohütten für die Pferde zur Verfügung gestellt. Dem Vernehmen nach hat sich diese Einrichtung bewährt. Bei Zuwiderhandlungen, empfiehlt der Verein, möge man, wenn man nicht gerne Anzeige erstattet, den Übeltätern doch eine Tracht Prügel verabreichen. Krefelder sind also auch praktisch denkende Menschen!

Der feierliche Einzug des II. Westfälischen Husaren-Regiments No. 11 unter dem Kommandeur Oberstleutnant von Storch am 2. April 1906 macht Krefeld endgültig zur Garnisonsstadt. Vom Donner der Salutschüsse und der Wolke von 1 000 weißen Tauben bis zur Huldigungsszene auf dem Ostwall verläuft alles zur Zufriedenheit des Staatsoberhauptes. Die Kasernen sind bestens ausgestattet: Stallungen, Lazarett, Proviantstelle und Kasino. Und was macht der tapfere Soldat, der

abends etwas erleben will? Er braucht sich nur in die Elektrisch' zu setzen. Zur besseren Verkehrsanbindung wird im selben Jahr noch die Straßenbahnstrecke vom Amtsgericht bis zur Kaserne ausgebaut. Nach einer Fahrzeit von 18 Minuten kann der schmucke Husar den Durst im Vergnügungsviertel an der Neu-

Abb. 6. Alte Ansicht des Neumarkts



Krefeld

Blick in die Hochstraße vom Neumarkt.

ber Straße stillen und seine Treue bei den Krefelder Mädchen auf die Probe stellen.

Den Jecken in Krefeld ist der Karneval schon zu dieser Zeit eine hochernste Angelegenheit. Im Stadtbezirk, so verfügt der Stadtrat 1906 — alles muß ja seine Ordnung haben! —, darf man während der tollen Tage nicht im Gänsemarsch gehen oder Konfetti verstreuen. Auch ist es verboten, Pfauenfedern zu gebrauchen oder zweideutige Lieder zu singen. Helau! Und daß das Karnevalskomitee moralisch eine weiße Weste trägt, daran besteht nicht der geringste Zweifel. Zur Besserung des leider auf einem sehr tiefen Niveau stehenden Straßenliedgutes läßt das Zugkomitee leicht singbare, einwandfreie Lieder in einer Massenaufgabe von 50 000 Stück verteilen. So kommen erst gar keine falschen Zungenschläge auf.

Wo trifft Mann sich mit Frau um die Jahrhundertwende in Krefeld? Im „Hotel Central“, „Zum römischen Kaiser“, im „Deutschen Haus“ oder in den Cafés bei Brauer, Bristol und Cornelius. Bürgerliches Essen serviert das Hotel „Zum wilden Mann“ auf der Hochstraße, das durch den Kuppelbau hervorsticht und wo bereits im 14. Jahrhundert ein Gasthof stand, unweit der Alten Kirche im Herzen der Stadt. Gut Katholische kehren nach dem Kirchgang direkt in den „Vatikan“ ein, das Restaurant „Zum Kaiser-Wilhelm-Museum“ am Westwall nahe der Dionysiuskirche. Deren neuer Turm, der den alten zwiebelartigen ersetzte, ist gerade mal 10 Jahre alt.

Kulturell hat das Stadttheater in der Rheinstraße bereits Tradition. Seit 1825 finden im Rumpschens Saal Aufführungen statt. 1906 betritt man Neuland. Außer dem Schauspiel

werden jetzt regelmäßig Opern aufgeführt. Immerhin findet der „Rosenkavalier“ seine zweite Aufführung im Reich auf den Crefelder Brettern, die die Welt bedeuten.

Von 1911 an wird bei noblen Anlässen auch im „Crefelder Hof“ auf der St.-Anton-Straße/ Ecke Ostwall (gegenüber dem Parkhof, heute Theaterplatz) gefeiert, der mit prächtiger Fassade einen Tag vor Weihnachten seine Türen öffnet. An der Cornelius-de-Greiff-Säule auf dem Ostwall, an der wir nun vorbeifahren, gibt die städtische Kapelle ein Platzkonzert. Heute ist Geburtstag des großen Wohltäters der Stadt, der jedoch geizig war, wie die Krallenfüße des Fabeltieres beweisen, das auf der Säule posiert. Imposant ist das neuerbaute Kaiserliche Hauptpostamt. 1894 hat es an 19 Schaltern den Betrieb aufgenommen. Moderner geht's nicht mehr. Doch ist nicht alles Gold, was auf den Uniformknöpfen der Postillione glänzt. Die Postbehörde stimmt ihrer geschätzten Kundschaft aus voller Seele zu, daß die Posthörner falsch blasen. Die Behördenleitung läßt es zwar an der nötigen Einwirkung nicht fehlen, auf das Blasen des Posthorns kann aber nicht verzichtet werden, weil dadurch dem in den inneren Diensträumen beschäftigten Personal die Ankunft der Posten kundgetan wird. Und zudem sind die Postillione zum Blasen verpflichtet, wenn ihnen ein anderes Fuhrwerk die Straße versperrt.

Auf dem nördlichen Ostwall bewundern wir das Denkmal des Samtfabrikanten Ludwig Friedrich Seyffardt. Es zeigt eine um zwei Schulkinder besorgte Frau vor dem Obelisk — Symbol der Fürsorge der Stadt um das Wohl der Bürger und das Schulwesen. Aber wen interessiert das eigentlich wenige Jahrzehnte später noch?

Was man alles vom 1892 erbauten Königlichen Amtsgericht auf dem Nordwall nebst Gerichtsgefängnis auf der Steinstraße 200 hört, versetzt selbst den Amtsschimmel in lautes Wiehern. Das Schöffengericht hat doch neulich einen Wildhändler zu 30 Mark Geldstrafe verurteilt, weil er einen säuberlich abgezogenen Kater an seinem Verkaufsstand in der Markthalle als Hasen feilbot und verkaufte. Der Händler glaubte, sich mildernde Umstände erwirken zu können, indem er zu seiner Verteidigung vorbrachte, der Käuferin habe die Katze vorzüglich geschmeckt.

Gott sei Dank leben in Crefeld Menschen mit Herz, urwüchsig, die kein Blatt vor den Mund nehmen. Zu dieser Spezies gehört auch der Strafverteidiger und Zivilanwalt Peter Floeth, Eigenbrötler und Original sondergleichen, ein Kauz unter den Justizräten, dessen Geburts- und Wohnhaus in der Dionysiusstraße steht. Fragt man Floeth nach seinem Geburtsdatum, antwortet er: „Sieben Tage älter als der Kaiser“, was schon an Majestätsbeleidigung grenzt. Er setzt sich vor allem für die kleinen Leute ein. Mit großem Vergnügen tüfelt er überraschende Wendungen aus und ver-



Abb. 7. Eine in Seide gewebte Darstellung des Amtsgerichts

säumt keine Gelegenheit, seine Mitmenschen herauszufordern. Autoritäten stützt er mit ironisch-spöttischen Bemerkungen auf das menschliche Maß zurück — im Gerichtssaal, als Stadtverordneter oder als aufmerksamer Leser der Crefelder Zeitungen.

Unberechenbar ist dieser Jurist, der peinlich genau auf die Korrektheit seiner Robe achtet und imstande ist, während der Gerichtsverhandlung dem Vorsitzenden aus einer Tüte Bonbons anzubieten. Als ihn eine aufgebrachte Zeugin eines Tages ohrfeigt, legt er sich den Ehrentitel „Peter Floeth, Märtyrer“ zu, „zugelassen beim Land-, Amts- und Eintopfgericht“ steht auf seiner Visitenkarte zu lesen. Mit dem Rathaus liegt er ständig im Clinch. Alles läuft ihm zu bürokratisch ab. In den Jahren des Ersten Weltkriegs, als 1917 alle hungern und frieren, holzt er Teile seines privaten Waldstückes ab, damit geheizt werden kann.

Seitdem unser gestrenger Oberbürgermeister Johansen das Amt 1910 übernommen hat, verdient seine entschiedene Umgangsart Respekt. Ein beherzter Mann, der Anfang der zwanziger Jahre im Rheinland genauso bekannt ist wie der Kölner Oberbürgermeister namens Konrad Adenauer. Alle Verwaltungsfäden laufen in seinen Händen zusammen. Morgens vor acht schon ist er in der Stadt zu sehen. Fällt ihm eine Nachlässigkeit der Verwaltung auf, wird sie umgehend beseitigt. Johansen aber ist ein Geizkragen ohnegleichen, wie viele meinen. Sparsamkeit ist für ihn ebenso sehr eine Frage des Charakters wie der Wirtschaftlichkeit. Heute würde man ihn allerdings ein umweltbewußtes Vorbild nennen. Denn er fährt mit der Straßenbahn und verzichtet freiwillig auf das ihm zustehende

Dienstautomobil. Regelmäßig spielt er in einem Quartett städtischer Musiker die zweite Geige. Des Abends ist zuweilen aus seinem Arbeitszimmer im Rathaus Violinspiel zu vernehmen.

Wie preußisch, bürokratisch und kompliziert sich das öffentliche Leben gestaltet, erfahren die Stadtväter am eigenen Leibe, als der Deutsche Sprachverein 1897 vorschlägt, aus Crefeld Krefeld zu machen. Die Ratsherren sind wegen der anfallenden Kosten dagegen, den Stadtnamen statt der französischen Schreibweise mit „C“ der deutschen mit „K“ anzupassen. Dann kommt jedoch der Ukas des Regierungspräsidenten. Im Stadtrat denkt man um, doch der preußische Innenminister erteilt am 8. November 1900 eine Abfuhr. Die Tradition alten Gelehrtentums, das auf alles Deutsche mit Verachtung sieht, wirkt nach. Die Klage der Stadt vor dem obersten Verwaltungsgericht wird 1901 abgeschmettert. Erst am 25. November 1925, sechs Jahre nach einem erneuten Vorstoß und lange nachdem sich die politischen Verhältnisse geändert hatten, erhält die Stadt grünes Licht zur Änderung ihres Namens.

Trotz heftiger Kämpfe im Stadtparlament zwischen Liberalen und Katholiken zeichnet Crefeld ein gewisses Klima der Toleranz unter den Kleinbürgern aus. Juden leben neben Mennissen, Calvinsche neben Katholiken. Freidenker-Verbände haben genauso ihren Platz wie „Die Erholung“, der katholische Arbeiterverein „Unitas“ und die liberal-exklusive Gesellschaft „Verein“.

Über mangelnde Fortschrittlichkeit können sich die Crefelder wirklich nicht beklagen. Welche mittelgroße Stadt verfügt schon über



Abb. 8. Eine phantasievolle Postkarte zur Hafeneinweihung

eine Markthalle — sie öffnet 1900 ihre Tore auf der Friedrichstraße —, einen Schlachthof, ein modernes Hauptpostamt, Fernsprecheleitungen, Stadttheater, eine städtische Bade- und Schwimmanstalt, eine weltweit angesehene Webe-, Färberei- und Appreturschule, Kaufmannsschule, ein neugebautes Realgymnasium (am Moltkeplatz) und ein Lyzeum (am Blumenthal)?

Besonders die Industriellen haben lange genug darauf gedrängt, Verkehrsverbindungen und Infrastruktur zu verbessern. Die Erwerbsmöglichkeiten sind einseitig auf die Textilbranche ausgerichtet. Industrie-Ansiedlungen sollen angeregt, schlecht gepflasterte Straßen von öffentlicher Hand erneuert werden. Hubert Henrich, Leiter der städtischen Bauverwaltung, hat alle Hände voll zu tun: Kaserne, Stadtwaldhaus und die großen Schulen entstehen in diesen Jahren. Vor allem aber beschäftigt ihn der Ausbau des Rheinhafens, um den es so viel kommunalpolitischen Wirbel gibt.

Bei der Einweihung wird geschickt der Schmuck vom Tage des Kaisereinzugs wiederverwendet. Der Festzug führt vom Rathaus über Besserung heischendes Pflaster dem Hafen zu. Es regnet in Strömen, so daß die Gäste keinen Staub schlucken müssen. Auf dem Rhein findet eine große Flottenparade mit 54 Rheindampfern statt. Anschließend wartet in der Gesellschaft „Verein“ auf dem Ostwall eine üppig ausgestattete Festtafel auf die hungrige Sociéte.

Der einfache Bürger kann über mangelnde Freizeitangebote in Crefeld nicht klagen. Ein Sportlerheim am Blumenthal sorgt für körperliche Ertüchtigung. Sonntags promenierte die Familie nicht mehr im Stadtgarten und auf den vier Wällen, geschlendert wird jetzt durch den Stadtwald — ein neues Naherholungsgebiet, das der Krösus Wilhelm Deuß der Stadt 1897 geschenkt hat. Übrigens mit einem segensreichen Teich, in dem 1906 noch 480 Pfund Karpfen gefangen werden. Die Kahnpartien steigen so rapide an, daß der Stadtrat 1907 die Erweiterung zu einem Weiher beschließt. Die Crefelder beenden ihren Sonntagsausflug gewöhnlich mit einem Kaffeeklatsch bei Kuchen und Bier im Gartenlokal des Stadtwaldhauses. Für den gehobeneren Lebensstil und Freunde des Turfsports erwirbt die Stadt 1911 ein 68 Morgen großes Gelände an der Hüttenallee und überläßt es dem Rennverein gegen Pacht. 1913 hat Crefeld endlich eine richtige Pferderennbahn, die mit der Rennstrecke im Tiergarten nicht zu vergleichen ist.

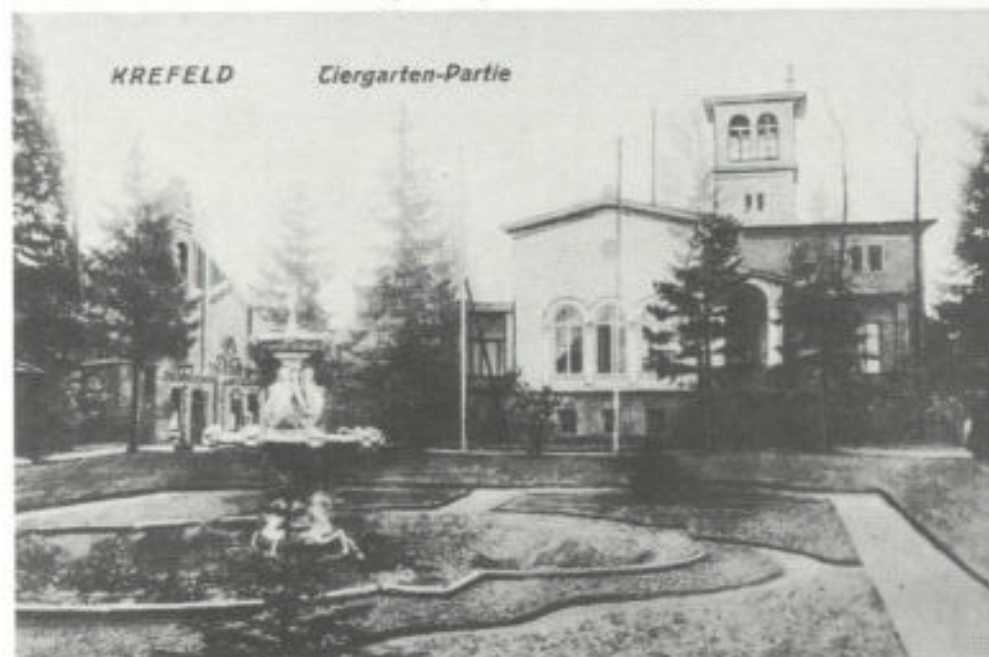
Der Tiergarten hat sich zum Vergnügungspark schlechthin gemauert und bietet reichlich Abwechslung für jedermann: Kahnfahrten auf dem Weiher, Grotten, Rollschuhbahn und Ponystall. Pfaue, Papageien, Affen, Wölfe, Bären und Löwen sind die ersten Bewohner. In lauen Sommernächten wird ausgiebig gefeiert. Bei bengalischer Beleuchtung spielen Musikkapellen auf, präsentieren Kleinkünstler ihr Können und balancieren Turmseiläufersgruppen in hoher Luft. Selbst das Stadttheater gastiert mit Vorstellungen. Bald findet ein großes Herbstfest statt mit Gondelfahrten und Brillantfeuerwerk. Eine Novität ist die elektrische Wunderfront, die Leuchttafel mit Lotusblume in herrlichen Lichteffekten. Vorher gibt

es eine Fackelpolonaise und im zweiten Teil dann Nansens Nordpolarfahrt in naturgetreuen Bildern — Entree 30 Pfennige. Wer dazu keine Lust hat, kann auch mit dem Schluff zum aufgeförferten Hüser Berg fahren, erklimmt die 125 Stufen des Johannesturms und läßt den Blick auf die Umgebung schweifen. Für Durstige bietet die Bergschänke ein frisches Bier an.

Unser Kutscher macht einen kurzen Abstecher in Crefelds Vororte, dorthin, wo das Leben noch gemächlich dahintreibt. Treffpunkt in Uerdingen ist und bleibt der Markt mit dem Sammelbau, so heißt jedenfalls das Gebäude im Amtsdeutsch. Es beherbergt eine Waage, einen Getränkeausschank und bietet Möglichkeit der Entsorgung menschlicher Bedürfnisse. Legt man das Ohr an des Volkes Mund, spricht jeder nur von „Wimilipi“, abgekürzt für Wiegen, Milch, Limonade und Pinkeln.

Rund um die Burg in Linn und in Oppum, die 1901 und 1907 eingemeindet werden, hat sich noch kaum etwas verändert: buckelige Straßen, enge Gassen, Misthaufen vor den Häusern. Die Bewohner liegen in den Fenstern, stehen mit langen Pfeifen in den Türen, ergeben sich in Andacht kleinsten Bewegungen auf der Straße oder halten einen nachbarlichen Schwatz. Glücklich sind jene, die in den Neubaugebieten nahe der Eisenbahn ihr eigenes Häuschen besitzen. Raus aus der Stadt, Landluft macht wieder frei! An Oppums altem Bahnhof vorbei trabt die Pferdedroschke wieder dem Crefelder Staatsbahnhof entgegen, entläßt uns auf dem Bahnhofsvorplatz, wo die Menschen kommen und gehen.

Abb. 9. Teilansicht aus dem ehemaligen Tiergarten an der Uerdinger Straße



Die Krefelder Verwaltungschefs

von Hermann Steffens

Der Begriff „Verwaltungschef“ ist für die Anfänge nicht im heutigen Sinne zu verstehen. Krefeld war lange ein sehr kleines Gemeinwesen; um 1550 lebten rund 250 Menschen in der Stadt¹⁾. Um wieviel kleiner muß die Stadt gewesen sein, als Kaiser Karl IV. 1373 urkundlich dem Grafen von Moers das Recht zur Stadterhebung Krefelds verlieh. 1392 werden erstmals Stadt und Land Krefeld genannt. Ein Bürgermeister — ohne Namen — ist erst 1463 bezeugt. Nach einer weiteren Erwähnung eines ebenfalls namentlich nicht genannten Bürgermeisters im Jahre 1470 folgt zwei Jahre später der erste Bürgermeister mit Namen Gaetgen (= Gottfried) Maes. Das läßt darauf schließen, daß erst Mitte des 15. Jahrhunderts Bürgermeister eingesetzt wurden. 1530 wird zum ersten Mal der Rat der Stadt erwähnt.

Mit der Liste der Bürgermeister haben sich viele Historiker beschäftigt. Die Angaben weichen voneinander ab. Leider enthalten die älteren Listen Irrtümer. Nur die Liste des ehemaligen Leiters des Stadtarchivs Krefeld, Dr. G. Rothhoff, gibt den neuesten Stand wieder (s. Tab. 1). Sie umfaßt die Jahre 1472 bis 1733. Häufig kommt in dieser Aufstellung die Familie Püllen/Püll vor; sie stammt aus Krefeld. 1517 war Jakob Pullen Bürgermeister. 1629 war es Gert Püll (+ 30. Juli 1656), von 1720 bis 1722 sein Urenkel Gottfried²⁾. Er blieb unverheiratet. Sein Weingeschäft hatte er auf dem Neumarkt im „Haus zum Weinaß“. Er hatte sechs Geschwister, unter ihnen Agnes (13. September 1672 — 20. Juni 1724), die am 17. März 1694 Dietrich Cladder heiratete, der von 1704 ab Bürgermeister war. Gottfried Püll starb am 26. März 1748 in Krefeld. Er war reich geworden, besaß Grundstücke in der Gegend zwischen der heutigen Hubertusstraße und der Breiten Straße und hinterließ den Armen 500 Reichstaler. Am 29. März 1748 wurde er unter der Kanzel der Alten — reformierten — Kirche beerdigt. Sein Bild erschien 1923 auf dem 1-Milliarden-Schein des städtischen Notgeldes.

Die Bürgermeister, die nach der Verordnung des Grafen Hermann von Neuenahr-Moers aus dem Jahre 1553 jeweils für ein Jahr mit der Möglichkeit der Wiederwahl aus dem Kreis der Schöffen oder Bürger gewählt wurden, waren auf die Schreibgewandtheit und juristische Erfahrung des Stadtsekretärs angewiesen. Das ist der zweite Grund dafür, daß

man in der Frühzeit den Begriff des Verwaltungschefs nicht im späteren Sinne verstehen darf. Der Stadtsekretär hatte eine Doppelfunktion, die eine alleinige Unterstellung unter den Bürgermeister ausschloß. Der erste bekannte Stadtsekretär ist der 1602 ernannte Hieronymus ten Holt. Danach hatten fast 100 Jahre Mitglieder der aus dem Dorf Flohdorf oberhalb von Roermond stammenden adeligen Familie von Flodorff das Amt des Stadtsekre-

tärs inne. Es existiert die Bestallungsurkunde vom 25. November 1644 für Albert von Flodorff. Sein Sohn Adolf erscheint in den Urkunden als „der Rechte Doktor und Statthalter“. Da er zudem Schultheiß der Grafschaft und Herrlichkeit Krefeld war, ist er einer der angesehensten Männer des Landes gewesen.

Krefeld wurde 1702 preußisch. König Friedrich Wilhelm I. von Preußen gab seinem Staat

Tabelle 1
Die Krefelder Bürgermeister bis 1733

Name	Amts-dauer	Name	Amts-dauer
Gottfried Maes	1472	Jakob Püll	1659
Johann Bungartz	1479	Heinrich von Lumm	1662
Wilhelm Kütz	1490	Jakob Püll	1663
Andreas Kyrstges	1505	Peter Hastertz	1665
Jakob Pullen	1517	Jakob Püll	1667
Johann Conraitz	1531	Heinrich von Lumm	1668
Johann Smyt	1543	Jakob Püll	1668
Johann ter Schüren	1545	Jakob Püll	1670 — 1671
Godhardt Kremer	1569	Jakob Püll	1675
Heinrich Kirstgens	1570	Johann Reinertz	1676
Peter Sauels	1573	Jakob Püll	1677
Gort angen Daer	1602	Johann Reinertz	1678
Heinrich Schergens	1602	Gerhard Cladder	1678
Wilhelm Bergs	1607	Jakob Püll	1679
Johann Erper	1608	Johann Isaax	1680
Hieronymus Sauels	1609 — 1610	Jakob Püll	1682
Michael ter Schüren	1615	Johann Bruckmann	1688
Heinrich Maes	1616 — 1617	Dietrich Girmes	1688
Arnold Loers	1621	Johann Bruckmann	1692
Goert Püll	1628	Johann Reinertz	1692
Severin Pferdtsgraff	1629	Johann Reinertz	1693
Gert Püll	1629 — 1631	Johann Bruckmann	1693
Johann Pimpertz	1631	Johann Isaax	1693
Gert Püll	1633 — 1634	Dietrich Cladder	1701
Leonhard Hauser	1636	Dietrich Cladder	1702
Gert Püll	1637	Johann Reinertz	1702
Gert Püll	1641 — 1642	Dietrich Cladder	1704
Gert Püll	1644	Dietrich Cladder	1710
Jakob Püll	1645	Wilhelm Fabritius	1716 — 1717
Severin Pferdtsgraff	1646	Gottfried Riemkes	1718 — 1719
Jakob Püll	1647	Gottfried Püll	1720 — 1722
Mathias von Lumm	1647	Wilhelm Fabritius	1722 — 1724
Andreas Torsch	1650 — 1651	Gottfried Püll	1724 — 1725
Gert Püll	1651	Dr. Bruckmann	1725 — 1727
Andreas Torsch	1651 — 1652	Heinrich Rahr	1727
Goerd Kluck	1656	Gottfried Püll	1729 — 1731
Heinrich von Lumm	1656	Dr. Bruckmann	1731 — 1733
Theis Cursman	1659		

eine straffe Verwaltung. In Krefeld setzte die „Rathäusliche Instruktion und Reglement vor den Magistrat der Stadt Krefeld“ vom 14. November 1738 die dazu gehörenden Reformen durch. Die Instruktion wies vier gleichzeitige Bürgermeister mit klaren Zuständigkeiten aus. Eine Liste dieser Bürgermeister hat Buschbell („Geschichte der Stadt Krefeld“, Bd. I, S. 256 ff.) veröffentlicht. Als Friedrich II. 1740 die Regierung übernahm, war das Stadtrechtmagistrat aus einer unabhängigen Körperschaft zu einer königlichen Behörde geworden. In der zweiten Hälfte des 18. Jahrhunderts werden gewählte Vertreter der Bürgerschaft nicht mehr erwähnt. Schon seit 1734 war der Steuerrat für Moers und Krefeld, der Klever Kriegskommissar Johann Friedrich Oppermann, durch die zunehmende staatliche Haushaltung zum allmächtigen Vormund geworden.

Im selben Jahr 1734 — Krefeld hatte rund 3000 Einwohner — wurde Gerhard Hagen, der seit 1720 als Gemeinmann und ab 1728 als Schöffe tätig war, 1. Bürgermeister. Durch die bis zu Kleinigkeiten reichende staatliche Bevormundung blieb ihm für Eigeninitiativen wenig Raum.

In Hagens Amtszeit fallen 1738 die dritte Stadterweiterung, die das Gebiet der heutigen Rheinstraße und Carl-Wilhelm-Straße betrifft, sowie eine kleine Stadterweiterung 1752 im Nordwesten der Stadt. Die Unterstellung der preußischen Gebiete am Niederrhein unter eine kaiserlich-österreichische Verwaltung unter Graf Pergen durch die französische Besatzung während des Siebenjährigen Krieges 1757 hat Hagen nach 40jähriger Tätigkeit bewogen, sich 1758 aus den städtischen Diensten zurückzuziehen. Er war 24 Jahre 1. Bürgermeister und starb 1761.

An die Stelle von Hagen trat der ab 1738 als 2. Bürgermeister tätig gewesene Johann Georg Reche für acht Jahre bis zu seinem Tod 1766. Mit ihm erlosch die vor der Reform tätig gewesene Verwaltungsgeneration.

Sein Nachfolger war ab 1766 — Krefeld hatte damals rund 5000 Einwohner — der 28jährige Kommissionsrat Johann Karl Timotheus Althoff, geboren 1738 in Bielefeld. Ab 1763 hatte er die Universität besucht. Es heißt, er sei ein tatkräftiger Mann gewesen, der seine Stellung als Bürgermeister stärker als seine Vorgänger ausgebaut habe. Die Beteiligung der Bürgerschaft an der Verwaltung beschränkte sich allerdings im wesentlichen auf die Festsetzung von Steuerquoten durch relativ wenige Deputierte. Das schwierigste Problem, das Althoff zu lösen hatte, bot die Besetzung Krefelds durch die französischen Truppen ab 1792. Hohe Anforderungen an schnelle Entscheidungen wurden gestellt durch das Verlangen nach Geld, Quartieren und Verpflegung. Der politische Druck führte 1798 zu seiner Ablösung. Althoff, der 32 Jahre im Amt gewesen war, blieb als Rechtsanwalt in Krefeld und starb dort 1807.

Der bestimmende Mann in der Franzosenzeit war ab 1800 der residierende Unterpräfekt, zunächst ab 1798 der Sprachlehrer Friedrich Toscani als Direktor der vollziehenden Gewalt.

Als dann die öffentliche Gewalt wieder mehr in die Hände der Fabrikanten-Familien gelegt wurde, kam das Stadtrechtmagistrat mehr zu Ansehen. Präsident des Municipalrates, man könnte sagen: Bürgermeister, wurde für die Zeit von 1798 bis 1800 der Fabrikant Ludwig Maximilian Rigal, geboren 1748 in Stuttgart, gestorben 1830 vermutlich in Paris. Krefeld hatte 1798 rund 6500 Einwohner. Die Familie Rigal wurde 1685 als Hugenotten, also als Calvinisten, aus ihrem Heimatort in den französischen Cevennen vertrieben. Der französische König Ludwig XIV. hatte 1685 das Edikt von Nantes, das 1598 die freie Religionsausübung gestattet hatte, aufgehoben. Die Rigals flüchteten in die Schweiz und zogen über die Mark des Großen Kurfürsten in die Niederlande. Schließlich wurden sie in der Pfalz heimisch, wo der Vater von Ludwig Maximilian Hofseidenstrumpffabrikant wurde. Ludwig Maximilian lernte auf der Frankfurter Messe die Familie des Krefelder Seidenbarons Heydweiller kennen. Er heiratete die Tochter Sibilla von Franz Heydweiller und, nachdem diese früh gestorben war, ihre Zwillingschwester Catharina. Die in Krefeld ebenfalls ansässige Familie von der Leyen — von der noch zu berichten ist — empfand die Heydweillers als Konkurrenten. Man war also auf Ludwig Maximilian Rigal nicht sonderlich gut zu sprechen. Allerdings muß man wissen, daß ein Franz Heinrich Heydweiller mit einer Sibilla von der Leyen verheiratet war²⁾. Ludwig Maximilian Rigal war „reich, elegant, welterfahren, vielgereist und mit einer Vorliebe für französische Lebensart. Auftreten und Wesen dieses Mannes, der in gegensätzlichen Epochen — an einem absolutistischen Hof, unter Sansculotten, als Würdenträger des Kaiserreiches und als königlich-preußischer Kaufherr — seinen Rang zu behaupten wußte, müssen von suggestiver Eindringlichkeit gewesen sein“³⁾. Als Deputierter des Roer-Departements nahm er sich seiner zweiten Heimat Krefeld fürsorglich an. Der mit vielen Verbindungen ausgestattete Rigal verstand es zum Nutzen seiner Mitbürger, aber auch im eigenen Interesse, aufzutreten. Er war kunstsinnig und sammelte ab 1762 an die tausend Stiche und Radierungen, die 1817 in Paris versteigert wurden.

In der Zeit von 1800 bis 1805 stellte sich als Bürgermeister Friedrich Heinrich von der Leyen zur Verfügung. Die Familie kam aus Radevormwalde. 1679 wurde Adolf von der Leyen Krefelder Bürger. Sein Sohn Adolf (+ 1698) hatte zwei Söhne. Der ältere davon hatte zwischen 1680 und 1708 aus zwei Ehen 14 Kinder, von denen das neunte — Peter (1697 — 1742) — neun Kinder hatte. Das vierte Kind war Conrad⁴⁾; es lebte vom 2. Juni 1730 bis 6. Juni 1797 und war der Erbauer des heutigen Rathauses: ein Gebäude mit einem



Abb. 1. Friedrich Heinrich von der Leyen

Säulenvorbau und weiten Vorhöfen für Stallungen sowie auf der Rückseite mit einem großen Gemüsegarten. Das Haus blieb bis 1860 im Besitz der Familie. Conrad war verheiratet mit Elisabeth von der Nüll (1741 — 1830).

Das neunte Kind von Peter von der Leyen war Friedrich; es lebte vom 24. Februar 1732 bis 16. Dezember 1787. Aus dessen zweiter Ehe mit Maria ten Cate stammt der am 2. März 1769 geborene, eingangs als Bürgermeister genannte Friedrich Heinrich (+ 25. Dezember 1825), der 1793 seine Kusine Henriette von der Leyen heiratete. 1816 wurde er als Freiherr von der Leyen zu Bloemersheim in den preußischen Freiherrenstand erhoben⁵⁾.

Da Friedrich Heinrich von der Leyen 1805 in die gesetzgebende Körperschaft des französischen Kaiserreiches berufen wurde, ersuchte der französische Präfekt den Krefelder Gottschalk Floh, das Amt des Maire (= Bürgermeister) zu übernehmen⁶⁾. Die Floh waren eine alte Krefelder Familie, die mit Cornelius Floh (1654 — 1727) urkundlich begann⁷⁾. Gottschalk (1752 — 1835) war ab 1804 der Chef der 1765 gegründeten Samtfabrik Cornelius und Johannes Floh, die um die Jahrhundertwende stark aufblühte. 1810 stand Floh unter den reichsten Fabrikanten des Departements an zweiter Stelle. Sein Vermögen belief sich auf 3 Millionen Francs. Er war verheiratet mit Sibylla von Loevenich (9. Mai 1757 — 6. April 1823 in Krefeld). Gottschalk Floh war zunächst nicht begeistert von seiner neuen Aufgabe, und in der Tat war sein Amt während der französischen Herrschaft schwer, denn als er 1805 Bürgermeister wurde, bekam er Franz Jordans, einen Bürgermeistersohn aus Neuss und Ritter der Ehren-

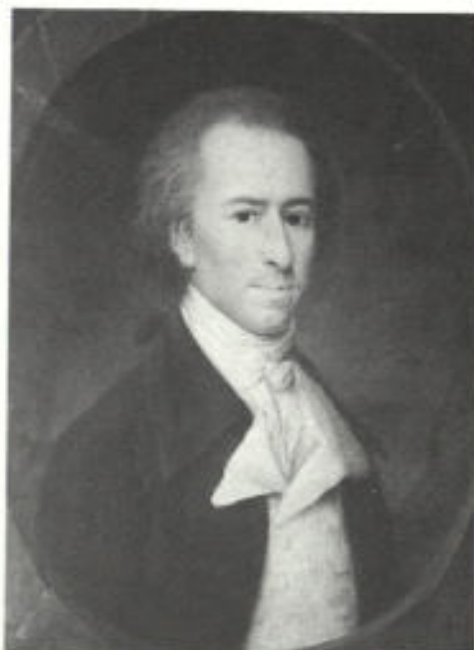


Abb. 2. Gottschalk Floh

legion, als französischen Unterpräfekten zum intensiven Gegenspieler, von dem er abhängig war und der ihn arg bedrängte. Zwar mußte sich Floh nach außen hin mit der Situation abfinden, innerlich aber tat er es nicht. Typisch dafür ist sein Verhalten bei der Beschaffung einer Napoleon-Büste. Erst als die französischen Behörden ihn mehrfach gemahnt hatten, entschloß er sich 1810 zu deren Ankauf, stellte sie aber erst 1813 auf und nahm das zum Anlaß, von seinem Amt zurückzutreten (14. Januar 1814). Die Krefelder waren zufrieden, daß ein solcher Mann sie vertrat. 1806 hatte Floh 170 Morgen des Bockumer Waldes gekauft, daher heute der Name „Flohbusch“. Ein schwerer Schlag war es für Gottschalk Floh, als 1810 seine Tochter Maria Anna den Katholiken Jordans, den Franzosenfreund, heiratete. Aber die Ehe scheiterte, als die Tochter ihrem Mann bei dessen Flucht nicht folgte.

Floh starb 83jährig am 19. November 1835 und wurde in der Familiengrabstätte auf dem Alten Friedhof beerdigt. Die Finanzkommission der Stadt Krefeld entschied 1926, daß die Grabstätte von der Stadt aus Stiftungserträgen gepflegt werde. Gemäß dem Ratsbeschluß vom 20. März 1969 wurde das Nutzungsrecht bis 1989 verlängert. Zu Flohs 150. Todestag am 19. November 1985 erschien eine ihn ehrende Zeitungsmeldung.

Nachfolger war ab 5. März 1814 der Maire Gerhard Hunzinger⁹⁾. Er bat schon im März 1815 um seine Entlassung. Krefeld hatte damals rund 10 000 Einwohner.

Am 20. März 1815 folgte im Amt Dr. jur. Jacob Benjamin Heydweiller bis März 1818. Seine Eltern¹⁰⁾ waren Johann Valentin (1734 —

1795) und Friederike Kall (1748 — 1818). Sein Bruder war Jacob Friedrich (geboren am 5. Juli 1778 in Krefeld, gestorben am 30. März 1848 in Mannheim), der 1816 kommissarisch die Verwaltung des Kreises Krefeld übernahm. Jacob Benjamin wurde am 7. Februar 1787 geboren. In Göttingen hatte er Rechtswissenschaft studiert und war zum Dr. jur. promoviert worden. Nachdem er im Mai 1813 auf Aufforderung der französischen Behörde in das 1. Garderegiment Metz eingetreten war, nahm er an der Schlacht bei Leipzig teil, kehrte nach Krefeld zurück und wurde dort am 5. September 1814 Oberleutnant und dann Hauptmann der Bürgerwehr. Nach seiner Zeit als Bürgermeister von 1815 bis März 1818 war er von 1821 bis 1833 Richter am Friedensgericht Krefeld und von 1832 bis 1833 kommissarischer Verwalter des Kreises Krefeld. 1834 wurde er als Justitiar Regierungsrat in Düsseldorf. Am 28. Juli 1836 starb er dort in seinem Haus Pempelfort. In „Die Heimat“, 1933, S. 78, ist dieses Datum irrtümlich als Begräbnistag angegeben. Beigesetzt ist er in der Familiengruft in Krefeld (heute Stadtgarten). Das Grabmal ist noch erhalten. Der Zeitungsbericht des Bürgermeistersamtes Krefeld für die Zeit vom 1. bis 31. Juli 1836¹¹⁾ gibt eine Beschreibung des Lebensweges von Heydweiller und eine genaue Schilderung der Beerdigung wieder. Verheiratet war er ab 4. September 1819 mit der Krefelderin Amalie Hunzinger (16. März 1795 — 16. November 1863 in Düsseldorf; s. „Die Heimat“, 1938, S. 347, und 1980, S. 153).

Erster hauptamtlicher Bürgermeister der neuen, nachfranzösischen Ära wurde — spätestens am 4. März 1818 — Carl August Jungblut, der als Regierungsekretär aus Düsseldorf kam. Er blieb rund 15 Jahre im Amt¹²⁾, scheint aber mit seiner Arbeit nicht recht froh gewesen zu sein, denn er kehrte dann in seine frühere Stellung zurück. Es heißt von ihm, daß er ohne besondere Fähigkeiten und Bildung gewesen sei und nur vorbereitete Verfügungsentwürfe habe kanzleimäßig bearbeiten können¹³⁾.

Sein Nachfolger wurde am 12. Mai 1834 der Referendar Peter Gustav Leysner¹⁴⁾. Krefeld hatte 1832 15 000 Einwohner. Leysner wurde am 17. Januar 1805 in Krefeld als Sohn des Kaufmanns Nikolaus und seiner Ehefrau Margarete Sohmann geboren. Ab 4. Juni 1829 war er Auskultator beim Königlichen Stadtgericht Berlin. Auskultatoren waren junge Justiz- oder Verwaltungsbeamte, die noch im Vorbereitungsdienst standen und zu ihrer Ausbildung an den Sitzungen der Behörde teilzunehmen hatten. Ab 22. August 1831 war er Referendar beim Königlichen Hofgericht Arnsberg. Das Jahr 1832 sah ihn beim Königlichen Landgericht Köln. Am 7. April 1834 erfolgte seine Wahl als Bürgermeister in Krefeld, die am 29. April 1834 bestätigt wurde. Buschbell (Geschichte der Stadt Krefeld, Bd. II, S. 269 — 283) berichtet über seinen Ärger bei der Einrichtung von Schulen und über seine Bemühungen um das Theater. 1838



Abb. 3. Peter Gustav Leysner

heiratete er Virginia Thusnelda Höninghaus. Seine Amtszeit endete am 4. März 1845, als er Landrat wurde.

Am 18. März 1845 übergab er sein Amt an den Beigeordneten de Greiff, der es danach kommissarisch verwaltete. Am 11. April 1880 starb Leysner in Krefeld. Er wurde in einer Regulativgrabstätte auf dem Alten Friedhof in Krefeld beigesetzt. Der Wiedererwerb des Nutzungsrechtes wurde am 13. März 1963 von dem dafür zuständigen Sonderausschuß abgelehnt. Nach Rechtskraft des Urteils des Bundesverwaltungsgerichts Berlin vom 27. Mai 1966 über die Unzulässigkeit der Aufrechterhaltung alter Regulative erfolgte am 28. Februar 1967, übrigens mit Einverständnis von Frau J. de Greiff, die Einebnung des Grabes. Aus Anlaß der 100. Wiederkehr seines Todestages wurde eine diesbezügliche Pressemitteilung veranlaßt.

Drei Jahre hat Peter de Greiff das Amt verwaltet. Am 13. Januar 1848 (so Köppen in: Krefelder Miniaturen, S. 124, nach anderen Quellen am 24. Januar 1848, so „Die Heimat“, 1954, S. 61) nahm der Krefelder Gemeinderat davon Kenntnis, daß „des Königs Majestät mittels Allerhöchster Kabinettsordre vom 1. Dezember 1847 geruht haben“, Ludwig Heinrich Ondereyck zum Bürgermeister von Krefeld zu ernennen. Der Protestant war am 12. Januar 1799 in Krefeld geboren. Köppen (a. a. O.) charakterisiert ihn so: „Er hatte eine gelblich-gelbe Gesichtshaut, war schwächlich von Gestalt und ein biederer Mann ohne Ansprüche“.

Ondereyck trat 1821 in den öffentlichen Dienst, und zwar ins Forstfach. 1827 heiratete er als Stadtsekretär Sibille Louise von der Herberg, ebenfalls aus Krefeld. Er hatte mit ihr

acht Kinder und war Hauptmann der Reserve. Als er im Alter von 48 Jahren nach Krefeld zurückkam, hatte er — ab 1833 — eine 15jährige Tätigkeit als Bürgermeister von Kleve hinter sich. In festlichem Zug holten Stadtverordnete, Geistliche und andere Notabeln das Stadtoberhaupt am 24. Januar 1848 in Hüls ein. Durch Kommunal-Departementsrat Linz wurde er in sein Amt eingeführt. 300 Angehörige aller Stände nahmen abends an einem Festmahl im Füttingshof teil. Man zahlte ihm ein jährliches Gehalt von 2 000 Talern mit persönlicher Zulage¹⁹⁾. Krefeld hatte 1845 rund 32 000 Einwohner.

Den bestimmenden Einfluß übte weiter die Regierung aus. Die Sitzungen waren nicht-öffentlich, und an der Spitze der Polizei stand ein Kommissar, dem der Bürgermeister verantwortlich war. Erst die Rheinische Städteordnung von 1856 gestand den Städten einige Freiheiten in eigenen Angelegenheiten und bei der Wahl ihrer Beamten zu. Das war also zu Ondereycks Amtszeit. Gemäß dieser Städteordnung verblieb es in Krefeld bei der Bürgermeisterei-Verfassung, was eine „Einmann-Obrigkeith“ bedeutete; der Bürgermeister war sowohl Vorsitzender der Stadtverordnetenversammlung als auch Verwaltungschef.

Ondereycks Tätigkeit stand unter schweren Lokal- und Zeitverhältnissen. Die trostlose Lage der Weber hatte verzweifelte Lohnkämpfe ausgelöst, in denen er vermitteln mußte. Im März 1848 kam es zu einem Aufbruch, so daß auswärtiges Militär herbeigerufen werden mußte. Eine Ankündigung des Stadtdechanten Gottfried Reinarz, er werde an Fronleichnam mit dem Sanctissimum ausziehen und nur der Gewalt weichen, deutet zudem auf religiöse Spannungen hin.

In Ondereycks Zeit fallen der Anschluß Krefelds an das Eisenbahnnetz, die Einführung der Gasbeleuchtung, die Einrichtung eines neuen Friedhofes und der Bau etlicher Schulen (Gewerbeschule, Webschule und andere). Ärger mit den Krefeldern hatte Ondereyck am 12. September 1863, als der König Krefeld besuchte. Ondereyck, neben dem König im Wagen, mußte erleben, daß auf dem Ostwall die Anwohner die Fensterläden zugeklappt und Besen vor die Türe gestellt hatten, eine Äußerung der Antipathie gegen den König. Ondereyck muß sich fürchterlich geschämt haben. In der Neuen Rhein Zeitung vom 20. August 1869 schreibt Ernst Köppen: Als ein aus subalternen Sphäre aufgestiegener Staatsdiener hatte Ondereyck es gegenüber den profilierten Persönlichkeiten des Großbürgertums, den von-Beckeraths, Flohs und von-der-Leyens, schwer. Ihrem Reichtum konnte er nur preußische Korrektheit entgegenzusetzen. Seine Schriftsätze an die Regierung lesen sich trocken. Er hatte Mühe, den Krefelder Seidenkaufherren begreiflich zu machen, daß man den Rang eines Bürgermeisters nicht nach dem spärlichen Gehalt einschätzen durfte.



Abb. 4. Ehrenplakette für Christian Roos

Die Regierung sah das wohl auch so: 1850 wurde Ondereyck auf Lebenszeit in das Preußische Herrenhaus berufen. Am 9. Dezember 1854 verlieh ihm der König als erstem Krefelder die goldene Amtskette eines Oberbürgermeisters. Ondereyck hatte zudem den Orden des Roten Adlers verliehen bekommen. Sein aus Gesundheitsgründen angetretener Ruhestand begann mit der Ernennung zum Geheimen Regierungsrat. Die Amtszeit dauerte vom 24. Januar 1848 bis zum 31. Januar 1872, also 24 Jahre. Nach Althoff war er mit Hagen die längsten Jahre erster Bürger der Seidenstadt. Rechtlichkeit und Pflichterfüllung zeichneten ihn aus. Nach ihm ist die Ondereyckstraße benannt. Er starb am 9. April 1876 und ist in Bonn auf dem Alten Friedhof bestattet. Der Hauptausschuß der Stadt Krefeld beschloß am 22. Mai 1967, daß die Stadt rückwirkend ab 1965 die Kosten für die Pflege der Grabstätte übernimmt. Es besteht eine unbeschränkte Nutzungsdauer. Aus Anlaß der 100. Wiederkehr seines Todestages wurde dort ein Kranz niedergelegt und für eine entsprechende Pressemitteilung gesorgt (s. Stadtbürgerliche Briefe, Nr. 94, März 1965).

Am 2. März 1872 — Krefeld hatte rund 56 500 Einwohner — wurde Christian Roos sein Nachfolger. Er wurde am 25. Januar 1827 in Winterburg (Kreis Kreuznach) geboren und evangelisch getauft¹⁹⁾. Im „Deutschen Gemeinde-Anzeiger“²⁰⁾ findet sich folgende „Bekanntmachung“: „Mit dem 31. 1. 1872 wird in Folge der freiwilligen, durch Gesundheitsrücksichten veranlaßten Amtsniederlegung des bisherigen Oberbürgermeisters Ondereyck die Stelle des Bürgermeisters vakant. Das Gehalt beträgt 2 500 Thaler“. Am 23. November 1871 wurden in der Stadtverordne-

tenversammlung für Roos 26 Stimmen abgegeben; drei fielen auf den Bürgermeister von Boeninghausen aus Lank. Die Amtseinführung von Roos nahm Regierungspräsident von Ende am 2. März 1872 vor. Die „Krefelder Zeitung“ vom selben Tag berichtet: „Freiherr von Ende holte 8.30 Uhr den Regierungsrat Roos am Bahnhof ab. Man machte mit Equipagen eine Rundfahrt durch die mit Fahnen geschmückte Stadt und besichtigte einige Fabriken“.

Nach einem Frühstück bei dem 1. Beigeordneten vom Bruck fand um 11.00 Uhr im Rathaus mit zahlreichen Gästen eine Versammlung statt, in der der Regierungspräsident die Amtseinführung Roos vornahm: „Ihnen ist nunmehr das materielle und geistige Wohl einer großen Stadt anvertraut“. An die Anwesenden: „Unterstützen Sie die Bestrebungen Ihres Bürgermeisters“. Dann M. vom Bruck: „Ich bringe Ihnen das Zutrauen der Bürgerschaft entgegen“. Danach sprach Roos seinen Dank aus: „Mein Stolz ist es, an dieser Stelle zu stehen. Mein Wahlspruch ist Rastlos vorwärts, aber nicht achtlos!“ Am 11. Januar 1873 wurde Roos der Titel „Oberbürgermeister“ verliehen.

Roos war ebenfalls Mitglied des Preußischen Herrenhauses, und zwar von 1872 bis 1881. Seine Amtszeit war durch die dem Kulturkampf innewohnenden Spannungen stark betroffen. In seine Amtstätigkeit fallen die Teilungen des Kreises Krefeld in einen Stadt- und einen Landkreis, die Errichtung eines Wasserwerks, die Umgestaltung des Alten Friedhofs in einen Stadtgarten, die Herbeiführung der landesherrlichen Erlaubnis zum Betrieb einer Straßenbahn 1881 und erhebliche Verbesserungen im Schulwesen. So wurde durch seinen tatkräftigen Einsatz die „Katholische Höhere Bürgerschule zu Krefeld“, das heutige Arndt-Gymnasium, am 11. Mai 1876 zunächst als Progymnasium und mit Beginn des Schuljahres 1877 durch Hinzunahme der Oberprima als vollständiges Gymnasium ausgebaut. Am 18. April 1877 erfolgte auch die ministerielle Anerkennung und kurze Zeit später die Ernennung des bisherigen Direktors zum Gymnasialdirektor. Auch sorgte Roos für die Fertigstellung der Eisenbahnverbindung Krefeld — Gladbach — Rheydt.

Roos gab sich seinem Amt mit großem Temperament hin, mußte es aber nach neun Jahren, am 31. Dezember 1881, aus Gesundheitsgründen niederlegen. Bei dieser Gelegenheit erhielt er durch Ratsbeschluß vom 5. November 1881 das Ehrenbürgerrecht „in aufrichtiger Würdigung seiner Bürgertugenden und in dankbarer Anerkennung seiner vielfachen Verdienste um die Stadt, deren Blüte er in rastloser Tätigkeit und Energie erfolgreich gefördert hat“. Roos war nach Pfarrer Reinarz und Sanitätsrat Märklin der dritte, der diese Auszeichnung erhielt. Er erfreute sich ihrer nur acht Monate. Mit 55 Jahren starb Roos am 3. Juli 1882. Er ist beigesetzt auf dem Alten Friedhof (Feld E Nr. 187, 189, 191). Der Ehrenbürgerbrief wurde

erst am 24. Dezember 1882 seiner Witwe Clara geb. Hermes überreicht.

Zum Nachfolger wählte am 1. Februar 1882 — Krefeld hatte rund 80 000 Einwohner — die Stadtverordnetenversammlung den am 2. März 1835 in Hage/Ostfriesland geborenen Ernst Küper¹⁸). Küper war vorher Stadtsyndikus in Uelzen, dann stellvertretender Kreis- hauptmann in Göttingen, danach Regierungsassessor in Beuthen/Oberschlesien. 1869 wurde er dort Bürgermeister, dann Oberbürgermeister. Beuthen, das in der Mitte wertvoller Zinkerzgruben lag, hatte damals rund 15 000 Einwohner. Küper war auch Vorsitzender des Oberschlesischen Städtetages. Während seiner Zeit in Krefeld war er von 1885 bis 1903 Mitglied des Provinziallandtages und des Preußischen Herrenhauses; er war auch Geheimer Regierungsrat.

In seiner Amtszeit ab 4. Mai 1882 erhielt die Stadtverwaltung eine Fernsprechanlage; es entstanden in Krefeld 16 neue Volksschulen, der Schlachthof, das Stadtbad, das Wasserwerk an der Hückelsmay und ein Elektrizitätswerk. Errichtet wurden eine Markthalle, eine ständige Feuerwache, das Kaiser-Wilhelm-Museum und der Nordflügel des Rathauses. Die Stadt bekam von Wilhelm Deuß die Mittel für das Stadtwald-Grundstück geschenkt. Es wurde der Beschluß zum Bau des Rheinhafens gefaßt. Die Eingemeindung von Linn erfolgte. 1902 folgte der festliche Besuch von Kaiser Wilhelm II. Andererseits war Küpers Zeit auch charakterisiert durch ein enormes Anwachsen der Armenlasten und eine industrielle Krise durch den mechanischen Webstuhl. Wegen seiner Verdienste ist nach ihm die Küperstraße benannt.

Nach der ersten Wahl am 1. Februar 1882 wurde er am 26. Oktober 1893 erneut für zwölf Jahre gewählt. Er suchte jedoch schon zum 1. April 1903 nach 21 Amtsjahren um seine Pensionierung nach. Küper, am 14. Oktober 1869 mit Clementine Prael verheiratet, starb am 4. Dezember 1912 in Hameln, wo er auch bestattet wurde¹⁹). Der Rat der Stadt Krefeld beschloß am 20. März 1969 auf Vorschlag der Verwaltung, die Pflege der Grabstätte für 30 Jahre zu übernehmen. Aus Anlaß des 60. Todestages wurde eine würdige Pressemitteilung veranlaßt.

Sein Nachfolger, Dr. Wilhelm Hammerschmidt, evangelisch, wurde am 1. Juni 1859 in Barmen geboren. Nachdem er Landrat in Gelsenkirchen war, wurde er von 1903 bis 1905 Oberbürgermeister von Krefeld, das damals die 100 000-Einwohner-Grenze überschritten hatte. Während seiner Amtszeit vom 4. April 1903 bis 5. April 1905 war er auch Mitglied des Preußischen Herrenhauses. Man sagt, er habe die städtischen Finanzen gestärkt. Unter ihm begannen die Hafenausbauarbeiten, und man beschloß die Errichtung einer neuen Realschule und des Kaufmannsgerichtes. 1905 wählte ihn der Provinziallandtag von Westfalen zum Landeshauptmann. Er



Abb. 5. Adalbert Oehler

starb am 24. Juli 1924 in Münster. Aus Anlaß der 50. Wiederkehr seines Todestages wurde eine entsprechende Mitteilung in der Tagespresse veranlaßt.

Seinen Platz nahm Dr. jur. Adalbert Oehler ein²⁰). Er wurde am 13. April 1860 in Schilden (Kreis Torgau) geboren²¹). Oehlers Vater und die Mutter des Philosophen Friedrich Nietzsche (1844 — 1900; ab 1889 geistiger Zusammenbruch), Frau Franziska Nietzsche geb. Oehler, waren Geschwister. Adalbert Oehler wohnte 1848 in Naumburg. Dort wurde er neben der Mutter des Philosophen Gegenvormund und nach deren Tod 1807 Vormund bis zum Tod des Mündels 1900. 1908 erhielt er den Vorsitz der Stiftung Nietzsche-Archiv in Weimar.

Oehler war in Halberstadt als Oberbürgermeister tätig, als ihn 1905 der Krefelder Oberbürgermeister Wilhelm Hammerschmidt, der ja zum Landeshauptmann von Westfalen gewählt worden war, fragte, ob er sein Nachfolger werden wolle. Es lagen 70 Bewerbungen vor. „Mir war die Stadt völlig fremd“, so Oehler, „und ich hatte wenig Neigung, die angebotene Position zu übernehmen“. Oehler hatte schon drei Jahre zuvor einen Ruf nach Königsberg ausgeschlagen.

Durch Justizrat Krüsemann, nach dem ebenfalls eine Straße in Krefeld benannt ist, lernte er Krefeld kennen. Das hat offensichtlich Erfolg gehabt. Oehler meinte, die Aufgabe lohne sich. Die in Halberstadt eingeholten Erkundigungen über Oehler waren positiv. Der Stadtrat wählte ihn. Am 18. Mai 1905 wurde er von Regierungspräsident Schreiber in sein Amt eingeführt. Seine Dienstwohnung hatte Oehler auf dem Westwall 114. Für Oeh-

ler war das Eingewöhnen zunächst nicht leicht. In Krefeld hatte er, anders als in Halberstadt, wo eine Magistratsverfassung galt, die Position des rheinischen Bürgermeisters, bei der die Beigeordneten an seine Weisungen gebunden waren. Aber dann lebte er sich doch schnell ein. Jeden Donnerstag gab er Einladungen. Auf der Eisenbahn hatte er als Mitglied des Herrenhauses freie Fahrt. Zudem lernte er — so Oehler — „in den Stadtverordneten außerordentlich kluge und opferwillige Herren kennen, so daß es eine Freude war, in Krefeld Oberbürgermeister zu sein. Meine Frau und ich haben uns in keiner Stadt so schnell wohl und heimisch gefühlt wie dort“.

1906 äußerte der Kaiser die Absicht, Krefeld zu besuchen. Er wünschte, von Ehrenjungfrauen empfangen zu werden, da er das Husarenregiment nach Krefeld verlegen wollte. Nun ja, Ehrenjungfrauen! Oehler beschaffte sie. Dabei war Oehlers Tochter Ilse, 16 Jahre alt²²).

In Oehlers Zeit fällt das Gesetz vom 19. Juni 1907 mit der Eingemeindung von Bockum, Verberg und Oppum. Durch diese Gemeinden war vorher der Hafen von Krefeld getrennt. Oehlers Einfluß im Berliner Abgeordnetenhaus brachte die Eingemeindung zustande. Zu nennen ist noch, daß in Oehlers Zeit ein städtischer Musikdirektor angestellt wurde, die Stadtbibliothek in der Friedrichstraße neue Räume erhielt, das Landgericht errichtet wurde und die „Krefelder Hof AG“ gegründet wurde. In Krefeld gab es zu Oehlers Zeit 120 Seidenfabriken. Es war wegen des dauernden Wechsels der Mode — wie immer — eine aufregende Zeit, zumal die Mechanisierung ständig zunahm.

16 Jahre — bis zum 14. Januar 1911 — war Oehler in Krefeld tätig. Er wurde am 10. November 1910 als Oberbürgermeister von Düsseldorf gewählt. Nach dem Ersten Weltkrieg verlegte er von dort seinen Wohnsitz nach Bad Oeynhausen. 1921 verfaßte er das Buch „Recht der öffentlichen Sparkassen“. Für die bei jedem jungen Juristen in der Ausbildung wegen ihres didaktisch guten Aufbaus vorhandenen und drucktechnisch vorzüglich gestalteten Schaeffer-Bände schrieb er 1929 „Verfassung und Verwaltung in der deutschen Gemeinde“ und 1930 „Allgemeines Verwaltungsrecht“ und „Soziale Versicherung“. Professor Dr. Adalbert Oehler starb am 10. Juli 1943 in Düsseldorf.

Am 16. Februar 1911 begann die Ära des evangelischen Oberbürgermeisters Dr. Johannes Johansen. Er wurde am 25. September 1870 in Hanerau (Kreis Rendsburg) geboren. Als die Krefelder ihn wählten, war er Bürgermeister von Minden, verheiratet mit der Tochter des Großkaufmanns Heesch aus Hamburg und Vater von zwei Töchtern. In den Gazetten Mindens war 1911 zu lesen, daß Johansen zu leiten verstehe, ohne die Zügel spüren zu lassen. Allerdings wisse er Liebeshwürdigkeit mit oft verblüffender Rück-



Abb. 6. Johannes Johansen; Gemälde von Hugo Ziegler

sichtslosigkeit in der Verfolgung der für gut erkannten Ziele zu verbinden. Man habe Verständnis dafür, daß Johansen nicht das ihm auch angebotene „kalte Thorn“, sondern das „sonnige, vornehm schöne Krefeld“ vorgezogen habe. Jedenfalls gratulierte sein Vorgänger der Stadt zu Johansens Wahl. In Krefeld war denn auch der Empfang herzlich. Am 16. Februar 1911 versammelte man sich, um gegen einen Betrag von 6 Mark dabei zu sein, als in der Stadthalle Seezunge, Kaiserspargel, Frankfurter Ente und 18jähriger Winkeler Häsensprung serviert wurden²⁷⁾.

Johansen war für Krefeld vielleicht so etwas wie Adenauer für Köln. Köppen (Krefelder Miniaturen, S. 241) schreibt: „Morgens vor 8 Uhr war er in der Stadt zu finden. Fiel ihm eine Nachlässigkeit seiner Verwaltung auf, so war sie um 9 Uhr beseitigt“.

Das hätte auch Adenauer als Oberbürgermeister tun können. Ich weiß, daß er als Oberbürgermeister gefürchtet war. Wenn Mitarbeiter zur Rücksprache geladen waren, bereiteten sie sich lange darauf vor, denn wehe dem, der nicht präpariert war. Bei Johansen ist es wohl ähnlich gewesen. Köppen schreibt: „Die Dezernenten atmeten auf, wenn ihr kritischer Chef sie mit einem Kopfnicken entließ“. Zudem: Johansen war sparsam und hatte wenig Sinn für Gehaltsaufbesserungen. Wenn solche Wünsche an ihm herangetragen wurden, verwies er auf seinen Gummikragen und die ausgebesserten Schuhe.

Die Amtszeit von Johansen war belastet mit besonders schwierigen allgemeinen Verhältnissen: 1914 brach der Erste Weltkrieg aus. Deutschland verlor. Am 4. Dezember 1919

traten 36 Stadtverordnete zum letzten Mal zusammen. Die Kommunalwahl vom 14. Dezember 1919 — nicht mehr nach dem Dreiklassenwahlrecht, sondern nach dem allgemeinen, gleichen und geheimen Wahlrecht — ließ eine völlig neue Stadtverordnetenversammlung entstehen mit 29 Zentrumsmitgliedern, 12 Mehrheitssozialisten, 13 unabhängigen Sozialisten und einer 12 Mitglieder umfassenden bürgerlichen Arbeitsgemeinschaft. Das Parlament sprach Johansen als Oberbürgermeister das Vertrauen aus. Es folgten bittere Jahre der Besatzung, der Separatistenkämpfe und der Inflation²⁸⁾. Zunächst einiges zur Separatistenbewegung, bei deren Bekämpfung sich der noch zu nennende städtische Polizeidezernent Dr. Johannes Stepkes hervortat: Bleiben wir bei den Daten Johansens. Nachdem am 21. und 22. Oktober 1923 die Separatisten, die wegen ihrer Abtrennungswünsche der Länder am Rhein vom Reich von der treudeutschen rheinischen Bevölkerung so genannt wurden, die Rathäuser in Aachen und Mönchengladbach besetzt hatten, erfolgte am 23. Oktober 1923 der Angriff auf das Krefelder Rathaus. Da am 21. Oktober der belgische Kreisdelegierte Johansen erklärt hatte, die belgische Garnison werde sich bei einem Angriff neutral verhalten, zog Johansen die Polizei im Rathaus zusammen und ließ die Zugänge zum Westwall und zur Luth.-Kirch-Straße durch Stacheldrahtverhaue absperren. Am 23. Oktober war es soweit. Um 13.30 Uhr rückte der Sonderbündler-Ausschuß, vertreten durch den Polizeiobersekretär Krahe, den Inhaber der Wirtschaft „Zum Heidelberger Faß“ an der Dreikönigenstraße, Weiß, sowie den Techniker Rutzki aus Öppum, zum Rathaus und versuchte, von Johansen die Annahme folgender Forderungen zu erreichen: Anerkennung der Rheinland-Republik, die Unterstellung der Stadtverwaltung unter die Separatisten-Regierung und die Entwaffnung der Polizei. Johansen lehnte ab. Das Rathaus wurde in den Verteidigungszustand versetzt. Der Oberbürgermeister blieb mit Dr. Stepkes und den Stadtsekretären Nolden und Strumps sowie dem Hausmeister Hamm im Rathaus. Ein erster Angriff von 500 Sonderbündlern war nicht erfolgreich. Am 24. Oktober um 11 Uhr setzte das Gewehrfeuer der Separatisten wieder ein. Kurz vorher hatte man Johansen mitgeteilt, die Separatisten hätten seine Frau und eine Tochter entführt. Beide wurden von den Belgiern befreit. Als Johansen mit dem Polizei-Oberkommissar Schneider, nach dem die heutige Schneiderstraße benannt ist, um Mitternacht auf dem Balkon des Rathauses stand, wurde Schneider lebensgefährlich verletzt. Auf der Fahrt der Feuerwehr ins Krankenhaus wurden Schüsse auf den Schwerverletzten abgegeben. Er starb. Ein weiterer Versuch der Separatisten, das Rathaus zu stürmen, hatte am 25. Oktober Erfolg. Das Ausmaß der Kämpfe kann man daran erkennen, daß die Rathaus-Verteidiger 18 000 Schüsse abgaben. Als sie nur noch 1 000 Schuß Munition hatten, gab Johansen die Verteidigung auf und übergab die Stadt dem

belgischen Kreisdelegierten. Nach längeren Verhandlungen mit dem Anführer des „Rheinischen Selbstschutzes“, einem Mann namens Böse, 35 Jahre alt und Schneider in Uelzen, wurde der Kampf als beendet erklärt, doch die Büroräume und die städtische Kleiderkammer wurden geplündert. Dann verfügte der belgische Kreisdelegierte den Abtransport der bewaffneten auswärtigen Sonderbündler. Der Oberbürgermeister konnte die Verwaltung der Stadt wieder selbst übernehmen.

An positiven Ereignissen seiner Amtszeit sind zu nennen: der Kauf des Geländes der Pferderennbahn, der Neubau des Realgymnasiums am Molkeplatz, der Bau des Krematoriums, die Erweiterung des Hafens, die Übernahme der Müllabfuhr durch die Stadt, der Bau des Milchhofes, die Anlage des Grüngürtels, die Übernahme des Theaters und Orchesters durch die Stadt, der Erwerb des Hülser Bruches und der Burg Linn. Das Stadtgebiet wurde durch das Neugliederungsgesetz von 1929 erheblich erweitert (Uerdingen).

Johansen war musikliebend. Er spielte in einem Quartett städtischer Musiker die 2. Geige. Ich kann mich an eine Äußerung seines damaligen Vorzimmerbeamten, des späteren Verwaltungsdirektors Vitten, erinnern, nach der Johansen gern seine Geige mit ins Dienstzimmer nahm und anordnete, von niemandem gestört zu werden. Köppen (Rheinische Post a. a. O.) schreibt, daß Johansen gern seinen Dienst mit einem Theaterbesuch beendete, wobei ihm ein mitgebrachtes Butterbrot als Abendmahlzeit reichte. Viele Künstler seien in seinem Haus ein- und ausgegangen. Allerdings sei der Mann von kleiner Gestalt mit gepflegtem Spitzbart nicht populär gewesen, wie es die Rheinländer verstünden.

1926 hatte Johansen wegen seines Gallenleidens zum ersten Mal mit dem Gedanken gespielt zurückzutreten. Eine Kur in Karlsbad brachte Besserung. Dennoch drängte das Zentrum, das seit 1919 die stärkste Fraktion im Stadtrat stellte, auf eine Ablösung. Der Wunsch verstärkte sich nach der Vereinigung Krefelds mit Uerdingen. Johansen hatte sich selber als „zwischen der Nationalliberalen und der Konservativen Partei stehend“ bezeichnet. Ende Mai 1930 machte er seinem vom Vertrauen des Zentrums getragenen Nachfolger Hüpper Platz. Er lebte danach noch 15 Jahre, zunächst in Hamburg, dann in Kaiserswerth und wieder in Krefeld am Hülser Berg. Nach den schweren Jahren des Zweiten Weltkrieges erklärte er sich 1945 wieder für die Übernahme des Postens eines Oberbürgermeisters bereit. Daß an seiner Stelle sein früherer Polizeidezernent Dr. Stepkes genommen und er Krankenhaus-Dezernent wurde, hat ihn wohl hart getroffen. „Die geistige Spannkraft ließ nach. Zum Schluß versagten dem 75jährigen Gedächtnis und Sprache. Im Juli 1945 wurde er von einem Kraftwagen angefahren. Drei Monate später starb er „mü-

den Herzens", so Köppen (Krefelder Miniaturen, S. 242), der über Johansen noch das Folgende schreibt: „Er drückte für lange Zeit Krefeld den Stempel seiner Persönlichkeit auf. Berufliche und menschliche Qualitäten sowie sein souveränes Verhandlungsgeschick sichern ihm einen denkwürdigen Platz in der Reihe rheinischer Oberbürgermeister“²⁹).

Aber das waren ja auch noch Zeiten: Johansen hatte 1911 einen Repräsentationsfonds von 30 000 Goldmark, über den er niemandem Rechenschaft abzugeben brauchte.

Das Grab des Ehrenbürgers Johannes Johansen — gestorben am 5. Oktober 1945 — liegt an der Umfassungsmauer des Schönwasserparks. Die Grabplatte trägt einen Vers von Werfel: „Fremde sind wir auf der Erde, alle“.

Am 30. April 1930 wählte der Krefelder Stadtrat mit den Stimmen des Zentrums und der Wirtschaftspartei Heinrich Hüpper als Oberbürgermeister. Er wurde am 30. August 1886 in Heiligenstadt/Sachsen als Sohn eines Gymnasialprofessors geboren. Danach war er Rechtsanwalt in Hamm, 1918 wurde er Bürgermeister in Dingelstadt. Ab 1920 war er Beigeordneter und ab 1921 Oberbürgermeister der Stadt Neuss. Nach seinem Amtsantritt in Krefeld am 11. Juni 1930 waren am 30. Januar 1933 seine Tage im Rathaus und in der Dienstwohnung Hohenzollernstraße 84 gezählt. Er hatte bis dahin die schwere Wirtschaftskrise mitgemacht. Am 6. April 1933 marschierten 21 NS-Stadtvordere in den

Ratssaal. Auf Beschluß des Hauptausschusses vom 30. Mai 1933 mußte er am 6. Juli 1933 sein Amt an den Syndikus Heuyng abtreten. Er wurde beurlaubt und 1934 in den Ruhestand versetzt. Hüpper betätigte sich während der Nazizeit als Rechtsanwalt. Nach 1945 wurde er Oberfinanzpräsident in Koblenz, wo er am 26. Dezember 1965 — 83jährig — starb³⁰).

Sein Nachfolger, der Katholik Dr. Alois Heuyng, wurde am 24. Mai 1890 geboren. Nach dem Abitur 1909 studierte er Rechtswissenschaft und Volkswirtschaft an den Universitäten Heidelberg und Bonn. Nach dem Referendar-Examen promovierte er. Am 23. Dezember 1914 wurde er Soldat und war im Ersten Weltkrieg zuletzt Leutnant. Er wurde mit dem EK II ausgezeichnet. Nach dem Krieg war er zunächst Gerichtsreferendar, schied dann aber am 5. Januar 1921 auf seinen Antrag hin aus dem Justizdienst aus. Während des Referendariats war er vom 1. Februar 1920 bis 20. August 1920 Verbandsgeschäftsführer im Landwirtschaftlichen Verband Kaiserslautern und nach Beendigung der Justiztätigkeit Geschäftsführer des „Vereins der Metallindustriellen am linken Niederrhein“ bis 1933. Am 7. Juli 1933 wählte ihn die Stadtverordnetenversammlung der Gesamtstadt Krefeld-Uerdingen sowie die Bezirksverordnetenversammlung des Stadtteils Krefeld zum besoldeten Beigeordneten der Gesamtstadt Krefeld-Uerdingen sowie des Stadtteils Krefeld. Drei Tage später, am 10. Juli 1933, übertrug ihm der Regierungspräsident Düsseldorf ab 9. Juli 1933 die kommissarische Stellvertretung des Oberbürgermeisters der

Stadt Krefeld-Uerdingen. Dazu erteilte der Preußische Minister des Inneren seine Zustimmung. Am 7. September 1933 wählten die Stadtverordnetenversammlung der Gesamtstadt Krefeld-Uerdingen und die Bezirksverordnetenversammlung des Stadtteils Krefeld Heuyng zum Oberbürgermeister. Die Einweisung in das Amt sprach der preußische Minister des Inneren gemäß § 3 des Gesetzes über die Bestätigung von Beamten der Gemeinden vom 23. Juni 1933³¹) am 30. Oktober 1933 aus. Am 30. Dezember 1938 erhielt Heuyng eine neue Anstellungsurkunde nach den Vorschriften des Deutschen Beamtengesetzes vom 26. Januar 1937³²).

Zur politischen Situation: Heuyng gehörte seit 1. Mai 1932 der Nationalsozialistischen Deutschen Arbeiterpartei (NSDAP) an, war vom 15. August 1932 bis Juli 1936 Mitglied des Gauwirtschaftsrates des Gaues Düsseldorf, ab November 1933 Mitglied der SA und ab 20. Dezember 1933 förderndes Mitglied der SS.

Tabelle 2

Die Krefelder Bürgermeister und Verwaltungschefs seit 1734

Name	Amts-dauer
Gerhard Hagen	1734 — 1758
Johann Georg Reche	1758 — 1766
Johann Karl Timotheus Althoff	1766 — 1798
Ludwig Maximilian Rigal	1798 — 1800
Friedrich Heinrich von der Leyen	1800 — 1805
Gottschalk Floh	1805 — 1813
Gerhard Hunzinger	5. März 1814 — März 1815
Jacob Benjamin Heydweiller	20. März 1815 — März 1818
Carl August Jungblut	4. März 1818 — April 1834
Peter Gustav Leysner	12. Mai 1834 — 5. März 1845
Ludwig Heinrich Ondereyck	24. Januar 1848 — 31. Januar 1872
Christian Roos	2. März 1872 — 31. Dezember 1882
Ernst Küper	4. Mai 1882 — 1. April 1903
Wilhelm Hammerschmidt	4. April 1903 — 5. April 1905
Adalbert Oehler	18. Mai 1905 — 14. Januar 1911
Johannes Johansen	16. Februar 1911 — 31. Mai 1930
Heinrich Hüpper	11. Juni 1930 — 6. Juli 1933
Alois Heuyng	7. September 1933 — 2. März 1945
Johannes Stepkes	2. März 1945/28. Februar 1946 — 31. März 1949
Bernhard Heun	25. Mai 1949 — 31. August 1964
Hermann Steffens	1. September 1964 — 31. Oktober 1986
Alfred Dahlmann	1. November 1986 — 16. Dezember 1988
Heinz-Josef Vogt	ab 20. April 1989

Abb. 7. Alois Heuyng (rechts) bei einer Besichtigung im Krefelder Hafen; links außen Beigeordneter Schacht



Die deutsche Gemeindeordnung vom 1. April 1935 löschte das Stadtparlament aus. Da die Ratssitzungen nicht mehr öffentlich waren, nannte sie der Volksmund „Dunkelkammer“. Dem Rat gehörte damals auch der spätere Krefelder Oberbürgermeister Herbert von Hüllen an. Da keine Beschlüsse gefaßt, sondern nur Entscheidungen des Oberbürgermeisters getroffen wurden, besagen die Stadtratsprotokolle nichts über die Äußerungen der einzelnen Ratsmitglieder. Zwei Zahlen: Der ordentliche Haushaltsplan umfaßte 1936 16 256 160,- Mark und 1940 30 972 836,- Mark.

In Heuyngs Amtszeit fallen: der Bau der Rheinbrücke, die Süd-Erweiterung des Rathauses, die Gründung der Volkshochschule, der Beginn der Ausgrabungen in Krefeld-Gellep durch Dr. Steeger, der Bau der Versteigerungshalle, die Einrichtung des Tierparks und des Landschaftsmuseums für den Niederrhein. Hinzuweisen ist selbstverständlich auf die vielen nach 1939 erforderlichen kriegsbedingten Maßnahmen, aber auch auf die schweren Zerstörungen durch Bombenangriffe. Das Amt eines Oberbürgermeisters stand damals unter starken politischen Zwängen; der Gauleiter hatte viel zu sagen. Übrigens: Das Gehalt des Oberbürgermeisters betrug 1939 monatlich 1600 Mark plus Dienstaufwandsentschädigung.

Nach dem Zusammenbruch war Heuyng seit 2. März 1945 zwei Jahre interniert. Der Entnazifizierungsausschuß reihte ihn 1949 in die Kategorie IV ein. Das bestätigte der Prüfungsausschuß 1951 mit der Beschränkung, daß ihm die Versorgungsbezüge aus seiner Stellung als Oberbürgermeister der Stadt Krefeld-Uerdingen aberkannt wurden; er solle das Ruhegehalt eines Beigeordneten erhalten. 1952 beantragte Heuyng bei der Stadt, ihm die aberkannten Rechte wieder zu gewähren. Da die Stadt das ablehnte, kam es zum Prozeß, in dem die 10. Kammer des Landesverwaltungsgerichts Düsseldorf aufgrund ihrer mündlichen Verhandlung vom 30. Oktober 1953 für Recht erkannte, daß die von dem Entnazifizierungs-Überprüfungsausschuß aberkannten Rechte wieder zu gewähren seien.

Heuyng starb am 18. September 1973, 83 Jahre alt. Er wurde am 21. September 1973 nach dem Seelenamt in der Krefelder Kirche Thomas Morus auf dem Neuen Friedhof begraben. Nur wenige Trauergäste nahmen an der Beerdigung teil. Es hieß allenthalben, er sei kein „schlimmer Nazi“ gewesen.

Die am 2. März 1945 in Krefeld einrückenden amerikanischen Truppen forderten die Nennung eines geeigneten Nachfolgers im Amt des Oberbürgermeisters. Dechant Alfred von Iltter, der schon 1920 gegen die Separatisten gewettert hatte²⁹⁾, und der Seidenkaufmann Max Oertel nannten den Rechtsanwalt Dr. Johannes Stepkes — wir sind seinem Namen schon begegnet.



Abb. 8. Johannes Stepkes

Dr. Stepkes wurde am 9. Januar 1884 in St. Tönis geboren. Der praktizierende Katholik heiratete am 23. Oktober 1920 Christel Mörtter (24. Februar 1895 — 11. Oktober 1983). Zwei seiner Söhne wurden Geistliche, von denen einer im Zweiten Weltkrieg fiel. Er hatte noch einen weiteren Sohn und zwei Töchter. Nach der Volksschule besuchte er die Studienanstalt Gaesdonk und bestand 1903 das Abitur. Sein Studium der Rechtswissenschaft absolvierte er an den Universitäten Freiburg, Münster, München und Bonn. Die Referendarzeit verbrachte er in Köln. Die Promotion zum Dr. jur. erhielt er 1908 in Leipzig. 1912 war er Assessor beim Oberlandesgericht in Düsseldorf. Den Ersten Weltkrieg erlebte er unter anderem in der Marneschlacht, in den Winterkämpfen der Masuren, bei den Kämpfen am Chemin des Dames und vor Verdun. Der Oberleutnant und Kompanieführer im Infanterieregiment 258 wurde zweimal verwundet und erhielt das EK I. Über seine Kriegserlebnisse schrieb er einen ausführlichen Bericht. Nachdem er vom 1. Dezember 1918 bis 30. September 1919 Assessor beim Landgericht Krefeld war, leitete er bei der hiesigen Stadtverwaltung das schwierige Wucher- und Mieteinigungsamt. Am 10. Juni 1920 wählte das Stadtparlament den Zentrumsmann zum Beigeordneten und machte ihn zum Dezerenten für Polizei, Wohlfahrt, Feuerwehr und Gesundheitswesen. 1921 wurde er Vorsitzender des örtlichen Deutschen Roten Kreuzes. Es folgten schlimme Jahre: Die Belgier hielten ihn in einem Eisenbahnwagen als Geisel fest, als die Separatisten 1923 das Krefelder Rathaus besetzten, stand er unerschrocken an der Seite des Oberbürgermeisters Johansen. Dem belgischen Delegierten, der ihn vor bewaffnetem Widerstand warnte, sagte er: „Wir setzen nicht das erste Mal unser Leben für

Deutschland ein“. Nachdem er am 30. April 1930 wiedergewählt worden war, fand im Februar 1932 seine Wahl zum Bürgermeister von Kleve statt. Dort wurde er am 16. Januar 1934 nach dem „Gesetz zur Wiederherstellung des Berufsbeamtentums“ in den Ruhestand versetzt. Er nahm eine Tätigkeit als Rechtsanwalt auf. Als im März 1945 die amerikanischen Truppen in Krefeld einmarschierten, erklärte er sich damit einverstanden, die Geschicke der in Trümmern liegenden Stadt in die Hand zu nehmen. Am 2. März 1945 wurde er Oberbürgermeister, was die Stadtverordnetenversammlung am 22. März 1945 bestätigte. Im demolierten Waisenhaus auf der Nordstraße — die letzten Büroräume im Rathaus wurde Luftangriff am 11. Januar 1945 total zerstört worden — richtete er sich in wenigen Räumen ein. Dann kam die Änderung der Gemeindeordnung mit der Trennung der Positionen von Oberbürgermeister und Verwaltungschef. Am 28. Februar 1946 wurde Stepkes Oberstadtdirektor. Diese Tätigkeit endete am 31. März 1949 mit seiner Pensionierung, da er 65 Jahre alt geworden war. Danach war er wieder Rechtsanwalt.

1954, an seinem 70. Geburtstag, erhielt er das Bundesverdienstkreuz am Bande. Er starb am 5. August 1966 und wurde am 10. August 1966 auf dem Friedhof in St. Tönis beigesetzt. Aus Anlaß der 100. Wiederkehr seines Geburtstages wurden Pressemeldungen veranlaßt.

1964, nach meinem Dienstantritt, hatte ich Dr. Stepkes in seiner Wohnung Krefeld, Tendingstraße 2, besucht. Es war kaum zu glauben, daß dieser so fürsorglich dreinschauende, gütige Mann, wie er da geradezu brav neben seiner Frau auf dem Sofa saß und liebenswürdig mit mir plauderte, eine so unerschrockene Persönlichkeit war. Aber es ist schon so, wie Köppen einen Journalisten zitiert³⁰⁾: „Von ihm wurde in der Öffentlichkeit am wenigsten gesprochen; das lag an seiner soliden, zurückhaltenden Art, die uns fast verleitet, ihn als den Mann ohne Eitelkeit im kommunalen Erscheinungsbild der letzten Jahrzehnte zu kennzeichnen“. Stepkes sagte über sich selbst: „Es war ein bewegtes, interessantes, inhaltsreiches und abwechslungsreiches Berufsleben“. Im Vorbericht der Verwaltung „Spiegel der Zeit 1964“ steht der Satz: „Im 2. Weltkrieg sah die Stadt jämmerlich aus wie ein zeretztes Kleid“. Stepkes hat in den schwierigen Nachkriegsjahren mit ihren Bezugsmarken, Lebensmittelkarten, der Wählerreform, der großen Wohnungsnot und anderem mehr der Stadt zu einem neuen Kleid verholfen. Die „Westdeutsche Zeitung“ schrieb am 8. August 1966: „In der Stadtgeschichte ist ihm ein Ehrenplatz sicher“.

Von den Oberbürgermeistern neuer Art nach dem Zweiten Weltkrieg sollen nur die Namen genannt und einige Daten mitgeteilt werden, da sie keine Verwaltungschefs waren:

— Wilhelm Warsch, 1925 — 1933 Bürgermeister in Uerdingen³¹⁾, am 28. Februar 1946

vom Kommandanten der britischen Militärregierung als Oberbürgermeister eingesetzt; am 13. Oktober 1946 erfolgte die erste Kommunalwahl; Ergebnis: 29 CDU, 7 SPD, 1 FDP, 1 KPD; Warsch wurde am 23. März 1947 Regierungspräsident in Köln; er starb am 30. Dezember 1969.

— Hermann Passen, geboren am 25. September 1882 in Krefeld, war zunächst kaufmännischer Direktor der Deutschen Vacuum-Oel-AG; von 1908 bis 1915 war er Geschäftsführer der Zentrumspartei; Oberbürgermeister (CDU) war er ab dem 24. Februar 1947 bis zu seinem Tod am 28. August 1949, also auch nach der Kommunalwahl am 17. Oktober 1948; die „Rheinische Post“ bescheinigt ihm bei seinem Tod ein hohes Maß an Pflichterfüllung.

Passen ist in einer Wahlgrabstätte auf dem Neuen Friedhof (Feld 39) beigesetzt. Das Nutzungsrecht wurde verlängert. Nach Ablauf des Grabpflegevertrages mit der Stadt übernahmen 1971 Angehörige die Pflege. Ich habe 1976 die Übernahme der Grabpflege bis zum Ablauf des Nutzungsrechtes angeordnet.

— Hanns Müller, der Fabrikant wurde am 9. Februar 1885 in Krefeld geboren; er entstammte einer mennonitischen Familie, die in der Französischen Revolution nach Krefeld eingewandert war; er gehörte der FDP an; Oberbürgermeister war er vom 17. November 1949 bis 7. November 1951; er starb am 21. Juni 1972 im Alter von 87 Jahren.

— Johannes Hauser, der Krefelder Bäckermeister, seit 1926 Obermeister der Innung, wurde am 10. Juni 1890 geboren. 1945 war er einer der Gründer der Krefelder CDU; Oberbürgermeister war er vom 8. November 1951 bis 14. November 1956; der Rat bestätigte am 20. November 1952 Hauser als Oberbürgermeister; am 2. November 1954 erfolgte seine Wiederwahl für zwei Jahre; seit 1950 war er zudem Landtagsabgeordneter; er starb am 7. Mai 1970 in Krefeld und wurde auf dem Neuen Friedhof (Feld 2, Parkgruft 044/047) beigesetzt.

— Josef Hellenbrock, der der SPD angehörende Gewerkschaftler, der sich selbst als konfessionslos bezeichnete, wurde am 26. Januar 1900 in Krefeld geboren; schon vor 1933 gehörte er dem Stadtrat an; vom 15. November 1956 bis 5. April 1961 war er Oberbürgermeister; am 13. November 1958 war er wiedergewählt worden; er erlitt 1969 in der Sitzung eines städtischen Ausschusses einen Schlaganfall und starb am 7. April 1977; er war Träger des Großen Bundesverdienstkreuzes und des Stadtehrnennings, auch war er Ehrenbürger.

— Herbert van Hüllen: Der Dipl.-Ingenieur und Fabrikant wurde am 6. März 1910 geboren; von ihm war schon die Rede; Oberbürgermeister war er vom 6. April 1961 bis 30. Mai 1968; eine Wiederwahl erfolgte 1963; er starb

am 7. Januar 1977 im Alter von 67 Jahren und wurde auf dem Neuen Friedhof (Feld 68, Nr. 179) beigesetzt; er war unter anderem Vorsitzender des Gesamtverbandes metallindustrieller Arbeitgeberverbände (Gesamtmetail) und Präsidialmitglied der Bundesvereinigung der Deutschen Arbeitgeberverbände sowie der Industrie- und Handelskammer Krefeld; nach seinem aus Gesundheitsrücksichten erfolgten Rücktritt als Oberbürgermeister war er weiter stellvertretender CDU-Fraktionsvorsitzender; am 31. Oktober 1975 erhielt er den Stern zum Großen Bundesverdienstkreuz.

— Hansheinz Hauser (CDU) — Sohn von Johannes Hauser (s. vorstehend) —, ebenfalls Bäckermeister, wurde am 23. Juni 1922 in Krefeld geboren; er war Oberbürgermeister bis 1982 und legte nach 14 Jahren seinen Posten wegen Arbeitsüberlastung — er war auch Bundestagsabgeordneter — nieder.

— Dieter Pützhofen (CDU), geboren am 14. Mai 1942, machte das Begabten-Abitur, war dann Lehrer, seit 1978 Schulamtsdirektor in Neuss; am 14. Januar 1982 wurde er Oberbürgermeister; seit 1990 ist er Bundestagsabgeordneter; wegen seines strahlenden Wesens wurde er gern „der Kennedy vom Niederrhein“ genannt. Seit Oktober 1989, als eine rot-grüne Mehrheit im Stadtrat zustande kam, ist er Bürgermeister.

— Willi Wahl (SPD) wurde am 23. Oktober 1927 in Duisburg geboren; seit Oktober 1989 Oberbürgermeister; der gelernte Ofenbauer wurde schnell Vertrauensmann der Industriegewerkschaft Metall in Krefeld; 1970 für die SPD in den Stadtrat gewählt, wurde er 1984, sicher auch wegen seiner konzilianten Art, Bürgermeister.

Das Thema Amtskette¹⁰⁾ muß noch erwähnt werden. 1854 ehrte damit der preußische König den Oberbürgermeister Ondereyck. 1943 verbrannte die Amtskette im Rathaus. 1967 schuf der Goldschmied Hein Wimmer eine neue Kette, die 1968 Oberbürgermeister van Hüllen zum ersten Mal trug. Der Hauptausschuß beschloß, daß der Oberbürgermeister bei feierlichen Anlässen eine Amtskette zu tragen habe.

Kehren wir zu den Verwaltungschefs zurück: Als Nachfolger von Dr. Stepkes wählte der Stadtrat am 4. April 1949 für die Zeit ab dem 25. Mai 1949 auf 12 Jahre den am 16. August 1899 in Montabaur geborenen Katholiken und seit 29. September 1938 mit Margarete Morath verheirateten Volljuristen Dr. Bernhard Heun. Er hatte Ostern 1917 das humanistische Abitur gemacht und dann bis 1921 Rechtswissenschaft und Kunst an den Universitäten Bonn, Frankfurt/Main, Freiburg und Münster studiert. Die Referendarprüfung bestand er 1921. Es folgten 1923 die Promotion zum Dr. jur. und im Dezember 1925 das Assessor-Examen. Nach einer Tätigkeit als Richter beim Landgericht Frankfurt/Main



Abb. 9. Bernhard Heun

wurde er ab 1. Februar 1928 Stadtrechtsrat bei der Stadt Frankfurt/Main und 1929 Magistratsrat auf Lebenszeit. Ab 1930 nahm er die Stellung eines persönlichen Referenten des Frankfurter Oberbürgermeisters an. Eine ab 9. Januar 1933 ausgeübte Tätigkeit als Stadtrat in Dortmund endete mit seiner politischen Amtsenthebung 1933. Dann nahm er die formell noch nicht aufgegebenen Frankfurter Tätigkeit wieder auf, trat aber bei der Neuwahl des Magistrats am 1. August 1946 in den Ruhestand und übernahm die Geschäftsführung des Hessischen Städteverbandes. Am 31. Januar 1949 bewarb er sich bei Oberbürgermeister Passen erfolgreich um die Stelle des Oberstadtdirektors in Krefeld. Die Stadtverordnetenversammlung wählte ihn mit 33 von 42 Stimmen und setzte die Amtszeit des „Beamten auf Zeit“ gegen drei Stimmen auf 12 Jahre fest. Seine Wiederwahl erfolgte am 28. April 1961 für weitere 12 Jahre. Die Amtszeit endete wegen Erreichens der gesetzlichen Altersgrenze am 31. August 1964. Über den Ehrenbürger der Universität Frankfurt/Main schrieb unter anderen die „Neue Rhein Zeitung“ (NRZ) am 29. April 1961: „Er war ein Mitgestalter, nicht ein Verwalter. Zwei Wesenszüge sind es, die ihn auszeichnen: demokratische Gesinnung und absolute Korrektheit in der Führung seines Amtes“. Dr. Heun sagte über sich: „Die Kommunalverwaltung bietet eine immer wieder fesselnde Tätigkeit“.

Die von der Stadt Krefeld herausgegebenen Verwaltungsberichte
— Krefeld, eine Stadt berichtet, Rückblick 1948 — 1952,
— Krefeld, eine Stadt, die wächst, Rückblick 1953 — 1956,
— Krefeld, eine Stadt prägt ihr Gesicht, Rückblick 1957 — 1960,



Abb. 10. Hermann Steffens (rechts) bei seiner Verabschiedung durch Oberbürgermeister Pützhofer am 31. Oktober 1986

— Spiegel der Zeit, Krefeld 1961 — 1964, bringen in Zeittafeln und Kurzchroniken die Ereignisse dieser bewegten Jahre.

Am 1. September 1964 wurde Dr. Hermann Steffens (CDU) Oberstadtdirektor in Krefeld. Er wurde am 17. Oktober 1921 in Köln geboren, machte 1939 das Abitur und war ab 1939 bei der Stadtverwaltung Köln als Stadtinspektor beschäftigt. Anschließend studierte er an der Universität Köln Rechtswissenschaft, wurde Soldat, kam in Kriegsgefangenschaft und wurde nach dem Zweiten Weltkrieg zum Dr. jur. promoviert (1948). Es folgten die Ausbildung zum Gerichtsreferendar und 1949 das Assessorexamen. Im selben Jahr heiratete er Maria Krall. Von 1949 bis 1954 war er Rechtsrat in der Stadtverwaltung Köln, von 1954 bis 1964 Beigeordneter der Stadt Mönchengladbach und von 1964 bis 1986 Oberstadtdirektor in Krefeld. 1976 wurde er auf 12 Jahre wiedergewählt. Am 31. Oktober schied er wegen Erreichens der Altersgrenze aus dem Dienst aus. Geehrt wurde er unter anderem mit dem Bundesverdienstkreuz 1. Klasse, dem Ehrenring der Stadt Krefeld, mit der Goldenen Plakette der Landwirtschaftskammer Rheinland und der Eberle-Medaille der Rheinischen Sparkassen. Er ist Ehrenmitglied der Theatergemeinschaft Krefeld mit Mönchengladbach, nach 20jährigem Vorsitz im Kreis-

verband Krefeld des Deutschen Roten Kreuzes Ehrenvorsitzender und Ehrenmitglied des Landesverbandes.

Am 1. November 1986 begann Dr. Alfred Dahlmann seine Tätigkeit als Oberstadtdirektor. Nach 14 Jahren als Stadtdirektor in Ratingen wurde er aus einem Kreis von vier Mitbewerbern mit den Stimmen der CDU und der SPD auf acht Jahre gewählt. Dem Reporter der „Westdeutschen Zeitung“²³⁾ vertraute er an: „Mein Stil mag etwas anders sein als der meines Vorgängers, unmittelbarer, direkter. Das mag manchen erschrecken und andere erfreuen“. Am 16. Dezember 1986 wählte der Rat der Stadt den 54jährigen ab.

Am 1. Februar 1989 wählte der Krefelder Stadtrat den am 17. Februar 1937 in Krefeld geborenen Absolventen des Fichte-Gymnasiums und Volljuristen Heinz-Josef Vogt zum neuen Verwaltungschef. 1966 legte er das zweite juristische Staatsexamen ab. Anschließend war er bis 1969 Assessor beim Regierungspräsidenten in Düsseldorf. Von da an war er in der Verwaltung des Landkreises Kempen-Krefeld, wo er 1975 leitender Kreisrechtsdirektor und 1984 Oberkreisdirektor des 1975 in „Kreis Viersen“ umbenannten Kreises wurde, tätig. Sein Interesse gilt der elektronischen Datenverarbeitung.

Anmerkungen

- ¹⁾ Die Heimat, Jg. 36, Krefeld 1965, S. 97.
- ²⁾ Köppen, Krefelder Miniaturen, Krefeld (Scherpe) 1967, S. 42 ff.
- ³⁾ Die Heimat, Jg. 20, Krefeld 1941, S. 279.
- ⁴⁾ Köppen, Krefelder Miniaturen, S. 68.
- ⁵⁾ Die Heimat, Jg. 19, Krefeld 1940, S. 28.
- ⁶⁾ Die Heimat, Jg. 56, Krefeld 1985, S. 89.
- ⁷⁾ Köppen, Krefelder Miniaturen, S. 73.
- ⁸⁾ Die Heimat, Jg. 8, Krefeld 1929, S. 135, Jg. 18, Krefeld 1939, S. 278, und Jg. 19, Krefeld 1940, S. 11.
- ⁹⁾ Die Heimat, Jg. 25, Krefeld 1954, S. 61.
- ¹⁰⁾ Die Heimat, Jg. 13, Krefeld 1934, S. 129.
- ¹¹⁾ Stadtarchiv Krefeld, Best. 3 Nr. 45b, Bl. 309 ff.
- ¹²⁾ Die Heimat, Jg. 25, Krefeld 1954, S. 61; dort: bis 7. September 1833.
- ¹³⁾ Buschbell, Geschichte der Stadt Krefeld, Bd. II, Krefeld (Staufen) 1954, S. 180.
- ¹⁴⁾ Die Heimat, Jg. 13, Krefeld 1934, S. 132.
- ¹⁵⁾ Die Heimat, Jg. 19, Krefeld 1940, S. 17.
- ¹⁶⁾ Die Heimat, Jg. 34, Krefeld 1963, S. 128.
- ¹⁷⁾ Die Heimat, Jg. 31, Krefeld 1960, S. 7.
- ¹⁸⁾ Die Heimat, Jg. 21, Krefeld 1950, S. 81.
- ¹⁹⁾ Die Heimat, Jg. 29, Krefeld 1958, S. 77.
- ²⁰⁾ Die Heimat, Jg. 21, Krefeld 1950, S. 81.
- ²¹⁾ Köppen, Krefelder Miniaturen, S. 215 ff., und Die Heimat, Jg. 20, Krefeld 1941, S. 330 ff.
- ²²⁾ Siehe dazu Heering in: Rheinische Post vom 2. April 1986 und Westdeutsche Zeitung vom 20. Juni 1987.
- ²³⁾ Köppen, Krefelder Miniaturen, S. 241, und Rheinische Post vom 10. April 1985.
- ²⁴⁾ Siehe Westdeutsche Zeitung vom 30. Mai 1990.
- ²⁵⁾ Stadtbürgerliche Briefe, Krefeld Juni 1961.
- ²⁶⁾ Zeitschrift des Aachener Geschichtsvereins, 84/85, S. 336, Anm. 26.
- ²⁷⁾ Gesetz-Sig., S. 317.
- ²⁸⁾ Reichsgesetzblatt 1937, I, S. 39.
- ²⁹⁾ Die Heimat, Jg. 5, Krefeld 1926, S. 288.
- ³⁰⁾ Köppen, Krefelder Miniaturen, S. 292.
- ³¹⁾ Stadtbürgerliche Briefe, Krefeld Februar 1971, Nr. 236.
- ³²⁾ Stadtbürgerliche Briefe, Krefeld September 1970, Nr. 226.
- ³³⁾ Insterburger Briefe, November/Dezember 1986, S. 223.

Theaterdiskussion in Krefeld — alles schon mal dagewesen?

von Wilhelm Stratmann

Im Sommer 1993 kam es nach Bekanntwerden der städtischen Sparpläne im Hinblick auf das Stadttheater zu einer sehr erregten Debatte über Sinn und Kosten des Dreispartentheaters. Doch die Theaterdiskussion in Krefeld ist nicht neu. Eigentlich seit Bestehen dieser Institution wurde unter Kommunalpolitikern, Presse und Theaterfreunden über die Folgekosten und deren Übernahme durch die Stadt gestritten. Daher geht es im folgenden auch nicht um die Geschichte des Krefelder Stadttheaters¹⁾, sondern in erster Linie um den Prozeß der langsamen Übernahme dieses Kulturinstitutes durch die Stadt²⁾, denn gerade die heute wieder sehr aktuelle Diskussion über die Kosten des Theaters, die Theaterhebe mit Mönchengladbach und die Kosten von Kultur generell sollte nur auf einer soliden, historisch fundierten Basis geführt werden.

Die politischen Entscheidungsträger unserer Tage haben das Theater ja nie als private Einrichtung gekannt. Daher weiß auch fast niemand mehr um die Motive, aus denen heraus die Stadt das Theater in eigene Regie übernommen hat, zumal in einer Zeit, in der es ihr in wirtschaftlicher Hinsicht noch weitaus schlechter ging als heute.

Waren die Motive kultureller Natur, oder dachte man 1912 beziehungsweise 1919 schon an eine Art Stadtmarketing? Gelten die damaligen Beweggründe auch heute noch und können sie der Kulturlobby beim Vertreten ihrer Interessen noch von Nutzen sein?

Aus den Anfängen des Theaters in Krefeld ergibt sich die weitere Entwicklung³⁾. Erste Vorstellungen durchreisender Theatertruppen gab es hier nachweisbar seit 1776⁴⁾. Gespielt wurde zunächst in einem Holzbau, den der Architekt des von der Leyenschen Schlosses, Martin Leydel, entworfen hatte. Dort wurde 1799 zum ersten Mal in Krefeld von der Böhmschen Theatertruppe Mozarts Zauberflöte aufgeführt⁵⁾. Für ihre Auftritte hatten die Ensembles jedesmal 10 % der Abendkasse an die städtische Armenverwaltung abzuführen⁶⁾.

Die Zufälligkeit der Auftritte änderte sich erst ab 1825. Damals faßte der Gastronom Michael Rump den Plan, in Krefeld einen festen Theaterbau zu errichten und diesen an Schauspieltruppen zu vermieten⁷⁾. Unter den

Städten, die nicht auf die Tradition eines fürstlichen Residenztheaters zurückblicken konnten, lag Krefeld damit zeitlich sehr früh⁸⁾. Diese Initiative eines Privatunternehmers ist im Rheinland wohl ein Einzelfall. In den anderen Städten ging die Initialzündung zum Theaterbau entweder von fürstlichen Mäzenen oder einer größeren Gruppe vermögenter Privatleute aus⁹⁾.

Als erster gastierte der Düsseldorfer Prinzipal Derossi mit seinen Leuten¹⁰⁾. Er hatte Rump monatlich 200 Reichstaler Miete zu entrichten und zudem noch für die Innenausstattung des Theaters zu sorgen. Die lukrative Gastronomie behielt Rump sich selber vor. Nach Ablauf des Mietvertrages sollte das Interieur in seinen Besitz gelangen. 1828 wurde der provisorische Holzbau durch ein Steingebäude ersetzt.

Doch Rump wurde mit seinem Theater, das in seinen Grundformen bis 1943 erhalten blieb,

nicht glücklich. 1925 schrieb sein Neffe Norbert Keussen in der „Heimat“, daß sein Onkel in den fünfziger Jahren bankrott gemacht habe. Aus Keussens Hand haben wir noch eine genaue Beschreibung des Gebäudes aus seinen Anfängen. „Damals gab es im Theater nur 4 Ränge¹¹⁾. Hinter dem Raum für das Orchester war Sperrsitze mit langen, einfachen, mit Leder gepolsterten Holzbänken, dahinter Parterre mit ebensolchen, aber ungepolsterten Bänken, beide Ränge ohne Mittelgang. Darüber die Loge mit Bank- und Rückenpolster, im Volksmund Appelschaap genannt. Parterre und Galerie waren stets am besten besetzt. Erleuchtet wurde der ganze Zuschauerraum nur durch einen einfachen Kronleuchter mit 16 Gasflammen. Die Bühne war denkbar einfach eingerichtet. Es waren nur sechs Dekorationen vorhanden, nämlich: Stadt, Dorf, Wald, Rittersaal, ein feines und ein gewöhnliches Zimmer. Es war nur ein Vorhang da, der nur bei Aktschluß heruntergelassen wurde. Alle Verwandlungen mußten da-

Abb. 1. Älteste Aufnahme des Stadttheatergebäudes Rheinstraße 68 um 1880



her stets bei offener Szene vorgenommen werden, wodurch manche schöne Illusion zerstört wurde¹²⁾.

Der schon erwähnte Theaterprinzpal Derossi wechselte sich in den ersten Jahren mit dem Weseler Prinzpal Richter ab, der Besuch war jedoch fast nie befriedigend. Als Gründe dafür nannte das Krefelder Intelligenzblatt, daß es den Krefeldern wohl an „Sinn für Kunst und Aufmunterung für Künstler“ fehle. Selbst der bekannte Düsseldorfer Theaterdirektor Karl Immermann, der der Düsseldorfer Bühne einen enormen Aufschwung gebracht hatte, konnte das Interesse der Krefelder nicht wecken und sagte ein weiteres Auftreten seiner Truppe in Krefeld ab¹³⁾.

1844 gab es in Krefeld heftige Proteste gegen die „Theaterehe“ mit Düsseldorf¹⁴⁾. Man beschwerte sich, daß die Regierung in Düsseldorf stets nur dem dortigen Theaterprinzpal eine Spielkonzession für Krefeld gebe, so daß man dort keinen Einfluß auf Direktion, Spielplan und Anzahl der Auftritte nehmen könne. Zudem entspreche das Niveau der Vorstellungen regelmäßig höchstens dem einer Kostümprobe. Die Düsseldorfer reisten nur mit dem allernotwendigsten an Personal und Ausstattung an, so daß es nicht verwunderlich sei, daß das Theater in Krefeld nicht reüssieren könne. 1846 wurde dann auf diese Proteste hin die Verbindung aufgelöst.

Tatsächlich gelang es dem Kölner Direktor Franz Stollwerck und dem Weseler Direktor Heller in der Folgezeit, in Krefeld eine halbwegs erfolgreiche Theaterspielzeit zu absolvieren¹⁵⁾.

Das Jahr 1859 brachte dann eine Zäsur in der Krefelder Theatergeschichte. Das Theatergebäude, nach dem Tode Rumps an verschiedene Besitzer übergegangen, war inzwischen völlig verwahrlost, vielleicht auch ein Grund für den mangelnden Zuspruch, und bedurfte dringend einer völligen Renovierung. Es konstituierte sich zu diesem Zweck am 22. August 1859 aus der Bürgerschaft unter Führung des Bankiers Carl Sohmann ein Theaterverein, der mit Hilfe von Aktien das nötige Kapital für die Renovierung beschaffte¹⁶⁾. Am 27. November wurde das Theater mit einem Konzert der Liedertafel wiedereröffnet, drei Tage später erfolgte die Schauspielpremiere unter der Leitung des Direktors der „Vereinigten Theater zu Düsseldorf und Krefeld“, Greiner¹⁷⁾.

Doch der Theaterverein verfolgte noch weitergehende Ziele. Man wollte endlich von den Gastspielen ständig wechselnder auswärtiger Truppen wegkommen und ein eigenes Ensemble aufbauen, um so dem Theater in Krefeld eine solide Basis zu geben. 1861 gelang es im Zuge dieser Bemühungen, den Düsseldorfer Schauspieler und Immermann-Schüler Ferdinand Wenzel als Theaterdirektor zu verpflichten¹⁸⁾. Der Krefelder Beigeordnete vom Bruck, der damals Bürgermeister Ondereyk vertrat, schilderte in einem Brief an das Oberpräsidium der Rheinprovinz die Meinung der Stadtverwaltung zur Verpflichtung Wenzels. Man sehe in „der Concessionierung eines selbständigen Stadttheaters für Crefeld ein wesentliches Interesse der Stadt, umso mehr, wenn dem hiesigen Theater-Comite eine Einwirkung auf das Repertoire gesichert werde“.

Kurze Zeit später ging vom Bruck angesichts einer weiteren Konzessionsbewerbung näher auf die am Krefelder Theater herrschenden Zustände ein¹⁹⁾. Er lehne den Antrag des Theaterunternehmers L'Arronge ab. „Es werden nämlich die Uebelstände und Nachtheile, daß unser Theater bisher nur als Zweigbühne der Düsseldorfer Truppe concessioniert wurde, hier stets mehr und mehr empfunden und ich habe bei diesen Umständen mich verpflichtet erachtet, bereits am 14. des Monats das mir mit einer von der Stadtverordneten-Versammlung unterstützten Eingabe des Comites des hiesigen Theatervereins eingereichte Gesuch des Schauspielers Ferdinand Wenzel um eine Concession zur Bildung und Direktion einer eigenen Schauspieltruppe für die hiesige Stadt pro 1861/62 dem Herrn Oberpräsidenten der Rheinprovinz zur hochgeneigten Willfahung vorzulegen. Indem ich die königliche Regierung ergebenst bitte, dieses Gesuch auch ihrerseits hochgeneigtest unterstützen zu wollen, erlaube ich mir im Bezug auf die hiesigen Theaterverhältnisse noch anzuführen, daß das Theatergebäude Eigenthum eines Privaten ist und der Theaterverein, bestehend aus den angesehensten Theaterfreunden, ohne pecuniäres Interesse nur aus Gemeinsinn und Liebe zur Kunst in dieser Angelegenheit auftritt. Er hat zur Herstellung und anständigen Ausschmückung des Theaters eine Summe von 4000 Thalern zum Opfer gebracht, dagegen sich aber auch dem Eigenthümer des Theaterlokales gegenüber wesentlichen Einfluß auf das Engagement eines Direktors und auf dessen Leistungen contractlich gesichert.“

Wenzels Programm beinhaltete im Einklang mit dem Verein nur noch die Aufführung von Schauspielen, da man meinte, daß eine „Provinzialbühne“ wie Krefeld nicht in der Lage sei, ein erfolgreiches, niveauvolles Mehrspartentheater zu bieten.

Und tatsächlich waren die ersten Jahre Wenzels in Krefeld recht erfolgreich. Das Engagement damals bekannter Künstler erforderte aber einen hohen finanziellen Aufwand, der dazu führte, daß der Haushalt des Theaters nie ausgeglichen gestaltet werden konnte. Der Verzicht auf „Stars“ führte aber im Gegenzug zum Nachlassen des Publikumsinteresses.

Zur Steigerung der Einkünfte versuchte Wenzel in der Spielzeit 1862/63 in Mönchengladbach Fuß zu fassen. Dort aber war das Publikumsinteresse so gering, daß dieser erste Versuch der späteren „Theaterehe“ kläglich scheiterte²⁰⁾.

Nachdem es ihm augenscheinlich nicht gelang, die Kosten des Krefelder Theaters in den Griff zu bekommen, nahm Wenzel das Angebot der Stadt Mainz gern an, dort die Direktion des Theaters zu übernehmen und zog 1865 nach fünf Spielzeiten dorthin.

Wenzels Nachfolger amtierten mit wechselnd-

Abb. 2. Aktie der Theater-Aktiengesellschaft, Ausgabedatum 1. April 1866



den Schwerpunkten stets nur ein oder zwei Jahre in Krefeld, ohne größere Erfolge vorweisen zu können²¹). Josef L'Hame mußte die Spielzeit 1868/69 sogar mangels Publikumszuspruch vorzeitig beenden; die darauffolgende Spielzeit fiel völlig aus. Die Stadt war nicht bereit, das Theater außer durch den Fortfall der Gebühr an die Armenkasse zu unterstützen²²).

Vom Engagement des Theatervereins hören wir ebenfalls nichts mehr, er scheint eingeschlafen zu sein. Auch die siebziger Jahre brachten dem Theater trotz aller Bemühungen noch keinen Durchbruch. Erst 1881 kamen die Dinge wieder in Bewegung, wenn auch zunächst in negativer Hinsicht²³). Der Brand des Wiener Ringtheaters am 8. Dezember 1881, bei dem aufgrund fehlender Sicherheitsvorkehrungen viele Besucher ums Leben gekommen waren, hatte die europäische Theaterwelt erschüttert. Wie andersorts unterzogen auch die Krefelder Behörden ihr Theater einer eingehenden Sicherheitsüberprüfung. Das Ergebnis lautete, daß die hiesigen Verhältnisse so schlecht seien, daß „unter diesen Umständen die Verantwortlichkeit für Unglücksfälle diesseits nicht übernommen werden kann, so wir die Ihnen widerruflich erteilte Erlaubnis zu Theaterveranstaltungen im hiesigen Stadttheater hiermit zurückgezogen und Ihnen das Weiterspiel polizeilich untersagt haben“²⁴). Dies wurde Direktor Franz Gluth und dem Theaterbesitzer Gustav Bredow am 14. Dezember 1881 mitgeteilt. Dieser unterbreitete nun etliche Verbesserungsvorschläge, die der Verwaltung allerdings alle als ungenügend erschienen. Schließlich sah sich Bredow nicht mehr in der Lage, den geforderten Verbesserungen mit seinem Privatvermögen nachzukommen.

Anscheinend machte die nun folgende längere Schließung des Theaters den Krefeldern erst klar, wie sehr dieses Institut das Kulturleben der Stadt bereichert hatte. Ein Leserbrief in der Krefelder Zeitung verdeutlicht die damalige Stimmung. Krefeld habe in den letzten Jahren auf allen Gebieten bedeutende Fortschritte gemacht. „Es erregt daher das Staunen, daß dieses blühende, hochaufstrebende von beinahe 100 000 Einwohnern bevölkerte Krefeld eines würdigen Theaters entbehrt und zwar eines Theaters, welches, wenn das Wort Schillers, daß das Theater eine Schule des Volkes sei, auf Wahrheit beruht, hier zur Ausgleichung vieler Gegensätze geistiger und materieller Art so recht am Platze wäre. Auf keinen Fall läßt es sich verkennen, daß ein würdig geleitetes Theater sofort den anregenden Mittelpunkt geistiger und geselliger Interessen bilden würde und daß die gute Aufführung der unsterblichen Werke unserer Dichtfürsten ideale Lebensanschauungen ins Volk und in die Jugend zu tragen geeignet sei. Aber auch die materiellen Vorteile eines guten Theaters sind für Krefeld von nicht zu unterschätzender Bedeutung. Man klagt mit Recht über den geringen Fremdenverkehr. Reisende, welche in Geschäften unsere Stadt aufsu-



Abb. 3. Stadttheater Rheinstraße, Innenansicht (Bühne mit Vorhang) nach der Renovierung 1928

chen, erledigen dieselben am Tage. Der Abend findet sie in Düsseldorf oder Köln. In Krefeld wissen sie die Abende nicht zu verleben. Ein Theater könnte diesem Übelstande sofort Abhilfe schaffen. Aus den benachbarten Städten Gladbach, Rheydt, Viersen, Kempen, Moers, Uerdingen, deren Bewohner jetzt nach Düsseldorf und Köln zum Theater fahren, würde ferner Krefeld ein neuer und

großer Verkehr erwachsen, wenn es ebenfalls ein würdiges Theater aufzuweisen hätte.

Die Gründe für die Beschaffung eines Theaters sind so zwingender Natur, daß die Lösung der Theaterfrage für Krefeld eine brennende geworden ist²⁵). Der Karlsplatz sei nach Meinung von Experten der geeignete Standort für ein neues Theater. „Die Errichtung des Thea-

Abb. 4. Stadttheater Rheinstraße, Innenansicht (Zuschauerraum) nach der Renovierung 1928



ters ist im elementarsten Sinne eine gemeinnützige städtische Angelegenheit. Die Verwaltung der Stadt kann sich daher nicht länger der Beantwortung der Frage entziehen, was ihrerseits zu geschehen habe, um den Theaterbau zu fördern."

1884 konstituierte sich unter Führung des Seidenwarenfabrikanten Albert Oetker die „Theater-Aktien-Gesellschaft“, die nicht identisch mit der in den fünfziger Jahren bestehenden war²⁶). Dem Aufsichtsrat der AG gehörten weiter die Fabrikanten Gustav Scheibler, Moritz de Greiff, Gustav Peltzer, Gerhard Schroers, Ernst Moritz Seyffardt und der Bankier Alfred Molenaar an. Man beabsichtigte, das Theater auf dem Karlsplatz völlig neu zu errichten und wollte dabei auch die Stadt voll in die Pflicht nehmen. „Bei der hohen gemeinnützigen Bedeutung, welche einem guten Theater gerade für Krefeld sowohl in wirtschaftlicher als auch in ethischer Beziehung beizulegen ist, dürfte die Commune Krefeld nach dem Beispiel anderer Städte die moralische Verpflichtung haben, auch ihrerseits etwas zu thun, um den Theaterbau zu fördern. Dies würde am besten dadurch geschehen, daß die Commune Krefeld einen geeigneten Platz für den Theaterbau der Actiengesellschaft kostenlos zur Verfügung stellte²⁷). Dazu legte Baurat Heyden aus Berlin, ein gebürtiger Krefelder, detaillierte Pläne nebst Gutachten vor²⁸). Fünf Tage später bereits sprachen sich die Anlieger des Karlsplatzes energisch gegen dieses Bauvorhaben aus²⁹). Dies scheiterte jedoch bei Stimmgleichheit im Stadtrat an der nun ausschlaggebenden Stimme des Oberbürgermeisters Küper.

Nach zähen Verhandlungen gelang es der AG schließlich, für 306 000,- Mark das alte Theater an der Rheinstraße zu erwerben. Der Kölner Theaterbaumeister Hochgürtel fertigte die Umbaupläne an³⁰). Der Umbau zog sich fast über das gesamte Jahr 1886 hin. Am 2. Oktober 1886 konnte das nun über 900 Besucher fassende Theater wiedereröffnet werden³¹). Der Umbau hatte der Actiengesellschaft 220 000 Mark gekostet, die Inneneinrichtung weitere 30 000 Mark. Auf diese Summe wird noch zurückzukommen sein³²).

Die finanziellen Möglichkeiten der AG schienen allerdings mit der Renovierung des Theaters erschöpft zu sein. Da der laufende Betrieb nicht kostendeckend betrieben werden konnte, suchte man nach neuen Wegen der Geldbeschaffung. Wohlhabende Bürger gründeten unter dem Vorsitz des Fabrikanten Gustav Scheibler am 3. Oktober 1889 den Krefelder „Theater-Verein“. Im Gründungsauftrag hieß es: „Kein Theater in einer Provinzialstadt kann ohne bedeutenden Zuschuß bestehen und die laufenden Bedürfnisse allein aus den Einnahmen bestreiten, wenn es wirklich künstlerische Leistungen anstrebt³³). Da die Stadt aber lediglich zur Zahlung einer Beihilfe von 8 000,- Mark bereit sei — bei Gesamtausgaben von über 84 000,- Mark per anno — sei bürgerschaftlicher Einsatz gefordert.

Zweck des zu gründenden Vereins sei es, „die Actien-Gesellschaft 'Krefelder Stadt-Theater zu Krefeld' in ihrer Aufgabe zu unterstützen, in Krefeld ein den Anforderungen der Kunst entsprechendes Theater zu unterhalten, insbesondere auch für die Beschaffung von Decorationen, Garderobenstücken, Requisiten etc. zu sorgen, auf ein zahlreiches Abonnement zu werben und in zweiter Linie für die Ausschmückung des Theatergebäudes die Mittel zu beschaffen“. Alle vom Verein getätigten Anschaffungen sollten in das Vermögen der AG übergehen³⁴).

Wie kam es nun zur Übernahme des Theaters durch die Stadt? Trotz großen Einsatzes aus der Bürgerschaft — man hatte immerhin ein Aktienkapital von 300 000,- Mark aufgebracht — war es bald allen Beteiligten klar, daß ein niveauvoller Theaterbetrieb in Krefeld ohne die Mithilfe der Kommune nicht möglich war.

Wie waren nun die Ausgangspositionen der Akteure? Die in der Actiengesellschaft vereinigten Theaterfreunde wandten sich mit den zuvor bereits genannten Argumenten an die Stadt. Am 29. Oktober 1886 stellte die Actiengesellschaft einen Antrag an die Stadtverwaltung, ihr zur Deckung der Umbaukosten ein Darlehen von 250 000,- Mark zu gewähren. Darin hob man die „wirtschaftliche und ethische Bedeutung des Theaters für die Bewohner hiesiger Stadt“ hervor³⁵). Die Stadt sei der ideale Darlehensgeber, da sie ein längerfristiges Interesse am Gedeihen des Theaters habe und sich nicht wie private Leihgeber nach den Schwankungen des Kapitalmarktes zu richten habe. „Als dieser Darlehensgeber wird in den Kreisen der Bürgerschaft die hiesige Stadtgemeinde bezeichnet, welche das Darlehen aus der Reserve der hiesigen Sparkasse sehr wohl zu geben in der Lage ist³⁶).

Nachdem Oberbürgermeister Küper zunächst versucht hatte, das Thema vorerst nicht in der Stadtverordnetenversammlung behandeln zu lassen, wurde der Kredit schließlich doch gewährt³⁷). Wie schon bei der Abstimmung über den Theaterbau auf dem Karlsplatz zeigt sich auch hier wieder die reservierte Haltung Küpers in Theaterfragen.

Wenige Wochen später wandte sich die Actiengesellschaft abermals an die Stadt mit dem Antrag, wenigstens den Spielbetrieb durch Subventionierung zu sichern³⁸). Auch hier kann uns die Argumentationsweise wieder interessante Hinweise zum Stellenwert des Theaters in den Augen der ökonomisch führenden Kreise der Stadt geben, denn die Mitgliederliste der Theater-Actiengesellschaft liest sich wie das „Who is Who“ der damaligen Krefelder Wirtschaft. Das Theater müsse von der Stadt subventioniert werden, weil „die Erfahrung lehrt, daß Theater insbesondere in mittleren Städten nicht bestehen können, wenn sie nicht seitens der städtischen Behörde mit Geld unterstützt werden. Es besteht daher wohl kaum eine Stadt von der Größe

und Bedeutung Krefelds, welche ihrem Theater nicht eine bedeutende Subvention gewährt... Daß selbst kleinere Städte wie Krefeld ihrem Theater bedeutende Unterstützungen gewähren, dürfte als allgemein bekannt vorausgesetzt werden³⁹). Die finanziellen Möglichkeiten der Actiengesellschaft seien ausgeschöpft, da sie ja noch für die Versicherungsprämien des Theaters und die Zinsen für das immer noch im Raum stehende Umbaudarlehen gebunden sei.

Am 27. Dezember 1886 befaßte sich auch die Lokalpresse mit der Frage der Theatersubventionierung⁴⁰). Der nicht ausreichende Besuch des Theaters sei nicht auf die künstlerische Leistung des amtierenden Direktors Heuser zurückzuführen. Das Problem liege vielmehr in den sehr hohen Gagen auswärtiger Gastschauspieler, ohne deren Engagement jedoch das Publikumsinteresse schnell nachlasse⁴¹). „Die Gastspiele verwöhnen das Publikum und haben einseitiges Vorurteil, Unzufriedenheit und Gleichgültigkeit im Gefolge.“

Besonders problematisch sei dies im Hinblick auf die Oper, da Krefeld über ein besonders großes, musikalisch gebildetes Publikum verfüge. „Mangelhafte Leistungen in der Oper aber stoßen den Gebildeten ab, mit Recht hält er dafür, daß es besser sei gar keine Oper zu haben, als nur eine mittelmäßige.“ Es sei daher besser, auf eine eigene Oper zu verzichten oder aber sie zusammen mit einer Nachbarstadt zu betreiben.

Der Hinweis auf das Desinteresse der Jugend an der etablierten Kultur dürfte wohl so alt sein wie die Kulturgeschichte an sich. Der Redakteur meint: „Es ist die immer mehr zunehmende Gleichgültigkeit der jüngeren Generation gegen die Ideale der Kunst... in ihren Gesprächen findet die klassische Literatur keine Stelle und vom Theater interessieren sie allenfalls die Albernheiten einer Operette oder auch die weiblichen Mitglieder der Bühne“. Abschließend betont der Schreiber, daß eine Unterstützung des Theaters notwendig sei, da sonst für den spekulierenden Theaterunternehmer einzig die Kasseneinnahmen maßgebend seien. „Ein Stück, das gute Einnahmresultate erzielt, ist gut, alles andere kann ihm nicht nutzen. Die Aftermuse mit der lüsternden Operette und der abgeschmackten Posse erhält die Alleinherrschaft.“

Eine Subventionierung durch die Stadt könne diese Entwicklung verhindern. „Eine weitere nützliche Folge der Subvention ist, daß das Theaterunternehmen eine solidere bürgerliche Basis erhält... und die Schauspieler eine mehr gesicherte, seßhafte Existenz gewinnen können.“

Zuletzt solle die Stadt das Theater im Falle der Unterstützung verpflichten, an bestimmten Abenden zu niedrigsten Preisen „Volkschauspiele“ zu geben⁴²).

Die Stadtverordnetenversammlung debattierte am 10. Februar 1887 über das Thema Subventionierung des Theaters. Der Stadtverordnete Molenaar (Liberaler) sprach sich an-

gesichts der prekären Finanzlage des Theaters wie sein Parteifreund Emil de Greiff für eine Beihilfe von 8 000,- Mark pro Jahr aus. Dr. Urfey (Zentrum) wollte festgeschrieben sehen, daß die Unterstützung sofort wegfallen, wenn das Theater mit Gewinn arbeite; sein Parteifreund Bircks wollte nur 4 000,- Mark gewähren.

Auch Ratsherr Angerhausen (Zentrum) war der Ansicht, daß „man sich mit der Subvention auf eine schiefe Ebene begeben. Die Gunst für's Theater habe im ersten Jahre schon nachgelassen, später könnten daher die Ansprüche noch größer werden.“ Dem Stadtverordneten Matthias (Liberale) ging es darum, „die Kunst als Bildungsmittel“ generell zu unterstützen; auch sein Parteifreund Rohde betonte die Bedeutung des Theaters besonders für die Mittelschicht, für die die Eintrittspreise mittels Subventionierung gesenkt werden müßten. Heimendahl (Liberale) schließlich wollte das künstlerische Niveau des Theaters durch die Beihilfe sichergestellt wissen.

Die Stadtverordnetenversammlung entschloß sich gegen die Stimmen des Zentrums, dem Theater für zunächst drei Jahre eine Subvention von 8 000,- Mark zur Verfügung zu stellen, behielt sich aber im Gegenzug die Zensur des Repertoires durch eine noch zu bildende Theaterkommission vor⁴⁹⁾.

Bis 1896 kam das Theater mit diesem Zuschuß zurecht, dann stellte die Aktiengesellschaft wegen der bedrohlichen finanziellen Lage den Antrag, die Stadt möge ihr die Grund- und Gebäudesteuer und die Energiekosten von insgesamt rund 7 000,- Mark erlassen⁵⁰⁾.

Diesmal äußerte sich die dem oppositionellen Zentrum nahestehende Niederrheinische Volkszeitung zum Thema⁵¹⁾. Der Kommentator vertrat die Ansicht, daß das Krefelder Theater, das in seinem Niveau teilweise mit den ersten Münchener und Berliner Bühnen gemessen werden könne, als Kulturinstitut durchaus erhaltenswert sei. Subventionen aus Steuermitteln kämen für ihn aber nur in Frage, wenn das Theater in seinem Habitus nicht mehr auf einen kleinen Teil der Bürgerschaft zugeschnitten sei, den es bisher eindeutig privilegiere. Man möge daher eine Reihe von „Volksvorstellungen“ zu niedrigsten Preisen geben, um so weiten Kreisen der Einwohnerschaft den Zugang zum Theater zu erleichtern.

Weiter forderte der Kommentator die Wiedereinrichtung der inzwischen auf Betreiben der Theaterleitung mit Hilfe der Liberalen wieder abgeschafften Zensurkommission. „Es darf nicht die Auswahl des Spielplanes der Willkür überlassen bleiben, denn die Gefahren, die hierin für das Volk auf sittlichem und erzieherischem Gebiet liegen, sind zu ernst, als daß man sie verkennen könnte.“



Abb. 5. Theaterintendant Anton Otto (1852–1930)

Am 12. November 1896 wurde die Subventionierung des Theaters von 8 000,- auf 15 000,- Mark erhöht, diesmal ohne Gegenleistungen des Theaters⁵²⁾. Diese Subventionierungserhöhung reichte dem Theater mehr schlecht als recht für weitere acht Jahre aus. Durch einen Theaterbrand in den USA wurde die Frage des Brandschutzes in deutschen Theatern wieder aktuell. Auch im Krefelder Haus wurden erhebliche Sicherheitsmängel festgestellt, die kostspielige Umbaumaßnahmen notwendig machten⁵³⁾. Daher stellte die Theateraktiengesellschaft den Antrag, die städtische Unterstützung auf 33 000,- Mark zu erhöhen.

Das Ratsprotokoll der Debatte über diesen Antrag macht die Stellung der Kommunalpolitiker zur Theaterfrage deutlich⁵⁴⁾. Eingangs sprach sich Oberbürgermeister Hammerschmidt nachdrücklich für eine Hilfe aus. Es gehe letztlich um die Frage: „Sollen wir auf das Theater im nächsten Jahre verzichten oder den Umbau ermöglichen?“. Die Stadtverwaltung sei auf keinen Fall bereit, das Theater, das sich in einer Umbruchphase befinde, völlig neu zu erbauen.

Hammerschmidt spielt hier wohl auf die bevorstehende Erweiterung des Programms durch die Aufnahme der Oper als zweiter Sparte unter Reinhold Pester-Prosky und die endende Ära Anton Otto an. Hermann Stoffels beschreibt die Situation wie folgt: „Der ältere, durchaus hochverdiente Anton Otto vermag mit seinem renommierten Schauspiel dem aktiveren, jüngeren R. Pester-Prosky, von Elan für die Oper erfüllt, obendrein von der AG stetig unterstützt, auf die Dauer kaum noch standzuhalten. Dieser scheint der beweglichere gewesen zu sein, denn in „seiner

Saison“ (23. 4. — 21. 5. 1905) wirbt er offensichtlich um die Gunst des Publikums insofern, als er nun eben nur 4 Opern und 10 Operetten ansetzt, vielleicht sogar im bewußten Kontrast zu der breit angelegten und von Ottos Schauspiel mitverantworteten Schiller-Zentenarfeier“⁵⁵⁾.

Hammerschmidt fordert weiter, daß sich die Theateraktiengesellschaft aber nach einem Bauplatz umsehen solle, um eine spätere Erweiterung des Theaters zu ermöglichen, denn „eine gute Lage ist für die Rentabilität eines Theaters ebenso notwendig wie für die eines jeden anderen Unternehmens“⁵⁶⁾.

Diese und andere notwendige Investitionen wie auch die rasch emporschnellenden Gagen verlangten von der Aktiengesellschaft bereits einen so hohen finanziellen Aufwand, daß sie dringend weiterer Beihilfen bedürfte. Hammerschmidt schlug den Stadtverordneten vor, über den Antrag hinausgehend dem Theater sogar zu einem günstigen Zinsfuß ein Darlehen von 135 000,- Mark für Umbaumaßnahmen zu bewilligen. Zur Sicherstellung dieses Darlehens solle die Aktiengesellschaft den Theaterfundus der Stadt verpfänden.

Der Oberbürgermeister war allerdings der Ansicht, daß die Aktiengesellschaft in der Lage sei, das Darlehen zurückzuzahlen, denn „das Unternehmen hat in der Tat infolge seiner vorzüglichen Leistungen und auch infolge des großen, durch die Leistungen erworbenen Interesses, dessen es sich erfreut, in den letzten Jahren im Gegensatz zu den Theatern anderer Städte mit einigem finanziellen Erfolg gearbeitet, und es kann angenommen werden, daß das Unternehmen fernerhin ohne weitere Erhöhung des Zuschusses auskommen wird“⁵⁷⁾.

In der anschließenden Debatte kam der Stadtverordnete Heinrich Otto (Zentrum) dann auf den Punkt. Er gab im Plenum den Anstoß, daß die Stadt langfristig eine Übernahme des Theaters ins Auge fassen solle. Vorher läßt sich in den Quellen eine solche Forderung nicht nachweisen. „Er meine, daß die Differenz zwischen dem bisherigen und dem beantragten Zuschuß jedes Jahr hypothekarisch eingetragen werden solle. Dadurch würde die Stadt auch beim Theater in das Eigentumsrecht hineinwachsen, wie es ja überhaupt das Ziel sein müsse, das Eigentumsrecht ganz zu erwerben“⁵⁸⁾.

Die Aktiengesellschaft erklärte sich mit der Verpfändung des Fundus an die Stadt einverstanden⁵⁹⁾. Wir haben demnach 1904 folgende Lage: Das alte Theatergebäude war der städtischen Sparkasse für das 250 000,- Mark hohe Darlehen aus dem Jahre 1886 verpfändet worden. Die Stadt hatte der Aktiengesellschaft zum Erwerb des Nachbargrundstückes und zur Bestreitung der Umbaukosten 1904 ein Darlehen von 245 000,- Mark gewährt, für das die AG das neu erworbene Grundstück, die Inneneinrichtung des Theaters und des-

sen Fundus als Pfandobjekte zu stellen hatte⁵⁴). Demnach war das Theater 1904 finanziell schon sehr weitgehend mit dem städtischen Haushalt verflochten.

Von da an läßt sich eine zügige Übernahmepolitik der Stadtverordneten beobachten. Waren sie bisher durch besondere Umstände in diese Rolle hineingedrängt worden, so ist ab 1904 bei Politik und Verwaltung der Wille zur Übernahme des Theaters in städtische Regie eindeutig erkennbar.

Mit Beschluß vom 11. Mai 1906 kommt es zur Integration der städtischen Kapelle in den neueröffneten Opernbetrieb des Theaters⁵⁵). Im August wandte sich der Oberbürgermeister Oehler — ein glühender Verehrer des Theaters — mit einem Aufruf an die Bürgerschaft, zur Finanzierung der in diesem Jahr eingeführten Oper doch möglichst zahlreich zum Kauf von Abonnements zu schreiten⁵⁶).

Im Juli 1906 mußten aufgrund der Einführung des Zweispartentheaters die jährlichen Subventionen auf 41 800,- Mark erhöht werden⁵⁷). Gleichfalls war für 10 000,- Mark die Ausrüstung für die Mitglieder des Opernchores zu beschaffen, die allerdings im Eigentum der Stadt verblieb und dem Theater lediglich geliehen wurde.

Anläßlich der Debatte um die Bewilligung dieser Mittel hielt der Oberbürgermeister ein eindringliches Plädoyer für das neue Zweispartentheater. Er führte aus, daß man sich zur Einführung der Oper entschlossen habe, „weil der Besuch nachgelassen hatte und weil finanzielle Schwierigkeiten vorlagen. Damals (1906) wurde beschlossen, den Versuch zu machen, neben dem Schauspiel eine ständige Oper einzurichten. Der Ausführung dieses Beschlusses standen nicht geringe Schwierigkeiten entgegen. Zunächst mußte für die Oper ein ganz neues Personal angeworben werden. Dann war die städtische Kapelle nicht auf die Oper eingerichtet... Auch mußten Dekorationen und Kostüme beschafft werden u. a. m. Es handelte sich eben um einen Versuch. Man kann wohl sagen, daß er in künstlerischer Hinsicht sowohl auf dem Gebiete des Schauspiels wie auch der Oper durchaus gelungen ist. Die Schwierigkeiten lagen mehr auf dem finanziellen Gebiete“. Oehler rechnete vor, daß allein der laufende Spielbetrieb 277 000,- Mark gekostet habe, die zwar erheblich gesteigerten Einnahmen hätten diese Summe nicht decken können. Es sei ein erhebliches Defizit entstanden.

„Was sollte nun geschehen? Die Beteiligten, der Vorstand, der Aufsichtsrat und ich waren der Meinung, daß unter keinen Umständen das Theater im Stich gelassen werden könnte, und daß es einen wesentlichen Rückschritt darstellte, wenn man die Oper aufgeben wollte, daß wir deshalb unter allen Umständen versuchen mußten, dem Schauspiel eine gute Oper zu erhalten und daß dazu weitere Opfer gebracht werden müßten.“ Die Stadt sollte

daher nach den Vorstellungen des Oberbürgermeisters in die Bresche springen. „Es fragt sich nun, ob alle diese Leistungen angemessen sind. Da meine ich, die Stadt Krefeld hat unter allen Umständen die Aufgabe, für die dramatische und musikalische Kunst im Theater zu sorgen. Sie hat die Pflicht, die erzieherischen und ethischen Aufgaben des Stadttheaters zu unterstützen.“

Die endgültige Übernahme in städtische Regie fällt in die Zeit der Direktion Reinold Pester-Proskys, der für die Saison 1905/06 als Opernfachmann zum Aufbau dieser Sparte berufen worden war⁵⁸). „Er ist am 3. August 1871 in Erfurt geboren, in Berlin und Dresden ausgebildet, hat den berühmten Wagnerdirektoren Felix Mottl in Karlsruhe und München zum Lehrmeister gehabt, sich durch Kapellmeisterstätigkeit in Dessau, Basel und Mainz hochgedient, ist mithin allseitig und zuverlässig geschult und, selbst von großem Idealismus erfüllt, das Muster eines unverdrossen einsatzbereiten und fleißigen, präzise und hart arbeitenden Praktikers. Er bringt also offensichtlich die besten Voraussetzungen dafür mit, aus einem „Nichts“ heraus ernstzunehmende Zustände aufzubauen“⁵⁹). Am Ende der Saison 1920/21 trat er inzwischen umstrittene Pester wegen seiner angegriffenen Gesundheit vom seinem Amte zurück⁶⁰).

Bis zur Übernahme durch die Stadt hatte Pester das Theater als eine Art Subunternehmer von der Aktiengesellschaft zu pachten. Für Anheuerung und Bezahlung des Personals war er allein verantwortlich, ebenso für die Auswahl des Repertoires, das er aber zumeist der städtischen Theaterkommission zur Prüfung vorlegen mußte⁶¹).

Pester versuchte, seine Einnahmen auch durch jährliche Gastspiele seines Ensembles in Düren, Mönchengladbach und eine Sommeroper in Münster zu steigern, was allerdings nur kurzzeitig gelang⁶²).

Die letzten Jahre des Theaters im Besitz der AG waren durch immer wieder steigende Kosten für Personal und Ausstattung geprägt, wofür stets die Stadt, die den politischen Willen zum Mehrspartentheater ja ausdrücklich erklärt hatte, Gelder zur Verfügung stellte⁶³).

In einem Schreiben an Oehler versuchte Pester am 8. Juni 1910 die abermals schlechte finanzielle Situation des Theaters zu begründen. Nicht etwa mangelnde künstlerische Leistungen führten zu den ständigen Defiziten, sondern die schlechte Substanz des Theatergebäudes. In diesem Zusammenhang nennt er die miserablen Sichtverhältnisse auf vielen Plätzen, die Bestuhlung, die Zuschauergarderoben und vor allem die Heizungsanlage. „Es ist bei kalter Witterung nur möglich den Zuschauerraum einigermaßen zu heizen, und dann nur, wenn man den durch Überdruck entstehenden Lärm, welcher besonders im Schauspiel auf das Publikum höchst beunru-

higend und störend wirkt, mit in Kauf nimmt“⁶⁴). Es werde insgesamt durch den schlechten Zustand des Hauses viel Einsatz vom Personal verlangt, der eigentlich der Kunst zugute kommen sollte.

Anläßlich der Pläne um den Theaterneubau deutete Pester am 24. Mai 1912 an, daß die finanziellen Lasten ihm als Subunternehmer der Aktiengesellschaft die Theaterleitung langsam unmöglich machten⁶⁵). Er wies dabei vor allem auf die in den letzten Jahren um 15 — 20 % gestiegenen Gagen für das künstlerische Personal, auf die durch das Reichsversicherungsgesetz gestiegenen Lohnnebenkosten sowie auf die ebenfalls stetig steigenden Gas-, Wasser- und Elektrizitätsabgaben an die Stadt hin. Zudem habe das Theater inzwischen etliche feste Angestellte wie Rentant, Theatermeister, Hausmeister, Obergarderober und Beleuchter, die das ganze Jahr über zu bezahlen seien, auch wenn im Sommer nur geringe Einkünfte zu erzielen seien. Zuletzt wies Pester noch darauf hin, daß auch die neu entstandenen Kinos ihm beträchtliche Besuchereinkünfte bringen würden.

Die letzte Äußerung des Theaterdirektors fällt schon in die Diskussion um den Neubau des Stadttheaters. Diese hatte der Chefredakteur der Krefelder Zeitung, Ernst Brües, am 24. April 1912 endgültig ins Rollen gebracht⁶⁶). Er nannte vier Gründe, die für den Neubau des Theaters sprächen. Es seien dies die schon von Pester genannten Mängel des Hauses, die Möglichkeit, Auswärtige und Touristen nach Krefeld zu bringen, der notwendige Konkurrenzkampf mit hochmodernen Theatern der Nachbarstädte, wie zum Beispiel Duisburg oder Düren, und zuletzt die im Augenblick sehr günstige Situation des städtischen Haushaltes.

Kommen wir nun aber wieder zurück zur Kommunalpolitik und deren Vertretern. In seiner Etatrede am 9. Februar 1912 schnitt Oberbürgermeister Johansen das Thema Theaterneubau bereits an. „Daß eine heranwachsende Industriestadt auch für die Schaffung idealer Genüsse zu sorgen hat, ist selbstverständlich. Wir können uns hier ein warnendes Beispiel an anderen Städten nehmen, die in dieser Beziehung nicht zur rechten Zeit vorgesorgt haben und infolgedessen zu überwiegenden Arbeiterstädten geworden sind und ihre wohlhabende Bürgerschaft verloren haben. Doppelt nötig ist diese Fürsorge für uns, die wir in der Nähe von Düsseldorf und Köln liegen. Wir müssen also sehen, daß bei uns alles geboten wird, was in dieser Beziehung gerechter Weise von uns gefordert werden kann“⁶⁷). Diese Forderungen seien auf den Gebieten Musikpflege und Museum inzwischen erfüllt. „Aber ein Schmerzenskind haben wir, das ist das Theater! Meine Herren! Wir haben ein Theater, dessen Räume einer Stadt wie Krefeld nicht würdig sind. Seien sie überzeugt davon, mehr und mehr verlangt man heutzutage für schöne künstlerische Darbietungen einen schönen künstlerischen

Rahmen. An diesem Rahmen fehlt es hier. Die Lösung der Theaterfrage wird uns daher noch sehr beschäftigen."

Am 1. Oktober desselben Jahres veröffentlichte Johansen zum gleichen Thema eine Denkschrift, in der er die Brüsschen Argumente mit der Notwendigkeit der Gestaltung des von der Stadt für rund 1,22 Millionen Mark erworbenen sogenannten „Ostwallblockes“ — des heutigen Theaterplatzes — hervorhob. Das neue Theater solle 1 700 000,- Mark kosten, wovon aus städtischen Mitteln bereits 1 300 000,- Mark zu Verfügung stünden. Der Rest solle durch private Spenden gedeckt werden, was in der folgenden Zeit auch gelang. Seine Initiative sei letzten Endes durch die Aufgabe der Aktiengesellschaft ausgelöst worden. „Infolge der ständigen starken Erhöhung der Gagen und infolge der Lasten, die die Versicherungsgesetze dem Theaterpächter neu auferlegten, ist der Pächter nicht mehr imstande, ohne weitere Unterstützung den Betrieb aufrechtzuerhalten, Vorstand und Aufsichtsrat der Theater-Aktiengesellschaft,

die ihrerseits auch weitere Opfer nicht bringen können, haben daher beschlossen, der Stadt das alte Theater gegen Übernahme der Verbindlichkeiten der Gesellschaft zum Kauf anzubieten. Diese Verbindlichkeiten bestehen in 230 000 Mark Hypotheken und 31 250 Mark Obligationen. Ich empfehle die Annahme dieser Offerte“⁶⁹). Hinsichtlich der neu entstehenden Kosten sei eine Mehrbelastung der Stadt nicht zu erwarten, da das Theater mit proportional steigenden Einnahmen rechnen könne.

Johansens Initiative wurde noch dadurch aufgewertet, daß am Tag ihrer Veröffentlichung die Theater-Aktiengesellschaft verkündete, daß sie nicht mehr in der Lage sei, den Betrieb weiterzuführen. Sie bot der Stadt gegen Aufrechnung ihrer Schulden die Übernahme ihres Vermögens an und löste sich am 22. Oktober 1912 auf. Als Gründe dafür nannte der Aufsichtsratsvorsitzende Rudolf Krahn, daß „die Finanzlage sich von Jahr zu Jahr ungünstiger gestaltet habe, und unter dem Druck dieser Verhältnisse sei die Verwaltung

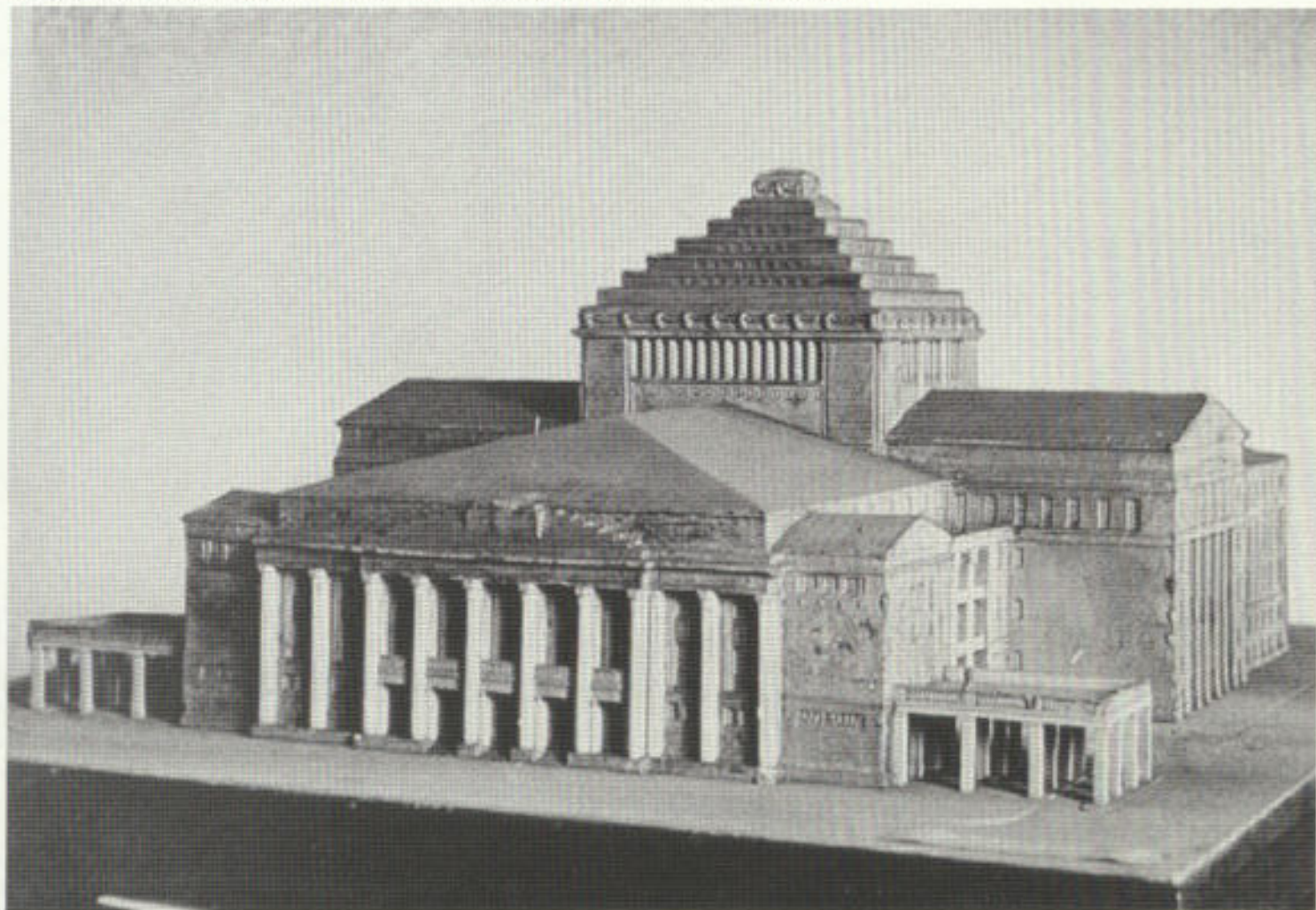
gern einer Anregung gefolgt, die es ermöglichte, die Aktiengesellschaft an die Stadt übergehen zu lassen. Auf Anregung des Stadtverordneten Hermann von Beckerath⁷⁰) stellte man der Stadt als Übernahmebedingung, daß sie sich verpflichten müsse, das Theater weiterzuführen“⁷¹).

In der Sitzung der Stadtverordneten vom 25. Oktober wurde über die Themen Neubau und Übernahme des Theaters debattiert⁷²). Zu Beginn gab Johansen einige Erläuterungen zu seiner Denkschrift. Der Theaterneubau sei eine der wichtigsten Zukunftsaufgaben der Stadt, wenn diese das Oberzentrum am Niederrhein bleiben wolle.

„Das ganze Wirtschaftsleben in unserer Stadt ist nicht nur aufgebaut auf die Einwohnerschaft von Krefeld, sondern alle Einrichtungen sind zugeschnitten auf unsere größere Umgebung... Krefeld will Zentrale sein, und es will und soll und muß sie bleiben! (Lebhafte Beifall)

Für den Begriff Großstadt ist die Zahl der Einwohner durchaus nicht ausschlagge-

Abb. 6. Modell des Siegers im Wettbewerb um den Theaterneubau, Professor M. Dülser, 1913



... Maßgebend ist das großstädtische Aussehen und vor allem die großstädtischen Einrichtungen. Nach dieser Richtung hat sich unsere Stadt in den letzten Jahren mit vieler Mühe und gutem Erfolge bemüht und dafür gesorgt, daß alle Voraussetzungen für eine Großstadt gegeben sind. (Sehr richtig!) Einzelheiten brauche ich ja nicht anzuführen; sie sind Ihnen ja bekannt. Umwandlung der Wälle, Erwerbung des Ostwallblocks, Rennbahn, Krefelder Hof, Erweiterung des Museums und was sonst noch geschehen ist. Auf einem Gebiete aber sind wir tatsächlich zurückgeblieben: auf dem Gebiete des Theaters. Der Theaterbetrieb steht, das wird anerkannt werden müssen, hinsichtlich der Leistung auf durchaus anerkannter Höhe... Dagegen was die baulichen Verhältnisse betrifft, sind wir zurückgeblieben nicht nur hinter Groß- sondern auch hinter einer ganzen Zahl von mittleren Städten.

Welch großer Wert aber vor allem von Großstädten heute darauf gelegt wird, daß sie im Besitze eines modernen, schönen Theaterbaues sind, sehen Sie am besten daraus, daß sämtliche Großstädte mit verschwindenden Ausnahmen in den letzten Jahren neue Theater bauten.

Wenn unsere Stadt auf diesem wichtigen Gebiete zurückbleibt, geschieht es nicht ohne Gefahr, leicht in die zweite Reihe zu geraten und dann fällt es schwer, wieder in den Vordergrund zu kommen.*

Johansen sieht letzten Endes also Krefelds Stellung als Oberzentrum bedroht, sollte es auf dem kulturellen Sektor hinter den Nachbarstädten zurückbleiben.

Auch der Vertreter der liberalen Mehrheitspartei Mengelberg betonte die Bedeutung des Theaters für Krefeld als Oberzentrum. „Die Stadt Krefeld hat, durch Erschließung des Hinterlandes, durch Anlage von Bahnen und Investierung großer Mittel in diese Verbindungslinien sich seit Jahren bemüht, der Mittelpunkt für eine nähere und weitere Umgebung zu werden... Der Nutzen aus diesen Unternehmungen steigert sich aber erheblich, wenn in der Stadt weitere Anziehungspunkte für Fremde geschaffen werden, in allererster Linie ein Theater, in welchem Vorstellungen in schönen und würdigen Rahmen gegeben werden können. Denn von unseren kulturellen Veranstaltungen bringt ein gutes Theater den größten Fremdenverkehr in die Stadt und hieraus ziehen auch alle Gewerbetreibenden dauernd Nutzen.“

Der Stadtverordnete Otto begründete die Zustimmung des Zentrums damit, daß besonders die Teile des alten Theatergebäudes, die von der minderbemittelten Bevölkerung genutzt würden, unzumutbar geworden wären. Des weiteren harre der Ostwallblock unbedingt einer vernünftigen Gestaltung, und zwar durch ein monumentales Gebäude. — Heute würde man wohl von städtebaulicher Akzentuierung sprechen.

Man einigte sich schließlich bei zwei Gegenstimmen wie folgt: „1. Das jetzige Stadttheater wird mit Ablauf der Saison 1912/13 gegen Übernahme der Verbindlichkeiten der Theater AG übernommen mit der Verpflichtung, den Theaterbetrieb auch weiterhin zu erhalten. 2. Grundsätzlich wird die Errichtung eines Theaterneubaues auf dem sogenannten Ostwallblock beschlossen, unter der Voraussetzung daß 1. die Deckung der Kosten des Bauplatzes durch Anleihe die Genehmigung der Aufsichtsbehörde erfährt und 2. seitens der Bürgerschaft durch freiwillige Beiträge die Summe von 400 000 Mark beigesteuert wird; und 3. zur weiteren Bearbeitung der Angelegenheit wird eine Theaterbaukommission gewählt“¹⁾.

Schon in der Haushaltsdebatte vom 15. Januar 1914 wurde erstmals Kritik an den Plänen der Stadt laut. Nach dem Ausbruch des Ersten Weltkrieges kamen die Neubaupläne gänzlich zum Erliegen²⁾.

Nachdem das Theater den Krieg leidlich überstanden hatte³⁾ — keine Spielzeit war ausgefallen, der Besuch muß sogar außerordentlich gut gewesen sein⁴⁾ —, war Johansen 1919 bemüht, zumindest die rechtlichen Verhältnisse des Theaters endgültig ins Lot zu bringen⁵⁾. An den Theaterneubau war nicht mehr zu denken, die Diskussion über die Nutzung des Theaterplatzes für ein Varieté ist zwar sehr interessant, kann hier aber nicht mehr geschildert werden.

Das Pikante daran ist, daß Johansen dieses Vorhaben mit dem bis 1920 amtierenden alten Rat, der nach dem Dreiklassenwahlrecht gewählt worden war und in dem seine liberalen Freunde noch über eine satte Mehrheit verfügten, unternahm. Die Verhandlungen über das Theater und die städtische Kapelle am 2. Mai 1919 leitete er mit den Worten ein: „Das Stadttheater haben wir schon vor dem Kriege übernommen, aber die ganzen rechtlichen Verhältnisse nach der wirtschaftlichen Seite sind ganz unklar und unsicher gewesen. Die Mittel die wir aufwenden müssen, sind sehr erheblich und werden voraussichtlich noch dauernd steigen. Wir müssen bei unserem Entschlusse richtig abwägen zwischen künstlerischen und wirtschaftlichen Rücksichten. Das ist ja das Kreuz bei allen Stadttheatern. Jeder verlangt hohe künstlerische Leistung, überlegt aber nicht, daß das Publikum mit seinem Gelde lieber weniger künstlerische Leistungen bezahlt und sehr hochgespannten Darbietungen lieber fernbleibt“⁶⁾. Es sei daher unbedingt ein geordneter Theateretat einzurichten und von der Zuschußwirtschaft Abschied zu nehmen. Wollte man aber das Theater auf dem gewohnten Niveau als Mehrspartentheater erhalten, so sei sogar noch eine Erhöhung dieses neu zu schaffen- den Etats um 300 000,- Mark erforderlich.

„Die Ausgabe Seite des Theaters muß sehr stark steigen. Die Wünsche des Personals gehen zum Teil noch bedeutend weiter, ähnlich wie im rechtsrheinischen Deutschland,

aber das kommt für uns ja nicht in Frage. Wir haben uns mit diesem Zuschuß noch sehr bescheiden müssen, wir können noch kein Ballett bieten und können auch die Forderungen des Herrn Kapellmeisters Cruciger nicht ganz erfüllen. Auch hinsichtlich der Honorare für Künstler usw. müssen wir uns bescheiden und doch will man hier immer gute Tenöre hören mit echt rheinischem Schmelze und Sängerinnen, die nicht nur schön singen, sondern auch schön sind. Wenn wir die Oper beibehalten wollen — und das ist doch unser aller Wunsch — dann dürfen wir vor großen Opfern nicht zurückschrecken.“ Auf die abnehmende Qualität beim Schauspiel sollte die Stadt mit der Einstellung eines Dramaturgen reagieren.

Kritik an diesem Vorgehen wehrte Johansen mit dem Argument ab, man müsse dem „Theatervölkchen“ gerade in schwierigen Zeiten helfen und seine Arbeitsplätze sichern⁷⁾.

Mehrere Stadtverordnete betonten zudem noch die gerade in den damaligen Zeiten nach dem verlorenen Krieg wichtige Rolle des Theaters in Fragen der Erziehung und des Erhaltes der deutschen Kultur im belgisch besetzten Krefeld und stimmten anschließend der Vorlage zu.

Auch dank eines Zuschusses der Deutschen Bühnengenossenschaft von 720 000,- Mark für das Jahr 1920⁸⁾ gelang es dem Oberbürgermeister, seine Pläne durchzusetzen und so die Übernahme des Theaters in städtische Regie endgültig zu vollenden, die er bis dahin mit einer außerordentlichen Zielstrebigkeit betrieben hatte. Dies bleibt neben der Schaffung des Grüngürtels sein bis heute bleibender Verdienst.

1912 beziehungsweise endgültig 1919 war aus dem privaten ein städtisches Theater geworden, eine Entwicklung, die sich schon seit längerem abgezeichnet hatte. Den Kommunalpolitikern ging es dabei einerseits um den Ausbau und Erhalt der Stadt als Oberzentrum, andererseits aber auch um kulturelle Gesichtspunkte. Die relativ reibungslose Übernahme ist allerdings in erster Linie ein Verdienst der beiden theaterbegeisterten Oberbürgermeister Oehler und Johansen gewesen.

Anmerkungen

¹⁾ Einen grundlegenden Überblick zur Theatergeschichte des Rheinlandes vermitteln E. Buck und B. Vogelsang, Theater seit dem 18. Jahrhundert (= Geschichtlicher Atlas der Rheinlande, Bd. XII/2, 1989). Auf die Probleme moderner Theatergeschichtsschreibung machte kürzlich E. Fischer-Lichte, Kurze Geschichte des Deutschen Theaters (1993), S. 8 f., aufmerksam. „Dagegen ist auf der Partialität als der Bedingung der Möglichkeit von Theaterge-

schichtschreibung zu bestehen, D. h. nicht nur der Objektbereich bedarf einer Eingrenzung, sondern es muß auch die jeweilige Fragestellung präzisiert werden, unter der die Untersuchung vorgenommen werden soll. Dabei sind beide Prozeduren als unmittelbar aufeinander bezogen zu denken: ein bestimmter Objektbereich kann eine spezifische Fragestellung ermöglichen bzw. nahelegen, wie umgekehrt eine spezifische Fragestellung zur Eingrenzung eines bestimmten Objektbereiches führen kann. Wie auch immer — in jedem Fall läßt sich Theatergeschichte nur mit einer problemorientierten Vorgehensweise betreiben.“

2) Eine umfassende Geschichte des Krefelder Theaters steht bisher trotz der relativ guten Quellenlage noch aus. Lediglich der Bereich Musiktheater wurde durch H. Stoffels, Das Musiktheater in Krefeld von 1870—1945, in: Das Musikleben der Stadt Krefeld 1780—1945 von E. Klusen, H. Stoffels und T. Zart, Bd. II (1980), befriedigend aufgearbeitet. H. M. Frese, Komödianten, Theater in Krefeld und Mönchengladbach (1984) will die Anfänge des Theaters nur „leichtlin skizzieren“. Einzelaspekte behandeln auch die Beiträge von R. Bach in der „Heimat“. Vgl. „die Heimat“, Register für die Jahrgänge 1—59 (1989), S. 8. Die Arbeit von C. Dohr, Musikleben und Komponisten in Krefeld (Krefelder Studien, Bd. V, 1992) bringt im Hinblick auf diesen Aspekt keine neuen Erkenntnisse.

3) Der hier vorliegende Beitrag geht auf einen Vortrag des Verfassers zurück, den er im November 1993 in der Volkshochschule Krefeld anlässlich der Diskussion um Einsparungen am Krefelder Stadttheater hielt. Dieser Vortrag wurde um den Vergleich der Theaterentwicklung in den benachbarten Städten ergänzt. Ziel ist es nicht, die Krefelder Theatergeschichte neu aufzurollen, sondern in erster Linie die Behandlung des Theaters durch Kulturpolitik und öffentliche Meinung aufzuzeigen. Dies stellt ein Desiderat der stadthistorischen Forschung dar. Die Krefelder Theatergeschichte soll im folgenden mit der der Städte Bonn, Düsseldorf, Duisburg, Neuss, Münster und Aachen verglichen werden. Vgl. dazu G. von Roden, Geschichte der Stadt Duisburg, Bd. I, Das alte Duisburg von den Anfängen bis 1905 (1970), S. 316 ff.; H. K. Strohm, Das Aachener Theater, in: Aachen, bearb. v. A. Huyskens, hrsg. v. Oberbürgermeister Dr. Rombach (1928), S. 55—60; K. Müller, Unter pfälz-neuburgischer und pfälz-bayerischer Herrschaft (1614—1806), in: Düsseldorf, Geschichte von den Ursprüngen bis zum 20. Jahrhundert, Bd. II, Von der Residenz zur Beamtenstadt, hrsg. v. H. Weidenhaupt (1988), S. 256—261; Geschichte der Stadt Bonn, Bd. IV, Von der französischen Bezirksstadt zur Bundeshauptstadt, hrsg. v. D. Hördt (1989), S. 64—72, 173—175, 260—261 und 400—403; W. Engels, Geschichte der Stadt Neuss, Bd. II, Die preussische Zeit 1814/15 bis 1945 (1986), S. 339—342; M. Jeismann, „Bürgerliche Kultur“ und Kultur des Bürgertums — Theater und Museen im 19. Jahrhundert, in: Geschichte der Stadt Münster, Bd. II, hrsg. v. F. J. Jakobi (1993).

4) Zu den Anfängen des Krefelder Theaters vgl. E. Klusen, Das Musikleben der Stadt Krefeld von den Anfängen bis 1870, in: Das Musikleben der Stadt Krefeld 1780—1945 von E. Klusen, H. Stoffels und T. Zart, Bd. I (1979), S. 62 f. und Frese, Komödianten, S. 9 f. Zur Frühgeschichte des Theaters im Rheinland allgemein vgl. B. Vogelsang, Die rheinische Theaterlandschaft: Fiktion und Fakten, in: Theater seit dem 18. Jahrhundert, S. 25—40.

5) Vgl. Klusen, Musikleben, S. 64.

6) Vgl. H. Keussen d. Ä., Aus Krefelds Theatergeschichte, in: ders., Beiträge zur Geschichte Krefelds und des Niederrheins (1898), S. 154—157.

7) Vgl. G. Buschbell, Geschichte der Stadt Krefeld Bd. II (1954), S. 306, und N. Keussen, Eine Familienplauderei über die Anfänge des Stadttheaters in Krefeld, in: „Die Heimat“, 4 (1925), S. 209 f.

8) Bonn bekam 1826 einen neuen Theaterbau, nachdem das Hoftheater 1821 geschlossen worden war; Duisburg bekam erst 1886/87 mit der Tonhalle ein Theater. Lediglich in Aachen wurde von der Bürgerschaft bereits 1748—1751 ein Theater erbaut; 1825 wurde dort das „Neue Schauspielhaus“ eröffnet. In Düsseldorf hatte die Stadt 1819 das Theatergebäude aus dem kurfürstlichen Besitz übernommen.

9) Vgl. beispielsweise für Aachen A. Fritz, Theater und Musik in Aachen seit Beginn der preussischen Herrschaft, in: Zeitschrift des Aachener Geschichtsvereins (= ZAG), Bd. 26 (1904), S. 166—170, und für Münster Jeismann, Theater und Museen, S. 490 ff.

10) Vgl. Klusen, S. 66 f. und Buschbell, S. 306. Zu Derossi vgl. H. Weidenhaupt, Von der französischen zur preussischen Zeit (1806—1856), in: Düsseldorf, Geschichte von den Ursprüngen bis ins 20. Jahrhundert, Bd. II (1988), S. 400 ff. Derossi war zwischen 1815 und 1820 auch mehrmals in Aachen engagiert. Vgl. Fritz, Theater und Musik, in: ZAG, 24 (1902), S. 188 ff.

11) Zur Bedeutung des Zuschauerraumes im Theater vgl. B. Gascoigne, Illustrierte Weltgeschichte des Theaters (1968), S. 257 f.

12) N. Keussen, Familienplauderei, S. 211.

13) Vgl. Buschbell, S. 309 ff. Zu Immermann und seiner Düsseldorfer Musterbühne vgl. Weidenhaupt S. 400 ff. Dieses Theater beruhte auf einem von Immermann 1832 gegründeten Theaterverein, der sich ab 1834 „Aktiengesellschaft Stadttheater Düsseldorf“ nannte. Durch Jahresverträge wollte der Prinzipal sein umfangreiches Personal besser schulen und so das Niveau erheblich anheben. Da Immermann jedoch nicht genügend Interesse fand — es gab lediglich 30 Aktionäre — mußte er 1837 aufgeben. „Nach Immermann übernahm noch einmal Derossi die Leitung des Theaters... Das von ihm und seinem Nachfolger Henkel bis 1845 gebotene sank auf das Niveau völliger Mittelmäßigkeit ab.“

14) Vgl. Buschbell, S. 315 f. Zur Konzessionierung von Theatern durch das Koblenzer Oberpräsidium vgl. Fritz, Theater und Musik, in: ZAG, 24, S. 167, und ZAG, 26, S. 165 f. Demnach konnten die Kommunen nur Einfluß auf die Theater gewinnen, wenn sie Eigentümerinnen des Gebäudes waren.

15) Vgl. Buschbell, S. 320. Mit ähnlichen Problemen war das Bonner Theater belastet, das meist an einen der Kölner Theaterdirektoren verpachtet wurde. Vgl. Geschichte der Stadt Bonn, S. 174 und S. 400 f.

16) Vgl. StA Krefeld 4/975, Bl. 44. Brief des Theaterkomitees an den Krefelder Polizeikommissar Viedeband vom 19. April 1865. Der Verein schloß damals mit dem Theaterbesitzer Tack einen Vertrag zur Nutzung des Theatergebäudes. Die Gesellschaft übernahm das Theater demnach für die Zeit vom 15. September 1859 bis zum 15. Mai 1867. Man verpflichtete sich zur Renovierung, Ausschmückung und Unterhaltung des Gebäudes. Im Gegenzug erhielt man ein weitgehendes Mitbestimmungsrecht hinsichtlich des Engagements des Theaterdirektors. § 9 des Vertrages lautet: „Bei dem Engagement eines Theaterdirektors sowie bei der Wahl der aufzuführenden Stücke ist die Zustimmung der zweitcomparanten Herren Sohmann und Genossen erforderlich“. Die Finanzierung von Theatern mittels Aktienausgabe finden wir 1834 in Düsseldorf, 1844 in Bonn und auch 1902 noch in Duisburg.

17) Vgl. Frese, S. 25.

18) Vgl. Buschbell, S. 388 f., Frese, S. 26, und insbesondere StA Krefeld 4/975, Bl. 33—34, Brief des Beigeordneten Moritz vom Bruck an den Oberpräsidenten der Rheinprovinz in Koblenz vom 14. März 1861. Nach ausdrücklicher Befürwortung der Initiative des Comites führt der Beigeordnete fort: „Bei dem großen Interesse dieser Angelegenheit für die hiesige Stadt habe ich geglaubt, auch die Ansicht der Stadtverordnetenversammlung darüber einzulehen zu müssen“.

19) StA Krefeld 4/975, Bl. 36 f. Brief an die Regierung in Düsseldorf vom 21. März 1861.

20) Vgl. Buschbell, S. 389, und Frese, S. 26.

21) Vgl. Stoffels, Das Musiktheater in Krefeld, S. 120 f.

22) Vgl. StA Krefeld 10/1, Sitzung der Stadtverordnetenversammlung vom 11. September 1862, Punkt II.

23) Vgl. Stoffels, S. 125 f.

24) StA Krefeld 4/1028, Bl. 3, Schreiben vom 14. Dezember 1881.

25) Krefelder Zeitung vom 14. Oktober 1884. Leserbriefe waren zu jener Zeit immer anonym. Es ist aber zu vermuten, daß der Schreiber eher dem großbürgerlichen Spektrum nahestand.

26) Die Aktiengesellschaft schlug dem Oberbürgermeisteramt mit Schreiben vom 26. Mai 1884 zunächst den vollständigen Umbau des Theaters vor. Vgl. StA Krefeld 4/1028, Bl. 51 f.

27) StA Krefeld 4/1027, Bl. 4, „Gesuch der Actiengesellschaft Krefelder Stadttheater zu Krefeld um Ueberlassung des Carlplatzes für die Errichtung eines Theatergebäudes“ vom 27. Oktober 1884.

28) Vgl. Krefelder Zeitung vom 19. Januar 1885, „Theaterneubau auf dem Carlplatz“.

29) Vgl. StA Krefeld 4/1027, Bl. 13 f., Brief der Anwohner an die Stadtverordnetenversammlung und den Oberbürgermeister vom 24. Januar 1885. Fünf Jahre später waren die Anwohner mit ihrem Protest gegen den Bau des Kaiser-Wilhelm-Museums weniger erfolgreich. Vgl. M. Stratmann, Zur Geschichte des Carlplatzes in Krefeld, in: Rekonstruktion der Stadt, Krefelder Straßen und Plätze, Bd. I (1990), S. 6.

30) Vgl. StA Krefeld 4/1028, Bl. 61, Gutachten des Stadtbaurates Burkart zu den Plänen Hochgürtels vom 12. Dezember 1885. Dieser hatte auf vorangegangene Entwürfe des Krefelder Architekten und Bauunternehmers Johann Frings zurückgegriffen, der auch die Vorentwürfe zum Stadtbad I geliefert hatte. Vgl. dazu W. Stratmann, Das Stadtbad Neusser Straße, in: die Heimat, Bd. 62 (1991), S. 104.

31) Vgl. Frese, S. 29 f. Der Ansicht Freses, daß die Bürger sich ganz allein ihr Theater gebaut hätten, ist nur bedingt zuzustimmen, da die Stadt als Bürge für das erforderliche Umbaudarlehen eintreten mußte.

32) Vgl. StA Krefeld 4/1028, Bl. 74, Zeitungsbericht „Zur Wiedereröffnung des Stadttheaters in Krefeld“ vom 29. September 1886 und insbesondere StA 4/1042, Bl. 1 f., „Gesuch der Krefelder Stadttheater Aktiengesellschaft zu Krefeld um Bewilligung eines hypothekarisch sicher zu stellenden Darlehens von 250 000 Mark“ vom 29. Oktober 1886.

33) StA Krefeld 4/1028, Bl. 117 f., „Statuten des Theater-Verein zu Krefeld“. Anhand des Zahlenmaterials, das sich der Verein aus etlichen anderen Städten besorgt hatte, die bereits ihre Theater subventionierten, wollte man nachweisen, daß die von der Stadt Krefeld gewährte Subvention von 8 000 Mark zu niedrig sei. Vgl. dazu auch Anm. 39.

34) StA Krefeld 4/1028, Bl. 117, Statuten.

35) Vgl. StA Krefeld 4/1042, Bl. 1, „Gesuch der Krefelder Stadttheater Aktiengesellschaft um Bewilligung eines Darlehens...“, wie Anm. 32.

36) StA Krefeld 4/1042, Bl. 2, wie Anm. 32.

37) Vgl. StA Krefeld 4/1042, Bl. 5, Aktennotiz Oberbürgermeister Küper vom 22. November 1886.

38) Vgl. StA Krefeld 4/1042, Bl. 27—29, „Gesuch der Krefelder Stadt-Theater Aktiengesellschaft zu Krefeld um Gewährung einer jährlichen städtischen Subvention für den Betrieb des hiesigen Theaters“ vom 11. Dezember 1886.

39) Die Theateraktiengesellschaft schrieb die Verwaltungen etlicher Städte an, die ein Stadttheater unterhielten und fragte nach der Höhe der dort gewährten Subventionen. Man bekam die folgenden Auskünfte: Chemnitz 15 000,- bis 17 000,- Mark, Koblenz zahlte Miete und Nebenkosten, Frankfurt 130 000,- Mark für zwei Theater, Görlitz 2 000,- Mark plus Pacht, Stettin 3 000,- Mark plus Nebenkosten, Köln 30 000,- Mark, Posen 18 500,- Mark, Magdeburg 16 000,- Mark, Danzig nur Nebenkosten, Mannheim 10 000,- Mark und Breslau 10 000,- Mark (alles monatlich). Vgl. StA Krefeld 4/1042, Bl. 26.

⁴¹⁾ Vgl. zum Folgenden *Niederrheinische Volkszeitung* vom 27. Dezember 1886.

⁴²⁾ Vgl. dazu auch Frese, S. 32.

⁴³⁾ Zum Problem der Frequentierung von Stadttheatern vgl. Jeismann, „Bürgerliche Kultur“ und Kultur des Bürgertums, S. 499 f. Jeismann konstatiert für Münster, daß sich das besser gestellte Bildungsbürgertum am Ende des 19. Jahrhunderts vom Theater zurückzog. Das Münsteraner Theater wurde damals in erster Linie von der Arbeiterschaft regelmäßig besucht. „Es ist deshalb noch einmal zu betonen, daß die Kultur des Bürgertums, wo sie durch städtische Organe verwaltet wurde, nicht identisch mit dem war, was man „bürgerliche Kultur“ nennt.“ Die Kultur des Bürgertums habe sich im 19. Jahrhundert vielmehr in erster Linie im Vereinswesen gezeigt und nicht so sehr im mit egalitären Grundstrukturen behafteten Theater. Dieser Theorie kann man auch im Hinblick auf die Krefelder Verhältnisse zustimmen.

⁴⁴⁾ Vgl. StA Krefeld 4/1042, Bl. 33, Sitzung der Stadtverordnetenversammlung vom 10. Februar 1887. Die Kommission, die die Frage der Subventionierung vorbereiten sollte, hatte zunächst nur eine solche in Höhe von 6000,- Mark vorgeschlagen. Zur Zurückhaltung des Katholizismus gegenüber dem Theater im allgemeinen vgl. Jeismann, S. 500.

⁴⁵⁾ Vgl. StA Krefeld 4/1042, Bl. 169, Gesuch der Aktiengesellschaft an die Stadtverordnetenversammlung vom 11. August 1896.

⁴⁶⁾ Vgl. *Niederrheinische Volkszeitung* vom 21. Oktober 1896.

⁴⁷⁾ Vgl. StA Krefeld 4/1042, Bl. 180, Sitzung der Stadtverordnetenversammlung vom 12. November 1896.

⁴⁸⁾ Vgl. StA Krefeld 4/1043, Bl. 1 f., Schreiben der Theateraktiengesellschaft an das Oberbürgermeisteramt vom 8. Juli 1904. Die Aktiengesellschaft wies hier auch auf die in den letzten Jahren ständig gestiegenen Künstlergagen hin, die durch die regulären Einkünfte nicht mehr zu kompensieren seien.

⁴⁹⁾ Vgl. zum Folgenden das Sitzungsprotokoll in der *Niederrheinischen Volkszeitung* vom 5. August 1904.

⁵⁰⁾ Vgl. Stoffels, *Musiktheater*, S. 134.

⁵¹⁾ Vgl. Anm. 48.

⁵²⁾ Vgl. Anm. 48.

⁵³⁾ Vgl. Anm. 48.

⁵⁴⁾ Vgl. StA Krefeld 4/1043, Bl. 32, Schreiben der Aktiengesellschaft an das Oberbürgermeisteramt vom 10. September 1904.

⁵⁵⁾ Vgl. StA Krefeld 4/1043, Sitzung der Stadtverordnetenversammlung vom 6. Oktober 1904. „Der zum Ankauf des Klemme'schen Besitzthums sowie für die Umbaukosten erforderliche Betrag von insgesamt 245000 Mark soll im Wege der Anleihe beschafft werden; der Betrag von 185000 Mark zum Ankauf des Grundeigentums soll mit 1,5 % und der für den Umbau erforderliche Betrag von 60000 Mark mit 4 % getilgt und die Anleihe mit 3,5 % verzinst werden.“

⁵⁶⁾ Vgl. StA Krefeld 4/1043, Bl. 92, Stadtverordnetenversammlung vom 11. Mai 1906.

⁵⁷⁾ Vgl. StA Krefeld 4/1043, Bl. 95, Aufruf des Oberbürgermeisters vom 13. August 1906.

⁵⁸⁾ Vgl. zum Folgenden *Krefelder Zeitung* vom 19. Juli 1907, Sitzungsprotokoll der Stadtverordnetenversammlung vom 18. Juli 1907.

⁵⁹⁾ Vgl. StA Krefeld 4/1029, Vertrag der Theater-Aktiengesellschaft mit Pester-Prosky für die Spielzeit 1906/07 vom 20. Oktober 1906. Im Gegensatz zu seinen Vorgängern war der Verantwortungsbereich Pesters sehr viel weiter gefaßt. Als Pächter oblag ihm bis auf die Gebäudeinstandhaltung sämtliche Angelegenheiten des Theaters in Eigenverantwortung. Vgl. StA Krefeld 4/1029, Bl. 282, Vertraulicher Bericht des Krefelder Finanzsekretärs Hechler über die Theaterfinanzen vom 14. August 1913.

⁶⁰⁾ Stoffels, S. 136, und Frese, S. 41 — 47.

⁶¹⁾ Pester geriet am Ende seiner Amtszeit aber auch wegen seiner Personalpolitik ins öffentliche Gerede. So mokierte sich ein Kommentator der *Niederrheinischen Volkszeitung* am 21. November 1919, daß der Direktor, da er von Beruf Musiker sei, als künstlerischer Leiter überhaupt nicht in Frage kommen könne, „sondern nur als geschäftlicher. Das hat man in der Stadtverwaltung gewußt und deshalb in der Stadtverordnetenversammlung verlangt, daß ihm ein Dramaturg zur Seite gesetzt werde, zu dem der Direktor selbst, wie wir hören, einen Verwandten von sich selbst auserwählte...“ StA Krefeld, P. 1255, Bl. 21.

⁶²⁾ Diese Art der Theaterführung war auch in anderen Städten üblich. Einen Theaterpächter gab es beispielsweise in Bonn von 1859 bis 1919, in Münster von 1774 bis 1901, in Aachen von 1816/25 bis 1919. Vgl. *Geschichte der Stadt Bonn*, S. 260 f., Jeismann, S. 494 f., und Fritz, *Zur Baugeschichte des Aachener Stadttheaters*, in: ZAG, Bd. 22 (1900), S. 100 f., und Anm. 58.

⁶³⁾ Vgl. StA Krefeld, P. 1255, Bl. 8.

⁶⁴⁾ Vgl. StA Krefeld, 4/1043, Bl. 160, Sitzung der Stadtverordnetenversammlung vom 9. Juli 1909, Punkt 13: Gewährung eines einmaligen und laufenden Beitrages an die Stadttheater-Aktiengesellschaft zur Ergänzung des Dekorations- und Garderoben-Fundus und zur baulichen Unterhaltung der Bühne und des Theaters (Es handelte sich dabei um eine Summe von 38000,- Mark).

⁶⁵⁾ StA Krefeld 4/1043, Bl. 175 — 177, Schreiben von Direktor Pester an Oberbürgermeister Oehler vom 8. Juni 1910.

⁶⁶⁾ Vgl. StA Krefeld 4/1043, Bl. 198 — 200, Schreiben Pesters an Oberbürgermeister Johansen vom 23. Mai 1912.

⁶⁷⁾ Vgl. zum Folgenden Stoffels, S. 147 f.

⁶⁸⁾ *Niederrheinische Volkszeitung* vom 8. Februar 1912. Johansen faßte unter dem Punkt „Schaffung idealer Genüsse“ seine Pläne für Museum, Musikpflege und Theater zusammen.

⁶⁹⁾ Vgl. *Krefelder Zeitung* vom 21. Oktober 1912, Bericht über die Stadtverordnetenversammlung vom 25. Oktober 1912, „Erbauung eines neuen Stadttheaters“.

⁷⁰⁾ Hermann von Beckerath, Seidenfabrikant und Stadtverordneter von 1866 bis 1912, ist nicht zu verwechseln mit dem gleichnamigen Reichsfinanzminister von 1848. Vgl. H. Croon, *Krefelder Bürgertum im Wandel des 19. Jahrhunderts*, in: *Die Heimat*, 29 (1956), S. 26.

⁷¹⁾ Vgl. Stoffels, S. 148, und *Krefelder Zeitung* vom 23. Oktober 1912, „Die beiden letzten Hauptversammlungen der Krefelder Stadttheater-Aktiengesellschaft“.

⁷²⁾ Vgl. zum Folgenden *Niederrheinische Volkszeitung* vom 26. Oktober 1912, Stadtverordnetenverhandlungen, Punkt 8: Erbauung eines neuen Stadttheaters.

⁷³⁾ Aus dem Wettbewerb zum Neubau des Stadttheaters ging der Dresdener Architekt Düfler als Sieger hervor. Vgl. dazu StA Krefeld 4/2453. Auch der Krefelder Architekt Karl Buschhüter, dessen Arbeiten die *Krefelder Zeitung* am 20. Oktober 1912 noch als beispielhaft für einen Theaterbau gelobt hatte, hatte einen Entwurf vorgelegt, der allerdings nicht in die engere Auswahl gekommen war. Wütend schrieb er daraufhin an den Oberbürgermeister: „Ich, der Verfasser des Entwurfs „Die niederrheinische Schauburg“ bin nicht damit einverstanden, daß mein Werk in dem Trödelager auf dem Westwall prostituiert werde. (Hört, hört) Auch die Stadt Krefeld hat nicht das Recht, mit geistigem Eigentum willkürlich zu verfahren. (Heiterkeit) Mein liebes reines Kind den Blicken der frechen Masse und den Dieben preis zu geben. Mein Werk ist im Gegensatz zu allen heutigen Theaterbauten eigen und selbst geschaffen und birgt viele schöpferische geistige und säkliche Werte, die ich nicht in Karikatur wiedersehen möchte. (Stürmische Heiterkeit und Hörft-Hörft-Rufe)“.

⁷⁴⁾ Vgl. Stoffels, S. 149.

⁷⁵⁾ Vgl. StA Krefeld 4/1030. In dieser Akte finden sich zahlreiche Belege dafür, daß die Verwaltung und die Theaterangestellten sich aus patriotischen Motiven zur Fortsetzung ihrer Tätigkeit verpflichtet fühlten. Für die letzteren spielte selbstverständlich auch die Sicherung ihres Lebensunterhaltes eine bedeutende Rolle. Männliche Solisten hatten zudem gute Chancen, vom Kriegsdienst freigestellt zu werden.

⁷⁶⁾ Vgl. StA Krefeld 4/1031, Bl. 64. In der *Niederrheinischen Volkszeitung* vom 4. März 1918, „Eintrittskarten zum Stadttheater“, beschwerte sich der Schreiber eines Leserbriefes darüber, daß Eintrittskarten nur noch durch Beziehungen zu bekommen seien.

⁷⁷⁾ Vgl. StA Krefeld P. 1255, Bl. 21. Aus einem Kommentar der *Niederrheinischen Volkszeitung* vom 21. November 1919 geht hervor, daß die rechtliche Stellung des Theaters zumindest in den Augen der Öffentlichkeit noch immer nicht geklärt zu sein schien. „Noch immer steht die Frage offen: Ist das Krefelder Stadttheater wirklich ein städtisches Theater? Klar ist das jetzige Verhältnis des Stadttheaters eigentlich niemand.“ Angesichts der hohen Kosten habe die Öffentlichkeit jedoch ein Recht darauf, über die genauen Umstände informiert zu werden.

⁷⁸⁾ Vgl. *Krefelder Zeitung* vom 4. Mai 1919, Stadtverordnetenversammlung vom 2. Mai 1919, Theater- und Musikfragen.

⁷⁹⁾ Vgl. Stoffels, S. 150, und *Krefelder Zeitung* vom 26. September 1919.

⁸⁰⁾ Vgl. Stoffels, S. 151.

Zur Uraufführung von Gustav Mahlers 3. Sinfonie in Krefeld anlässlich des Tonkünstlerfestes 1902

von Ingrid Knierbein

Vorbemerkungen: die vorliegende Arbeit konnte nur entstehen dank der über Jahre gewährten gütigen Hilfe von Herrn Ivan David Herstatt in Köln, der die Wüllner-Briefe zur Verfügung stellte, wertvolle Angaben machte über die verwandtschaftlichen Beziehungen und insgesamt sein reiches Wissen als Zeitzeuge einbrachte. Als Enkel von Viktor Schnitzler ist ihm das rheinische Musikleben von Jugend auf bestens vertraut.

1. Rheinisches Mäzenatentum in Köln und Krefeld im Dienst von Kunst und Kultur

Das finanziell abgesicherte Bürgertum im Rheinland, in erster Linie bestehend aus Bankiers- und Fabrikantenfamilien, nahm sich im 19. Jahrhundert in beispielhafter Weise der kulturellen Aufgaben der Zeit an.

Die entstehenden verwandtschaftlichen Beziehungen waren Ausdruck der inneren Verbundenheit der Familien, die in Krefeld, Elberfeld, Köln, Bonn und in der Nähe des Siebenbirges ihre Wohnsitze hatten. So ist das Kölner Bankhaus Herstatt — hervorgegangen aus Seiden- und Florettbandweberei — mehrfach mit der Krefelder Seidenfabrikanten-Familie von der Leyen verwandt¹⁾. Gemälde dieser Familie waren anlässlich der Ausstellung „Kindheit in Köln“ 1989 im Kölnischen Stadtmuseum zu besichtigen.

Die Krefelder Familie von der Leyen hatte auch Kontakt mit der Kölner Familie Schnitzler. Die Beziehungen rheinischer Mäzenaten-Familien untereinander und zu weiteren musikalischen Kreisen erscheinen beachtenswert. Alle musikalischen Freundschaften der Mäzenaten-Familien beider Städte neben den verwandtschaftlichen Beziehungen aufzuzählen, würde hier allerdings zu weit führen. Von besonderer Bedeutung — ausgehend von den Mäzenaten-Familien — sind die Freundschaften zu Johannes Brahms und Max Bruch sowie die Verbindungen zu Richard Strauss und Gustav Mahler. Eintragungen dieser Komponisten sind in mehrfacher Form in Kölner Gästebüchern zu finden und weisen auf das gute Einvernehmen von Mäzenaten-Familien und Künstlern hin. Diese waren jedoch auch gern gesehene Gäste

Krefelder Fabrikanten-Familien, unter anderen der Familien von der Leyen und von Beckerath. Offensichtlich waren die Beziehungen der Mäzenaten zu den Künstlern in beiden Städten ähnlich gelagert.

In der Krefelder „Festschrift zum Jubiläumskonzert des Singvereins am 17. Dez. 1910“ von Th. Müller-Reuter ist der Name „Herr Justizrat Dr. jur. Schnitzler“ als Vorsitzender des Festausschusses genannt. Der „Rechtsanwalt Schnitzler“ wird ab 1899 als Mitglied des Krefelder Singvereins aufgeführt. Gleichzeitig war Justizrat Dr. Viktor Schnitzler in der Nachfolge seines Vaters, des Geheimrates Robert Schnitzler — bekannt mit Rudolf von der Leyen aus Krefeld —, 1. Vorsitzender der Concert-Gesellschaft in Köln und Verfasser der Kölner Satzung der Gesellschaft aus dem Jahre 1930. Die enge musikalische Verbindung beider rheinischer Städte ist darüber hinaus durch weitere Mitgliedsnamen in musikalischen Gesellschaften zu belegen.

An Viktor Schnitzler, dessen Name also auch in Krefeld kein unbekannter war, sind die bisher unveröffentlichten Briefe des Dirigenten und Leiters des Conservatoriums in Köln, Franz Wüllner²⁾, gerichtet. Eine lange Krankheit zwang den Kölner Musiker, sich einer Art



Abb. 2. Viktor Schnitzler

Kur in Braunsfels an der Lahn zu unterziehen. Der räumlichen Trennung zwischen dem 1. Vorsitzenden der Concert-Gesellschaft und

Abb. 1. Eintragung in einem Kölner Gästebuch



dem Dirigenten verdanken wir die Briefe, deren Inhalt sich mit der Programmgestaltung im Jahre 1902 befaßte, ferner aber auch das Conservatorium betraf. Die Briefe befinden sich im Besitz der Nachkommen Viktor Schnitzlers. Zum besseren Verständnis der Situation wurde der Bericht des Kölner Flötisten Emil Wehsener über das Tonkünstlerfest 1902 in Krefeld und ein veröffentlichter Brief Gustav Mahlers an Franz Wüllner — geschrieben im Sommer 1902 — hinzugezogen. Diese Unterlagen tragen dazu bei, die Uraufführung der 3. Sinfonie in Krefeld und die geplante Erstaufführung in Köln näher zu beleuchten.

Die Sicht des in Krefeld verantwortlichen Musikdirektors Theodor Müller-Reuter²⁾ läßt sich den fünf Briefen entnehmen, die er im Zusammenhang mit dem Tonkünstlerfest an Franz Wüllner in Köln schrieb. Diese Briefe sind — wie die Briefe Franz Wüllners an Viktor Schnitzler — bisher unveröffentlicht.

2. Texte zur Uraufführung in Krefeld und der geplanten Aufführung in Köln im November des gleichen Jahres

a) Der Bericht des Kölner Flötisten Emil Wehsener zum Tonkünstlerfest 1902 in Krefeld (aus: „Das Cölnener städtische Orchester, Festschrift, Cöln 1913, Seite 109 — 110“)

„Eine Einladung zur Ausführung des Tonkünstlerfestes in Krefeld erging Anfang des Sommers an das Orchester und wurde mit der Aussicht, unter Direktion von Hofkapellmeister R. Strauß, Mahler, Schillings und vieler hervorragender Komponisten als Festorchester zu spielen, gern angenommen. Das Tonkünstlerfest fand vom 6. bis 10. Juni 1902 statt, bei welchem das Orchester seine Leistungsfähigkeit so recht erweisen konnte. Wie gewöhnlich bei den Tonkünstlerfesten, stand eine reichliche Anzahl von großen Werken und Neuheiten, zum Teil sehr schwieriger Art, auf dem Programm, so daß die Proben trotz langer Dauer doch kaum ausreichten, die Werke ein oder mehrmals durchzuspielen, vielweniger sie alle eingehend zu probieren. Schlagfertigkeit und schnelle Auffassung von seiten des Orchesters war hier erforderlich. Das erste Konzert enthielt „Meergrüße“ von Max Schillings, Klavierkonzert (B-moll) von Felix vom Rath, zwei Gesänge, Sopran mit Orchester, von W. v. Baußnern, „Herr Oluf“ von Hans Pfitzner, Dramatisches Fragment „Rübezahl“, Oper von Hans Sommer, Ouvertüre zu „Der Improvisator“ von Eugen d'Albert. Die Leitung lag fast bei allen Werken in den Händen der Komponisten. Im nächsten Orchesterkonzert folgte unter Leitung des königl. Musikdirektors Müller-Reuter „Christus“ von Fr. Liszt; im darauffolgenden kam die dritte Sinfonie von Gustav Mahler unter Direktion des Komponisten zur Aufführung. Zu dieser Sinfonie hatte sich Mahler nicht weniger als

zwölf Vorproben ausbedungen, jedoch begnügte er sich, nach der ersten Probe in Cöln mit dem städtischen Orchester, mit drei Proben in Cöln und einer Vorprobe und Generalprobe in Krefeld, trotzdem die Sinfonie dem Orchester völlig fremd war. Über die Aufführung im Konzert war Hofoperndirektor Mahler so entzückt, wie der gleichfalls sich beteiligende Hofkapellmeister R. Strauß begeistert seinen Dank für die unvergleichliche Aufführung und hohe Anerkennung für die Leistungen des Orchesters aussprach.

Das letzte Konzert brachte noch „Baldomar singt vor Violante“ von O. Taubmann, fünf Bilder aus dem Märchenspiel „Dornröschen“ von Engelbert Humperdinck, „Hackerberends Begräbnis“ von Müller-Reuter, den „Chor der Toten“ von Fritz Neff, „Concert symphonique“ für Violine von Jacques Dalcroze, „Kunrads Monolog und Liebesszene“ aus „Die Feuersnot“ von R. Strauß und den Kaisermarsch von R. Wagner“).

Nicht allein, daß das Orchester die oft sehr komplizierten Werke zur Zufriedenheit der Komponisten vortrug, die dezenteste Ausführung, wie auch der Glanz und die Bravour wurde bis zum Schluß der Konzerte nicht vermißt, trotzdem die Proben eine enorme Abspannung herbeizuführen in der Lage waren. Besonders ehrte Hofkapellmeister Strauß durch die anerkennendsten Worte das Orchester bei dem solennen Frühstück, welches er ihm gab und an dem auch die meisten Komponisten der aufgeführten Werke teilnahmen. Es blieb nicht aus, daß den einzelnen Kräften im Orchester die verlockendsten Anerbietungen gemacht wurden, aber die unsicheren Pensionsverhältnisse in Wien waren schuld, daß nur der I. Posaunist³⁾ auf die Verlockungen reagierte, wogegen nach Berlin in die königl. Hofoper im nächsten Jahre der I. Trompeter und später auch der III. Hornist engagiert wurden, die sich dort als hervorragende Kräfte an den ersten Stellen bewährten.“

b) Aus vier Briefen Franz Wüllners an Viktor Schnitzler

Der Brief vom 22. Juni 1902 wurde zwölf Tage nach Beendigung des Krefelder Tonkünstlerfestes geschrieben. Franz Wüllner hatte trotz seiner Krankheit sofort auf das Vorgehen Mahlers gegenüber den Kölner Musikern reagiert.

Der Brief bezieht sich im zweiten Teil auf die gehaltliche Stellung der Kölner Bläser, für die sich der Dirigent einsetzen möchte, zumal Gustav Mahler „verführerische Versprechungen“ gemacht hatte. Die Aufführung der Sinfonie von Mahler in Köln scheint bei Wüllner zunächst auf keine unbedingte Begeisterung gestoßen zu sein.

Einen Tag später berichtete Wüllner ausführlicher und bezieht sich auf Aussagen des



Abb. 3. Franz Wüllner

Krefelder Dirigenten Müller-Reuter. Franz Wüllner freundet sich mit dem Gedanken an, die zweistündige Aufführung trotz anfallender Schwierigkeiten durchzuführen.

Vielleicht sollte man die konservative, durch Korrektheit sich auszeichnende Persönlichkeit Wüllners, der ein persönlicher Freund von Johannes Brahms war, in seiner Abneigung gegenüber dem jüngeren, nicht so stark an Konventionen gebundenen Gustav Mahler versuchen zu verstehen.

Max Bruch — gebürtiger Kölner — urteilt als Zeitgefährte: „Mahler (der vernichtenden Unsinn schreibt) geht auf vier Jahre nach Amerika und tanzt dort um das goldene Kalb den „König Dollar“ (K.G. Fellerer: Max Bruch, S. 154).

Diese und weitere abfällige Äußerungen über Mahler und Strauss finden sich in Mengen in den Briefen Max Bruchs, der das Musikleben im Rheinland stark mit beeinflusste.

Franz Wüllner schreibt (1. Brief):

„Wiesbaden 22/6/1902

Lieber Herr Doktor! [Viktor Schnitzler]

... Eine Sache, die Conservatorium und Concertgesellschaft angeht und die mir ganz ungemeyn wichtig ist:

Ich bitte Sie, inliegendem Brief unseres ersten Trompeters Matthes zur Vorlesung zu bringen. Derselbe ist höchst anständig, bestätigt aber, daß Mahler unseren Herren wirklich verführerische Anträge gestellt hat. Herr Matthes hat darin recht, daß die ersten Bläser

bei uns zu niedrig gestellt sind. Sie sind wirklich neben unserem ausgezeichneten Gürzenichquartett die Perle des Orchesters. Leute wie Matthes, Eckert (1. Oboe) Friede (1. Clarinette) sind für unsere Concerte gerade unersetzlich und ihr Fortgang ein viel größerer Verlust für die Concerte als für das Theater, wo es auf Feinheiten nicht in so hohem Maße ankommt.

Bei der Stadt werde ich augenblicklich für die 1. Bläser einen wesentlich höheren Gehaltsatz nicht durchsetzen können, weil der Alterszulagenvertrag für das ganze Orchester, der für die 1. Bläser nur ein Wechsel auf die Zukunft ist, wenn er auch sonst dem Orchester große Vortheile bringt, in der Schwebe ist. Dagegen habe ich Matthes in meiner Antwort versprochen, daß ich hoffe, bei Concertgesellschaft und Conservatorium eine feste Zulage durchsetzen zu können.

Die Concertgesellschaft hat bereits in den letzten zwei Jahren den 1. Bläsern kleine Gratifikationen gegeben; in diesem Jahr an die 6 Bläser je 60 M. (im ganzen 360 M.).

Ich möchte beantragen, den 6 Bläsern eine feste in vierteljährigen Rathen zu zahlende Zulage von je 100 bis 120 M. (im ganzen also 600 bis 720 M.) zu gewähren. Ich wäre sehr bereit, die Mehrausgabe von 300 bis 360 M. an anderer Stelle z. B. bei den Solisten zu sparen. Denn ausgezeichnete Bläser sind für uns und speziell für mich unendlich viel wichtiger als ein einzelner etwas besserer Solist, der vielleicht 300 M. mehr kostet. Wenn das Conservatorium das jetzige Lehrergehalt der Bläser von 560 M. auf etwa 600 M. erhöhte, so hätten wir schon etwas ganz hübsches, auch die Herren Befriedigendes erreicht. Später würde ich schon sorgen, daß die Stadt noch etwas dazu thäte.

Für heute genug und nur noch tausend Grüße Ihnen, Ihrer lieben Frau und unsern Herrn Collegen und nochmals vielen Dank für Ihren freundlichen Besuch

Ihr treulichst ergebener
F. Wüllner

Ich stelle anheim, ob die Herren nach dem taktlosen Vorgehen des „Operndirektors“ Mahler bei Aufführung der Sinfonie des „Componisten“ Mahler bleiben wollen. Oder sollen wir glühende Kohlen auf sein Haupt sammeln? Wenn die Mahler'sche Sinfonie nicht beliebt werden sollte, könnten wir die D-moll Sinfonie von Bruckner als Novität an die Stelle setzen.

Den Brief von Matthes und Ihre freundliche Antwort erbitte ich schon nach Braunfels / Lahn Schloßhotel.

Aus den Brief vom 23. Juni 1902 (2. Brief):

„Wiesbaden 23/6/1902

Lieber Herr Doktor! [Viktor Schnitzler]

Im meinem gestrigen Brief stellte ich anheim, ob eventuell Mahlers Sinfonie wegen seines taktilosen Benehmens unseren Bläsern gegenüber noch abgesagt werden sollte. Auf Grund eines Briefes von Müller-Reuter möchte ich nun doch, daß wir sie womöglich dennoch aufführen und schicke Ihnen eben ein Telegramm deshalb.

Müller-Reuter schreibt:

An der Spitze (der aufgeführten Werke) steht unbedingt Mahler; man wird nach diesem Erfolg nicht mehr an ihm vorüber gehen dürfen. Freilich muß man den Krefelder Erfolg erstmal unter die Lupe nehmen und 3 Faktoren dabei mitsprechen lassen, die sich sobald nicht wieder zusammenfinden.

Ein sehr begeistertes von 3 Festtagen aufgerütteltes Publikum, die mit viel Geschick von anderer Seite Inszenesetzung dieser Aufführung, seine 24stündige Vorbereitungszeit sind diese 3 Dinge, zu denen Mahlers interessante Persönlichkeit selbst tritt. Für Sie wird es von Interesse sein, zu erfahren, daß Butts⁷⁾ die Aufführung vermuthlich der zweiten Sinfonie plant und Mahler dazu einladen will. Die dritte hier gespielte Sinfonie dauert ohne Pause 2 Stunden. Mahler hatte als Bedingung gestellt, daß nichts weiter an dem Abend gemacht wird.

Der erste Satz hat eine Länge von 43 Minuten; er ist der originellste, auch am meisten angefochtene. Nach der Pause würde der 2. bis 6. Satz hintereinander gespielt. Einige äußerliche Schwierigkeiten bietet der 5. Satz mit dem Knabenchor, der leicht verfehlt werden und Zeitarbeit voraussetzen kann. 4 große Glocken — Metallstäbe bis zu 2 m Länge — (an einem Galgen aufgehängt) sind nöthig; M. hatte sie aus Wien verschafft. Neitzels Rezension⁸⁾ über die Sinfonie gehört zu dem Besten, was er in den letzten Jahren kritisch geschrieben hat.

Abb. 4. Gustav Mahler (von einem Plakat)



An eine von Mahler ausgehende „neue Aera“ der Instrumentalmusik glaube ich nicht; die Instrumentation ist fabelhaft klar, anatomisch möchte ich sagen, ohne die Strauß'sche Blutwärme. Ich möchte meinen, verehrter Meister, ohne damit einen Rath aussprechen zu wollen, daß gerade diese dritte Sinfonie für Köln das Erste wäre und in der ersten Hälfte der Saison den richtigen Platz fände; alle hier Mitwirkenden stünden sicher gerne zu Diensten. Daß M. versucht hat, erste Bläser nach Köln [gemeint ist Wien] zu ziehen, weiß ich, da ich theilweise Zeuge der Unterredung war, ich glaube, sie wollten ablehnen. Soweit Müller-Reuter. Demnach scheint mir beinahe unmöglich, die Mahler'sche Sinfonie zu ignorieren. Sie wird auch in Köln keine Schwierigkeiten machen, da unser Orchester sie beinahe auswendig weiß. Für die Streicher, die in Krefeld nicht dabei waren, müßte man ein paar Vorgaben machen. ...

Aber die Sinfonie füllt den Abend; man wird sie nicht ohne Pause, man wird aber auch nichts voraus machen können. Da sie ein abnormes Werk ist, so sollten wir sie in einem Extrakonzerzert — in dem XIII für den Witwen- und Waisenfond — machen. Ein finanzielles Risiko wäre nicht dabei.

Alle übrigen Anträge in meinem gestrigen Brief — namentlich wegen der ersten Bläser — halte ich aufrecht und empfehle sie der Direktion.

Mit herzlichsten Grüßen in Eile

Ihr F. Wüllner⁹⁾

Von Viktor Schnitzler als korrekter, vorzüglicher Dirigent geschildert, hatte Wüllner in die Planung der Gürzenich-Konzerte 1902 ein Konzert Gustav Mahlers einbezogen, wartete jedoch — wie auch der Direktor (der Oper) Hofmann — auf ein Antwortschreiben. Als Freund von Johannes Brahms — der ihn anlässlich eines Treffens in Italien in der Villa des Herzogs Georg dem 1. Vorsitzenden der Concert-Gesellschaft als Nachfolger Hillers in Köln vorgeschlagen hatte — war er keineswegs angetan von dem Verhalten des um Jahre jüngeren Komponisten.

Nach den Briefen Wüllners vom Juni 1902 folgt einen Monat später ein „ungehaltener“ Brief und am 1. August endlich die Nachricht, daß Gustav Mahler einen „netten“ Brief mit Zusage geschrieben habe.

Aus dem Brief vom 23. Juni 1902 (2. Brief):

„Braunfels 27/7/1902

Lieber Herr Doktor! [Viktor Schnitzler]

Schon längst hätte ich Ihnen schreiben wollen, aber ich hoffte immer auf Nachrichten von Mahler, die ich Ihnen mittheilen wollte; — doch bis jetzt vergebens!

Er hat nicht bloß Hofmann ohne Antwort gelassen, sondern auch auf einen eingeschriebenen Brief, den ich ihm vor drei Tagen mit der Bitte um umgehende Antwort geschrieben, bis jetzt nicht geantwortet. Er scheint eben ein hypergenialer und unhöflicher Mensch zu sein. Ganz modern! Für den Fall, daß Mahler am 19/11 nicht könnte oder wollte, hatte ich einige unserer Abonnements-concerte frei gelassen, um ihm noch eine Auswahl von Tagen bieten zu können, d. h. ich hatte für dieselben keine Solisten engagiert. Jetzt aber warte ich nicht mehr, sondern gebe Wolff feste Aufträge. Kann oder will Mahler am 19/11 nicht, so bieten wir ihm unser Abonnementsconcert vom 17/2; will er dann auch nicht, so lassen wir ihn laufen, worüber ich nicht traurig wäre ..."

Aus dem Brief vom 1. August 1902 (4. Brief)

„Braunfels a/Lahn 1/8/02

Lieber Herr Doktor! [Viktor Schnitzler]

Gleichzeitig mit Ihrem lieben Brief, für den ich auf's herzlichste danke, kam ein sehr netter Brief Mahlers, in welchem er für den Buß- und Bettag (19/11) zusagt ..."

c) Brief Gustav Mahlers an Franz Wüllner (Sommer 1902)
(aus: „Gustav Mahler, Briefe“, Neuausgabe Herta Blaukopf)

„Maiernigg am Wörthersee
[ohne Datum, Sommer 1902]

Hochverehrter Herr und Meister!

Ich habe Herrn Direktor Hofmann bereits geschrieben, daß ich Ihrer Einladung mit Vergnügen Folge leisten werde. Zeit und Anzahl der Proben sind mir, wie Sie angegeben, ganz recht. Ich erlaube mir jedoch darauf aufmerksam (zu machen), daß von Krefeld außer Streichern auch noch eine Anzahl Bläser und Schlag(werk) mitgewirkt hat. — Es ist ferner noch ein Flügelhorn in einem Satze beschäftigt. Derselbe war aus Köln zugezogen worden, hat seine Sache aber sehr schlecht gemacht. — Ich glaube, daß beim Militär leicht ein tüchtiger Künstler auf diesem Instrument zu finden sein wird. — Schließlich erlaube ich mir, noch daran zu erinnern, daß ein Frauenchor und Knabenchor in einer Nummer (5.) beschäftigt sind. — Ich weiß mich in den besten Händen, wenn ich Sie bitte, sich auch freundlichst dieser Partie anzunehmen. Die Intonation bei den Frauenpartien ist nicht ohne Klippen (hauptsächlich in einigen a capella Takten). Und besonders schwer ist der Eintritt der Knabenstimmen, da diese ganz ohne Anhaltspunkt die Nummer zu eröffnen haben. — Ich hatte bei dieser Stelle in Crefeld zu zittern.

Erlauben Sie mir, Ihnen zum Schluß noch zu sagen, wie sehr ich mich freue, endlich einmal Ihre persönliche Bekanntschaft machen zu können, was mir durch eine seltsame Verkettung von Umständen bis jetzt noch nicht beschieden war.

Mit dem Ausdrucke meiner Verehrung bin ich, hochgeehrter Herr Doktor

Ihr ganz ergebener
Mahler

Eines muß ich aufrichtig sagen: Ich fühle mich nicht ganz wohl dabei, meine Sinfonie der Akustik eines Theaters, noch dazu einer welche offenbar noch nicht erprobt ist, auszusetzen. Viel sympathischer wäre mir der Gedanke gewesen, wenn Sie, verehrter Meister, mein Werk auf eines der gewöhnlichen Gürzenich-Programme gesetzt hätten. Jedoch — ich werde mich allem fügen, was Sie beschließen."

d) Briefe Theodor Müller-Reuters an Franz Wüllner
(aus der Staatsbibliothek zu Berlin — Preussischer Kulturbesitz — Musikabteilung)

1. Brief

„TONKÜNSTLER-
VERSAMMLUNG
1902. CREFELD

CREFELD, DEN 2.3.02

Verehrter Meister,

Sie wissen, daß Anfang Juni hier die Tonkünstler-Versammlung stattfinden soll. Wir haben die Absicht einen geschlossenen, einheitlichen Orchesterkörper dafür zu engagieren, um den Nachteilen eines Zusammengeführten zu entgehen.

Nun frage ich heute bei Ihnen an, ob die Möglichkeit besteht, Ihr Kölner Orchester dafür zu gewinnen und ich füge die Bitte an, Sie möchten uns und mich in dieser Angelegenheit freundlich unterstützen. Ursprünglich war der 6. — 10. Juni in Aussicht genommen, aber es wird wohl 8 Tage früher stattfinden müssen, da in den genannten Tagen der Kaiser hier erwartet wird. Mit den nötigen Proben wird auf einen 6 tägigen Aufenthalt hier gerechnet werden müssen.

Von Ihrem Votum hängt sicherlich die Realisierung unseres Wunsches ab u. darf ich wohl hoffen, daß Sie uns u. dem Musikverein Ihre Unterstützung nicht versagen werden.

Die Finanzfrage wird sich regeln lassen. Gern komme ich zu näherer Besprechung hinüber, wenn Sie mir vorher ein kurzes Wort mitteilen wollten.

Stets in großer Verehrung u. Dankbarkeit

Ihr bestens grüßender
Th. Müller-Reuter"

2. Brief

„TONKÜNSTLER-
VERSAMMLUNG
1902 CREFELD

CREFELD, DEN 9. März 1902

Verehrter Herr Professor.

Nun war Herr Fürli, dank Ihrer bereits getätigten Unterstützung, schon bei mir und sind wir im klaren.

Ich habe mit ihm vereinbart M. 120 für die ersten, M. 110 für die zweiten Stimmen von Freitag, d. 6. — Dienstag, d. 10. Juni. Wenn aber der Doñerstag der 5. in Bonn freizumachen ist, so daß das Orchester bereits an diesem Tage hier sein kann, so sollen noch 15 M. pro Mann gezahlt werden.



Abb. 5. Theodor Müller-Reuter

An das Oberbürgermeister-Amt schreib ich soeben und bitte nun Sie, unseren Antrag zu unterstützen und für uns günstige Entschädigungsbedingungen zu erwirken.

Habe ich recht verstanden, so würden nur 3 Konzerte im Volksgarten ausfallen und das könnte ja den Betrag für uns wesentlich ermäßigen. Es handelt sich ja auch bei der Tonkünstler-Versammlung um etwas ganz anderes, als wie um ein Geschäft und bitte ich Sie, diesen Standpunkt wenn möglich mit zur Geltung zu bringen.

Stets für Ihre gütigen Bemühungen dankbar
begrüßt Sie herzlich
Ihr
ergebener
Th. Müller-Reuter*

3. Brief

„ALLGEMEINER
DEUTSCHER MUSIKVEREIN
GEGRÜNDET IM Jahre 1859
ooooooooUNTER DEM PROTEKTORAToooooooo
SR. KGL. Hoheit des Grossherzogs von Sach-
sen

Krefeld
8. 4. 02

Verehrter Meister u. Herr Kollege.

Von einer 14 tägigen aus Gesundheitsrück-
sichten nötigen Reise heute zurückkehrend
muß ich schleunigst Ihnen danken für die
freundschaftliche Unterstützung, die Sie dem
Allgem. Musikverein u. mir erwiesen haben.

Meine Reise u. schriftliche Verhandlungen mit
dem Ausschuß verzögerten diesen Dank u.
auch die Antwort an das Oberbürgermeister-
amt, die gleichzeitig abgeht. In dem Schreiben
des Oberbürgermeistersamtes wird für die Tage
vom 6.—11. Juni die Entschädigung von
1800 M. gefordert u. ich darf wohl Ihre freund-
liche Fürsprache als Grund vermuten, daß die
Summe nicht höher ist.

Dann schreibt das Amt 'wenn die Stadt das
Orchester einem Konzertunternehmer als
Korporation überläßt, sie beanspruchen müß-
te, daß der Dirigent des Orchesters, also der
Städt. Kapellmeister die Direktion zu führen
hätte'.

Sie wissen ja, daß den Mitgliedern des all-
gemeinen deutschen Musikvereins das Recht
zusteht — satzungsgemäß — ihre Werke
selbst zu leiten u. davon werden die aller-
meisten Gebrauch machen. Nun ist andererseits
das städt. Orchester in Köln wohl der Grund-
stock unseres Festorchesters, aber doch nur
dessen größere Hälfte. Bitte sagen Sie mir, wie
Sie selbst zu dieser Angelegenheit stehen und
ob Sie die Freundlichkeit haben werden
Rücksicht zu üben? Und mit einem zweiten
muß ich Sie noch belästigen.

Es ist fast unmöglich durchzuführen, erst am
Freitag d. 6. Juni die Probe mit dem Gesamt-
orchester und Chor zu beginnen. Mit Ausnahme
von Christus und Hackelberend lauter unbe-
kannte Werke. Auch können diese nicht nur
mit einer einzigen vollwertigen Probe ge-
macht werden. Also müssen wir sehen, daß
Doñerstag d. 5. Juni schon als Probentag
angesetzt wird. Werden Sie etwas dagegen
haben, wenn ich versuche, mit Bonn zu ver-
handeln? Mit Strauss habe ich neulich alle
Möglichkeiten erwogen u. doch keine gefun-

den, die diesen Probentag entbehrlich macht.
Seien Sie so freundlich, uns hierin mit Rath an
die Hand zugehen, damit wir diesen Tag noch
bekommen können.

Einliegendes Schreiben an Ihren Herrn Sohn
bitte ich mit dessen Adresse zu versehen.

Wie immer mit sehr herzlichem Dank
Ihr
ergebener
Th. Müller-Reuter*

Telegramm vom 9. Juni
Ohne Datumsangabe, wahrscheinlich noch
am Tage der Aufführung (9. Juni 1902) abge-
sandt, ist im Archiv des Kölner Gürzenich-
Orchesters folgendes Telegramm erhalten
geblieben:

„Dem hochverehrten Altmeister, dem Leiter
und Schöpfer des herrlichen Kölner Orche-
sters, das im Verein mit den trefflichen Crefel-
der Brüdern heute Abend der Mahler'schen
Sinfonie durch eine wundervolle Prachtlei-
stung zu einem vollen Siege verholten, sen-
den versammelt im Kreise der braven Musiker
begeisterte Huldigung und wärmste Grüße

Gustav Mahler Theodor Müller-Reuter
Richard Strauss

4. Brief

„TONKÜNSTLER-
VERSAMMLUNG
1902, CREFELD

CREFELD; DEN 12. 6. 02

Hochverehrter Meister.

Unser Fest ist zu Ende.
Nach dem Urteil aller Freunde u. hiesiger
Teilnehmer war es herrlich, glänzend u. in
manchen Dingen epochemachend.

Es ist mir ein Herzensbedürfnis Ihnen zu
sagen, daß die durch Sie so überaus liebens-
würdig vermittelte Mitwirkung des Städt. Köl-
ner Orchesters sehr wesentlich zu diesem
Erfolge beigetragen hat.

Die Orchesterleistungen waren ganz hervor-
ragend, in einigen Werken völlig schlacken-
los, z. B. in Christus, Mahler-Sinfonie, Hackel-
berend u. Feuersnot, womit ich Ihnen auch
zugleich die Höhepunkte des Festes genannt
habe.

Fr. Meyer, die so freundlich in letzter Stunde
einsprang, spielte das vom Rath'sche Konzert
wunderschön u. ich habe, nach Unterhaltun-
gen mit vielen Kollegen, die sichere Überzeu-
gung, daß das für Sie eine große Bedeutung
für die Zukunft hat.

Mahler hatte mit seiner 3. Sinfonie einen
ungeahnt großen Erfolg u. war gerührt wie ein

Kind. Christus ging prachtvoll, die Holzbläser
waren von einer Zartheit in Tongebung u.
Empfindung, wie ich es selten gehört habe.

Hackelberend werde ich so niemals wieder
hören. Die Rezitation wurde von einem be-
sonderen Männerchor (100 Sänger), der ge-
sondert aufgestellt war, gesungen, wodurch
denn dem gemischten Chor alle Kraft u.
Frische für seine Aufgaben aufgespart blieb.
Das Bruchstück aus Feuersnot ging trotz nur
einer Probe ausgezeichnet.

Wir alle stehen unter dem Eindruck einer
selten schön gelungenen Tonkünstler-Ver-
sammlung¹³⁾.

Ihnen verehrter Meister, spreche ich nicht nur
wärmsten Dank, sondern auch die Hoffnung
aus, daß Sie bei bestem Wohlbefinden bald
wieder in Köln eintreffen möchten.

Ich werde nicht verfehlen, Ihnen mündlich
noch Vieles zu sagen, was sich schriftlich
schwer aussprechen läßt.

Immer mit Verehrung, Hochachtung und Liebe
Ihnen ergeben
Ihr dankbarer
Th. Müller-Reuter*

5. Brief:

(Teile dieses Briefes sind bereits in dem
Schreiben Wüllners an Schnitzler vom 23.
Juni 1902 wiedergegeben; siehe dort!)

„Theodor Müller-Reuter

Krefeld, 22. 6. 02
Ost-Wall 172

Verehrter Meister, lieber Herr Kollege.

Diesmal muß ich um Entschuldigung bitten,
daß meine Antwort so spät kommt, aber die
Anwesenheit des Kaisers brachte auch mir
einige Abhaltung und dann mußte ich meinen
viele Wochen gänzlich ruhenden Privatunter-
richt wieder aufnehmen.

Gern teile ich Ihnen meine offene Ansicht über
die verschiedenen Werke u. den Eindruck mit.
An der Spitze steht unbedingt Mahler. Daß M.
versucht hat, erste Bläser von Köln nach Wien
zu ziehen, weiß ich, da ich teilweise Zeuge der
Unterredung war; ich glaube, sie haben abge-
lehnt, mit H. Matthes habe ich selbst darüber
gesprochen. Der Chor der Todten von Neff ist
kein reifes, aber ein außerordentlich wirk-
ungsvolles Stück. Der Chorsatz ist noch
etwas beengt, unfrei, die Tonsprache hier und
dort abhängig von größeren Mustern, trotz-
dem aber das ganze Stück durchaus empfeh-
lenswert u. leicht einzuüben. Der Schluß wird
stets große Wirkung machen. Von Strauss'
Feuersnot wurden hier zwei andere Stücke
gemacht als in Düsseldorf. Hier nämlich der
Monolog Kunrads mit anschließendem Or-
chesterstück: Liebesszene. (in Düsseldorf
Liebesduett).

Nachtberends Begräbnis.

Orchester:

10 Viol. I	} 39 Instrumente
10 Viol. II	
7 Violen	
6 Cellos	
6 Bass	
3 Fagott	
2 Oboen	} 11 Holz
1 Englisch Horn	
2 Klarinetten	
1 Bass Klarinetten	
2 Fagott	} 12 Blech
5 Hörner	
3 Trompeten	
3 Posaunen	
1 Tuba	
1 Pauke, Glocken, Triangel	} 2 Harfen
2 Harfen	
65 Stimmen	

Nach der Aufführung zu senden:
A. Seydl: Thomas.
Frankfurt/Main.

Krausche Mäuschen v. P. Pfitzner.

Freigang des Spiels
in Nachtberends Begräbnis v. P. Pfitzner.
Auf ja 8 ja v. Pfitzner, die Pfitzner nicht
mit 4 oder 5 nicht in ungeschickter Weise.
Die Pfitzner ist in 6. ja nicht viel besser als
ein Pfitzner.

In Vertreibungen Pfitzner ist eine sehr gute Sache.

1) Teil 12 des Pfitzners:

von 3 Takte auf 116 bis 117 Vertreibung
abzuhören.

Teil 13 des Pfitzners:

von 117 bis 118 Vertreibung ab 1. 3. 4. 5. 6. 7. 8. 9. 10. 11. 12. 13. 14. 15. 16. 17. 18. 19. 20. 21. 22. 23. 24. 25. 26. 27. 28. 29. 30. 31. 32. 33. 34. 35. 36. 37. 38. 39. 40. 41. 42. 43. 44. 45. 46. 47. 48. 49. 50. 51. 52. 53. 54. 55. 56. 57. 58. 59. 60. 61. 62. 63. 64. 65. 66. 67. 68. 69. 70. 71. 72. 73. 74. 75. 76. 77. 78. 79. 80. 81. 82. 83. 84. 85. 86. 87. 88. 89. 90. 91. 92. 93. 94. 95. 96. 97. 98. 99. 100. 101. 102. 103. 104. 105. 106. 107. 108. 109. 110. 111. 112. 113. 114. 115. 116. 117. 118. 119. 120. 121. 122. 123. 124. 125. 126. 127. 128. 129. 130. 131. 132. 133. 134. 135. 136. 137. 138. 139. 140. 141. 142. 143. 144. 145. 146. 147. 148. 149. 150. 151. 152. 153. 154. 155. 156. 157. 158. 159. 160. 161. 162. 163. 164. 165. 166. 167. 168. 169. 170. 171. 172. 173. 174. 175. 176. 177. 178. 179. 180. 181. 182. 183. 184. 185. 186. 187. 188. 189. 190. 191. 192. 193. 194. 195. 196. 197. 198. 199. 200. 201. 202. 203. 204. 205. 206. 207. 208. 209. 210. 211. 212. 213. 214. 215. 216. 217. 218. 219. 220. 221. 222. 223. 224. 225. 226. 227. 228. 229. 230. 231. 232. 233. 234. 235. 236. 237. 238. 239. 240. 241. 242. 243. 244. 245. 246. 247. 248. 249. 250. 251. 252. 253. 254. 255. 256. 257. 258. 259. 260. 261. 262. 263. 264. 265. 266. 267. 268. 269. 270. 271. 272. 273. 274. 275. 276. 277. 278. 279. 280. 281. 282. 283. 284. 285. 286. 287. 288. 289. 290. 291. 292. 293. 294. 295. 296. 297. 298. 299. 300. 301. 302. 303. 304. 305. 306. 307. 308. 309. 310. 311. 312. 313. 314. 315. 316. 317. 318. 319. 320. 321. 322. 323. 324. 325. 326. 327. 328. 329. 330. 331. 332. 333. 334. 335. 336. 337. 338. 339. 340. 341. 342. 343. 344. 345. 346. 347. 348. 349. 350. 351. 352. 353. 354. 355. 356. 357. 358. 359. 360. 361. 362. 363. 364. 365. 366. 367. 368. 369. 370. 371. 372. 373. 374. 375. 376. 377. 378. 379. 380. 381. 382. 383. 384. 385. 386. 387. 388. 389. 390. 391. 392. 393. 394. 395. 396. 397. 398. 399. 400. 401. 402. 403. 404. 405. 406. 407. 408. 409. 410. 411. 412. 413. 414. 415. 416. 417. 418. 419. 420. 421. 422. 423. 424. 425. 426. 427. 428. 429. 430. 431. 432. 433. 434. 435. 436. 437. 438. 439. 440. 441. 442. 443. 444. 445. 446. 447. 448. 449. 450. 451. 452. 453. 454. 455. 456. 457. 458. 459. 460. 461. 462. 463. 464. 465. 466. 467. 468. 469. 470. 471. 472. 473. 474. 475. 476. 477. 478. 479. 480. 481. 482. 483. 484. 485. 486. 487. 488. 489. 490. 491. 492. 493. 494. 495. 496. 497. 498. 499. 500. 501. 502. 503. 504. 505. 506. 507. 508. 509. 510. 511. 512. 513. 514. 515. 516. 517. 518. 519. 520. 521. 522. 523. 524. 525. 526. 527. 528. 529. 530. 531. 532. 533. 534. 535. 536. 537. 538. 539. 540. 541. 542. 543. 544. 545. 546. 547. 548. 549. 550. 551. 552. 553. 554. 555. 556. 557. 558. 559. 560. 561. 562. 563. 564. 565. 566. 567. 568. 569. 570. 571. 572. 573. 574. 575. 576. 577. 578. 579. 580. 581. 582. 583. 584. 585. 586. 587. 588. 589. 590. 591. 592. 593. 594. 595. 596. 597. 598. 599. 600. 601. 602. 603. 604. 605. 606. 607. 608. 609. 610. 611. 612. 613. 614. 615. 616. 617. 618. 619. 620. 621. 622. 623. 624. 625. 626. 627. 628. 629. 630. 631. 632. 633. 634. 635. 636. 637. 638. 639. 640. 641. 642. 643. 644. 645. 646. 647. 648. 649. 650. 651. 652. 653. 654. 655. 656. 657. 658. 659. 660. 661. 662. 663. 664. 665. 666. 667. 668. 669. 670. 671. 672. 673. 674. 675. 676. 677. 678. 679. 680. 681. 682. 683. 684. 685. 686. 687. 688. 689. 690. 691. 692. 693. 694. 695. 696. 697. 698. 699. 700. 701. 702. 703. 704. 705. 706. 707. 708. 709. 710. 711. 712. 713. 714. 715. 716. 717. 718. 719. 720. 721. 722. 723. 724. 725. 726. 727. 728. 729. 730. 731. 732. 733. 734. 735. 736. 737. 738. 739. 740. 741. 742. 743. 744. 745. 746. 747. 748. 749. 750. 751. 752. 753. 754. 755. 756. 757. 758. 759. 760. 761. 762. 763. 764. 765. 766. 767. 768. 769. 770. 771. 772. 773. 774. 775. 776. 777. 778. 779. 780. 781. 782. 783. 784. 785. 786. 787. 788. 789. 790. 791. 792. 793. 794. 795. 796. 797. 798. 799. 800. 801. 802. 803. 804. 805. 806. 807. 808. 809. 810. 811. 812. 813. 814. 815. 816. 817. 818. 819. 820. 821. 822. 823. 824. 825. 826. 827. 828. 829. 830. 831. 832. 833. 834. 835. 836. 837. 838. 839. 840. 841. 842. 843. 844. 845. 846. 847. 848. 849. 850. 851. 852. 853. 854. 855. 856. 857. 858. 859. 860. 861. 862. 863. 864. 865. 866. 867. 868. 869. 870. 871. 872. 873. 874. 875. 876. 877. 878. 879. 880. 881. 882. 883. 884. 885. 886. 887. 888. 889. 890. 891. 892. 893. 894. 895. 896. 897. 898. 899. 900. 901. 902. 903. 904. 905. 906. 907. 908. 909. 910. 911. 912. 913. 914. 915. 916. 917. 918. 919. 920. 921. 922. 923. 924. 925. 926. 927. 928. 929. 930. 931. 932. 933. 934. 935. 936. 937. 938. 939. 940. 941. 942. 943. 944. 945. 946. 947. 948. 949. 950. 951. 952. 953. 954. 955. 956. 957. 958. 959. 960. 961. 962. 963. 964. 965. 966. 967. 968. 969. 970. 971. 972. 973. 974. 975. 976. 977. 978. 979. 980. 981. 982. 983. 984. 985. 986. 987. 988. 989. 990. 991. 992. 993. 994. 995. 996. 997. 998. 999. 1000.

Abb. 6. Aus einem Brief von Theodor Müller-Reuter an Franz Wüllner

Gausche sang es ausgezeichnet, ebenso wie er Pfitzner's Ballade tadellos durchführte. Beide Stücke passen mit denselben Solisten in ein Konzert und mit Überzeugung empfehle ich Ihnen Gausche dafür. Pfitzner-Fragment dauert etwa 25 Minuten, Pfitzner Ballade 15 Min.; letztere ist Manuskript.

D'Alberts Improvisator ist leicht, munter u. wirkungsvoll als Schlußstück; wir hatten kaum Zeit, daran vortrefflich zu üben; da es doch an derlei Stücken fehlt, ist man dankbar für dergleichen. Allerdings despeschierte d'Albert die Aufführungserlaubnis ab, weil wir die Ouvertüre an den Schluß gestellt hatten, trotzdem ließ ich mich nicht beirren u. habe sie doch gespielt.

Für die Aufführung der Humperdinck'schen Dornröschen-Bilder ist ein zwingender, musikalischer Grund nicht vorhanden.

Sie klingen allerliebste, bieten keinerlei Rätsel, stehen aber nicht auf der Höhe besonders was Empfindungen anbelangt; Nr. 5 erinnert ganz bedenklich an den Königsmarsch aus den Propheten, das Intermezzo „Irrfahrten“ ist ein lebenswürdiger wohlbekannter Mendelssohn, Waldwanderung von Blech u. Pan von

Bischoff könnten für Sie nur in Frage kommen, wenn es gar nichts anderes mehr gibt.

Daß Pfitzner's Oluf größten Erfolg hatte, werden Sie gelesen haben; trotzdem der junge Komponist durch unglaublich arrogante Briefe etc. den ganzen geschäftsführenden Ausschuß u. schließlich auch noch mich kräftig beleidigte, empfehle ich es Ihnen dennoch.

Vor Taubmann warne ich; es war qualvoll seine Musik zu lesen, zu hören u. ihn dirigieren zu sehen; trotzdem ich auf dem Podium vor ihm saß, um bei den Choreinsätzen zu helfen, ist es mir nicht ein einzigesmal gelungen aus seinem Takte klar zu werden.

Der Tenorist Schirmer war mäßig, sehr zu empfehlen aber Fr. Berard aus Bremen. Die Baussner'schen Gesänge sind einer Aufführung werth. Schließlich wird auch Dalcrozes Violin-Konzert mit Marteau — der ganz hervorragend spielte — warm zu empfehlen sein!

An die Somer'schen und Seyffardt'schen Bruchstücke¹⁾ läßt sich nicht viel von Lob oder Tadel anknüpfen.

Dies alles vertraulich, nicht wahr. Und nun noch etwas Persönliches: Möchten Sie nicht meine bei Kistner erschienene

Orchester-Bearbeitung der Brahms'schen 4händigen Klaviervariationen op. 23 über ein Thema von Schumann mit in ihr Programm aufnehmen? Sie dauern etwa 20 Minuten u. klangen hier sehr schön.

Und eine andere Frage, die ich schon seit Jahren an Sie richten will. Haben Sie am Kölner Konservatorium nicht ein Kontrapunkt- oder Kompositionslehrfach frei, das ich von hier aus mit übernehmen könnte? Ich glaube einiges Geschick darin zu besitzen, auch viele Erfahrungen durch meine langjährige Lehrtätigkeit in Straßburg, damit liege ich hier völlig brach. Freilich nicht eine Elementarstufe, sondern etwas Besseres, künstlerisch Befriedigenderes. Es ist eine Anfrage, die Sie mir nicht übel nehmen wollen. Sonst, lieber Herr Professor, stets mit Dankbarkeit und Herrnügen zu den Diensten, beste Wünsche für Ihre Gesundheit, damit wir Sie im Herbst wieder frisch und thatkräftig wirken sehen können. Sehr herzlichen Gruß, auch von meiner Frau, an Sie u. Ihre Gemahlin

Ihr ergebener

Th. Müller-Reuter

Die hier vorgelegten Briefe erhallen auf eindrucksvolle Weise die damalige Bedeutung

Krefelds für das deutsche Musikleben. Sie zeigen auch, wie eng die Beziehungen zwischen Krefeld und Köln auf diesem Gebiet waren.

Schon der in Uerdingen geborene, 1867 nach Krefeld gekommene Musikdirektor August Grüters war allen Neuerscheinungen, vor al-

lem den Chorkompositionen, gegenüber sehr zugänglich. Als er 1893 Krefeld verließ und nach Frankfurt ging, wurde Theodor Müller-Reuter sein Nachfolger. Er war wie sein Vorgänger neuerer Musik gegenüber aufgeschlossen.

Nach Mainz (1898), Dortmund (1899), Bremen

(1890) und Heidelberg (1901) bewarb sich Krefelds Konzertgesellschaft nun darum, die musikalische Welt mit neuen Werken in Krefeld vorzustellen.

Auf diese Weise kam es dazu, daß das Tonkünstlerfest 1902 in Krefeld intensiv vorbereitet und festlich gefeiert wurde.

Abb. 7. Blick in die Krefelder Stadthalle; es handelt sich wohl um die Aufführung von „Hackelberends Begräbnis“ am 10. Juni 1902; Komponist und Dirigent: Theodor Müller-Reuter



Anmerkungen

¹⁾ Die mehrfache verwandtschaftliche Verbindung der Fabrikanten- und Bankierfamilie Herstatt (Köln) mit der Fabrikantenfamilie von der Leyen (Krefeld) aus: Die Familie Herstatt (Privatdruck) Köln-Zollstock (Steinmetz-Verlag).

1. (S. 42): Isabella Herstatt, geboren 1736, gestorben 30. April 1766; vermählt am 21. Januar 1762 mit Friedrich von der Leyen (Kaufmann in Krefeld) (vgl. S. 55)

2. Johann David Herstatt, geboren 1740, gestorben 1809; gründete 1782 das Bankhaus Herstatt; vermählt 1764 mit Adelaide von der Leyen, Tochter von Peter von der Leyen und Maria van Aaken zu Krefeld

3. Johann Jakob Herstatt; geboren 1743, gestorben 1811 (evangelisch); Bankier in Gebt. Herstatt; vermählt 1766 mit Margarethe von der Leyen (menonitisch); geboren 1735 in Krefeld; Tochter von Peter von der Leyen und Maria van Aaken

4. Friedrich Peter Herstatt; geboren 1775, gestorben 1851; Bankherr; vermählt 1801 mit Friederike von der Leyen; geboren 1775 in Krefeld; gestorben 1821; Tochter von Johann von der Leyen und Katharina Goyen

5. 100. „Diese Familie [von der Leyen] stammt ursprünglich aus Radevormwald, war aber seit 1688 in Krefeld, dort bald im Wirtschaften führend und blüht — 1786 geadelt und 1816 baronisiert heute als Freiherren von der Leyen-Blomensheim.

Die Verbindung mit dem Kölner Hause Herstatt mag über den textilen Großhandel und Fabrikation (Seidenband), in dem beide Familien sich um die Zeit ihres Zusammenstehens betätigten, zustande gekommen sein.“

Zu den Familien Herstatt und Schnitzler (Köln):

Ivan David Herstatt, Bankier zu Köln, geboren am 16. Dezember 1913 (lebt in Köln); Sohn von Johann David, genannt Ivan Herstatt; Dr. jur. et rer. pol., Versicherungsdirektor zu Köln, geboren am 27. März 1887 in Köln, gestorben am 4. November 1955 in Köln; vermählt mit Clara Maria Emmi Hortense Schnitzler, geboren am 18. August 1893 in Köln; gestorben 1980

Clara Herstatt, geb. Schnitzler, war die Tochter von Viktor Schnitzler; Dr. jur. Dr. phil. h. c.; Justizrat zu Köln; geboren am 19. Juli 1862 in Nachrodt in Westfalen, gestorben am 26. Juli 1934 in Mehlern am Rhein (heute Bonn); vermählt mit Ludowika Klementine von Borell du Vernay, genannt Andrae; geboren am 28. Dezember 1865 Braunsberg/Ostpreußen, gestorben am 14. Februar 1935 in Mehlern am Rhein

Der Vater Viktor Schnitzlers war Robert Schnitzler, Geheimer Regierungsrat; geboren am 21. Februar 1825 in Köln, gestorben am 27. September 1897 in Köln; vermählt mit Klara Schmidt am 15. Oktober 1851, geboren am 1. Mai 1830 in Nachrodt, gestorben am 11. Februar 1907 in Köln

²⁾ Wülner, Franz; geboren am 28. Januar 1832 in Münster in Westfalen, gestorben am 2. September 1902 in Braunfels an der Lahn

Er war Schüler des Beethoven-Biographen A. Schindler. 1853 lernte er in der Mehlener Aue im Hause des Kölner Bankiers Wilhelm Ludwig Deichmann und seiner Gattin Lilla geb. Schaaffhausen den um ein Jahr jüngeren J. Joachim. 1857 heiratete er A. Ludorf aus Münster, und im nächsten Jahr wurde ihm der Sohn Ludwig geboren, der als Sänger und Rezitator große Erfolge hatte und häufig in rheinischen Städten auftrat. Wülner war ein tüchtiger, von Brahms geschätzter Komponist der konservativen Richtung. 1884 wurde er — da J. Brahms dieses Amt für Köln abgelehnt hatte — als Nachfolger Hillers nach Köln als Städtischer Kapellmeister, Direktor des Konservatoriums und Leiter der Gürzenich-Konzerte berufen.

Viktor Schnitzler berichtet in seinen Erinnerungen (S. 43): „War Wülner im Konservatorium als Direktor der Anstalt in uneingeschränktem Sinne geradezu vorbildlich, so war er auch als Dirigent des Orchesters der richtige Mann an seinem Platz. Noch höre ich deutlich die Erzählungen meines Vaters (Robert Schnitzler) von einer der ersten Sitzungen der Direktion der Concert-Gesellschaft, in wel-

cher Wülner erklärt hatte, ein gutes Orchester müsse derartig diszipliniert sein, daß die Streicher alle eine gleiche Bogenführung hätten ... eine Bemerkung, die heute sonderbar anmutet.“

³⁾ Müller-Reuter, Theodor; geboren am 1. September 1858 in Dresden, gestorben am 11. August 1919 in der Nähe von Leipzig, studierte Klavier, Gesang, Komposition, unter anderem bei Clara Schumann; besuchte das Dr. Hochsches Konservatorium in Frankfurt; 1880 Lehrer für Klavierspiel und Theorie am Konservatorium in Straßburg; gründete dort den Straßburger Orchesterverein; 1887 — 1893 in Dresden, unter anderem als Leiter der Dreysigischen Singakademie; 1893 — 1918 Musikdirektor in Krefeld, wo er die Konzertgesellschaft, den Singverein, die Liedertafel (bis 1899) und den Lehrergesangsverein leitete; ab 1902 leitete er sich mit Carl Pieper in die Leitung des Konservatoriums; er komponierte Opern, Klavierstücke, Lieder, Chorwerke und verfaßte theoretische Schriften. Zu Theodor Müller-Reuter und dem Tonkünstlerfest siehe auch: Günter Schärer: Vor 80 Jahren: Die Uraufführung von Gustav Mahlers Dritter Symphonie anlässlich der Tonkünstlerversammlung in Krefeld 1902, in: „Die Heimat“, Jg. 53, Krefeld 1982, S. 127.

⁴⁾ Auch Max Reger, damals noch nicht im Vordergrund stehend, war mit Kammermusikwerken vertreten. Bei der Tonkünstler-Versammlung in Krefeld sang Joseph Loritz in der Lieder-Matinee vom 8. Juni in der Königsburg Regers Lieder „Waldseligkeit“, op. 62/2, und „Der Narr“, op. 55/5 (ohne Mitwirkung des Komponisten).

⁵⁾ Der Kölner Posaunist war Franz Dreyer, der in dem Buch „Gürzenich Orchester Köln“ von Irmgard Scharberth auf S. 53 in einem Bericht Wesentliches zur Uraufführung der Mahler-Sinfonie aussagt:

... Es kommen ein paar Einleitungstöne, dann ein kolossaler Posaunenton, den blies ich so stark ich nur konnte. Ich habe richtig hineingeblöht und nach kurzer Pause rief Mahler: „Bravo, Posaune, bravo Posaune, so hab' ich mir das gedacht! Ausgezeichnet!“ ...

Nach den Vorproben in Köln fuhren wir nach Krefeld. Mahler hatte dort einen kolossalen Erfolg ... als das Musikfest dann zu Ende war, kam ein Kollege zu mir und sagte: „Sie, der Herr Mahler erwartet Sie unten mit Herrn Rosé und Bruno Walter. Die möchten Sie sprechen, Sie sollen mit nach Wien.“ ...

Nun, ich war 27 Jahre alt, ich habe den Vertrag unterschrieben und bin nach Wien gegangen. „Jetzt kommt die dritte Symphonie“, sagte Mahler bei der Begrüßung. Er gab mir eine Zigarette und fügte hinzu: „Dreyer, Sie werden sich ausgezeichnet einführen, passen Sie auf, Sie blasen wieder das Solo wie in Krefeld, das war so herrlich, ich bin noch ganz begeistert“. Er [Mahler] war klein, schwächlich, ein hageres Männchen, außerordentlich nervös und hat scharfe Brillen getragen...“

⁶⁾ Besetzung des Gürzenich-Quartetts 1902:

1. Violine: W. Heß (danach B. Eldering)
2. Violine: C. Körner
Bratsche: J. Schwarz (danach H. Zitzmann)
Cello: F. Grützmacher (danach E. Feuermann)

W. Heß, B. Eldering und C. Körner waren Joachim-Schüler. W. Heß trat auch solistisch auf in Krefeld. Ihn verband eine enge Freundschaft mit Max Bruch, der dem Ehrenauschuß des Krefelder Singvereins angehörte.

Über W. Heß vgl. S. 45 und 62 in: „Festschrift zur Feier des fünfzigjährigen Bestehens der Abonnementskonzerte in Krefeld“ von Th. Müller-Reuter

Über Max Bruch vgl. S. XXVI in „Festschrift zum Jubiläumskonzert des Singvereins in Krefeld am 17. Dezember 1910“ von Th. Müller-Reuter

Zu den Ehrenmitgliedern von „Anfang 1856 bis Ende 1910“ des Singvereins zählten unter anderen „Professor Dr. Max Bruch, Königlicher Musikdirektor Hermann Wolff (!), Dr. Johannes Brahms (!)“.

⁷⁾ Butts, Julius, Dirigent, geboren 1851; Schüler am Kölner Konservatorium unter Hiller und Gernsheim; 1890 städtischer Musikdirektor in Düsseldorf; seit 1902 dort Direktor des neugegründeten Konservatoriums.

J. Butts wurde mit Max Bruch und anderen auswärtigen Gästen von Viktor Schnitzler anlässlich des 50jährigen Jubiläums des Konservatoriums in Köln zu einem Festessen eingeladen (S. 84 in den „Erinnerungen“ von Viktor Schnitzler). Er gehörte also auch zum Kreis um den 1. Vorsitzenden der Concert-Gesellschaft in Köln.

⁸⁾ Neitzel, Otto; geboren 1852, gestorben 1920 in Köln; unter anderem Lehrer am Moskauer Konservatorium; seit 1887 Musikreferent der Kölnischen Zeitung; seine Kritiken zeichnen sich durch einen hohen Stand des Wissens aus.

⁹⁾ Aus Viktor Schnitzler: „Erinnerungen aus meinem Leben“, S. 27 und 28:

„Brahms lud meine Eltern an einem Nachmittag im Auftrag des Herzogs in das ideale Heim ein, wo sie von dem liebenswürdigen Herzog und seiner Gattin auf das freundlichste aufgenommen wurden (Villa Carlotta). Nach dem Tee spielten Brahms und sein Krefelder Freund von der Leyen auf zwei Flügeln seine dritte Sinfonie vor. Die Türen nach dem wunderbaren Park standen offen und das Gezitscher der Vögel mischte sich in die Klänge des herrlichen Werkes ...“

Von dort wurden die Verhandlungen zwischen meinem Vater und Brahms geführt, um letzteren zur Übernahme des Kölner Postens zu bewegen. Leider erfolglos, da Brahms erklärte, in seinem jetzigen Alter keine feste Stelle mehr annehmen zu wollen ...“

S. 42: „Es war J. Brahms, der meinem Vater Wülner als die geeignete Persönlichkeit vorgeschlagen hatte ... Brahms erklärte: „Wenn Sie Wülner nach Köln bekommen sollten, dann werden Sie erst mal kennenlernen, was Chorgesang bedeutet!“

Aus: „Johannes Brahms als Mensch und Freund nach persönlichen Erinnerungen“ von Rudolf von der Leyen (Düsseldorf und Leipzig 1906), S. 52 — 55:

Aus einem Brief des Autors an seine Frau vom 24. Mai 1884 aus Mailand:

... der Meister lüde mich ein, heute hinzukommen, mit in Villa Carlotta (Landsitz des Herzogs Georgs von Meiningen) zu wohnen und — schauderhaft aber wahr, mit Brahms die dritte Sinfonie zu spielen. ... Er [Brahms] kam immer, klopfte mir auf Kopf und Schulter und sagte zum Herzog: Ja, ja, so musiziert man in Krefeld, und dieser ist noch der Jüngste“ ... „und diesen Abend geht's wieder los, dann kommen Herr und Frau Geheimrat Schnitzler aus Köln und hören zu ...“ (Robert Schnitzler und Klara geb. Schmidt).

¹⁰⁾ Die Krefelder Zeitung Mittagsausgabe äußerte sich kurz vor der Aufführung des Mahlerschen Werkes:

„Den musikalischen Höhepunkt des Festes bildete bisher die Aufführung des Oratoriums „Christus“ von Franz Liszt am Sonntag Abend. Wir sagen „Christus“, weil begeistert Musiker, denen es vergönnt war, durch ihre Mitwirkung bei den Proben die Mahlersche Sinfonie kennen zu lernen, der unerschütterlichen Überzeugung sind, daß die künstlerische Spitze des ganzen Festes durch die heutige Aufführung des Mahlerschen Werkes gebracht werden wird. Uns sollte es freuen, wenn das einträte. Denn dann wäre dem Krefelder Musikfest eine Bedeutung zuteil geworden, wie sie bisher kaum eine andere Tonkünstlerversammlung umstrahlt hat. Aber warten wir es ab!“

Ein weiterer Zeitungsbericht bemerkt: „Zwar hatte der Himmel die Wünsche ... die sich auf Abnahme der Hitze richteten, falsch verstanden und eine Temperatur gesandt, die im Verein mit dem vor und nach jedem Konzert in Strömen herniederplatzenden Regen den Aufenthalt in der an die Stadthalle angebauten Halle unmöglich machte und gestern die Besucher nötigte, in drängvoll lüchlerlicher Geste, die allerdings bei den herrlichen Klängen Liszts nicht empfunden wurde, zusammen zu sitzen. Abgesehen vielleicht vom Besuch, der bei besserer Witterung von auswärts noch stärker gewesen wäre, hatte die Misere da draußen auf das Fest keinen Einfluß. Es wurde herrlich musiziert.“

¹¹⁾ Seyffardt, Ernst Hermann; Komponist und Dirigent; geboren am 6. Mai 1859 in Krefeld, gestorben 1942 in Garmisch-Partenkirchen; Schüler von Alexander Dorn, August Grüters und des Kölner Konservatoriums sowie der Berliner Hochschule; 1887 — 1892 Leiter der „Liedertafel“ in Freiburg i. Br.; übernahm 1892 den neuen Singverein in Stuttgart; dort 30 Jahre lang Professor an der Hochschule für Musik.

Zwei Briefe von Louis Spohr an Wilhelm von Beckerath (1800 — 1865)

Der Kasseler Hofkapellmeister an den Krefelder Kaufmann und Musiker

von Alois Wolfgang Arbogast

Euer (Hoch)wohlgeboren ergebenster Louis Spohr, mit dieser damals üblichen Schlußformel beendet der Schreiber seine beiden Briefe an Wilhelm von Beckerath in Krefeld. Louis Spohr (1784 — 1859), der bedeutende Geiger, Komponist und Dirigent, wirkte seit 1822 in der kurhessischen Residenzstadt Kassel als Hofkapellmeister und leitete ein Orchester von 55 Musikern, eines

der größten in Deutschland. Über sein Leben und Wirken sowie seine Beziehungen zu den beiden niederrheinischen Musikfreunden, dem Klever Notar Friedrich Thomae und dem Krefelder Fabrikanten Johann Friedrich Scheibler, berichtete der Verfasser bereits¹⁾.

Spohrs Briefe an Wilhelm von Beckerath datieren vom 15. März 1830 und 22. August 1835, der erste mit Anschrift umfaßt drei, der zweite zwei Seiten. Beide Briefe befinden sich in der Louis Spohr-Gedenk- und Forschungsstätte zu Kassel²⁾.

Wilhelm von Beckerath, die Musik war ihm Lebensinhalt³⁾

Der Adressat der beiden Spohr-Briefe gehört zu der bekannten Krefelder Familie, der die Musik Lebensinhalt bedeutete. Schon sein Vater Leonhard (1759 — 1838) liebte die Tonkunst, förderte sie bei seinen Kindern und spielte vortrefflich Flöte. Wilhelms Sohn Rudolf (1833 — 1888), ein hervorragender Geiger, stand in engem Kontakt mit Johannes Brahms (1833 — 1897), sein Enkel Willy (1868 — 1938), ein trefflicher Klavierspieler, skizzierte und zeichnete den Meister mehrfach und schuf noch 1928, 31 Jahre nach dessen Tod, ein Gemälde von ihm. Es befindet sich im Museum für Hamburgische Geschichte in der Hansestadt⁴⁾.

Wilhelm von Beckerath wurde am 29. Juli 1800 in Krefeld geboren und starb hier am 28. Januar 1865. Seit dem 16. Juli 1828 war er verheiratet mit Amalie Wolff (1802 — 1863), der zweiten Tochter des Königlichen Musikdirektors zu Krefeld, Johann Nicolaus Wolff (1770 — 1847)⁵⁾. Sie war eine hervorragende Altistin; auf sie bezieht sich Spohr in beiden Briefen. Das Ehepaar hatte acht Kinder. Dem Hausherrn war die Tonkunst die Welt, in der er lebte, und was ihm an Muße von seinen Geschäften blieb, war dieser Kunst gewidmet, die er in seinem Hause mit verwandten Seelen, im Verein mit seinen talentvollen Kindern, übte. ... Es bildete dieses Haus eine künstlerische Welt im Kleinen, wie wir sie mit so idealen Zwecken selten finden, denn es galt hier nur um den reinen Genuß der Musik mit Beseitigung alles gesellschaftlichen Gepränges und aller dilettantischen Eitelkeit. So heißt es im Nachruf der Niederrheinischen Musik-

zeitung über den verstorbenen Wilhelm von Beckerath.

Leider blieb ihm viel persönliches Leid nicht erspart. Seine zwei ältesten Töchter starben in jungen Jahren, 1858 Clara 29jährig als Mutter von vier Kindern, zwei Jahre vorher Emma 24jährig nach knapp dreimonatiger Ehe durch einen Unglücksfall; deren Witwer hei-



Abb. 2. Wilhelm von Beckerath

ratete nach vier Jahren Hedwig, die jüngste Tochter, und ertrank nach zehnmonatiger Ehe acht Tage nach der Geburt eines Töchterchens in den Fluten des Rheins. Wilhelms Frau Amalie ging ihrem Gatten eineinhalb Jahre im Tode voraus.

In all diesen schweren Situationen mag die Musik dem gelernten Kaufmann Trost und Kraft gegeben haben. Der junge Wilhelm — seine kaufmännische Laufbahn begann in dem von der Leyenschen Geschäfte — erhielt gründlichen Klavierunterricht. Er musizierte in



Abb. 1. Louis Spohr, Scherenschnitt



Abb. 3. Das berühmte Amsterdamer Konzerthaus der Gesellschaft Felix Meritis, in dem Spohr, S. G. und Johanna Schmidt konzertierten

privaten und öffentlichen Konzerten als Solist und Begleiter, gelegentlich dirigierte er den Singverein, meist in privaten Kreisen, komponierte und führte in der Presse eine gewandte Feder. Sein Haus war ein musikalischer Mittelpunkt der Seidenstadt. Mit namhaften, damals bekannten Musikern wie Mendelssohn, Zöllner, Burgmüller, Liszt, Hauptmann und Reinecke stand er in Kontakt. So war der erfolgreiche Weinhändler in seiner Freizeit intensiv als ausübender Musiker, Musikfreund und Organisator tätig. Bis in welche Kleinigkeiten die Organisation ging, erhellt sein Brief von 1833 nach Düsseldorf, in dem es wohl anlässlich des niederrheinischen Musikfestes Quartierprobleme gab. Sie müssen mir nämlich die Gefälligkeit erweisen, uns in einem Privathause, gleichviel in welchem, wenn es nur ein anständiges und nicht entlegenes Haus ist, ein Zimmer für vier Personen nur zum Nachtquartier für meine Rechnung zu mieten. (Prätensionen?) werden durchaus nicht gemacht, wenn wir nur eine reinliche Schlafstelle haben. ... Bei so geringen Ansprüchen werden Sie unsere Bitte hoffentlich erfüllen können; da ich in Düsseldorf keine Bekannte habe, so kann ich mich an niemand anders wenden als an Sie. Sie müssen diesmal Rat schaffen. — Aus den beiden Spohr-Briefen, besonders dem ersten, läßt sich Wilhelms „musikalische Fürsorge“ für die Seinen erschließen.

Die Briefe

Jedem Brief ist ein gemäßer Kommentar vorangestellt. Schrift und Stil verraten den gewandten Schreiber, der schon von Berufs wegen gezwungen ist, eine flüssige Hand zu führen. Er besitzt einen ausgeprägten, persönlichen Schriftduktus, der heute nicht immer leicht zu entschlüsseln ist. Rechtschrei-

bung im Sinne heutiger Duden-Regeln gab es damals noch nicht. Auf Anliegen und Umfeld seines Briefpartners geht Spohr gründlich ein. Wir erfahren aber auch einiges aus seiner eigenen Tätigkeit.

Brief 1 — Sollen die beiden Schwestern auf Konzertreise gehen?

Die beyden Schwestern sind mit Sicherheit die beiden Wolff-Töchter Amalie und Johanna, also Wilhelm von Beckeraths Frau und Schwägerin (1804 — 1874), die seit 1826 mit dem Musiker Simon Georg Schmidt verheiratet war. Das zweimalige Anführen seines Schwagers im Brieftext bestätigt diese Annahme. Schmidt wurde 1801 in Detmold geboren, war Schüler Spohrs, Solo-Violinist des Herzogs von Sachsen-Coburg, von 1822 — 1831 Leiter des Orchestervereins und der Domkapelle zu Münster und erster besoldeter Musikdirektor der Stadt, dann bis etwa 1832

Abb. 5. Spohr, Selbstbiographie, Band II, Seite 197, Madame Schmidt 1833 in Halberstadt

wurden an beiden Orten gleichmäßig vertheilt. Die ausgegebenen Billets waren auch zu den Proben gültig, weshalb Jeder das eine Concert in der Probe, das andere aber am Abend der Ausführung hören konnte, wobei nur ein einziges Musikstück in beiden Concerten gegeben wurde, nämlich das beliebte Duett aus „Fesfonda“ zwischen Amazili und Radori, gesungen von Madame Schmidt und Herrn Mantius, weil kein Theil sich dieses wollte nehmen lassen. Ich dirigierte im Saal und spielte mit dem



Abb. 4. Titelblatt

Solo-Violinist der Gesellschaft Felix Meritis zu Amsterdam, in der auch Spohr aufgetreten war, auch zeitweise in Krefeld tätig, später Musikdirektor in Halle und Konzertmeister in Bremen, wo er 1861 starb).

Schmidts Frau Johanna, geborene Wolff, die jüngere der beyden Schwestern, war eine berühmte Konzertsängerin, deren Sopran bei den niederrheinischen Musikfesten und Leipziger Gewandhauskonzerten begehrt war, ihr erstes öffentliches Auftreten in Krefeld — hier konzertierte das Ehepaar noch öfter — ist für den 7. August 1828 in einem Konzert ihres Vaters, des Königlichen Musikdirektors, überliefert. Spohr muß sie besonders geschätzt

Liborius nach dem Dome geleitete, bequem sehen zu können. Erst als das übermäßige Gedränge des Volkes nachgelassen hatte, gingen auch wir in den Dom, bewunderten das reiche und schöne Gebäude und hörten die D-dur-Messe von Karl Maria von Weber, deren allzuweltlicher Styl uns aber nicht recht gefallen wollte. Am folgenden Abend fand die Aufführung meines Oratoriums in der glänzend erleuchteten Jesuitenkirche statt, wo wir durch die bereits überfüllten Räume hindurch bis ganz vorn hingeleitet wurden, um auf gepolsterten Sesseln, die man uns dicht neben dem Bischof von Paderborn, so wie dem Ober-Präsidenten von Vincke und dem Commandanten der Stadt angewiesen hatte, Platz zu nehmen. Ich bemerkte mit Freude, daß auch hier für mein Oratorium große Begeisterung herrschte; Werke dirigitirte sehr gut, die Chöre waren vortrefflich einstudirt und unter den Solosängern, die meistens aus Dilettanten bestanden, zeichnete sich besonders die bekannte Concert-Sängerin Frau Johanne Schmidt in der Partie der Maria aus. Kaum hatten

ganze musikalische Europa begeisterte, und die Sopranistin Henriette Sontag (1806 — 1854), die als Achtzehnjährige die Sopranpartie in der denkwürdigen Wiener Erstaufführung von Beethovens IX. Symphonie und Teilen seiner Missa solemnis sang, durch ganz Europa reiste und auf einer Konzerttournee durch Nord- und Mittelamerika in Mexiko starb¹⁹). Der Briefschreiber kann sich in puncto Erfolg des beabsichtigten Unternehmens verständlicherweise nicht festlegen, gibt aber aus seiner Erfahrung geschickte Ratschläge, die zeigen, daß er auch einen geübten Blick für finanzielle Belange hatte.

(Adresse)
St. Wohlgeb.
Herrn Wilhelm von
Beckerath
Krefeld

(Stempel)
CASSEL
15 MERZ 1830

Cassel den 15ten
März 1830

Wohlgeborener Herr.

Es ist sehr schwehr in Ihrer Angelegenheit einen Rath zu geben. Ihr Vorhaben kann auf das glänzendste reussieren¹⁷), doch läßt sich der Erfolg auf keine Weise verbürgen. Der Sinn für Concertmusik, besonders für die Leistungen reisender Virtuosen hat sich fast ganz verloren und die Neigung des Publikums dem Theater sich ausschließlich zugewandt; demohngeachtet machen einzelne reisende

Abb. 6. Spohr, Selbstbiographie, Band II, Seite 214, Frau Johanne Schmidt 1836 in Paderborn

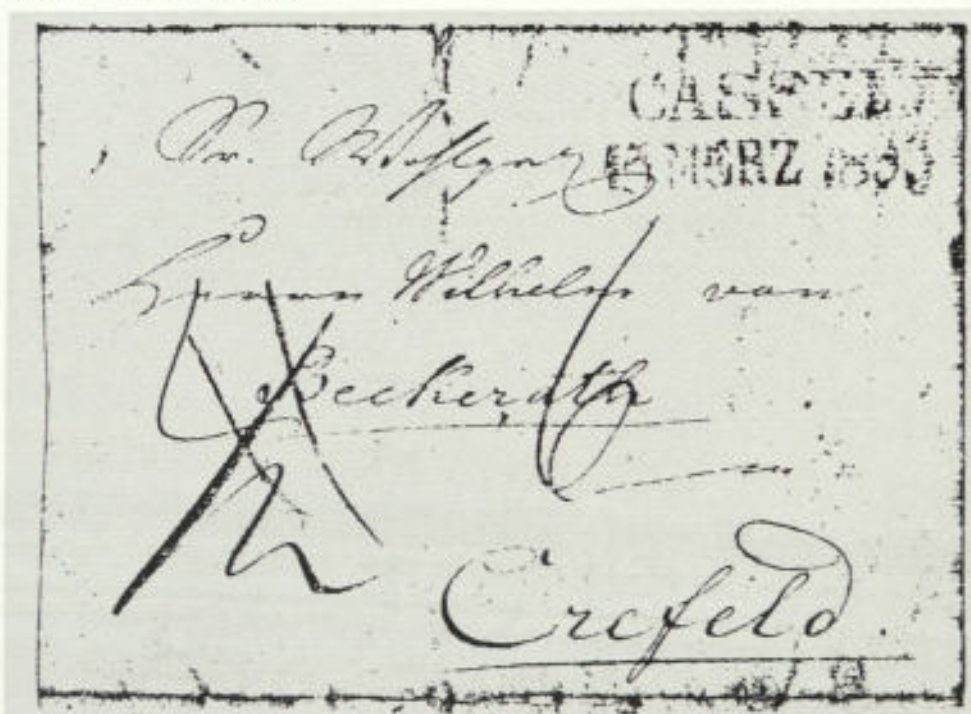
haben, denn er stellte 1833 der damals in der Amsterdamer Konzertgesellschaft Felix Meritis wirkenden Sängerin ein günstiges Zeugnis aus, das im Rahmen der Allgemeinen musikalischen Zeitung veröffentlicht wurde¹¹). In seiner Autobiographie wird sie in zwei Passagen namentlich angeführt, das erste Mal mit der Darbietung eines beliebten Duettts aus Spohrs Oper *Jessonda* anlässlich des Musikfestes zu Halberstadt 1833, das zweite Mal mit der Gestaltung der Partie der Maria in des Meisters Oratorium *Des Heilands letzte Stunden*, das beim tausendjährigen Jubiläum des hl. Liborius 1836 in der Paderborner Jesuitenkirche festlich aufgeführt wurde¹²).

Wilhelm von Beckeraths Frau Amalie, die ältere der beyden Schwestern, war durch ihre seitene Altstimme eine Hauptzierde unserer niederrheinischen Musikfeste und eine wertvolle Stütze im Krefelder Konzertleben¹³). Felix Mendelssohn-Bartholdy, der 1833 das niederrheinische Musikfest in Düsseldorf leitete und dann hier bis 1835 als Musikdirektor wirkte¹⁴), widmete ihr seine Goethe-Vertonung *Sah ein Knab ein Röslein stehen*, für Klavier und Singstimme. Überliefert ist die Vermutung ihrer Familie, der Meister habe für sie nach Abschluß seines Oratoriums *Paulus*, in dem eine umfangreiche Altpartie nicht vorkommt, das Rezitativ *Und zog mit einer Schar gen Damaskus* und das sich anschließende Arioso *Doch der Herr vergißt die Seinen nicht* (Nr. 13) nachkomponiert¹⁵).

In seinen Äußerungen über die finanzielle

Seite einer von Wilhelm von Beckerath ins Auge gefaßten Konzertreise der beiden Sängerinnen führt Spohr zwei berühmte Namen an, seinen Konkurrenten Nicolo Paganini (1782 — 1840), den „Hexenmeister“, der das

Abb. 7. Adresse von Brief 1



Künstler (Paganini, die Sontag) höchst brillante Geschäfte, weil sie durch etwas außergewöhnliches die Aufmerksamkeit des großen Haufens zu erregen wissen. Ob nun das Gesangtalent der beyden Schwestern von der Art ist, um solche Attractionskraft auszuüben, getraue ich mir nicht zu entscheiden. Die Stimmen von beyden sind sehr schön, auch ist die Anlage zu seelenvollem Gesange gewiß bey beyden vorhanden; das, was den großen Haufen aber allein anzieht, ist höchste Vollendung im Technischen, wie sie die Sontag z. B. besitzt. — Bey zwei Stimmen kann auch noch die hohe Übereinstimmung in Stärke und Schwäche und im Ausdruck von höchstem Interesse seyn und diese wird bey fleißigem Zusammensingen gewiß zu erreichen seyn. Die Reise selbst und die Erfahrung auf derselben, wird Sie am besten lehren, was noch zu lernen ist.

Daß Sie mit Holland beginnen wollen, billige ich sehr; auch die Idee in der Badezeit nach

Achen und Wisbaden zu gehen scheint mir gut; von der Reise nach Leipzig und durch Deutschland (von der mir Schmidt schreibt) rathe ich Ihnen aber ganz ab; Sie würden sicher nicht die Kosten derselben machen. Diese müssen Sie sich für später und im Winter vorbehalten.

Daß die Schwestern in der Achtung aller Verständigen nur steigen können, wenn sie sich ihrer schönen Talente auf die vorgesagte Weise zum Erwerb für die ihrigen bedienen, bedarf kaum der Versicherung.

Schließlich bitte ich noch den Inhalt des Briefes Herrn Schmidt gefälligst mitzutheilen und mich bey ihm zu entschuldigen, daß ich bey meiner überhäuftten Arbeit ihm nicht auch schreibe.

Mit vorzüglicher Hochachtung
Ew. Wohlgeb.
ergebenster
Louis Spohr

Brief 2 — Ein Lied für Frau Amalie

Bei dem Lied handelt es sich sehr wahrscheinlich um Nr. 1, *Lied der Harfnerin*, aus Spohrs op. 94, *Sechs Lieder für Alt oder Bariton mit Klavierbegleitung*¹⁹; es ist für Frau Amalie von Beckerath bestimmt. Der schwermütige Gesang entstand 1835, also im Jahr nach dem Tod der Gattin des Komponisten, der Harfenistin Dorette, geborene Scheidler (1787 — 1834). Er steht in c-moll, hat 4/4-Takt, ist durchkomponiert und umfaßt 57 Takte. Der Textdichter ist unbekannt. Die Klavierbegleitung mit gebrochenen Akkorden nach Art von Arpeggien stellt das Spiel auf der Harfe dar. Der erholungsbedürftige Meister kehrte vor dem Brieftermin von Zandvoort an der holländischen Küste heim, von einer Reise, die ihn auf der Hinfahrt in Düsseldorf Mendelssohn, Immermann und Grabbe treffen ließ und in Kleve seinen alten Freund, den Notar und Musikliebhaber Friedrich Thomae, deren Rückfahrt aber sehr traurig war, weil Spohrs

Abb. 8. Das Lied für Amalie von Beckerath

♩

Allegro. N.º 1. Lied der Harfnerin. L.: Spohr. Op. 94.

Singstimme.

Piano: Forte.

Leidenschaftlich.

Schweig = Herz! wa - rum dies han - ge Seh - nen zeh dem

sü - sen lü - stet verlor - nen Glü - ck? ach! es ru - fen dei - ne heis - ses Thrä - nen die Ver -

39.56.



Abb. 9. Die Kinder des Musikdirektors J. N. Wolff

Schwägerin in dem Seebad plötzlich starb¹⁹⁾. Im Hause des Geheimen Obertribunalrates von Sybel und seiner kunstliebenden Gattin zu Düsseldorf stattete Wilhelm von Beckerath dem Komponisten einen Besuch ab, bei dem er ihm den auf den 20. Juni 1835 datierten Brief von Johann Heinrich Scheibler mit der Einladung zu einem Besuch in Krefeld überreichte²⁰⁾. Gut einen Monat später schickte Johann Heinrich Scheibler die Stimmgabeln zum Stimmen der Orgel nach Kassel²¹⁾, für die sich Spohr im vorliegenden Schreiben bedankt. Die genannte Oper *All Baba ou Les quarante voleurs* schuf 1833 Luigi Cherubini (1760—1842) im Rückgriff auf seine 1793 komponierte Oper *Konkourg*²²⁾. Die Grüße gehen unter anderen an Wilhelm von Beckeraths Schwiegervater und Schwäger in der Familie Wolff, von denen Konrad (1807—1878), Carl (1811—1880) und Hermann (1815—1875) mit klangschöner Tenorstimme begabt waren²³⁾ und die beiden letzten tüchtige Musiker wurden²⁴⁾. Für Hermanns Violinunterricht bei Louis Spohr hatte sich Johann Heinrich Scheibler mit seinem Brief vom 3. Mai 1833 an den Kasseler Meister eingesetzt²⁵⁾.

Cassel den 22ten
August 1835

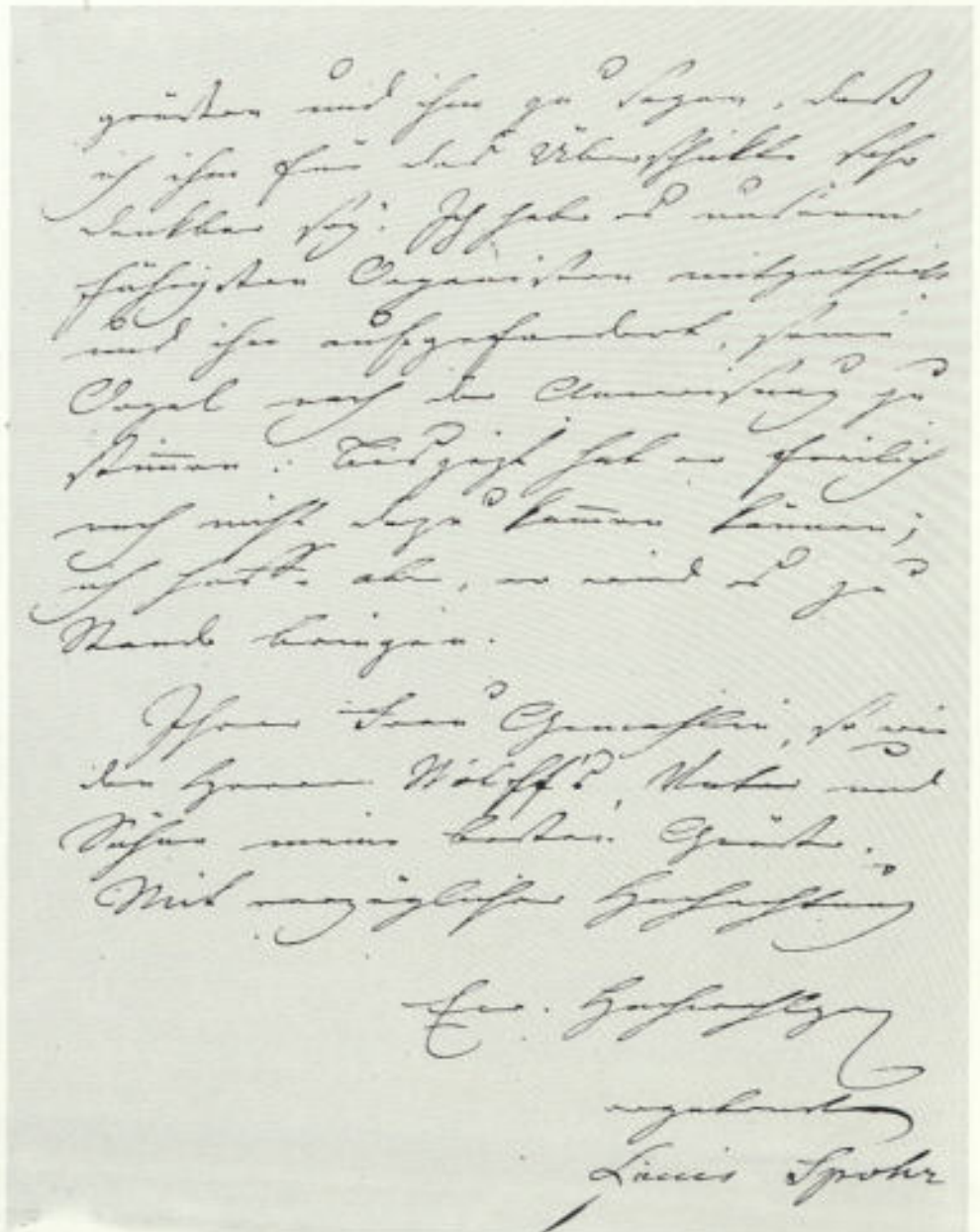
Ew. Hochwohlgeb.

erhalten beyliegend das versprochene Lied für Alt. Recht sehr muß ich um Verzeihung bitten, daß ich meinem Versprechen erst so spät nachkomme; ich fand aber bey meiner Rückkehr eine solche Masse von Theatergeschäften, daß ich anfangs alles andere darüber vergaß. Besonders beschäftigte mich das Einüben der cherubinischen Oper „All Baba“, welche zum Geburtstag des Kurprinz-Regent bestimmt war. Diese ist nun vor einigen Tagen glücklich von Stapel gelaufen und ich athme wieder freier.

Herrn Scheibler bitte ich herzlich zu grüßen und ihm zu sagen, daß ich ihm für das Überschickte sehr dankbar sei. Ich habe es unserem fähigsten Organisten mitgetheilt und

Die Kinder des Musikdirektors J. N. Wolff von l. n. r. stehend: Konrad (1807—78), Bertha (1813—89) Carl (1811—80), Johanna (1804—74), Hermann (1815—75); sitzend Ludwig (1819—66), Karoline (1811—79), Mathias (1809—81), Amalie (1802—63)

Abb. 10. Zweite Seite von Brief 2



ihn aufgefordert, seine Orgel nach der Anweisung zu stimmen. Bis jetzt hat er freilich noch nicht dazu kommen können; ich hoffe aber, er wird es zu Stande bringen.

Ihrer Frau Gemahlin, so wie den Herren Wolff's, Vater und Söhne, meine besten Grüße.

Mit vorzüglicher Hochachtung

Ew. Hochwohlgeb.
ergebenster
Louis Spohr

Die Familie von Beckerath ist heute weitverbreitet. Viele tüchtige Menschen hat sie hervorgebracht. Nicht zuletzt ruft der Name einer Straße und eines Platzes im Osten des Zentrums der Seidenstadt sie in unserer Gegenwart stets in Erinnerung.

Anmerkungen

¹⁾ A.W. Arbogast, Louis Spohr in Kleve, in: der Niederrhein, 48. Jg., Krefeld 1981, S. 86—90.

Ders., Für meinen Freund Friedrich Thomae in Kleve, in: Kalender für das Klever Land auf das Jahr 1989, Kleve 1988, S. 79—84.

Ders., Sieben Briefe von Johann Heinrich Scheibler (1777—1837) an Louis Spohr (1784—1859), in: die Heimat, Jg. 63, Krefeld 1992, S. 157—168 — abgekürzt Arbogast.

²⁾ Freundliche Zusage der Kopien von Herrn Herfried Homburg, Internationale Louis-Spohr-Gesellschaft, Kassel.

³⁾ Nach: Stammbaum von Beckerath nebst Descendenz, zusammengestellt von Heinrich Leonhard von Beckerath, Krefeld 1903, S. 112, 139—145, wenn nicht anders angegeben — abgekürzt Stammbaum.

⁴⁾ K. Stephenson, Johannes Brahms und die Familie von Beckerath, Hamburg 1979, insbesondere S. 73 und 76.

⁵⁾ K. Rembert, Die Krefelder Familie Wolff, ein Beitrag zur Musikgeschichte unserer Stadt und zur Vererbungslehre, in: Die Heimat, Jg. 12, Krefeld 1903, S. 140—154 — abgekürzt Rembert.

⁶⁾ E. Klusen, Das Musikleben der Stadt Krefeld von den Anfängen bis 1870, 1938, in: Das Musikleben der Stadt Krefeld 1780—1945, Bd. I, Heft 124 der Beiträge zur Rheinischen Musikgeschichte, Köln 1979, S. 31f. — abgekürzt Klusen — und Rembert, S. 148 f.

⁷⁾ Zitiert nach: J. Alt, Geschichte und Bedeutung der Niederrheinischen Musikfeste in der ersten Hälfte des neunzehnten Jahrhunderts, Düsseldorf 1987, S. 92.

⁸⁾ Präntionen = Ansprüche.

⁹⁾ Art: Schmidt, S. G., in: Musikalisches Conversations-Lexikon von Mendel u. Reissmann, 9. Bd., Berlin 1878, S. 128; Klusen, S. 48; Rembert, S. 148; W. Salmen, Geschichte der Musik in Westfalen im 19. und 20. Jahrhundert, Kassel 1967, S. 106, 153 und 203; Louis Spohr, Lebenserinnerungen, Tutzing 1968 — abgekürzt Spohr —, II, S. 230.

¹⁰⁾ Klusen, S. 48, Rembert, S. 146.

¹¹⁾ Spohr I, S. 333 und II, S. 260.

¹²⁾ Louis Spohr's Selbstbiographie, 2. Bd., Kassel und Göttingen 1861, S. 197 und 214; auch Spohr, S. 161 und 174.

¹³⁾ Stammbaum, S. 143, und Klusen, S. 40.

¹⁴⁾ Art: Mendelssohn, in: Die Musik in Geschichte und Gegenwart, Kassel ab 1949 — abgekürzt MGG —, Bd. 9, Sp. 71 f.

¹⁵⁾ Rembert, S. 148.

¹⁶⁾ Art: Sonntag, in: MGG, Bd. 12, Sp. 916—919.

¹⁷⁾ Reussieren = Erfolg haben.

¹⁸⁾ Freundliche Mitteilung von Herrn Herfried Homburg, Kassel.

¹⁹⁾ Spohr II, S. 164—168.

²⁰⁾ Arbogast, S. 165 f.

²¹⁾ Art: Cherubini, in: MGG, Bd. 2, Sp. 1170—1180, hier: Sp. 1172 und 1176.

²²⁾ Rembert, S. 145 und 151.

²³⁾ Klusen, S. 48 f., 57, 59—61, und Rembert, S. 150 (Bild).

²⁴⁾ Arbogast, S. 165.

Die alde Schazen

As Jong, so van tien af twelf,
do freiden¹⁾ eck an en paar Schazen²⁾,
de Tien³⁾ würen all' to schliäch
sei minne Vader, do mots wachten.

Doch koos eck dat nit räch verstohn,
dat lis, dat wor so blank on glatt,
eck woll et wie de Groten duhn,
wenn eck mar en paar Schazen hat.

Eck wor ant bästen, liet ken Rouh,
bis Vader sätt, eck wet et niet,
viellech kann eck dech helpen Jong,
met Schazen noch ut minnen Tiet.

Hei kromden in de alde Kiss⁴⁾,
die op dä Sölder⁵⁾ stohn be oss
on fond, wovaa eck lang gedrömp,
die Schazen, dick on rouh van Roos.

Min Ougen glänzten wie twe Leechter,
as eck die alde Isersch sog,
eck deh minVader fass ens dröcken
de Trön, die sote mech ärg noh.

Drapp bön eck nor de Kull geloupen;
ne Koppel Jonges wor all hier,
dat lis, dat blenkten wie min Schazen,
die eck geschurt met Schurpapier.

Et stohn für mech ganz außer Frog,
dat loupen koos eck op die Denger,
doch soht eck mihr, as dat eck liep;
dat Glöck, dat reek mech kenne Fenger.

Et Zowes⁶⁾ kom eck müh nor Hus,
de Knök, die hat eck nit gebroken,
wäll en paar Absatz woren fott,
die hat eck op et lis geloten.

Min Vader nohm mech in dän Ärm,
dat Liergeld hat eck nou gegäwen.
Van Dag noch denk eck an dän Tiet,
dä wäll dä schönsten in min Läwen.

¹⁾ schwärmen ²⁾ Schiltschuhe ³⁾ Zeiten ⁴⁾ Truhe ⁵⁾ Speicher
⁶⁾ des Abends

Wilhelm Maas (Mundart: Grafschaft Moers)

Jean-Jacques Flatters — ein Krefelder Bildhauer in Paris

von Ursula Broicher

Krefeld wird in der Biographie nicht weniger bildender Künstler als Geburtsort genannt. Nicht alle waren so bedeutend wie die rheinischen Expressionisten Heinrich Campendonk, Heinrich Nauen und Helmuth Macke, durch die die Seidenstadt als ihre Geburtsstadt weltweit erwähnt wurde. Dennoch versuchte man, die Namen und Werke Krefelder Künstler in ihrer Heimatstadt nicht in Vergessenheit geraten zu lassen. Schon zu Beginn des Jahrhunderts lenkte der Krefelder Museumsdirektor Friedrich Deneken das Interesse auf das künstlerische Erbe der Stadt und veranstaltete Ausstellungen von Krefelder Künstlern. Allerdings dominierten dabei Malerei und Kunsthandwerk. Die aus Krefeld gebürtigen Bildhauer — von denen sich einer sogar Adolf Müller-Krefeld¹⁾ nannte — hatten gegenüber den hier geborenen Malern einen schweren Stand, vielleicht weil ihre Werke im wahrsten Sinne des Wortes zu gewichtig für Ausstellungen in der Heimatstadt waren.

Dieses Schicksal widerfuhr auch dem 1786 in Krefeld geborenen Johann Jakob Flatters, der in Paris als Bildhauer reüssierte und dessen Werke sich hauptsächlich in Frankreich befinden. In seiner Geburtsstadt sind sie immer noch unbekannt. Dabei darf Krefeld auf diesen Künstler durchaus stolz sein. Schlägt man ein Lexikon der französischen Kunst auf, so darf man sicher sein, den in Krefeld geborenen Bildhauer, der sich in Frankreich Jean-Jacques Flatters nannte, erwähnt zu finden. In Lamis „Dictionnaire des sculpteurs du XIX. siècle“ sind Flatters sechs Seiten gewidmet. Auch in London ist er bei den „Royal Academy Exhibitions“ verzeichnet.

Deneken gelang es zwar zu Beginn des Jahrhunderts, für das Kaiser Wilhelm Museum den Abguss einer von Flatters geschaffenen Büste aus Frankreich als Geschenk zu erhalten und den Krefeldern zu zeigen. Aber das Krefelder Interesse an Flatters Werk versiegte wieder. Als im November 1965 in Köln eine Tonplastik, die Flatters 1807 geschaffen hatte, ein Frühwerk, versteigert wurde, gehörte die Geburtsstadt des Künstlers nicht zu

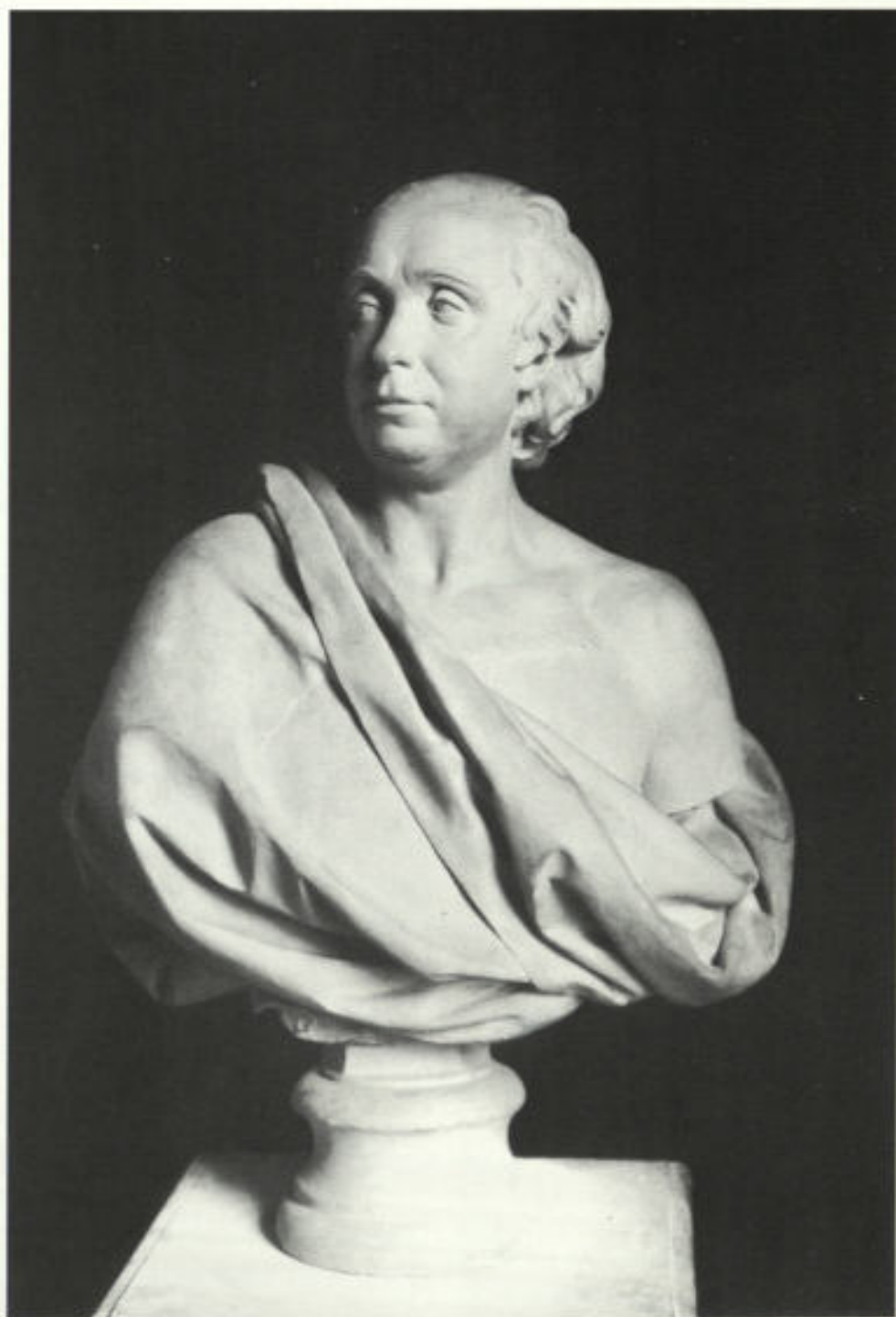


Abb. 1. Jean-Jacques Flatters. Haydn; Musée Versailles, Inv.-Nr. MV 649

den Bietern. Noch nicht einmal eine Straße ist in Krefeld nach dem Bildhauer benannt. Deshalb soll — nach W. Kordt 1959²⁾, E. Köppen 1982³⁾ und Helge Drafz 1986⁴⁾ — erneut auf den in Krefeld geborenen Bildhauer hingewiesen werden, der in seiner Geburtsstadt eine größere Bekanntheit verdient hätte, als ihm bis jetzt zuteil geworden ist.

Als nach dem Frieden von Basel und Lunéville die Franzosen die Herrschaft am linken Rheinufer übernahmen, war der Anschluß an das französische Reich für einige Krefelder auch eine Chance, unmittelbarer an den herausragenden Möglichkeiten der Kulturmehropole Paris teilhaben zu können. Zu ihnen gehörte der Sohn des Krefelder Kunsttischlers Flatters, Johann Jakob Flatters, der noch zur Zeit der preußischen Herrschaft in der Seidenstadt geboren worden war. Die Stadt hatte gerade in dieser Zeit unter den Architekten Michael und Martin Leydel einen künstlerischen Aufschwung genommen, der weit über ihre Grenzen hinaus Beachtung fand. Auch die Arbeiten des Kunsttischlers Flatters trugen dazu bei. Treppenhäuser und Möbel aus dieser Zeit zeigen, auf welcher Höhe die Kunsttischlerei in Krefeld am Ende des 18. Jahrhunderts stand.

Der Vater Flatters, der die Begabung seines Sohnes erkannte, schickte ihn zur Weiterbildung nach Paris. Er sollte dort bei den besten Lehrern seine Fähigkeiten vervollkommen. Aber Johann Jakob Flatters wollte kein Kunsttischler werden, sondern Bildhauer.

Abb. 2. Jean-Jacques Flatters: Mezarin; Musée Versailles, Inv.-Nr. MV 2832



Paris erlebte um die Wende vom 18. zum 19. Jahrhundert eine Antiken-Renaissance. An der Schwelle vom Rokoko zum Klassizismus stand der Bildhauer Jean-Antoine Houdon. Er entfaltete seine Kunst im antiken Gewande noch mit liebenswürdiger Anmut. Programmatiker war der Maler Jacques Louis David, der mit seinem 1784 ausgestellten Bild „Der Schwur der Horatier“ der neuen klassizistischen Kunst den Weg wies. Die Formensprache, gewaltsam schlicht, wurde antiken Vorbildern angepaßt, ihre Klarheit und Natürlichkeit zu heroischer Idealität gesteigert. Beide Künstler wurden Lehrer Jean-Jacques Flatters', dessen Begabung eine Aufnahme in die „Ecole des Beaux-Arts“ ermöglichte. Das „Grand Empire“ liebte es, geeigneten französischen Neubürgern die französischen Ausbildungsstätten zu öffnen.

1810 debütierte Flatters mit vier Bildnisbüsten im „Salon“. — „Salon“ nannte man die periodische Ausstellung von Werken lebender Künstler in Paris, die im großen Saal des Louvre stattfand und nach diesem „Le Salon“ bezeichnet wurde. — Seine Werke waren vom klassizistischen Stil seiner Zeit geprägt und zeigten eine besondere Begabung für die individuelle Charakterisierung, die für Flatters' Werk bestimmend blieb. Bereits 1813 konnte er mit einem Basrelief „Odysseus und Neoptolemus bieten Philoktet die Waffen des Herkules dar“ den zweiten Rom-Preis gewinnen, eine Auszeichnung, die besonders begabten Schülern einen Studienaufenthalt in Rom ermöglichte.

Aber die politischen Verhältnisse ließen keine vertiefenden Kunststudien Flatters' in Italien zu. Bereits im Juli 1814 wurde er Soldat im französischen Heer und nahm als Offizier im zweiten Infanterieregiment der Königin am französischen Feldzug teil. Er habe „als Offizier in der französischen Armee gegen die ausländische Eindringung gekämpft“, schrieb er in einem späteren Brief an die Königin⁵⁾. 1815 verließ er den Militärdienst und nahm seine Bildhauerarbeiten wieder auf, die er auch während seiner Militärzeit nicht aufgegeben hatte. Einige Werke von ihm waren im Salon von 1814 ausgestellt, überwiegend Bildnisbüsten, die auch späterhin sein Hauptfach blieben, daneben aber ebenso eine anmutige Genrestatue, denen er später weitere folgen ließ.

Flatters dürfte in jener Zeit in engem Kontakt mit den Künstlerkreisen der französischen Hauptstadt gestanden haben. Zahlreiche Künstler der Oper und der Comédie française wurden von ihm porträtiert, so der berühmte Schauspieler Talma und der Musiker Nouvri. Auch der Adel und das reiche Bürgertum, das nach der Inthronisation Ludwig XVIII. zum französischen König zur führenden politischen Gruppe geworden war, gehörten zu seinen Auftraggebern. Aufsehen erregte Flatters mit einem für eine Grabstele geschaffenen Christuskopf, als dieser im Salon von 1824 gezeigt wurde. Er begann, sich in Paris

einen Namen zu machen, erhielt Aufträge vom französischen Staat, überwiegend Porträtaufträge. Viele der Büsten waren für das Museum von Versailles bestimmt, aber auch für das eine oder andere öffentliche Gebäude in Paris. 1829 bestellte das Innenministerium bei ihm eine Marmorbüste des französischen Königs Heinrich IV., die für die „Bibliothèque de l'arsenal“ in Paris gedacht war.

Auch der französische König gehörte zu den Auftraggebern Flatters'. Die Verbindungen des Künstlers zur königlichen Familie waren besonderer Art. Der Bildhauer hatte die Tochter eines Obersten geheiratet, ein Fräulein Lebon, das die Königin Maria-Amélie hatte aufziehen lassen. Es war dies eine alte Tradition und eine Ehre, die meist sehr hübschen Mädchen zuteil wurde. Flatters konnte durch diese Verbindung auf eine hohe Protektion rechnen, zumal erwähnt wird, daß die Königin diesem Mädchen ein besonderes Interesse entgegenbrachte. So dürfte Flatters in jenen Jahren ein interessantes Leben geführt haben. Er wohnte in der angesehenen Rue Lafayette in der Nähe der Oper und sah neben Künstlern Politiker und Adelige als Gäste und Modelle in seinen Räumen. Neben den Ausstellungen im Salon veranstaltete Flatters neun Ausstellungen auf eigene Kosten.

Aber das Leben als Künstler in Paris war eine Gratwanderung, bei der Aufstieg und Absturz nahe beieinanderlagen — vielleicht zu allen Zeiten, besonders aber in der ersten Hälfte des 19. Jahrhunderts, als die Kräfte der Re-

Abb. 3. Jean-Jacques Flatters: Strozzi; Musée Versailles, Inv.-Nr. MV 2707



stauration und der immer noch gärenden Revolution das geistige und politische Leben der Stadt bestimmten. Als die Juli-Revolution ausbrach, geriet auch Flatters in den politischen Strudel. Der nun herrschende Karl X., von dem Flatters 1829 eine Marmorbüste geschaffen hatte, mußte in den Wirren der Juli-Revolution nach England fliehen. Unter der daraufhin herrschenden Schicht des liberalen Großbürgertums, das einen Verwandten des Könighauses, Herzog Louis Philippe von Orléans, zum Bürgerkönig erhob, dürfte Flatters nicht nur Freunde gehabt haben. „Seit der Revolution von 1830“, schrieb er in einem späteren Brief an die Königin, „bin ich ohne Arbeit“ und bezeichnete sich als „Opfer des“ — nach der Revolution eingesetzten — „Innenministers Guizot“).

Welche Folgen die Juli-Revolution für ihn hatte, zeigt die Auftragsgeschichte der Statue des „heiligen Ludwig“. Am 4. Juli 1830, also unmittelbar vor der Revolution, war Flatters diese Statue, die der Dekoration des Deputiertenzimmers dienen sollte, vom Innenminister Peronet in Auftrag gegeben worden. Flatters sollte dafür 15 000 Francs erhalten. Aber nachdem der König nach England geflohen war und die Ministerien neu besetzt worden waren — der bisherige Minister für Handel und öffentliche Arbeiten, der Herzog von Argout, war nach der Revolution auch für die „Schönen Künste“ zuständig —, wurde Flatters, der bereits Entwürfe zu der Statue angefertigt hatte, dieser Auftrag im — spätestens — Oktober wieder entzogen. Der Bildhauer ver-

mutete eine Intrige. Er glaubte nämlich, daß Pradier, ein Kollege, der für das Deputiertenzimmer eine Statue von Karl dem Großen in Auftrag bekommen hatte, nun beide Statuen anfertigen sollte. Am 9. November 1830 wandte er sich mit einem anklagenden Brief an das Innenministerium, in dem er an die Gerechtigkeit des gräflichen Innenministers appellierte, der ihn, der „wenig für die Intrige gemacht sei“), benachteiligte, Pradier aber auf seine Kosten zwei Aufträge gäbe. Die große Gebärde kennt Flatters nicht nur bei seinen Plastiken, sondern auch bei seinen Briefen. „Ich bitte Sie eindringlich, Monsieur le Comte“, schreibt er am Schluß, „stellen Sie sich vor, wie eine solche (...) Verletzung das Herz eines Künstlers treffen muß. Wenn man mir auch nicht glaubt, daß ich in der Lage bin, etwas Besseres zu machen als alle Denkmäler, die in Paris existieren, so bin ich doch sicher, daß ich sie nicht schlechter mache“). Wenn sich auch Flatters' Vermutung, daß Pradier beide Statuen in Auftrag bekommen hatte, als falsch erwies, so kam sein Entwurf doch nicht zur Ausführung. Als Entschädigung für die von ihm bereits geleistete Arbeit erhielt er im September 1831 eine Entschädigung von 5 000 Francs.

So sehr man aus Flatters' Werksverzeichnis den Eindruck gewinnt, daß er ein gefragter Bildhauer gewesen ist, so sprechen doch die zahlreichen Briefe von ihm und seiner Frau, die in den „Archives nationales“ in Paris aufbewahrt werden, eine andere Sprache. Immer wieder wandte er sich mit Gesuchen und Klagen an die Ministerien. Der französische Kunsthistoriker Lami scheut sich nicht, dafür das Wort „accabler — belästigen“ zu verwenden. Tatsächlich kann der unbefangene Betrachter die schwarzen Farben, in denen Flatters sein Leben malt, darin nicht finden, zumindest nicht vor der Juli-Revolution. Kann man ihm glauben, wie er schon 1830 an den Innenminister schreibt, daß 15 Jahre Mißgeschicke hinter ihm liegen? Kann man Flatters abnehmen, wie er in einem Klagebrief an den Kultusminister d'Argout am 23. April 1831 schreibt, daß er seit 15 Jahren der Betrogene sei, „zerrieben zwischen der schändlichen Kommission der schönen Künste und der Bürokratie des Kultusministeriums“)? 1830 dürfte für ihn ein entscheidender Einschnitt gewesen sein. Aber diese Situation teilte er mit vielen Pariser Künstlern. Heinrich Heine, der seit 1830 in Paris lebte und die deutschen Leser mit Ausstellungsberichten über den Salon von 1831 und 1833 unterhielt, schrieb in dem 1833 verfaßten Nachtrag zum „Salon“: „Allgemein ist die Klage der Künstler über die allzu große Sparsamkeit des Königs. Als Herzog von Orléans, heißt es, habe er die Künste eifriger beschützt. (...) Sein Geist ist vielleicht jetzt zu sehr politisch befangen, als daß er sich mit Kunstsa-chen so eifrig wie ehemals beschäftigen könnte“).

So viel läßt sich zumindest den Briefen Flatters entnehmen: Die Aufträge von Privatper-

sonen bedeuteten ihm längst nicht soviel, ja, er achtete sie gering im Vergleich zu Aufträgen von staatlicher Seite. Das waren die Arbeiten, die für ihn zählten, von denen er sich Ruhm und Nachruhm versprach. Er glaubte auf solche Aufträge um so mehr Anspruch zu haben, als die Aufnahme seiner Werke in die Ausstellungen des Salons, die Auszeichnungen, die er erhalten hatte, eine Bestätigung dafür waren, daß er im Sinne der „offiziellen Kunst“ arbeitete. Aber Paris — so registrierte Flatters anklagend — schmückte seine öffentlichen Gebäude ohne ihn.

Daß sich Flatters um staatliche Aufträge bemühte — und scheiterte, belegt die große radierte Wiedergabe seines Entwurfs für die plastische Ausschmückung des Giebelfeldes der Madeleine-Kirche in Paris, die sich zusammen mit einer ausführlichen Erläuterung Flatters' in der Pariser Nationalbibliothek erhalten hat¹¹⁾. Nach dem Ende der napoleonischen Herrschaft war die Ausstattung des damals noch jungen Kirchenbaus der Ste. Marie-Madeleine-Kirche, die Napoleon in einen Ruhmestempel für seine Soldaten umzuändern plante, zügig betrieben worden. Aber Flatters' Entwurf für das Giebelfeld kam nicht zur Ausführung. Wohl aber konnte sein Kollege und Rivale Pradier zur Ausschmückung des Innenraums mit einer Skulptur beitragen. Zwar sind in Flatters' Werkverzeichnis nach 1830 noch einige Marmorbüsten verzeichnet, die vom König gekauft wurden, ebenso nahm ihm die Regierung 1838 und 1839 zwei Büsten ab, die aus dem Kulturfonds bezahlt

Abb. 4. Jean-Jacques Flatters: Turenne; Musée Versailles, Inv.-Nr. MV 2732



Abb. 5. Jean-Jacques Flatters: Bruey d'Aigalliers; Musée Versailles, Inv.-Nr. MV 2757



wurden, aber mit diesen Porträts konnte Flatters die gestalterischen Möglichkeiten, zu denen er sich fähig fühlte, nicht genügend ausschöpfen.

Flatters schuf seine Werke in Gips, Bronze und Marmor. Weißer Marmor war das bevorzugte Material der klassizistischen Bildhauer, dessen Glätte und Kühle ihrem Kunstideal am meisten entsprach. Es war aber auch ein teures Material, das zu beschaffen den Bildhauer große Summen kostete. Zweimal war Flatters für Arbeiten, die das Innenministerium bei ihm bestellt hatte, außer dem vereinbarten Honorar auch ein Marmorblock zur Verfügung gestellt worden. Die hohen Materialkosten dürften mit wirtschaftlichen Not Flatters' nach 1830 beigetragen haben, denn, konnte der Bildhauer ein marmorernes Werk nicht verkaufen, so hatte er auch diese Kosten zu tragen. Wie sehr ihn dies belastete, zeigt die Geschichte seines „Ganymed“. Diese in Lebensgröße geschaffene Marmorstatue des griechischen Mundschenks und Geliebten des Zeus hatte er im Salon von 1822 ausgestellt. Damit hatte er sich an eine Figur gewagt, die von griechischen Bildhauern und weltbekannten Malern mehrfach dargestellt worden war. Die Statue war zunächst für den preußischen König bestimmt, der sich aber weigerte, sie anzunehmen, weil Ganymed nackt wäre. Daraufhin bot Flatters die Figur dem niederländischen König an. Aber auch dieser lehnte ab. 1839 wurde der „Ganymed“ im Museum von Brüssel aufgestellt, wo er auf einen Käufer wartete. Am 19. April 1839 wandte sich der Bildhauer hilfesuchend an einen ehemaligen Atelierskollegen, Francois-Joseph Navez, mit der Bitte, ihm bei der Suche nach einem Käufer zu helfen: „Sie wissen“, schreibt er, „daß ein solches Werk eine Menge Unkosten verursacht. Diese Statue hat mich an ausgelegtem Geld 7 800 Francs gekostet. Wenn es Ihnen gelingt, sie bei der Regierung oder anderen Personen für das Geld unterzubringen, das sie mich gekostet hat, so würden Sie mir heute einen ungeheuren Dienst erweisen“¹²⁾, denn er befand sich, so klagt er am Schluß des Briefes, in einer armseligen Lage.

Die wirtschaftliche Situation Flatters' hatte sich nach dem Fall der Bourbonen immer mehr verschlechtert. Ein finanzielles Desaster wurde für ihn zudem 1836 die Edition einer französischen Ausgabe des englischen religiösen Epos „Paradise lost“ von John Milton, für die Flatters 55 Stahlstiche anfertigte. Thieme-Becker ordnet diese Stahlstiche einer Edition Miltons durch den französischen Politiker und Schriftsteller Francois René Chateaubriand zu. Nach Auskunft der „Bibliothèque nationale“ in Paris existiert aber „keine Ausgabe 1836 von diesem Werk, das Stahlstiche Jean Jacques Flatters' enthält“¹³⁾. Es muß sich um eine andere Edition des in Frankreich bekannten Werkes handeln, nach dem auch Flatters bereits 1827 Figuren geschaffen hatte. Für die Edition fast zehn Jahre später suchte Flatters die finanzielle Unterstützung des Königs, den er Ende 1835 um

50 000 Francs Vorschuß für die Publikationskosten bat. Die Antwort des Königs war abschlägig, wie aus einem Brief vom 17. Januar 1836 an den französischen Innenminister hervorgeht, den Flatters persönlich kannte und wohl auch in seiner Wohnung in der Rue Ste. Appoline in der Nähe des Gare de l'Est, in die Flatters inzwischen gezogen war, empfangen hatte. In diesem Brief erinnerte Flatters ihn an die Worte, die er bei diesem Besuch gesagt hatte: daß die Haltung der Regierung Flatters gegenüber abscheulich und es eine Ungerechtigkeit sei, daß Flatters, einer unserer besten Bildhauer, keine Aufträge habe. Es war wohl Flatters' Bourbonen-Vergangenheit, die ihm nach der Juli-Revolution eine künstlerische Anerkennung versagte und an der auch seine Intervention beim französischen Innenminister, der Flatters gegenüber die Ansicht vertreten hatte, daß die Regierung nicht nach der politischen Meinung von einem Künstler, sondern allein nach dessen Talent fragen sollte, nichts ändern konnte.

Flatters wurde ein Sozialfall. Seit 1833 erhielt er vom Staat 500 Francs als Wohngeld, ohne damit wirtschaftlich überleben zu können. Im August 1836 erhielt die Königin einen verzweifelten Brief des Bildhauers, in dem Klage und Forderung Hand in Hand gehen. Er drohte damit, sich mit seiner Familie ins Wasser zu stürzen, wenn die Königin ihm nicht zu Hilfe eile und für ihn Aufträge erreiche, auf die er ein Recht habe, so gut wie jeder andere. Nach sechs Jahren ohne Aufträge habe seine Not einen Gipfel erreicht, alles sei ihm gepfändet worden. Nichts sei ihm mehr geblieben als seine Redlichkeit, und das — die große Gebärde kennt Flatters immer noch — sei wenig in diesem Jahrhundert, das sei ein Lebensmittel, das keinen Wert mehr habe¹⁴⁾.

Daraufhin bekam er auf Veranlassung der Königin eine Zuwendung von 200 Francs. Aber der verarmte und vom Glauben an Intrigen besessene Flatters konnte im Pariser Kunstleben nicht mehr Fuß fassen. Zunächst verließ er Paris — 1833 wohnte er in Ivry-sur-Seine —, dann Frankreich. In England, wo er 1842 ansässig war, suchte er noch einmal an ruhmreichere Zeiten anzuknüpfen. Unter Königin Victoria bestand ein reger Kulturaustausch mit Frankreich. Bereits 1831 war eine Bronzestatue von Flatters nach London geschickt worden. 1842 stellte er einige Büsten in der „Royal Academy“ aus und porträtierte die junge Queen Victoria. Diese Skulptur ist heute im „Victoria and Albert Museum“ zu sehen¹⁵⁾. In England erfuhr Flatters noch eine späte Ehrung. Seine Illustrationen für Miltons „Verlorenes Paradies“ wurden für eine englische Ausgabe dieses Werkes 1851 verwendet.

Das erlebte Flatters nicht mehr. Am 19. August 1845 starb er in Paris im Hôpital Beaujon. Sein Tod war für die französische Kunstszene immerhin ein Ereignis, das mit einem Nekrolog bedacht wurde¹⁶⁾. Das nach der Episode der französischen Fremdherrschaft wieder

preußisch gewordene Krefeld blickte in dieser Zeit nur mit nationalem Zorn nach Frankreich — seit 1840 schwellte die Rheinkrise — und merkte deshalb nicht, daß in der an deutschen Künstlerschicksalen so reichen Stadt Paris ein Krefelder Künstlerschicksal zu Ende gegangen war.

Anmerkungen

¹⁾ Thieme-Becker, Allgemeines Lexikon der bildenden Künstler, Leipzig 1907 ff.

²⁾ Walter Kordt, Johann Jakob Flatters, in: Krefeld — klassisch und anders, Krefeld 1959.

³⁾ Walther Höller, Ernst Köppen, Sie kamen aus Krefeld, Krefeld 1982.

⁴⁾ D(ratz), H(eilge), Eine Künstlerkarriere in Paris, in: Rheinische Post, Nr. 271, Krefeld 1986.

⁵⁾ Archives nationales, F¹⁴ 4^e série, 6, zit. bei Lami, Dictionnaire des sculpteurs du XIX. siècle, Paris, S. 375, die Übersetzung stammt hier wie in den folgenden Briefen von der Verfasserin.

⁶⁾ Lami, S. 374.

⁷⁾ Lami, S. 374.

⁸⁾ Lami, S. 374.

⁹⁾ Lami, S. 377.

¹⁰⁾ Heine, Heinrich, Sämtliche Werke in 7 Bd., hrsg. von Ernst Elster, Leipzig und Wien, o.J., Bd. 4, S. 82.

¹¹⁾ StA Krefeld, Nr. 2161.

¹²⁾ Lami, S. 374.

¹³⁾ Brief vom 5. Oktober 1993.

¹⁴⁾ Lami, S. 374.

¹⁵⁾ D(ratz), H(eilge), ebd.

¹⁶⁾ Leclerc, A., Flatters sculpteur statuaire, 1845, zit. bei Lami, S. 378.

Neue Untersuchungen zur Baugeschichte der Burg Linn

von Christoph Reichmann

Die ältere Forschung

Die Ruine der 1702 ausgebrannten Burg Linn war bis zum Beginn unseres Jahrhunderts so stark mit Efeu überwuchert, daß genauere Untersuchungen zur Baugeschichte kaum durchgeführt werden konnten (Abb. 1). Paul Clemen widmete ihr deswegen in seinem 1896 erschienenen Denkmälerinventar¹⁾ auch nur eine recht allgemein gehaltene Beschreibung, unterlegt mit einem, im Detail ziemlich ungenauen Grundriß²⁾. Aufgrund der historischen Nachrichten und wegen der durchgängigen Ziegelbauweise war man ohnehin allgemein der Ansicht, daß die erhaltenen Ruinen im wesentlichen von einem Neubau des Kölner Erzbischofs Friedrich von Saarwerden (1370—1414) herrührten. Clemen unterschied zwar bereits zwischen der inneren Kernburg und einer später hinzugefügten äußeren Zwingermauer, doch sah er in der Kernburg keinerlei Reste mehr aus der Zeit der ersten urkundlichen Erwähnung (1188 *alodium de Linne*, 1299 *castrum Lynne*), sondern datierte die noch aufrecht stehenden Teile — in Übereinstimmung mit den Formen der Burgkapelle — insgesamt erst in das ausgehende 14. Jahrhundert.

Die erste genauere und systematische Untersuchung zur Baugeschichte verdanken wir A. Steeger³⁾. Im Zuge einer zwischen 1941 und 1954 durchgeführten umfassenden Sanierung der immer weiter zerfallenden Ruine ließ er das Mauerwerk vollständig vom Bewuchs befreien und anschließend ein einfaches, aber alle aufrechtstehenden Mauerpartien umfassendes Aufmaß anfertigen. Dabei stellte er fest, daß in den Außenmauern der ringförmig angeordneten Wohnflügel der annähernd vollständige Zinnenkranz einer älteren Wehrmauer erhalten war. Das veranlaßte ihn, im Nordwesten der Burg, dort wo die angrenzenden Wohnflügel wegen ihrer ursprünglichen Fachwerkkonstruktion besonders schlecht erhalten waren, einen Teil dieser älteren Wehrmauer einschließlich eines zugehörigen Mauerturmes freizulegen und deren beschädigte Teile wiederherzustellen. Der heutige Burgbesucher erhält damit einen anschaulichen Eindruck vom Erscheinungsbild dieser älteren Ringmauerburg (Abb. 2).

Schließlich gelang es Steeger, eine komplizierte Bauabfolge herauszuarbeiten: Als älteste Phase ermittelte er eine Erdhügelburg, eine sogenannte *Motte*. Ihre zwischen 6 und



Abb. 1. Burg Linn um 1910; Zeichnung von Agnes Kaiser

Abb. 2. Blick auf die von Steeger rekonstruierte Wehrmauer



7 m hohe Erdanschüttung ist bis heute unter der Kernburg erhalten (Abb. 3). Zwar erreichte Steeger nicht die Sohle der Aufschüttung, so daß eine noch ältere ebenerdig Anlage nicht mit Sicherheit ausgeschlossen werden kann, doch stieß er bei einem circa 2 m tief herabgeführten Grabungsschnitt im Inneren des Burghofes auf einige Holzpfähle, die darauf hindeuten scheinen, daß die erste Bebauung des Burghügels ganz in Holz ausgeführt war. Der vor ungefähr 20 Jahren durch das Rheinische Landesmuseum Bonn ausgegrabene Burghügel am Kloster Meer in Meerbusch⁶⁾ vermittelt ein recht anschauliches Bild vom Aussehen einer derartigen Holzburg. Burg Meer wurde, wie die dendrochronologische Untersuchung einiger Pfähle gezeigt hat, kurz nach dem Jahre 1000 auf einer künstlichen Insel im „Meer“, einem alten Rheinarm, angelegt und mit mehreren kleinen Holzhäusern bebaut, deren Wände ähnlich aufgebaut waren, wie die heute noch in Norwegen erhaltenen Stabkirchen. Die frühen Holzburgen waren demnach keineswegs ganz schlichte oder fast bäuerliche Anlagen.

Das genaue Alter der ersten Linner Burg ließ sich bislang nicht ermitteln, doch liegt die Annahme nahe, daß sie wie die meisten Anlagen ähnlicher Form und Größe bis in das 11. Jahrhundert zurückreicht⁶⁾. Das Geschlecht der Herren von Linn erscheint aller-

dings erst seit 1186 im überlieferten Urkundenbestand, so daß wir für die Zeit vorher keine sicheren Anhaltspunkte besitzen. Schließlich reichen auch die von Steeger im Burghof geborgenen Scherben nicht weiter zurück als bis in die Mitte des 12. Jahrhunderts⁶⁾. Allerdings stieß er bei seinen Grabungen oberhalb der erwähnten Holzbalken auf die Grundmauern eines abgebrochenen Turmes, der nicht aus Backsteinen, sondern aus verschiedenen Natursteinen aufgebaut war (Abb. 4). Wahrscheinlich stammte der größte Teil des Baumaterials — Tuffe, Grauwacken und Rollsteine — aus den römischen Ruinen im nahen Gellep. Steeger sah in diesem Bauwerk die Burg der Herren von Linn, die 1186 ein erstes und 1264 ein letztes Mal genannt werden, und datierte es dementsprechend in die zweite Hälfte des 12. Jahrhunderts. „Wahrscheinlich war es der Bau der Herren von Linne, dessen Allod der Kölner Erzbischof Philipp von Heinsberg um 1188 erwarb“⁷⁾.

Den nächsten Schritt in der Entwicklung der Burganlage bildete die Errichtung der oben bereits erwähnten Ringmauer aus Backsteinen. Zusammen mit ihr wurden nicht weniger als sechs flankierende Wehrtürme unterschiedlicher Größe erbaut, von denen allerdings nur fünf (in Teilen) bis heute erhalten sind. Der sechste wurde später durch den

mächtigen Bergfried ersetzt. Nach Steeger erfolgte anschließend in mehreren Abschnitten der weitere Ausbau zur geschlossenen Ringflügelburg, beginnend mit dem Palas oder Rittersaal noch im 14. Jahrhundert und endend mit den Fachwerkflügeln vor den westlichen und südlichen Mauerabschnitten. Auch die mächtige Torfestung wurde erst nachträglich zu ihrer jetzigen Größe ausgebaut. Den Abschluß der mittelalterlichen Hochburg bildete schließlich die Errichtung der polygonalen äußeren Wehrmauer. Steeger datierte sie in das ausgehende 15. Jahrhundert, was auch durch die neueren Untersuchungen bestätigt werden konnte. Wahrscheinlich sind die urkundlich belegten, umfangreichen Bauarbeiten von 1478 mindestens teilweise hierauf zu beziehen⁸⁾. Während somit die Datierungsmöglichkeiten für die späte Wehrmauer relativ gut waren, konnte sich Steeger hinsichtlich der älteren Bauteile nach wie vor nur auf Vermutungen stützen. Als allgemeine Richtschnur diente ihm dabei vor allem die Einführung des Backsteinbaues gegen 1300, aber auch die schon erwähnte kunstgeschichtliche Einordnung der Burgkapelle neben dem unteren Rittersaal. Historisch gesehen, bedeutete dies eine Zuordnung der älteren Ringmauerburg an die Grafen von Kleve, die bis 1388 Burg und Land Linn direkt oder indirekt in Besitz hatten, und erst des nachfolgenden Ausbaus an die Erzbischöfe von Köln⁹⁾.

Der alte Steinturm

Steeger bezeichnete den alten, nur im Erdboden erhaltenen Steinturm wegen seiner isolierten Lage auf dem Burghügel zwar als Turm (Abb. 4), der langrechteckige Grundriß (7 x 13 m) und die verhältnismäßig schwachen Mauern von 0,60 bis 0,75 m Stärke zeigen allerdings, daß man hierunter keinen Wehrturm im engeren Sinne verstehen darf, das heißt keinen älteren Bergfried, sondern eher ein steinernes Wohnhaus, also einen Vorläufer des Palas (des Rittersaals). Wahrscheinlich besaß das Gebäude nicht mehr als drei Geschosse, einen Keller, ein Erd- und ein Obergeschoß, wobei der Zugang im allgemeinen über die eigentliche Wohnebene, das Obergeschoß, erfolgte. In diesem Falle scheint es aber auch im Kellergeschoß mindestens eine alte Außentür gegeben zu haben. Vermutlich handelt es sich um die in der Mitte der Nordseite gelegene Tür, wohingegen der von Steeger aufgedeckte Zugang an der Ostseite wegen seiner Asymmetrie und Ausrichtung auf das (jüngere) Burgtor vermutlich erst zu einem späteren Zeitpunkt angelegt wurde. Über einer der Kellertreppen dürfte sich der Außenaufgang zu den oberen Geschossen befunden haben. Da die Treppen vor den Kellertüren ungefähr auf das heutige Lauffniveau des Burginnenhofes hinaufführten, nahm Steeger an, daß der Keller etwa 2 m unter Niveau in den älteren Burghügel eingetieft gewesen sei. Ein im Vorfeld der neuerlichen Sanierung angelegter Schnitt am Rande des Burghügels

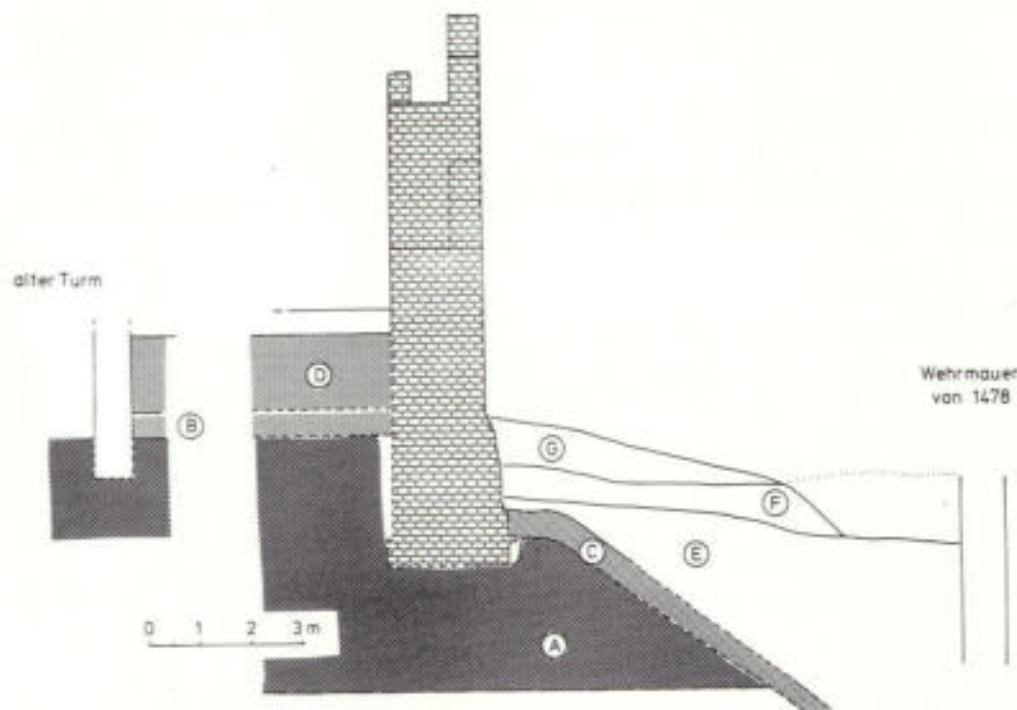


Abb. 3. Idealisierter Schnitt durch die Aufschüttungen des Burghügels und die ältere Ringmauer; A = alter Burghügel (Motte) vor 1170, B = erste Aufhöhung im Innenhof, möglicherweise von einplaniertem Erdwall der Holzbefestigung um 1192/1202, C = Nachbefestigung der äußeren Hügelschüttung um 1192/1215, D = Aufschüttung des Innenhofes um 1202/40, E = Anschüttung bei Errichtung der äußeren, jüngeren Wehrmauer 1478, F = Anschüttung zur Gewinnung von Geschützständen durch die hessische Besatzung 1644/45, G = Bodenumlagerung durch A. Steeger bei der Freilegung der äußeren Wehrmauer 1948/50

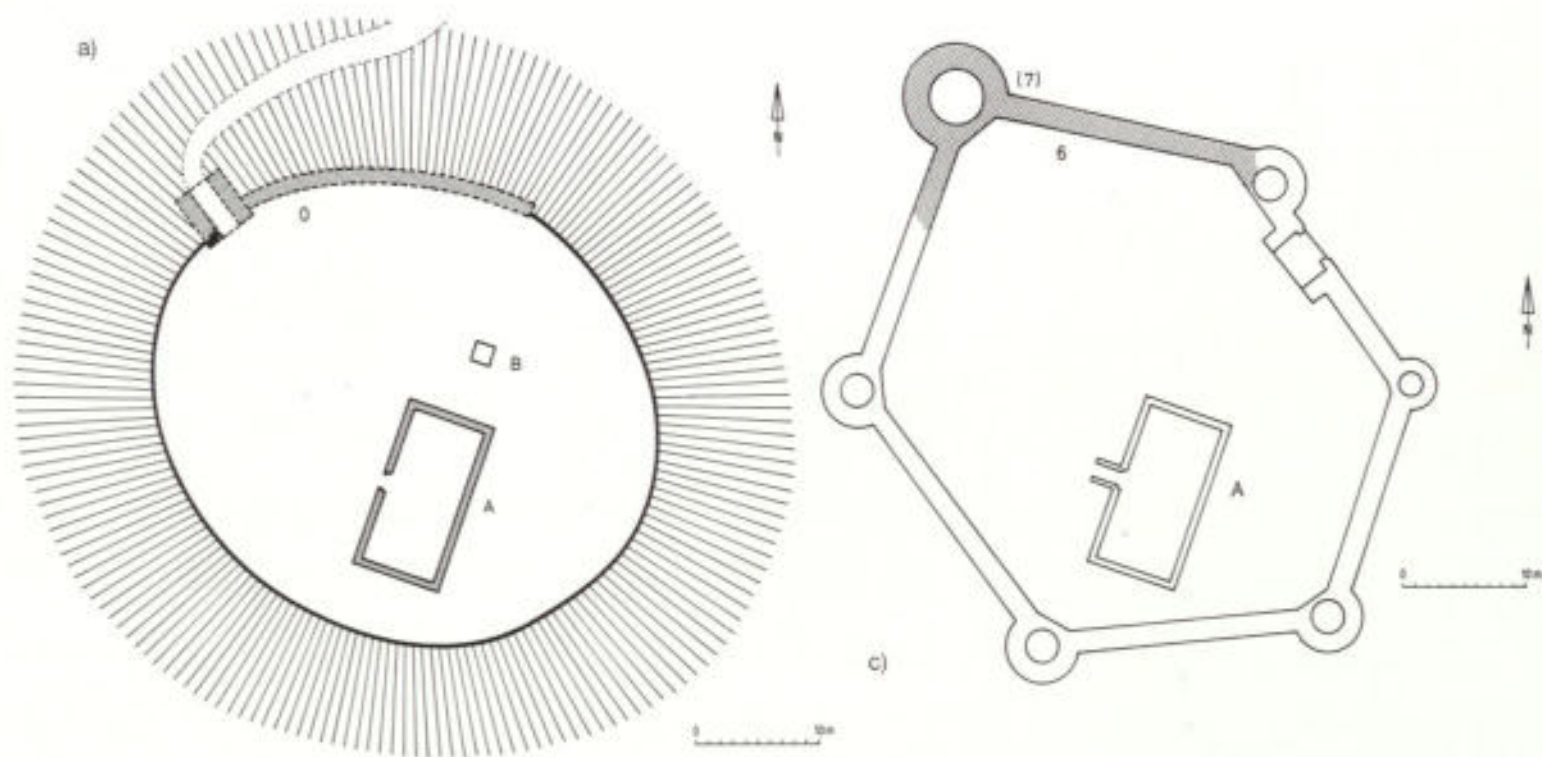
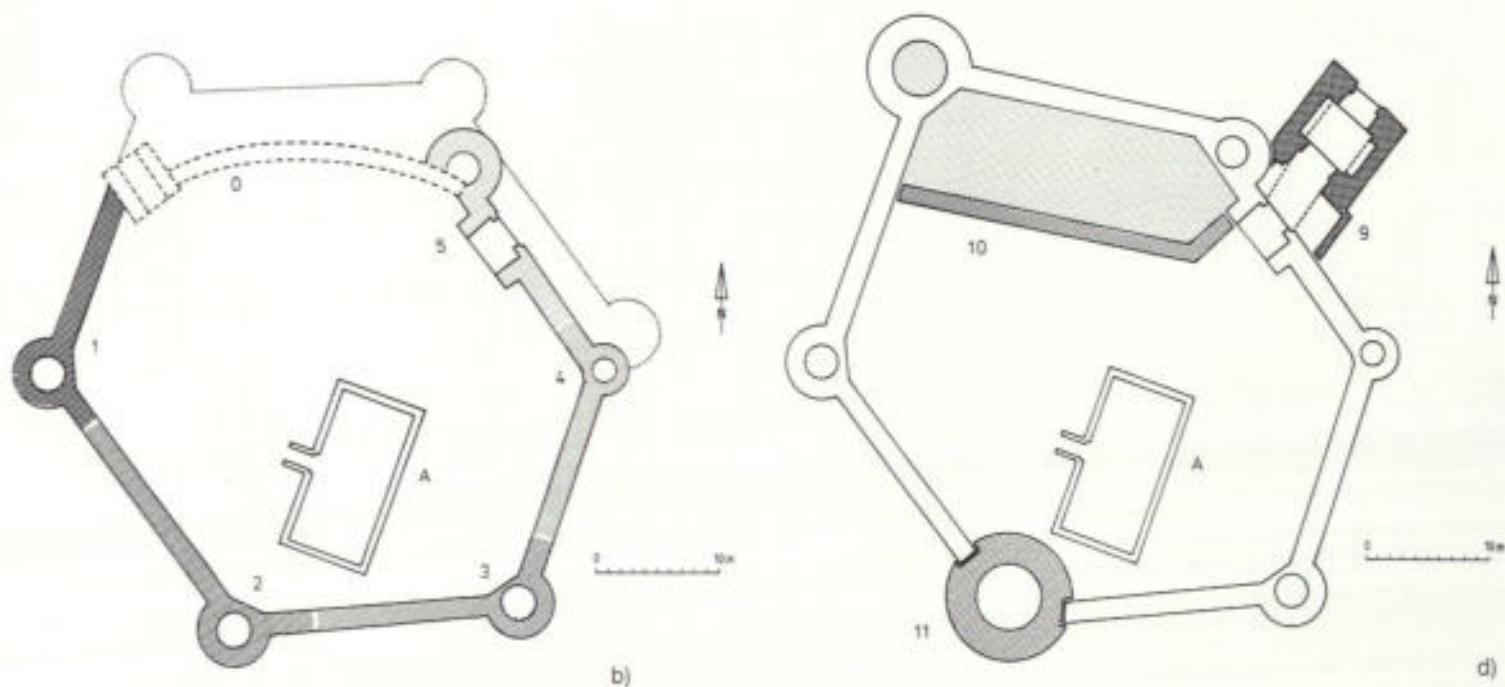


Abb. 5. Rekonstruktion der Grundriß-Entwicklung:
 a) um 1170/80 — aufgeschütteter Erdhügel (Motte) mit hölzerner Ringmauer sowie vermuteter steinerner Schildmauer und Torhaus an der Vorburgseite (0); im Innenraum der „alte Steinturm“ (A) und eine Zisterne (B) sowie vermutlich weitere Holzgebäude
 b) um 1192/1202 — ältere Ringmauer aus Backstein mit den Bauabschnitten 1 — 5 und vermuteter Planung noch zur Zeit der Errichtung von Abschnitt 3 (gepunktete Linie)
 c) um 1205/15 — Abschluß der älteren Ringmauer nach Ersatz der Schildmauer (0) durch die Bauabschnitte 6 und 7
 d) um 1270/90 — erster Ausbau unter den Grafen von Kleve mit neuem Torhaus (Bauabschnitt 9), Palas (Abschnitt 10) und Bergfried (Abschnitt 11)



und eine Auswertung des seinerzeit durch Steeger geborgenen Fundmaterials aus dem Turmbereich lassen allerdings vermuten, daß die erhaltenen Kellertreppen erst später angefügt worden sind und der „Keller“ ursprünglich — wenn überhaupt — nur schwach eingetieft gewesen ist, mithin der alte Burghügel um 1188 noch etwa 2 m niedriger war als heute (vgl. Abb. 3). Eine Bestätigung für diese Annahme erbrachte ein jetzt neben dem Turm angelegter Leitungsgraben (Näheres dazu weiter unten).

Außerdem legen die Funde die Vermutung nahe, daß der alte „Turm“, wenngleich er dicht bis an den neuen Bergfried heranreichte, nicht schon bei dessen Errichtung weichen mußte, sondern noch bis zur Mitte des 16. Jahrhunderts im Burghof aufrechtgestanden hat. Einen weiteren Hinweis darauf scheint der alte Außenzugang des Bergfriedes zu liefern, denn er zeigt noch den Einschlagrahmen für eine kleine Zugbrücke sowie einen reichlich abgenutzten Lochstein für das Zugseil oder die Zugkette der Brücke. Zwar ist nicht ganz auszuschließen, daß es sich bei der Zugbrücke nur um eine Plattform für die im Gefahrenfalle abwerfbare hölzerne Leiter gehandelt hat, doch wäre eine derartige Konstruktion zumindest ungewöhnlich. Wahrscheinlicher ist wohl, daß die Zugbrücke den neuen Bergfried mit dem alten „Turm“ verbunden hat. Trifft dies zu, so besitzen wir damit auch einen zuverlässigen Anhalt für die Rekonstruktion der ursprünglichen Höhe des alten „Turmes“, nämlich rund 9 m. In Anbetracht der geringen Wandstärke des Untergeschosses kann allerdings nicht ausgeschlossen werden, daß das dritte Geschoß ganz in Holz aufgesetzt worden war. Einen Hinweis auf die Dachform scheint schließlich eine bereits durch Steeger aufgedeckte kleine Zisterne vor der dem Burgtor zugewandten schmalen Stirnseite des Gebäudes zu liefern (Abb. 4 und 5), verweist sie doch auf die Lage eines Wasserspeiers in der Mitte der darüberstehenden Wand und damit auf ein innen liegendes Dach.

Die geringe Mauerstärke des alten Burghauses läßt zudem vermuten, daß es zu keiner Zeit frei auf dem Hügel gestanden hat, sondern schon vor dem Bau der backsteinernen Ringmauer durch eine andere Umwehrung geschützt wurde. In Betracht kommen hier sowohl eine einfache Holzpalisade als auch eine durch Erdhinterschüttung oder Grassoden verstärkte Holzwand. Außerdem konnte durch den erwähnten Einschnitt am nördlichen Hügelrand nachgewiesen werden, daß der Hügel anfangs zwar niedriger gewesen ist, aber doch schon etwa seine heutige Fläche eingenommen hat. Das bedeutet, daß die exzentrische Lage des alten Burghauses keineswegs eine Folge der Hügelverweiterung für den Ringmauerbau gewesen ist und es somit höchstwahrscheinlich neben der älteren Wehrmauer aus Holz auch noch andere, wahrscheinlich ebenfalls hölzerne Nebengebäude auf dem Burghügel gegeben hat.

Schließlich hat sich am Nordende des Rittersaales, im Anschluß an die Ringmauer, ein größerer Mauersockel aus Tuffstein erhalten. Zwar wurden die oberen Lagen der Tuffsteine bei der Errichtung des Rittersaales offenbar neu aufgesetzt, doch steht das Fundament im originalen Verband. Auch lassen sich an zahlreichen anderen Stellen des Rittersaales (Palas) im Mauerwerk einzelne Tuffsteine oder auch Gruppen von Tuffsteinen beobachten. Da sie aus chronologischen Gründen nicht vom Abriß des alten Steinturmes stammen können, deuten sie auf ein zweites Natursteinbauwerk in der älteren Burg, eines, das dem Bau des Palas hatte weichen müssen. Aus der Lage des Fundamentes zum alten Turm und wegen des Umstandes, daß genau an dieser Stelle mit dem Bau der Backstein-Ringmauer begonnen wurde, könnte man schließen, daß dort ein älteres Torhaus gestanden hat, vielleicht in Verbindung mit einer zur Vorburg weisenden Schildmauer (Abb. 5a). Gerade bei den ganz oder teilweise aus Holz errichteten Burgen gehörte es durchaus zu den üblichen Sicherheitsvorkehrungen, den Hauptzugang nicht direkt der Vorburg zuzuwenden, sondern einen möglichst lange parallel zur Wehrmauer verlaufenden Aufweg vorzulegen. Auf diese Weise war ein auf dem Weg angreifender Gegner sehr viel wirkungsvoller zu bekämpfen.

Die Anfänge des Backsteinbaus

In den letzten Jahren haben sich die Anhaltspunkte für das Aufkommen des Backsteinbaus erheblich vermehrt. Der älteste, sicher datierte Backsteinbau in den Niederlanden, das Zisterzienserkloster Klaarkamp in Friesland, war um 1163 bereits im Bau¹³. Ungefähr zur gleichen Zeit scheint Herzog Heinrich der Löwe den Backsteinbau in Sachsen sowie auch in Teilen Bayerns eingeführt zu haben¹⁴. Als ältester niederrheinischer Befund (um 1150) gelten Teile der Fundamente von St. Gangolf in Heinsberg¹⁵. Auch beim Neubau der nahen Pfalz von Kaiserswerth wurden um 1187 bereits Backsteine in den Fenster- und Türgewänden verbaut. Die Wände bestanden allerdings immer noch aus Naturstein — Basalt und Trachyt. Auch besitzen die erwähnten Backsteine ein ganz ungewöhnlich großes Format. Anders als in den nördlichen Niederlanden oder in Norddeutschland sind die Funde von Backsteinen aus der Zeit vor 1200 am Niederrhein noch sehr selten. Aber schon wenige Jahrzehnte später, bald nach 1200, scheint die Backstein-Verwendung recht verbreitet gewesen zu sein. Die Stadtmauer von Duisburg legt ein eindrucksvolles Zeugnis davon ab¹⁶. Allerdings wurden die Backsteine anfangs, wie die Befunde zeigen, meist in den nicht sichtbaren Teilen der Gebäude verwendet. Offenbar galt der Backstein noch als minderwertiges oder doch zumindest unschönes Material. Vor allem die Kirchenbauten wurden vielfach bis zum Beginn des 14. Jahrhunderts äußerlich mit Tuffsteinen verkleidet. Als Beispiel mag die um 1300 errichte-

te alte Pfarrkirche St. Margareta von Linn¹⁴ gelten, deren Fundamente aus Backstein bestanden, während das Aufgehende in traditioneller Tuffstein-Bauweise errichtet war. Die frühere Auffassung, daß der Tuffstein erst um 1300 endgültig durch den Backstein verdrängt wurde, ist somit nicht ganz unbegründet¹⁹. Sie gilt allerdings nicht generell für die Verwendung des neuen Baumaterials Backstein, sondern nur für die „Hoffähigkeit“ des Backsteins, für das vermehrte Auftreten ziegelsichtigen Mauerwerks an den Schauseiten der Bauwerke.

Zwar diente auch ein profanes Festungswerk wie die Ringmauer der Burg Linn in nicht geringem Maße repräsentativen Zwecken, doch traten diese sicherlich mehr in den Hintergrund, als dies bei einer Kirche der Fall war. Außerdem handelte es sich um ein nicht gerade kleines Bauvorhaben. Überschlägigen Berechnungen zur Folge waren zur Errichtung der Mauer einschließlich der flankierungstürme etwa 900 000 Backsteine herzustellen. Zweifellos hätte dies im Falle einer Naturstein-Verwendung ganz erhebliche Transportkosten verursacht. Zwar war auch der Backstein nicht ganz billig — man benötigte viel Zeit und Arbeitskraft für das Stechen und Aufbereiten des Lehms sowie einiges an Brandmaterial für die Befuerung der Öfen —, doch aufs Ganze gesehen war der Backstein am unteren Niederrhein sicherlich eine günstigere Alternative zum Naturstein, vorausgesetzt, ein Baumeister mit den entsprechenden Kenntnissen stand zur Verfügung. Für die Zeitstellung der Linner Ringmauer bedeutet dies zunächst, daß eine Errichtung um 1300 zwar nicht auszuschließen ist, aber doch auch nicht mehr als frühest möglicher Zeitpunkt angesehen werden kann. Als ein erstes Ergebnis der neuen Bauuntersuchung stellte sich überdies heraus, daß die Ringmauer ursprünglich außen verputzt gewesen ist und damit in ihrem Erscheinungsbild eigentlich eher den Anforderungen der Zeit vor 1300 entsprach.

Die Untersuchung der älteren Ringmauer — Backsteinformate und Mauerverband

Auf die Untersuchung der älteren Ringmauer wurde besondere Sorgfalt verwandt, handelt es sich doch um den sehr seltenen Fall einer bis heute annähernd vollständig erhaltenen hochmittelalterlichen Befestigung aus Backstein. Zwar gibt es am Rhein etliche mittelalterliche Burgruinen, doch gehören die meisten zu den Höhenburgen und diese wurden fast immer aus Natursteinen errichtet. Die backsteinernen Niederungsburgen dagegen wurden sehr häufig durch spätere, mit Teilabbrüchen verbundene Umbauten erheblich verändert. Besser erhaltene Anlagen in den Niederlanden oder dem norddeutschen Flachland gehören meist erst in das ausgehende 14. oder 15. Jahrhundert also in eine

spätere Zeit. Es genügte folglich nicht, eine genaue Vermessung des erhaltenen Baukörpers und seiner verschiedenen, noch vorhandenen oder später zugesetzten Öffnungen vorzunehmen, sondern es galt auch der besonderen Eigenart des Baumaterials, Backstein, gerecht zu werden. Im Unterschied zum Naturstein mußte es mit seiner Hilfe möglich sein, Genaueres über den Bauvorgang als solchen in Erfahrung zu bringen.

Unter der Voraussetzung, daß die benötigten Backsteine nicht in verschiedenen Ziegeleien zusammengekauft und willkürlich verbaut wurden — kontinuierlich arbeitende Ziegeleien hat es offenbar vor dem 14. Jahrhundert noch kaum gegeben —, darf bei einem Bauwerk dieser Größe die Möglichkeit, durch eine genaue Vermessung der Steine einzelne Brände und damit zugleich Bauabschnitte voneinander zu unterscheiden. Zwar stand die unregelmäßige Form der Einzelsteine einer millimetergenauen Vermessung entgegen, doch ließ sich dieser Mangel bis zu einem gewissen Grade durch ein einfaches Auszählverfahren ausgleichen. Gemessen wurde dabei nur mit einer Genauigkeit von 0,5 cm. Die anschließende Auszählung der verschiedenen Meßdaten ergab dann sowohl in der Variationsbreite als auch in den jeweiligen Anteilen ein charakteristisches Bild. Für den Vergleich untereinander war es natürlich einfacher, die tabellarische Darstellung wieder in numerische Werte umzurechnen. Insgesamt gesehen führte dies Verfahren zu äußerst interessanten Ergebnissen (Abb. 6). So ließen sich nicht allein die erwarteten Ziegelpartien unterscheiden, sondern es zeigte sich darüber hinaus, daß die den einzelnen Bauabschnitten zugrunde gelegten Backsteinformate keineswegs zufälligen Veränderungen unterlagen, sondern einer „gewollten“ Entwicklung. Es ergab sich demnach sowohl eine relative zeitliche Abfolge als auch ein aufschlußreicher Einblick in den technischen Vorgang des Bauens.

Um die Ergebnisse der Ziegemessungen kontrollieren zu können, wurden zugleich charakteristische Mauerpartien, vor allem die Nahtstellen zwischen den unterschiedlichen Formatbereichen, hinsichtlich ihrer Mauertechnik vermessen (Abb. 7 und 8). Wert gelegt wurde hierbei weniger auf Maßhaltigkeit, als vielmehr auf eine möglichst genaue Erfassung des Verbandes und seiner Abweichun-

Abb. 6. Gemessene Backsteinformate in der älteren Ringmauer der Burg Linn (Maßangaben in cm), aufgeteilt nach Bauabschnitten, die jeweils oben rechts angegebenen Maße der Stoßfugen beziehen sich auf die Differenz zum Fußmaß (30 cm), die unteren Maße dagegen auf die Differenz zwischen der Länge und Breite der Steine

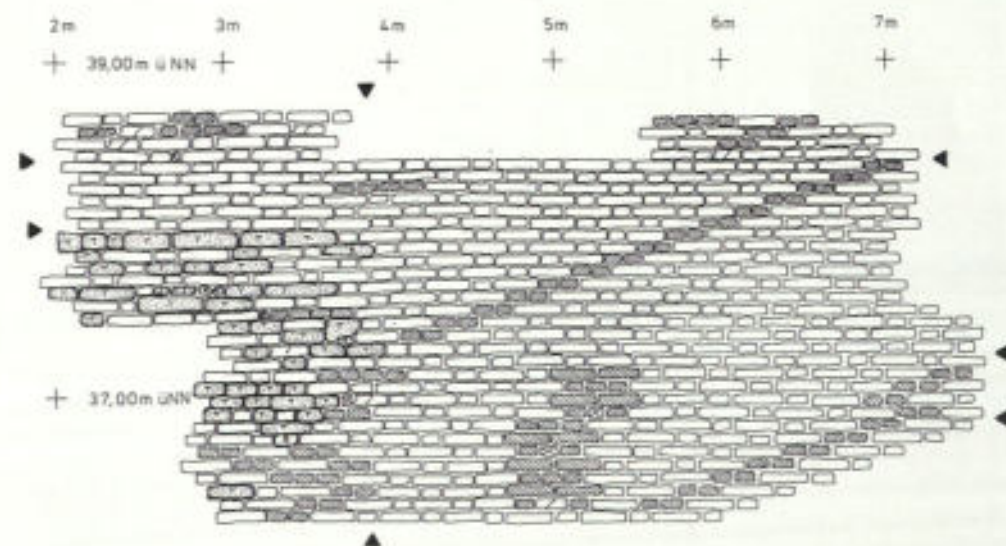
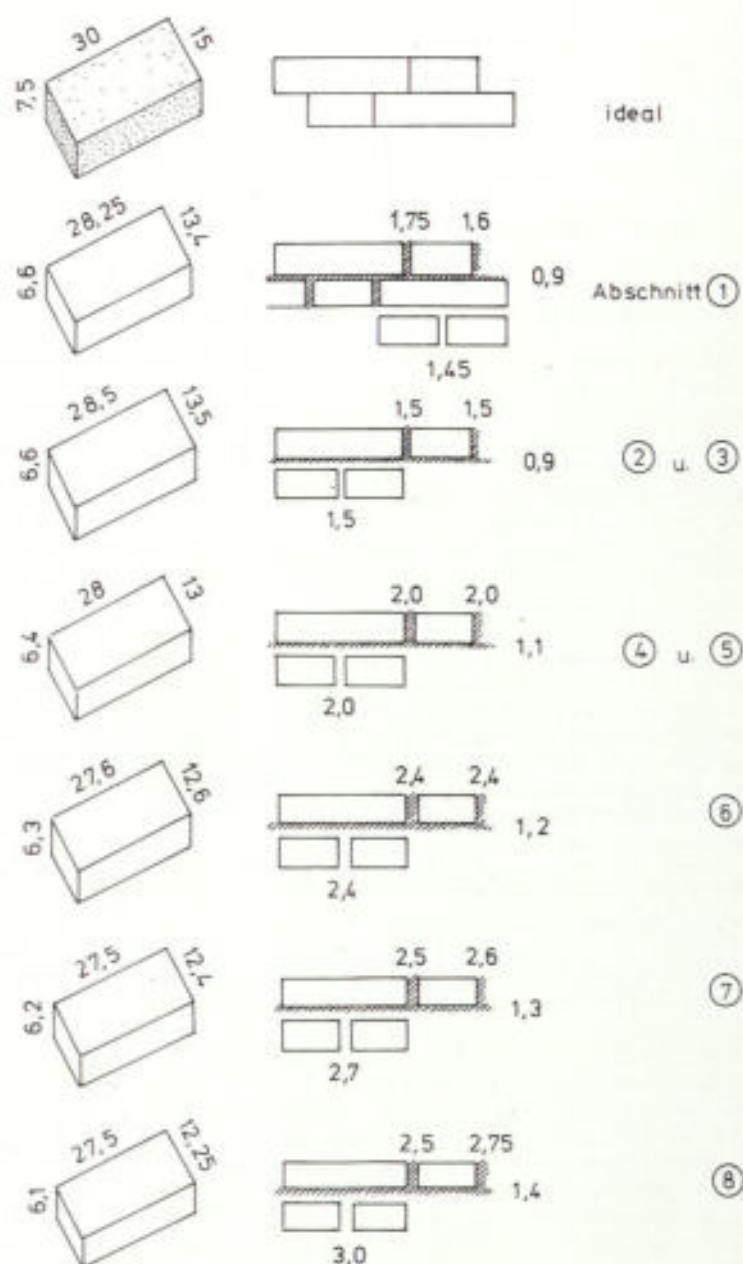


Abb. 7. Mauerverband im Schnittpunkt der Bauabschnitte 1 (links), 2 (rechts) und 8 (die obersten vier Lagen); weiter durch schwarze Dreiecke angezeigt sind interne Absätze (Unterbrechungen?) im horizontalen Mauer Aufbau; Signaturen: Naturstein: gepunktet, Dreiviertelstein: Schrägstrich, Viertelstein: Kreuz, Mehrfachbinder beziehungsweise -läufer: schraffiert

gen. Der übliche und auch hier durchgehend angewandte Mauerverband war der einfache Wechselverband, auch flämischer Verband genannt. Bei dieser Mauertechnik wurden Binder — quer zur Mauer verlegte Steine — und Läufer — längs verlegte Steine — in regelmäßigem Wechsel vermauert. Abweichungen vom angestrebten Mauerverband ergaben sich dabei vor allem durch ein Verschieben der einzelnen Steinlagen, das heißt Binder und Läufer befanden sich nach dem Aufsetzen mehrerer Lagen nicht mehr genau übereinander, so daß man gezwungen war, in der nächsten Lage einen Ausgleich durchzuführen, indem man zum Beispiel einmal zwei Binder oder zwei Läufer hintereinander verlegte oder aber einen „geschlagenen“, also einen Dreiviertel- oder Viertelstein einfügte. Regelmäßig verwendet wurden geschlagene Steine sonst eigentlich nur im Bereich von Mauerecken, -enden und -öffnungen, wie Schießscharten, Fenster und Türen (Abb. 8, 9 und 10).

Bei der Überprüfung des Mauerwerks zeigte sich sehr schnell, daß der Wechselverband im Laufe des Bauvorganges einem erheblichen Wandel unterlegen hatte. Während man in den ältesten Partien die Steine offenbar noch mit großer Sorgfalt, das heißt, sehr regelmäßig und dementsprechend nur im Bereich von Ausgleichssteinen, verlegt hatte, stieg der Umfang der Ausgleichsmaßnahmen mit jedem neuen Mauerabschnitt stark an. Bald gab es nicht

mehr nur Doppel-, sondern auch Mehrfachbinder und damit über das Maß eines einfachen Ausgleichs hinausgehende Unregelmäßigkeiten, die wohl als eine Folge gesunkener Sorgfalt und höherer Arbeitsgeschwindigkeit anzusehen sind. Ganz in Übereinstimmung damit befand sich die Entwicklung der Ziegelformate, denn sie richtete sich ebenfalls auf eine leichtere Verbaubarkeit der Steine (Abb. 6).

Von besonderem Interesse war allerdings die Beobachtung, daß man zu Beginn offensichtlich ein rein theoretisches, vom Fußmaß ausgehendes Steinmaß zugrunde legte. Es betrug einen ganzen Fuß in der Länge (= ein staufischer Fuß, rund 30 cm), einen halben in der Breite und einen Viertelfuß in der Höhe und dies abzüglich eines geringen Betrages für die Mörtelfuge. Die Mörtelfuge indes verursachte einige Probleme, denn man hatte offensichtlich nicht bedacht, daß im Wechselverband ein Läufer, aber zwei Binder je Fuß Mauerlänge benötigt wurden, man also bei Abzug einer gleichgroßen Mörtelfuge von der Länge wie von der Breite des Steines bei den Bindern schnell in Schwierigkeiten kam, weil man hier tatsächlich jeweils nur eine halbe Fuge zur Verfügung hatte (Abb. 6). Nun konnte man die Stoßfugen unterschiedlich breit anlegen, doch gefährdete dies nicht nur die Maßhaltigkeit des Mauerwerks, sondern erforderte auch eine besondere Konzentration vom Maurer. Folgerichtig versuchte man den Man-

gel schon im zweiten Bauabschnitt durch eine leichte Änderung des Formates zu beheben.

Offensichtlich hatte man aber zu diesem Zeitpunkt die genaue Ursache des Fugenproblems noch nicht ermittelt. Es war anscheinend nur aufgefallen, daß man bei den Läufern oft unschöne, überbreite Fugen bekam. Daher wählte man den falschen Weg und verlängerte den Stein, anstatt ihn in der Breite etwas zu reduzieren. Daß dies der richtigere Weg war, fand man dann aber noch vor dem Brand der vierten Steinpartie heraus. In der Folgezeit wurde die jetzt gefundene, optimale Relation von der Länge zur Breite des Steines immer beibehalten. Allerdings nahm man noch mehrfach eine geringfügige Verkleinerung des ganzen Steines vor, und zwar vermutlich deshalb, weil leichtere Steine mit einer Hand einfacher zu vermauern waren und insgesamt größere Stoßfugen ein schnelleres Mauern erlaubten. Zwar benötigte man jetzt etwas mehr Mörtel, doch wog dies die Vorteile beim Mauern selbst offenbar nicht auf.

Im Vergleich mit dem Mauerverband und seinen Unregelmäßigkeiten scheint dies bereits ein recht interessantes Licht auf den Bauvorgang sowie auch auf die Person des Baumeisters zu werfen. Zum einen wird deutlich, daß man offensichtlich nicht gleichzeitig Steine gebrannt und gemauert hat, sondern beide Tätigkeiten nacheinander erfolgten. Wahrscheinlich arbeiteten immer nur verhältnismäßig wenige Leute an der Burg, so daß man den Bauvorgang nicht nur in mehrere, vollständig getrennte Abschnitte hatte aufteilen müssen, sondern auch die einzelnen Bauabschnitte jeweils in eine Zeit der Vorbereitung — des Lehmstechens, Steineformens und -brennens — und eine Zeit des eigentlichen Bauens zerfielen. Aber anscheinend standen dem Bauherrn nicht nur verhältnismäßig begrenzte Mittel für die Bezahlung oder den Unterhalt der Arbeitskräfte zur Verfügung, auch bei der Besoldung des Baumeisters hatte er nicht allzuviel anlegen können. Allem Anschein nach verfügte der Baumeister zwar über einige theoretische Kenntnisse im Ziegelbau — er wußte, wie man Backsteine herstellt und wie ein Wechselverband auszu-sehen hatte —, ausreichende praktische Erfahrungen scheinen ihm jedoch noch gefehlt zu haben, andernfalls wäre ihm der anfängliche Formatfehler kaum unterlaufen. Ein weiteres interessantes Indiz in diese Richtung liefert der erste Bauabschnitt (im westlichen Abschnitt der Mauer), denn er wurde als einziger Abschnitt nicht allein aus Backsteinen, sondern aus einer Mischung von Tuffen, Kieseln, Grauwacken, Trachyten und Backsteinen errichtet (Abb. 7, 11 und 12). Dabei wandte man fast durchgehend den neuen Backsteinverband an, das heißt man vermauerte auch die Natursteine in durchgehenden, mauerbreiten Lagen und soweit als möglich in den Wechselverband eingepaßt und nicht, wie sonst im Natursteinbau üblich, in Zweischalentechnik. Zweifellos war dies ein sehr

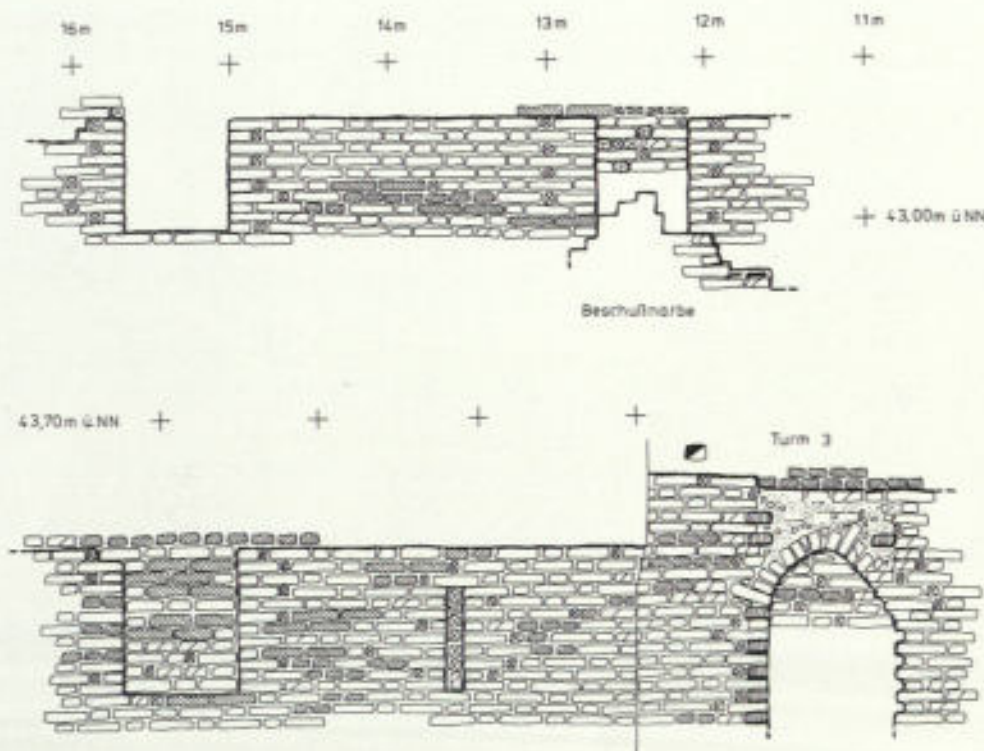


Abb. 8. Mauerwerksaufnahme (Signaturen siehe Abb. 7); a = Zinne und Zinnenluken im Bereich des Palas wohl noch im unveränderten Zustand des Bauabschnittes 8 um 1240/50, b = Zinne mit Luke und Schießscharte am Küchenflügel nach Umbau im 14. Jahrhundert, rechts: oberer Abschluß des vermauerten Abtrittes in Turm 3

mühsames und vor allem außerordentlich zeitraubendes Verfahren, denn die Maurer mußten beinahe jeden Stein einzeln aussuchen. Auch dies ist wohl ein deutlicher Hinweis auf mangelnde Erfahrung, und zwar nicht allein im Backsteinbau, sondern im Mauern überhaupt, denn andernfalls hätte man sich kaum einer derart unnützen Quälerei unterzogen. Außerdem zeigt dieses Verfahren deutlich, daß man den Backstein zu Beginn der Baumaßnahme nicht allein als im Vergleich zum Naturstein unschöneres, sondern auch weniger festes Material ansah. Hier ist allerdings zu fragen, ob diese Auffassung allein dem Baumeister anzulasten ist, oder ob nicht auch der Bauherr dabei ein gewichtiges Wort mitgeredet hat.

Der Bauplan — Versuch einer Rekonstruktion

Sicherlich allein vom Bauherren zu verantworten ist aber der Bauplan und insbesondere der Bauvorgang in kleinen Abschnitten, denn er gehörte sicher nicht zum üblichen Bauverfahren. Normalerweise war man bemüht, einen Festungsring möglichst schnell zu schließen¹⁹⁾. Ohne die ständige Einbeziehung der bereits vorhandenen älteren Befestigung, die folglich auch nur in Abschnitten abgerissen werden konnte, wäre das Verfahren im übrigen gar nicht durchführbar gewesen. Die Zerlegung des Mauerringes in wenigstens fünf, meist nur einen Turm nebst

anschließenden Mauerteilen umfassende Abschnitte (Abb. 5 b) läßt folglich den Schluß zu, daß das gewiß recht ehrgeizige Bauprojekt die finanziellen Möglichkeiten des Bauherren aufs äußerste strapaziert hat. Unterstrichen wird dieser Eindruck noch durch den Umstand, daß die Abmessungen der Flankentürme und die Länge der Kurtinen (der geraden Mauerabschnitte zwischen zwei Türmen) mit jedem Bauabschnitt kleiner ausfielen, was wohl kaum der ursprünglichen Planung entsprechen haben dürfte.

Mit der Planung ist allerdings auch in anderer Hinsicht ein recht interessanter Punkt angesprochen, denn man bemerkt schon bei einem flüchtigen Blick auf den Grundriß der

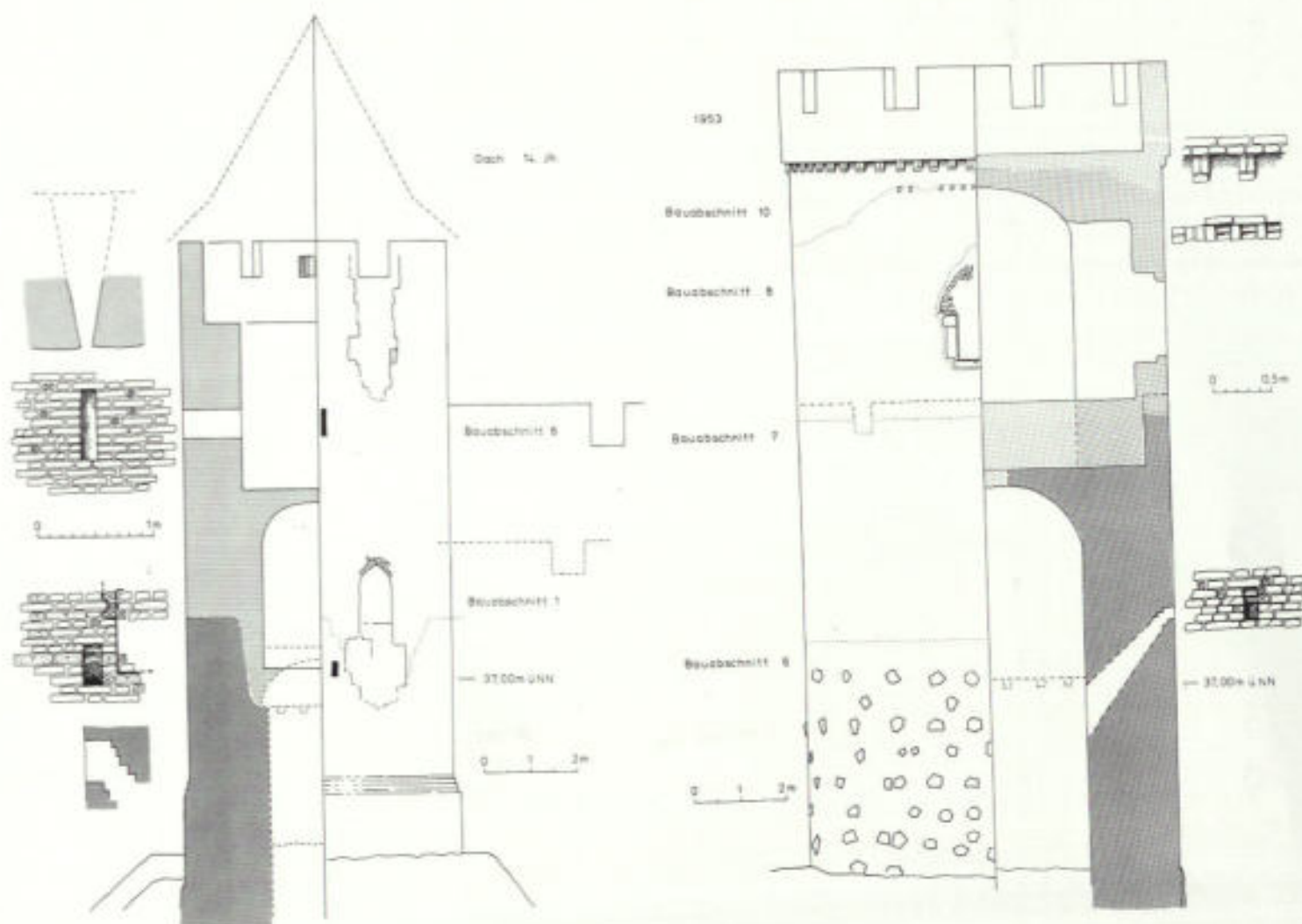


Abb. 9. Turm 1 von Südwesten; links: geschnitten, rechts: Außenansicht mit vermauerten Abtritten; dunkles Raster: erhaltenes Mauerwerk des Bauabschnittes 1 (um 1192) mit Detailzeichnung des Lichtschachtes; helles Raster: Mauerwerk des Bauabschnittes 8 (um 1240/50) mit Detailzeichnung einer Schießcharte

Abb. 10. Turm 6 (Batterieturm) von Nordwesten; rechts: geschnitten, links: Außenansicht mit eingemauerten Basaltsäulen im unteren Bereich und vermauertem frühgotischen Fenster oben; dunkles Raster: erhaltenes Mauerwerk der Bauabschnitte 6 und 7 um 1205/15; mittleres Raster: Mauerwerk des Bauabschnittes 8 um 1240/50; helles Raster: jüngerer Mauerwerk, Bauabschnitt 10 um 1270/80 und Rekonstruktion von A. Steeger (Zinnenabschluß)



Abb. 11. Mauerverband im Schnittpunkt der Bauabschnitte 1, 2 und 8 (vgl. Abb. 7)

Ringmaueranlage, daß dieser trotz zahlreicher Abweichungen im Detail eine ziemlich regelmäßige Gestalt besitzt. Die Zerlegung in einzelne Bauabschnitte erlaubt nun, den Vorgang der Vermessung sowie die mutmaßliche Ausgangsplanung genauer zu verfolgen. Ausgangspunkt und Anhalt für die Planung war offenbar neben dem bereits vorhandenen Burghügel das ältere Steinhaus, denn die Fluchten der ersten und der vierten Kurtine verlaufen exakt parallel zu den entsprechenden Mauern des Gebäudes (Abb. 13). Offen-

bar hatte man zunächst mit Hilfe der vorhandenen Gebäudeseiten ein rechtwinkliges Achsenkreuz so in den Burghof gelegt, daß der Mittelpunkt genau vor die Nordwestecke des alten Turmes zu liegen kam. Die Meßachsen folgten den Turmmauern jeweils in einem Abstand von 3 Fuß (0,90 m). Zur Bestimmung des richtigen Winkels schlug man dann vor hier aus mit Hilfe der üblichen zwölfmal unterteilten Meßschnüre (*unciis lineares*)¹⁷⁾ einen Kreis und unterteilte einen der Quadranten im Verhältnis 1:3 (3/12 : 9/12). Aller-

Abb. 12. Aus Tuff, Rollsteinen und Backsteinen hergestellter Mauerverband im Bauabschnitt 1



dings zeigt das theoretische Meßschema (Abb. 14), daß man auf diese Weise kein ganz regelmäßiges Sechseck erzielen konnte. Bewegte man sich auch weiterhin innerhalb des Kreises, so bekam man unterschiedliche Seiten- beziehungsweise Kurtinenlängen (6/12 und 9/12), wählte man jedoch gleiche Seitenlängen, so wäre das Sechseck leicht gestreckt worden. Außerdem hätte dies eine nicht unbeträchtliche Erweiterung der Anlage nach Norden, zur Vorburg hin, erforderlich gemacht. Daher ist es wohl wahrscheinlicher, daß man ein in den Kreis eingeschriebenes Sechseck zu erzielen versuchte.

Nach dem im ersten Quadranten (Bauabschnitt 1 und 2) angetroffenen Befund (Abb. 13) ist wohl davon auszugehen, daß die ursprüngliche Planung dahinging, auch den Rest der Anlage nach diesem System auszumessen, was dann jedoch, nicht allein aufgrund der zu dieser Zeit noch meist fehlenden Pergamentpläne, sondern vor allem aus Kostengründen nicht ganz beibehalten werden konnte. Wahrscheinlich hätte eine weitere exakte Fortführung des Planes auch im Süden und Osten des Hügels eine Vergrößerung der vorhandenen Anschüttung erforderlich gemacht. Da dies jedoch nicht nur zusätzliche Erdarbeiten, sondern auch eine erhebliche Verstärkung der Fundamente erfordert hätte, sah man darin wohl einen zusätzlichen Grund zur Abänderung des Planes. Beibehalten wurden allerdings, zumindest bis zum fünften Bauabschnitt, die Fluchten der Kurtinen. Unter Einbeziehung der bei Baubeginn bereits vorhandenen Schildmauer war der Mauerring damit fürs erste geschlossen (Abb. 5b).

Die beiden folgenden, wohl zusammengehörigen Bauabschnitte 6 und 7 (Abb. 5c), weisen erstmals auf eine insgesamt geänderte Baukonzeption und sind daher wohl auch durch einen gewissen zeitlichen Abstand von den vorangehenden Abschnitten zu trennen. Abweichend von diesen zeigen die unteren Teile des sichtbaren Mauerwerks jetzt auch einen



Abb. 13. Rekonstruiertes Meßnetz für die Bauabschnitte 1 und 2

mehr oder weniger regelmäßigen Basaltdurchschuß (Abb. 10). Die neuen Abschnitte umfaßten den Bau des Batterieturmes sowie der anschließenden, der alten Schildmauer vorgelegten Kurtinen und vollendeten damit im Grundriß den bis heute erhaltenen Mauerwerk. Bauabschnitt 6 den unteren Teil bis in Kurtinenhöhe und Abschnitt 7 den darüber hinausgehenden Teil des Turmes. Allerdings nahm die neue Kurtine nun erstmals eine vom ursprünglichen Plan abweichende Flucht auf. Auch wurde der neue Turm nicht nur als einfacher Flankenturm ausgebildet, sondern erstmals als eigenständiges Bauwerk. Wahrscheinlich diente er als ein erster Bergfried.

Nach dem siebten folgt an der Ringmauer noch ein achter Bauabschnitt, doch ist dieser eigentlich eine vollkommen eigenständige Erweiterung der gesamten Anlage. Zumindest den gleichartigen Ziegelformaten nach besaß der Bauabschnitt ein weitaus größeres Volumen als alle vorherigen Abschnitte, was darauf hindeutet, daß sich die Konditionen mittlerweile entscheidend verändert hatten. Der Bauherr verfügte jetzt offenbar über weit umfangreichere Mittel. So ließ er die gesamte Ringmauer in einem Zuge um etwa 9 Fuß (2,70 m) erhöhen und die bislang nur bis zur Mauerkrone der Kurtinen reichenden Flankentürme als zum Burghof hin geöffnete Schalentürme um weitere 3 m über die Mauerkronen hochziehen.

Rekonstruktion der älteren Ringmauer und der Flankentürme

Die Ringmauer selbst war durchschnittlich 6 Fuß (1,80 m) breit (Abb. 3). Nur der zur Vorburg weisende und wegen des höheren Außenge-

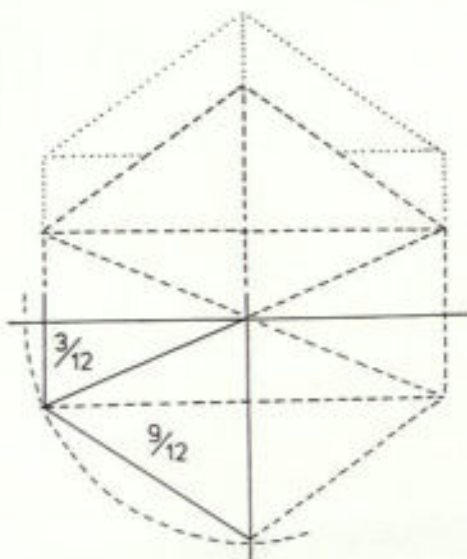


Abb. 14. Rekonstruierter Maßplan zur Gewinnung eines regelmäßigen Sechsecks unter Verwendung einer 12fach geteilten Meßschnur

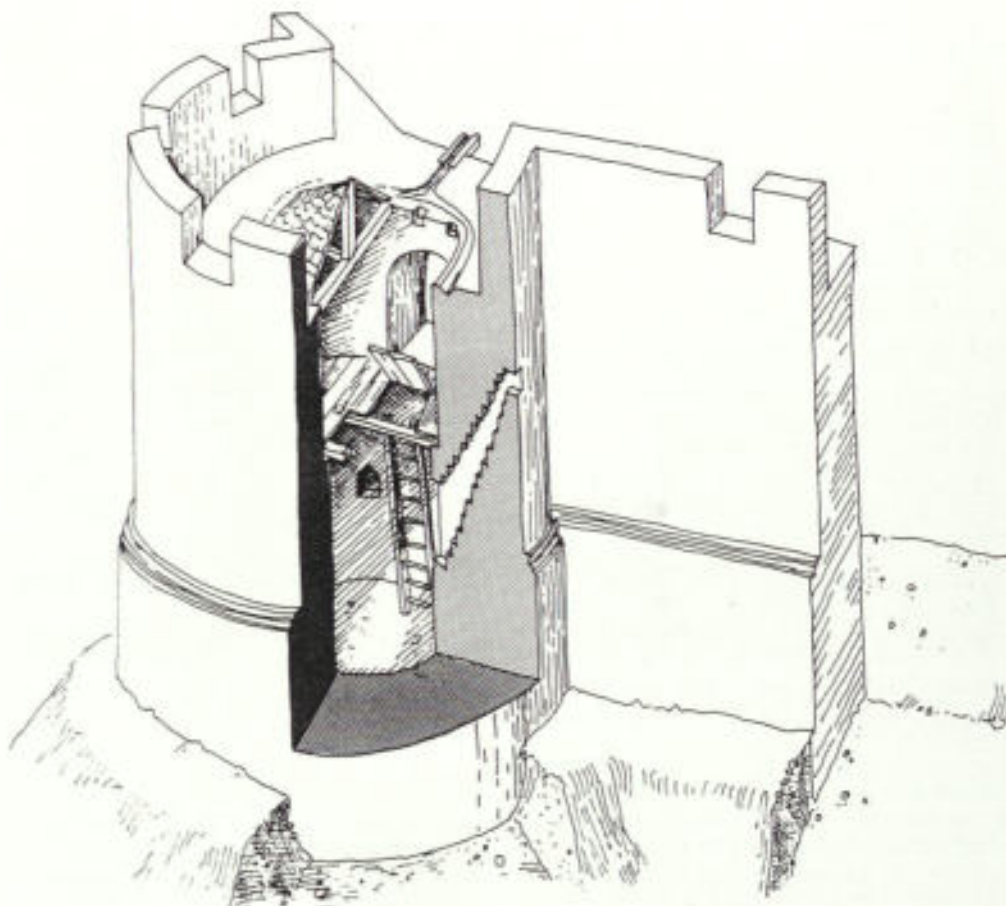


Abb. 15. Rekonstruktionsversuch von Turm 1 im Zustand des ersten Bauabschnittes um 1192 mit aufgeschnittener Wand

ländes besonders gefährdete Teil (Abschnitt 7) war um einen Fuß stärker (2,10 m) ausgebildet. Überraschenderweise hatte das Fundament außen zunächst nur eine Tiefe von 2 Fuß (0,60 m). Darüber erhob sich die Mauer bis zum Wehgang um 18 Fuß (5,40 m). Hinzu kamen dann weitere 3 Fuß (0,90 m) für die Brustwehr und $2\frac{1}{2}$ Fuß (0,75 m) für die Zinnen, so daß sich die sichtbare Außenhöhe der Mauer auf $28\frac{1}{2}$ Fuß (rund 7 m) belief. Rechnet man noch die unter der Mauer liegende, circa 10 Fuß (3m) hohe Erdanschüttung der Motte hinzu, so erhob sich die Wehrmauer schon in ihrer ersten Gestalt um stattliche 10 m über ihre Umgebung. Dabei muß man berücksichtigen, daß der heutige Eindruck täuscht, denn das gesamte Außengelände, der heutige Burgpark, wurde durch die hessischen Erdbastionen von 1644/45 sehr stark aufgehöhht und verändert.

Eine erste Verstärkung der Mauer wurde schon zu Beginn dadurch erreicht, daß man den Innenhof zunächst um 2 Fuß (0,60 m), später um weitere 5 Fuß (auf insgesamt 2,10 m) an hob und gleichzeitig auch außen weiteres Erdreich gegen den Mauerfuß schüttete, so daß die Fundamenttiefe nun auf sichere 1,20 m anstieg. Nicht auszuschließen ist allerdings, daß die erste, nur zwei Fuß mächtige Erhöhung des Innenhofes nicht auf neu her-

angefahrenes Erdreich zurückzuführen ist, sondern auf die Einebnung eines ursprünglich hinter der älteren Holzmauer liegenden Walles. Nachgewiesen werden konnte die Anschüttung in einem an der Südostseite des alten Turmes entlang geführten Leitungsgraben. Interessanterweise zeigte sich dabei an ihrer Oberfläche eine dichte Lage aus Ziegelabrieb und Ziegelbrocken, woraus folgt, daß dort offensichtlich während des Ringmauerbaus Backsteine gegen die damals noch freiliegende Mauer des alten Turmes gestapelt worden waren.

Die älteren Flankentürme — genauer untersucht werden konnten allerdings nur die Türme 1 und 3 — besaßen zunächst keine steinernen Gewölbe, sondern lediglich zwei Holzbalkendecken (Abb. 9 und 15). Die untere überdeckte ein nur von oben zugängliches Kellergeschoß, das — von der Einstiegs Luke abgesehen — nur über einen schmalen, schräg von außen abfallenden Mauerschacht belichtet wurde. Außerdem gab es in den Wänden noch zwei Nischen zum Aufstellen von Öl- oder Talglampen. Man konnte dort Vorräte, aber natürlich auch Gefangene unterbringen. Oberhalb der Decke folgte dann ein nur gerade kopfhoher Raum (1,90 m), der über eine Tür direkt vom Burghof her zugänglich war. Bei Baubeginn lag er rund 2 m über

dem Hofniveau, so daß wohl bei Fertigstellung ein ebenerdiger Zugang geplant war.

Oberhalb des niedrigen Erdgeschosses lag dann nur noch die Wehrplattform. Zwar ist die alte Zinnenhöhe nirgendwo erhalten, doch kann man davon ausgehen, daß der Wehrgang nicht überdacht war, sondern weitgehend freilag. Lediglich das Turminnere war vermutlich durch ein kleines Kegeldach gegen Regen abgedichtet. Das Wasser ließ sich in diesem Falle über flache Rinnen im Wehrgang außen oder innen ableiten, wofür es an anderen Orten zahlreiche Beispiele gibt. Da der alte Wehrgang infolge der späteren Erhöhung heute überall verdeckt ist, ließen sich dort allerdings keine unmittelbaren Spuren nachweisen. Im Zuge dieser Erhöhung wurden im übrigen die ursprünglichen Zinnen alle mindestens bis auf Brustwehrhöhe abgetragen. Die dabei gewonnenen Steine hat man anschließend in den ersten neuen Lagen mitvermauert, wie ein Vergleich der Steinmaße deutlich zeigt.

Im Unterschied zu den einfachen Flankentürmen besaß der um 3 m über die Mauerkrone hinauftragende „Batterieturm“ (Turm 6) von Anfang an ein steinernes Kuppelgewölbe (Abb. 10). Dieses befand sich allerdings unmittelbar unter der Wehrplattform. Unterhalb lagen zwei nur durch eine Holzbalkendecke getrennte jeweils über 4 m hohe Geschosse. An alten Öffnungen nachgewiesen ist allerdings wiederum nur ein in den unteren Raum führender Lichtschacht. Schießscharten oder gar Fenster hat es offenbar nicht gegeben. Unklar ist aber auch die Lage des Eingangs. Die heute noch vorhandenen Zugänge sind, zumindest was ihre äußere Kontur angeht, später eingebrochen. Auch müßte es einen Durchgang von der Wehrplattform durch das darunterliegende Gewölbe gegeben haben. Möglicherweise nutzte man hier eine später zugesetzte Öffnung in der Mitte der Kuppel. Deutlich ist in jedem Falle, daß der Turm zu diesem Zeitpunkt keinerlei Wohneinrichtung besaß, sondern lediglich für eine feuersichere Lagerung sowie Verteidigungszwecke eingerichtet war. Als letzte Rückzugsmöglichkeit (Bergfried) konnte man ihn daher nur dann über längere Zeit nutzen, wenn es auf der Wehrplattform noch weitere Einrichtungen, zum Beispiel einen hölzernen Schutzbau mit Feuerstelle oder ähnliches gegeben hat.

Die Erhöhung der Ringmauer führte zu einigen wichtigen Änderungen in den Türmen. So wurden jetzt überall die Holzbalkendecken durch steinerne Kuppelgewölbe ersetzt (Abb. 9 und 16). Außerdem erhielten die Türme auf Mauerwehrganghöhe erste Schießscharten sowie schließlich außen angehängte steinerne Abtritte (Abb. 17). Erhalten blieben davon allerdings nur noch geringe Reste. Der Abtritt in Turm 1 war vom Hof her zugänglich — er hing folglich recht niedrig über dem Außengelände —, während der Abtritt in Turm 3 vom Wehrgang her zugänglich war und

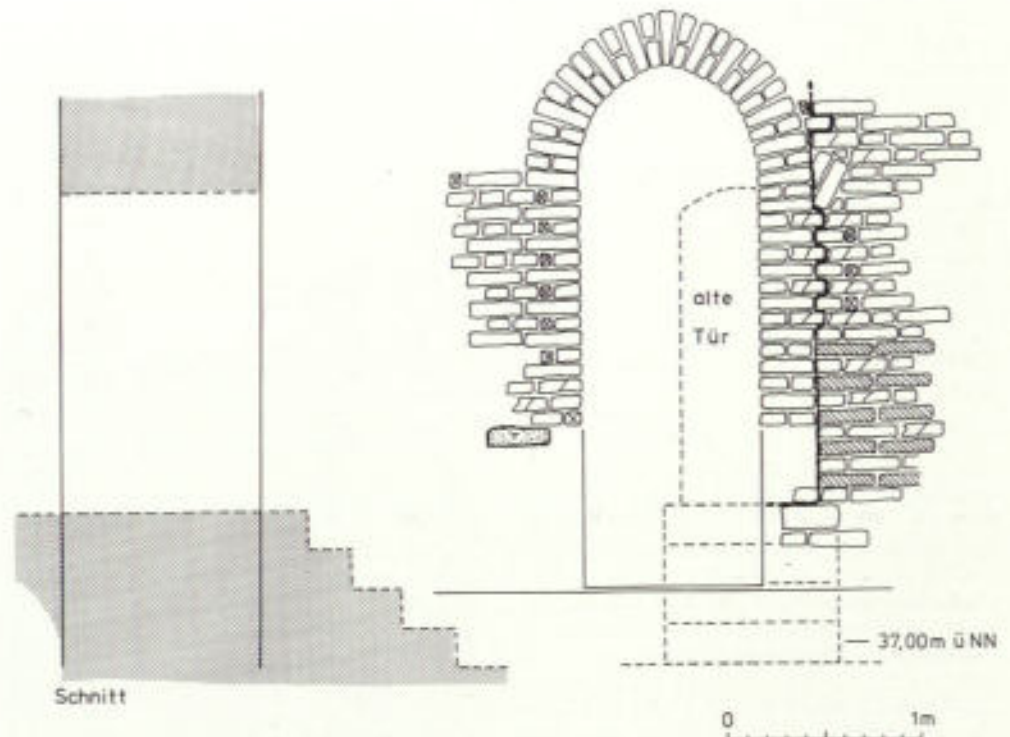


Abb. 16. Befundaufnahme im Bereich des Einganges von Turm 1; gerissene Linie: Treppenaufgang und Tür im Zustand des Bauabschnittes 8 um 1240/50, darüber heutiger Zustand (14./15. Jahrhundert)

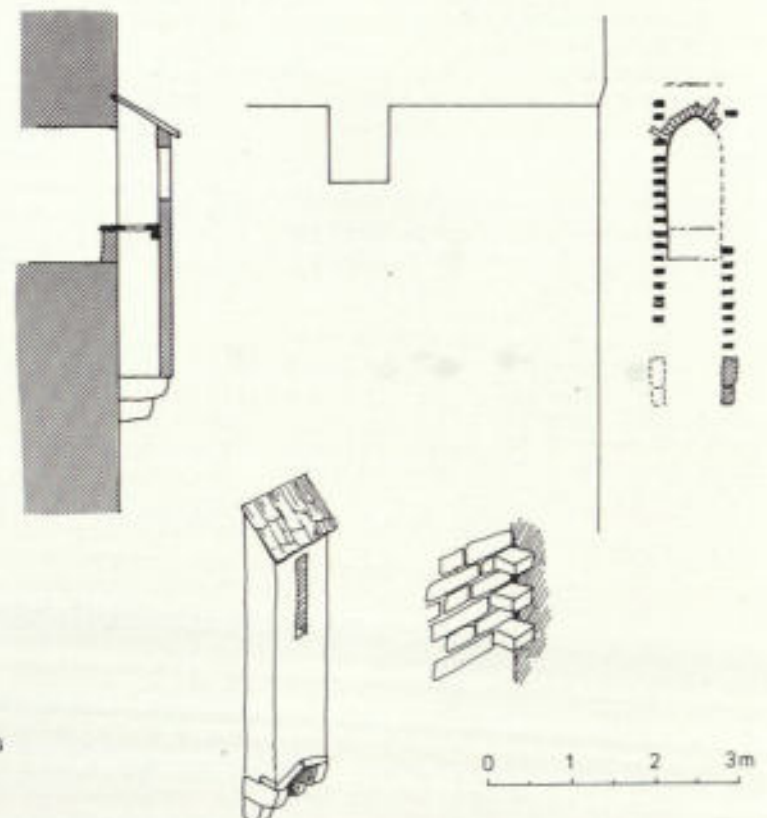


Abb. 17. Abtritt in Turm 3, Befund und Rekonstruktion (links und unten) — Bauabschnitt 8, um 1240/50

damit die obere Ebene entsorgte. Turm 2 ist nicht erhalten und Turm 4 besaß mit Sicherheit keinen Abtritt. Auch Turm 5 (Kapellenturm) neben dem Tor besaß vermutlich keinen Abtritt. Im übrigen war er aber anscheinend um diese Zeit immer noch als reiner Flankenturm eingerichtet. Die heute noch vorhandene Kapelle wurde erst später (wohl in der Mitte des 14. Jahrhunderts) eingebaut, und es hat nicht den Anschein, daß sie hier einen älteren Vorgänger gehabt hat. Bis zum Ende des 13. Jahrhunderts begnügte man sich wahrscheinlich mit der rund 1 1/2 km entfernten Alde Kerck (dazu weiter unten).

Bemerkenswert ist wiederum, daß die Mauer zur Vorbauung hin stärker ausfiel als an den übrigen Seiten. Der Wehrgang lag hier offenbar um etwa 3 1/2 Fuß (1 m) höher. Auch zeigte sich, daß die Zinnen ursprünglich noch nicht von Schießscharten durchbrochen wurden (Abb. 8a). Jedenfalls sieht es ganz so aus, als seien die vermauerten Zinnen in der Außenwand des Palas (Rittersaal) noch weitgehend in ihrer ursprünglichen Gestalt erhalten, während sich die Zinnen an den übrigen, erst im 16. und 17. Jahrhundert mit größeren Wohnflügeln überbauten Mauerabschnitten meist um zwei Backsteinlagen erhöht sowie mit Schießscharten ausgestattet zeigten (Abb. 8b). Da sich allerdings auch die Steine, mit denen die Luken zwischen den Zinnen zugesetzt waren, wesentlich von denen der Wohnflügel unterschieden, muß man annehmen, daß es nach der beschriebenen Umgestaltung der Zinnen noch eine weitere Phase gegeben hat, in der die Zinnenluken geschlossen und der Wehrgang insgesamt überdacht wurde. Der Befund am Palas zeigt, daß der Umbau der Zinnen kaum vor 1300 vor sich gegangen sein kann, und die Steine in den Luken verraten, daß der geschlossene Wehrgang wohl am ehesten ins spätere 14. oder frühe 15. Jahrhundert gesetzt werden muß.

Wesentlich verändert wurde nun auch der Turm 6 (Batterieturm, Abb. 10). Man setzte ihm ein zusätzliches überkuppeltes Obergeschoß auf. Leider läßt sich nicht mehr viel über dessen ehemalige Innenausstattung sagen, denn das Innere wurde später im Zusammenhang mit dem Anbau des Palas weitgehend umgestaltet. Man vergrößerte die Wohnfläche durch das Ausbrechen großer Fensteröffnungen, setzte neue Fenster ein und legte sogar an der Ostseite eine Wendeltreppe in der Mauerstärke an.

Die zeitliche Einordnung der älteren Ringmauer

Außer den bereits vorgetragenen allgemeinen Erwägungen lassen sich nun auch einige archäologische Funde zur näheren zeitlichen Einordnung der älteren Ringmauer beibringen. Der unmittelbarste Fund ist ein in die Mauer von Turm 3 mit der Öffnung nach außen eingemauerter Krug (Abb. 18). Der



Abb. 18. Eingemauertes Gefäß in Turm 3

Krug befindet sich in der Nähe des beschriebenen Abtritts und diente möglicherweise — ein Scherz der Bauleute — der Erzeugung von Windgeräuschen. Jedenfalls sind andernorts eingemauerte Tongefäße in ähnlicher Funktion überliefert. Der Topf befindet sich in der Mauererhöhung, also in Bauabschnitt 8, und kann daher zu dessen Datierung beitragen. Hergestellt wurde er in der Töpferei von Siegburg (Form V 2.122 C, Faststeinzeug, nach Beckmann¹⁹⁾), und zwar vom ausgehenden 12. Jahrhundert an bis in die zweite Hälfte des 13. Jahrhunderts. Der Schwerpunkt der Herstellung lag anscheinend aber im Viertel des 13. Jahrhunderts. Natürlich könnte der Topf als Altstück auch später noch eingesetzt worden sein, wahrscheinlich ist jedoch, daß er gerade zur Hand war, weil er zum aktuellen „Frühstücksgeschirr“ der Bauleute gehörte.

Einen weiteren Anhalt geben wohl die Gefäße, die 1926 beim Ausräumen des Bergfriedes von dessen Grund zutage gefördert worden sind¹⁹⁾. Ein Teil hat sich erhalten und wird heute im Museum aufbewahrt. Auch sie stammen durchweg aus der Töpferei von Siegburg, doch handelt es sich um jüngere Formen. Immerhin gehören aber die ältesten von ihnen noch der Zeit um 1300 an, so daß man annehmen muß, daß der nachträglich auf die Ringmauer gesetzte Bergfried um diese Zeit schon gestanden hat. Schließlich wurden bei den jüngsten vorgenommenen Rohrverlegungsarbeiten im Burginnenhof ungestörte Teile der beim Bau der Ringmauer angelegten Aufschüttung angegraben. Sie bestand zwar weitgehend aus sterilem Lehm. Immerhin fand sich aber doch eine ins 12. Jahrhundert zu datierende Gefäßscherbe.

Den besten Hinweis für die Datierung erhalten wir indes von ganz unerwarteter Seite, nämlich über die am Bau der Burg beteiligten Landleute aus der näheren Umgebung. Während der Grabungen im alten Dorfbereich von Oppum (Am Oberend 1984/85)²⁰⁾ kam auch eine Reihe von Backsteinen zutage, obgleich die Häuser dort im hohen Mittelalter noch alle aus Holz und Lehm erbaut waren. Offensichtlich hatte man die Steine vor allem zum Bau von Herdstellen und Öfen verwendet. Zweifellos hatte man sie jedoch für diesen Zweck nicht selber gebrannt, sondern aus einem größeren Bauvorhaben in der Umgebung „abgezweigt“. Für den fraglichen Zeitraum bietet sich hier eigentlich nur die Burg Linn an. Interessant sind dabei vor allem zwei Komplexe von Ziegelfunden. Der ältere — er umfaßt sieben Steine beziehungsweise meßbare Bruchstücke — stammt aus dem Abbruchschutt eines Hauses, wobei die Steine in mehrere in den Boden eingetiefe Pfostengruben geraten waren²¹⁾, und der zweite Komplex aus einer größeren, der Eisenverhüttung dienenden Arbeitsgrube²²⁾. Er umfaßt dreizehn Steine. Nach den beigefundenen Keramikscherben sowie der stratigraphischen Datierung des Hauses gehört der erste Komplex in das frühe 13. Jahrhundert und der zweite Komplex in die zweite Hälfte des 13. Jahrhunderts²³⁾. Da das noch in der altertümlichen Pfostenbauweise errichtete Haus schon im frühen 13. Jahrhundert abgerissen wurde und die Steine vermutlich zuvor im Inneren des Hauses verbaut waren, muß man annehmen, daß sie schon vor 1200 nach Oppum gelangt sind. Ein Baubeginn in Linn noch im späten 12. Jahrhundert gewinnt damit hohe Wahrscheinlichkeit. Zwar ist die Zahl der Ziegelsteine nicht so groß und auch ihre Erhaltung nicht so gut, als daß sie ganz sichere Meßdaten hätten liefern können, doch haben die erhaltenen Steinbreiten ihr Maximum im ersten und zweiten Bauabschnitt der Ringmauer, während die Steine aus dem Fundkomplex des späteren 13. Jahrhunderts deutlich kleiner sind und ihre Entsprechungen eher in den späteren Ausbauten der Burg finden (Rittersaal, Bergfried).

Insgesamt ergibt sich somit aufgrund der archäologischen Hinweise folgender Zeitrahmen: Die Phase I mit den Bauabschnitten 1 — 5 muß noch vor 1200 begonnen, vermutlich aber auch vollendet worden sein. Sie gehört daher auf jeden Fall in die Anfangszeit der Backstein-Verwendung am Niederrhein. Aber dafür sprechen ja auch alle anderen oben näher beschriebenen Einzelheiten dieser Mauer. Die Phase II mit den Bauabschnitten 6 und 7 läßt sich einstweilen nur relativ datieren. Sie liegt zwischen I und III, gehört von ihrer Aufsplitterung aber sicherlich noch enger zur Phase I. Die Phase III (Bauabschnitt 8) wird ebenfalls durch die relative Einordnung, vor allem aber durch den eingemauerten Topf auf die Zeit zwischen 1230 und 1260 festgelegt. Der Bergfried schließlich entstand noch vor 1300, so daß auch die in der relativen Bauabfolge mit Sicherheit voraufgehenden Ausbau-

ten, das große Torhaus einschließlich des vorgelagerten Zwingers sowie auch der Palas (Rittersaal), noch in der zweiten Hälfte des 13. Jahrhunderts entstanden sein müssen. Von ihnen stammen — wie gesagt — vermutlich die jüngeren noch vor 1300 vergrabenen Backsteine aus Oppum. Die ausdrückliche Ersterwähnung der Burg in Linn (castrum Lynne)²⁴) im Jahre 1299 anlässlich eines Treffens zwischen dem Erzbischof und dem Grafen von Kleve betrifft daher die gerade in ihrer bis heute erhaltenen Gestalt vollendete Burg. Ohne die neueren Baubefunde zu kennen, vermutete H. Kaiser²⁵), daß die Burg damals sogar zeitweiliger Sitz des Klever Grafen gewesen sein könnte. Immerhin wird die Burg im 14. Jahrhundert, so in den Jahren zwischen 1349 und 1372, ausdrücklich mehrmals als Residenz des Grafen Johann von Kleve bezeichnet²⁶).

Später verändert wurden im wesentlichen nur die Fenster, der Küchenflügel sowie der Oberbau des Torhauses und natürlich die Dächer. Auch die äußere Wehrmauer ist — wie Steeger bereits nachgewiesen hat — erst eine Zutat des 15. Jahrhunderts. Das übrige jedoch entstand bereits in der Zeit vor 1299.

Der zeitgenössische Burgenbau

Betrachtet man den Burgenbau der Zeit um 1200 in der näheren und weiteren Umgebung, so fällt es schwer für die Ringmauer in Linn eine gute Parallele beizubringen. Die gewöhnliche Flachlandburg der Zeit besaß zwar — wie die Burg Linn — einen aufgeschütteten Burghügel (eine Motte)²⁷), doch wurde der Mauerring üblicherweise mehr oder weniger rund ausgeführt, ganz so wie zuvor die hölzerne Befestigung. Auch war der Einbau von Flankierungstürmen noch ganz ungewöhnlich. Gute Beispiele bieten die schlichten Ringmauerburgen von Leiden²⁸), Kessel (an der Maas)²⁹) oder Oostvoorne (an der Mündung der Waal)³⁰). Auch die von Steeger untersuchte Grafenburg in Moers ist hier einzureihen³¹). Gerade Mauerführungen beziehungsweise polygonale Grundrisse treten dagegen erst im 13. Jahrhundert neben die Rundlinge. Ein besonders frühes Beispiel (1. Hälfte des 13. Jahrhunderts) bietet die Burg von Stein an der Maas³²). Zwar ist man bei den Höhenburgen schon wesentlich früher zu polygonalen Mauerführungen übergegangen, doch lag dies zweifellos an der besonderen Beschaffenheit unregelmäßiger, oft felsiger Bergkuppen. Im Flachland erfreuten sich dagegen rundliche Mauerführungen noch bis ins ausgehende 13. Jahrhundert hinein großer Beliebtheit.

Ein weiteres Problem ist der — zumindest anfangs angestrebte — regelmäßige Grundriß der neuen Ringmauer, denn geometrische Grundrißgestaltungen sind unter den zeitgenössischen Adelsburgen ebenfalls nicht üblich. Zwar lassen sich gerade gegen Ende des 12. und zu Beginn des 13. Jahrhunderts einige

Burgen mit streng geometrischen Grundrissen aufzeigen, so der Louvre (erbaut zwischen 1190 und 1202) in Paris oder die Burg von Druyes-les-Belles-Fontaines, Dep. Yonne (1170 — 1180)³³) mit rechteckigem Grundriß und Flankentürmen oder eine Gruppe von elsässischen Burgen mit streng oktogonalen Ringmauern, aber ohne Flankentürme (frühes 13. Jahrhundert)³⁴), doch handelt es sich dabei vornehmlich um Anlagen, die vom König beziehungsweise vom Hochadel als offizielle Bauten, weniger als Privatsitze, errichtet worden sind. Als Vorbilder dienten wahrscheinlich größere, rein militärische Festungen³⁵). Die Burg Linn war am Ende des 12. Jahrhunderts hingegen nur der Stammsitz der wenig bedeutenden, freiadeligen Herren von Linn. Wenn die Burg auch um 1188 an den Erzbischof übertragen worden war, so geht der Ausbau der Burg zu dieser Zeit doch sicherlich noch vollständig zu Lasten seiner neuen Lehnsleute, der Herren von Linn. Allenfalls das beim Kauf der Burg geflossene Geld, 100 Mark Silber, könnte zur Errichtung der Anlage beigetragen haben. Bedenkt man allerdings, daß der Erzbischof damals insgesamt etwa 30 000 Mark Silber für den Ankauf von Burgen aufgewendet hat, so nimmt sich die Linner Kaufsumme doch vergleichsweise bescheiden aus.

Damit bleibt zu fragen, wie die Herren von Linn zu dem beschriebenen, für die Zeit reichlich ausgefallenen und zweifellos ihre Verhältnisse um einiges übersteigenden Bauplan gekommen sein mögen. Allein den offenbar noch unerfahrenen, vielleicht aber besonders ehrgeizigen Baumeister dafür verantwortlich zu machen, dürfte jedenfalls kaum angehen. Auf der anderen Seite ist bekannt, daß die Kreuzzüge während des 13. Jahrhunderts zahlreiche Neuerungen ins Land gebracht haben. Eine davon war ganz offensichtlich das Vorbild Festung und mit ihm der Flankenturm. Gewöhnlich leitet man den Flankenturm jedoch, zumindest in Deutschland, nicht direkt von der Kreuzfahrerfestung ab, sondern denkt eher an französische Vermittlung, zumal die Franzosen ja auch einen weit höheren Anteil an den Kreuzfahrern stellten als die Deutschen³⁶). Hinzu kommt eine gewisse zeitliche Verspätung in Deutschland — so wird der Flankenturm hier erst in der 2. Hälfte des 13. Jahrhunderts häufiger³⁷) — und der Umstand, daß man in der Regel den in Frankreich üblichen runden Turm übernahm und nicht den im Orient bis zum Ende des 12. Jahrhunderts vorherrschenden Rechteckurm der byzantinischen Festungen³⁸). Zwar gab es in Nord- und Mitteleuropa auch schon während des 11. Jahrhunderts vereinzelt runde Burgtürme³⁹), doch blieb der gewöhnliche Turm der rheinischen Burgen noch bis ins 13. Jahrhundert hinein im Grundriß quadratisch, rechteckig oder polygonal, wenn auch kurz vor 1200, also gerade zur Bauzeit der neuen Ringmauer in Linn, daneben erste Rundtürme traten⁴⁰). Möglicherweise glaubte man, daß sie einer Beschießung besser standhielten als

die herkömmlichen Formen⁴¹). Allerdings handelt es sich in der Regel noch um Einzel-türme, meist Bergfriede, und nicht um eingebundene Festungs- oder Flankentürme wie in Linn. Eher in die Linner Richtung weisen Stadtmauertürme, aber auch diese sind vor dem 13. Jahrhundert noch wenig verbreitet. Köln, das gewöhnlich den Vorreiter spielte, setzte in die neue, zwischen 1180 und 1200 errichtete Mauer zunächst keine vollen Türme, sondern nur halbrunde Schalen. Die runden Voiltürme der dazugehörigen Stadttore entstanden anscheinend ausnahmslos erst nach 1200⁴²). Ein gutes Beispiel bietet auch das schon im frühen 12. Jahrhundert von einer steinernen Stadtmauer umgebene Duisburg, denn auch dort wurden alle Flankentürme, soweit untersucht, erst später eingebaut. Lediglich für den Koblenzer Turm, einen im Grundriß polygonalen und nach innen (zur Stadt hin) offenen Eckurm wird eine Bauzeit noch vor 1200 angenommen⁴³). Somit scheinen auch die hiesigen Stadtmauertürme als Vorbilder nur schwerlich in Betracht zu kommen. Was bleibt, ist eine unmittelbare Vorbildfunktion der Festungen der Kreuzfahrerstaaten im Vorderen Orient und — wegen der runden Flankentürme — insbesondere der Burgen im christlichen Kleinarmenien. Tatsächlich führte der 1189/90 unter großer deutscher Beteiligung durchgeführte dritte Kreuzzug auch in dieses Gebiet.

Die Herren von Linn

Der erste namentlich bekannte Ritter von Linn ist ein Gerlachus de Linne. Er erscheint unter den Zeugen einer am 18. Juli des Jahres 1186 durch Erzbischof Philipp von Heinsberg in Neuss ausgestellten Urkunde⁴⁴). Es ging dabei um einen Grenzstreit zwischen den Bewohnern von Ossum und Fischeln. Gerlachus wird dann noch einmal in einer nicht genau datierten, wahrscheinlich aber um 1210 ausgestellten Urkunde erwähnt⁴⁵). Diesmal übertrug er der Kirche in Meer Hörige aus Ossum als Wachzinsige. Da es wiederum um Ossum geht, nimmt G. Rothhoff an, daß der gleiche Gerlachus, zumindest aber ein Angehöriger der gleichen Familie, gemeint ist, wenn diesmal auch der Zusatz de Linne fehlt.

Kurz vor 1188 wurde das allodium, das Freigengut der Herren von Linn einschließlich der Burg an den Erzbischof von Köln verkauft⁴⁶). Als Verkäufer erscheint allerdings nicht besagter Gerlach, sondern ein Otto von Linn gemeinsam mit seinem ungenannten und daher wahrscheinlich noch unmündigen Bruder. Dies führt zu der Annahme, daß Gerlach wohl nicht der Vater (oder ungenannte Bruder Ottos), sondern ein (möglicherweise in Ossum ansässiger) Verwandter gewesen ist⁴⁷), der zeitweise als Vormund für die unmündigen Erben fungiert hat. Der Verkauf kurz vor 1188 erfolgte wahrscheinlich unmittelbar, nachdem der ältere der beiden Brüder, Otto, die Volljährigkeit erlangt hatte.

Otto de Linne wird 1218 ein weiteres Mal genannt. Zusammen mit seinem Sohn Gerhard legte er für die Äbtissin von Gerresheim über Zoll und Gericht Zeugnis ab⁴⁹). Da sein Sohn 1234 in einer vom Moerser Grafen ausgestellten Urkunde allein als Zeuge auftritt, muß Otto damals schon tot gewesen sein. Gerhard erscheint 1244 noch einmal in einer Moersischen Urkunde⁴⁹). Diesmal trägt er allerdings den Titel „dominus de Linne“, Herr von Linn, und dem entspricht — wie H. Kaiser⁵⁰) annimmt — offenbar auch ein nicht unbeträchtlicher Zuwachs an Macht und Ansehen. Während der „miles“ (Ritter) Gerhard 1234 in der Zeugenreihe noch hinter den geistlichen Herren, aber vor den anderen Rittern Gottfried von Widowe und Konrad sowie Arnold von Barle eingereiht ist, rangiert der „dominus“ Gerhard zehn Jahre später bereits vor dem Abt von Steinfeld sowie den meisten zuvor genannten geistlichen Würdenträgern, wenn auch immer noch hinter dem Grafen von Moers, den Herren von Liedberg und Erprath sowie dem Neusser Schultheißen und dem Hülchrather Drosten. Den wichtigsten Grund für diesen Aufstieg sieht Kaiser in der Übernahme von Ämtern, so etwa des Richteramtes für einen Teil des späteren Amtes Linn, im Rahmen der beginnenden Ausbildung der erzbischöflichen Landesherrschaft. Im Zusammenhang damit gelingt ihm wohl auch eine nicht unbeträchtliche Vermehrung seines Besitzes. Mindestens der im 14. Jahrhundert mit 120 Morgen Eigenländereien sowie dem Zehnten von 800 bis 1 000 Morgen ausgestattete „Hof ter Borch“ in Willich scheint damals in seinen Besitz gelangt zu sein⁵¹). Außerdem gehörten ihm wahrscheinlich die beiden neben der Burg gelegenen Höfe „up de Beke“ (Beckerhof an der Mauerstraße) und „op ter Drenken“ (Dren-

kerhof an der Stelle des heutigen Museumsbunkers) sowie weitere Höfe in Fischeln (Gut Grafschafts), Lank (Hangstorf) und möglicherweise auch in Lank, Ossum und Oppum⁵²). Letztere mögen aber auch der durch Gerlach vertretenen Nebenlinie zuzurechnen sein.

1245 wird Gerhard noch einmal genannt⁵³). H. Keussen⁵⁴) gibt an, daß er gegen 1264 gestorben sei, doch hat sich der ihm möglicherweise vorliegende Beleg dafür bis heute nicht auffinden lassen beziehungsweise nicht erhalten. Sicher ist aber, daß das Geschlecht derer von Linn mit Gerhard ausstarb und das freigewordene Lehen in der Folge anderweitig vergeben werden mußte. Wahrscheinlich setzte der Erzbischof schon jetzt die Grafen von Kleve ein, deren Amtleute dann auch spätestens seit 1270 in der Burg residiert zu haben scheinen⁵⁵). Bleiben wir aber bei den Herren von Linn, denn neben den urkundlichen Belegen lassen sich neuerdings auch noch direkte archäologische Belege heranziehen. Gemeint ist die Grablege der Herren von Linn in der „Alde Kerk“ vor den Toren der späteren Stadt⁵⁶).

Die Grablege der Herren von Linn in der Alde Kerk

Die Alde Kerk galt im Volksmund immer als die Kirche von Linn, und die Urkunden belegen, daß es auch tatsächlich vor der Gründung der neuen Stadtkirche St. Margareta in Linn (um 1300) schon eine andere Kirche in Linn gegeben hat⁵⁷). 1989 und 1990 sowohl an der alten (Abb. 19) als auch an der neuen Kirche durchgeführte Ausgrabungen⁵⁸) haben gezeigt, daß die neue, um 1300 erbaute Kirche am Ort

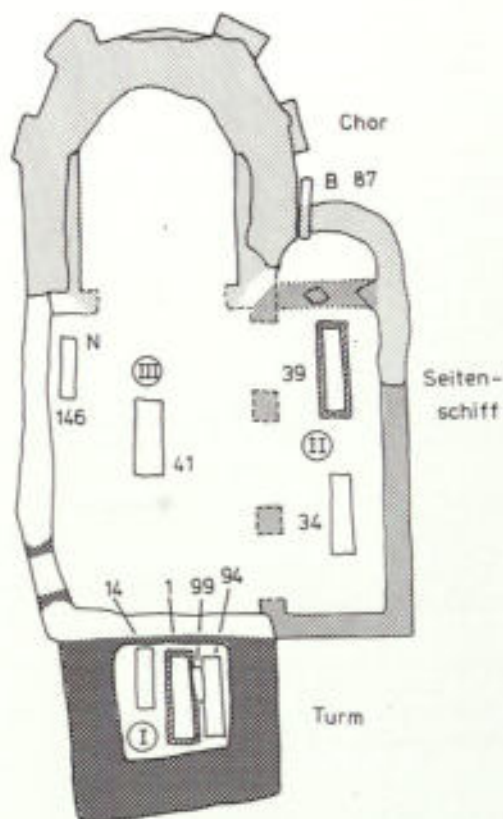


Abb. 20. Grundriß der Alde Kerk von Linn mit den drei aufeinanderfolgenden Adelsgrablegen sowie zugehörigen Bauabschnitten (gestuftes Raster); B = Bastardgrab in der Mauer des südlichen Nebenchores, N = Bestattung eines Jugendlichen (vielleicht erst nach Abbruch der Kirche angelegt)

keinen Vorgänger hatte und die alte Kirche im Feld zumindest seit dem 12. Jahrhundert die Grablege einer adeligen Familie beherbergte, also mit hoher Wahrscheinlichkeit die der Herren von Linn. Zwar haben sich keine Inschriften erhalten, doch scheinen die Umstände für eine eindeutige Zuordnung dennoch günstig. Offenbar wurde der Innenraum der Kirche in älterer Zeit gänzlich von Bestattungen freigehalten und zudem der ganze Bau schon bald nach dem Aussterben der Herren von Linn aufgelassen und abgebrochen.

Faßbar sind insgesamt drei Grablegen (Abb. 20). Die älteste befand sich unter dem wahrscheinlich mit einer Adelsempore ausgestatteten Turm (Abb. 20 und 21 oben). Sie umfaßte die Gräber eines Mannes, einer Frau sowie zweier Kinder. Die zweite befand sich im eigens zu diesem Zwecke angebauten südlichen Seitenschiff (Abb. 20 und 22) und enthielt die Gräber eines Mannes, einer Frau sowie (in der Mauer) ein sogenanntes Bastardgrab (Abb. 20 Grab B), einen vermutlich unehelichen, noch in jugendlichem Alter verstorbenen Sohn. Die dritte Grablege schließlich befand sich in der Mitte der Kirche und umfaßte lediglich das Grab eines alten Man-

Abb. 19. Gräber in der Alde Kerk von Linn



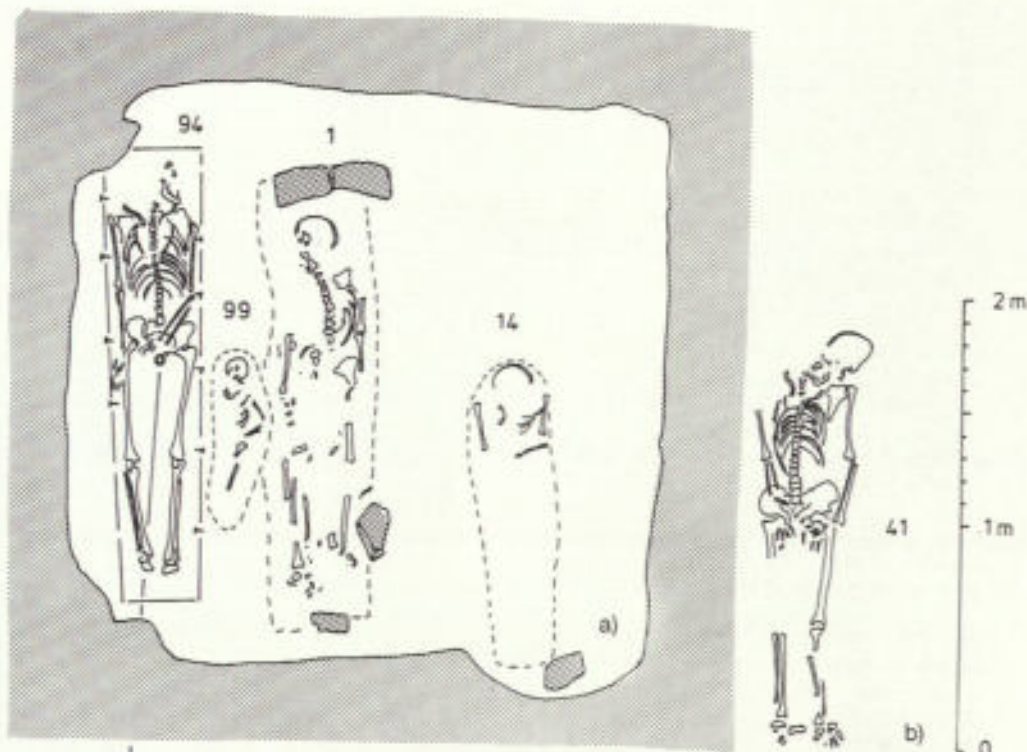
nes (Abb. 20 und 22 rechts)⁶⁹. Alles spricht nun dafür, in diesem zuletzt Bestatteten den im hohen Alter (geboren circa 1195, gestorben circa 1264) kinderlos verstorbenen Gerhard von Linn zu sehen. Sein Vater Otto läge dann mit seiner Frau im südlichen Seitenschiff. Die dankenswerterweise vom Gerichtsmedizinischen Institut der Universität Düsseldorf (Dr. P. Piper) durchgeführte Untersuchung des gut erhaltenen Skelettes scheint dies zu bestätigen, denn der Tote starb vermutlich zwischen dem 50. und 60. Lebensjahr. Der Urkunden-aussage nach wurde Otto kurz vor 1188 volljährig und verstarb zwischen 1218 und 1234. Als Todesursache ließ sich eine entzündete Zahnzyste ermitteln. Kennzeichnend für einen Adligen waren weiterhin gewisse Verwachsungen an den Füßen, die wohl auf das Tragen zu eng bemessener Reitstiefel zurückzuführen sind. Auf einen weiteren, sehr sonderbaren Befund wird noch zurückzukommen sein. Betrachten wir zunächst noch die älteste Grablage in der Kirche.

Nach dem Gesagten wird es sich kaum um die Familie Gerlachs gehandelt haben, sondern eher um die namentlich nicht bekannten Eltern Ottos sowie seine schon in jungen Jahren verstorbenen Geschwister. Eines der beiden Kinder wurde noch im Kleinkindalter unmittelbar zwischen den Särgen der Eltern beige-setzt (Abb. 22 Grab 99). Das zweite Skelett scheint — nach der Körpergröße zu urteilen — auf ein höheres Sterbealter hinzudeuten. Allerdings sind große Teile beim Abbruch des Turmes und später durch den Pflug zerstört worden (Abb. 22 Grab 14). Da das Kind neben den Vater gebettet wurde und ursprünglich vielleicht auch mit Steinen umstellt war, ist es möglicherweise mit dem kurz vor 1188 auftretenden, noch unmündigen Bruder Ottos zu identifizieren⁶⁹.

Offenbar haben alle drei in der Kirche bestatteten Generationen des Geschlechtes auch an der Kirche gebaut. Die erste Generation fügte den Turm hinzu, die zweite das Seitenschiff im Süden und die dritte einen neuen Chor⁶⁹. Alle Anbauten wurden zwar in Naturstein ausgeführt, wie es sich damals noch für eine Kirche gehörte, dennoch liegt die Annahme nahe, daß man sie auch in einen direkten Zusammenhang mit der Burg bringen kann, mindestens mit den jeweiligen Bauherren. Auf die Eltern Ottos werden die ältesten steinernen Ausbauten der Burg zurückgehen, nämlich der alte Turm sowie die vermutete Schild-mauer. Da beide, den kleinen Kindern nach zu urteilen, nicht allzulange vor 1186 verstorben sein können, sind die Bauten wohl auch nicht viel früher anzusetzen, der Turm möglicherweise schon in die siebziger Jahre, die Schild-mauer, als erste Stufe einer vollständigen steinernen Ring-mauer, aber wahrscheinlich erst um 1180. Otto muß schließlich schon bald nach Erlangung seiner Volljährigkeit den Bau der von seinem Vater begonnenen Ring-mauer fortgesetzt haben. Allerdings bediente er sich dabei offensichtlich eines völlig neuen Materials, nämlich des Backsteins, sowie

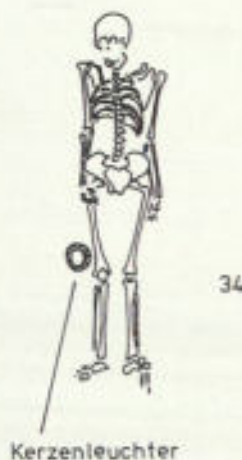
auch völlig neuer Pläne. Wenn man davon ausgeht, daß jeder Bauabschnitt zwei Jahre in Anspruch nahm, ein Jahr für die Herstellung der Ziegel und eines für das Mauern, so käme man auf eine Bauzeit von zehn Jahren (etwa 1192 — 1202). Den Ersatz für die alte Schild-mauer mag er dann schon nach wenigen Jahren (etwa 1210) nachgeschoben haben. Die Erhöhung der Ring-mauer, die archäologisch zwischen 1230 und 1260 eingegrenzt worden war, ist sicherlich das Werk Gerhards gewesen. Da er erst nach 1234 beträchtlich an Einfluß und Vermögen gewann, andererseits aber um 1260 schon über 60 Jahre alt war, wird man die Bauzeit wohl auch eher auf die Zeit um 1240/50 eingrenzen können.

Der interessanteste Bauherr in dieser Reihe ist zweifellos Otto mit seinen völlig neuen, offenbar schon in jungen Jahren ausgeführten Plänen. Betrachtet man die Belegung des Friedhofes außerhalb der Kirche⁶⁹, so fällt auf, daß es zahlreiche Gräber für die einen auffälligen Bezug zum südlichen Seitenschiff und damit zur Grablage Ottos aufweisen. Insbesondere östlich des durch Gerhard erneuerten Nebenchores schließt sich eine Reihe fast dachziegelartig übereinandergeschobener Bestattungen an, die sämtlich durch die Verwendung hölzerner Särgе als wohlhabendere Leute ausgewiesen sind. Zweifellos genoß Otto zu seiner Zeit zumindest unter seinen Leuten in Linn großes Ansehen.



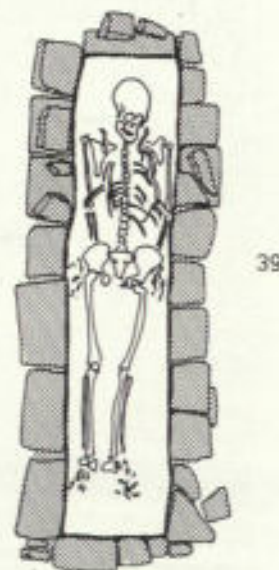
Spinnwirtel

Abb. 21. a = Bestattungen der Grablage I im Turm, vermutlich die Eltern (gestorben vor 1186) und Geschwister Ottos von Linn; links: seine Mutter, in der Mitte: sein Vater, dazwischen frühverstorbenes Kleinkind, rechts: jüngerer Bruder (?). b = Adelsgrablage III in der Mitte des Kirchenschiffes, vermutlich Gerhard von Linn (geboren um 1195, gestorben um 1264)



34

Abb. 22. Bestattungen der Grablage II im südlichen Seitenschiff; rechts: vermutlich Otto von Linn (geboren um 1170, gestorben um 1220/30), links: seine Frau



39

Oben war bereits von einem sonderbaren medizinischen Befund die Rede. Es handelt sich um eine für Adelige ganz ungewöhnliche Erscheinung, nämlich Hinweise auf zeitweiligen Mangel oder — anders ausgedrückt — eine starke Unterernährung. Im allgemeinen brauchten Adelige damals nicht zu hungern, so daß als Erklärung eigentlich nur außergewöhnliche Umstände in Betracht kommen. Ein solcher ungewöhnlicher Umstand wäre beispielsweise die Teilnahme am berühmten Hungermarsch des von Barbarossa geführten deutschen Kreuzfahrerheeres im Jahre 1190. Otto war damals, am Vorabend des dritten Kreuzzuges (1189) gerade volljährig geworden. Er hatte seine Burg durch den Verkauf an den Erzbischof gegen äußere Feinde abgesichert, und außerdem gab es ja noch den früheren Vormund Gerlach, der wie zuvor für die Betreuung seines jüngeren Bruders und der laufenden Geschäfte hätte eintreten können. Die Voraussetzungen für eine Teilnahme am Kreuzzuge waren also für ihn äußerst günstig. Schließlich verfügte er durch den Verkauf über einige bare Mittel, ein ebenfalls nicht zu unterschätzender Umstand, denn die Teilnahme am dritten Kreuzzuge war eine kostspielige Angelegenheit.

Kaiser Friedrich Barbarossa hatte als junger Mann unter Konrad III. selbst am zweiten Kreuzzuge (1147) teilgenommen. Aus seinen damaligen Erfahrungen heraus fürchtete er die Behinderung des Zuges durch große Horden disziplinloser, hungernder und plündernder Pilger und verfügte daher, daß nur diejenigen zur Kreuzfahrt zugelassen würden, die kriegstüchtig, in Waffen geübt und beritten seien und sich für zwei Jahre aus eigenen Mitteln versorgen könnten⁶³). Die Verpflegungskosten allein lagen in einem überlieferten Falle bei 3 Mark Silber. Zur übrigen Ausrüstung zählte neben den Waffen auch eine feste, äußerst kostspielige Panzerung (Ringpanzer und Helm, Abb. 23) sowie mindestens drei Pferde, eines für den Ritter selbst und zwei Lastpferde, auf denen auch die Knechte reiten konnten⁶⁴). Die Mißachtung des Erlasses stand unter Strafe, und so waren zahlreiche Ritter gezwungen, bei der Kirche Geld aufzunehmen und dafür Land zu verpfänden.

Ferner bestand Kaiser Friedrich auf der Teilnahme der Ritter am Marsch über Land. Gerade dies fiel den Rheinländern schwer, hatten sie doch schon 1147 erfolgreich den weit bequemeren Seeweg über Portugal gewählt. Auch diesmal waren eigens für den Kreuzzug in Köln vier Schiffe gebaut worden, die trotz des kaiserlichen Verbotes auch in See stießen⁶⁵). Das bedeutet jedoch nicht, daß alle rheinischen Kreuzfahrer diesem Beispiel gefolgt wären. Zweifellos sind viele mit dem Kaiser auf dem Landweg marschiert, wenn auch ihre Namen mit wenigen Ausnahmen nicht überliefert sind. Immerhin hat auch ein Kölner Chronist den Landweg ausführlich beschrieben. Zudem dürfte Otto das kaiserliche Vorbild ganz unmittelbar vor Augen ge-

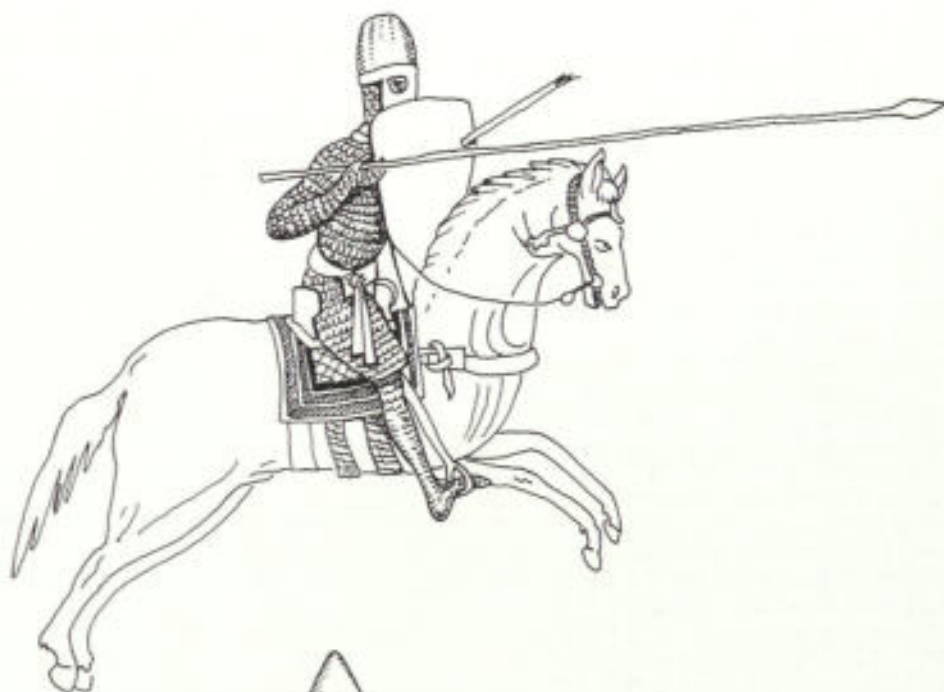


Abb. 23. Die Ausrüstung der Kreuzfahrer während des dritten Kreuzzuges; Umzeichnungen nach dem Hortus deliciarum des Herrad von Landsberg (um 1180)

habt haben, denn Barbarossa hatte sich noch zwei Jahre zuvor anlässlich der Grundsteinlegung für den Neubau seiner Pfalz in Kaiserswerth persönlich am Niederrhein aufgehalten.

Der berühmte Hungermarsch quer durch das ehemals oströmische, nun aber vielfach verlassene oder von den Seldschuken besetzte anatolische Hochland begann noch im April 1190 und endete Mitte Juni des gleichen Jahres. Fast zwei Monate lang hatte man bei großer Hitze, teilweise unter heftigen Kämpfen und deswegen in voller Rüstung, hungernd Tagesmärsche zwischen 20 und 30 km zurückgelegt⁶⁶). Bei einem jungen, knapp über 20 Jahre alten Menschen kann dies jedenfalls durchaus bleibende Spuren am noch wachsenden Skelett hinterlassen haben.

Bekanntlich nahm der Kreuzzug durch den überraschenden Tod des Kaisers kurz vor Erreichen der Küste ein vorzeitiges Ende. Das Heer löste sich auf. Hier endet auch der Bericht des Kölner Chronisten. Zwar schlossen sich einige der deutschen Ritter den Engländern unter Richard Löwenherz an und setzten nach Zypern über, andere zogen auf dem Landwege weiter, um die christlichen Belagerer vor Akkon zu verstärken, doch nicht wenige scheinen schon jetzt auf dem Seewege nach Hause zurückgekehrt zu sein. Immerhin hatte man aber auf dem letzten Teil des Marsches kleinarmenisches Gebiet erreicht und damit eine Gegend, in der es direkte Vorbilder für Ringmauerburgen mit runden Flankentürmen gegeben hat. Sollte Otto jedoch auch noch an der Belagerung und Eroberung Akkons (1191) teilgenommen ha-

ben⁶⁷⁾, so hatte er noch bessere Gelegenheit, die Wirkung von Flankierungstürmen zu studieren. Allerdings hatten die Kreuzfahrer auch auf ihrem Marsch durch Anatolien bereits einige Festungskämpfe zu bestehen.

Natürlich ist damit noch nicht unwiderleglich bewiesen, daß der Ritter Otto von Linn tatsächlich am dritten Kreuzzuge teilgenommen hat, doch sind die dahingehenden Hinweise — gemessen an dem, was wir in Ermangelung einer Teilnehmerliste oder einer entsprechenden Grabinschrift erwarten können — doch recht beachtlich. Schließlich ist nicht zu vergessen, daß die Alde Kerk in Linn als Kreuzkirche galt⁶⁸⁾. Zwar wird man nicht soweit gehen können, das Kreuzpatrozinium als eine Folge der Kreuzzugsteilnahme Ottos anzusehen — wahrscheinlich reicht das Patrozinium wie die Kirche in weit ältere Zeit zurück —, doch könnte ein solches Ereignis natürlich nicht unwesentlich zum späteren Ruhm der Linner Kreuzverehrung beigetragen haben.

Anmerkungen

¹⁾ P. Clemen, Die Kunstdenkmäler der Rheinprovinz Bd. 3, 4, Die Kunstdenkmäler der Städte und Kreise Gladbach und Krefeld (Düsseldorf 1896), S. 135 ff.

²⁾ Clemen o. Anm. 1, S. 140, Fig. 63 und Beilage.

³⁾ A. Steeger, Zur Baugeschichte der kurkölnischen Landesburg Linn in Krefeld, Die Heimat 20, Krefeld 1941, S. 306 — 313; ders., Bild und Bau der Burg Linn im Wechsel der Jahrhunderte, Die Heimat 21, Krefeld 1950, S. 65 — 75; ders., Zur Baugeschichte früher niederheinischer Wasserburgen, Niederheinisches Jahrbuch 1953, S. 1 — 15; ders., Rätsel um den Linner Burghügel, Die Heimat 25, Krefeld 1954, S. 49 — 52; ders., Burg Linn, Rheinische Kunststätten 1954; vgl. dazu auch die erste Ausgabe, Rheinische Kunststätten, Reihe XIV, Linker Niederrhein Nr. 10, 1937, von J. H. Schmidt.

⁴⁾ W. Janssen und K. H. Knörzer, Die frühmittelalterliche Niederungsburg bei Haus Meer, Stadt Meerbusch, Kr. Grevenbroich (Schriftenreihe des Kreises Grevenbroich Nr. 8, o.J.).

⁵⁾ Ganz allgemein zur neueren Burgenforschung am Niederrhein vgl. H. Hinz, Motte und Donjon (Köln/Bonn 1981); B. u. W. Janssen, Burgen, Schlösser und Hoffesten im Kreis Neuss (Neuss 1985); R. Friedrich, Sallerzeitliche Burganlagen im nördlichen Rheinland, in: Die Saller, H. W. Böhme (Hrsg.), Burgen der Sallerzeit Teil 1, in den nördlichen Landschaften des Reiches (Sigmaringen 1991) S. 177 — 194; H. L. Janssen, The archaeology of the medieval castle in the Netherlands, in: J. C. Bestemann, J. M. Bos und H. A. Heldinga (Hrsg.), Medieval Archaeology in The Netherlands (Assen/Maastricht 1991), S. 219 — 264.

⁶⁾ Die Keramik der Grabung von 1949 wird im Museum Burg Linn aufbewahrt.

⁷⁾ Steeger o. Anm. 3 (Kunststätten 1954), S. 15.

⁸⁾ Vgl. G. Rothhoff, Linn, Rheinischer Städteatlas Lief. IV Nr. 23, 1978, S. 1/Kuske II 763 = B. Kuske, Quellen zur Geschichte des Kölner Handels und Verkehrs, 4 Bde (Bonn 1917/34).

⁹⁾ Eine Fertigstellung der wesentlichen Baulichkeiten der Burg schon in kievischer Zeit vermutet auch Rothhoff (o. Anm. 8).

¹⁰⁾ G. Berends, Backstein des Mittelalters in den Niederlanden, Jahrbuch für Hausforschung 39, 1990, S. 71 — 77, hier 71.

¹¹⁾ F. Arens, Der Saalhof zu Frankfurt und die Burg zu Babenhausen — zwei staufische Wehr- und Wohnbauten am Mittelrhein, Mainzer Zeitschrift 71/72, 1976/77, S. 1 — 56, hier 39.

¹²⁾ W. Piepers, Ausgrabungen in der ehemaligen Stiftskirche von Heinsberg, in: Die Kunstdenkmäler des Rheinlandes, Beiheft 19, Baugeschichtliche Untersuchungen I (Düsseldorf 1975), S. 65 ff.; noch älter (um 1129) sollen Backsteine in den Fundamenten der Kirche von Elten sein; J. Müller, Zur Baugeschichte der Duisburger Stadtmauer am Innenhafen und am Springwall, Duisburger Forschungen 38, 1992, S. 463 — 519, hier S. 516 Anm. 52.

¹³⁾ J. Milz, Untersuchungen zur mittelalterlichen Stadtmauer von Duisburg, in: G. Krause (Herausg.), Vor- und Frühgeschichte des unteren Niederrheins (Bonn 1962) S. 135 — 166; Müller o. Anm. 12.

¹⁴⁾ C. Reichmann, Die Heimat 61, Krefeld 1990, S. 126 — 131.

¹⁵⁾ Vgl. zum Beispiel Th. Wildeman, Rheinische Wasserburgen und wasserumwehrte Schloßbauten, Rheinisches Jahrbuch 1954 (Neuss 1954), S. 32 ff.

¹⁶⁾ Vgl. dazu W. Hotz, Pfälzen und Burgen der Stauferzeit (Darmstadt 1992), S. 80 ff.; Th. Biller, Die Adelsburg in Deutschland — Entstehung, Form und Bedeutung (München 1983), S. 171 ff.

¹⁷⁾ Vgl. dazu G. Binding, Baubetrieb im Mittelalter (Darmstadt 1993), S. 339 ff. mit Abb. 109 und 110, beide aus dem 12. Jahrhundert, ganz so aufwendig, wie von Binding am Beispiel der Pfalz Gelnhausen rekonstruiert, darf man sich die Vermessung allerdings in Linn nicht vorstellen, man beschränkte sich vielmehr auf das Notwendige.

¹⁸⁾ B. Beckmann, Der Scherbenhügel in der Siegburger Aulgasse Bd. 1 (Rheinische Ausgrabungen 16, Bonn 1975), S. 75 und Taf. 20,5.

¹⁹⁾ Die Heimat 5, Krefeld 1926, S. 166 mit Abb.

²⁰⁾ C. Reichmann, Ausgrabungen in Alt-Oppum, die Heimat 57, Krefeld 1986, S. 151 ff.; ders., Krefeld-Oppum, in: Dörfer und Städte — Ausgrabungen im Rheinland 1985/86, hrsg. v. Rheinischen Amt für Bodendenkmalpflege Bonn (Köln/Bonn 1987), S. 161 — 175.

²¹⁾ Es handelt sich um die Pfostengruben 25, 26 und 41 des Grundrisses E 1 (Reichmann o. Anm. 20, 1987, Pläne Abb. 111 und 112).

²²⁾ Es handelt sich um die Grube 66 (Reichmann o. Anm. 20, 1987, Abb. 111 und 112); die Grube überschneidet den Grundriß des Hauses E 1, in dessen Pfostengruben die älteren Ziegel gefunden wurden.

²³⁾ Zur Datierung heranziehen läßt sich zum einen die relative Zeitfolge der insgesamt vier nacheinander errichteten Häuser (B 1, C 1, D 1 und E 1; Reichmann o. Anm. 20, 1987, Abb. 112) mit ihrer theoretischen Lebensdauer von jeweils etwa 60 Jahren und zum zweiten vor allem der Umstand, daß damals gerade eine allgemeine Umstellung im tönernen Gebrauchsgeschirr stattfand. Das ältere, formenarme Inventar — überwiegend blaugraue Kugeltöpfe aus den Töpfereien von Palfrath im Bergischen Land sowie helltonige Becher und Krüge aus den Töpfereien von Pingdorf bei Köln — wurde seit der Mitte des 12. Jahrhunderts zunehmend durch ein formenreicheres Inventar aus anderen Töpferorten ersetzt — graue Kugeltöpfe, Vorratsgefäße, Schüsseln und Kannen aus Elmpt und Brüggan sowie frühes Steinzeug aus Siegburg (zunächst sogenanntes Proto- und Faststeinzeug). In der 2. Hälfte des 13. Jahrhunderts trat dann das erste richtige Steinzeug auf. Zudem zeigt die zunächst noch sehr harte graue Ware aus Elmpt/Brüggan im Verlauf des 13. Jahrhunderts einen immer weicheren Ton. Aus diesen Gründen lassen sich größere Keramikinventare aus dieser Zeit relativ genau einordnen. Münzdatierte Schichten vom alten Markt in Duisburg bieten zusätzliche Sicherheiten: G. Krause, Archäologische Zeugnisse zum mittelalterlichen Duisburg, in: Duisburg im Mittelalter (Duisburg 1983), S. 29 ff.

²⁴⁾ Rothhoff o. Anm. 8, S. 1; H. Kaiser, Territorienbildung in den Ämtern Kempen, Oedt und Linn (Kempen 1979), S. 203

(Knipping, Reg. EB 3,2, S. 252, Nr. 3663); Kaiser vermutet, daß Linn damals sogar zeitweiliger Sitz des Grafen von Kleve gewesen sein könnte.

²⁵⁾ Kaiser o. Anm. 24, S. 203.

²⁶⁾ So zum Beispiel in den Stadtrechnungen von Wesel (J. Klumpen-Hegmans, Linn — Burg und Stadt vom Mittelalter bis zur Gegenwart (Krefeld 1993), S. 46, Anm. 19 (zitiert nach Gorissen).

²⁷⁾ Wenngleich jetzt auch bereits die ersten richtigen, das heißt, nicht aufgeschütteten Wasserburgen entstanden (vgl. Janssen o. Anm. 5).

²⁸⁾ Janssen o. Anm. 5, Fig. 13.

²⁹⁾ Janssen o. Anm. 5, Fig. 12 D.

³⁰⁾ Janssen o. Anm. 5, Fig. 12 B; die Burg wurde nachträglich (2. Hälfte des 13. Jahrhunderts) mit Flankentürmen ausgestattet.

³¹⁾ Steeger, Die Heimat 23, Krefeld 1962, S. 116 — 120.

³²⁾ Janssen o. Anm. 5, Fig. 12 C.

³³⁾ Th. Biller, Die Adelsburg in Deutschland — Entstehung, Form und Bedeutung (München 1993), S. 159.

³⁴⁾ Biller o. Anm. 33, S. 134.

³⁵⁾ W. Metternich, Der Torbau und die regelmäßige Burganlage des 13. Jahrhunderts im anglo-französischen Raum, Burgen und Schlösser 31, 1990, S. 58 — 74.

³⁶⁾ Biller o. Anm. 33, S. 156 ff.

³⁷⁾ Frühe Beispiele bieten indes die viertürmige Wasserburg Lehr in Baden (1218 bereits im Bau, Dendrodatum) oder die zwischen 1238 und 1241 errichtete, ebenfalls viertürmige Burg Neuleiningen, Biller o. Anm. 33, S. 164 f.

³⁸⁾ Vgl. auch W. Müller-Wiener, Burgen der Kreuzritter (München/Berlin 1966) mit umfangreichen Grundrißaufnahmen.

³⁹⁾ Biller o. Anm. 33, S. 120.

⁴⁰⁾ Biller o. Anm. 33, S. 166; ein frühes Beispiel in der Nachbarschaft bietet Burg Broich (um 1200); G. Binding, Die spätkarolingische Burg Broich in Mülheim an der Ruhr (Düsseldorf 1968), oder die Burg von Rheinbach (dendrodatiert auf 1180 +/- 5 Jahre); J. Wentscher, Ein dendrologisches Datum zur Rheinbacher Burg, Archäologie im Rheinland 1988 (Köln/Bonn 1989), S. 112 f.

⁴¹⁾ Biller o. Anm. 33, S. 156 ff., sinnvoll war dies nur beim Einsatz weittragender Wurfmaschinen.

⁴²⁾ U. Mainzer, Stadttore im Rheinland, Niederheinisches Jahrbuch 1975 (Neuss 1976), S. 19 f.

⁴³⁾ Müller o. Anm. 12, S. 467 ff.

⁴⁴⁾ H. Keussen, Urkundenbuch der Stadt Krefeld und der alten Grafschaft Moers Bd. 1 (Krefeld 1948), Nr. 46.

⁴⁵⁾ G. Rothhoff, Das Land Linn in Meerer Urkunden, die Heimat 42, Krefeld 1971, S. 121 f., hier S. 122 (Meer U 11); die Datierung erfolgt über die Amtsdaten des Abtes Macharius von Steinfeld.

⁴⁶⁾ Rothhoff o. Anm. 8, S. 1 (REK II 1386, 45).

⁴⁷⁾ Nur als Verwandter Ottos wird Gerlach auch von H. Keussen eingestuft; Linn und seine Geschichte, in: Die Heimath, Krefeld 1876, S. 18.

⁴⁸⁾ Rothhoff o. Anm. 8, S. 1 (HSTAD Gerresheim 13).

⁴⁹⁾ Keussen o. Anm. 44, Nr. 68 und 78.

⁵⁰⁾ Kaiser o. Anm. 24, S. 193 f.

⁵¹⁾ Kaiser o. Anm. 24, S. 195.

⁵²⁾ Rothhoff o. Anm. 45, S. 122.

¹³⁾ Rothhoff o. Anm. 8, S. 1 (UB Dt. Orden II 65).

¹⁴⁾ Vgl. die Diskussion über diesen Punkt bei Kaiser o. Anm. 24, S. 193.

¹⁵⁾ G. Rothhoff, Von den Anfängen der Verwaltung des Linner Landes, Die Heimat 46, Krefeld 1975, S. 87—90; Kaiser o. Anm. 24, S. 193 ff.

¹⁶⁾ C. Reichmann, Die alten Kirchen von Linn, die Heimat 61, Krefeld 1990, S. 126—141, hier 131 ff.

¹⁷⁾ Rothhoff o. Anm. 8, S. 4: 1211, sacerdos de Linne (HSTAD Meer 18).

¹⁸⁾ Reichmann o. Anm. 56; ders. Ein Gebäude aus dem 8. Jahrhundert an der Alde Kerk in Linn, Archäologie im Rheinland 1990 (Köln/Bonn 1991), S. 93—95.

¹⁹⁾ Vor der Nordmauer befand sich als einzige weitere Bestattung das Grab eines Jugendlichen N (Grab 146). Da die Grube ungewöhnlich tief angelegt war und zudem viel Bauschutt enthielt, könnte sie erst nach Abbruch der Kirche angelegt worden sein. Andererseits ist aber nicht auszuschließen, daß dies die Grabstätte von Ottos jüngem Bruder oder eines unehelichen Sohnes von Gerhard gewesen ist. Da das Grab einer Frau fehlt, ist ein früh verstorbener, ehelicher Sohn wohl unwahrscheinlich.

²⁰⁾ Möglicherweise wurde der Bruder anlässlich des Verkaufs von 1187/88 nur deswegen mitaufgeführt, weil Otto zu diesem Zeitpunkt bereits eine Teilnahme am Kreuzzug geplant hatte. Bekanntlich wurde der Kreuzzug mehrfach verschoben.

²¹⁾ Die früher gegebenen Datierungen der Bauteile (Reichmann o. Anm. 56, S. 133 f.) richteten sich nach den meist unstratifiziert aufgefundenen Scherben und sind daher nicht sehr genau. Der Turm wurde ins 11. Jahrhundert datiert, da in seinem Bereich keine jüngeren Scherben zutage traten, doch kann dies auf Zufall beruhen. Die archäologische Datierung für den Turm lautet demnach 11. Jahrhundert oder später. Seitenschiff und Chor sind vor allem baustratigraphisch als noch jünger einzustufen. Der Chor bildet eindeutig den jüngsten Baukörper an der gegen Ende des 13. Jahrhunderts abgerissenen Kirche. Er dürfte der Form des Grundrisses nach noch in romani-scher Zeit, das heißt schon bald nach dem Tode Ottos erneuert worden sein (circa 1220/30). Die auf der erhaltenen Stückerung gefundene Keramik gehört allerdings noch dem frühen 12. Jahrhundert an. Das etwas ältere Seitenschiff muß bereits geraume Zeit vor dem Abbruch der Kirche angelegt worden sein, da zahlreiche Gräber einen entsprechenden Bezug nehmen. Nimmt man an, daß die von Rembert aufgefundenen Säulenbasis hier Verwendung gefunden hatte (Reichmann o. Anm. 56, Abb. 12) so käme man am ehesten auf eine Datierung ins ausgehende 12. Jahrhundert. — Das Grab Ottos ist durch eine im Steinsarg aufgefundenen Wandscherbe der grauen Ware aus Elmp/Brüggen (vgl. Anm. 23) in die Zeit nach 1150 datiert.

²²⁾ Reichmann o. Anm. 56, Abb. 11.

²³⁾ E. Eickhoff, Friedrich Barbarossa im Orient. Kreuzzug und Tod Friedrich I. (Tübingen 1977) S. 28 ff.

²⁴⁾ Eickhoff o. Anm. 63, S. 49.

²⁵⁾ W. Levison in: H. Aubin/Th. Frings und andere, Rheinische Geschichte I (Essen 1922), S. 135; vgl. auch Eickhoff o. Anm. 63, S. 36.

²⁶⁾ Eickhoff o. Anm. 63, S. 51 ff.

²⁷⁾ Durch Seuchen erlitten die deutschen Kreuzfahrer hier stärkere Verluste.

²⁸⁾ G. Buscher, Geschichte der niederrheinischen Pfarre Linn, Teil II, S. 5 und 73 ff. Buscher beruft sich dabei vor allem auf die ältere, unter anderem durch Pfarrer Joesten um 1905 schriftlich niedergelegte Tradition in Linn. Vgl. auch die Sage vom Linner Kreuz: ebenda S. 75, ferner J. F. Lefranc und J. P. Lentzen, Geschichte der Pfarren des Dekanates Krefeld (Mönchengladbach 1889), S. 388 und E. Bockemühl, Niederrheinische Sagen, Märchen und Legenden (Duisburg 1979), S. 94. — Mit Sicherheit ist es ausgeschlossen, daß die Linner Kreuztradition erst kurz vor 1438 durch den damaligen Linner Vikar Engelberth von Berchuyts de Cosveldia aus Coesfeld nach Linn übertragen wurde. Dem Wortlaut der Urkunde nach (HSTAD Kurkoin, Linn geistl. Sachen 4, 39) handelte es sich damals lediglich um eine Neudotierung des vorhandenen Kreuzaltars in der späteren Stadtkirche. Außerdem stammt das erhaltene und wohl eigens für die neue Kirche in der Stadt angefertigte Kreuz wahrscheinlich bereits aus dem 14. Jahrhundert: Jahrbuch der Rheinischen Denkmalpflege 23, 1960, S. 19 und 339, Abb. 438—446.

Museumsdirektorin Dr. Renate Pirling trat in den Ruhestand

von Christoph Reichmann

Nach 38jähriger Tätigkeit im Dienste der Stadt Krefeld, davon 33 Jahre als Direktorin des Museums Burg Linn, trat Frau Dr. Renate Pirling am 1. September 1994 mit Erreichen der Altersgrenze in den Ruhestand. Als gebürtige Schwäbin (24. August 1929 in Nürtingen am Neckar) hatte sie nach Abschluß des Studiums in München (1955) eigentlich vorgehabt, eine Stelle in Nördlingen anzutreten, und zwar als Leiterin des geplanten Stadtmuseums. Dies erübrigte sich jedoch, da das zu diesem Zweck vorgesehene Fachwerkgebäude noch vor dem Examenstermin einem Feuer zum Opfer fiel und unter den damaligen Bedingungen an einen Wiederaufbau nicht zu denken war. In Krefeld hatte zu dieser Zeit Professor Dr. Albert Steeger recht erfolgreich in Krefeld-Gellep ausgegraben und ein mit fast 1 200 Gräbern — wie man damals glaubte — ungewöhnlich großes antikes Gräberfeld freigelegt. Steeger stand allerdings kurz vor seinem 70. Geburtstag (1. November 1955), so daß es an der Zeit war, sich Gedanken darüber zu machen, wie seine Arbeit längerfristig fortgeführt werden könnte. Seine Freunde, vor allem der damalige Landeskonservator Professor Dr. Walter Bader, sahen deutlich, daß

Steeger zunächst in arbeitstechnischer Hinsicht dringend entlastet werden mußte, und so wurde beschlossen, ihm einen Mitarbeiter an die Seite zu geben. Auf der Suche nach einem geeigneten Kandidaten hörte der Direktor des Rheinischen Landesmuseums in Bonn, Professor Dr. Kurt Böhner, von der frisch promovierten Schwäbin und ihrem Mißgeschick. Er beschloß, einen Versuch zu wagen. Zwar hatte die Kandidatin ihre Doktorarbeit über ein bronzezeitliches Thema geschrieben, doch stammte sie aus der Schule des bekannten Frühgeschichtlers und Frankenkenner Professor Dr. Joachim Werner (München), so daß auch auf diesen Gebieten gediegene Kenntnisse erwartet werden konnten.

So ging Frau Dr. Pirling — „nur für kurze Zeit“, wie sie damals annahm — nach Krefeld-Linn. Ihre Aufgabe bestand zunächst darin, einen Katalog der rund 1 200 Gelleper Grabinventare anzufertigen. Als Steeger dann am 15. März des Jahres 1958 überraschend starb, übertrug man ihr, da sonst niemand vor Ort war, die kommissarische Leitung des verwaisten Museums. Sie hatte allerdings nicht vor, sich auf die Direktorenstelle zu bewerben, sondern



Abb. 1. Dr. Renate Pirling (1994)

beabsichtigte, nach Abschluß des Katalogs wieder in süddeutsche Gefilde zurückzukehren. Schließlich rechnete sie sich gegen eine Konkurrenz von immerhin 38 gestandenen Männern auch kaum eine Chance aus. Dies sollte sich jedoch als unzutreffend erweisen. Die eigentlich nur zur „Abrundung“ des Katalogs schon 1959 wiederaufgenommenen Grabungen im Gelleper Gräberfeld hatten großen Erfolg und machten sie bekannt. So forderte man sie schließlich doch noch auf, ihre Bewerbung nachzureichen. Tatsächlich konnte sie am 1. Mai 1961 ihr neues Amt als Direktorin des Museums Burg Linn antreten, das Amt, aus dem sie jetzt nach mehr als 33 Jahren scheidet.

Unter der Leitung von Frau Dr. Pirling entwickelte sich das bislang in seiner personellen Besetzung sehr bescheidene Museum zu einem vergleichsweise großen und weithin bekannten „Unternehmen.“ Insbesondere die archäologische Abteilung konnte zu einem Forschungszentrum ausgebaut werden. Mit Unterstützung des Römisch-Germanischen Zentralmuseums in Mainz vermochte sie eine eigene Werkstatt, einschließlich einer Restauratorenstelle, einzurichten (seit 1962). Hinzu kamen ein Zeichner, ein Grabungstechniker und schließlich auch die Stelle eines wissenschaftlichen Assistenten (seit 1971). Frau Dr. Pirling erreichte dies, nachdem sie zuvor die Deutsche Forschungsgemeinschaft (DFG) für eine mehrjährige Bezahlung von Frau Dr. Ilse Paar hatte gewinnen können, die leider früh verstarb. Die DFG erkannte die Untersuchungen in den römisch-fränkischen Gräberfeldern von Gellep schon 1965 als besonderes Forschungsvorhaben an und förderte sie seither auch regelmäßig, zuletzt mit einer jährlichen Zuwendung von etwa 150 000 DM; insgesamt flossen bis heute mehrere Millionen DM aus diesem Topf in die Stadt Krefeld. Damit gehörte Gellep schon früh zu den wenigen überregional bedeutsamen archäologischen Forschungsunternehmen in der Bundesrepublik Deutschland. Einen guten Teil dazu beigetragen hat neben den Vorarbeiten Steegers sicherlich der glückliche Fund des unversehrten Fürstengrabes im September des Jahres 1962 sowie dessen zielstrebige Aufarbeitung und sofortige Veröffentlichung, was in Fachkreisen durchaus keine Selbstverständlichkeit darstellt (Das Grab eines fränkischen Herrn des 6. Jahrhunderts aus Krefeld-Gellep. Die Heimat 33, Krefeld 1962, 111 — 114; Ein fränkisches Fürstengrab aus Krefeld-Gellep. — Germania 42, 1964, 188 — 216; zusammen mit O. Doppelfeld, Fränkische Fürsten im Rheinland, Düsseldorf 1966).

Mittlerweile wurde das 6 000. Grab freigelegt und damit ein geschichtliches Material gewonnen, das schon allein quantitativ in Europa einzig dasteht. Erstmals läßt sich die Bevölkerung eines antiken Ortes dieser Größenordnung (durchschnittlich rund 1 000 — 1 500 Einwohner) fast vollständig überblicken. Man erhält Informationen sowohl über die Herkunft

der Einwohner und ihre gesellschaftliche Stellung als auch über ihre recht unterschiedlichen religiösen Vorstellungen. Schließlich war das antike Gelduba ein Ort mit einer, modern gesprochen, „multikulturellen“ Gesellschaft. Dort lebten nicht nur Römer und Franken beziehungsweise einheimische Germanen, sondern auch Kelten sowie Soldaten und Kaufleute aus den unterschiedlichsten Teilen des römischen Reiches, aus Spanien, dem Balkan oder auch den orientalischen Provinzen, Heiden und Christen. Zur Zeit Konstantins des Großen wurde dort beispielsweise eine spezielle Keramik hergestellt, deren Vorbilder letztlich wohl in Syrien zu suchen sind. Schließlich ist das Fundmaterial so reichlich und für die Zeit vom ausgehenden ersten bis zum siebten Jahrhundert n. Chr. auch so repräsentativ, daß es in Fachkreisen üblich geworden ist, viele Formen „nach Gellep-Typen“ zu benennen. Allerdings war auch dies nur möglich, weil die Gräber laufend durch Frau Dr. Pirling publiziert wurden beziehungsweise immer noch werden, und zwar in der renommierten, von der Römisch-Germanischen Kommission des Deutschen Archäologischen Instituts herausgegebenen Reihe „Germanische Denkmäler der Völkerwanderungszeit“. Erschienen sind bislang vier Folgen mit insgesamt sieben Bänden. Der achte befindet sich im Druck.

Dementsprechend fand die wissenschaftliche Arbeit von Frau Dr. Pirling auch schon früh Anerkennung durch ihre Aufnahme als ordentliches Mitglied in das Deutsche Archäologische Institut (DAI) und weitere Fachgremien, so das internationale Sachsensymposium, eine Vereinigung, die sich die Erforschung der Völkerwanderungszeit im nördlichen Europa zum Ziel gesetzt hat. Zweimal war das Symposium in Linn zu Gast (1978 und 1991). 1969 richtete Frau Dr. Pirling die Jahrestagung des Nordwestdeutschen Verbandes für Altertumsforschung in Linn aus. Sie erhielt Einladungen zu Vorträgen in zahlreichen Städten und Universitäten, so zum Beispiel in Oxford, Paris, Oslo, Stockholm und sogar Damaskus. Auch nahm sie 1974 an einer Ausgrabung in Apamea (Syrien) teil. Schließlich gelang es ihr, Krefeld in den Kreis der wenigen rheinischen Städte einzureihen, denen es gestattet ist (im Auftrage des Rheinischen Amtes für Bodendenkmalpflege, Bonn), eine eigene Bodendenkmalpflege zu betreiben. Damit verbunden ist zur Zeit eine jährliche Förderung in Höhe von 90 000 DM durch das Land Nordrhein-Westfalen. Außerdem bildet die eigene Bodendenkmalpflege trotz der Unabdingbarkeit eines städtischen Eigenanteils eine recht kostengünstige Alternative zum Einsatz privater Grabungsfirmen, wie sie jetzt im Rheinland allgemein zur „Ausräumung von Bauhindernissen“ eingesetzt werden.

Aber die Arbeit von Frau Dr. Pirling galt nicht allein ihrem speziellen Fachgebiet, der archäologischen Forschung, sondern zu einem nicht geringen Teil auch der Betreuung der

Burg Linn und des Kulturgeschichtlichen Museums, Einrichtungen, die in ihrer Amtszeit jährlich bis zu 80 000 Besucher angezogen haben. Sie gab den Rittersälen ihr eindrucksvolles Gepräge durch den Erwerb der bedeutenden flämischen Gobelins aus dem 16. Jahrhundert und legte den Grund für die beim Publikum sehr beliebte Sammlung historischer Musikinstrumente. Neben den ständigen Ausstellungen, die nicht nur die Archäologie, sondern auch mittelalterliche und neuzeitliche Einrichtungen in Burg und Jagdschloß sowie eine regionalgeschichtliche und eine volkskundliche Abteilung im Landschaftsmuseum an der Rheinbabenstraße umfassen, holte sie zahlreiche Sonderausstellungen nach Krefeld, darunter die bedeutenden Berliner Ausstellungen „Schliemanns Troia“ (1991) und „Wiedererstandenes Babylon“ (1992) oder die St. Petersburger Ausstellung „Bernstein — Stolz der Zaren“ (1992). Insgesamt wurden unter ihrer Leitung nicht weniger als 65 Sonderausstellungen gezeigt, darunter viele mit volkskundlichen Themen (zum Beispiel „Die große Wäsche — Kulturgeschichte des Wäschewaschens“, 1989, oder „Die Reise im Karton. Brettspiele als Spiegel der Gesellschaft“, 1994), aus der Stadtgeschichte (zum Beispiel „Krefeld — Aufbruch in die Neue Welt“, 1983, „Alte Krefelder Häuser und Winkel — Agnes Kaiser“, 1982), aus der Völkerkunde (zum Beispiel „Das schwedische Kriegsschiff Wasa“, 1968, „Diplomaten und Wesire — Krieg und Frieden im Spiegel des türkischen Kunsthandwerks“, 1990). Ihre archäologischen Ausstellungsverbindungen waren weitgespannt und reichten über die benachbarten Länder schon vor dem Fall des „eisernen Vorhangs“ weit nach Osten in die CSSR oder nach Ungarn („Aquincum — Historisches Museum Budapest“, 1986, „Das mittelalterliche Dorf in Mähren“, 1987). Eine zu ihrem Abschied vom Verein der Freunde der Museen Burg Linn herausgegebene Festschrift gibt hierüber ausführlich Auskunft. Neben einer Würdigung durch ihren einstigen Mentor Professor Dr. Kurt Böhner enthält die Festschrift eine Chronik mit einer Ausstellungsübersicht sowie ein umfassendes Literaturverzeichnis. Der Hauptteil bietet jedoch eine Auswahl kleinerer, in verschiedenen Zeitschriften erschienener Aufsätze (Renate Pirling, Beiträge zur römisch-fränkischen Geschichte, Krefeld 1994).

Nach ihrem Ausscheiden aus dem aktiven Dienst wird sie in ihre schwäbische Heimat zurückkehren. Allerdings geht sie deshalb — wenigstens vorerst — der Stadt Krefeld nicht vollständig verloren, denn die Bearbeitung der Gräberfelder von Gellep, ihr archäologisches Lebenswerk, ist noch nicht abgeschlossen. Auch die Förderung durch die DFG läuft noch weiter, denn sie ist an die Person — Frau Dr. Renate Pirling — und nicht an das Amt gebunden. Zur Zeit entstehen in ihren ehemaligen Wohnräumen auf der Vorburg zu diesem Zweck Büroräume, die sie hoffentlich noch einige Zeit nutzen können.

Helmuth Croon (1906 — 1994): Leben und Werk

von Joachim Lilla

Im Alter von 88 Jahren starb am 24. Februar 1994 nach längerer schwerer Krankheit der Krefelder Historiker und Archivar Professor Dr. phil. Helmuth Croon, langjähriges Mitglied des Vereins für Heimatkunde e.V. in Krefeld. Helmuth Croon wurde am 2. Januar 1906 als Sohn des Krefelder Samtfabrikanten Erich Croon (1869 — 1945; Prokurist, später Inhaber der Firma C. Flaskamp & Co.) und seiner Ehefrau Dorothea geb. Reyscher (1880 — 1972) in Krefeld geboren und entstammte einer namhaften ursprünglich aus Aachen kommenden niederrheinischen Textilindustriellen-Familie. Die Familie wohnte zunächst am Westwall, bis sie im Jahre 1910 in das Haus Hohenzollernstraße 39 einzog, in dem Helmuth Croon bis zu seinem Tode gewohnt hat. Kindheit und Jugend im Krefeld des Kaiserreichs waren, nach den Erzählungen Croons, sorglos und unbeschwert. In die Sommerfrische fuhr die Familie mehrfach in das damals mondäne Seebad Domburg auf Walcheren. Ein sommerliches Freizeitvergnügen waren Kahnfahrten bei Burg Linn oder am Greiffenhorst-Schlößchen. Ein Indiz für die — damals doch relativ seltene — Reisefreudigkeit der Familie ist die Tatsache, daß in den Einwohnermeldeunterlagen von Erich Croon in den neunziger Jahren des letzten Jahrhunderts Auslandsaufenthalte in New York und London sowie noch bis 1933 die Ausgabe von Auslandspässen ausdrücklich vermerkt sind. So erinnerte sich Helmuth Croon an weitere Auslandsreisen in der Zeit seiner Kindheit, auch an folgende Begebenheit: Die Familie reiste „vornehm“ (ein Lieblingswort von ihm) in der damals exklusiven 1. Klasse. Der kleine Helmuth, ein lebhaftes Kind, war einmal so aufgedreht, daß beschlossen wurde, ihn fürderhin nur noch in der weniger „vornehmen“, aber immer noch repräsentativen 2. Klasse reisen zu lassen. Deklassierung als pädagogisches Prinzip?

Bereits als Schüler trat Helmuth Croon dem Köngener Bund, einer aus dem Schüler-Bibelkreis herausgelösten Gruppe der Jugendbewegung, bei und kam mit diesem dann in den Bund der Wandervogel und Pfadfinder/Deutsche Freischar (später Akademische Gilde/Akademische Freischar Köngen). Er besuchte das Realgymnasium in Krefeld — das heutige Gymnasium am Moltkeplatz — und studierte von 1924 bis 1928 Geschichte, Staatswissenschaften, Staatsrecht und Phi-

losophie an den Universitäten Tübingen, Königsberg/Pr. und Berlin. Schon während seiner Studienjahre erfolgte Croons erste Veröffentlichung: der 1926 in dieser Zeitschrift erschienene — noch heute lesenswerte — Beitrag „Zur Geschichte der Krefelder Auswanderung 1683“. Als Schüler des Verfassungs- und Verwaltungshistorikers Fritz Hartung wurde er im Juli 1929 an der Friedrich-Wilhelms-Universität in Berlin mit einer Dissertation über „Stände und Steuern in Jülich-



Abb. 1. Professor Dr. Helmuth Croon

loberg im 17. und vornehmlich im 18. Jahrhundert“ zum Dr. phil. promoviert (Er erzählte gern, daß damals noch der akademische Grad des „Magister Artium“ automatisch mit dem Dr. phil. zuerkannt worden sei). Mit der Wahl von Fritz Hartung als Doktorvater gab Croon schon früh zu erkennen, daß sein besonderes Interesse der Verfassungs- und Verwaltungsgeschichte galt, einem Gebiet also, das zeitlebens einer der Schwerpunkte seiner Forschungen geblieben ist.

Im Anschluß an sein Studium wurde Helmuth Croon von 1929 bis 1932 von der Historischen Kommission für die Provinz Brandenburg und die Reichshauptstadt Berlin die Bearbeitung der kurmärkischen Ständekaten übertragen. Obgleich dieses Projekt 1932 aus finanziellen Gründen eingestellt werden mußte, konnte 1938 noch der von Helmuth Croon bearbeitete erste Band mit dem Titel „Die kurmärkischen Landstände 1571 — 1616“ erscheinen. Ebenfalls zu dieser Zeit profilierte sich Croon in der Fachwelt mit einer äußerst kritischen Rezension eines Werkes des progressiven und damals nicht unumstrittenen Historikers Eckart Kehr in den Jahresberichten für Deutsche Geschichte. Er warf Kehr vor, „das tiefe sittliche Empfinden“ der leitenden Staatsmänner zu vernachlässigen und „das völkisch-sittliche Wollen des Bürgertums“ zu übersehen, um so mehr, da „die wirtschaftlichen und sozialen Voraussetzungen für den Gedanken des liberalen Rechtsstaates in der Gegenwart zersetzt“ seien.

Nachdem das Forschungsprojekt „Ständekaten“ eingestellt werden mußte, wurde Croon arbeitslos und mußte seinen Plan aufgeben, eine akademische Karriere einzuschlagen. Seinen Lebensunterhalt verdiente er einige Zeit als freier Wissenschaftler. Dem nationalsozialistischen Staat stand Croon offensichtlich nicht generell ablehnend gegenüber: So trat er schon 1933 in den Freiwilligen, späteren Reichsarbeitsdienst (RAD) ein. Er arbeitete zunächst als Sachbearbeiter des RAD in Lingen/Ems und Aachen und war schließlich bis Ende 1942 als Oberstfeldmeister (vergleichbar etwa einem Hauptmann) für Sonderaufgaben bei der Arbeitsgauleitung Köln—Aachen tätig. Von Januar 1943 bis zum Kriegsende leitete Helmuth Croon die Archive des Reichsarbeitsdienstes, seit 1944 im Range eines Arbeitsführers (vergleichbar etwa einem Major). Die lang gehegte Absicht, aufgrund seiner dort gemachten Erfahrungen und seiner intimen Kenntnisse der Organisation eine umfassende Geschichte des Reichsarbeitsdienstes zu schreiben, hat Croon leider nicht mehr verwirklichen können. Dies ist für die Forschung um so bedauerlicher, als Croon wohl einer der wenigen — und wahrscheinlich der letzte — der führenden Mitarbeiter des RAD gewesen ist, der wissenschaftlich fundiert sein Wissen über den Reichsarbeitsdienst und seine innere

Verfassung hätte zu Papier bringen können. Wie zu erfahren war, soll Croon jedoch testamentarisch verfügt haben, seine Aufzeichnungen und Materialsammlung zur Geschichte des RAD der Zentralnachweisstelle des Bundesarchivs in Kornelimünster zu übergeben; so besteht immerhin noch die Hoffnung, daß seine Forschungsergebnisse und Erinnerungen in nicht zu ferner Zukunft der Forschung zur Verfügung stehen und ausgewertet werden können. Über das Thema „Arbeitsdienst“ hat er sich schriftlich nur in einem 1950 erschienenen, umfassenden Aufsatz über „Aktenhaltung und Archivgütpflege im Reichsarbeitsdienst“ und in zwei späteren Darstellungen, „Hans Dehmel im Reichskommissariat für den Freiwilligen Arbeitsdienst“ und „Jugendbewegung und Arbeitsdienst“, geäußert. In der letztgenannten Arbeit sind insofern — bei Croon ansonsten äußerst seltene — autobiographische Spuren enthalten, da in sie die von ihm selbst erlebten Sphären der Jugendbewegung und des Arbeitsdienstes eingeflossen sind.

Nach Kriegsende wurde Croon wegen seines relativ hohen Dienstgrades beim Arbeitsdienst 1945/46 interniert und war 18 Monate in Haft. Im Anschluß fand er im März 1947 zunächst eine Beschäftigung als Hilfsarbeiter bei den Crebonit-Lackwerken in Krefeld bis zu einer betriebsbedingten Kündigung im April 1949. In der Folgezeit mußte er sich seinen Lebensunterhalt als freier Wissenschaftler und durch Privatstunden verdienen. Im Januar 1950 wurde er dann Mitarbeiter der Sozialforschungsstelle an der Universität Münster zu Dortmund. In diesen Forschungsjahren arbeitete Croon im wesentlichen wegweisende Methoden zur Erforschung der gemeindlichen Sozialgeschichte und der rheinisch-westfälischen Verfassungs- und Verwaltungsgeschichte des 19. und 20. Jahrhunderts heraus. Beispielhaft hervorzuheben sind die 1958 gemeinsam mit Kurt Utermann unter dem Titel „Zeche und Gemeinde“ vorgelegten „Untersuchungen über den Strukturwandel einer Zechengemeinde im nördlichen Ruhrgebiet“ (der dort genannte Ortsname Steinfeld ist ein geschickt gewähltes Pseudonym für das damalige Amt Datteln in Westfalen, das sich aus den Namen des damaligen Dattelner Zechendirektors Steiner und des Gemeindedirektors Kierfeld zusammensetzt). Als gebürtiger Dattelner habe ich dort auch in den Jahren nach der Untersuchung einen Teil meiner Kindheit verbracht. Die von Croon und Utermann aufgezeigten Strukturen und Mentalitäten, etwa die ablehnende Zurückhaltung der Dattelner *Paolbürger* gegenüber den überwiegend aus dem Osten zugewanderten Zechenleuten in der *Kolonie*, waren auch bei einigen Verwandten vorhanden und durchaus verinnerlicht (Croon erzählte mir einmal die nette Episode, wie die Dattelner Fronleichnamprozession erstmals auch durch die *Kolonie* geführt werden sollte. Große Aufregung bei den *Paolbürgern*, man wisse nicht, was da alles passieren könne, und vielleicht lasse sogar jemand während

der Prozession das Radio laufen...). Daß Croon mir in dieses Buch die sinnige Widmung „Dem gebürtigen Steinfeld“ schrieb, sei noch am Rande erwähnt.

Im Januar 1956 wurde Croon vorübergehend Referent beim Bundesarchiv in Koblenz und wurde noch im Oktober desselben Jahres zum Direktor des Stadtarchivs in Bochum bestellt. Dieses Amt hatte er bis zu seiner Pensionierung am 1. Februar 1971 inne. Seine ihm eigene innere Unabhängigkeit veranschaulicht folgende — von ihm selbst mitgeteilte — Begebenheit: Als ihm ein Dienstvorgesetzter einmal wegen seiner vermeintlich unorthodoxen Dienstauffassung zur Rede stellte, entgegnete er, er habe der Stadt Bochum seinen Kopf, aber nicht sein Gesäß zur Verfügung gestellt (der Originalton Croons war drastischer, ist aber nicht unbedingt druckreif). Er strukturierte das bislang nebenberuflich betreute Bochumer Stadtarchiv nach archivwissenschaftlichen Gesichtspunkten um und baute es zu einer leistungsfähigen Einrichtung aus. Diese 15 Jahre in Bochum bildeten aber auch wissenschaftlich die unbestreitbar produktivste Zeit seines Lebens. Jedes Jahr erschienen mehrere größere Untersuchungen, vornehmlich zur Kommunalgeschichte oder zur Sozialgeschichte im rheinisch-westfälischen Industriegebiet. Mit seiner Heimatstadt Krefeld, in der er seinen ersten Wohnsitz stets beibehalten hatte, befassten sich zwei 1958 erschienene Untersuchungen: „Die Stadtvertretungen in Krefeld und Bochum im 19. Jahrhundert“ (in der Festschrift für seinen Lehrer Fritz Hartung) und „Krefelder Bürgertum im Wandel des 19. Jahrhunderts“ (in dieser Zeitschrift). Hinter dem eher unscheinbaren Titel des letzten Beitrags verbirgt sich eine immense Fleißarbeit; so hat Croon in fünfzehn Übersichten die Krefelder Gemeinderäte beziehungsweise Stadtverordneten der Jahre 1815 bis 1919 aufgelistet, ergänzt durch Listen der Krefelder ehrenamtlichen Beigeordneten und der die Stadt Krefeld im Provinziallandtag, im preußischen Landtag und im Reichstag vertretenden Abgeordneten. Diese Grundlagenarbeit hat bis auf den heutigen Tag Gültigkeit.

Von 1965 bis 1977 war Helmuth Croon Lehrbeauftragter für Verwaltungsgeschichte und Archivkunde an der Ruhr-Universität Bochum (soweit mir erinnerlich am Lehrstuhl von Rudolf Vierhaus) und von 1971 bis 1978 auch Lehrbeauftragter für Sozialgeschichte an der Rheinisch-Westfälischen Technischen Hochschule Aachen. Anfänglich hielt Croon lediglich Kurse und Übungen ab, als Honorarprofessor durfte er auch Vorlesungen und Hauptseminare durchführen. Einige Themen mögen seine Tätigkeit als Hochschullehrer veranschaulichen: Geschichte der deutschen Kommunalverwaltung im 19. und 20. Jahrhundert; Grundfragen der vergleichenden Verwaltungsgeschichte im 19. und 20. Jahrhundert; Wandlungen der kommunalen Selbstverwaltung in Deutschland 1918 bis 1945; Probleme einer vergleichenden Kom-

munalgeschichte; Politische und gesellschaftliche Auswirkungen des Gemeindevahlrechts in den deutschen Staaten, insbesondere Preußens im 19. und 20. Jahrhundert; Die Entwicklung der kommunalen Selbstverwaltung der preußischen Kreise und Provinzen unter besonderer Berücksichtigung des Rheinlandes und Westfalens. Als Hochschullehrer verstand er es, seinen Studenten die trockene Materie der Organisations- und Behördengeschichte als notwendigen Bestandteil moderner (Stadt-)Geschichtsforschung nahezubringen und auch schmackhaft zu machen. Aus meinen Bochumer Studienjahren datiert die langjährige persönliche Bekanntschaft mit Helmuth Croon, der mich erstmals mit veraltungsgeschichtlichen Fragestellungen vertraut machte und auch an das Archivwesen heranführte, indem er mir eine Tätigkeit als Werkstudent im Nordrhein-Westfälischen Hauptstaatsarchiv, Düsseldorf, vermittelte (Daß ich hiernach einen Teil meines Berufslebens in Archiven verbringen würde, konnte ich damals allerdings noch nicht ahnen).

Seine wissenschaftlichen Verdienste würdigte der nordrhein-westfälische Minister für Wissenschaft und Forschung auf Antrag der Ruhr-Universität Bochum im Jahre 1971 durch die Verleihung des Professorentitels. 1976 erhielt er für seine Verdienste um das kommunale Archivwesen in Nordrhein-Westfalen sowie für seine Forschungen zur Sozialgeschichte des rheinisch-westfälischen Industriegebiets das Verdienstkreuz am Bande des Verdienstordens der Bundesrepublik Deutschland. Schon in den sechziger Jahren wurde er Mitglied der Internationalen Kommission zur Geschichte der Stände und Parlamente und ordentliches Mitglied der Historischen Kommission von Westfalen. Die von der Fachwelt uneingeschränkt anerkannten Leistungen Croons liegen darin, daß er als einer der ersten die verkrusteten Strukturen in der überwiegend einseitig auf Staaten-, Diplomatie- und Kriegsgeschichte ausgerichteten klassischen Geschichtswissenschaft aufbrach und neue sozial- und wirtschaftsgeschichtliche Fragestellungen aufwarf. Es liegt eine leichte Ironie darin, daß er gewissermaßen in die Fußstapfen des von ihm in den dreißiger Jahren noch verketzerten Eckart Kehr trat. In den geschichtswissenschaftlichen Methoden machte er als einer der ersten in größerem Umfang die Verwendung statistischer Unterlagen und empirischer Erhebungen in der Geschichtswissenschaft hoffähig, eine Arbeitsweise also, die für die heutige Geschichtswissenschaft eine Selbstverständlichkeit geworden ist. Darüber hinaus leistete er Grundlagenarbeit zur Erforschung der kommunalen Verfassungs- und Verwaltungsgeschichte vornehmlich im 19. und frühen 20. Jahrhundert. Wie kaum ein anderer war er mit der komplizierten Materie des Wahlrechts in der zweiten Hälfte des 19. Jahrhunderts vertraut und hat hier sorgfältige vergleichende Untersuchungen zwischen rheinischen und westfälischen Städten ange-

stellt. In Referaten und Diskussionsbeiträgen begleitete er ferner die Tagungen des Bädinger Kreises, des Instituts für Vergleichende Städtegeschichte in Münster und des Österreichischen Arbeitskreises für Stadtgeschichtsforschung. Letzteren hat er besonders dadurch gefördert, daß er über den Deutschen Städtetag die Teilnahme deutscher Archivare anregte und unterstützte. In den Tagungen des österreichischen Arbeitskreises von 1976 bis 1982 war er ein reger Diskussionssteilnehmer; in der Tagung 1982 in Innsbruck referierte er über das Thema „Aufgaben der deutschen Städte im ersten Drittel des 20. Jahrhunderts.“ — Gemeinsam mit Hans Herzfeld und Gerhard Oestreich initiierte er 1970 die Herausgabe der „Information zur modernen Stadtgeschichte (IMS)“, die mittlerweile ein anerkanntes Organ für die moderne Stadtgeschichtsforschung geworden sind.

Von den späteren Arbeiten Croons seien noch hervorzuheben: „Das Vordringen der politischen Parteien im Bereich der kommunalen Selbstverwaltung“ (1971), „Staat und Städte in den westlichen Provinzen Preußens 1817 — 1875 — ein Beitrag zum Entstehen des Preußischen Bau- und Fluchtliniengesetzes von 1875“ (1983), die grundlegende Untersuchung über die „Gemeindeordnungen in Südwestdeutschland“ (1984) sowie „Die Anfänge der Parlamentarisierung im Reich und die Auswirkungen auf Preußen“ mit einer Dokumentation der Sitzung des Kronrats vom 9. Juli 1917 (1984). Im Juni 1982 leitete er die Sektion „Kommunale Verwaltung“ dornordrhein-westfälischen Historikertagung in Essen. Croon hat in seinem Leben nur wenige Bücher geschrieben, seine Spezialität waren kleinere Untersuchungen, die er in Fachzeitschriften oder Sammelbänden veröffentlichte. Einige von ihnen wurden zu Standardbeiträgen, die vereinzelt nachgedruckt worden sind.

Man wird dem Werk Helmuth Croons nicht voll gerecht, wenn man nicht auch seine Tätigkeit als Rezensent berücksichtigt. Zwischen 1929 und 1977 hat er über 80 Veröffentlichungen in namhaften Zeitschriften (unter anderem in der „Historischen Zeitschrift“ und der „Vierteljahrsschrift für Sozial- und Wirtschaftsgeschichte“) besprochen. Hierbei erwies sich Croon als kritischer Leser, der Vorzüge und Schwächen einer Veröffentlichung minutiös aufzeigte. Der Schwerpunkt der Rezensionen lag naturgemäß bei kommunal-, verwaltungs-, sozial- oder wirtschaftsgeschichtlichen Untersuchungen. Verhältnismäßig früh, schon Mitte der fünfziger Jahre, setzte sich Croon kritisch mit wissenschaftlichen Untersuchungen aus der ehemaligen DDR auseinander und erkannte, daß sie — vom ideologischen Ballast befreit — durchaus brauchbare Arbeiten mit zum Teil neuen und nützlichen Fragestellungen waren. Thematisch ein wenig abgelegen war eine niederländische Untersuchung über die Bagdad-Bahn, aber auch zu diesem Thema konnte Croon sich profunde äußern.

Auch als Archivar zeigte Helmuth Croon neue Wege auf. Vielleicht war es sogar von Vorteil, daß er nicht die klassische Ochsentour der höheren Archivarsausbildung, beim ehemaligen Institut für Archivwissenschaften in Potsdam oder in der heutigen Archivschule in Marburg, absolviert hatte, die, zumindest bis vor einiger Zeit, überwiegend das Mittelalter und die frühe Neuzeit als das Hauptbetätigungsfeld für wissenschaftliche Archivare ansah — eine Zeitspanne also, bei der für Croon (ansonsten gewiß kein religiöser Mensch) angesichts der Quellenlage „der Glaube anfangt“. Im Hauptreferat des deutschen Archivtages in Essen 1960 sprach er über den „Strukturwandel des Ruhrgebiets und seine Auswirkungen auf die Archive“, in späteren Aufsätzen befaßte er sich mit der Bedeutung der Stadtarchive für die moderne Sozial- und Stadtgeschichtsforschung. Im Jahre 1969 legte er einen umfassenden Beitrag vor über „Die Personalakten bei den Städten und Gemeinden. Archivwürdigkeit, Aufbewahrungsfristen, Methoden neuzeitlicher Personalaktenführung“. Dieser Beitrag ist zu einer Handreichung gleichermaßen für die städtischen Personalämter wie für die Stadtarchive geworden.

Seiner Heimatstadt Krefeld blieb er vielfältig verbunden: Zum einen, wie schon erwähnt, als Autor in der „Heimat“ und als Mitglied des Vereins für Heimatkunde, dem er bis zu seinem Tod angehörte. Zum zweiten beobachtete er kritisch die — wengleich zeitweise raren — geschichtswissenschaftlichen Arbeiten über Krefeld, so die Uerdinger Festschrift von 1955 und die im gleichen Jahr von Walter Föhl vorgelegte Uerdinger Bibliographie. Seine ihm eigene vornehme Zurückhaltung gab er nach einer noch moderaten Einleitung jedoch fast auf, als er die „Kleine Stadtbiographie“ Krefelds aus der Feder von Ernst Köppen in den „Duisburger Forschungen“ zu rezensieren hatte. So müsse ein kritischer Leser bezweifeln, ob „die letzte Fassung vor der Drucklegung dem kenntnisreichen und sachkundigen Stadtarchivar vorgelegen hat“. Der Bürger erfahre „zwar manche Tatsachen, bedeutsame, aber auch belanglose, ein klares Bild von dem Werden der Stadt erhält er aber nicht“. Croon bemängelt des weiteren den „anekdotischen, oft sprunghaften Charakter der Darstellung. Es ist nicht zu erkennen, nach welchen Gesichtspunkten [Köppen] sie [die Quellen] ausgewählt hat. Man hat manchmal den Eindruck, daß es ihm nur darauf ankam, gelegentliche Notizen, Quellenauszüge und Lesefrüchte auszuwerten, sich durch ihren Abdruck Gedankenarbeit zu ersparen“. Weiter heißt es, Köppen könne „anschaulich und unterhaltsam schreiben und damit bei dem unkundigen Leser den Eindruck erwecken, daß er ein geschichtliches zuverlässiges und richtiges Bild von Krefelds Vergangenheit erhält. Seine Darstellung enthält aber zahlreiche Ungenauigkeiten, Irrtümer, auch Fehler, deren sich [Köppen] wahrscheinlich selbst nicht bewußt geworden ist“. Kurz, ein brillanter wissenschaftlicher, leider nur allzu berechtig-

ter Verriß, der auf drei eng bedruckten Seiten die zahlreichen gravierenden Mängel der Köppenschen Darstellung analysiert. Auch das Geschick der „Heimat“ verfolgte Croon mit besorgter Aufmerksamkeit: Als in den siebziger Jahren diese Zeitschrift vorübergehend zu einer seichten Heimatpostille zu verkommen drohte, merkte Croon behutsam an, die „Heimat“ habe „seit einigen Jahren unter einem neuen Herausgeberkreis ihren Charakter wesentlich verändert [...], um einen größeren Leserkreis in weiten Kreisen der Bevölkerung zu gewinnen, [so daß] in ihr kein Platz mehr für größere und umfangreichere orts- und landesgeschichtliche Arbeiten“ sei. Croons Einschätzung des weiteren Schicksals der „Heimat“ hat sich aber in der Zwischenzeit — erfreulicherweise — als unbegründet erwiesen.

Nachdem sich die Stadt Krefeld in den achtziger Jahren endlich entschlossen hatte, eine mehrbändige wissenschaftliche Krefelder Stadtgeschichte in Angriff zu nehmen, entzog Helmuth Croon sich nicht der Aufforderung, als Fachberater in der Redaktionskonferenz mitzuarbeiten. In diesem Gremium war er bis zu seiner Krankheit ein geschätztes und kundiges Mitglied, dem die Konzeption der Stadtgeschichte zahlreiche wertvolle Impulse, namentlich für die Ausgestaltung der beiden Bände über das 19. und 20. Jahrhundert, verdankt.

Als Gesprächspartner war Helmuth Croon liebenswürdig und stets bereit, sein immenses Wissen mitzuteilen. Es war mir immer Ehre und Gewinn, aber auch Vergnügen, ihm zuzuhören oder mit ihm über die Zeitläufe zu philosophieren. Unvergeßlich bleiben mir die gemeinschaftlichen Wochenend-Heimfahrten mit der Eisenbahn von Bochum nach Krefeld, bei denen er in des Wortes wahrstem Sinne „von Gott und der Welt“ erzählen konnte, aber auch gern zu einem Scherz aufgelegt war. Als ich ihn in einem anderen Zusammenhang einmal um einen Gesprächstermin über ein wissenschaftliches Thema bat, schrieb er mir: „tres faciunt collegium — in höheren Instanzen sind es mindestens 5 —, also Sie und ich = 2, 2 Weingläser und eine Flasche mit Wein = 5. Wenn Sie Bedenken haben, kann Mitglied Nr. 5 ausgetauscht werden — juristisch: Ersatzrichter bei Ausfall“. Und wir sorgten dafür, daß Mitglied Nr. 5, nämlich die Flasche (mit übrigens vorzüglichem Wein, wegen „Ausfall“ mehrfach ausgetauscht werden mußte).

Der Verein für Heimatkunde e.V. in Krefeld wird seinem langjährigen Mitglied, alle, die ihn als Menschen oder Wissenschaftler kannten und schätzten, werden Helmuth Croon ein ehrendes Gedenken bewahren.

(Anmerkung: Einige mir unbekannt Details der Biographie von Helmuth Croon habe ich der Veröffentlichung von Gustav Seebold in: Archivpflege in Westfalen-Lippe 39, April 1994, entnommen. Nähere Angaben zu den im Text genannten und zitierten Veröffentlichungen sind der von mir bearbeiteten, nachstehend abgedruckten Bibliographie der Schriften von Helmuth Croon zu entnehmen.)

Bibliographie Helmuth Croon

1. Monographien, Veröffentlichungen in Sammelbänden und Zeitschriften

1926

1. Zur Geschichte der Krefelder Auswanderung von 1683. — In: *Die Heimat [Krefeld]* 5 (1926), 36 — 39.

1929

2. Stände und Steuern in Jülich — Berg im 17. und vornehmlich im 18. Jahrhundert, Bonn 1929, 48 S. [Phil. Diss. Berlin 24. Juli 1929, Teildruck].

3. Stände und Steuern in Jülich — Berg im 17. und vornehmlich im 18. Jahrhundert (Rheinisches Archiv 10), Bonn 1929, 258 S.

1938

4. Die kurmärkischen Landstände 1571 — 1616 (Brandenburgische Ständeakten 1; Veröffentlichungen der Historischen Kommission für die Provinz Brandenburg und die Hauptstadt Berlin IX, 1), Berlin 1938, XIV, 213 S.

1950

5. Aktenhaltung und Archivgutpflege im Reichsarbeitsdienst. — In: *Archivar* 3 (1950), 153 — 177.

1952

6. Die Einwirkungen der Industrialisierung auf die Gemeindevertretungen [in Dateln]. — In: *Beiträge zur Soziologie der industriellen Gesellschaft*, hrsg. von Walter G. Hofmann, Dortmund 1952, 57 — 68.

1954

7. Sozialgeschichtsforschung und Archive. — In: *Archivar* 7 (1954), 243 — 254.

1955

8. Methoden zur Erforschung der Gemeindlichen Sozialgeschichte des 19. und 20. Jahrhunderts. Erfahrungen aus sozialgeschichtlicher Forschung im Ruhrgebiet. — In: *Westf-Forsch* 8 (1955), 139 — 149.

9. Die Einwirkungen der Industrialisierung auf die gesellschaftliche Schichtung der Bevölkerung im rheinisch-westfälischen Industriegebiet. — In: *RhVjbl* 20 (1955) [Festschrift Adolf Bach, 1. Teil], 301 — 316. [Nachdruck siehe Nr. 49].

10. Die Vertretung des Regierungsbezirkes Düsseldorf im rheinischen Provinziallandtag 1888 — 1920. — In: *DüsseldorfJb* 47 (1955), 318 — 330.

1958

11. [zusammen mit Kurt Utermann] Zeche und Gemeinde. Untersuchungen über den Strukturwandel einer Zechengemeinde [Dateln] im nördlichen Ruhrgebiet (Soziale Forschung und Praxis 19), Tübingen 1958, IX, 305 S.

12. Die Stadtvertretungen in Krefeld und Bochum im 19. Jahrhundert. Ein Betrag zur Geschichte der Selbstverwaltung der rheinischen und westfälischen Städte. — In: *Forschungen zu Staat und Verfassung*. Festgabe für Fritz Hartung, hrsg. von Richard Dietrich und Gerhard Oestreich, Berlin 1958, 289 — 306.

13. Krefelder Bürgertum im Wandel des 19. Jahrhunderts. — In: *Die Heimat [Krefeld]* 29 (1958), 15 — 39.

14. Rheinische Städte und ihre Bürger im 19. Jahrhundert. Vortrag zum Empfang der Stadt Remscheid anlässlich der 150-Jahrfeier der Stadtwerdung, Remscheid 1958, 22 S.

1959

15. Quellen zur Wirtschaftsgeschichte des 19. Jahrhunderts in den Stadtarchiven. — In: *Archivar* 12 (1959), 321 — 324.

1960

16. Der Strukturwandel des Ruhrgebiets und seine Auswirkungen auf die Archive. Hauptreferat des 38. deutschen Archivtages in Essen. — In: *Archivar* 13 (1960), 419 — 436.

17. Städtewandlung und Städtebildung im Ruhrgebiet im 19. Jahrhundert. — In: *Aus Geschichte und Landeskunde*. Forschungen und Darstellungen. Franz Steinbach zum 65. Geburtstag gewidmet von seinen Freunden und Schülern, Bonn 1960, 484 — 501.

18. Die gesellschaftlichen Auswirkungen des Gemeindewahlrechtes in den Gemeinden und Kreisen des Rheinlandes und Westfalens im 19. Jahrhundert (Beiträge zur Soziologie der Gemeinde im Ruhrgebiet 3 = Forschungsberichte des Landes Nordrhein-Westfalen 564), Köln/Opladen 1960, 87 S.

1961

19. Das Stadtarchiv Bochum. — In: *Der Märker* 10 (1961), 178 — 180.

1963

20. Zur Entwicklung der Städte im 19. und 20. Jahrhundert. — In: *StudGenerale* 16 (1963), 565 — 575.

1964

21. Die Großstadt als Heimat. — In: *Rhein. Heimatpflege N.F.* 1 (1964), 195 — 207.

22. Bürgertum und Verwaltung in den Städten des Ruhrgebiets im 19. Jahrhundert. — In: *Tradition* 9 (1964), 23 — 41.

1965

23. Rheinische Städte. — In: *Das Rheinland in preußischer Zeit*. 10 Beiträge zur Geschichte der Rheinprovinz, hrsg. von Walter Först, Köln/Berlin 1965, 87 — 108.

24. [Schriftleitung, mit Paul Busch und Carl Hahne] Bochum und das mittlere Ruhrgebiet.

Festschrift zum 35. Deutschen Geographentag 1965 in Bochum, Paderborn 1965.

25. Die verwaltungsmäßige Gliederung des mittleren Ruhrgebiets im 19. und 20. Jahrhundert. — In: Nr. 24, 59 — 64.

26. Studien zur Sozial- und Siedlungsgeschichte der Stadt Bochum. — In: Nr. 24, 85 — 114.

1966

27. Die Versorgung der Großstädte des Ruhrgebiets im 19. und 20. Jahrhundert. In: *JbbNationalökonStat* 179 (1966), 356 — 368. [siehe auch Nr. 32].

28. Zur Geschichte des Ruhrgebiets und seiner Bevölkerung. — In: *Genealogie* 15 (1966), 338 — 349.

1967

29. Vom Werden des Ruhrgebiets. — In: *Rheinisch-westfälische Rückblende*, hrsg. von Walter Först, Köln/Berlin 1967, 175 — 226.

30. Die Stadt Bochum. Ihr Weg zur modernen Groß- und Universitätsstadt. — In: *Südwestfalen gestern, heute*, Berlin 1967, 213 — 222. [Nachdruck siehe Nr. 56].

31. Veränderungen in der Zusammensetzung der Gemeindevertretungen unter dem Einfluß der Industrialisierung. — In: *Castrop-Rauxel*. Entwicklung einer Stadt im westfälischen Industriegebiet, hrsg. von der Stadt Castrop-Rauxel, 1967, 163 — 173.

1968

32. Die Versorgung der Großstädte des Ruhrgebiets im 19. und 20. Jahrhundert. — In: *Troisième conférence internationale d'histoire économique*, Munich 1965, Paris/La Haye 1968, 131 — 146 [siehe auch Nr. 27].

33. Sozialwissenschaften und Kommunalarchive. Koreferat des 44. deutschen Archivtages. — In: *Archivar* 21 (1968), 135 — 140.

1969

34. Forschungsprobleme der neueren Städtengeschichte. In: *BlldtLdG* 105 (1969) 14 — 29.

35. Die Personalakten bei den Städten und Gemeinden. Archivwürdigkeit, Aufbewahrungsfristen, Methoden neuzeitlicher Personalaktenführung. — In: *Archivar* 22 (1969), 373 — 386.

36. Institut und Kuratorium für vergleichende Städtforschung. — In: *Archivar* 22 (1969), 454 [H. C.].

1970

37. Hans Dehmel im Reichskommissariat für den freiwilligen Arbeitsdienst. — In: *Gespräch und Aktion in Gruppe und Gesellschaft* 1919 — 1969. *Freundesgabe für Hans Dehmel*, im Auftrag des Boberhauskreises hrsg.

von Walter Greiff, Rudolf Jentsch und Hans Richter, Frankfurt (Main) 1970, 156—159.

1971

38. [mit Wolfgang Hofmann und Georg Christoph von Unruh] Kommunale Selbstverwaltung im Zeitalter der Industrialisierung (Schriftenreihe des Vereins für Kommunalwissenschaften Berlin, 33), Stuttgart, Berlin, Köln, Mainz 1971, 124 S.

39. Das Vordringen der politischen Parteien im Bereich der kommunalen Selbstverwaltung. — In: Nr. 36, 15—54.

1972

40. Die wirtschaftlichen Führungsschichten des Ruhrgebiets in der Zeit von 1890—1933. — In: *BlDdLdG* 108 (1972), 143—159 [vgl. auch Nr. 47].

41. Wandlungen und Wanderungen des Ruhrvolkes. Forschungsstand und Aufgaben. — In: *Archivar* 25 (1972), 119—124.

42. Stadtarchive [Beitrag zum Rundgespräch über Möglichkeiten und Wertung des Quellenangebots]. — In: *Archivar* 25 (1972), 127—129.

1973

43. Die wirtschaftlichen Führungskräfte im Rheinland und in Westfalen 1750—1850: — In: *Führungskräfte der Wirtschaft im Mittelalter und in der Neuzeit, Teil I: Im Mittelalter und Neuzeit 1350—1850* (Büdingers Vorträge 1968/69), hrsg. von Herbert Helbig, Marburg 1973, 311—336.

44. Stadtverwaltung und Stadtarchive. — In: *Archivar* 26 (1973), 479—484.

45. Stadtarchiv und Quellen zur modernen Stadtgeschichte. — In: *IMS* 7, Oktober 1973, 1—5.

46. Jugendbewegung und Arbeitsdienst. — In: *JbArchDtJugendbewegung* 5 (1973), 66—84.

1977

47. Die wirtschaftlichen Führungskräfte des Ruhrgebiets 1850—1914. — In: *Führungskräfte der Wirtschaft im 19. Jahrhundert, Teil II* (Büdingers Vorträge 1969/70), hrsg. von Herbert Helbig, Marburg 1977, 201—234 [vgl. auch Nr. 40].

48. Die Vertretung des Regierungsbezirkes Aachen im Rheinischen Provinziallandtag 1826—1932. — In: *Freundesgabe für Bernhard Poll, ZAachenGV84/85 (1977/78)*, 251—283.

1981

49. Die Einwirkungen der Industrialisierung auf die gesellschaftliche Schichtung der Bevölkerung im rheinisch-westfälischen Industriegebiet. — In: *Moderne Preußische Geschichte. Eine Anthologie*, bearb. und hrsg.

von Otto Büsch und Wolfgang Neugebauer, Band 1 (Veröffentlichungen der Historischen Kommission zu Berlin 52/1), Berlin/New York 1981, 466—485 [im Anmerkungsteil ergänzter Nachdruck von Nr. 9].

1983

50. Die Provinziallandtage im Vormärz unter besonderer Berücksichtigung der Rheinprovinz und der Provinz Westfalen. — In: *Ständertum und Staatenbildung in Brandenburg-Preußen. Ergebnisse einer internationalen Fachtagung*, hrsg. von Peter Baumgart (Veröffentlichungen der Historischen Kommission zu Berlin 55), Berlin/New York 1983, 456—484.

51. Staat und Städte in den westlichen Provinzen Preußens 1817—1875. Ein Beitrag zum Entstehen des Preußischen Bau- und Fluchtliniengesetzes von 1875. — In: *Stadterweiterungen 1800—1875. Von den Anfängen des modernen Städtebaus*, hrsg. von Gerhard Fehl und Juan Rodríguez-Lores, Hamburg 1983, 55—79.

1984

52. Gemeindeordnungen in Südwestdeutschland. — In: *Städteordnungen des 19. Jahrhunderts. Beiträge zur Kommunalgeschichte Mittel- und Westeuropas*, hrsg. von Helmut Naunin (Städteforschung, Reihe A, 19), Köln/Wien 1984, 233—271.

53. Aufgaben deutscher Städte im ersten Drittel des 20. Jahrhunderts. — In: *Die Städte Mitteleuropas im 20. Jahrhundert*, hrsg. von Wilhelm Rausch (Beiträge zur Geschichte der Städte Mitteleuropas VIII), Linz/Donau 1984, 41—69 [mit Diskussion ebd. 309—320].

54. Die Anfänge der Parlamentarisierung im Reich und die Auswirkungen auf Preußen [mit] Dokumentation: Sitzung des Kronrats vom 9. Juli 1917. — In: *Zur Problematik „Preußen und das Reich“*, hrsg. von Oswald Hauser (Neue Forschungen zur brandenburgisch-preußischen Geschichte 4), Köln/Wien 1984, S. 105—154.

1985

55. [Résumé] Sektion „Kommunale Verwaltung“ [der Historiker- und Kunsthistorikertagung Nordrhein-Westfalens, Essen, Juni 1982]. — In: *Rheinland-Westfalen im Industriezeitalter. Beiträge zur Landesgeschichte des 19. und 20. Jahrhunderts*, hrsg. von Kurt Düwell und Wolfgang Köllmann, Band 4, Wuppertal 1985, 344.

56. Die Stadt Bochum. Ihr Weg zur modernen Groß- und Universitätsstadt. — In: *Bochum. Wandel in Architektur und Stadtgestalt*, Berlin 1985, 21—29. [Nachdruck von Nr. 30].

57. Bürgermeisterei und Stadt im Bergischen Land im 19. Jahrhundert. — In: *Neue Bergische Jahrbücher* 2 (1985/86), 148—169.

2. Rezensionen

1929—1941

58. Verfassungsgeschichte des 19. Jahrhunderts. — In: *JberrDtG* 5 (1929), Leipzig 1931.

59. Eckart Kehr, Zur Genesis der preußischen Bürokratie und des Rechtsstaates. — In: *Die Gesellschaft* 9 (1932), I, 101—121. — In: *JberrDtG* 8 (1932), Leipzig 1934, 304—305.

60. Eberhard Kurtze, Die Nachwirkungen der Paulskirche und ihrer Verfassung in den Beratungen der Weimarer Nationalversammlung von 1919 (*Historische Studien* 203), Berlin 1931. — In: *HZ* 146 (1932), 426.

61. Adolf Schmiededecke, Die Revolution 1848/49 in Halle, Halle 1932. — In: *HZ* 147 (1933), 670.

62. Robert Frank, Der Brandenburger als Reichstagswähler. Bd. 1, 1867/71 bis 1912/14, Berlin 1934. — In: *HZ* 151 (1935), 434.

63. Hans Gustav Keller, Die politischen Verlagsanstalten und Druckereien in der Schweiz 1840—1848, Bern/Leipzig 1935. — In: *HZ* 153 (1936), 658.

64. Werner Koeppen, Die Anfänge der Arbeiter- und Gesellenbewegung in Franken 1830—1852, Erlangen 1935. — In: *HZ* 155 (1937), 202.

65. Günther Plathner, Der Kampf um die richterliche Unabhängigkeit bis zum Jahre 1848 unter besonderer Berücksichtigung Preußens, Breslau 1935. — In: *HZ* 155 (1937), 430.

66. Felix Ponteil, 1848, Paris 1937. — In: *HZ* 159 (1939), 652.

67. Fritz Winzer, Hannover und die deutsche Frage 1848/49 (*Historische Studien* 324), Berlin 1937. — In: *HZ* 159 (1939), 653.

68. Kurt Utermann, Der Kampf um die preußische Selbstverwaltung im Jahre 1848 (*Historische Studien* 325), Berlin 1937. — In: *HZ* 161 (1940), 126.

69. Max Hein, Geschichte der ostpreußischen Landschaft 1788—1888, Königsberg 1938. — In: *HZ* 163 (1941), 660.

70. Walter Obenaus, Die Entwicklung der preußischen Sicherheitspolizei bis zum Ende der Reaktionszeit, Berlin 1940. — In: *HZ* 164 (1941), 652.

1952

71. Wybe Jappe Alberts, De Staten van Gelre en Zutphen tot 1459. Groningen 1950. — In: *HZ* 174 (1952), 193—194 [siehe auch Nr. 82].

1956

72. P. J. Bouman, Verschwörung der Einsamen. Weltgeschichte unseres Jahrhunderts,

München 1954. — In: HZ 182 (1956), 144—145.

73. Max Jürgen Koch, Die Bergarbeiterbewegung im Ruhrgebiet zur Zeit Wilhelms II, Düsseldorf 1954. — In: HZ 182 (1956), 431.

74. Paul Sethe, Die Epochen der Weltgeschichte (von Hammurabi bis Columbus), Frankfurt/Main 1955. — In: HZ 182 (1956), 431.

1957

75. Walter Föhl, Uerdinger Bibliographie, Krefeld-Uerdingen 1955; Uerdinger Festschrift zur Siebenhundertjahrfeier der RheinStadt. Hrsg. von Emil Feinendegen u. a., Krefeld-Uerdingen 1955. — In: HZ 183 (1957), 736.

76. Friedrich Beck, Die wirtschaftliche Entwicklung der Stadt Greiz während des 19. Jahrhunderts. Ein Beitrag zur Geschichte der Industrialisierung in Deutschland, Weimar 1955. — In: HZ 184 (1957), 221.

77. Tadeusz Cieslak, Statystyka ruchu socialdemokratycznego na ziemiach pomorskich w latach 1890—1917 [Statistik der sozialdemokratischen Bewegung in Pommern in den Jahren 1890—1917]. — In: Przegląd zchodni. Poznań 12,1 (1956), 362—370. — In: WestForsch 10 (1957), 201—202.

78. Die Auswirkungen der ersten russischen Revolution von 1905—1907 auf Deutschland. Hrsg. von Leo Stern. 2 Bände, Berlin [Ost] 1954, 1956. — In: Archivar 10 (1957), 222—225 [siehe auch Nr. 112].

1958

79. Fünfzig Jahre deutscher Geschichte 1907—1957 in Plakaten und Flugblättern, bearb. von Wolfgang Kothe, [Koblenz] 1957. — In: ArchivalZ 54 (1958), 230.

80. Neues Schriftgut zur Geschichte der Stadt und des ehemaligen Landkreises Bochum. — In: Bochum. Ein Heimatbuch 7 (1958), 111—116.

81. Erich Neuss, Aktenkunde der Wirtschaft. Teil 1: Kapitalistische Wirtschaft, Berlin [Ost] 1954, Teil 2: Volkseigene Wirtschaft, Berlin [Ost] 1956. — In: HZ 186 (1958), 594—494.

82. Wybe Jappe Alberts, De Staten van Gelre en Zutpen, d 2. 1459—1492, Groningen 1956. — In: HZ 186 (1958), 195—196 [siehe auch Nr. 71].

83. Erwin H. Ackerknecht, Rudolf Virchow. Arzt, Politiker und Anthropologe, Stuttgart 1957; Ernst Meyer, Rudolf Virchow, Wiesbaden 1956. — In: HZ 186 (1958), 714—715.

84. Das Staatsarchiv Düsseldorf und seine Bestände, [Bd.] 2. Landes- und Gerichtsarchive von Jülich—Berg, Kleve—Mark, Moers und Geldern. Bestandsübersichten. Bearb. von Friedrich Wilhelm Oediger, Siegburg 1957. — In: RhVjbl 23 (1958), 136.

1959

85. Der Kampf der deutschen Sozialdemo-

kratie in der Zeit des Sozialistengesetzes 1878—1890, 2 Bände, Berlin [Ost] 1956. — In: Archivar 12 (1959), 154—155.

86. Wilhelm Brepohl, Industrievolk im Wandel von der agraren zur industriellen Daseinsform dargestellt am Ruhrgebiet, Tübingen 1957. — In: DuisbForsch 2 (1959), 252—254.

87. Hans-Joachim Neufeldt, Jürgen Huck, Georg Tessin, Zur Geschichte der Ordnungspolizei 1936—1945, Koblenz 1957. — In: HZ 188 (1959), 243—244.

1960

88. Westfälische Lebensbilder Bd. 7, Münster/Westf. 1959. — In: VSWG 47 (1960), 555—556.

89. Die ländliche Großgemeinde [im Verwaltungsbezirk Oldenburg] in geschichtlicher, verwaltungsmäßiger und soziologischer Sicht gesehen. Von Herbert Morgen unter Mitarbeit von [...], Bremen-Horn 1959. — In: Zeitschrift für Agrargeschichte und Agrarsoziologie 8 (1960), 225.

1961

90. Rudolf Rezsöházy, Histoire du mouvement mutualiste chrétien en Belgique, Paris 1957. — In: HZ 192 (1961), 254—255.

91. Tradition im Industriezeitalter, Düsseldorf 1959. In: HZ 192 (1961), 778.

92. Karlheinz Kitzel, Die Herrfurth'sche Landgemeindeordnung, Stuttgart 1957. — In: HZ 193 (1961), 156—158.

93. Wolfgang Köllmann, Sozialgeschichte der Stadt Barmen im 19. Jahrhundert, Tübingen 1960. — In: RhVjbl 26 (1961), 124—127, und in: VSWG 48 (1961), 279—282.

94. Ilse Barleben, Mülheim an der Ruhr. Beiträge zu seiner Geschichte von der Erhebung zur Stadt bis zu den Gründerjahren, Mülheim 1959. — In: RhVjbl 26 (1961), 127—129.

95. Friedrich Facius, Wirtschaft und Staat. Die Entwicklung der staatlichen Wirtschaftsverwaltung in Deutschland vom 17. Jahrhundert bis 1945, Boppard 1959. — In: VSWG 48 (1961), 415—417.

96. Fritz Schulte, Die Entwicklung der gewerblichen Wirtschaft im Rheinland-Westfalen im 18. Jahrhundert, Bergisch Gladbach 1959. — In: WestForsch 13 (1961), 231—232.

97. Horst Beau, Das Leistungswissen des frühindustriellen Unternehmertums in Rheinland und Westfalen, Köln 1959. — In: RhVjbl 26 (1961), 131—132, und in: WestForsch 13 (1961), 232—233.

1962

98. Quellensammlung zur Geschichte der sozialen Betriebsverfassung. Ruhrindustrie unter besonderer Berücksichtigung des Indu-

strie- und Handelskammerbezirks Essen. Bearb. von Gerhard Adelmann. Bd. 1. Überbetriebliche Auswirkungen auf die soziale Betriebsverfassung der Ruhrindustrie, Bonn 1960. — In: VSWG 49 (1962), 263—266, und in: DuisbForsch 5 (1961), 235—237 [siehe auch Nr. 130].

99. Friedrich Facius, Hans Booms und Heinz Boberach, Das Bundesarchiv und seine Bestände. Übersicht, Boppard 1961. — In: VSWG 49 (1962), 573—574.

1963

100. E. R. J. Brünner, De Bagdadspoorweg. Bijdrage tot de kennis omtrent het optreden der mogenheden in Turkije 1888—1908, Groningen 1951. — In: HZ 196 (1963), 231—232.

101. E. A. Wrigley, Industrial Growth and Population Change. A Regional Study of the Coalfield Areas of North-West-Europe in the Later Nineteenth Century, Cambridge 1961. — In: HZ 196 (1963), 772—773.

102. Rolf Engelsing, Bremen als Auswandererhafen 1683—1880, Bremen 1961. — In: VSWG 50 (1963), 143—144.

103. Gerhard Adelmann, Die soziale Betriebsverfassung des Ruhrbergbaus vom Anfang des 19. Jahrhunderts bis zum Ersten Weltkrieg. Unter Berücksichtigung des Industrie- und Handelskammerbezirks Essen, Bonn 1962. — In: VSWG 50 (1963), 263—265, und in DuisbForsch 8 (1963), 305—309.

104. Rolf Sonnemann, Die Auswirkungen des Schutzzolls auf die Monopolisierung der deutschen Eisen- und Stahlindustrie 1879—1892, Berlin [Ost] 1960. — In: VSWG 50 (1963), 428—429.

105. Herbert Milz, Das Kölner Großgewerbe von 1750 bis 1835, Köln 1962. — In: WestForsch 15 (1963), 214.

106. Rheinisch-westfälische Wirtschaftsbiographien, hrsg. von der volks- und betriebswirtschaftlichen Vereinigung im Rheinisch-westfälischen Industriegebiet, der Historischen Kommission Westfalens [u. a.], Bd. 8, Münster/Westf. 1961. — In: WestForsch 15 (1963), 225—226.

1964

107. Fritz Hartung, Staatsbildende Kräfte der Neuzeit. Gesammelte Aufsätze. Berlin 1961. — In: Archivar 17 (1964), 444—447.

108. Fritz Federau, Der Zweite Weltkrieg. Seine Finanzierung in Deutschland, Tübingen 1962. — In: HZ 199 (1964), 776.

109. Friedrich Zunkel, Der rheinisch-westfälische Unternehmer 1834—1879. Ein Beitrag zur Geschichte des Bürgertums im 19. Jahrhundert, Köln/Opladen 1962. In: VSWG 51 (1964), 276—278, und in: DuisbForsch 10 (1967), 187—191.

110. Max Barkhausen, Aus Territorial- und Wirtschaftsgeschichte. Ausgewählte Aufsätze, Krefeld 1963. — In: VSWG 51 (1964), 415 — 417, und in: DuisbForsch 8 (1965), 300 — 302.

111. Max Walter, Germany and the emigration 1816 — 1885, Cambridge, Mass. 1964. — In: VSWG 51 (1964), 548 — 550.

1965

112. Die russische Revolution von 1905 — 1907 im Spiegel der deutschen Presse. Hrsg. von Leo Stern. 3. - 7. Berlin [Ost] 1961. — In: Archivar 17 (1965), 110 — 113 [siehe auch Nr. 78].

113. Hans-Dieter Krampe, Der Staatseinfluß auf den Ruhrkohlenbergbau in der Zeit von 1800 — 1865, Bergisch Gladbach 1961. In: DuisbForsch 8 (1965), 302 — 304.

114. Wolfram Fischer, Die Bedeutung der preußischen Bergrechtsreform [1851 — 1865] für den industriellen Ausbau des Ruhrgebiets, Dortmund 1961. — In: DuisbForsch 8 (1965), 302 — 304.

115. Friedhelm Meier, Die Änderung der Bodennutzung und des Grundeigentums im Ruhrgebiet von 1820 bis 1955, Bad Godesberg 1961. — In: DuisbForsch 8 (1965), 310 — 313.

116. 100 Jahre im Dienst der Wirtschaft. Eine Festschrift, hrsg. vom [österreichischen] Bundesministerium für Handel und Wiederaufbau, Wien 1961. — In: HZ 200 (1965), 514.

117. David Hansemann, 1790 — 1864. Zur Erinnerung an einen Politiker und Unternehmer. Im Auftrag der Industrie- und Handelskammer Aachen hrsg. von Bernhard Poll, Aachen 1964. — In: VSWG 52 (1965), 416 — 417.

1966

118. Neuere Arbeiten zur Stadtgeschichte [Literaturbericht]. — In: Archiv für Kommunalwissenschaften 5 (1966), 125 — 134.

119. Rudolf Hellborn, Der westdeutsche Kapitalismus erobert Westeuropas Markt, Berlin [Ost] 1963. — In: HZ 203 (1966), 525 — 526.

120. Harald Schinkel, Polizei und Stadtverfassung im frühen 19. Jahrhundert. Eine historisch-kritische Interpretation der preußischen Städteordnung von 1808. — In: Der Staat 3 (1964), 315 — 334. — In: Jahrbuch für Geschichte der oberdeutschen Reichsstädte 1966/67, 261 — 263.

1967

121. Gerhard Schmidt, Die Staatsreform in Sachsen in der ersten Hälfte des 19. Jahrhunderts. Eine Parallele zu den Steinischen Reformen in Preußen, Weimar 1966. — In: Archivar 20 (1967), 482 — 484.

122. Peter von Oertzen, Betriebsräte in der Novemberrevolution. Eine politikwissen-

schaftliche Untersuchung über Ideengehalt und Struktur der betrieblichen und wirtschaftlichen Arbeiterräte in der deutschen Revolution 1918/19, Düsseldorf 1963. — In: HZ 204 (1967), 179 — 181.

123. Wolfgang Köllmann, Friedrich Harkort. Bd. 1. 1793 — 1838, Düsseldorf 1964. — In: VSWG 54 (1967), 409 — 410.

1968

124. Ernst Wolfgang Buchholz, Ländliche Bevölkerung an der Schwelle des Industriezeitalters. Der Raum Braunschweig als Beispiel, Stuttgart 1966. — In: HZ 207 (1968), 244.

125. Ingeborg Esenwein-Rothe, Die Wirtschaftsverbände von 1933 bis 1945. Berlin 1965. — In: HZ 207 (1968), 251 — 252.

126. Rudolf Braun, Sozialer und kultureller Wandel in einem ländlichen Industriegebiet im 19. und 20. Jahrhundert (Zürcher Oberland) unter Einwirkung des Maschinen- und Fabrikwesens im 19. und 20. Jahrhundert, Stuttgart 1965. — In: HZ 207 (1968), 394 — 396.

127. Heinrich August Winkler, Preußen als Unternehmer 1923 — 1932. Staatliche Erwerbsunternehmen im Spannungsfeld der Politik am Beispiel der Preussag, Hibernia und Veba, Berlin 1965. — In: HZ 207 (1968), 401 — 402.

128. Karl F. Helleiner, The Imperial Loans — a study in financial and diplomatic history, Oxford 1965. — In: HZ 207 (1968), 481.

129. Richard Tilly, Financial institutions and industrialization in the Rhineland 1815 — 1870, Madison/London 1966. — In: HZ 207 (1968), 659 — 661.

1970

130. Quellensammlung zur Geschichte der sozialen Betriebsverfassung. Ruhrindustrie unter besonderer Berücksichtigung des Industrie- und Handelskammerbezirks Essen. Bearb. von Gerhard Adelman. Bd. 2. Soziale Betriebsverfassung einzelner Unternehmen der Ruhrindustrie, Bonn 1965. — In: DuisbForsch 14 (1970), 254 — 256 [siehe auch Nr. 98].

131. Ludwig Puppke, Sozialpolitik und soziale Anschauungen frühindustrieller Unternehmer in Rheinland-Westfalen, Köln 1966. — In: DuisbForsch 14 (1970), 262 — 264.

1971

132. Stadt und Universität. Rückblick aus Anlaß der 150-Jahrfeier der Universität Bonn, hrsg. von Dietrich Höroldt, Bonn 1969. — In: AnnHistVNdRh 173 (1971), 264 — 270.

133. Klara van Eyll, Voraussetzungen und Entwicklungen von Wirtschaftsarchiven bis zum zweiten Weltkrieg, Köln 1969. — In: ArchivalZ 67 (1971), 198 — 200.

134. Wilfried Scholten, Rheinhausen — Industrie- und Bergbaustadt am linken Niederrhein, Marburg/Lahn 1969. — In: DuisbForsch 15 (1971), 301 — 303.

135. Zur Geschichte der Produktivkräfte und Produktionsverhältnisse in Preußen. 1810 — 1933. Spezialinventar des Bestandes Preußisches Ministerium für Handel und Gewerbe. Bearb. von Herbert Buck. Bd. 1, Teile 1 und 2, Weimar 1966/68, Bd. 2 Berlin [Ost] 1960. — In: HZ 213 (1971), 704 — 705.

1973

136. Ernst Köppen, Kleine Stadtbiographie. Krefeld — von den Anfängen bis zum Jahre 1948, Duisburg 1970. — In: DuisbForsch 17 (1971), 236 — 239.

1975

137. Rheinische Lebensbilder, Bd. 4, hrsg. im Auftrag der Gesellschaft für Rheinische Geschichtskunde von Bernhard Poll, Düsseldorf 1970. — In: DüsseldorfJb 55 (1975), 148 — 150.

138. Heinz Stoob, Forschungen zum Städtewesen in Europa. Bd. 1. Räume, Formen und Schichten der mitteleuropäischen Stadt, Köln/Wien 1970. In: DuisbForsch 22 (1975), 180 — 181.

139. Walter Bückmann, Probleme der Verwaltungsreform im Gebiet zwischen Emscher und Lippe, Neustadt/Aisch 1969. — In: DuisbForsch 22 (1975), 189 — 190.

140. Quellensammlung zum modernen Gemeindeverfassungsrecht in Deutschland, bearbeitet von Christian Engeli und Wolfgang Haus, Stuttgart 1975. — In: IMS 10, April 1975, 23 — 26.

1977

141. Edith Ennen und Dietrich Höroldt, Vom Römerkastell zur Bundeshauptstadt. Kleine Geschichte der Stadt Bonn. 3. Aufl., Bonn 1976. — In: AnnHistVNdRh 179 (1977), 324 — 325.

1978

142. Krefelder Studien 1, hrsg. vom Stadtarchiv Krefeld, Krefeld 1973. — In: DüsseldorfJb 56 (1978), 150 — 151.

Auflösung der Siglen der Zeitschriften:

AnnHistVNdRh — Annalen des Historischen Vereins für den Niederrhein
ArchivalZ — Archivalische Zeitschrift
Archivar — Der Archivar
BILDdG — Blätter für deutsche Landesgeschichte
DuisbForsch — Duisburger Forschungen
DüsseldorfJb — Düsseldorfer Jahrbuch
HZ — Historische Zeitschrift
IMS — Informationen zur modernen Stadtgeschichte
JBerDdG — Jahresberichte für Deutsche Geschichte
RhVdBl — Rheinische Vierteljahrsblätter
StudGenerale — Studium Generale
VSWG — Vierteljahrschrift für Sozial- und Wirtschaftsgeschichte
WestfForsch — Westfälische Forschungen
ZAachenGV — Zeitschrift des Aachener Geschichtsvereins

Die Alt-Katholische Gemeinde Krefeld

von Angela Klein-Kohlhaas

Wenn heute jemand erzählt, es gibt auch in Deutschland eine katholische Kirche, in der der Papst keine entscheidende Rolle spielt, die Frauen zu Priesterinnen weiht, in der eine Gemeinde ihren Pfarrer und ein Bistum seinen Bischof selber wählt und in der die meisten Pfarrer verheiratet sind, kurz: eine katholische Kirche, in der die meisten Dinge verwirklicht sind, von denen viele römisch-katholische Gläubige seit den Tagen des Zweiten Vatikanischen Konzils geträumt haben, dann wird man diese Erzählung möglicherweise als pure Phantasie belächeln.

Völlig zu Unrecht — denn eine solche Kirche gibt es, und sie besitzt in Krefeld nun seit 120 Jahren eine staatlich anerkannte Pfarrei: das Katholische Bistum der Alt-Katholiken. Mit der Silbe „alt“ im Namen dieser Kirche ist allerdings nicht das Ewig-Gestrige gemeint, sondern der Geist des Ursprungs, der Offenheit und des Vertrauens der ersten Christen, der Mitverantwortung aller Gläubigen, eben der Geist der „alten“ Kirche. Trotz dieser „urchristlichen“ Verfassung zeigt die wechselvolle Geschichte der Krefelder Gemeinde jedoch deutlich, daß hohe Ziele allein nicht ausreichen, um eine andauernde Blüte-Zeit zu bewahren.

Gründungszeit

Diese Geschichte geht zurück bis 1870, das Jahr des Ersten Vatikanischen Konzils, das Papst Pius IX. die Unfehlbarkeit in Fragen des Glaubens und der Moral zusprach und ihm außerdem die absolute Herrschergewalt über die gesamte Kirche verlieh. Besonders Bischöfe aus dem deutschsprachigen Raum widersetzten sich der neuen Lehrmeinung. Etliche Theologie-Professoren waren ebenfalls nicht zur Unterwerfung bereit¹⁾.

Auch in Krefeld wurden die neuen Dogmen lebhaft diskutiert. Es war bereits ein heftiger Schlagabtausch in verschiedenen Zeitungen entbrannt²⁾, als die Kaufleute Lambert Huenges und Carl Zohlen³⁾ den Theologen und Professor Friedrich Michelis⁴⁾ aus Braunschweig zu einem Referat nach Krefeld einluden. Am 29. April 1871 fand im großen Saal der Königsburg sein Vortrag über die „Päpstliche Unfehlbarkeit“ statt⁵⁾. Die beim anschließenden Abendessen beschlossene Gesellschaft

„Germania“⁶⁾ sollte die alt-katholischen Interessen in der Stadt vertreten und auf die Bildung einer eigenen Gemeinde hinarbeiten. Die konstituierende Versammlung dieses Vereins war für Ende Juni vorgesehen⁷⁾.

Der Besuch Michelis' beschäftigte die Bevölkerung noch länger. Nachdem Kaplan Högel von der Dionysiuskirche den Redner und die Herren, die ihn nach Krefeld geholt hatten, von der Kanzel herab beschimpfte, mußte er sich dafür vor Gericht verantworten. Die Crefelder Zeitung berichtete über seine Verurteilung zu 50 Talern Geldstrafe⁸⁾.

Im Laufe der nächsten Monate trieb die „Germania“ die Einrichtung einer selbständigen Pfarrei voran. Angesehene Bürger der Stadt zählten zu den Mitgliedern des Vereins. Im Vorstand arbeiteten die Fabrikanten Wilhelm Gobbers und Carl Zohlen, der Kaufmann Carl Jores, der Arzt Dr. Josef Meller und der Gastwirt J. J. Grünwald⁹⁾. In einer fragmentarischen Liste altkatholischer Männer vom 15. August 1872 befinden sich unter 71 Mitglie-



Abb. 1. Pfarrer Eduard Herzog; Aufnahme: 1872/73

den auch die Namen von Mathias Duytges, Bauunternehmer, Heinrich von Zuccalmaglio, Bankdirektor, sowie Ewald Deswatines, Carl Hohns und Lambert Huenges, Kaufleute¹⁰⁾.

Am 27. September 1872 „wurde in einer sehr zahlreich besuchten Versammlung der Zeichnung für Bildung einer altkatholischen Gemeinde der an der theologischen Lehranstalt zu Luzern fungierende Professor Herzog einstimmig zum Pfarrer einer hier zu errichtenden Gemeinde gewählt“¹¹⁾. Ein ebenfalls ins Leben gerufenes Komitee sollte sich mit ihm zusammen um die Gemeindegründung und -organisation kümmern, „wobei man hinsichtlich des Gotteshauses auf das Entgegenkommen der hiesigen nichtkath. (christlichen) Gemeinde glaubt rechnen zu dürfen“¹²⁾.

Professor Eduard Herzog¹³⁾ stammte aus der Schweiz. Am 31. Januar 1872 schrieb er, noch als römisch-katholischer Theologe in Luzern tätig, seine ehrlichen Überzeugungen würden von Bischof Lachat ignoriert: „Von meiner oppositionellen Stellung will man nichts wissen. ... Man sucht uns nur mit ganz zarten Banden zu binden, und wenn wir einmal zu verstehen geben, dass wir auch durch sie uns nicht binden lassen, so gibt man sich den Anschein, als ob man gar nichts davon gemerkt habe. Kurz, ich sehe immer mehr ein, dass nur eines übrig bleibt, wenn ich offen für den Altkatholizismus wirken will: Luzern zu verlassen und mich irgendwo als altkatholischer Priester verwenden zu lassen“¹⁴⁾.

Am 27. August 1872 erhielt Herzog, der mit führenden Männern der deutschen Protestbewegung bekannt war¹⁵⁾, das Angebot, die Pfarrstelle in der zu gründenden Pfarrei Krefeld anzunehmen. Aber erst nachdem er während des Altkatholiken-Kongresses in Köln im September 1872 Carl Zohlen und andere Abgesandte Krefelds kennengelernt hatte, entschloß er sich, nach Deutschland zu kommen¹⁶⁾.

Seinen ersten Gottesdienst hielt er hier am 1. November 1872 in der Mennonitenkirche. Daß sich die Gemüter noch immer nicht beruhigt hatten, beschreibt die Crefelder Zeitung: „In der Mennonitenkirchstraße hatte sich eine Rotte gesammelt, die jeden Eintretenden mit lautem, weithin schallendem Hohnschrei verfolgte. Dieses Geschrei

wurde besonders laut, wenn Damen sich zeigten, und es ist sogar vorgekommen, daß der Pöbel — es war auch gutgekleideter Pöbel dabei — Damen anspuckte...¹⁷⁾.

Um weitere Ausschreitungen während der alt-katholischen Gottesdienste zu verhindern, wurden polizeiliche Vorkehrungen getroffen, die zum Beispiel das Stehenbleiben auf der Mennonitenkirch-, der Rhein- und der Königstraße verboten¹⁸⁾.

In einem offenen Brief, gedruckt im Krefelder Anzeiger-Blatt Nr. 261, wurde die Frage gestellt, wo der Schutz der Obrigkeit für katholische Staatsbürger bliebe, wenn ein fremder, exkommunizierter Priester „... öffentlich in sacrilegischer, d. h. gottesräuberischer Weise Messe liest...“¹⁹⁾. Oberbürgermeister Roos entgegnete in der Krefelder Zeitung, daß er ohne Ansehen der Konfessionen jeder nicht-verbotenen Religionsgemeinschaft Schutz gewähren und die öffentliche Ordnung aufrechterhalten müsse²⁰⁾.

Die Notgemeinde vergrößerte sich stetig. In der zweiten Ausgabe des Jahres 1873 vermerkt der „Deutsche Merkur“ bereits 180 alt-katholische Familien im Krefelder Gebiet²¹⁾. Am Neujahrstag 1873 hatte man Pfarrer Herzog mit dem Plan für den Kauf eines Hauses überrascht, das bis zur staatlichen Anerkennung der Gemeinde auf den Namen eines Gemeindegliedes²²⁾ eingetragen wurde. Das neue Pfarrhaus, Nr. 45 b in der Dreikönigenstraße, war ein dreistöckiger massiver Ziegelbau mit Flügel. Erst 1872 neu errichtet, wurde das Gebäude durch die Gemeinde am 15. Januar 1873 zum Preis von 6 350 Talern erworben²³⁾.

Pfarrer Herzog war in Krefeld freundlich empfangen worden. Um so schwerer fiel ihm der Abschied, als er sich bereits nach wenigen Monaten entschied, in seine Heimat zurückzukehren, um die gerade als alt-katholisch erklärte Gemeinde Olten zu übernehmen. Am 22. März 1873 verließ er Krefeld²⁴⁾.

Sein Nachfolger wurde Lambert Rabbertz, dessen Exkommunizierung durch den Erzbischof von Köln am 20. April 1873 in allen katholischen Kirchen Krefelds verlesen wurde²⁵⁾.

Während Rabbertz' Amtszeit erreichte die Gemeinde ihre staatliche Anerkennung. Am 1. Mai 1874 bat der Kirchenvorstand Bischof Reinkens²⁶⁾, den Antrag auf Einrichtung einer Pfarrei in Krefeld an die Staatlichen Behörden zu stellen²⁷⁾. Reinkens wandte sich bereits am 9. Mai mit einem entsprechenden Schreiben an die Regierung in Düsseldorf. Zur Gemeinde sollte das gesamte linksrheinische Gebiet des Regierungsbezirkes Düsseldorf gehören, da in verschiedenen Orten die Zahl der Alt-Katholiken zu gering sei, um eigene Pfarreien zu errichten²⁸⁾. Die Königliche Regierung erteilte daraufhin Oberbürgermeister Roos den Auftrag, eine Versammlung abzuhalten, bei



Abb. 2. Pfarrer Lambert Rabbertz; Aufnahmejahr unbekannt

der die zukünftigen Mitglieder der einzurichtenden Gemeinde sich persönlich als alt-katholisch zu erklären hatten²⁹⁾. Diese Veranstaltung fand am 10. Juni 1874 statt. Roos berichtete, allein „die Zeichnungsfähigkeit der Krefelder Mitglieder, worunter sich eine Zahl von sehr wohlhabenden Personen befindet“ reiche aus, „um eine genügende dauernde Garantie für das Aufbringen der kirchlichen Bedürfnisse zu geben“³⁰⁾.

Die Abteilung des Innern der Regierung in Düsseldorf sandte am 10. Oktober 1874 zwei zu unterzeichnende Exemplare der Errichtungs-Urkunde an den Bischof³¹⁾, die bereits vier Tage später nach Düsseldorf zurückgeschickt wurden³²⁾. Staatsminister Falk genehmigte anschließend die Veröffentlichung der Urkunden³³⁾.

Auf dem Weg zum eigenen Kirchenbau

Während der ersten Gemeindejahre waren die Alt-Katholiken auf die Gastfreundschaft anderer Konfessionen angewiesen, solange ihnen kein eigenes Gotteshaus zur Verfügung stand. Von 1872 bis 1880 fanden die Gottesdienste in der Mennonitenkirche statt³⁴⁾.

Die evangelische Gemeinde ermöglichte ebenfalls häufig in dieser Zeit den Gebrauch ihrer Kirchbauten. Von 1880 bis 1894 konnten regelmäßig alt-katholische Gottesdienste in der Friedenskirche, gelegentlich auch in der Alten Kirche gefeiert werden³⁵⁾.

Während der Jahre des Kulturkampfes, den die preußische Regierung gegen die rö-

misch-katholische Kirche führte, um deren Einfluß zurückzudrängen, wurde die alt-katholische Bewegung aufgrund ihrer national gesinnten Haltung vom Staat mit relativem Wohlwollen betrachtet.

Das preußische Alt-Katholikengesetz vom 4. Juli 1875 sprach den Alt-Katholiken das Recht auf Mitgebrauch der römisch-katholischen Kirchen und ihres Vermögens zu³⁶⁾. Die Vorgänge um die diesbezüglichen Krefelder Anstrengungen sind in der Geschichte der Alt-Katholiken allerdings ohne Beispiel. Volle fünf Jahre zogen sich die Bemühungen der Krefelder Gemeinde hin, die Ausführung des Gesetzes zu erreichen: Alle Kräfte wurden während dieser Zeit auf die Durchsetzung dieses einen Zieles konzentriert. Der Kirchenvorstand sandte seinen ersten offiziellen Antrag zur Mitbenutzung einer der drei katholischen Pfarrkirchen am 2. Januar 1876 an den Bischof, der diesen an den Ober-Präsidenten der Rheinprovinz, Dr. von Bardeleben, weiterleiten sollte³⁷⁾. Die alt-katholische Parochie wurde zwar nach dem Gesetz als berechtigt angesehen, Anspruch auf Mitgebrauch der Dionysiuskirche zu erheben, mußte aber eine Liste der aus dem Pfarrgebiet von St. Dionysius stammenden Alt-Katholiken vorlegen³⁸⁾. Damit begannen die langwierigen Verhandlungen zwischen der alt-katholischen Pfarrgemeinde mit St. Dionysius und St. Stephanus, dem Krefelder Oberbürgermeister, der Königlichen Regierung zu Düsseldorf, dem Ober-Präsidenten der Rheinprovinz zu Koblenz und dem preußischen Ministerium für geistliche, Unterrichts- und Medizinal-Angelegenheiten zu Berlin.

Nachdem der Mitgebrauch der Hauptpfarrkirche nicht durchgesetzt werden konnte, beantragte der alt-katholische Vorstand statt dessen die Mitnutzung der Stephanuskirche³⁹⁾. Für den Fall, daß zwischen den Parteien kein Vergleich möglich sei, hatte der Ober-Präsident Dr. von Bardeleben die Beanspruchung einer anderen Kirche befürwortet⁴⁰⁾. Aber genau wie der Vorstand von St. Dionysius, so versuchte auch der von St. Stephanus durch ständig neue Einsprüche die Einweisung der Alt-Katholiken in die Kirche zu verhindern. Die Verhandlungen wurden immer komplizierter; es wurden Vergleichsvorschläge angeboten, die Abfindungssummen in ganz unterschiedlicher Höhe enthielten.

Die Alt-Katholiken wollten einem Vergleich erst nach der Entscheidung über den Mitgebrauch einer Kirche zustimmen. Es ging ihnen dabei nicht nur um die Durchsetzung des Gesetzes, sondern auch um das Ansehen als „katholische“ Kirche, denn von ihren Gegnern wurden sie als Sektierer diffamiert. Sie lehnten deshalb das Angebot eines Komitees der drei römisch-katholischen Gemeinden über 45 000 Mark ab⁴¹⁾.

Fast ein Jahr später, im Februar 1878, räumte der Ober-Präsident schließlich das Recht auf Mitnutzung der Stephanuskirche ein⁴²⁾.

Aber auch diese Verfügung wurde nicht in die Tat umgesetzt. Am 27. Oktober 1878 nahm von Bardeleben seine Entscheidung wieder zurück, da die Stephanus-Gemeinde dagegen Einspruch eingelegt hatte und sich, nachdem ein Rekurs bei Minister Falk ergebnislos geblieben war⁴³), an die Kaiserin gewandt hatte⁴⁴). Im Herbst bot St. Stephanus unerwartet eine Abfindungssumme von 75 000 Mark oder, als neue Idee, die Abtrennung eines Raumes in der Kirche an. Eine Beschwerde des alt-katholischen Vorstandes bei Minister Falk blieb unbeantwortet, worauf Ende November Pfarrer Rabbertz und Carl Zohlen nach Berlin reisten, um ein persönliches Gespräch zu führen. Wegen einer Erkrankung des Ministers kam dieses Gespräch nicht zustande, aber sie erfuhren von einem hohen Beamten, daß Minister Falk positiv für sie entschieden habe und sein Entscheid bereits am 29. November an den Ober-Präsidenten abgegangen sei⁴⁵). In Kenntnis dieser Nachricht sprachen Pfarrer Rabbertz und Wilhelm Gobbers beim Ober-Präsidenten vor und erklärten, nun, da sie ihr Recht bekommen hätten, wären sie mit einer Abfindungssumme von 40 000 Mark einverstanden⁴⁶).

Mitte Dezember machten die Rom-Katholiken ein Angebot über 90 000 Mark, das der Kirchenvorstand unter der Bedingung bestimmter Zahlungsmodalitäten annahm⁴⁷). Es war also endlich zu einer Einigung zwischen den Gemeinden gekommen. Lediglich die Abwicklung der Zahlung war noch strittig. Durch den Oberbürgermeister wurde jedoch mitgeteilt, St. Stephanus sehe sich nicht in der Lage, das Angebot in der geforderten Frist von einer Woche zu erfüllen, statt dessen solle doch ein Teil der Kirche überlassen werden. Es dauerte nicht lange, bis dann wiederum 90 000 Mark in Aussicht gestellt wurden, da die kirchliche Behörde in Köln eine teilweise Überlassung der Kirche abgelehnt hatte⁴⁸). Als nächsten Schritt verkündeten Vertreter der römischen Kirche, die Summe sei zu hoch und könne nicht aufgebracht werden. Laut einer Mitteilung des Oberbürgermeisteramtes an den alt-katholischen Kirchenvorstand bot die Provinzialkasse die Bereitstellung der Summe an. Dieses Angebot wurde aber nicht in Anspruch genommen, woraus die Alt-Katholiken schlossen, daß es sich auch hier nur um eine Verzögerungstaktik seitens der Römisch-Katholischen handele⁴⁹). Am 26. Februar beschloß deshalb der alt-katholische Vorstand, die Vergleichsverhandlungen abzubrechen⁵⁰).

Nur ein kurzes Intermezzo bedeutete im weiteren Verlauf das Angebot des Pfarrers von St. Stephanus, Lefranc, die Alexianerkapelle zur Nutzung zu überlassen, was aber erneut einen unlauteren Eindruck machte, denn diese Kapelle lag nicht nur eine halbe Stunde von Krefeld entfernt in den Feldern, sondern gehörte auch zum Privateigentum der Alexianer und stand damit St. Stephanus für die Verhandlungen gar nicht zur Verfügung⁵¹). Schließlich sollte doch die Abmauerung eines

Teiles der Stephanuskirche vorgenommen werden. In einer Sitzung vom 26. April 1879 erhob wiederum der alt-katholische Kirchenvorstand Einspruch gegen diesen Beschluß der Regierung⁵²).

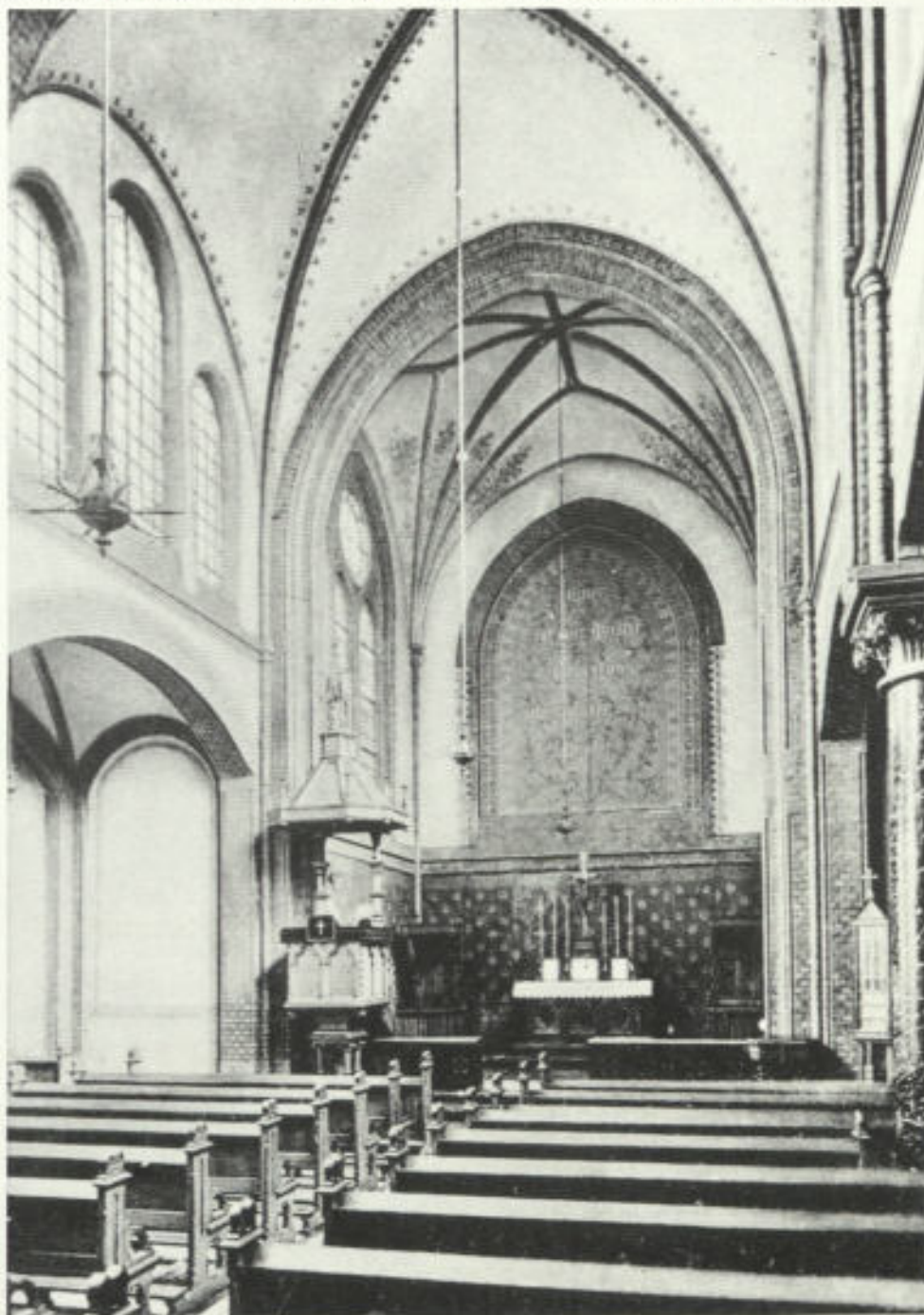
Auch dieser Versuch, eine Einigung zu erzielen, mißlang. Die Bauarbeiten zur Abmauerung eines Teiles des nördlichen Seitenschiffes wurden zuerst storniert, dann mehrfach durch nächtlichen Abriß von Unbekannten zunichte gemacht⁵³).

Am 17. Juni 1880 beschrieb Bischof Reinkens

in einem Brief an Minister von Puttkamer seine Enttäuschung über die Unwillig- und Unfähigkeit der Regierung, den Alt-Katholiken zu ihren gesetzlich zugebilligten Rechten zu verhelfen⁵⁴).

Einen Ausweg aus diesem Jahre dauernden Streit fanden erst zwei Frauen — die römisch-katholischen Geschwister Enger und Wilmes boten privat dem alt-katholischen Kirchenvorstand eine Abfindung von 30 000 Mark an, die dieser annahm. Am 15. Dezember 1880 fand in Gegenwart des Notars Werner damit eine unsägliche Geschichte ihr Ende⁵⁵).

Abb. 3. Originalzustand des Innenraums der Christuskirche; Aufnahmejahr unbekannt



Die Christuskirche

Das Geld der römisch-katholischen Schwestern wurde der Grundstock für einen Kirchenbaufonds, reichte aber nicht einmal für den Ankauf eines Geländes⁵⁴). Am 13. April 1889 schreibt Pfarrer Rabbertz an den Bischof, der Bau einer Kirche sei noch lange nicht absehbar⁵⁷), aber bereits am 12. August 1890 kann er ihm den Ankauf eines Bauplatzes und eines Hauses auf der Dreikönigenstraße für 70 000 Mark mitteilen⁵⁸). Es handelte sich um das Terrain der Kommanditgesellschaft J. F. Winnertz & Co. aus Lobberich. Die staatliche Genehmigung zum Neubau einer Kirche erteilte am 6. Mai 1892 der Minister für geistliche, Unterrichts- und Medizin-Angelegenheiten⁵⁹).

Nach den entsprechenden behördlichen Vorgängen und nach mehrfacher Änderung der Baupläne⁶⁰) wurde die Kirche innerhalb von zwei Jahren gebaut. Architekt Hagemann aus Essen hatte einen neo-romanischen, von außen unverblendetem Ziegelbau entworfen. Seine Fassade wies mit zwei Treppentürmen nach Norden und war ein Stück aus der Fluchtlinie der Straße zurückversetzt, wodurch ein kleiner Kirchplatz entstand. Der Haupt-Baukörper war auf der Schauseite in drei, die Türme waren in jeweils fünf Geschosse horizontal gegliedert. Über dem eingestüßten Portal befand sich ein Radfenster, darüber wiederum der Giebel mit drei Schallöffnungen für die Glockenstube. Den Abschluß bildete ein kleiner offener Aufbau mit Zeltdach, dessen Spitze eine Kugel mit Kreuz krönte. Die Fassade wurde durch verschiedene Fensterformen aufgelockert: Rundbogen-, eingeschnitzene Spitzbogen- und Flachbogengeschnitzte die einzelnen Geschosse voneinander ab. Die Dächer der Türme hatten ebenfalls Zeltform.

Im Innern waren die Wand- und Gewölbeflächen verputzt, während an den Wandvorlägen und Gurtbögen der Ziegelstein sichtbar blieb. Die vorderen Joche waren als Kreuzrippengewölbe mit dezenter Bemalung ausgebildet. Die Apsis wurde durch reicheren Schmuck ausgezeichnet. Den unteren Teil zierte eine Wandbemalung, die einen textilen Behang darstellte. Hoch über dem Altar an der Südwand prangte das Wort aus dem 23. Kapitel des Matthäus-Evangeliums: „Einer ist euer Meister, CHRISTUS, ihr alle aber seid Brüder“.

Die feierliche Einweihung der neuen Kirche am 20. Juni 1894 beschrieb die Krefelder Zeitung: Bischof Reinkens hielt den Festgottesdienst. Er wurde unterstützt von Generalvikar Weber, Pfarrer Rabbertz und den Geistlichen der Nachbargemeinden Bonn, Essen, Dortmund, Köln und Koblenz. Nach der Messe, die nach dem alten Ritus, aber in deutscher Sprache gehalten wurde, trafen sich über 200 Personen zum Fest im großen Saal der Stadthalle. Den Abend verbrachten die Alt-Katholiken im Theatersaal bei der Feier ihrer Gemeinde⁶¹).



Abb. 5. Ansicht der Christuskirche von Nordosten zwischen 1950 und 1956

Pfarrer Rabbertz starb 1897. Als Nachfolger wurde am 6. Februar 1898 Pfarrer Georg Moog aus Dortmund gewählt⁶²). Am 27. April 1898 fand seine Einführung in die Gemeinde statt⁶³).

Niedergang der Gemeinde

Es scheint, als hätten sich alle Kräfte der Gemeinde im Kampf um den Kirchbau erschöpft. Die Begeisterung der ersten Jahre, die Ausdauer, mit der die Gründungsmitglieder ihre Ziele verfolgten, sie waren spätestens um die Jahrhundertwende verschwunden.

Die beiden einzigen großen Ereignisse der Zeit waren der achte Altkatholikenkongreß, der bereits vom 28. bis 31. August 1884 in Krefeld stattfand⁶⁴) und die Bischofsweihe des Krefelder Pfarrers Dr. Georg Moog in der Christuskirche am 6. März 1912⁶⁵). Moog war bereits 1911 durch Bischof Demmel zum General-Vikar ernannt worden⁶⁶). Am 16. Oktober 1912 wurde er zum Bischof der deutschen Alt-Katholiken gewählt⁶⁷). Sein Nachfolger im Krefelder Pfarramt wurde Leopold Schmidt aus Blumberg⁶⁸). Er blieb bis 1922 in Krefeld. Ihm folgte durch die Wahl der Gemeindeversammlung am 8. Oktober 1922 Dr. Ernst Moog, der Sohn des Bischofs⁶⁹). In der „Heimat“ von 1930 schrieb er, nur noch die Hälfte der Gemeindeglieder wohne innerhalb von Krefeld und Uerdingen. Er beklagte die Diaspora-Situation und beendete seinen Artikel resigniert mit der Frage: „Sollte die geschichtliche Sendung des Altkatholizismus in seiner niederrheinischen Prägung bereits erschöpft sein? Wir können und wollen diese Frage hier nicht entscheiden.“⁷⁰

Pfarrer Ernst Moog starb am 25. September 1930⁷¹). Der nächste Geistliche wurde am 21. Dezember 1930 Josef Kehren⁷²).

Von der Zeit der Jahrhundertwende bis nach

dem Zweiten Weltkrieg sank die Gemeinde immer weiter in die Bedeutungslosigkeit hinab. Schließlich betrug ihre Mitgliederzahl nur noch ungefähr ein Viertel der ursprünglichen⁷³). Während zum Beispiel die Pfarrer Lambert Rabbertz, Dr. Georg Moog und Leopold Schmidt noch als Religionslehrer am Realgymnasium tätig waren, wird keiner ihrer Nachfolger mehr im Lehrerverzeichnis aufgeführt⁷⁴).

Die Kriegsjahre 1943/44 brachten den schwersten Schlag für die Gemeinde: In der Nacht vom 21. zum 22. Juni 1943 wurde bei einem britischen Bombenangriff das Pfarrhaus zerstört und die Kirche beschädigt⁷⁵). Da die evangelischen Kirchen der Innenstadt völlig in Trümmern lagen, fanden die evangelischen Gottesdienste in der notdürftig reparierten Christuskirche statt⁷⁶). Im folgenden Jahr wurde die Christuskirche endgültig zerstört⁷⁷). Innerhalb weniger Stunden verloren

Abb. 6. Ansicht der Christuskirche von Westen zwischen 1951 und 1956



die Alt-Katholiken, was ihre Gründungsväter schwer erkämpft hatten. Die Gemeinde stand kurz vor dem Ruin. Bis zu seinem Tod am 24. Juni 1950⁷⁹⁾ versuchte Pfarrer Kehren, die Reste der Pfarrei zusammenzuhalten; so fanden zum Beispiel die Gottesdienste in seiner Wohnung statt⁷⁹⁾.

Der Neubeginn

Bis zur Pfarrwahl im Juni 1951 übernahm Werner Schmidt als Pfarrverweser nach Josef Kehrens Tod die Krefelder Gemeinde. Pfarrer Schmidt hatte besondere Vorstellungen von seiner Aufgabe: In einer Zeit, da die personelle und finanzielle Situation denkbar schlecht war, plante er nicht nur den Wiederaufbau der Kirche, sondern sogar den Bau eines Altenheimes. Ein Werk sollte entstehen, das weit über das jemals bei den Krefelder Alt-Katholiken Vorhandene hinausging. Tatkraftig ging er an die Arbeit und half selber inmitten der Handwerker mit. So konnte am 4. November 1951 die wiederhergestellte Christuskirche durch den Bischof-Koadjutor Demmel im Beisein von Weihbischof Steinwachs, Erzbischof Rinkel aus Utrecht und vieler Ehrengäste eingeweiht werden⁸⁰⁾.

Abb. 7. Bau des neuen Turmes 1957

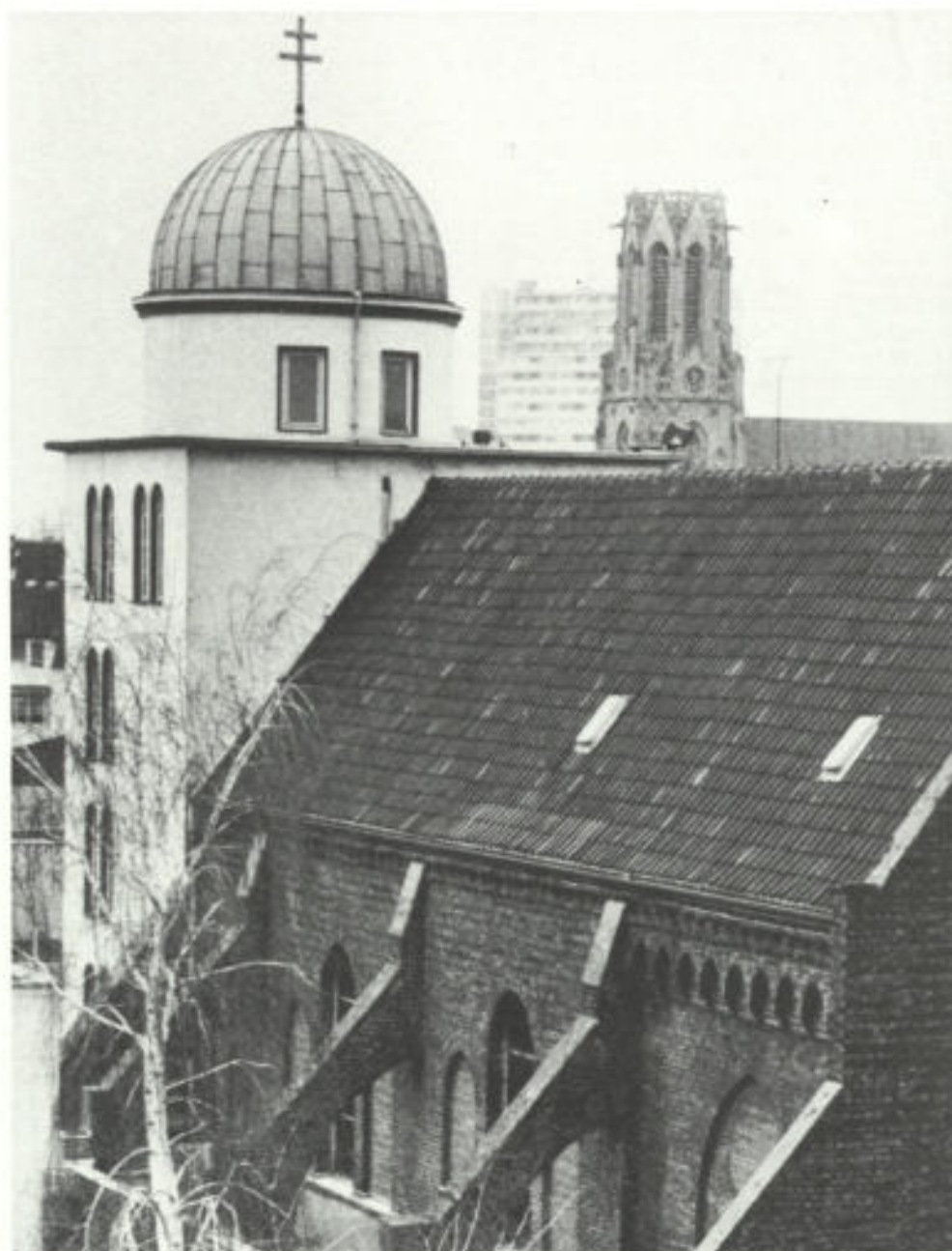


Abb. 8. Ansicht der Christuskirche von Südwesten; im Hintergrund die Friedenskirche und das Philadelphia-Hochhaus, 1984

Neben der Kirche wurde eine kleine Notunterkunft für die Pfarrfamilie gebaut. Schon die ersten Überlegungen für diesen Bau zeigen das Bestreben, ein soziales Werk ins Leben zu rufen⁸¹⁾. Am 4. April 1956 gründeten Gemeindeglieder das Alt-Katholische Sozialwerk Krefeld e. V.⁸²⁾, das sich der diakonischen Arbeit widmen sollte.

Die Baupläne wurden mit Hilfe des Architekten Heinrich Schüring verwirklicht. Neben dem Bau eines Altenheimes wurde auch die Kirche umgebaut. Durch eine Zwischendecke wurde der Kirchenraum verkleinert, wodurch im unteren Teil ein Festsaal für das neue Heim entstand. Ein halbrunder Turm mit großen Fensterbändern wurde vor die alte Fassade

der Kirche gesetzt. Aus mehreren Entwürfen entschied man sich für einen Turm mit Kuppeldach, in dessen oberstem Geschoß ein eindrucksvoller „Kuppelsaal“ geschaffen wurde. Im Mai 1958 war dieser Bauabschnitt fertiggestellt⁸³⁾.

Das entstandene Gemeindezentrum „Dreikönigenhaus“ wurde um weitere Gebäudeteile vergrößert. 1959 bezog zum Beispiel die Altentagesstätte der Krefelder Familienhilfe, eine der ersten Einrichtungen dieser Art in Deutschland, dort ihre Unterkunft.

Wieviel Aufsehen die Idee einer solchen sozialen Einrichtung auch in der alt-katholischen Kirche erregte, wieviel Widerstand es

gab, weil manch einer fürchtete, eine kleine Gemeinde könne ein solches Werk nicht verwirklichen, und wieviel Anerkennung ihr hinterher zuteil wurde, zeigt ein Artikel im Alt-Katholischen Jahrbuch von 1959: Der Bau stehe da als „ein Wahrzeichen nicht nur für den Unternehmungsgestirne und die planende Umsicht des Pfarrers der Gemeinde und seiner Helfer und Mitarbeiter, nicht nur als Zeichen des Lebenswillen der Kirchengemeinde, sondern als das wohlgeformte Werkzeug einer weitausgreifenden Stärkung ihres eigenen Lebens, vor allem jedoch als eine Stätte der dienenden Liebe, in der die Nachfolge Christi sich praktisch entfalten kann“²⁴).

Pfarrer Werner Schmidt erhielt im Mai 1984 das Bundesverdienstkreuz am Bande²⁵).

Ihrem Pfarrer standen viele Helfer mit ungeheurem Engagement zur Seite: So sind unter anderen Dr. Kurt Huenges, Eduard Seiler, Andreas Holl, Alfred Hertel und nicht zuletzt seine Frau, Berthilde Schmidt, die lange Jahre das Altenheim leitete, untrennbar mit der Nachkriegsgeschichte der alt-katholischen Gemeinde verbunden.

1986 wurde Werner Schmidt im Alter von 78 Jahren pensioniert. Sein Sohn Cornelius Schmidt übernahm die Pfarrstelle 1987, nachdem er bereits acht Jahre in Krefeld als Vikar tätig gewesen war.

Das Gemeindezentrum konnte 1986 und 1989 erheblich erweitert werden.

19. Juni 1994 — 100jähriges Jubiläum der Christuskirche

Der Ehrentag der Gemeinde begann um 10 Uhr mit einem Festgottesdienst. In der überfüllten Kirche stand der feierlichen Eucharistie Erzbischof Antonius Jan Glazemaker aus Utrecht vor, der von Alt-Bischof Josef Brinkhues aus Bonn unterstützt wurde. Ebenfalls zugegen waren, im Gedenken an den ersten Krefelder Pfarrer, der Präsident der Schweizer National-Synode, Pfarrer Franz Murbach aus Olten, sowie der der Gemeinde verbundene Pfarrer Nikolaus Schönherr aus Augsburg und Diakonin Angela Berlis aus Arnheim. Damit trat in Krefeld zum ersten Mal eine katholisch ordinierte Frau an den Altar einer katholischen Kirche.

Anlaß besonderer Freude war eine Entscheidung der alt-katholischen Bistumssynode zu Mainz im Mai 1994, mit der eine fast zwanzigjährige Diskussion beendet wurde: Die Zulassung von Frauen zum apostolischen Dienst des Diakonats, Presbyterats und Episkopats²⁶). Um diesen Beschluß zu erreichen hatte die Krefelder Gemeinde einen entsprechenden Antrag gestellt, ihre Synodeabgeordneten hatten sich während der letzten Jahre immer wieder entschieden für dieses Ziel eingesetzt.

Dem Gottesdienst folgte ein Festakt mit anschließender großer Veranstaltung auf der Dreikönigenstraße. Die Gemeinde wollte ein deutliches Zeichen im Sinne des konziliaren Prozesses für Gerechtigkeit, Frieden und Bewahrung der Schöpfung setzen: Zahlreiche Menschenrechts- und Umweltschutzgruppen präsentierten vor dem Dreikönigenhaus ihre Arbeit.

Ausblick

Die Gemeinde hat während der letzten zehn Jahre eine starke Verjüngung erfahren. Ob-

wohl mit 225 Mitgliedern sehr klein, gab es allein in diesem Zeitraum 97 Beitritte, fünf neue Mitglieder waren römisch-katholische Priester²⁷).

Diese Entwicklung ist sicher nicht nur auf ihre besondere Situation am Niederrhein, sondern auch auf die restaurativen Tendenzen in der römisch-katholischen Hierarchie zurückzuführen. Die Verwirklichung des ökumenischen Antrittsgesetzes der Alt-Katholiken, selber als Konfession überflüssig zu werden, um die Einheit aller Christen in einer heiligen katholischen und apostolischen Kirche zu erreichen, ist leider in weite Ferne gerückt.



Abb. 9. Dreikönigenhaus, Gemeindezentrum der Alt-Katholiken am linken Niederrhein: Christuskirche, Altenheim, Festsaal, Seniorentagesstätte, 1984

Anmerkungen

¹) Vgl. Johann Friedrich von Schulte: Der Altkatholizismus. Geschichte seiner Entwicklung, inneren Gestaltung und rechtlichen Stellung in Deutschland. Aus den Akten und anderen authentischen Quellen dargestellt, Aalen 1965 (Neudruck der Ausgabe Gießen 1887).

²) Nachdem in der Kölnischen Zeitung vom 9. Dezember 1870 eine namentlich unterzeichnete, die Unfehlbarkeit ablehnende Stellungnahme erschienen war, veröffentlichte die Krefelder Zeitung am 5. Januar 1871 eine Erklärung des Uerdinger Oberpfarrers Hamacher und der Kapläne Grüter und Baehren. Sie wiesen jeden potentiellen Zeichner des Protestes darauf hin, daß „er zugleich seinen Ausschluß aus der heil. katholischen Kirche“ unterschreibe und „sich damit der Theilnahme an allen ihren Gütern und geistlichen Gnadenschätzen“ beraube.

³) Ernst Moog: Die Altkatholische Gemeinde Krefeld. — In: Die Heimat (Krefeld) 9 (1930): S. 37 — 42 und S. 210 — 216, hier S. 39. Vgl. auch Dieter Kastner: Krefeld und der politische Katholizismus während des Kulturkampfes (1870 — 1885). — In: Katholisches Krefeld, Krefeld 1974, S. 65 — 135, hier S. 75 f.

⁴) Friedrich Michelis (1815 — 1886): eine der wichtigsten alt-katholischen Persönlichkeiten; seit 1836 Priester und Professor der Theologie an der Bischöflichen theologischen Lehranstalt in Paderborn, dann Pfarrer in Altbachten; 1864 Ruf der Philosophischen Fakultät des Lyceum Hosianum in Braunsberg; nach seiner Exkommunizierung 1871 ab 1875 bis zu seinem Tod Pfarrer der alt-katholischen Gemeinde Freiburg i. Br.; nach: Urs Küry: Die altkatholische Kirche, ihre Geschichte, ihre Lehre, ihr Anliegen; hrsg. von Christan Oeyen, 3. Aufl., Frankfurt/Main 1982 (= Die Kirchen der Welt, Bd. III) hier S. 505.

⁵) Annonce in der Krefelder Zeitung vom 28. April 1871.

⁶) Vgl. E. Moog, a. a. O., S. 39 f. Moog beschreibt unter anderem auch die Erreichung der Freistellung von römisch-katholischer Kirchensteuer durch die „Germania“; im Stadtarchiv (StA) Krefeld, Bestand 4/Nr. 2597 befindet sich ein fragmentarischer Brief des Oberbürgermeisters Roos vom 17. August 1872 an die Kirchenvorstände von St. Dionysius, St. Marien und St. Stephanus, in dem auf den Verzicht auf zwangsweise Einreibung der Kirchensteuer durch Circular-Mitteilung vom 10. August 1872, Nr. 1922, hingewiesen wird.

¹⁾ Alt-Katholisches Bistums-Archiv (AK-BA) Bonn, Akten der Bischöflichen Kanzlei betr. Gemeinde Krefeld, B. 22 — 1; siehe Brief Huenges, datiert vom 21. Juni 1871.

²⁾ Nachdem die Verhandlung vor dem Düsseldorfer Zuchtpolizeigericht am 19. Juni mit der Ablehnung eines Vergleichs durch den Adv.-Anwalt der Kläger, Herrn Courth, geendet hatte, wurde Kaplan Högel am 26. Juni 1871 zu 50 Talern Strafe und Kostenübernahme verurteilt; siehe Crefelder Zeitung vom 20. und 26. Juni 1871.

³⁾ StA Krefeld, 4/2561: Dokument mit Namen des Vorstandes, undatiert.

⁴⁾ StA Krefeld, 4/2597: fragmentarische Mitgliederliste der alt-katholischen Gemeinde vom 15. August 1872.

⁵⁾ Zitiert nach: Crefelder Zeitung vom 26. September 1872.

⁶⁾ Ebd.

⁷⁾ Eduard Herzog (1841 — 1924), bedeutendster alt-katholischer Theologe der Schweiz; 1867 Priesterweihe; 1868 wurde er Professor am Priesterseminar in Luzern; nach seiner Hinwendung zu den Alt-Katholiken 1872 Pfarrer in Krefeld; nach Bildung der Gemeinde Olten ging er 1873 als Pfarrer in die Schweiz zurück, wo er gleichzeitig an der katholisch-theologischen Fakultät in Bern lehrte; 1875 wurde er von der Synode in Olten zum ersten christkatholischen Bischof der Schweiz gewählt; siehe U. Kürz: a. a. O., S. 506 f.

⁸⁾ Zitiert nach Walter Herzog: Bischof Dr. Eduard Herzog. Ein Lebensbild; Laufen 1935, S. 50 ff.

⁹⁾ Ebd., S. 50, S. 52 f.; zu diesem Kreis gehörten die Bonner Professoren Franz Heinrich Reusch und Peter Knoodt sowie der Breslauer Professor Josef Hubert Reinkens.

¹⁰⁾ Ebd., S. 53 f.

¹¹⁾ Zitiert aus: Crefelder Zeitung vom 2. November 1872.

¹²⁾ Siehe Crefelder Zeitung vom 4. November 1872.

¹³⁾ Zitiert aus: Crefelder Zeitung vom 11. November 1872.

¹⁴⁾ Ebd.

¹⁵⁾ Siehe W. Herzog, a. a. O., S. 66.

¹⁶⁾ E. Moog nennt in diesem Zusammenhang den Namen des Bauunternehmers Mathias Duytges; a. a. O., S. 212.

¹⁷⁾ AK-BA Bonn, a. a. O., B. 22 — 1; siehe fragmentarischen Brief des Kirchenvorstandes C. Zohlen von der Jahreswende 1874/75, wahrscheinlich an Bischof Reinkens.

¹⁸⁾ Siehe W. Herzog, a. a. O., S. 70. Die alt-katholische Kirche der Schweiz nennt sich christkatholisch.

¹⁹⁾ Notiz der Crefelder Zeitung vom 21. April 1873 sowie Nordrhein-Westfälisches Hauptstaatsarchiv (HStA), Düsseldorf, Reg. Düsseldorf, Nr. 3817; Marg.-Mittlung des Kgl. Oberpräsidenten der Rheinprovinz zu Coblenz vom 6. Mai 1873.

²⁰⁾ Der Theologe und frühere Professor Josef Hubert Reinkens (1821 — 1896) wurde durch die vom Kölner Alt-Katholiken-Kongress beauftragte Abgeordnetenversammlung am 4. Juli 1873 in der Frankenkappelle bei St. Pantaleon in Köln zum ersten alt-katholischen Bischof Deutschlands gewählt. Er erhielt die Bischofsweihe durch den holländischen alt-katholischen Bischof von Deventer, Hermann Heykamp, am 11. August 1873 in Rotterdam; nach: Johann Friedrich von Schulte: Der Altkatholizismus, hier S. 379.

²¹⁾ AK-BA Bonn, a. a. O., B. 22 — 1. Bereits am 17. April faßte eine Gemeinde-Versammlung von rund 140 Mitgliedern den Beschluß, um Anerkennung im gesetzlichen Sinne nachzusuchen; siehe Protokoll der Versammlung vom 17. April 1874, AK-BA Bonn, a. a. O., B. 22 — 1.

²²⁾ AK-BA Bonn, a. a. O., B. 22 — 1.

²³⁾ AK-BA Bonn, a. a. O., B. 22 — 1: Schreiben der Königl.

chen Regierung zu Düsseldorf, Abteilung des Innern, an Oberbürgermeister Roos vom 12. Mai 1874.

²⁴⁾ AK-BA Bonn, a. a. O., B. 22 — 1: Oberbürgermeister Roos an die Königliche Regierung zu Düsseldorf, Schreiben vom 26. Juni 1874.

²⁵⁾ AK-BA Bonn, a. a. O., B. 22 — 1.

²⁶⁾ AK-BA Bonn, B. 22 — 1: Brief der Bischöflichen Kanzlei an die Königliche Regierung zu Düsseldorf vom 14. Oktober 1874.

²⁷⁾ AK-BA Bonn, a. a. O., B. 22 — 1: Abschrift eines Briefes des Ministeriums der geistlichen, Unterrichts und Medizinal-Angelegenheiten zu Berlin an die Königliche Regierung zu Düsseldorf vom 28. Oktober 1874.

²⁸⁾ Moog, a. a. O., S. 42.

²⁹⁾ Ebd.

³⁰⁾ Siehe Schulte: Der Altkatholizismus, a. a. O., S. 44.

³¹⁾ AK-BA Bonn, a. a. O., B. 22 — 1.

³²⁾ AK-BA Bonn, a. a. O., B. 22 — 1: Schreiben des Oberpräsidenten der Rheinprovinz an die Königliche Regierung zu Düsseldorf vom 10. September 1876.

³³⁾ AK-BA Bonn, a. a. O., B. 22 — 1: Schreiben des Kirchenvorstandes an Oberbürgermeister Roos vom 25. März 1877.

³⁴⁾ AK-BA Bonn, a. a. O., B. 22 — 1: Schreiben der Königlichen Regierung, Abt. des Innern, an Oberbürgermeister Roos vom 22. September 1877.

³⁵⁾ AK-BA Bonn, B. 22 — 1: Vergleichsvorschlag des Komitees an Oberbürgermeister Roos vom 3. März 1877.

³⁶⁾ AK-BA Bonn, a. a. O., B. 22 — 1: Abschrift des Schreibens des Oberpräsidenten an die Königliche Regierung zu Düsseldorf vom 14. Februar 1878.

³⁷⁾ AK-BA Bonn, a. a. O., B. 22 — 1: Bericht Pfarrer Rabbertz' an Bischof Reinkens vom 9. Dezember 1878.

³⁸⁾ AK-BA Bonn, a. a. O., B. 22 — 1: Brief des Kirchenvorstandes an die Synodal-Repräsentanz vom 4. Juni 1878.

³⁹⁾ AK-BA Bonn, a. a. O., B. 22 — 1: Bericht Pfarrer Rabbertz' an Bischof Reinkens vom 9. Dezember 1878.

⁴⁰⁾ Ebd.

⁴¹⁾ AK-BA Bonn, a. a. O., B. 22 — 1: Bericht Pfarrer Rabbertz' an Bischof Reinkens vom 15. Januar 1879.

⁴²⁾ Ebd.

⁴³⁾ AK-BA Bonn, a. a. O., B. 22 — 1: Bericht Pfarrer Rabbertz' an Bischof Reinkens vom 5. Februar 1879.

⁴⁴⁾ AK-BA Bonn, a. a. O., B. 22 — 1: Mitteilung Pfarrer Rabbertz' an Bischof Reinkens vom 3. März 1879.

⁴⁵⁾ AK-BA Bonn, a. a. O., B. 22 — 1: Brief Pfarrer Rabbertz' an Bischof Reinkens vom 18. März 1879.

⁴⁶⁾ AK-BA Bonn, a. a. O., B. 22 — 1: Brief Pfarrer Rabbertz' an Bischof Reinkens vom 23. Mai 1879.

⁴⁷⁾ Moog, a. a. O., S. 213.

⁴⁸⁾ AK-BA Bonn, a. a. O., B. 22 — 1.

⁴⁹⁾ Moog, a. a. O., S. 213.

⁵⁰⁾ AK-BA Bonn, a. a. O., B. 22 — 1: Brief Pfarrer Rabbertz' an Bischof Reinkens vom 26. November 1887.

⁵¹⁾ AK-BA Bonn, a. a. O., B. 22 — 1.

⁵²⁾ Ebd.

⁵³⁾ StA Krefeld, 4/1471: Mitteilung des Ministeriums für geistliche, Unterrichts- und Medizinal-Angelegenheiten

an die Königliche Regierung zu Düsseldorf vom 6. Mai 1892.

⁵⁴⁾ AK-BA Bonn, a. a. O., B. 22 — 1: Bericht Pfarrer Rabbertz' an Bischof Reinkens vom 29. März 1892.

⁵⁵⁾ Crefelder Zeitung vom 21. Juni 1894.

⁵⁶⁾ HStA, Regierung Düsseldorf: Schreiben des Kirchenvorstandes an den Minister der geistlichen, Unterrichts- und Medizinal-Angelegenheiten mit Eingangsdatum vom 24. Juli 1898.

⁵⁷⁾ StA Krefeld, 4/1493: Einladung des Kirchenvorstandes an Oberbürgermeister Küper vom 16. April 1898.

⁵⁸⁾ Der achte Altkatholiken-Congress in Crefeld. Stenographischer Bericht. Offizielle Ausgabe. Crefeld o. J.: Druck und Verlag Kramer und Baum.

⁵⁹⁾ Moog, a. a. O., S. 214.

⁶⁰⁾ HStA Düsseldorf, Reg. Düsseldorf, Nr. 28236, Teil II: Schreiben der Ober-Präsidenten der Rheinprovinz an den Regierungspräsidenten zu Düsseldorf vom 23. Juni 1911.

⁶¹⁾ Moog, a. a. O., S. 214.

⁶²⁾ HStA Düsseldorf, Reg. Düsseldorf, Nr. 28236, Teil II: fragmentarischer Brief des Dr. Bertram an den Ober-Präsidenten der Rheinprovinz zu Coblenz, ohne Datum.

⁶³⁾ Moog, a. a. O., S. 215 f.

⁶⁴⁾ Ebd.

⁶⁵⁾ Beerdigungsregister der alt-katholischen Gemeinde Krefeld, 1930; Pfarrarchiv.

⁶⁶⁾ Beerdigungsregister der alt-katholischen Gemeinde Krefeld, 1950; Pfarramt.

⁶⁷⁾ AK-BA Bonn, a. a. O., B. 22 — 2: vgl. die einzelnen Jahresberichte der Pfarrer an das Bistum.

⁶⁸⁾ Siehe Verzeichnis der Lehrer im Nebenamt für das Gymnasium am Moltkeplatz. — In: Festschrift zum 150jährigen Bestehen; Krefeld 1969.

⁶⁹⁾ Einen Bericht dieses Ereignisses gibt Elisabeth Deuster in: 22. Juni 1943 — als Krefeld brannte. Augenzeugenberichte von der Bombennacht, Krefeld 1993, S. 127.

⁷⁰⁾ Zeitzeugenbericht von Günter Böhringer, Krefeld, Vorsitzender des evangelischen Gemeindeverbandes.

⁷¹⁾ Rheinische Post vom 6. November 1951: Freudentag der Alt-Katholiken.

⁷²⁾ Beerdigungsregister der alt-katholischen Gemeinde Krefeld, 1950; Pfarrarchiv.

⁷³⁾ Rheinische Post vom 6. November 1951: Freudentag der Alt-Katholiken.

⁷⁴⁾ Ebd.

⁷⁵⁾ Ein Entwurf für die Notunterkunft aus dem Jahre 1950 beinhaltet schon Wohnraum für alte Menschen; siehe Baupläne im Pfarrarchiv.

⁷⁶⁾ Kopie des Gründungsprotokolls im Pfarrarchiv der Gemeinde Krefeld.

⁷⁷⁾ 25 Jahre Dreikönigenhaus Krefeld; Pfarrarchiv.

⁷⁸⁾ Zitiert aus: Werner Küppers: Das „Dreikönigenhaus“ in Krefeld. — In: Alt-Katholisches Jahrbuch 1959, Frankfurt/Main, S. 15 — 16.

⁷⁹⁾ Westdeutsche Zeitung vom 9. Mai 1964: Vor der Ehrung holte der Pfarrer Stühle für die Gäste; Rheinische Post vom 9. Mai 1964: Er hatte die Ideen.

⁸⁰⁾ Amtliches Kirchenblatt des Katholischen Bistums der Alt-Katholiken in Deutschland, 1994, Nr. 2.

⁸¹⁾ Rheinische Post vom 2. November 1989.

Oberpfarrer Dr. Hermann Joseph Schmitz (1841—1899) als Kommentator politischer Ereignisse

Ein Beitrag zur Stellung der Katholiken Krefelds zu deutschem Staat und deutscher Monarchie in den achtziger Jahren des 19. Jahrhunderts

von Klaus-Peter Vosen

Dr. Hermann Joseph Schmitz, der spätere Kölner Weihbischof, amtierte in den Jahren 1886 bis 1893 als Oberpfarrer der Krefelder Hauptpfarrkirche St. Dionysius. Über sein dortiges Wirken hat er in der von ihm sehr gründlich geführten Pfarrchronik einen umfassenden Überblick gegeben¹⁾. Dennoch sind die von Schmitz eng beschriebenen Seiten dieses Chronikwerkes mehr als eine ausführliche, kommentierte Pfarrstatistik oder eine Aneinanderreihung von Beschreibungen glanzvoller kirchlicher Gottesdienste und katholischer Vereinstätigkeit. Oberpfarrer Dr. Schmitz hat vielmehr regelmäßig auch politischen Vorgängen in der Pfarrchronik Erwähnung getan, wobei der Innenpolitik des 1871 wiedererstandenen, preußisch bestimmten Deutschen Reiches besondere Aufmerksamkeit zugewandt wird.

Es läßt sich aus Schmitz' diesbezüglichen Bemerkungen ein gutes Bild vom politischen Standort dieses Priesters geben, der in seinem Denken in vielfacher Weise repräsentativ war für das rheinisch-katholische Milieu seiner Zeit und als eine Hauptfigur im damaligen Krefelder Katholizismus meinungsbildend wirkte für die Menschen seines Arbeitsfeldes.

Hermann Joseph Schmitz war dreißig Jahre vor der Reichsgründung, am 16. Mai 1841, in Köln als Sohn einer überzeugung-katholischen, wohlhabenden Kaufmannsfamilie geboren. Die rheinische Metropole war — wie Krefeld — seit 1815 Bestandteil des Königreiches Preußen. Durch manche Mißgriffe der Berliner Politik war es jedoch nie gelungen, die traditionelle Reserve der katholischen Rheinländer gegen die durch protestantische Beamte und Offiziere repräsentierte Berliner Regierung zu überwinden. Das „Kölner Ereignis“ von 1837, die bewaffnete Wegführung des Kölner Erzbischofs Clemens August Droste zu Vischering zur Festung Minden durch die preußische Staatsgewalt, hatte diese Zurückhaltung kurz vor Schmitz' Geburt zu einem machtvollen geistigen Widerstand werden lassen.

In dieses Klima hinein geboren, absolvierte Schmitz seine Ausbildung bis zum Jahre 1861 ganz im Rheinland. Er war Schüler des Marzellengymnasiums in Köln und seit 1860



Abb. 1. Oberpfarrer Dr. Hermann Joseph Schmitz

Theologiestudent in Bonn. Danach wandte er sich nach Österreich, wo er von 1861 — 1865 an der namhaften theologischen Fakultät in Innsbruck studierte und in dem von der Gesellschaft Jesu geleiteten Collegium Canisianum wohnte. Die politische Tendenz in Österreich war in diesen dem preußisch-österreichischen Krieg von 1866 unmittelbar vorausgehenden Jahren Preußen gegenüber ebenfalls alles andere als günstig. Das Jesuitenkonvikt in Innsbruck galt darüber hinaus — was noch viel wichtiger war — als Hort der sogenannten „ultramontanen“ Bewegung, die für strenge Zentralisierung der katholischen Kirche auf die Person des römischen Papstes hin eintrat und das Unfehlbarkeitsdogma vorbereiten half, durch das der latent vorhandene Konflikt zwischen preußisch-deutschem Staat und katholischer Kirche zu jenem Ausbruch kam, der die Bezeichnung „Kulturkampf“ erhalten hat.

Ein Kurzaufenthalt im Kölner Priesterseminar (1865/1866) und besonders ein sich unmittelbar an die Priesterweihe (7. April 1866) anschließendes zweijähriges Weiterstudium im

theologisch äußerst konservativ bestimmten Rom am Vorabend des 1. Vatikanischen Konzils führten für Schmitz die prägenden Innsbrucker Einflüsse fort und trugen bei zu jener Haltung unbedingter Kirchlichkeit, die sich auch vor der Staatsgewalt nicht beugt, wenn Unaufgebbares auf dem Spiel steht. Herkunft, Wahl der Studienorte und besonders die dort empfangenen geistigen Prägungen bewirkten bei Hermann Joseph Schmitz zusammen die Ausprägung eines prononciert-preußenkritischen Profils. Hauptangriffspunkte waren ihm das Streben nach Staatsomnipotenz, die Bevorzugung der protestantischen vor der katholischen Konfession und dirigistische Einmischungsversuche des Staates in das Leben der letzteren sowie ein gewisser, den Preußen zugeschriebener Hang zu Bürokratismus und Militarismus.

Der bald nach seiner Rückkehr aus Rom ausgebrochene deutsch-französische Krieg (1870/71) und die unter preußischer Führung erfolgte Reichsgründung (18. Januar 1871) ließen den mittlerweile als Kaplan an St. Andreas in Düsseldorf amtierenden jungen Priester freilich nicht unbeeindruckt und riefen patriotische Neigungen in ihm wach. Am Feldzug gegen das den Rheinländern traditionell sympathische Frankreich nahm Schmitz als Feldgeistlicher der 7. Division des IV. Armeekorps und der Corpsartillerie teil. Nicht ohne Stolz bemerkte er 1886 zu Beginn seiner Eintragungen in der Pfarrchronik von St. Dionysius in Krefeld, von sich selbst wie stets in diesen Aufzeichnungen in der dritten Person sprechend: „Am 10. Dezember 1870 wurde er mit dem Eisernen Kreuz II. Klasse“ dekoriert; am Schlusse des Feldzuges erhielt er die Ehrenstola Ihrer Majestät der Kaiserin und Königin Augusta“.

Das einigende Erlebnis des Krieges und der Restitution des Reiches, das den Katholiken eine Integration in den preußisch-deutschen Staat hätte ermöglichen können, wurde jedoch für Schmitz und seine katholischen Glaubensgenossen insgesamt überdeckt durch den fast sofort ausbrechenden Kulturkampf, dessen Geschichte hier als bekannt vorausgesetzt werden muß. Kaplan Schmitz hat gegen die Übergriffe des Staates, insbesondere auf schulpolitischem Gebiet, vehement Stellung bezogen. Als wortgewaltiger Prediger, gewandter Schriftsteller, Zeitungs-

und Vereinsgründer wurde er an seinem damaligen Wirkungsort Düsseldorf zu einer namhaften geistigen Potenz, die unablässig die Rechte der Kirche verteidigte. Dies geschah, wie damals üblich, in einer Atmosphäre so herzlicher Verbundenheit zur Zentrums-Partei, daß Schloßmacher Schmitz unter die damaligen „Spitzen des politischen Katholizismus“ Düsseldorfs rechnen kann.

Schmitz stand — während des Kulturkampfes — in seinen Aktivitäten unter der Beobachtung der Staatsbehörden, doch konnte ihm nie ein unmittelbarer Verstoß gegen Staatsgesetze nachgewiesen werden. Freilich ist von der Regierung in Berlin die damalige politische Stellungnahme des Kaplans in den Kampfesjahren nie vergessen worden, und sie spielte noch eine Rolle in seiner staatlichen Beurteilung bei der Erzbischofskandidatur von 1899.

Als Schmitz 1886 in Krefeld Pfarrer einer der bedeutendsten Pfarrgemeinden der Erzdiözese wurde, war der Kulturkampf praktisch beigelegt. Ob und inwieweit aber auch jetzt für ihn die antipreußischen Ressentiments und Prägungen der Vergangenheit weiter wirkten, soll die nachfolgende Auswertung des politischen Gehaltes seiner Pfarrchronik zeigen.

II

Der neuernannte Oberpfarrer, dem nach langjähriger Vakanz der Dionysiuspfarre in Krefeld ein überaus festlicher Empfang bereitet worden war, sah in seiner Chronik-Berichterstattung unter dem 4. Oktober 1886 in den Einführungsfeierlichkeiten einen bezeichnenden politischen Akzent werten: „Die großartige Feier dieses Tages hatte über den nächsten Zweck des Empfanges des Oberpfarrers den, der Freude über die Erfolge Ausdruck zu geben, welche die Katholiken Krefelds durch ihr glaubenstreues und entschiedenes Kämpfen für die Rechte der katholischen Kirche im Laufe des Kulturkampfes errungen haben“. Auch die zu Beginn des Jahres 1887 aufflammende Septennatsdiskussion wird von Schmitz unter den Perspektiven und Feindbildern des gerade überwundenen Kirche-Staat-Konfliktes gesehen. Als das Zentrum die Erhöhung des Militäretats nur auf drei, statt — wie von der Regierung gefordert — auf sieben Jahre bewilligen will, kommt es nach der Ausschreibung von Neuwahlen zu einem Vorgang, den der Krefelder Oberpfarrer folgendermaßen charakterisiert: „Die Regierung sucht mit allen Mitteln, die Katholiken zu spalten und sucht daher solche Kandidaten aufzustellen, welche Katholiken sind, aber für das Septennat zu stimmen bereit sind. So wurde in Düsseldorf Fürst Hohenzollern aufgestellt; in Krefeld wollte man den Bischof von Fulda, dann den Oberpfarrer, endlich Herberts von Uerdingen seitens der liberalen Regierungsparteien aufstellen — von allen abgewiesen, stellte man schließlich Seyffardt wieder auf“. Es darf vorausgesetzt werden, daß Schmitz sachlich mit dem Septennat einver-

standen war und dies — in welcher Form auch immer — hatte durchblicken lassen; sonst wäre das von Regierungsseite ihm gemachte Angebot nicht erklärlich. Der Oberpfarrer praktizierte jedoch weiterhin und entschied die alte Schulter-schluß-Mentalität von Klerus und Zentrum und war nicht gewillt, einen Keil zwischen sich und das Zentrum treiben zu lassen. Der Briefwechsel zwischen dem Vatikan und dem Fraktionsvorsitzenden des Zentrums Freiherr von Frankenstein — Rom wollte das Zentrum zur Wahrung des Friedens zwischen Staat und Kirche für Stimmabgabe zugunsten des Septennats gewinnen, die Partei jedoch verwahrte sich gegen den Eingriff in ihre politische Unabhängigkeit, worauf Rom einlenkte — wird von Schmitz kommentarlos referiert. Auf welcher Seite in diesem Falle das Herz des ansonsten so papsttreuen Geistlichen schlug, wird durch den Bericht über das Wahlergebnis deutlich: „Das Resultat der Wahl war unveränderter Bestand des Zentrums; in allen Bezirken ergab sich ein Wachstum der Stimmen für dasselbe“.

Eine nach wie vor kritische Einstellung zur Regierungspolitik verband sich bei Schmitz allerdings mit einer ehrfurchtsvollen Haltung gegenüber dem Amt des Kaisers und dem Herrscherhaus. Die Krefelder Feierlichkeiten zum 90. Geburtstag Kaiser Wilhelms I. beschreibt er in der Pfarrchronik folgendermaßen: „Der 90. Geburtstag Sr. Majestät des Kaisers wurde am 21. März mit großer Feierlichkeit im ganzen Reiche gefeiert. Am Abend zuvor war Fackelzug und Beleuchtung; am Tage selbst wurde in der hiesigen Kirche um 9 Uhr ein feierliches Amt gehalten, dem die Volksschulen, das Gymnasium, die Realschule, die Marienschule und die Beamten der Behörden, welche speziell eingeladen waren, beiwohnten“.

Als die Regierung im Frühjahr 1887 eine neue kirchenpolitische Vorlage dem Herrenhaus präsentierte, die eine umfassende Revision der Kulturkampf-Gesetzgebung brachte, nahm Schmitz die für die Katholiken hier enthaltenen Vorteile ohne Kommentar hin und akzentuierte den aus katholischer Sicht weiter bestehenden Makel, der in der nicht in die Revision mit einbezogenen Anzeigepflicht für die Besetzung geistlicher Ämter lag. Als der Papst dann neuerlich mäßigend auf das Zentrum einwirkte, indem er an den späteren Kardinal Kremenz schrieb, daß er die Anzeigepflicht im Interesse der sonst durch die Vorlage gebotenen Vorteile hinzunehmen geneigt sei und die Katholiken zur Zustimmung zu dieser aufforderte, kommentierte Schmitz dieses Ereignis folgendermaßen: „Der Eindruck des Schreibens war ein gewaltiger. Die Katholiken sehen sich vielfach enttäuscht und heißspornige Naturen äußern ihre Unzufriedenheit“. Für Schmitz, der den Papst nie öffentlich kritisierte, ist ein solches Stimmungsbild schon recht deutlich. Wir dürfen mit Recht annehmen, daß der Oberpfarrer hier seine eigene Position zu dem Vorgang refe-

riert, wenn er die Öffentlichkeitswirkung der schließlich angenommenen Vorlage folgendermaßen beschreibt: „Die Stimmung der Katholiken ist Besorgnis um die Wirkungen der Anzeigepflicht und entschiedener Wille, das volle Recht der Katholiken zu erkämpfen, nicht ohne eine gewisse Mißstimmung über die Nachgiebigkeit des Papstes“.

Freudig wird es von Schmitz hingegen begrüßt, wenn die weltlichen Behörden kirchlichen Würdenträgern Ehren bezeugen, wie anlässlich des fünfzigjährigen Bischofsjubiläums Papst Leo XIII. 1887/88. Die „drakonische Strenge“ eines dem Landtag 1888 vorgelegten Sozialistengesetzes, das die Strafe der Ausbürgerung vorsah, fand ganz offensichtlich nicht die volle Billigung des Oberpfarrers.

Aufschlußreich sind Schmitz' Aufzeichnungen zum Dreikaiserjahr 1888. Der Kronprinz, der spätere Kaiser Friedrich III., in den die Katholiken manche Hoffnungen gesetzt haben, erkrankt schwer. Schmitz schreibt: „Das Mitleid mit ihm ist allgemein“. Als Kaiser Wilhelm I. am 9. März 1888 stirbt, gibt Schmitz über die auch in Krefeld veranstalteten Trauerfeierlichkeiten in der Pfarrchronik einen längeren, ausführlichen Bericht. An einzelnen Stellen der pathetischen Schilderung wird jedoch auch eine gewisse Ironie deutlich. Während Schmitz sich vor der Kaiserwürde in Ehrfurcht beugt, bleibt ihm die Persönlichkeit des unlösbar mit dem Kulturkampf verbundenen Kaisers fragwürdig. Als vom Erzbischof verlüfter Predigttext wird das in bezug auf Wilhelm I. ambivalente Sirach-Zitat „Der Große und der Mächtige sind in Ehren, aber niemand ist größer als der, welcher Gott fürchtet“ (10, 24) mit offenbarem Wohlgefallen mitgeteilt. Für Schmitz und die Katholiken war aufgrund der Kulturkämpferfahrung Wilhelm I. jemand gewesen, der es an der Gottesfurcht hatte fehlen lassen, indem er den von seinen Ministern initiierten Kampf gegen die Kirche nicht verhindert hatte. Eine weitere Formulierung läßt aufhorchen. Schmitz schreibt: „Die Trauer über den Dahingeschiedenen wird mit einer beispiellosen Begeisterung in ganz Deutschland begangen“. Das zweideutige, in diesem Zusammenhang ganz ungebräuchliche Wort „Begeisterung“ trägt in den ehrfurchtsvoll gehaltenen Text eine unverkennbar ironische Note ein. Sie wird noch verstärkt durch die Feststellung, bei dem Begräbnis in Berlin sei „ein nie dagewesener Pomp“ entfalteter worden: „Andere Fürsten können nur noch 2. Klasse beerdigt werden“.

Der neue Kaiser Friedrich III. findet in seinem Regierungsprogramm Schmitz' Billigung: „Der Kaiser erklärt und betont die sorgfältige Wahrung der Verfassungsrechte, die Vereinfachung der Verwaltung, die Erziehung der Jugend, den Schutz der Religion — jeder Untertan steht ihm und seinem Herzen gleich nahe — die Pflege der Kunst und Wissenschaft“. Nicht unwichtig ist für Schmitz auch, daß Friedrich „einen sehr schönen Brief an

den Papst geschrieben" hat. Argwöhnisch beobachtet Schmitz Bestrebungen, die darauf zielen, wegen der Krankheit des Kaisers „den Kronprinzen Wilhelm mit einer Regentschaft zu betrauen“; gewisse Presseorgane „welche für den Kanzler [den durch den Kulturkampf in Schmitz' Augen diskreditierten Bismarck] Partei ergreifen und den Kaiser beeinflussen wollen, sich ganz rückhaltlos dem Kanzler in die Arme zu werfen“, werden scharf kritisiert.

Als Friedrich III. am 15. Juni 1888 seinem Krebsleiden erliegt, widmet Schmitz in ehrlicher Trauer dem Kaiser folgende Zeilen, die mit der Berichterstattung über die Begräbnisfeierlichkeiten für Wilhelm I. scharf kontrastieren: „Auf den Wunsch des Verstorbenen unterblieb jeder Pomp bei dem Leichenbegängnis — um so inniger ... war die Trauer in allen Schichten des Völkens, das seinen Kaiser Friedrich aufrichtig liebte. Man hatte nicht mit Unrecht die Hoffnung auf ihn gesetzt, er werde nicht nur ein Friedensfürst nach außen sein, sondern auch in der inneren Regierung u.[nd] Verwaltung freiheitlich regieren u.[nd] mit gewissen preußischen Traditionen brechen — Anhaltspunkte hatte man in der von ihm vollzogenen Entlassung des Ministers Puttkammer, welcher ein System der Polizeimaßregelung gegen die Sozialdemokraten und das der stärksten Wahlbeeinflussung eingeführt hat“. Friedrich III. war gerade, weil er in manchem nicht der landläufigen Charakterisierung eines preußischen Königs entsprach, für Schmitz und viele andere zu einem Hoffnungsträger geworden.

Die Regierungsproklamation Kaiser Wilhelms II. und seine Thronrede werden freundlich aufgenommen, insbesondere finden Anerkennung „die Betonung des Bündnisses mit Österreich und die Pflege der Beziehungen mit Rom“. Daran anschließend vermerkt Schmitz aber sofort: „Es entspinnt sich in der Presse eine ekelhafte Debatte darüber, ob Kaiser Friedrich regierungsfähig gewesen. Die altpreußische Bismarck-Partei kann demselben nicht vergessen, daß er selbständig regieren wollte und will für die Entlassung Puttkammers sich rächen. Damit beabsichtigt die Bismarck-Camarilla zugleich die Befestigung des Zustandes, wonach Bismarck regiert und der Kaiser der Schatten ist“. Das Bild Kaiser Friedrichs verklärt sich bei Schmitz in der Folge immer mehr; er wird sogar zu einem Kronzeugen der Berechtigung der Abwehralterhaltung der Kirche im Kulturkampf, wenn Schmitz anlässlich der Veröffentlichung der kaiserlichen Tagebücher schreibt: „Es wird dadurch klar gestellt, daß der Kulturkampf von Bismarck beabsichtigt war ohne Schuld der Katholiken wegen der Infallibilität“. Die düsteren Befürchtungen über bestimmte Einflüsse auf Kaiser Wilhelm II. sieht Schmitz bestätigt durch eine vorgesehene Kaiserreise nach Italien, welche dazu angetan war, dem neuen Italien einen Prestigegewinn auf Kosten des Papstes zu vermitteln.

Im Jahre 1890 tritt ein Umschwung ein infolge

der Sozialgesetzgebung des Kaisers. Schmitz schreibt: „Der Kaiser hat das Programm des Zentrums (Sonntagsheiligung — Normallohn — Maximal-Arbeitszeit — Kinder und Frauenarbeit) zu dem seinigen gemacht“. Die lebhaft befriedigende über diese Vorgänge ist dem so sehr zentrumsverbundenen Chronikschreiber anzumerken. Auch die Aussicht auf Abrogation des Sozialistengesetzes, das Schmitz — obwohl vehementer Gegner des Sozialismus — aus Opportunitätsgründen stets kritisch betrachtet hatte, findet ganz offensichtlich seine Zustimmung. Als am 1. Oktober desselben Jahres das Sozialistengesetz abläuft, kann Schmitz seine widerwillige Bewunderung über die Lebenskraft dieser Bewegung nicht unterdrücken. Er hält fest: „Die Sozialdemokraten hielten überall großartige Versammlungen voller Jubel“. Er anerkennt, daß es durch zurückhaltendes Auftreten der Polizei zu keinen Ausschreitungen kam, und begrüßt die Bildung des Volksvereins für das katholische Deutschland als Maßnahme der deutschen Bischöfe zur geistigen Überwindung des Sozialismus. Auf letztere ist er bedacht, nicht auf gewaltsame Unterdrückung durch preußische Bajonette. Das Ende des Jahres 1890 sieht Schmitz als Redner auf zwei gegen die Agitation der Sozialdemokraten gerichteten Versammlungen von Katholiken.

Im März 1891 widmet Schmitz eine längere Beschreibung den Begräbnisfeierlichkeiten für den verstorbenen Zentrumsführer Windthorst, der überschwänglich gefeiert wird: „Am 14. März starb Exzellenz Windthorst, der größte Parlamentarier der Gegenwart; der unsterbliche Führer des Zentrums ... Vertreter des Kaisers und der Kaiserin, welche prachtvoll Blumensträuße auf den Sarg gelegt — erschienen bei dem Begräbnis... Windthorst ist in den größten Ehren gestorben — ein Triumph für die Kirche“. Hier zeigt sich ganz deutlich, daß Schmitz in den Denkkategorien des Kulturkampfes verblieben ist. Die Teilnahme an den Begräbnisfeierlichkeiten seitens der Regierung wird nachgerade zu einer Kapitulation vor der siegreichen Kraft der Kirche.

Als im August 1891 der Zentrumspolitiker Freiherr von Schorlemer-Alst gegen kritische Wortmeldungen des „Osservatore Romano“ zum Dreibund protestiert, steht Schmitz ganz offensichtlich auf Schorlemers Seite. Er bemerkt zu den Erklärungen des „Osservatore Romano“: „Die Katholiken Deutschlands kommen dadurch in einen Konflikt ihrer Anhänglichkeit an den Hl. Stuhl und ihrer patriotischen Treue zu Kaiser und Reich“. Die Betonung der letzteren klingt in Schmitz' Mund etwas fremd, doch zeigt sich hier, daß eine bis zum letzten papstreue Haltung bei ihm gut sich verbinden konnte mit der Betonung der politischen Autarkie des Zentrums.

Zu Beginn des Jahres 1892 kommt es dann zu einem Vorgang, der Schmitz endgültig gegen Kaiser Wilhelm II. einnimmt. Als der Kultusmi-

nister Zedlitz einen Gesetzesentwurf zur Verhandlung im Abgeordnetenhaus einbringt, der Konfessionsschule und Recht der Kirche auf Gründung von Privatschulen garantiert, bringt Kaiser Wilhelm nach liberalem Protest die Vorlage selbst zu Fall, woraufhin der Kultusminister zurücktritt und Reichskanzler Caprivi nur mit Mühe zum Verbleib im Amte zu bewegen ist. Obwohl Schmitz aus katholischer Sicht den Gesetzentwurf für nicht voll befriedigend hielt, war er doch für ihn eingetreten, da er Verbesserungen brachte. Die Einflußnahme des Kaisers findet seine harsche Kritik: „Die Erregung über diese Vorgänge im In- und Ausland ist unbeschreiblich groß — Die Katholiken sind indigniert — Der Kaiser hat dem Ansehen der Krone außerordentlich geschadet... Das Vertrauen zu dem neuen Kurs des Kaisers ist vollständig geschwunden“.

Im Spätsommer 1892 wird noch einmal gegen Bismarck polemisiert, Ende des Jahres gegen eine neue Militärvorlage Stellung genommen, über Streitigkeiten im Zentrum darüber im Jahre 1893 referiert.

III

Die Durchsicht der von Oberpfarrer Schmitz verfaßten Pfarrchronik von St. Dionysius zeigt zugleich Größe und Grenzen des Katholizismus in der wilhelminischen Ära. Die prinzipielle Treue zum Vaterland findet ihr Korrektiv in der absoluten glaubensmäßigen Anhänglichkeit an das Papsttum in Rom, die bestimmte sittliche und politische Forderungen in sich trägt. Der Katholizismus bleibt — wie im Kulturkampf — eine kritische Potenz in der deutschen Politik. Die grundsätzlich vorhandene Ehrfurcht vor dem Kaiseramt kann sich so mit scharfer Kritik an dem jeweiligen Inhaber dieses Amtes paaren. Direkte Einflußnahme Roms auf politischem Gebiet wird aber nichtsdestoweniger als unangemessen abgelehnt. Zu einer stärkeren Integration in das Staatswesen kommt es auf Seiten der Katholiken nicht, aufkeimendes Vertrauen in die staatliche Politik wird infolge staatlicher Mißgriffe schnell wieder zunichte. Eine gewisse Ghetto-Mentalität deswegen wirkt fort und nimmt der Kirche manchmal die mögliche Einflußnahme auf das Geschehen; Oberpfarrer Schmitz bleibt der typische Repräsentant des rheinischen Katholizismus seiner Zeit.

Anmerkungen

1) Eine kritische Edition der Schmitz-Chronik durch den Verfasser des vorliegenden Beitrags soll in Kürze erscheinen.

2) Quellen und Literatur

Pfarrchronik St. Dionysius, Krefeld.
K.-P. Vosen, Dr. Hermann Joseph Schmitz (1841—1899). — In: Adolf Düppengleier (Hrsg.), Katholisches Krefeld 2. Streiflichter aus Geschichte und Gegenwart; Krefeld 1988.
N. Schloßmacher, Düsseldorf im Bismarckreich. Politik und Wahlen. Parteien und Vereine = Düsseldorf. Schriften zur Neueren Landesgeschichte und zur Geschichte Nordrhein-Westfalens 15; Düsseldorf 1985.

Otto Brües und Josef Winckler: zwei rheinische Autoren am „Gymnasium zu Crefeld“

von Franz Janssen

Die neuere Literaturforschung hat höchst aufschlußreiche Erkenntnisse über die rheinische Literaturszene zutage gefördert: auch über Otto Brües und Josef Winckler, deren Lebenswege sich gleich zweimal kreuzten, einmal in Krefeld und ein weiteres Mal in Köln. Erster Schnittpunkt war die Seidenstadt, in der Brües 1897 als Sohn des Chefredakteurs der „Crefelder Zeitung“ geboren wurde und bis zum Abitur im Jahre 1916 das humanistische „Gymnasium zu Crefeld“ besuchte, wie das Arndt-Gymnasium damals hieß. Dieselbe Schule war auch eine Station auf den verschlungenen Schulpfaden Josef Wincklers, der später durch seinen Schelmenroman „Der tolle Bomberg“ berühmt wurde.

Aus dem westfälischen Hopsten nach Kempen gezogen, war Winckler ab 1894 zunächst Schüler des Kempener „Thomaeum“ gewesen. Lorbeeren konnte er dort nicht erwerben, wie seine Zeugnisse ausweisen, denn er brachte aus seiner westfälischen Zwergschule eine höchst lückenhafte Vorbildung mit, wie er in seinen Lebenserinnerungen ehrlich beschreibt. Ein noch größeres Problem war für Winckler das Einfügen in die straffe Schuldisziplin der wilhelminischen Ära. Er und ein namentlich angeprangerter Mitschüler taten sich mehr als Urheber von Schülerstreichen hervor. Als sie aus Rache für schlechte Zensuren dem Direktor die Fensterscheiben einwarfen, war das Maß voll, und ein „Consilium abeundi“ machte dem Treiben ein Ende. Das niederschmetternde Urteil auf dem Abschluszeugnis lautete: „Er kann nicht versetzt werden, was er teils durch eigene impertinente Faulheit, gepaart mit einer gewissen Frechheit, verschuldete, teils der gewissenlosen Gemeinheit des Pessimisten Richard Tirtey zuzuschreiben ist. Gott möge seiner armen Seele gnädig sein, Undank ist der Welt Lohn“. Ein Lehrer, der heute solche Sätze auf ein Zeugnis schriebe, könnte wohl auf der Stelle seinen Hut nehmen.

Josef Wincklers Erinnerungen an das Thomaeum lesen sich wie ein Horrorbericht. Ein überaus gestrenger Direktor war an dieses „Kleinstadtgymnasium mit seiner bürgerlichen Enge und philiströsen Eigenbrötelei“ versetzt worden. Der neue „Baas“ räumte so gewaltig unter den arbeitsscheuen Schülern auf, „daß dies massenhafte Sitzenbleiben zur Epidemie ausartete“ und das Gerücht umlief,

die Schule müsse aus Schülermangel schließen. Sogar der eigene Sohn des Schulleiters soll unter den Opfern gewesen sein. Daß eine strenge Sittenkontrolle dafür sorgte, niemals unbeobachtet rauchen, Alkohol trinken, das als sittenlos geltende Theater besuchen oder gar Mädchen ansprechen zu dürfen, rundet das von Winckler gezeichnete Krähwinkel-Bild ab. Der Wahrheitsgehalt ist allerdings kaum mehr nachprüfbar; es darf vermutet werden, daß sich Wincklers ausufernde Phantasie der Ereignisse bemächtigt und sie nach Art der „Feuerzangenbowle“ ausgeschmückt hat.



Abb. 1. Otto Brües als Gymnasiast

Da ein Abgang aus der Tertia keine akademische Berufskarriere zuließ, mußte es irgendwie weitergehen, und so taucht im Herbst 1898 der „Fahrschüler Alfred Joseph Werner Winckler aus Kempen, Sohn des Dr. jur. Alfred Winckler †, Syndikus des Bauernvereins“, — der Vater war im Mai desselben Jahres verstorben — im Schülerverzeichnis des Krefelder Gymnasiums auf. Bemerkenswerterweise

war die Dionysiusstraße damals ein beliebtes „Refugium peccatorum“ für Kempener Sitzenbleiber; in späteren Jahrzehnten soll es genau umgekehrt gewesen sein. Vordergründig schien der erzwungene Schulwechsel Winckler zur Besinnung gebracht zu haben; denn seine Leistungen wurden schlagartig besser. Das am Ende der anderthalbjährigen Zugehörigkeit zur Sekunda am 27. März 1901 ausgestellte „Zeugnis über die wissenschaftliche Befähigung für den einjährig-freiwilligen Dienst“ enthält jedenfalls den Vermerk: „Er hat sich das Pensum der Untersekunda gut angeeignet“. Die Note im Betragen ist sogar eine glatte „Zwei“; Aufmerksamkeit und Fleiß werden mit der Bemerkung bedacht: „Bei guter Aufmerksamkeit und regem Fleiß war er stets bemüht, den Anforderungen des Unterrichts zu entsprechen“. Sechs Jahrzehnte später bekannte Josef Winckler in einem Artikel freimütig, daß die Leistungssteigerung auf raffiniertem „Abpinnen“ beruhte: „Ich habe in der Bahn oder im Wartesaal den ganzen Erfolg meiner Ausbildung am Krefelder Pennal durch vorgetäuschte Leistungen bewerkstelligt“.

Das Krefeld der Jahrhundertwende blieb für Winckler im Vergleich mit dem kleinstädtischen Kempen „glänzendste Erinnerung an eine unendliche Wonne der Erleichterung im Gemüt, Krefeld war nicht nur für mich die Metropole der Pennäler-Erlösung! Hier wehte großstädtische Luft...“. Damit meinte er allerdings weniger die geistige Atmosphäre der Stadt als vielmehr handfeste leibliche Genüsse: vom Rauchen dicker Zigarren bis zu „verschwiegenen Weinstübchen“. Manche aufgeschlossene Schülerin „der Marienschule, die durch der Götter Gunst in der Nähe des Pennals lag“, trug gleichfalls zu gehobener Stimmung des lebenslustigen Jünglings bei, wie er augenzwinkernd berichtet — übersonnte Jugenderinnerungen, die noch den Achtundsiebzigjährigen in den begeisterten Gruß „Salve, URBS TERRARUM KREFELD!“ ausbrechen lassen.

Die schöne Zeit endete 1902, als Winckler — mit fast 22 Jahren schon ein „Methusalem“ — das Gymnasium verließ. Das „Zeugnis der Unterprimareife“ reichte eben, um in Bonn Zahnmedizin zu studieren. Die Numerus-Clausus-Studenten von heute werden sich die Augen reiben: Es war der einzige akade-

mische Studiengang, für den kein Abitur verlangt wurde. Sein „Krefelder Modell“ der Arbeitsminimierung scheint Josef Winckler auf der Rheinischen Friedrich-Wilhelms-Universität zu Bonn fortgeführt zu haben. Er ging nämlich in erster Linie seinen literarischen Ambitionen nach und absolvierte daneben das Dentistenstudium mit geringstmöglichem Aufwand, wie er später oft in humoriger Form zum besten gegeben hat.

Als der sechzehn Jahre jüngere Otto Brües 1907 in die Sexta des Gymnasiums zu Crefeld kam, praktizierte Winckler bereits als Knappschaffszahnarzt in Moers. Die beiden sind sich auf ihrer Schule also nie in persona begegnet. Das erste Zusammentreffen fand im Oktober 1921 in Köln statt — wo Brües gerade Feuilletonredakteur im Pressehaus Dumont geworden war — und geriet zu einem vehementen Zusammenstoß. Vielleicht wäre die rheinische Literaturgeschichte um eine farbige Nuance ärmer, wenn den Kontrahenten bewußt gewesen wäre, eigentlich Schulkameraden zu sein. So prallten zwei schon äußerlich höchst gegensätzliche Choleriker aufeinander.

Otto Brües war ein Zweizentner-Hüne, dessen Vorfahren bereits bei den „Langen Kerls“ der Preußenkönige in Potsdam gedient hatten. Einmal gab er Halbwüchsigen auf dem Nauenweg in Krefeld Autogramme — aber er fühlte sich nur so lange geschmeichelt, bis ihm dämmerte, daß sie ihn für einen Star der bei Christian Schaath „Zum Alten Fritz“ gastierenden Catchertruppe hielten. Der wuchtige Brües hätte viel eher Westfale sein können als der nur rund anderthalb Meter messende quirlige Winckler, der äußerlich mehr dem rheinischen Naturell zuneigte.

Zur Kollision kam es, als der im Literaturbetrieb bereits arrivierte Winckler auf einen Brües-Artikel in der „Kölnischen Zeitung“ mit einem wütenden Protestschreiben reagierte. Der Jungredakteur Brües war gekränkt, hatte er seine Anmerkung über Wincklers „Eiserne Sonette“ doch wirklich gut gemeint — wenn auch noch ein wenig ungenau formuliert. Also konterte er mit einem nicht minder zornigen Antwortbrief:

„Auf einen groben Klotz gehört ein grober Keil! ... Wer nimmt mir das Recht, Ihre Eisernen Sonette als ‚hingeballert und hingeklotzt‘ zu empfinden? Gerade weil sie der vollkommene Ausdruck der Industrie sind ... als elementare Kraft. Und Kraft klotzt und ballert! Entweder ist es senil [Winckler war damals 39 Jahre alt! — der Verfasser], wenn Sie Ihre Verse anders haben wollen als in der Jugend oder: eitel. ...

Ich werde aber, wenn Sie wollen, das mir heilige Erlebnis dieser hingeballerten, hingeklotzten Strophen in mir zu schützen wissen vor den Menschlichkeiten Ihres Schöpfers! ... Ihrem Werk, Josef Winckler, der Segen aller guten Geister! Ihnen aber einen herzhaften und kräftigen Fluch!“

Daraufhin gab es bei Winckler kein Halten mehr. Als er mit dem Brief wedelnd in die Redaktionsstube stürmte und in schönstem Westfälisch schrie: „Jck bin ain Dämon, woll!“ herrschte einen Moment erstaunte Stille. Aber dann ging der durchaus ernstgemeinte Auftritt des kleinen Mannes in prustendem Gelächter unter. Am Ende lachte Winckler notgedrungen mit — das Eis war gebrochen, und es entwickelte sich bald eine enge literarische Zusammenarbeit und zugleich freundschaftliche Verbindung mit Otto Brües, die ein Leben lang anhalten sollte.

Mit der Bemerkung in seinen Lebenserinnerungen: „Das Dritte Reich hat Winckler übel mitgespielt. Es ist ihm geglückt, seine Frau noch in die Schweiz zu bringen, die letzte Jüdin, die Deutschland verlassen konnte“ spielt Otto Brües seine aktive Hilfe zu diesem aussichtslos erscheinenden Unterfangen herunter. Brües hatte den Mut, sich schriftlich bei Hanns Johst, dem Präsidenten der „Reichsschrifttumskammer“, beim NS-Gauler von Köln und bei weiteren Nazigrößen für die Ausreise Dele Wincklers einzusetzen — und er hatte damit Erfolg. Wie durch ein Wunder bekamen weder die Gestapo noch die SS von den Briefen Wind. Sonst wäre es Brües wohl übel ergangen, wie andere Auflehnungsversuche gegen Himmlers Vernichtungsmaschinerie zeigen. Josef Winckler hat ihm das hoch angerechnet. Nach dem Zweiten Weltkrieg gab er für Otto Brües eine Ehrenerklärung ab, die alle Vorverurteilungen wegen angeblicher Nähe zum NS-System Lügen straft.

„Wir haben das literarische Schaffen von Otto Brües von seinen Anfängen aus nächster Nachbarschaft verfolgen können. Auch als Schriftleiter hat er an keiner Nazi-Hetze sich beteiligt und hielt seinen Dichterschild sauber! Meine Gattin ist nichtarisch — ihre Familie wurde von der Gestapo vernichtet, sie selbst floh zur Schweiz, und ich lebte inkognito bei Freunden. Am Tage nun, wo Otto Brües den Rheinlandpreis erhielt, hat er zugleich für meine jüdische Frau sich edel und hochherzig eingesetzt und ein Schriftstück mitunterzeichnet, welches ihr den Weg in die Freiheit wies! Dies sei nicht vergessen und genügt wohl zur Charakterisierung des Mannes! Ich selber bin Schriftsteller mit 1 1/2 Millionen

abgesetzten Büchern. 25.3.46, Dr. Josef Winckler“.

Nachdem beide mehr und mehr Opfer der veränderten Lesegewohnheiten in der jungen Bundesrepublik wurden und kaum noch Verleger fanden, hielten sie Kontakt und trafen sich auch persönlich. Von der tiefen Enttäuschung der einstigen Erfolgsautoren über die neue Zeit legt ein Brief Wincklers Zeugnis ab: „Mein lieber Brües! Ich kann Dir nicht sagen, wie sehr ich mich gefreut habe, dass wir uns endlich nach der deutschen Katastrophe wieder näher begegnet sind. Vor einiger Zeit besuchte mich auch Alexander Baldus aus Koblenz und erzählte, dass er in keiner Buchhandlung mehr Bücher der rheinischen Dichter anträte, die fast alle nicht mehr verlegt würden durch die hereingeströmte Hochflut des Auslandes und die radikale Umstellung der Leserschaft auf Sachbücher, politische Biographie, Weltraumprobleme, soziologische Fragen pp., welche die heutige Welt bedrängen! ...

Die Tochter von Paquet schickte eine schön in Leder gebundene Bibliographie und jammert, dass Paquet keinen Verleger mehr fände! Ebenso kam ein erschütterndes Schreiben der Frau unseres unlängst verstorbenen Nyland-Mitglied[er], des Schweizer Schriftstellers Albert Talhoff, ebenfalls ein Notschrei zum Druck seines letzten Werkes! ... die anderen ehemaligen Gefährten leben zerstreut in Berlin, Oslo, München, Hamburg, doch die Fäden lockerten sich! Aber es geht uns nicht allein so, wo ich einen Dichter treffe, immer die gleiche Klage über Vereinsamung durch eine verwandelte Welt! Ich selber hätte sonst keinen Grund, außer meinem persönlichen Schicksal unter den Nazis, dem ja zuletzt noch meine Frau zum Opfer fiel, zu besonderer Klage [Dele Winckler kam schwerkrank aus der Emigration zurück und starb bald nach Kriegsende — der Verfasser], denn ich lebe ja noch voll geistiger Rüstigkeit und kann mein Werk vollenden in sorgloser Stille ... mit besten Grüßen verbleibe ich Dein alter Josef Winckler“.

Auch Otto Brües kämpfte vergeblich gegen diesen Verdrängungsprozeß einer ganzen Schriftstellergeneration an. Er hinterließ zwar ein wesentlich breiteres literarisches Oeuvre als Winckler, war aber im Gegensatz zu diesem nie durch einen Bestseller wie „Der tolle Bomberg“ finanziell unabhängig geworden. Resigniert schrieb ihm Brües auf sein Porträtfoto die Widmung: „Nichts hilft wie Arbeit in stiller Klausur. Josef Winckler mit Dank für Dasein und Werk. Otto Brües“.

Der Rittersitz Velde in Kempen-Schmalbroich-Wall

von Ulrich Houben

Im Heimatbuch des Kreises Viersen von 1976 berichtet Stefan Ank über den Kartenbestand des Kreisarchivs Viersen¹⁾. Neben gedruckten Karten aus der Zeit zwischen 1604 — Karte Nr. 422 von Mercator/Hondius, Amsterdam — und 1740 — Karte Nr. 454 der Gebrüder Ottens, Amsterdam — führt Stefan Ank auch handgezeichnete Karten auf, unter anderen die Karte Nr. 542, in der die Liegenschaften des Rittersitzes Velde mit seinen Nachbarhöfen in Kempen-Schmalbroich-Wall dargestellt sind. Sie wurde von dem Landmesser P. A. Broix aus Neuss im Jahre 1828 aufgrund von Katasterunterlagen — die preußische Uraufnahme erfolgte 1825 — und örtlichen Vermessungsarbeiten im Auftrag des damaligen Besitzers von Haus Velde gefertigt. Die Darstellungen in dieser Karte, seien es das Wegenetz, die Ackerflächen, die Gebäude, die Grenzen mit den entsprechenden Abmarkungen und anderes mehr sowie deren Aktualität zum heutigen Zeitpunkt sollen hier untersucht werden. Dieser ländliche Bereich, nördlich von Kempen gelegen, eignet sich besonders für derartige Nachforschungen, weil dort nachweislich seit 1670 keine großräumigen Grenzveränderungen, zum Beispiel durch eine Flurbereinigung, stattgefunden haben. Um die herausragende Stellung des Hauses Velde (s. Abb. 1) in der damaligen Gemeinde Schmalbroich-Wall zu verdeutlichen, ist es erforderlich, auf die Eigentumsfolge und die damit verbundenen Verwaltungsaufgaben näher einzugehen.

Haus Velde war in der zweiten Hälfte des 14. Jahrhunderts ein Lehen des Erzstifts Köln, an der nördlichsten Grenze des Niederstifts zum Herzogtum Geldern gelegen²⁾. Ritter Johann von Honselaer, genannt von dem Velde, Herr zu Kriekenbeck, war der Besitzer. Er hatte sich bei der Verteidigung der Festung Grave gegen die Brabanter 1386 ausgezeichnet. Als Johann von Honselaer ohne männliche Erben starb, kam das Gut durch seine Töchter an andere Familien. Gemäß eines Lehens Reversale wurde Hermann von Wyenhorst 1404 vom Erzbischof Friedrich mit dem Burghaus und Schloß zu dem Velde zu einem „rechten Manleene“ belehnt. Sein Sohn Dietrich verkaufte dies 1460 an den kurkölnischen Erbkämmerer und Drost des Amtes Kempen, Johann von Hemberg. Zu dieser Zeit gehörte die Nicolaus-Kapelle, die der Mutter Gottes



Abb. 1. Der Rittersitz Velde in Kempen-Schmalbroich-Wall

und dem Heiligen Georg geweiht war, an der Straße von Kempen nach Wachtendonk gelegen, zu diesem Besitz. Sie wurde 1442 errichtet und während des „Hessenkriegs“ 1642 zerstört und abgerissen³⁾. Noch heute findet sich im Kataster und in der Amtskarte die Gewinnbezeichnung „St. Niclasfeld“. Im Jahre 1991 errichtete die Strümpsche Benediktus-Bruderschaft an der alten Wachtendonker Straße ein Wegekreuz, das an die ehemalige Kapelle erinnern soll.

Ludolf von Aldenbrüggen, ein Onkel des Sohnes von Johann von Hemberg, erbt 1470 Gut Velde. Kaufbriefe aus den Jahren 1568 — 1573 weisen Sohn Rutger von Aldenbrüggen als Eigentümer aus. Er heiratete Maria von Vlodrop aus dem Geschlecht der Erbvögte von Roermond. Ihr Wappen befindet sich am alten Wohnhaus von Haus Velde (s. Abb. 2). Oberhalb des Wappens steht die Jahreszahl 1577, darunter sind die Buchstaben R V A G V zu lesen, die besagen: Rütger von Aldenbrück, genannt Velbrück; unterhalb des Wappens befinden sich die Buchstaben W S M V,

die für Walburgis Sibylla Maria Vlodrop stehen. Zu dieser Zeit muß der Rittersitz über die Grenzen hinaus von Bedeutung gewesen sein, wird er doch im Brüsseler Atlas von 1573, der von dem Sonsbecker S'Grotens gefertigt wurde, neben großen Städten und Amtssitzen dargestellt.

1591 erwarben die Eheleute Wilhelm Quad von Wickerath und Dorothea von Lohe (Loe), Herren und Frauen zu Zoppenbroich, das Gut mit den Liegenschaften. Die Nachfahren Wilhelm Rulman von Quad zu Wickerath und Johanna Catharina von Byland treten 1616 die Erbfolge an. Auf diesen Namen treffen wir in der „Kempischen Description“ von 1659, der ersten amtlichen steuerlichen Erfassung der Ländereien in Kurköln⁴⁾. Der Landmesser Johann Sandt verfaßte neben dem Meßprotokoll zu der bekannten Karte des Amtes Kempen einen „Extract aller im Schmalbroicher Honschaft angegebenen frey-Geistlichen, Frey-Adelichen und Schatzbaren Ländereyen“. Er führte mittelmäßige, schlechte und gar schlechte Böden an, da diese einer unter-

schiedlichen Besteuerung unterlagen. Jedes einzelne Grundstück wurde flächenmäßig erfaßt und lagemäßig beschrieben. Wenn es schatzbar war, das heißt, Steuern zu zahlen waren, wurden auch die zu entrichtenden Abgaben angeführt (s. Abb. 3 und 4).

Wilhelm Rulman von Quad verkaufte Haus Velde 1669 für 21 000 Reichstaler an Hermann Freiherr von Hochsteden zu Niederzier. Im Kaufvertrag, der von den Schöffen Johann Eicker und Heinrich Toll beglaubigt wurde, verpflichtet sich der Käufer unter anderem, die Limiten (Grenzen) zu bezeichnen und die Erbwehrschaft abzuleisten. Am 23. April 1670 erhält er vom Kurfürsten den Lehnbrief. Hermann Freiherr von Hochsteden kam den Verpflichtungen des Kaufvertrags nach und ließ noch im selben Jahr seinen neuen Grundbesitz durch den Landmesser G. Zöll örtlich vermessen. Ob dieser die Eckpunkte der Grenzen durch Pfähle kenntlich machte, läßt sich nur vermuten. G. Zöll legte als Ergebnis seiner Vermessung die wohl noch nicht veröffentlichte Karte von „Velde und umbligende Gegend“ vor⁹⁾ (s. Abb. 5). Bei näherem Studium der Karte stellte sich heraus, daß viele Wege, Büsche, Äcker, Wiesen und Grenzen sich bis heute nicht oder nur unwesentlich verändert haben (s. Abb. 6). Eine große Zahl der dargestellten Höfe ist ebenfalls noch vorhanden. Landmesser Zöll orientierte die Karte am Kuhtor, einem Teil der Kempener Befestigungsanlage, und stellte alles Bedeutsame im Maßstab von 300 Ruthen beziehungsweise im Stundenmaß dar. Er verwendete das Kölner Maß, nach dem 1 Ruthe 4,6016 m und ein Fuß = Schuh 0,2876 m entsprechen¹⁰⁾. Er legte eine Ruthe mit 16 Werkschuhen fest. Das Stundenmaß besagt, daß man 2500 doppelte Schritte in einer Stunde gehen konnte, wobei 1 Doppelschritt 5 Werkschuhen gleich kam. Für die direkte Entfernung vom eisernen Tor des Kuhtors bis an die Linde vor Haus Velde ermittelte er 647 $\frac{1}{2}$ Ruthen = 2979,54 m und für die Strecke, gemessen über den „Veldischen Weg“, errechnete er 665 Ruthen und 14 Schuh = 3064,09 m. Das Kuhtor als auch die Linde sind in der Karte dargestellt. Große Mühe gab sich der Landmesser mit der Ausarbeitung des Wappens des Freiherrn von Hochsteden und der Gebäude, die er im Aufriß zeichnete. Als Besonderheit ist der „Sitzende“ unter dem Baum am „Gross Broich“ anzusehen. Sollte sich hier der Landmesser selbst „verewigt“ haben? Ungeklärt bleibt die Bezeichnung des Weges „Der Heiligen Pfad“, der vom Niclasfeld an der Linde an Haus Velde vorbei bis zum Sandhof führt und dann in südlicher Richtung auf den „Newe Graab“ stößt (s. Abb. 6). Diese erste großmaßstäbliche Karte des Grundbesitzes von Haus Velde verhalf dem Eigentümer nicht nur zur Einhaltung des Kaufvertrags, sondern führte auch zu einer sinnvollen Verwaltung. Von jetzt an konnte er die Gebäude-, Acker-, Wald- und Torfflächen gezielt verpachten und entsprechende Einnahmen verbuchen.

Am 25. Mai 1695 benannte Erzbischof Joseph Clemens die Freiherrn Philipp Carl und Johann Adam von Hochsteden als Lehnsträger¹¹⁾.

1733 stirbt Philipp Carl von Hochsteden, so daß seine Tochter Maria Anna Theresia das Gut erbt. Diese hatte am 4. November 1724 in Obsinnich (Belgien) Christian Franz Dietrich von Fürstenberg geheiratet, nachdem diesem nach einjähriger Ehe seine Frau Maria, Reichsgräfin von der Leyen, bei der Geburt der Tochter am 25. Juli 1723 verstorben war. Christian von Fürstenberg gelangte so in den Besitz der Rittergüter Hausen (Jülich) und Velde (Kurköln). Maria Theresia behielt zur



Abb. 2. Wappen am Haus Velde

eigenen Verfügung unter anderen die im Limburgischen gelegenen Sitze Obsinnich und Reymersdahl. Bei der Geburt ihres dritten Kindes starb Maria Theresia in Wien. Christian von Fürstenberg erbt diese Güter. Er zog sich nun ganz von den politischen Aufgaben zurück, um seine Besitzungen zu verwalten. Hierzu unternahm er viele Inspektionsreisen, um vor Ort den Pächtern durch seine Pachtordnung eine bessere Bewirtschaftung zu ermöglichen. Er führte Umriffe auf seinen Gütern durch, um die Grenzen zu überprüfen und in ihrer Rechtmäßigkeit zu erhalten. 1751 läßt er seine Söhne daran teilhaben, damit diese die Aufgaben einer Verwaltung studieren konnten¹²⁾.

Zu dieser Zeit entstand die Wald- und Forstkarte durch den Geometer Adam Blum¹³⁾. Er beschreibt unter anderem die „Kempsche

Niers“, wie sie von Orbroich durch St. Hubert am Sand Dyck vorbei in den Landweyer Graben neben Haus Velde fließt und das Wasser durch die Wiesen am Bäumkes Dyck und St. Niclas Dyck in die große Niers geleitet wird (s. Abb. 7). Im Jahre 1751 wurde diese Karte bei der schwierigen Grenzfindung zwischen den Territorien des Kölner Erzbistums und dem Herzogtum Geldern herangezogen und ausgewertet¹⁴⁾.

Clemens Lothar von Fürstenberg war der nächste Erbe. Auch er verwaltete den Besitz selber und vergrößerte ihn mit der Zeit so erheblich, daß er eigens den Paderborner Landmesser Rudolphi für vier Jahre verpflichtete, seine Ländereien zu vermessen. Clemens Lothar heiratete am 23. Februar 1755 Sophie Charlotte von Hoensbroeck, die aus einem Geschlecht stammte, das nicht weit von Obsinnich ansässig war. Das Kastell Obsinnich in Belgien trägt heute den Namen Notre Dame; Schloß Hoensbroeck bei Heerlen in den Niederlanden wurde in den Jahren 1986—1989 restauriert und ist eines der schönsten Wasserschlösser. Bereits zu seinen Lebzeiten wollte Clemens von Fürstenberg die Liegenschaften in guten Händen wissen. Mit dem Testament vom 27. Juli 1787 bestimmte er seinen Sohn Friederich Leopold zum Stammherrn und übergab ihm alle Besitzungen diesseits des Rheins. Sein Sohn Theodor sollte die Güter zwischen Rhein und Maas erhalten; er wurde damit zum Begründer der späteren Linie von Fürstenberg-Stammheim. Am 26. Juni 1791 stirbt Clemens Lothar von Fürstenberg in Herdringen. Als wenige Jahre später Friedrich Leopold stirbt, wird Theodor von Fürstenberg laut Testament vom 11. März 1817 zum Universalerben¹⁵⁾. Die Besitztümer waren so groß, daß sie ohne eine geordnete Verwaltung nicht zu überblicken waren. Es wurden für die jeweiligen Häuser mit ihren dazugehörigen Liegenschaften Rentmeister eingesetzt, die dem „Hochwohlgeborenen gnädigsten Herrn“ verantwortlich waren. Für Haus Velde wechselten diese in kurzen Abständen. Für 1815 ist ein Herr Förster belegt, der dem Geometer Stephan Josef Zirkel eine Rechnung von 5 Reichstalern bezahlte (s. Abb. 8). Zwei Jahre später erscheint Johann Heinrich Scholten als Verwalter. Erst um 1820 findet Reichsfreiherr Theodor von Fürstenberg zu Neheim in Anton Goertsches, dem Lehrer der Schule in Schmalbroich, einen gewissenhaften und treuen Verwalter. Aufgrund des gut erhaltenen „Inventariums des Rittersitzes Velde nebst beiden Höfen Holt und Triebels, samt allen zum Rittersitz Velde gehörigen Gebäulichkeiten, Pachtungen etc., so wie überhaupt allen Apertinentien“¹⁶⁾ ist es möglich, den umfangreichen Verwaltungsaufgaben eines Gutes vor fast 200 Jahren nachzuspüren.

Als wichtigste Aufgabe sind die Abschlüsse der Pachtverträge und deren Einhaltung anzusehen, galt es doch, eine Fläche von 134 Morgen und 16 $\frac{3}{4}$ Ruthen = 34,2336 ha¹⁷⁾, die einen Erlös von 449 Reichstalern, 8 Silbergro-

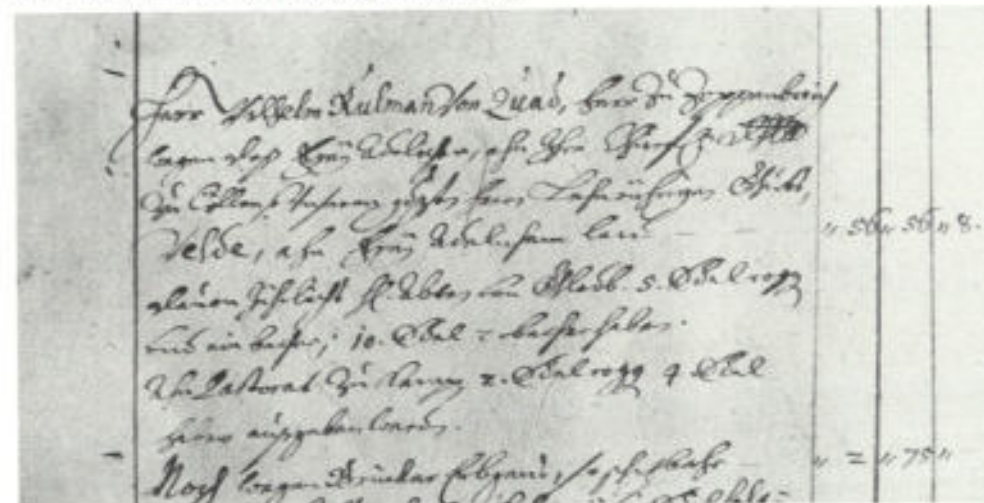


Abb. 3. Ausschnitt aus der Delineatio des Amtes Kempen von 1654, gefertigt durch Jakob Sandt

schen und 3 Pfennigen erbrachten, an 32 Pächter zu verpachten. Es finden sich Pächter, die bereits 1815 und früher die Ländereien bewirtschaftet haben. Namen wie Eickes, Funger, Harsches, Sand, Priß und andere sind bis heute überliefert (s. Abb. 9). Für jeden Pächter wurde eine Urkunde ausgestellt, die von ihm eigenhändig, unter Zuziehung von zwei Zeugen — zum Beispiel des Kempener Sattlers Lambert Schütt und des Bäckers Franz Celler — in Gegenwart des Kempener Notars Emans und vom Rentmeister unterschrieben werden mußte. Konnte ein Pächter nicht schreiben, mußte er eigenhändig drei Kreuze als sein Handzeichen machen, die dann ebenfalls in der vorgenannten Weise beglaubigt wurden. Für den Inhalt eines

Pachtvertrages sollen die „Velder Pachtbriefe“ vom 22. August 1822 stellvertretend sein¹⁷⁾. Die Lage des Grundstücks, seine Größe und die zu entrichtende Pachtgebühr wurden festgeschrieben. Die Pachtdauer betrug 12 Jahre, und der Zins war alljährlich zu St. Martini (11. November) zu entrichten. Ferner war festgelegt, daß die Gemeindegrundsteuer, sie betrug 3 Silbergroschen pro Morgen, vom Eigentümer bezahlt wurde. Die Pächter hatten die Grundstücke in dem vorgefundenen Zustand zu übernehmen und jährlich mit sechs einspännigen Karren zu düngen. Jede Grenzverschiebung oder sonstiger Eingriff war sofort dem Rentmeister anzuzeigen. Nach Ablauf der Pachtzeit mußten die Flurstücke in ihren Grenzmaßen zurückgegeben werden.

Abb. 4. Ausschnitt aus der Description von 1659



Diese Vertragsbestimmung verhinderte willkürliche Grenzveränderungen. Trotzdem finden sich immer wieder Rechnungen von Landmesser Zirkel, der bei Unstimmigkeiten zu Rate gezogen wurde.

Die Verwaltung und Instandhaltung der Gebäude des Hauses Velde und des Torgebäudes sowie der beiden Höfe Holt und Triebels erforderten gesonderte Arbeiten. Als Beispiel sollen der Pachtvertrag mit Johann Vonger aus dem Jahre 1825 und die Beschreibung des Torgebäudes angeführt werden.

„Pacht-Contract für Johann Vonger zu Haus Velde im Torgebäude wohnend“:

1. Bewohnt und benutzt Johann Vonger Torgebäude für seine Wohnung
2. besitzt er an der daneben stehenden Scheune den Rindviehstall, worin er gegenwärtig seine Kuh stehen hat
3. Darf er in der Scheune, wo zugleich Pferdestallung angelegt, Früchte und Fourage lagern mit dem Vorbehalt, daß wenn herrschaftliche Pferde kommen oder da sind diese Stallung geräumt werden muß
4. Wenn Reparatur an den Gebäuden zu machen sind, welches nicht für ein Stück Arbeit, über 2 Reichsthaler kommen, muß Vonger auf seine Kosten machen lassen, jene welche aber über 2 RTh. kommen, übernimmt die gnädige Herrschaft zur Hälfte, die dazu nötig werdenden Materialien liefert die gnädige Herrschaft, Vonger muß aber die Materialien beifahren oder beifahren lassen
5. Hat Vonger darauf zu machen, daß an den Gebäuden durch ihn noch durch die Seinigen kein Schaden zugefügt wird und muß vielmehr darauf achten, daß alles in gutem Zustande bleibe und verbleibt dafür verantwortlich
6. behält er den Gemüsegarten, soweit er selben gegenwärtig nutzt
7. Darf er die Fischerei in den Gräften und Torfgrube benutzen
8. erhält er vor dem Thor den Torftrocknungsplatz, welcher bei einem Morgen groß ist und nicht mehr als Torftrocknungsplatz benutzt wird
9. er muß die Gemeindedienste auf freie benannte Gegenstände tragen, so als andere Pächter auch tun müßten oder zu tragen haben
10. Für die jährliche Pacht 14 RTh., sage 14 RTh, per RTh zu 60 Stüber gerechnet. Die Pacht fängt mit dem 11. November 1825 an, zu verstehen, daß er die erste Pacht am 11. November 1826 abzutragen hat. Die Pacht läuft ab mit den Parzellen- und Hofespachtungen
11. Verbleibt dem Vonger demnach verbunden auf alles zu machen was die Herrschaft angeht und jeden Eingriff an das herrschaftliche Eigentum dem zeitlichen Rentmeister anzuzeigen, in gegenseitztem Falle wird Vonger zur Verantwortlichkeit gezogen und wird wegen einer Untreue, die ihm erwiesen wird, oder erwiesen werden kann, wenn es die gnädige Herrschaft will, mit Anhebung der Pacht bestraft werden. Ebenso hat
12. Vonger nichts unterverpachten, sowenig



Abb. 6. Übersicht der Untersuchungsergebnisse; dargestellt in Ausschnitten der Deutschen Grundkarte 1 : 5 000, Blätter Nr. 26/94, 26/96, 28/94 und 28/96 (verkleinert)



LA J.

is het fempfe miers ofte een waterloop brengende het water van het oltbroef ende S. Albert deutz sandt dijck in de landwey's graff ende vochts nevens het huys veld. Deut de beendon, deut bäum. Cos dijck naer Schielas dijck ende van daer tusschen het wachtkonckse ende fempfe dreeu in de sleck by slecker koff ende vochts in de groote miers

Abb. 7. Ausschnitt aus der Forstkarte von Adam Blum, gefertigt 1730

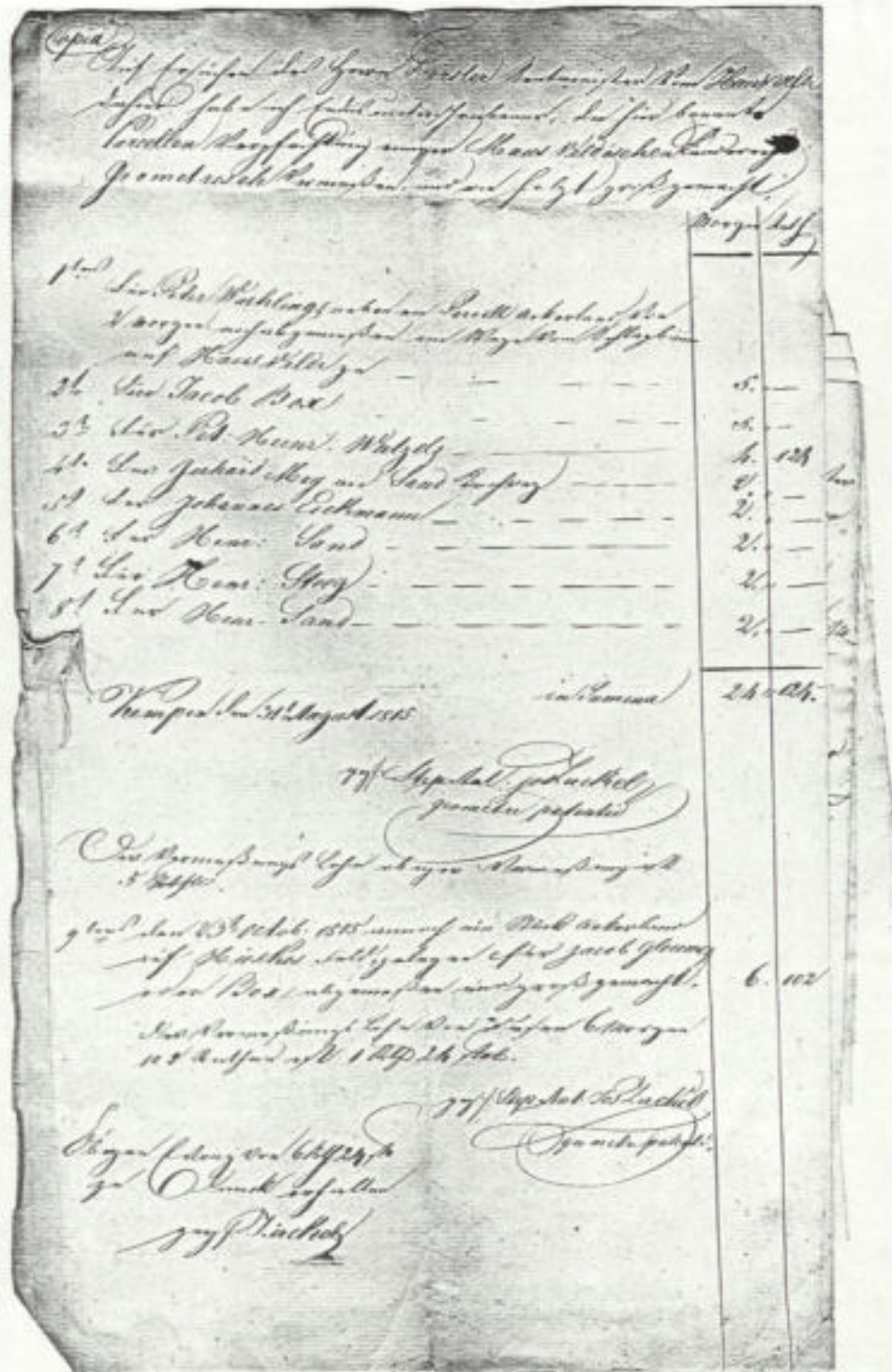
Abb. 8. Rechnung des Geometers Zirkel von 1815

Der Zustand der Gebäude, die vermietet wurden, wie Wohnhäuser, Scheunen und Backhäuser, hat A. Goertsches genauestens beschrieben und entsprechende Grundrißpläne gezeichnet. Er beschreibt das Thorgebäude wie folgt:

„Das Thorgebäude besteht aus der Einfahrt, der Küche und dem Wohnzimmer, die aus Ziegelsteinen gemauert sind, zwei Stockwerke hat und eine Größe von 34 Fuß x 18 Fuß (= 10,67 m x 5,65 m). Das Thor ist mit roter Oelfarbe gestrichen und ist 14 Fuß breit und 10 1/2 Fuß hoch (= 4,39 m x 3,29 m). In der Küche befindet sich ein alter Mühlstein mit einem Durchmesser von 4 Fuß (= 1,25 m). Die Wohnzimmerwände sind ganz aus Lehm und mit Kalk übertüncht. Unter dem Wohnzimmer befindet sich ein kleiner Keller, der nicht brauchbar ist, da er unter Wasser steht (Er wurde später zugeschüttet). Der Anbau hat eine Höhe von 18 Fuß und ist mit 650 Dachpfannen belegt. Im 2. Stock ist eine Kammer über der Einfahrt, eine kleine Vorhalle und das Schlafzimmer. Die Fußböden sind aus Eichenbrettern und die Decken aus alten Weidenbrettern, die mit Lehm geschlagen waren. Das Dach ist mit 2200 Stück Dachpfannen gedeckt“ (s. Abb. 11 und 12).

Mußte ein Gebäude repariert werden, fertigte der Verwalter einen Kostenvoranschlag an und legte diesen seinem Herrn vor. Erst nach dessen schriftlicher Zusage konnte mit den Arbeiten begonnen werden. Nach Beendigung der Instandsetzungen folgte eine genaue Bestandsaufnahme und die Ermittlung und Verteilung der Kosten. Wie dies im einzelnen aussah, erfährt man am Beispiel der Reparatur des Daches auf dem Wohngebäude des Triebelshofes. Für das Dach wurden 7 000 Dachpfannen benötigt, die von Schaephuysen mit der Pferdekarre für 30 Stüber pro Karre herbeigeschafft werden mußten. Des weiteren wurden 350 Dachlatten für 17 Reichsthaler und 30 Stüber, 2 600 Nägel, gefertigt vom Schmied, für 6 Reichsthaler und 4 Stüber sowie 4 Scheffel Kalk zu 2 Reichsthalern gebraucht, die von Venlo für 1 Reichsthaler und 30 Stüber angefahren wurden. Die Dachkosten beliefen sich schließlich auf 117,17 Reichsthaler, von denen der Eigentümer 86,14 und der Pächter den Rest von 31 Reichsthalern und 3 Stübern zu zahlen hatten. In ähnlicher Form wurden die Reparaturarbeiten für die anderen Gebäude vorgenommen.

Eine weitere Aufgabe war die Erstellung eines „Baumkatasters“. Sämtliche Bäume mußten im jeweiligen Gebiet nach Anzahl, Art und Größe erfaßt werden. Die Liste für das Waldstück Hermannsdonk weist 204 Eichen mit einer Höhe zwischen 12 Fuß und 40 Fuß (3,77 m und 12,55 m) und einer Dicke von 6 Zoll bis 2 Fuß, 6 Zoll (0,16 m und 0,79 m) aus. Eine Liste über das Schliagholz, das nach



von der Wohnung und Stallung als ein Grundstück, welches in diesem Pachtakte enthalten ist
 13. Vonger muß die Camine auf seine Rechnung legen lassen
 14. Als der Contract deutlich vorgelesen, verstanden, genehmigt worden, so wurde der Act in dreifache Original angefertigt und gegeneinander ausgewechselt.
 Es folgen die Unterschriften:
 Theodor Freiherr von Fürstenberg
 A. Goertsches (Rentmeister)
 Johann Vonger.

Anhand dieses Vertrages lassen sich die Rechte und Pflichten des Vermieters und Pächters nachlesen. Den Pachtzins konnte Johann Vonger teilweise durch Arbeiten für das Haus Velde abtragen. Die entsprechende Arbeitsrechnung wurde jährlich mit dem Rentmeister zusammen aufgestellt (s. Abb. 10). Sie dokumentiert, welcher Tageslohn für die unterschiedlichsten Arbeiten, wie Bäume pflanzen, Gräben ausheben, Grenzpfähle setzen, Torf abgraben und anderes mehr gezahlt wurde.

siebenjährigem Wuchs abgeschnitten und verkauft wurde, sowie die Büsche, die von den Pächtern genutzt wurden, ergänzten den Bestand. Ferner mußte er das Holz taxieren, bevor es zum jährlichen Verkauf angeboten wurde, den zu verkaufenden Torf preislich festlegen, das Heu der hauseigenen Wiesen dem Meistbietenden verkaufen, die Grenz- und Abzugsgräben reinigen lassen, Heidegebiete anpachten und für die Jagd einen geeigneten Pächter finden. Letztlich fiel die Aufgabe der Anerkennung der Grenzen bei der preußischen Katasteraufnahme im Jahre 1825 in die „Amtszeit“ von A. Goertsches¹²⁾.

Nach den Wirren der französischen Revolution kamen die westlichen Provinzen Rheinland und Westfalen aufgrund des Beschlusses des Wiener Kongresses 1815 an Preußen. Diese setzten das von den Franzosen begonnene Werk der Erstellung eines Grundsteuerkatasters fort, das geschaffen werden sollte, um Steuerbefreiungen aufzuheben und eine gleichmäßige Verteilung der Steuerlast zu erreichen¹³⁾. Am 10. Oktober 1825 wurden die Grundstücksvermessungen im Bereich der Bürgermeisterei Schmalbroich durch die Geometer Bulker und Zirkel beendet und die Ergebnisse in den folgenden Jahren mit den Eigentümern oder deren rechtlichen Vertretern verhandelt. Dies verlief oft nicht ohne Einsprüche oder sogar der Verweigerung der Anerkennung. Gerade diese Möglichkeit des Einspruchs nach § 158 ff. der Instruktion für das Kataster¹⁴⁾ führte zu der eingangs erwähnten Karte von P. A. Broix, betreffend „den Rittersitz Velde mit seinen Apertinentien, gelegen bei Kempen“¹⁵⁾ (s. Abb. 13). Die in Tusche und Bleistift aufgetragene Karte orientierte der Landmesser nach Norden. Er erstellte sie im Maßstab von 1 : 5 000 Ruthen im Magdeburger Maß, das dem damaligen preußischen Maßsystem entsprach. Ein zweiter Maßstab, in kölnischen Ruthen, weist auf die in der Bevölkerung noch verwurzelte „alte Maßeinteilung“ hin (zum Vergleich: 1 kölnische Ruthe = 4,6016 m und 1 preußische Ruthe = 3,7662 m). Auch die Flächenangaben wurden in diesen beiden Maßsystemen angegeben: 447 Morgen 124 Quadratruthen und 87 Quadratfuß Magdeburgisch, die exakt den 360 Morgen 60 Quadratruthen und 35 Quadratfuß in kölnischem Maß entsprachen (zum Vergleich: 1 kölnischer Morgen = 1 preußischer Morgen 43 Quadratruthen und 87 Quadratfuß). Die landwirtschaftlichen Grundstücksgrenzen wurden rot koloriert und die Eckpunkte jeweils mit einer Nummer von 1 — 100 versehen. Die Grenzsteine mit den entsprechenden Nummern wurden an diese Grenzpunkte in der Örtlichkeit gesetzt, was durch meine Untersuchungen im Felde bestätigt wurde. Nur der Grenzpunkt Nr. 75, in der Nähe des Waldstückes Hermannsdonk gelegen, wurde irrtümlich mit dem Stein Nr. 17 vermarkt. P. A. Broix numerierte die einzelnen Grundstücke von 1 — 70 durch und ordnete sie in einem Register den entsprechenden Höfen zu. Die zum Rittersitz Velde reservierten Grundstücke trugen die Nummern 1 — 45, wobei die land-

Schmalbroich d. 10. November 1825

Hebeliste
Rittersitz Velde
über die gesamte Pacht zu Martini 1828
mit Berücksichtigung derjenigen, welche aus der Pachtgebühren
und für das Jahr 1827 die letzte Pachtzahl haben, und die
Pachtgebühren für das Jahr 1828 die erste Pachtzahl haben

Nr.	Name des Pächters, evtl. des auf ihn folgenden Erben oder der Gemeindefürsorge	Nr. des Pachtgebüden in der Pachtgebühren- liste für das Jahr 1827	Nr. des Pachtgebüden in der Pachtgebühren- liste für das Jahr 1828	Pachtgebühren		Morgens		Quadratruthen		Quadratfuß	
				fl.	sch.	Magd.	köln.	Magd.	köln.	Magd.	köln.
1	H. Heinrichs	-	-	12	90	6	-	-	-	-	-
2	Broix & Metzels	-	-	9	124	4	30	-	-	-	-
3	Joh. Haas	-	-	7	5	5	10	-	-	36	16
4	H. J. Lani	-	-	18	-	4	-	-	-	72	-
5	H. Behnen	-	-	-	70	5	-	-	-	2	33
6	H. Bräcker	-	-	10	88	4	30	-	-	47	35
7	J. Heijer	-	-	4	51	3	-	-	-	-	-
8	P. Jansen	-	-	-	90	-	-	-	-	4	30
9	Joh. Vonger	-	-	2	16	5	-	-	-	10	32
10	Joh. Vonger	-	-	1	75	4	-	-	-	6	-
11	Joh. Vonger	-	-	-	-	-	-	-	-	5	-
12	Joh. Vonger	-	-	-	-	-	-	-	-	14	-
13	Joh. Vonger	-	-	2	-	3	-	-	-	6	-
14	H. Jansen	-	-	12	-	3	45	-	-	45	-
15	Joh. Prijs	-	-	1	75	5	30	-	-	5	15
16	H. Jansen	-	-	5	118	5	-	-	-	18	-
17	H. Jansen	-	-	2	-	4	30	-	-	9	-
18	J. Vonger	H. Metzels	-	4	-	5	-	-	-	20	20
19	H. Jansen	-	-	2	-	4	-	-	-	8	-
20	H. Jansen	-	-	1	75	3	30	-	-	5	15
21	H. Jansen	-	-	4	-	4	30	-	-	18	-
22	J. Thelen	-	-	6	75	4	30	-	-	29	15
23	H. Jansen	J. Broix	-	4	102	4	30	-	-	-	-
24	H. Jansen	J. Wehlings	-	5	-	3	30	-	-	17	30
25	H. Jansen	J. Wehlings	-	7	-	4	30	-	-	-	-
26	H. Jansen	J. Wehlings	-	4	51	4	30	-	-	18	36
27	H. Jansen	H. Heijer	-	3	-	5	-	-	-	15	-
28	H. Jansen	Joh. Groen	-	2	-	3	-	-	-	10	-
29	H. Jansen	-	-	-	-	-	-	-	-	242	-
30	H. Jansen	-	-	-	-	-	-	-	-	90	-
31	H. Jansen	-	-	-	-	-	-	-	-	10	-
32	H. Jansen	-	-	-	-	-	-	-	-	775	3

A. Goertsches

Abb. 9. Hebeliste vom Rittersitz Velde über die gesamte Pacht zu Martini 1828

wirtschaftlichen Flächen gelb und die Wald- und Wiesenflächen grün angelegt wurden. Die Nummern 46 — 52 stehen für die vom Triebelshof benutzten Grundstücke, die Nummern 53 — 65 weisen die Pachtflächen für den Holthof nach und die Nummern 66 — 70 bezeichnen die in der Gemeinde St. Hubert gepachteten Flächen, für die Haus Velde eine Pflanzberechtigung hatte. Eine besondere

Darstellung ist die Festlegung der Jagdgrenze, die weit über das Veldische Gebiet hinaus, das Jagdrecht festlegte. Der Geometer aus Neuss hatte vom Verwalter den Auftrag erhalten, die Maße der Grundstücke in der Feldmark nachzumessen und den Flächeninhalt zu berechnen, um sie mit den Katasterangaben vergleichen zu können. Wie der Rentmeister seinem in Neheim wohnenden Herrn von

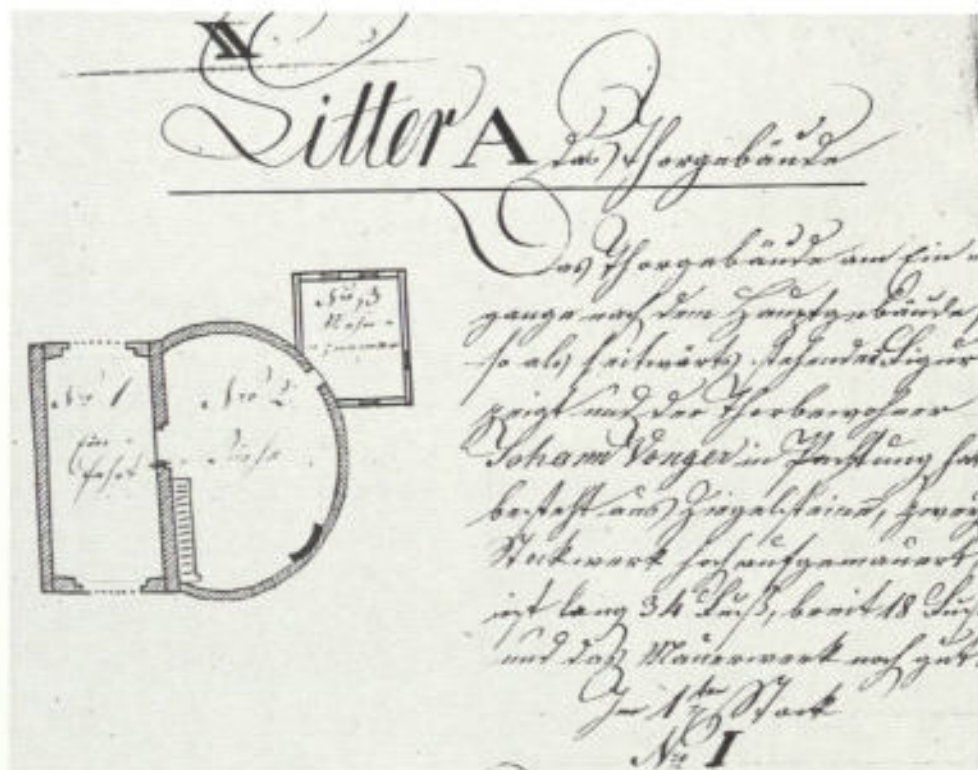


Abb. 11. Auszug aus der Beschreibung des Torhauses und Zeichnung des Grundrisses durch Anton Goertsches; 1828

Hochwohlgeb. Gnaden wiederum erhalten haben. Es fehlen in demselben noch einige Unterschriften, die ich aber trotz aller Bemühung und Bitten nicht dahin habe bringen können, obschon die fehlenden Angrenzer so wie die Unterschriften die Grenzen gut finden und als richtig anerkennen¹⁷⁾.

Grundlage der Anerkennung der katastermäßigen Festlegung der Grenzen durch Theodor von Fürstenberg und die Übernahme der Daten in Artikel Nummer 84 der Mutterrolle — dem Buchnachweis der einzelnen Flurstücke — war die Nachmessung und die Erstellung der Karte durch P. A. Broix und das Verhandlungsgeschick des Rentmeisters. Er hatte bereits am 13. April 1826 Johann Vonger beauftragt, an die vom Katasteramt festgelegten Grenzpunkte Pfähle zu setzen. Im April und Juni des folgenden Jahres wurden die Pfähle in Zusammenarbeit mit dem Landmesser durch Grenzsteine ersetzt (s. Abb. 10). Der Karte ist zu entnehmen, daß man hierzu 100 Steine verwendete. Diese bestehen aus Trachyt und sind von einem Steinmetzen angefertigt worden.

Die Oberfläche des Grenzsteinkopfes wurde scharriert, eine Steinbearbeitung, wie sie im 18. und 19. Jahrhundert üblich war. Mit einem Knüpfel (Hammer) schlug man auf ein breites Eisen und erreichte durch die große Prellung eine Schlaggrube. Der Neuansatz des Eisens erfolgte direkt neben der alten Schlaggrube. Es entstanden dann die charakteristischen Scharrierbahnen. Auf einer Breitseite des Steinkopfes wurden die Zeichen T v F (Theodor von Fürstenberg) und eine Nummer, von 1

bis 100, eingemeißelt (s. Abb. 14). Die Grenzsteine wurden im Feld so gesetzt, daß die Initialen mit der entsprechenden Nummer jeweils zum Eigentum hin zeigten, eine eindeutige Festlegung, wie sie bisher noch nicht nachgewiesen werden konnte. Weiterhin bleibt festzuhalten, daß dort nachweislich zum ersten Mal keine einseitige Grenzabmarkung vorgenommen wurde, wie dies noch von 1726 bis 1735 durch den Grafen von Virmond, Herrn zu Neersen, geschehen war¹⁸⁾. Noch heute stehen an 23 Grenzpunkten im Felde diese Steine mit den Nummern, wie sie der Landmesser 1828 in der Karte eingetragen hatte¹⁷⁾. Auch andere, inzwischen ausgepflügte Steine wurden von mir gesichert und in der Datei der „Historischen Grenzsteine für Kempen und Umgebung“ eingetragen. Vergleicht man die um Haus Velde gelegenen Grundstücksgrenzen in den Karten von 1670, 1828 und des amtlichen Kartenwerks des Katasters, ist unschwer zu erkennen, daß verschiedene Grenzziehungen seit 1670 existieren (s. Abb. 6). Dies bedeutet in unserer, vom schnellen Wandel betroffenen Zeit wohl eine einmalige, unberührte Liegenschaft, die als Bodendenkmal zu würdigen wäre.

Auch auf anderen Gütern schien Theodor von Fürstenberg gute Verwalter gehabt zu haben. Auf seinem Rittergut in Obsinnich in Belgien treffen wir auf den Rentmeister Talbot, der ähnliche Aufgaben erfüllte und in dessen Amtszeit ebenfalls die Anerkennung der Katastervermessung fiel¹⁹⁾. Die Franzosen hatten die „Cadastral“-Vermessung bereits am 11. Juni 1821 abgeschlossen. Auf Anregung des Rentmeisters ließ Theodor von Fürstenberg

das Eigentum durch den Landmesser Schluyns nachmessen, der erhebliche Differenzen in den Flächenangaben feststellte, nachdem er die Angaben aus dem französischen Maß in das lokale Maß, dem sogenannten Lamberti-Maß, umgerechnet und mit seinen Berechnungen verglichen hatte. In dem aufgestellten Vermessungsregister waren sämtliche zum Gut Obsinnich gehörenden Grundstücke, unter anderen das Kastell, die Mühlen, Reymersdahl, mit einer Fläche von 398 Morgen, 26 Quadratruthen und 93 Quadratfuß angegeben (= 101,6466 ha). Landmesser Schluyns ermittelte dagegen die Fläche mit einem Inhalt von 401 Morgen, 65 Quadratruthen und 31 Quadratfuß (= 102,4666 ha). Die Grenzpunkte seiner Grundstücke ließ Theodor von Fürstenberg mit den gleichen Steinen abmarken wie in Kempen-Schmalbroich, jedoch ohne Nummern (s. Abb. 15). Erst am 29. Februar 1828 kommt es zur Anerkennung der Grenzen durch den Rentmeister Talbot, nachdem die Flächenangaben richtiggestellt worden waren¹⁹⁾.

Diese Ausführungen zeigen, wie wichtig es für den Eigentümer eines so großen Besitzes war, gute Verwalter zu haben, die die schwierige Buchführung und die vielfachen Aufgaben der Verwaltung beherrschten und im Sinne des Auftraggebers ausführen und verantworten konnten.

Bis zum Jahre 1871 wird Theodor von Fürstenberg im Flurbuch des Katasters als Eigentümer geführt. Ihm folgte Clemens Egon von Fürstenberg, Herr zu Obsinnich, der auf dem Schloß in Belgien seinen Wohnsitz hatte. Ihm wird die Karte von 1828 nicht bekannt gewesen sein, da er sonst nicht den Geometer Zirkel beauftragt hätte, im Jahre 1887 erneut

Abb. 12. Das Torhaus von Gut Velde





Abb. 13. Ausschnitt aus der Karte von P. A. Broix; 1826



◀ Abb. 14. Grenzstein Nr.25 aus der Vermessung durch P. A. Broix von 1827 in Kempen

Abb. 15. Grenzstein aus der Vermessung von Schuyns um 1828 in Obsinnich/Belgien ▶



einen Plan zu fertigen. Dieser legte im Dezember 1887 praktisch eine Abzeichnung der amtlichen Katasterkarte „über das bei Kempen gelegene Rittergut HAUS VELDE nebst Wehlingshof“ vor, die keine bemerkenswerten Änderungen enthält²⁰).

Eine Berichtigung sei jedoch hier angeführt. Stefan Ank schreibt, daß sich der Grundbesitz 1887 auf 408 Morgen erhöht hätte, indem er sie mit den 360 Morgen von 1826 vergleicht. Dies stimmt nicht, da wie zuvor beschrieben, die vergleichbare Fläche mit 447 Morgen angegeben war. Die Ausweisung der Fläche betrug — tatsächlich — im Jahre 1826 114,3102 ha und 1887 104,2288 ha.

Zu dieser Zeit war Jakob Boves als Verwalter eingesetzt. Neben den zuvor beschriebenen

Einheits- Bem. Maße	Datum des Ver- trages	Der Vertragspartner		Der Dar- leher		Art der Verrentung	Art der Zuberfüdung (Namen und Wohnort d. Darleher, Classe der Hypothek)	Bemerkungen (Verzinsungs- u. Darlehensrichte der Zahlungen, Zusätze der Darleher)	
		Namen	Wohnort	Summe	Zinssatz				
		Asholant Nriech		90	30				
		Messers		3	4				
		Lambert Lörffly		1	60				
		französisch Kessel							
		Asholant		1097	05				
		Messers		34	90				
		Lambert Lörffly		12	73				
				ff. 1189,58					
		<p>Pro Martini 1912 erfüllt für obiges Landwein, saulparfremd Kaufpreis. Kempen 2/12 18958. Joseph Goertches</p>							

Weinhandlung
Destillerie und Liquor-Fabrik
Wessing und Essig-Spritz
Spezialität:
Brennereikamp of Haag-Bitter.
Kempen, Kl., den 19

Rechnungs-Auszug
für Herrn Joh. Uhles *J. Uhles*
von Joseph Goertches.

An Pfaffenst. Messers
per Martini 1914
Kaufpreis Kessel betreffend
Haar 1189,58, 4 Pfaffenst.
Alfthundertneunachtzig Mark 58
fallen zu zahlen, hoffentlich
Kempen den 1. 12. 14.
Joseph Goertches

Abb. 16. Auszug der Zahlungen über den Pachtzins zu Martini 1912 und 1914 aus dem Pachtbuch vom Sandhof in Kempen

Aufgaben fiel es ihm zu, den langwierigen Prozeß um die öffentliche Nutzung ehemals privater Wege, der sich von 1894 bis 1903 hinzog, zu führen. Das Pachtbuch der Familie Louven vom Sandhof, in der die Abrechnungen von 1888 bis 1937 nachgewiesen sind, führt ihn und seine Nachfolger Josef und Jakob Goertches auf (s. Abb. 16).

Als die Linie von Fürstenberg im belgischen Obsinnich ausstarb, ein großes Grabmal befindet sich an der Rückseite der Kirche in Reymersdahl, erwarb die Familie Kaspar von Faily-Goldstein, Freiherr zu Schloß Breill bei Geilenkirchen, im Jahre 1934 Haus und Ländereien. 1948 tritt Charlotte von Faily-Goldstein, Reichsfreilin von Wechmar, das Erbe an. 1959 erwerben die Eheleute Karl Müncker, Landwirt in Ilverich, den Besitz. Als 1962 die Gebäude des Rittergutes mit dem Torhaus und einer entsprechenden Hoffläche von den Ländereien geteilt wurde — die Hoffläche erwarben die Eheleute Friederich Bauder, den ländlichen Besitz die Erbengemeinschaft Theodor Frenger —, mußten die Pächter, die einen Vertrag nachweisen konnten, innerhalb eines Jahres, diejenigen, die keinen Pachtbrief besaßen, die in vielen Jahren und Generationen bearbeiteten Flächen an den neuen Eigentümer „zurückgeben“. Die seit 1670 zusammenliegende landwirtschaftliche und in

einem Eigentum befindliche Fläche wird heute vom Ehepaar Kessel für die Erbengemeinschaft bewirtschaftet.

Anmerkungen

- 1) Stefan Ank, Vom Kartenbestand des Kreisarchivs. — Heimatbuch des Kreises Viersen 1976, S. 180 ff.
- 2) Ulrich Houben, 200 Jahre rechtskräftige Grenze zwischen Kempen und Wachdendonk. — Geldrischer Heimatkalender 1988, S. 107 ff.
- 3) Clavé von Bouhaben, Zur Geschichte des Hauses Velde. — Zeitschrift für niederrheinische Geschichte und Altertumskunde 1880. Joseph Stange, Beiträge zur Genealogie der adeligen Geschlechter, Heft 7, 1886.
- 4) Grenzen, Karten, Geometer im 17. und 18. Jahrhundert am Niederrhein. — Viersen (Museumsverein Dorenburg) 1988.
- 5) Archiv Herdringen: Karte von „Velde und umliegende Gegend“, Größe 57 x 41 cm; besonderer Dank gilt Herrn Dr. Conrad vom Westfälischen Archivamt, Münster, für die Bereitstellung der Karte und die freundliche Unterstützung.
- 6) L. Meys, Aktenbeitrag zur geschichtlichen Entwicklung des preußischen Katasters. — Zeitschrift für das Vermessungswesen 1929.
- 7) Akten aus dem Archiv Fürstenberg-Stammheim, Nr. 21/18.
- 8) Adam Blum, Wald- und Forstkarte, Nordrhein-Westfälisches Hauptstaatsarchiv, Düsseldorf, Karten Nr. 2734.

- 9) Norbert Andernach, Die Geschichte des Geschlechtes von Fürstenberg im 18. Jahrhundert, Münster 1979.
- 10) Akten aus dem Archiv Fürstenberg-Stammheim, Nr. 21/19.
- 11) Die Umrechnung der Maße erfolgte nach der Vergleichstabelle von 1826 für die Ausführung der allgemeinen Maß- und Gewichtsordnung vom 16. Mai 1816 im Reg.-Bez. Köln.
- 12) Akten aus dem Archiv Fürstenberg-Stammheim, Nr. 21/33.
- 13) Ulrich Houben, 150 Jahre preußische Katasteraufnahme am Beispiel der Gemarkung Linn, Flur 3. — die Heimat, 53, Krefeld 1982, S. 175 ff.
- 14) Allgemeine Instruktion über das Verfahren bei Aufnahme des Katasters von ertragsfähigem Grundeigentum in den Rheinisch-Westfälischen Provinzen der preußischen Monarchie vom 26. Juli 1820.
- 15) Karte von P. A. Broix, Kreisarchiv Viersen, Karte Nr. 542.
- 16) Ulrich Houben, Die historischen Grenzsteine des Grafen von Virmond, Heimatbuch des Kreises Viersen 1989, S. 71 ff.
- 17) Besonderer Dank gilt Herrn Kessel für die Hilfe bei der Untersuchung der Grenzsteine im Feld.
- 18) Akten aus dem Archiv Fürstenberg-Stammheim, Nr. 17/7.
- 19) Besonderer Dank gilt Herrn Dr. D. Kastner von der Archivberatungsstelle Rheinland für die freundliche Beratung und die zur Verfügungstellung der Archivalien von Fürstenberg.
- 20) Karte von Zirkel, Kreisarchiv Viersen, Karte Nr. 543.

Kleines Krefelder Sprach-Museum — (fast) vergessene Wörter und Wendungen des Krefelder Platt

von Paula Coerper-Berker

Einige Bemerkungen zuvor. Es ist sicher nicht zu leugnen: Das Krefelder Platt ist — allen Unkenrufen zum Trotz — auch heute noch eine durchaus lebendige Sprache. Es ist, neben und ungeachtet aller bewußten Pflege in Wort und Schrift, für viele Menschen ein ganz selbstverständliches Ausdrucks- und Verständigungsmittel.

Aber ebenso gilt: Gerade weil es das ist, bleibt es wie jedes lebendige Idiom vom geschichtlichen Wandel nicht unberührt.

Wo sich die Lebensverhältnisse ändern, ändert sich auch die Sprache.

Wer heute Platt spricht, spricht es anders als seine Eltern und Großeltern. In einer offen gewordenen Welt, in der Menschen unterschiedlicher Zunge eng miteinander leben und arbeiten, in der der Kommunikationsbereich viel mehr umfaßt als den engeren eigenen Lebensraum, in der neue Gegebenheiten benannt werden müssen, Altgewohntes an Bedeutung verliert, kann Mundart nur überleben, wenn sie sich der Hochsprache — unter Beibehaltung ihrer „platten“ Lautung — so weit wie möglich annähert.

Dieser Prozeß hat verschiedene Aspekte, vor allem aber betrifft er den Wortbestand. Hier ist — nicht erst seit heute — eine Wandlung im Gange, die nicht nur Veränderung, sondern auch Verarmung bedeutet. So zeigt sich, daß Wörter, die der Mundart eigentümlich sind und unter dem allgegenwärtigen Einfluß der Hochsprache nicht mehr allgemein verstanden werden, zunehmend durch ihr hochsprachliches Äquivalent ersetzt und dem Platt assimiliert werden, indem man sie in deren Lautung hineinzieht. Wo früher beispielsweise „jelde“ gesprochen wurde, hört man heute „kuope“ für „kaufen“, statt „wirke“ wird „ärbeeie“ gebraucht, statt „mar“ „äwwer“.

Zugleich aber verschwinden allmählich Wörter, die sich diesem Prozeß entziehen, weil sie ihren Gegenstand so differenzierend benennen, daß sie nur durch umständliche Umschreibung und nur annähernd hochdeutsch wiedergegeben werden können. Man denke etwa an „benaut“, „quoot“, „ürig“ und viele andere mehr.

Und natürlich — wo in unserer modernen, standardisierten Umwelt lokale Eigentümlichkeiten, seien es Gegenstände des täglichen

Gebrauchs, Bauformen, landschaftliche Gegebenheiten, verschwinden, werden auch die sie bezeichnenden Ausdrücke überflüssig. Wem ist die „Kellerkaamer“, die „Honschaft“ noch ein Begriff?

Betrachtet man das Ergebnis dieses Vorgangs, so könnte sich die verbreitete Meinung bestätigt sehen, das Platt sei eben nur eine regionale Ausprägung oder eine „platt“ gesprochene, mindere Form des Hochdeutschen. Oder umgekehrt: Das heute gesprochene Platt sei die zeitgemäße Form der heimischen Mundart. Macht man sich aber die Mühe, hinter einer Vielzahl der heute gebräuchlichen Wörter die alten, ursprünglichen Formen zu suchen, so wird man feststellen, daß diese ihre Verwandten nicht im Hochdeutschen, sondern in den anderen niederdeutschen Dialekten — vom Niedersächsischen bis zum Mecklenburgischen —, wie auch im Niederländischen, Englischen, ja sogar in den skandinavischen Sprachen haben.

Als selbständiger Zweig des Niederdeutschen ist die süd-niederfränkische Mundart mit diesem, ihren Charakter bestimmenden Wortgut woanders zu Hause als im Hochdeutschen, das sich aus ober- und mitteldeutschen Dialekten entwickelte. Vielleicht kann man mit einiger Berechtigung sagen, daß sich die heimische Mundart im Zuge ihrer Assimilation an die standardisierte Hochsprache in eine Art von Emigration begeben hat.

Und damit teilt sie das Schicksal vieler Emigranten: Sie überlebt, jedoch um einen hohen Preis. Was verloren geht, ist nicht nur eine Anzahl von Wörtern, verloren geht ihr eigentlicher Charakter, — altmodisch, aber richtiger gesagt — ihre Seele oder doch der wesentliche Teil davon, der gerade in diesen alten Wörtern lebt. Nicht nur in diesen selbst als isolierten Vokabeln, vielmehr in der Art, wie sie gebraucht werden. Das heißt, in den bildhaften Übertragungen von Wortbedeutungen, in Sprichwörtern, Redewendungen, den typischen Sprachgesten, in denen sich die emotionale Verfassung des Sprechers ausdrückt.

Im folgenden wird der Versuch unternommen, wenigstens eine Anschauung zu geben von dem, was verloren zu gehen droht oder schon verloren ist. Es wird zusammengetragen, was

verstreut in meist älteren schriftlichen Quellen und vereinzelt noch im mündlichen Gebrauch an altem Sprachgut zu finden ist.

Wenn eine Darstellung in der Form eines alphabetisch oder nach Sachbereichen geordneten Lexikons auch möglich erscheint, so ist es doch sowohl lebendiger als auch dem Verständnis hilfreicher, Wörter und Wendungen in einen ihnen angemessenen Sinnzusammenhang zu stellen. Und da Platt ja keine Literatursprache ist, sondern in der alltäglichen Verständigung von Mensch zu Mensch ihr eigentliches Leben hat, liegt es nah, die Form kleiner, sich um Alltagsdinge drehender Sprachstücke/Redestücke zu wählen, in denen auch die erwähnten Sprachgesten ihren natürlichen Platz haben, die jeder Mundart ihre unverwechselbare Färbung geben.

Ein jedem Text angefügtes Glossar bietet die — keineswegs immer befriedigende — Übersetzung der Wörter, von denen vermutet werden muß, daß sie nicht mehr allgemein verständlich sind. Darüber hinaus aber versucht es, deren Herkunft auszumachen. Dabei wird am konkreten Fall anschaulich, daß die heimische Mundart Glied einer Sprachfamilie ist, deren andere Mitglieder, wie beispielsweise das Niederländische, altes Wortgut bis heute auch in der Hochsprache bewahrt haben, während nicht nur niederdeutsche, sondern auch im Alt- oder Mittelhochdeutschen noch lebendige Wörter aus unserem standardisierten Hochdeutsch verschwunden sind. Ein „vgl.“ weist auf diese Verwandtschaftsverhältnisse hin, die oft, indem sie den ursprünglichen Sinn eines Wortes freilegen, die uns geläufige, gewandelte Bedeutung in einem neuen Licht erscheinen lassen.

Man wird aber auch erkennen, wie viele französische Wörter — angezeigt durch ein „<-“ Zeichen — aus der etwa 20jährigen „Franzosenzeit“ dem Platt einverleibt wurden. Und schließlich zeigt sich, wo man den vielen bildhaften Ausdrücken und Wendungen nachspürt, die in einem übertragene Gebrauch der Grundbedeutung eines Wortes zustande kamen, welche poetische Sprachkraft, wieviel Humor und Hintersinn in der Mundart lebendig sind. (siehe „<-“ Zeichen).

Wo bei diesen Bemühungen keine eindeutige

Klärung erreicht werden konnte (siehe „?“-Zeichen), weiß vielleicht einer der Leser weiter, ebenso lassen sich abweichende Erkenntnisse oder Meinungen im Interesse der Sache durchaus diskutieren.

Was die Schreibweise betrifft, so wurde die Wahl zwischen (annähernder) phonetischer Genauigkeit und Lesbarkeit des Textes — in Anlehnung an jüngere Veröffentlichungen — zugunsten der letzteren entschieden. Das

erscheint sinnvoll, da die Aussprache im Bereich der Krefelder Mundart erheblich schwankt, jeder Leser/Sprecher vor allem die Vokale anders hört/spricht.

Wie die Alde kalde

Wat kieks do dann suo minachtig in dä Komp? Ja jemaak, et jövv't Muohrendubbel vandag. Leckerkommdöx jövv't et sonndags. Op dä Küh'l möt Brotwuorsch jister häß do och möt ärg lange Täng jeköit. Un dat Hessebengke in dä suure Kappes, dooe woer dech te vüel Knuersch draan. Do bö's mech ärg vertaart, Mann! Dän Driedrooht für nooer den Ärbet, däm häß do mech och halde looete. Kin Wunger, dat do kinne Mattes mieh'r en de Maue häß. Do trecks dech wie naat Holt, wenn de mech ens enen Emmer Kooehl ut dä Keller hooele solls. Bee din Motter hatt ihr joee och

net alltits pännekefett jelävvt. Wat joeev et dann?

Et moeendags Jubbelezupp, dinnsdags Himmel un Eärd möt Bluotwuorsch, mittwochs Schavooe möt Zizies, de näxten Dag Eärpel un Luokzaus, un et friedags Jöerssch möt Pruume ov enen Herring. Mar van die Jriselsküüte, dooe woers do joee och fles van. Un et samsdags Keärebuohne- ov Eärtezupp. Van die Karbenaat et sonndags kuoßt ihr och mar püemele möt seäb Mann. Nä, vertäll mech mar nix!

Wenn et ooewens ens Klappertüüt joeev ov ene Schnibbelskuck, da woert ihr all straff content.

Ich küeß dech joee och ens Knüdelkespapp vürsätte; Dätsch möt Pruume wöer och jet Leckeres. Wat minns do, wat do säb?

Nä, bö's mar still. Ech wieet, wo do ene Jöem drop häß: Körtfuor — Stuvvkamp un Lagerbier. Dann hät minnen Drickes all sinne Bekömm's.

Glossar

minachtig	verächtlich, mißachtend vgl. ndl. min = gering; minachten = schätzen	Schavooe	Wirsing < frz. chou de Savoy, Savoyer Kohl
Komp, die (dä)	Schüssel vgl. ndl. kom = Mulde, Schale	Loeekzaus	Einbrennsauce mit gerösteten Zwiebeln
Muohrendubbel	dicke Suppe aus Möhren und weißen Bohnen, wobei die Möhren in Würfel geschnitten = gedubbelt werden	Loeek Zaus	Zwiebeln, Lauch Soße < frz. sauce = Soße
jedubbelt	bei Stoffen: gewürfelt, mit doppeltem Faden gewebt	Jeärsch möt Pruume Karbonad(t)	Gerstenbrei mit Dörrpflaumen Schweinebraten < frz. carbonnade = Röstbraten
Leckerkommdöx	besonders begehrte Speise, wörtlich: Lecker komm' öfter (döx)!	püemele	nur wenig, kleine Bissen nehmen beim Essen < frz. peu = wenig
Küh'l möt Brotwuorsch möt lang Täng köie Hessebengke, Hesse	Grünkohl mit Mettwurst ohne Appetit essen Eisbein, Schweinshaxe, unteres Bein beim Tier, vgl. nhd. Hachse, Haxe, Kniekehle beim Menschen	Panhas, Pannhas	steifgekochte Wurstbrühe mit Buchweizenmehl und Speckstückchen vgl. mnd. Potharst harsten = braten, Topfbraten
suure Kappes Knuersch vertaart	Sauerkraut Knorpel wählerisch, anspruchsvoll beim Essen (?)	Klappertüüt	dasselbe lautmalend, da die Masse beim Rühren klappert, beim Kochen pfeifend (tutend, tütend) Dampf abläßt zufrieden < frz. content = zufrieden sehr
Driedrooht	dreifach aufeinander gelegtes, doppelt belegtes Butterbrot	kontent straff Knüdelkespapp	Mehl-Milchsuppe, in der das aufgerührte Mehl klumpt, Knüdelchen bildet
Mattes in de Maue, Mattes	Kraft in den Armen Matthias, in Anspielung auf das Attribut des hl. Matthieas — ein Beil — steht er für Kraft, Stärke	Dätsch Kruut	Mehlbrei Brotaufstrich aus zu Sirup verkochtem Möhren- und Apfelsaft
Maue pännekefett	Oberarm, vgl. mhd. mouwe, Ärmel verschwenderisch („mit viel Fett in der Pfanne“)	Jöem abgeleitet von jömpen	Lust, Heißhunger, Begierde, Verlangen haben, begehren vgl. rip jumpen = leise weinen
Jubbelezupp	zur Suppe verlängertes Eintopfgericht vom Vortag	Körtfuor	gehaltvolle, konzentrierte Nahrung („Kurzfutter“)
Himmel un Eärd	Kartoffelbrei und Apfeimus	Bekömm's häbbe Jriselsküüte	genug, was einem reicht, „bekommt“ Rogen vom Fisch, Küüte = Weichteile, Wade, Kniekehle < frz. cote = Rippe; vgl. ndl. kuit = Rogen

Jessesmariajosephül! Dat süht joee uut wie bee Uohme Henn op de Kellerkaamer! All osere Krooem op leenen Huop. Nä, wat ene Körmell!
Frau, schött ene Kaffe op, ech muott mech jet reästel!
Wat häbbe mer och dä Pooehl uutriete muoddel! Die schüene Wooehnes — wenn et och mar in de Flüjel woer.

Die Blaare kuoße so nett op dat Höffke spieele, dä Jruote hatt die Söllerkaamer un ech dän Duvves op et Bönnsche. Alles perdül! Dooe häbbe mer os jet aanjedooen!
Mar bluöß öm dat die Janses, die aal Schruut, möt dä Knies aanfang. Mar, wat muotts do där och tärje, alltits et Samsdags de Wäsch op dä Söller — dat woer joee och kin Saak. Nä, vertäll mech mar nix, do Halvjehangk, in ene

jerejelden Huushalt wörd et Moeendags jewäsche!
Un nooe? Woee wils do dann heär möt all dinne Pöngel, hee in die Büit? Wat häss do jestrontz möt din Jruoß ihr Hüßske!
Ech sinn all dinne dreidüürje Klee'rkaas en die Bessemshütte. Un die Blaare döoe mer en dä Jieetestall.
— Mareluot, kiek ens hee! Din Vertiko möt ene

appe Puot! Un dat Jläserschaap! Ech hatt mech all sojet jedeiht! Dat woer dä Wüehles möt dä blaue Schlomm un die Fratt op de Plaat.
— Joee nä, dä Küekekaas hät joee och en Kitsch!

Jong, dat jövv Question! Dooe jeäv ech dech en Breffke van! Dat könne die möt mech net maake.
Un min Komförke, häß do et allt booeve in de Schlooepekaamer?
— Wat?? Dat häß do noer et Männekes-

hüßke jejoowe? Noee sägg ech nix miehrl Bös do dann van Fütings!! Un ech soll et Neits de Trepp erav stalpe un op dän Hooef noer et Hüßke...
Dinne Kaffe kanns do alleen drinke — tschüß parti, ech bön de Düür eruu!

Glossar

Uohme Kellerkaamer	Onkel, Oheim Raum im Halbgeschoß über dem einzigen, wegen des Grundwassers hochgelegten Hauskeller	stronzen	aufschneiden, angeben vgl. mhd. stranz = Prahlerci mnd. struntzen = prahlen ← in einem Strahl hervorschießen
Körmel reäste dä Poeehl uutriete Poeehl	Durcheinander ausruhen, rasten umziehen, fortgehen ← den Pfahl als Markierung des Territorial-Besitzes (Grenz-, Weidepfahl) ausreißen	Bessemshütt	kleiner, unwirtlicher Raum ← Besenkammer
Flüjel Söllerkaamer Söller	hofseitiger Anbau Speicherzimmer, Dachzimmer erhöhter offener Dielenraum im Obergeschoß, Boden	Jieetestall Jieet Vertiko appe Puot	Ziegenstall Ziege; vgl. obd. Geiß Zierschrank das Adverb „ab“ (der Fuß ist abgebrochen) wird zum Adjektiv Kram, Besitztum, abgetragene Kleidung zu nhd. Bündel (nd > ng)
Duvves Duuu, Duuwe Bönsche	Taubenschlag Tauben(n) unausgebauter Dachraum unter dem First oberhalb der Dachzimmer vgl. mnd. bone; snhd. Bühne (Dachboden)	Püngel Schaap Wüehles	Wandbrett, Wandschrank vgl. ndl. schap = Brett unermüdlicher, arbeitswütiger Mensch, meist hinsichtlich körperlicher Arbeit, „Wühler“ Bauchschürze Warze
perdü	verloren < frz. perdre, perdu = verlieren, verloren	Schlomm Fratt Plaat Kitsch	Glatze, Platte Kerbe (Schallwort bezüglich des Geräusches beim Einkerbten)
Schruut Knies	zänkisches Weib ← Truthenne Unstimmigkeiten, Zerwürfnis, Gezänk ← klebriger eingetrockneter Schmutz	Kwessione	Einwendungen, Protest, Streit < frz. question = Frage; Folter, Tortur etwas schriftlich geben, bestätigen
tärje Halvjehang	reizen, ärgern; vgl. md. zärgen unordentliche, nachlässige Person ← junger, schlaksiger Mensch mit schlechter Haltung	en Breffke van jeäwe Komförke	Nachtstuhl < frz. confort = Annehmlichkeit
Büt	vernachlässigtes, im Unstand befindliches Gebäude vgl. engl. to built = bauen	Männekeshüske Fütings adschüß parti	Altersheim für Männer Stadtgegend im Süden Krefelds, Synonym für die dort gelegene Anstalt für Geisteskranke auf Wiedersehen < frz. adieu; partir = abreisen, weggehen

Ja, nä, Nettsche, wat mäks'de für enen Ambraasch!
Mar bluoß für öm bee die Letta naar de Vimsitt te joeehn.
Muott et dann dat sammerte Klidsche sieen — dat bomesine hei et wal och jeduon. Un dann die Klüür! Knätschjröön!
Kiek mar, dat d'et net verknötschs op dat Kannapeh!
En Paar Schühnkes häste aanjetrokke, Kink, dooe küeß ech kinnen Trapp drop joeehn.
Äwwer, ech sägg joee, Hoffart muott Ping lie'e!

Paß mar op, dat Trottevar op de Münkerjatz is ärj knubbelig. Un nähm dech ene Paraplüh möt! Et is all an't Fissele, ech jlövv, dat jövv noch en Ooewessiep.
Mar ech frog mech, wat soll dä janzem Bajeer, dat do möt din Kaskenade de Madam markiere muotts.
Maak mech mar kinn Fisematente! Dat süht mech präzis dooenooer ut. Do häß dech so nett die Liebesangele op die Babelotte jefriemeit.
Wann do noer dä Kusäng van die Letta luurß — Kink! Do bös jewarschau!

Dä Pruuestrieker — wat dä dech vertällt, dat is mar nöötere Spöi. Ech häb'em letzte Weäk bejejäent op de Rhienstrooet möt son halvie'e Frommisch, där woer hä vellits am karessiere!
Nä, dat is kin Aki für ene Kommi van Jobbers! Denk an dinne Jupp. Dat is ene Mann van Kompläsangs! Wenn et och mar bluoß ene Schnieder is!
Noee treck mar av. Do häß et joee drück. Äwwer verjeät net, wat din Motter sätt: Sonne Schwippjeh, dat is nix für os Arts Lüh!

Glossar

Nettsche Ambraasch	Henriette Umstände, Aufregung < frz. embaras = Verlegenheit, Verwirrung; faire l'embarras = Umstände machen	bomesin	aus einem Mischgewebe, Baumwolle mit seidiger, glänzender Oberfläche < frz. bombasin
Letta Vimsitt	Aletta Besuch, Kaffeeklatsch < frz. visite = Besuch	Klüür verknötsche Kannapeh Hoffart möt Ping lie'e Hoffart	Farbe < frz. couleur = Farbe zerknautschen Sofa < frz. canapé = Sofa „Wer schön sein will, muß leiden“ Hochmut, Eitelkeit
sammert	Samten, aus Samt		

Ping	Schmerz, Pein	friemele	drehen; vgl. ndd. wribbein = drehen
Trottewaar	Bürgersteig < frz. trottoir = Gehweg	warschau	warnen; vgl. ahd. wara = Obacht,
fissele	leicht, aber andauernd regnen < frz. ficelle = Bindfaden	Pruumestrieker	sciuhan = scheu machen, schrecken
Oewesslep	langandauernder Abendregen	nööttere Spöi	Schmeichler < „Pflaumen (weibliche Formen)-Streichler“
Siep, siepen	vgl. mhd. sifen = triefen	halvsie'e Frommisch	leeres Gerede < „nüchterne Spucke“
Bajeer	verw. mhd. sihen = sehen	karressiere	nicht gesellschaftsfähige, „halbseidene“ Frauensperson
Kaskenade	Aufregung, Veranstaltung < frz. bagarre = Lärm, Getümmel	Aki	umschmeicheln, flirten < frz. caresser = liebkosen, streicheln
markiere	aufgetakelte Kleidung < frz. gasconade = Prahlerei, „nach Art der Gasconner“	Kommi	Zeichen von Lebensart, Reputation < frz. acquit = Quittung, Ausweis rechtmäßigen Besitzes; ac. de douane = Passierschein
Fisematente	nachäffen, vortäuschen, darstellen < frz. marquer = bezeichnen, andeuten	Kompläsangs	Handlungsgehilfe, kaufmännischer Angestellter < frz. commis = Angestellter
präzis	unrechte Dinge, „Geschichten“; auch Spitzfindigkeiten; Umschweife < mlat. visae patentes; schriftlich ausgefertigtes Patent, als unnötige Schwierigkeit beim Grenzübertritt angesehen oder	drück	gute Lebensart, Haltung < frz. complaisance = Gefälligkeit
Liebesangeln	< frz. visitez ma tente = Aufforderung französischer Soldaten an einheimische Mädchen („komm mich in meinem Zelt besuchen“)	Schwitt(pp)jeh	eilig, unter Druck
Babelotte	genau < frz. precis,e = genau, bestimmt	Baselmanes	Aufschneider, Stutzer, leichter Vogel < frz. suite = Gefolge, Begleitung; suivre = folgen, oft aufsuchen
	Schläfenlößchen		übertreiben höflicher Mensch; Umstandskrämer < frz. baisemain = Handkuß; baiser la main = die Hand küssen
	Lockenwickel < frz. papillote; vgl. papillon = Schmetterling		Manes = Hermann

Noe kiek dech dat aan! Oser Klass van de Jaardestroete-Scholl. All die Idötzkes möt dä Liehrer Lampertz.

Wie hä dooe stieeht, pieljad un stockstief. Wat ene staatse Keärl möt sin klätschnaate Seäß un dä jefriemelte Schnäuz!

Wat hadde wir Krotte ene Strang vür dä! Wenn dä dech aankiek möt sin jlöhniye Uoge, dooe woeres' de van et Kallen av.

Mar die twiee Pullmannsböersch, die Rabaue, die woore friet, die nooehme sich van nix jet aan. Ech wieet noch, wie die ens ene Keckerd opjebloose un onger de Bahn jeschmieete hadde. Dat Beckersch Zöfke hatte denne aanklapel bee dä Lampertz. Dooe woer jet loss!

Twiee Witsche hät hä duurjehaue op die ärme Föttsches. Mar die woore all mangs jekloppt van denne ühre Vatter. Äwwer do kanns nix sägge — jeliehrt hääbe mer jet bee dä Mann. Et klieene Einmaleins van vüre un van eite. Un wenn et net fluppde, dann jooev et jet möt dat Steckske op die Finger.

Heei, dä Pöttersch Franz, dat woer osere Reäkembaas. Dat Ooeselsjüngke in sin Avkommboxke un möt die jrute Uohre. Un dat fussije Jüppke dooneäwe möt die

Spruute op de Naas, dat woer och sonne Klucke. Mar enem bange Zibbel. Wat hääbe se dä trebbeliert van weäjes: Hää'de en de Bruotzupp jebloose? Vüredraan dä Jierkes Nöll, dä Schlagdubbel. Däm feil et Bejriep jooe jet swooer, mar in et Haue woer hä Mieester. Alltits muoß hä leemes aanracke un die Mädches tärje.

Dat miselije Jettsche van Niepmanns, dat klieene Kuschke, ömmer jet schmörmelig — ja nooe, et woeren'er aach te Huus: ärm, schmeärig, äwwer brav — op där hatt hä et stoeehn.

Un op dat Threeske, dat ärme Dierke, die leep de janze Morje möt en lange Mabell eröm un woer am op am trecke. Un dat Lippke, dat Hüüldöppke, vüre in de irschde Bank, där woer hä och ömmer am piesacke.

Jooe un die Zetta, dat woer jooe en schüen Weeit möt ühr lange Fleite öm de Kopp, äwwer en ürije Prum. Där dörf's' de net aankieke, dooe woer se all quoot.

Mar heei — dat Wisske! Dat Krolleköppke. Dat lecker Köerschke, dooe woer ech ärg brieet drop. Die hatt villets en paar krällije Ögskes. Un se woer ömmer so präpperkes möt en

witt Kräjelke op et Klidsche. Nooer de Scholl breit ech se en Stöck op Huus aan, öm dat die Blare van des Wesswall-Scholl alltits am kische woore: Calvinsche Ratteköpp! Calvinsehe Ratteköpp! Mar dooe schmieet ech Küetel mech en de Bross un jooev et denne: Katholische Pißpött! Dat woer Kuraasch. Et woeren'er tieen op de jön Sie. Wat dieet mer net alles für die Frollüh!

Mar et hät nix jebatt. Dän Aues, dä schwatten Düwel dooe neäwe dä Liehrer Lampertz, dä sin Motter hatt ene Brockelade — nooe witts'-de Bechied. Ech woer jooe och mar bluöß sonne klieene Melpüper, un die paar jlasere Mörmels, die ech dat Wisske en de Schürzentäsch stoppde — dat woer et wal net. Jott, wenn die wüß, wat ut dat Knickerdümke nooe jewooerde is!

Ech meen, et frögt sech jooe, wie et jekuome wöer.

Et kömt Verstangk net vür de Joehre, irsch muott mer de Wellmuot koore — mar öm en paar Kamelle un en Fläschke Hußkuckswater..

Äwwer sägg mar nix für min Frau. Et is all satt Qualm en de Kük.

Glossar

staats	prachtvoll, kernig, imponierend	Rabau	rüpelhafter, wilder Junge
klätschnaate Seäß	vgl. ndl. staat = Stand, Zustand, Aufwand, Pracht	friet, vreet	< frz. ribaud = ungebärdiger Mensch
jefriemelt	sechsförmig gedrehte nasse Haarsträhne, auf die Stirn gedrückt	Keckerd	< mlat. ribaldus = Rüpel
Strang hääbe	gezwirbelt, gedreht, vgl. ndd. wribbeln = drehen		zäh, widerstandsfähig
	Respekt, Achtung, Furcht haben		vgl. ndl. wreed = grausam; engl. wroth = zornig
			Frosch; vgl. ndd. kekeln = lärmern; Keekler = einer, der Lärm macht

aanklapeie	anschwärzen, verpetzen vgl. mhd. klafen = den Mund offen halten	Krolleköppke	Lockenköptchen; vgl. ndl. krul = Locke
Witsch mangs	biegsame (Weiden)Rute weich, geschmeidig, mürbe (v. Teig) < kelt. manc ?; vgl. ndl. mals = mürbe, zart (v. Fleisch)	lecker Köerschke	leckerer „knuspriges“ Mädchen ← Kruste, Schwarte
Reäkembaas Ooeselsjüngke	„Rechenmeister“ schwächerlicher, mickriger Junge vgl. ahd. usilvar = aschfarben mhd. üsel = Asche	brieeet sieen op	arg sein auf, zugetan sein, (arg, sehr ← breit)
Avkommsböxke	Kommunionsanzug bzw. — Hose, zu (möt) avkuome = zur Erstkommunion gehen, ursprünglich bez. Konfirmation: von kirchlichem Unterricht und Schule „ab“kommen	villets krallig	vielleicht keck, zupackend, temperamentvoll (zu krallen, ergreifen, wegnehmen)
fussig Spruute bange Zibbel trebbeliere	mhd. üsel = Asche Kommunionsanzug bzw. — Hose, zu (möt) avkuome = zur Erstkommunion gehen, ursprünglich bez. Konfirmation: von kirchlichem Unterricht und Schule „ab“kommen rothaarig, „fuchsfarben“ Sommerprossen Angsthase („Zipfel“, fader Kerl) quälen < lat. tribulare; vgl. mnd. tribulieren	alltits kischen	immer, allezeit hetzen ← „kisch!“ = Hetzruf an Hunde
Schlagdubbel aanracke	besonders langer Mensch anrenpeln, Streit anfangen vgl. ndl. raken = treffen, berühren	calvinsch	evangelisch, calvinistisch (die reformierten Gemeinden am Niederrhein waren durch niederländischen Einfluß calvinistisch geprägt)
tärje	reizen, ärgern; vgl. ndl. tergen = reizen	Küetel	kleines (kleinwüchsiges) Kind ← Kotklümpchen; vgl. ndl. keutel = Dreck, Knirps
miselig	schwächlich, schlecht ernährt vgl. ndl. misselijk = unapätlich, übel; miserie = Not, Elend	jön Sie Melmpüper	jenseits, gegenüberliegende Seite kurzbeiniger Mensch, dessen Winde den Straßenstaub (Melm) aufwirbeln
Küschken	Ferkel, schmutzdeliges Kind < frz. cochon = Schwein	Knickerdümke	kleines, wendiges Kind ← der beim Klickern vom Handteller abgespreizte Daumen
schmörmelig	unsauber, schmutzdelig (zu Schmutz, Schmarre, Schramme, Narbe, Schmutzstreifen) „Rotzfahne“	Hußkukswater	Lakritzlösung; geschüttelt, entwickelt sich Schaum, den die Kinder aufso-gen: Schümke trecke es hat nichts genützt vgl. mnd. bate = jemandem frommen, gut tun
Mabell optrecke Hüüldöppke	Nasen(schleim) hochziehen weinerliches, oft heulendes Kind ← Brummkreisel	et hät nix jebatt	Übermut, Leichtsinn, Unbedachtsamkeit
piesacken	quälen, triezen ← mit dem Ochsenziemer schlagen; vgl. ndd. Pesel	irsch, et irsch Wellmuot	erst, zuerst
ürig	mißgelaunt, griesgrämig vgl. mnd. erre = wütend, zornig oder 'öhrig', mit hängenden Ohren (v. Vieh; kränkelnd)	koore	Übermut, Leichtsinn, Unbedachtsamkeit vgl. mnd. weld = wild, wüst; oder nhd. wellen, (auf)wallen; oder ndl. wel = gut, wohl
Prum	Pflaume, empfindliches, leicht beleidigtes Frauenzimmer (übertragen wegen der glatten Haut? auch für weibliche Formen gebraucht, siehe Pruumestriker)	Kamelle Qualm en de Küek	probieren, kosten vgl. ahd. kiusan frühnd. (er)kiesen, küren = (er)wählen
quot	mißgestimmt, böse vgl. ndl. kwaad = böse, schlimm; kwaadaardig = boshaft	Zöff, Zöffke Nöll Jettsche Threes, Threeske Zetta Lippke Wisske Aues	Karamelbonbons „Qualm in der Küche“, „der Haussegen hängt schief“ Sophie Arnold Henriette Therese Elisabeth Koseform zu Elisabeth Luise August

*

Häß do et all jehüert?

Dä Küppersch, dän ärmen Düwel, dä hät de Blenge tujemäkt. Morje dont s'em bejraawe. Nä, wat hät dä für en Leäwe jehatt! Däm hadde se fies bee et Wirke trapiert. In den Dau trock hä all nooer dem Booe möt sin Knürke voll Jubbelezupp. On et Oeewes, wenn hä nooer Huus jekruope kuom, dooe jing dat Stöck van vüre loss. „Huol mech end dä Koohl erop, donn mech ens de Wäsch ophange, kiek ens nooer de Hennel“

Dat leäg Frommisch! Nä, wat hatt die däm tranzeniert, die Fleäg!

Un die schmieet de Jrosches mar suo de Rahm eruut. Ömmer op jangk, die Strüep. Mar Pläsier.

Un dä möt sin Kaplansjemööt! Wat blieev dän ärmen Hals als wie te kusche!
Nooe is et für däm jedooehn.

Un dä Lutt — dat Stöck is och all bald jehalde. Hä wooer joe enen ärje Muulbaas, mar ömmer raduut. Un ene Packaan.

„Nix te stemme, nix te büüre, kin Hüser te versette“ — wat hät hä jestrantz!

Mar van Pinkste van av, dooe jooev hä sech an et Uosele. Nooer den Dokter woll dä joe net jooehn. Dä krosst dech mar noch jet in de Jaard un buselt in et Huus eröm. Nä, wat risst dä Mann van de Knöek!

Dat schött däm jederieene av, dat dä nooer de Schöpp rükt.

Ja, jemaak, in oserem Buosch sind se an't Haue.

Glossar

de Blenge tumaake	sterben ← die Blenden / Schlagläden schließen	Muulbaas	einer, der laut und viel redet, schimpft, „Maulheld“
fies	unangenehm, häßlich; sehr, arg vgl. ndl. vies = stinkend	baas stronze	Meister; vgl. ndl. baas angeben, prahlen vg. mhd. stranz = Prahlerei mnd. struntzen = prahlen — in einem Strahl hervorschießen (!)
bee et Wirke trapiere	zum Arbeiten, an die Arbeit kriegen frz. attraper = fangen, sich holen		kümmern, kränkeln vgl. ahd. usilvar = aschfarben, fahl mhd. usel, üsel = Asche
Jubbelezupp leāj (g)	Suppe aus Resten des Vortages leichtfertig, haltlos ← ledig, leer oder < léger, légère frz. = unbeständig, flatterhaft	uosele	planlos leicht Arbeit verrichten, lang- sam, ohne Übersicht hantieren, kra- men
tranzeniere	quälen, peinigen < frz. transe = Angst oder Entstellung von drangsaliieren; vgl. ndl. transeneren	kroese	vgl. krasen obd. Wolle auskratzen vor dem Spinnen
Fleäg	leichtfertige, unzuverlässige Person ← Fliege	busele	leichte, ineffektive, ungeschickte Hantierung ← ungeschickter, unsicherer Gang des Kleinkindes (Büselke = kleines Kind)
Ströep	eine(r), der immer unterwegs sein muß, es zu Hause nicht aushält vgl. mhd. stroufen = streifen, umher- streifen	van de Knöek risse oder riete	abmagern, „vom Fleisch fallen“ (zu rieseln, rinnen) „das Fleisch reißt von den Knochen“
Kaplansjemööt	santfmütiger, etwas einfältiger Mensch	avscheete	ab-, ansehen, sofort anmerken, „ab- schießen“
kusche	gehorschen, sich ducken < frz. se coucher = sich niederlegen; couche! = „Sitz!“	noer de Schöpp ruuke	in naher Zukunft sterben ← nach der Schaufel (des Totengräbers) riechen

Ja jong! Däm häb ech mech bee de Bahn
jehollt, dä Schmeärlapp, dän Drietsack!
Däm häb ech an et Kalle jeholpe.
Dat dä mech son Strieke backe wuoll, dä
Schlunk!

Mar, däm häb ech et betalit!
Un hä wuoll dooe och noch en Pläckske dröm
drieehne un mech jet parat maake, dat Ooes,
van weäjes, hä hei jooe net jewuoß —
Enä, däm häb ech die Jrosches jewesselt, dä

Schauter, däm häb ech jeseit, wie et an et
Stöck stieeht.
Dooervan fimpe däm de Uohre noch en de
Duodekiß!

Glossar

ja jong!	Bekräftigungsfloskel; „Jawohl, mein Junge!“		Lappen (Plack: schmierige Hautstelle, Ausschlag) drumdrehen
bee (an) de Bahn hoeele	zur Verantwortung ziehen, zur Rede stellen, ans Licht (Bahn; offene Stelle, freier Platz) holen	de Jrosches wessele parat maake	eine andere Meinung beibringen weismachen, vortäuschen < frz. parade = Prunk, Theater, Schein was Sache (vgl. „starkes Stück“, An- gelegenheit/Sache) ist; auch auf die auf dem Webstuhl befindliche Arbeit bezogen?
Schmeärlapp	äußerlich oder charakterlich unsau- berer Mensch, „Drecksker!“	wie et an et Stöck stieeht	heimzahlen, vergelten pfeifen
Drietsack an et Kalle helpe Schlunk	geringwertiger Mensch zum Reden bringen grieriger, durchtriebener Mensch ← Schlund (nd. > nk.)	betaale fimpe Ooes	Luder, durchtriebener Mensch ← Aas
Strieke backe	Streiche spielen (vgl. den Bauch, Un- genießbares in Teigwaren einzu- backen, beispielsweise am Martins- abend in 'Püfferkes')	Schauter	hinterlistiger, betrügerischer Mensch < jidd. < hebr. s(ch)oteh = unzuverläs- sig, dumm
en Pläckske dröm drieehne	verharmlosen, schönen ← einen	Duodekiß	Sarg, „Totenkiste“

Nä, wat muott die Frau sich örschele!
Sieewe Blare — un dä Mann hät sich duur de
Dröeht jebaarscht, dän ärmen Hals.
Die hadde jooe alltits en kört Hemm aanjehatt,
mar nooe is et de näcken Ooesel in en
Pläckske jedrieht.
Die Panne van et Daak letzte Weäk bee dä
Wink;
an de Buohne woore de Schleck;e;
der ühr Henne sinn allt twee Mont in de Muut,

un dä Koeehl is och allt wie'er düürder je-
woerde.
Nä, et fällt kinne Stieen van et Daak, un hä fällt
op en Wittfrau!

Et Weär jieeht av. Dä Merling flött. De Sprooe-
ne sinn all heei.
De Krooenekraane trecke wie'er op Huus aan.
Un in de Daakkall kroese de Raddeie.
Morje jieeht et noer de Jaard. Dat Jesöems
liggt allt parat.

Frau, nooe hät dinnen Aues de Welt in et
Blöskel!

Nä, wat mäkt die Sting für enem Buheil
Dä Krott is möt de pooerschbeäste Box in de
Mott jefalle; die Katz hät de Bluotwuorsch
jemiekelt; de Oewespief is uut de Wank jeku-
ome, un dä Jruote hät bee et Hisse die Ruute
van die Nobbere injeschmieete.
Ja nooe, wat woer et dann?
Jruot Jedöns, kin Löiht an de Kaar!

Glossar

Jruot Jedöns kin Löiht an de Kaar örschele	große Aufregung um nichts ← „kein Licht/Beleuchtung an der Karre“ sich quälen, Sorgen machen, von örselen? zu oesele, Ooesel?	Daakkall	Dachrinne < lat. canalis = Röhre, Rinne, vgl. ahd. chanali
sich duur de Dröeht paarsche	sich (aus dem Leben) davon machen ← (vom Kleinvieh: durch den Drahtzaun) pressen, zwängen; vgl. ndl. persen	Raddeie	Spatzen, schimpfende, weibliche (zu Radau?) vgl. ndl. raddraaier = Rädelführer, Aufwiegler?
en kört Hemm aanhábbe	arm bedürftig sein (vgl. „eine kurze Decke haben“ bezüglich der Finanzen)	Jesöems de Welt in et Blöske hábbe	Saatgut wunschlos glücklich sein („sich aus der Lohntüte alles, die ganze Welt, kaufen können“)
Ooesel in en Pläckske jedrieht	notdürftig verdecktes Elend (vgl. „der Not ein Mäntelchen umhängen“)	Aues Sting Buhei maake	August Christine Aufhebens machen, unnötige Aufregung ← Bo — Ha = Ausruf
Ooesel	Not, Elend; vgl. mhd. üsel = Asche, ahd. usilvar = aschfarben, elend	Krott	kleines Kind ← Frosch; vgl. mhd. crote
Plack	Tuch, Lappen ← schmierige Stelle, Ausschlag, besonders beim Vieh	pooerschbeäst	allerbeste, feiertags — zu Pooersch, Ostern; vgl. nd. Paasch, ndl. paas
Muut Weär jeeht av	Mauser Tauwetter oder allgemein Wetterbesserung	Mott	Lehm, Matsch < vgl. frz. motte = Erdscholle
Merling	Amsel < frz. merle < lat. merula, vgl. ndl. merel	mieekele	entwenden, stehlen; vgl. ndl. mikken = zielen
Sproeene	Stare; vgl. asächs. sprala, ndl. spreeuw	Hisse	Fußball spielen; zu Hisse, Kniekehle, Wade; vgl. nhd. Haxe
Krooenekraane	(Kronen)kraniche; vgl. mhd. krane, ndl. kraan, engl. crane	Ruute	Fensterscheiben; vgl. ndl. ruit = Raute, Scheibe

Nä, vandaag is mech de Plack drinjeschlare. Et woer all de ganze Weäk son Ueselsweär, jries on naat, ömmer an't Fissele. Wenn do dä Rahm eruut kieeks, küeß do et ärme Dier krieje. Die Telje van de Bööm näck on schwatt van Water. On dä Jrieß wuoll de janzen Daag net uut et Bruck. On min Frau, die hatt och schleite Sinn on woer an't Üere. Ech deiht, halt dech mar stief on jangk uut de

Düür. Ech kreij mech dä Paraplü — mar wie ich buute op dän Dörpel stong on noer dän Hieemel luurde, öm dat dat möt iemoool an te pliestere fing, dooe karjeert dech dooe enen Honk öm de Eck on riet mech die Bieen onger dän Hengerschde eröm. Mareluot! Ech sooeh de Steäre danze. Et woer mech janzen benaut. On wie ech min Knöek wi'er beinieen hatt on erinn jekruope kuom, dooe frogden die

Schnirp mech janzen onschödig: „Häb do en schleite Weel jefonge?“ Ech hei' der möt ene naate Plack — äwwer dat dörf mer joe net sägge. Nooe sitt ech heei wie ene Merling in sin Kau on häv noch net ens Kuraasch für de Küüme. Dat kann min Zäuske so nett sägge: Do diees mech joe sooe leed, do ärme Printemann! Ech küeß van ärme Sinn noer Bett joeohn. Nä, dat is dä Minsch noer et Leäwe jetracht!

Glossar

— is de Plack drinjeschlare	bildlich für Laune, Stimmung verdorben, von unvorhergesehenem Unglück betroffen	pliestere (plästere)	heftig regnen, schütten ← hart aufklatschen, verputzen; vgl. ndl. pleister = Putz
Plack	Unheil, Unglück ← Flecken, Ausschlag, Krankheit bei Vieh	karjeere benaut	rennen, flitzen < frz. carrière = Lauf bekommen vgl. mnd. benouwen = einengen, ängtigen; ndl. benouwd
Uoselsweär Uosel	ungemütliches, naßkaltes Wetter erbärmlicher, elender Zustand vgl. ahd. usilvar = aschfarben, fahl mhd. usel = Asche	Schnirp	hochmütiges Frauenzimmer, junges langbeiniges Mädchen ← Schnepfe
fissele	leicht, aber andauernd regnen < frz. ficelle = Bindfaden	en schleite Weel finge	bildlich für die Erwartungen nicht erfüllt bekommen (beispielsweise bei Unternehmungen, Veranstaltungen, Besuchen), „schlechte Weide finden“ (schmutziger) Lappen ← Flecken, Ausschlag
Rahm	Fensterrahmen, Fenster; vgl. ndl. raam	Plack	Märzschlag
et ärme Dier Telj(e)	Trübsinn, Melancholie Zweig(e), Ast/Äste; vgl. mhd. zelch, ndl. telg	Märling Kau	Märzamsel; vgl. ndl. merel Käfig; vgl. mhd. kouwe = Verschlag; nhd. Kaue
Jrieß jries üere	Nebel grau; vgl. ndl. grijs; ndd. gries übellaunig, griesgrämig sein vgl. mnd. erre = wütend, zornig? ← öhrig die Ohren hängend, kränkelnd? (beim Vieh)	Kuraasch kühme	Mut < frz. courage = Mut klagen, stöhnen ohne rechten Grund vgl. ahd. kumen = trauern, wehklagen zänkisches Weib — vgl. zausen, zerupfen, durcheinanderbringen, jemanden übel mitspielen
stief halde	sich steif halten, nichts anmerken lassen	Zaus, Zäusken	bildlich für weichlicher, schlapper Mensch
		Printemann	

Der Verein für Heimatkunde 1993/94

von Reinhard Feinendegen

Die Herausgabe des 64. Jahrgangs der „Heimat“, die Hauptversammlung im März und die beiden Studienfahrten markierten die Vereinsaktivitäten im abgelaufenen Jahr. Unser „Krefelder Jahrbuch“ fand wieder ein sehr günstiges Echo. Insbesondere die starke Betonung der Entwicklung der Stadt im 20. Jahrhundert wurde von vielen begrüßt; sie bewies erneut, daß „die Heimat“ von nostalgischer Heimattümelei weit entfernt ist. Daß es häufig nur unter Anspannung aller Kräfte bei der ehrenamtlich arbeitenden Redaktion möglich ist, unsere Zeitschrift pünktlich herauszubringen, und daß die steigenden Kosten uns Sorgen bereiten, sei in diesem Zusammenhang nicht verschwiegen. Erfreulich ist der Strom guter Manuskripte, der die Redaktion kontinuierlich erreicht und dazu führt, daß fast schon regelmäßig Beiträge nicht sofort im nächsten Band erscheinen können.

Im Mittelpunkt der Hauptversammlung stand ein Vortrag von Dr. Wolfgang Herborn aus Bonn, der mit großer Sachkenntnis und viel Humor über „Heiligenverehrung und Wallfahrt im Krefelder Raum“ referierte. Vor einem voll besetzten Haus wurden anschließend die Regularien abgewickelt. Die Kassenwartin Frau Wenders erhielt großes Lob für ihre vorbildliche Kassenführung, auf weitere drei Jahre wurden in ihren Ämtern bestätigt: Dr. Reinhard Feinendegen (1. Vorsitzender), Dr. Heinz Büsch (2. Vorsitzender), Hans Grubert (1. Schriftführer), Albert Steeger (2. Schriftführer), Dr. Eugen Gerritz und Dr. Guido Rothhoff (Beisitzer), Robert Claßen, Dr. Herbert Eichmanns, Heiner Kaltenmeier, Paul Wietzorek (Mitglieder des Vereinsrates). Als Kassenprüfer wurden wiedergewählt: Klara Bossmann und Dr. Ulrich Rein.

Die Studienfahrt im Sommer brachte der großen Zahl der Teilnehmer die Stadt Siegburg nahe, mit einem Ausklang an der Burg Wissem in Troisdorf; die Nachmittagsfahrt im Herbst — erneut ausgebucht — hatte Wachtendonk als Ziel und fand ihren begeisternden Abschluß im Besuch des Hauses Langenfeld, zu dem der Hausherr Jürgen Heckmanns freundlichsterweise eingeladen hatte.

Ansonsten vollzog sich die Arbeit des Vereins in gewohntem Rahmen. Im Landschaftsbeirat, in dem unser Mitglied Dr. Oskar Burghardt den Vorsitz hat, spielte unter anderem das Problem Rennbahn eine große Rolle; des weiteren wurde über die Renaturierung des Hülser Bruches und ein Entwicklungskonzept für den Niepkühlengrund beraten. Der Denkmalausschuß, in dem unser Verein durch den Vorsitzenden auf der Beraterbank vertreten ist, konnte endlich die Denkmalsatzung Uerdingen zum Abschluß bringen. Intensiver Bemühungen von Seiten des Vereins bedurfte es, um zu erreichen, daß die Markierung des Vortores zum alten Krefelder Obertor in der Pflasterung des Neumarkts wieder sichtbar gemacht wird. Der Verein setzte sich auch für die Wiederbesetzung der Leiterstelle des Museums Burg Linn energisch ein und tat sich mit anderen Vereinen des kulturellen Sektors zusammen in einem Schreiben an die Verantwortlichen in Rat und Verwaltung, denen die Folgen der geplanten einschneidenden Kürzungen im Kultur-Etat vor Augen gestellt wurden.

Der Verein brachte das Buch „22. Juni 1943: als Krefeld brannte“ in zweiter Auflage heraus; die erste Auflage war schon nach wenigen Monaten vergriffen. Der „Arbeitskreis Krefel-

der Archiv“, den Dieter Hangebruch sehr umsichtig und erfolgreich leitet, konnte bereits den 3. Band der neuen Folge herausbringen: „Notariatsurkunden aus den Kanzleien Volgard Heinrich Schmidt und Johann Nepomuk Courth (1798 — 1804)“; die Presse berichtete außerordentlich positiv (und ausführlich). Weiterhin beteiligte sich der Verein an Vortragsveranstaltungen und Gesprächskreisen der Volkshochschule. Daß die Treffen unseres heimatkundlich-denkmalspflegerischen Stammtisches im Haus Uhlen am Stadtgarten (an jedem letzten Donnerstag im Monat von 18 bis 20 Uhr) fortgeführt worden sind, braucht kaum noch erwähnt zu werden.

Die Mitgliederentwicklung zeigte auch in diesem Jahr einen leicht steigenden Trend (775 im November 1994). Mit Hilfe eines neuen Werbe-Faltblattes (siehe die Beilage zu diesem Band!) sollen die Vorteile einer Mitgliedschaft noch deutlicher herausgestellt werden; eine Zahl von 900 oder gar 1000 dürfte durchaus im Bereich des Möglichen liegen. Zum Schluß sei allen gedankt, die sich für den Verein eingesetzt haben! Ohne die Mithilfe vieler, ob sie nun Vorstandsämter inne haben, beim Verteilen der Jahrbücher helfen, neue Mitglieder werben, Spenden überweisen, Inserate aufgeben oder sonst für den Verein tätig sind, könnte nichts bewegt werden. Auch den Zuschußgebern (Stadt Krefeld, Landschaftsverband Rheinland, Rheinischer Verein für Denkmalpflege und Landschaftsschutz) gilt Dank. Der Verein kann mit Zuversicht seine Arbeit fortsetzen.



GEGRÜNDET 1903 MONTAGE AM GANZEN NIEDERRHEIN - REFERENZEN ERSTER FIRMEN

47807 KREFELD-FISCHELN,
HANNINXWEG 54
RUF 30 16 33

Führendes Leiter- und
Stahlrohrgerüstbau-Geschäft für:

- Fassaden-
- Kirchen-
- Saal-
- Rüstungen

Bücher

Notariatsurkunden aus den Kanzleien Volcard Heinrich Schmidt und Johann Nepomuk Courth (1798 bis 1804)

bearbeitet von Dieter Hangebruch (Krefelder Archiv NF 3), Krefeld 1994, XXX, 608 S., 28,80 DM (ISBN 3 — 9802939 — 2 — 0)

In der vom Verein für Heimatkunde herausgegebenen Schriftenreihe „Krefelder Archiv, Quellen zur Geschichte der Stadt Krefeld und des Niederrheins“, ist jetzt als Band 3 der Neuen Folge der oben genannte Band erschienen. In diesem Band sind in Form eines Kurzregests 1 759 Notariatsurkunden zusammengestellt, die den Leser in die Zeit führen, als Krefeld zur französischen Republik gehörte: Im April 1798 wurden in der Stadt die preußischen Wappen entfernt, am 11. September 1804 weilte Napoleon als Gast der Familie von der Leyen in Krefeld. Französisch war nicht nur Amtssprache, auffallend viele neue Namen, darunter zahlreiche französische, belegen eine Zeit des Umbruchs, in der Spekulanten gute Geschäfte machten, Krefeld sich in der ungewohnten Rolle der Hauptstadt eines Grenz-Arrondissements am Rhein be-

fund (Schmuggel) und viele Bewohner durch die Kriegsfolgen in wirtschaftlichen Schwierigkeiten waren. Zu den positiven Seiten zählt andererseits die gestärkte Stellung des Bürgertums. Sie wird deutlich bei den Privatverträgen in Folge der Abschaffung der Feudal-lasten, der Einführung der Gewerbefreiheit, Ansätzen einer völligen Neuordnung des Sozialwesens. Erkennbar wird ferner ein aktives und zukunftsorientiertes Denken und Handeln: Eine höhere Schule mit modernen Lehrstoffen wird auf den Weg gebracht, die Berufe werden differenzierter (z. B. Büchschächter, Galanteriearbeiter, Goldschmiede, Vergolder, Konzertmeister, Taubstummenlehrer, Schönschreiber), und zahlreiche Stellen werden in der französischen Verwaltung und im Justizwesen neu geschaffen. Andererseits nehmen die Krefelder auch aus ihrer Vergangenheit viele Einrichtungen mit in die neue nachrevolutionäre Zeit: Trotz aller Verordnungen gebrauchen sie weiter die alten Maß- und Münzeinheiten, stehen dem immer wertloser werdenden Papiergeld zu Recht skeptisch gegenüber, halten an ihren privatrechtlichen „Laden“ zur Krankenversorgung fest, legen Wert auf das „Schürgrecht“. Als Erbe der preußischen Epoche wird aber auch ein erschreckendes Bildungsdefizit bei den unteren sozialen Schichten erkennbar, belegbar durch die hohe Zahl der Schreibunkundigen.

Bei der Lokalisierung historischer Orts- und Straßenbezeichnungen können die Notariatsurkunden wertvolle Hilfe leisten: So findet

man heute vergessene Straßen- und Häusernamen, wie z. B. die Blaufärbergasse, das Hutmachersträßchen, die Klockengasse, Sieben Provintz, die Tannstraße, den alten Zwirnwinkel, Teufelshuck oder die Häuser: Der Frühling, Zum schwarzen Füllen, Die Sieben Sterne, In der Rose, Lamm, Schwarzes Pferd. Für Familienforscher stellen Notariatsurkunden eine Fundgrube dar. Sie liefern plastische Details, um sich eine Vorstellung über Personen und Lebensumstände zu machen. Ob beispielsweise dem heutigen Besitzer des Jagdsportgeschäftes Le Hanne (Rheinstraße) bekannt ist, daß ein Vorfahre, der Gewehrfabrikant Louis Lehan, sein erstes Krefelder Domizil 1801 von einem Zuchthäusler erwarb? Erstaunlich ist auch, daß die Krefelder Wirtschaft schon damals Märkte in der ganzen Welt hatte, so finden sich beispielsweise Verbindungen nach New York oder dem niederländischen Surinam in Südamerika.

Über die engere Krefelder Stadtgeschichte hinaus ist der vorliegende Band auch für die Wirtschafts- und Sozialgeschichte des gesamten Niederrheins von Belang, da sich vielfältige persönliche und wirtschaftliche Verflechtungen zum Umland ergeben. Von besonderer Bedeutung ist ferner, daß es sich (soweit bekannt) um die erste Veröffentlichung von Urkunden aus der Anfangszeit des Notariats nach neuem Recht handelt. Das damals neu geschaffene Institut des Notariats französischer Prägung hat seit der Franzosenzeit als rheinisches Notariat bis auf den



Wir führen für Sie gerne sämtliche Malerarbeiten aus, einschließlich vieler Spezialarbeiten, wie:

**moderne Anstrichtechniken
Tapezierarbeiten aller Art
Raumgestaltung
Vergoldungsarbeiten
Kunststoffbeschichtungen**

**Fassadenreinigung mit Imprägnierung
Fassadenbeschichtungen
Wärmedämmbeschichtung
Industrieanstrich
Verglasungen**

Beratung in allen fachlichen Fragen und Angebote kostenlos und unverbindlich.

**Bogenstraße 7
47799 Krefeld 1**

**Telefon (0 21 51) 2 27 68 0
Telefax (0 21 51) 80 28 38**

neutigen Tag Bestand. In dieser Form existiert es nur in den ehemals französischen Gebieten der Rheinlande. Die Bedeutung der Notariatsakten für die sozial- und wirtschaftsgeschichtliche Forschung läßt der vorliegende Band erkennen, aber auch, daß deren Bearbeitung und Edition ein Mengenproblem ist, wenn man sich vergegenwärtigt, daß allein im Hauptstaatsarchiv Düsseldorf (Zweigarchiv Schloß Kalkum) über sieben Millionen Notariatsurkunden lagern, die den Niederrhein betreffen. Angesichts solcher Mengen hat die Forschung bisher einen großen Bogen um diese Quellengruppe gemacht. Auf diesen immensen Fundus komprimierter Fakten zu fast allen Bereichen der Geschichtsforschung will der Band hinweisen und einen ersten Eindruck vermitteln, welche Möglichkeiten sich bei einer weiteren systematischen Erschließung bieten. Der Band ist im übrigen (wie auch nicht anders zu erwarten) von Dieter Hangebruch mustergültig ediert und jeweils durch ein detailliertes Personen- und Ortsregister sowie ein Sachregister hervorragend erschlossen.

Joachim Lilla

Johanna Klümpen-Hegmans: Linn. Burg und Stadt vom Mittelalter bis zur Gegenwart

(Hrsg. durch die Arbeitsgemeinschaft Flachsmarkt e. V., Linn) Krefeld 1993

Im Vorwort kennzeichnet der Krefelder Stadtarchivdirektor i. R., Dr. Guido Rothhoff, den mit mehr als 600 Seiten sehr gewichtigen Band als die „seit langem vermißte Darstellung der Linner Geschichte auf wissenschaftlicher Grundlage“. Entstanden ist ein Kompendium zur Geschichte von Burg und Stadt Linn, das weniger zu fortlaufender Lektüre als zum

Nachschlagen einlädt. Der Verfasserin, Archivarin der Gemeinde Kerken, und den Herausgebern scheint es um Vollständigkeit gegangen zu sein, sofern Historie so etwas zuläßt. Daß bei aller Fülle des Beigebrachten manches nicht berücksichtigt werden konnte, gesteht die Autorin in ihrer Einführung freimütig ein. Vielleicht wäre es entgegen der von ihr geäußerten Meinung für den weiteren Fortgang der Beschäftigung mit der Geschichte Linns doch hilfreich gewesen, die Lücken, die sich bei einer so intensiven Beschäftigung mit dem Gegenstand aufgetan haben, aufzuzeigen. Bedauern muß man allerdings, daß die Linner Kirchengeschichte in einem vor Jahrzehnten entstandenen Manuskript (Georg Buschers) begraben bleibt und in dem vorliegenden Band lediglich in eher volkskundlichen Zusammenhängen berührt wird. Dennoch, in diesem Band zu schmökern lohnt sich: In acht Kapiteln, jedes vielfach untergliedert, wird von der „frühen Geschichte“ bis zur Gegenwart so gut wie alles aufgeführt, was sich über die (profane) Geschichte Linns ausmachen läßt. Eine Fülle von Nachweisen und ein umfangreiches Literaturverzeichnis, im Text und im Anhang wiedergegebene Quellenstücke, Erklärungen zu den „Linner Straßen und Flurnamen“, die Auflistung der bei Drucklegung des Bandes in Linn ansässigen Firmen — das alles ergänzt die einzelnen, vorbildlich übersichtlich gestalteten Abschnitte aufs beste. Am Ende des ohnehin reich ausgestatteten Buches findet sich ein umfangreicher dokumentarischer „Bildteil“. Ein wenig deplaziert (im wörtlichen Sinne) wirken die zwischen „Burg, Befestigung und Herrnsitzen...“ bzw. „Hafen“ eingeführten Fotos vom „Flachsmarkt“: Sie dokumentieren ja nicht den namengebenden Vorläufer, sondern das durchaus schätzenswerte moderne Spektakel. Sei's drum: Die Arbeitsgemeinschaft Flachsmarkt e. V. hat ein sehr ansehnliches Werk herausgebracht, das nicht nur Linner Bürger immer wieder in die Hand nehmen werden.

Hn

Hans Fuchs: Märkte in Krefeld

Historie und Histörchen; hrsg. vom Oberstadtdirektor der Stadt Krefeld - Stadtarchiv, Krefeld 1994

Seinem Kirmes-Band (s. die Heimat 62/1991), der bereits eine zweite Auflage erlebt hat, läßt Hans Fuchs jetzt eine 267 Seiten starke großformatige Publikation über die Krefelder Märkte folgen. Was als erstes auffällt: die gewaltige Fülle der Schwarz-Weiß-Abbildungen (Fotos, Dokumente, Tabellen, Zeichnungen und dergleichen), die das Buch fast zu einem Bilderbuch machen und zum Schmökern geradezu einladen. Viele dieser Abbildungen sprechen für sich oder sind in Bildunterschriften erklärt. Bei anderen sucht man vergeblich nach näheren Erläuterungen. Auch ist außer einem pauschalen Literatur- und Quellennachweis leider auf jegliche Herkunftsangaben verzichtet worden. Dafür ist eine vierseitige sehr informative Zeittafel zur Krefelder Stadtgeschichte beigelegt. Alles, was über Märkte in Krefeld und in den einzelnen Stadtteilen zu erfahren war, Hans Fuchs hat es zusammengetragen, gesichtet und dann aus der gewaltigen Materialmenge diese Auswahl zusammengestellt. Nennen wir einige Stichworte: die erste Marktrechtsverleihung 1361, amtliche Marktordnungen, historische Markt-Standorte, Markthallen, Einkaufscenter und -passagen, „Schwarzer Markt“, Groß- und Viehmärkte. Über all dies und vieles andere wird solide und ausführlich berichtet. Den Stadtteilmärkten ist gebührend Raum gegeben, die Sondermärkte (Trödelmärkte, Blumen-, Nikolaus-, Weihnachtsmärkte bis hin zum Bottermarkt, Pottbäckermarkt und Flachsmarkt) fehlen keineswegs. Erfreulicherweise dominiert nicht ein trocken-wissenschaftlicher Stil die Ausführungen; es wird vielmehr lebendig erzählt, viele handelnde Personen kommen zu Wort, farbige Details werden in Hülle und Fülle mitgeteilt. Wer die Atmosphäre auf dem Westwall kennt und schätzt, und welcher alte Krefelder täte das nicht, hier wird er sie eingefangen finden, nicht zuletzt auch in den Histörchen der Marktbesucher, die von Seite 187 bis 215 wiedergegeben werden. Ein historischer und ein aktueller Bilderbogen über das Marktleben, eine Betrachtung über Märkte als Werbeträger und eine kleine Blütenlese von Liedern, Gedichten, Erzählungen, sprichwörtlichen Redensarten und speziellen Marktbegriffen beschließen den Band. Daß er viele Liebhaber findet, daran dürfte kein Zweifel bestehen.

Fd.

Paul Stüben: Gelduba I - Die versunkene Stadt am Strom

Selecto-Verlag, Krefeld 1994

Wer in früheren Jahren „die Heimat“ gründlich gelesen hat, kennt Paul Stüben und seine

Theodor v. d.

Weien

Hochbau seit 1888

Th. v. d. Weien GmbH & Co. KG
Viktoriastraße 104 · 47799 Krefeld 1
Fernruf (21 51) 2 28 82

reich bebilderten Beiträge zu den Ausgrabungen in Gellep. Als archäologischer Laie ist er durch die Gegend gestreift, hat beobachtet, gesammelt, fotografiert und so über 30 Jahre lang mit wachsendem Interesse begleitet, was auf den Feldern und um den Hafen herum geschah. In diesem Buch nun faßt er zusammen, was er an Erkenntnissen gewonnen und an Material in seinen Besitz gebracht hat. Das großformatige, mit einem Pappereinband versehene Buch zählt 117 Seiten und enthält 241 Abbildungen, fast alle farbig. Es ist leicht, teilweise sogar spannend zu lesen und läßt keine der im Zusammenhang mit Gelduba zu stellenden Fragen aus, z.B.: Warum wurde das römische Lager gerade dort angelegt, wie war es mit den Kämpfen an dieser Stelle, war Gellep nicht nur Anlegeplatz, sondern auch Rheinübergangsort? Stüben beschäftigt sich mit der gefundenen Keramik, mit Grabsteinen, kultischen Gegenständen, Knochenfunden, Waffen, Werkzeug und vielem anderen mehr. Ob alle seine Ansichten — etliche haben nur den Charakter von Vermutungen — vor den strengen Augen der Fachwissenschaft Bestand haben, mag dahingestellt bleiben. Einige Literatur wird angegeben, doch gäbe es auf diesem Gebiet sicher noch manches zu verbessern. Entscheidend ist die gelungene Mischung von persönlichem Bericht und textlich wie bildlich informativer Darstellung. Für jeden, der sich ein erstes Bild darüber verschaffen will, was Gellep - Gelduba zur Zeit der Römer war, was es heute bedeutet, wie die dortigen Schätze entdeckt, gehoben und ausgewertet wurden, kann diese Schrift empfohlen werden. Der Verfasser kündigt einen Band Gelduba II als Fortsetzung an.

Fd.

Campunni - Kempen. Geschichte einer niederrheinischen Stadt

Schriftenreihe des Kreises Viersen, Bände 39.1 und 39.2; hrsg. vom Oberkreisdirektor in Zusammenarbeit mit der Stadt Kempen, Verlag Dr. Eike Pies, Viersen 1993

Beide Bände, die in geschmackvolles blaues Leinen gebunden sind, werden in einem

Schuber ausgeliefert, auf dem eine Karte des Amtes Kempen von 1659 abgebildet ist. Anlaß der Herausgabe ist „die 700. Wiederkehr des Tages, an dem den Bewohnern der Siedlung Kempen die 'libertas', die Freiheit des mittelalterlichen Stadtbürgers, verliehen wurde“ so Friedhelm Weinforth, der Verfasser des ersten Bandes und Redakteur des zweiten, im Vorwort. Band 1 enthält auf rund 400 Seiten eine Darstellung der Stadtgeschichte von den Anfängen bis zur Gegenwart. Etwa die Hälfte des zur Verfügung stehenden Raumes ist dem 19. und dem 20. Jahrhundert gewidmet, was gewiß den Interessen der meisten Leser entgegenkommt. Aber auch die frühere Zeit ist nicht vernachlässigt worden; so werden die beiden Urkunden vom 3. November 1292, die die Stadterhebung Kempens beinhalten, ausführlich diskutiert. Übrigens weist der Urkundenaussteller Erzbischof Siegfried von Westerbürg die Kempener dabei darauf hin, daß wie in Uerdingen und Rheinberg zu verfahren sei. Weinforth macht darauf aufmerksam, daß er auf eine dichte Quellenüberlieferung und auf viele Vorarbeiten zurückgreifen konnte. Der Versuchung, die Detailgenauigkeit zu weit zu treiben, ist er aber erfreulicher Weise nicht erlegen. Er hat vielmehr drei Schwerpunktthemen gewählt, die sich durch den ganzen Band ziehen und in lesbarer Weise abgehandelt werden: die wirtschafts- und sozialgeschichtliche Entwicklung, das Stadtbau und die zentralörtlichen Funktionen der Stadt Kempen. So nimmt die Darstellung der Industrialisierungsphase zwischen 1820 und 1920, bei der das Krefelder Textilgewerbe eine bedeutende Rolle spielte, einen beträchtlichen Raum ein. Viele Leser dürfte das Kapitel „Das 'Dritte Reich' in Kempen“ (39 Seiten), in dem konzentriert und ausgewogen alles Wichtige mitgeteilt wird, besonders interessieren. Viele Bilder, einige davon in einem farbigen Anhang, illustrieren das Buch. Die Anmerkungen und das Literaturverzeichnis sind knapp gehalten worden, für eine Zeittafel wäre man dankbar gewesen, als gewichtiges Manko aber ist das völlige Fehlen eines Registers festzuhalten.

Das gilt leider auch für den 2. Band, in dem 19 inhaltsreiche von ausgewiesenen Fachleuten verfaßte Aufsätze zur Kempener Geschichte

vereinigt sind. Einige Beispiele: Pfarre und Pfarrgemeinde Kempen im Mittelalter (Wilhelm Janssen), Kempen als reformatorisches Zentrum (Leo Peters), Bürgernot und Bauernleid im 16. und 17. Jahrhundert (Johann Jakob Manten), Kempen und seine Bürgermeister in der Weimarer Republik und in der NS-Zeit (Reiner Pommerin), Vom Ende des Krieges bis zur Währungsreform (Hans Kaiser). Mit Tönisberg und der Vogtei Gelderland beschäftigt sich Stefan Frankewitz; ansonsten kommen die später eingemeindeten Stadtteile nur relativ spärlich zur Geltung. Auch dieser Band enthält einen Anhang mit farbigen Illustrationen; einige Schwarz-Weiß-Abbildungen sind in den Text eingestreut. Insgesamt ist ein voluminöses, aussagekräftiges, hervorragend gestaltetes Werk entstanden, um das man Kempen nur beneiden kann.

Fd.

Hans Vogt: Seidene Kugel und fliegende Kiste

Eine Geschichte der Luftfahrt in Krefeld und am Niederrhein; Krefelder Studien, Bd. 7; Hrsg.: Stadt Krefeld, 1993

Wer den Verfasser kennt, weiß, daß von ihm ein gründlich recherchiertes, materialgesättigtes und auch unterhaltsames Werk zu erwarten ist. Diesmal geht es um die Luftfahrt in unserer Region, und Hans Vogt enttäuscht seine Leser nicht. Er beginnt bei den ersten Ballonaufstiegen am Niederrhein (1784/85; in Krefeld 1855) und endet bei den niederrheinischen Flugplätzen des Jahres 1993. Eine beträchtliche Rolle spielen die Ereignisse um den Bockumer Flugplatz (1916 - 1945); aber auch der Egelsberg kommt voll zu seinem Recht. Alle großen Namen der Krefelder Luftfahrt-Geschichte erfahren eine eingehende Würdigung, unter ihnen Karl Wipperfürth, der schon 1911 eine „Gesellschaft für Flugsport Krefeld“ gründete, Eugen Arns, der bereits mit 18 Jahren die Piloten-Lizenz erhielt, Karl Krieger, der es zum kaiserlichen Chauffeur brachte, selbst Flugzeuge konstruierte und von Vogt als „bedeutendster Zivilflieger Kre-

Schages GmbH + Co KG

Emil-Schäfer-Str. 20 · 47800 Krefeld (Gewerbegebiet Bockum Nord) · Ruf (0 21 51) 49 68 - 0

Metallbau - Feineisenbau - Feinblechbearbeitung

CNC-Laserschneidtechnik - Schweißtechnischer Betrieb nach DIN 4100

Gehäuse - Schränke - Einschübe und Frontplatten

felds aus der Pionierzeit" bezeichnet wird. Gustav Röhr aus Uerdingen baute schon 1913 sein eigenes Flugzeug und übte damit auf den Mündelheimer Rheinwiesen. Natürlich ist auch von den hochdotierten Weltkriegspiloten Werner Voß und Emil Schäfer die Rede sowie von dem aus Rheydt stammenden großen Hugo Junkers und seinen bedeutenden Konstruktionen. Die Segelflieger werden keineswegs ausgespart, die Entwicklung nach dem Zweiten Weltkrieg mit den auf dem Egelsberg ansässigen Vereinen wird ausführlich geschildert. Voraus gehen zwei Kapitel, in denen sich der Verfasser mit dem Luftwaffen-Standort Krefeld und der Zeit zwischen 1933 und 1945 beschäftigt. Vogt sieht das Geschehen am Niederrhein aber nie isoliert, im Gegenteil: der Blick in die Nachbarregionen und die Einbeziehung der allgemeinen Luftfahrtgeschichte gehören zu den Selbstverständlichkeiten des Buches. So ist ein Werk entstanden, das für jeden interessierten Zeitgenossen außerordentlich lohnende Lektüre bietet. Zahlreiche Schwarz-Weiß-Abbildungen lockern den Text auf, ein Literaturverzeichnis und ein Namensregister fehlen nicht.

Fd.

J. C. Fuhlrott: Menschliche Überreste aus einer Felsengrotte des Düsselthales

Mit einer Einführung von W. Langer. 45 S., 2 Abb.; Bonn (Naturhistorischer Verein der Rheinlande und Westfalens) 1993
Preis: 8,90 DM, für Mitglieder des Naturhistorischen Vereins 5,- DM zuzüglich Porto und Versand

Die Herausgabe eines Faksimile-Drucks dieser weltberühmten Abhandlung ist dem Naturhistorischen Verein der Rheinlande und Westfalens aus Anlaß seiner 150-Jahrfeier zu verdanken. Das Original, 1859 erschienen im 16. Jahrgang der „Verhandlungen des natur-

historischen Vereines der preussischen Rheinlande und Westfalens“, gehört mittlerweile zur antiquarischen Kostbarkeit, die nur noch für einen hohen Preis zu erhalten ist. Professor Dr. Wolfhart Langer, Paläontologe am Paläontologischen Institut der Universität Bonn, hat den Fuhlrottschen Bericht über den Fund „des Neanderthalers“, in Wirklichkeit wurden ja, so der Elberfelder Oberlehrer Fuhlrott, „ausser der ... Schädeldecke und einem ansehnlichen Beckenfragmente vorzugsweise nur die grösseren Bestandtheile der Gliedmassen gerettet, die kleinen dagegen so wie namentlich auch alle Gesichtsknochen und Wirbel in ihrer Lehmhülle nicht erkannt und mit dem Schutt weggeschafft...“ mit historischen Anmerkungen und kritischen Bemerkungen zu einem spannenden, die heutigen Forschungsergebnisse einbeziehenden Überblick abgerundet. Er kommt zu dem Schluß, daß Fuhlrotts Entdeckung seinerzeit kaum diskutiert worden wäre, wenn nicht der angesehene Bonner Anatom Hermann Schaaffhausen diesen Fund untersucht und seine Ergebnisse in einer renommierten Fachzeitschrift veröffentlicht hätte. Während Fuhlrott und Schaaffhausen davon überzeugt waren, einen fossilen Menschen vor sich zu haben, verhielten sich die meisten Fachgelehrten, darunter auch die Paläontologen, dagegen indifferent oder ablehnend. Inzwischen gibt es sogar die etwas extreme Frage, ob „ein nach heutiger Mode gekleideter Neanderthaler mit Hut bei uns auf der Straße Aufsehen erregen würde“ (Langer). Sehr empfehlenswert!

Nebenbei bemerkt: Dem rheinischen „Ur-Single“ hat man im Museum Neanderthal am 26. Januar 1994 eine Frau an die Seite gestellt. Bei der Arbeit der Bildhauer und Dermoplastiker an der nach Knochenfunden rekonstruierten Frau war wissenschaftliche Genauigkeit das oberste Gebot.

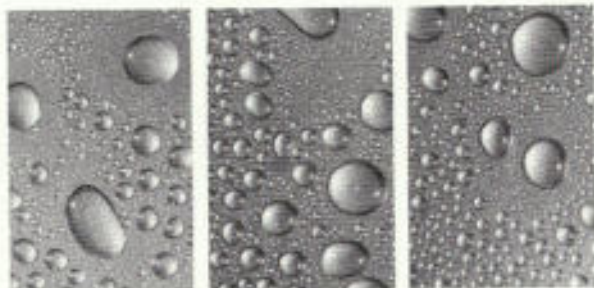
Obee

Klaus Flink und Wilhelm Janssen (Hrsg.): Territorium und Residenz am Niederrhein.

Referate der 7. Niederrhein-Tagung des Arbeitskreises niederrheinischer Kommunalarchivare für Regionalgeschichte (25. - 26. September 1992 in Kleve)
(Kleiver Archiv. Schriftenreihe des Stadtarchivs Kleve 14), Kleve 1993

Der Arbeitskreis niederrheinischer Kommunalarchivare für Regionalgeschichte, der im Jahre 1980 seine Niederrhein-Tagungen ebenfalls in Kleve begann und inzwischen eine Reihe beachtlicher Publikationen vorzuweisen hat, widmete seine 7. Tagung einem erst seit einem Jahrzehnt in das Blickfeld von Landes- und Verfassungshistorikern gerückten Thema: dem Entstehen der landesherrlichen Residenzen. Der Gegenstand scheint zunächst nur den Spezialisten anzugehen: Im Zentrum steht das Phänomen des Übergangs von mittelalterlicher „Reiseherrschaft“ zur späteren „Residenzherrschaft“ in den sich herausbildenden Territorien. Wie bei jeder fruchtbaren landesgeschichtlichen Fragestellung erweist sich auch hier, daß man das Ganze einfängt, wenn man an einer Stelle das Netz auswirft. Zu Recht ist von „verdeckter Verfassungsgeschichte“ die Rede. Die Fülle des hier zusammengetragenen Materials läßt sich nur andeuten. So werden die niederrheinischen Territorien, Kleve, Geldern, Jülich, Berg, das Erzstift, untersucht, wird die Verbindung zu der älteren Pfalzforschung an den Beispielen von Kaiserswerth und Nimwegen hergestellt, wird beschrieben, wie die Entfaltung der Residenzstädte mit Hofstaat, Amtsträgern, Behörden auf die sich formierenden neuen bürgerlichen Schichten eingewirkt hat. Die Fülle des zusammengetragenen Materials läßt sich nur andeuten. Der Band schließt mit einem Referate und Diskussionen resümierenden Beitrag, der den Stand der „Residenzforschung“, über das Untersuchungsgebiet hinausblickend, übersichtlich zusammenfaßt. Er ist dem vor einem Jahr verstorbe-

wir interessieren uns für Ihren Dreck



NBRG

alles clean

Niederrheinische Büroreinigung - Lühnen + Schmitz GmbH
Postfach 2140 - 47721 Krefeld - Am Herbertholz 6 - 47809 Krefeld
Telefon 0 2151 / 5 58 60 - Telefax 0 2151 / 54 6475

nen Direktor des Instituts für geschichtliche Landeskunde der Rheinlande an der Universität Bonn, Professor Dr. Georg Droege, gewidmet.

Hn

Hildegard Welfens: Geschichte der Stadt Neuss unter nationalsozialistischer Herrschaft (1933 – 1945)

Schriftenreihe des Stadtarchivs Neuss, Bd. 12, Neuss 1993

Vier Jahre lang hat die aus der Schule von Peter Hüttenberger stammende Verfasserin an diesem Projekt, das auf einen Beschluß des Neusser Stadtrates zurückgeht, gearbeitet. Herausgekommen ist eine außerordentlich gründliche Untersuchung aller Aspekte des Themas, die auf sorgfältigen umfangreichen Quellenstudien beruht und beispielhaft sein kann für vergleichbare Arbeiten in anderen Städten. Hildegard Welfens zeigt sich auf der Höhe der immer wieder neu aufflammenden Diskussion über Art und Ziel der Bewältigung unserer nationalsozialistischen Vergangenheit, sie ist bestens vertraut mit den Neus-

ser Verhältnissen und befeißigt sich einer wohlthuenden Sachlichkeit in ihrer Darstellung. Auf 370 Seiten, die voll gepackt sind mit Informationen, breitet sie ihre Erkenntnisse aus. Die ersten beiden Kapitel beschäftigen sich mit der Machtübernahme der Partei und deren Bemühungen, ihre Herrschaft auszubauen und zu legitimieren; dabei wird auf die Wahlergebnisse, die Parteigliederung und die Umbenennungen (Straßen, Schulen) detailliert eingegangen. Es folgt ein größerer Abschnitt über die Wirtschaft („Von Arbeitsbeschaffungsmaßnahmen zur ‚totalen Mobilisierung‘ von Arbeitskräften“); danach geht es um die Bereiche Familie, Schule, Jugend; hierunter wird auch das Schicksal der Neusser Juden abgehandelt, bei dem auf frühere Veröffentlichungen (Rohrbacher) verwiesen werden konnte. Kapitel VI ist der Presse, dem Theater, Film und Vereinswesen gewidmet, wobei vor allem die Instrumentalisierung dieser Bereiche im Sinne der NS-Propaganda eine Rolle spielt. Über die Kirchen, ihren Einfluß, ihre Probleme und den aus diesem Umfeld erwachsenden Widerstand erfährt man in den Kapiteln VII und VIII alles Wesentliche. Die Opposition aus der Arbeiterbewegung wird dabei ebenfalls berührt. Das letzte Kapitel schildert die Stadt, wie sie den Krieg und die Besetzung durch die Amerikaner erlebt hat. Die Bebilderung des Bandes — viele qualitativ schlechte Reproduktionen aus

Zeitungen — ist nicht üppig, aber ausreichend; häufig lockern Zitate verschiedenster Art den Text auf; auf die Wiedergabe von amtlichen Dokumenten hat man verzichtet. Ein Anhang enthält Namensverzeichnisse (Ratsherren, Schicksale Neusser Juden), Quellen und Literaturangaben; bedauerlich ist das völlige Fehlen eines generellen Namens-, Orts- und Sach-Indexes. Insgesamt kann man die Neusser zu dieser vorzüglichen Publikation beglückwünschen.

Fd.

Uta Happekotte: Neuss nach dem Zweiten Weltkrieg

Dokumentationen des Stadtarchivs Neuss, Bd. 3, Neuss 1993

Die Arbeit, die die Jahre 1945 bis 1949 behandelt, ist keine Dokumentation im engeren Sinne, denn Dokumente fehlen fast völlig. Es handelt sich vielmehr um eine an der Universität Köln angefertigte Hausarbeit einer Lehramts-Studentin, die die erste Aufbauphase in Neuss nach dem II. Weltkrieg beschreibt. Ihre Darstellung ist klar gegliedert; einem Einleitungskapitel über das unmittelbare Kriegsende in der Stadt und einigen stark anekdotisch

WUMAG

**Intelligent in der Funktion.
Stark in der Konstruktion.**

ELEVANT Hubarbeitsbühnen

- In Gelenk- und Teleskopbauweise.
- Arbeitshöhen von 11 bis 54 m. Reichweite bis 30 m.
- Aufbau auf alle handelsüblichen Lkw-Fahrgestelle.
- Robuste Bauweise. Einfache und feinfühligere Steuerung.
- Hohe Tragkraft im gesamten Arbeitsbereich. Geringe Abstützbreite.



Damit Sie sicher Ihr höchstes Ziel erreichen

WUMAG GmbH

Düsseldorfer Str. 100 · D-47809 Krefeld · Tel. (0 21 51) 5 26-0 · Telefax (0 21 51) 5 26-1 88

gefärbten Passagen über die Militärregierung folgen fünf Hauptabschnitte: Politischer Neubeginn, Wirtschaft, Alltag, Kultur und Sport, Kirchen. An Hand von Zeitungsberichten, Rats- und Ausschußprotokollen, einigen sonstigen Quellen und Aussagen von Zeitzeugen wird ein recht plastisches Bild dieser Notjahre gezeichnet. Der Hinweis, daß schon 1947 wieder ein Schützenfest, wenn auch in bescheidenem Rahmen, gefeiert werden konnte (bereits 1945 zog wieder ein Martinszug), fehlt ebenso wenig wie die Mitteilung, daß im Dezember 1945 die Gründungsversammlung eines Gewerkschaftsverbandes stattfand. Über die Entnazifizierung hätte man gerne Konkreteres erfahren, immerhin ist in diesem Zusammenhang von bemerkenswerten Unstimmigkeiten zwischen Entnazifizierungsausschuß und Militärregierung die Rede. Wirtschaftlicher Aufbau, Verbesserung der Verkehrsverhältnisse, Schaffung von Wohnraum, Maßnahmen gegen den Hunger und vieles andere wird in mehr oder weniger großer Ausführlichkeit behandelt. Der kulturelle Neuanfang nimmt einen relativ breiten Raum ein, auch über die Kirchen ist eine Menge zu erfahren, die Schulen kommen demgegenüber recht kurz weg. Insgesamt ist zu begrüßen, daß die Arbeit in einfachem Druck der allgemeinen Öffentlichkeit zugänglich gemacht wurde. Eine ganze Generation ist ja bereits herangewachsen, für die diese Zeit „nur noch Geschichte“ ist.

Fd.

Ludwig Hügen: Alte Bauernhöfe in Schiefbahn

Geschichte in Bildern, Band 5, 1994

Weniger die Bilder sind es, die diesem Band das Gepräge geben, als vielmehr die Nachrichten über die einzelnen Höfe, die der Verfasser aus verschiedenen Quellen zusam-

mengetragen hat. So erhält man eine umfassende Übersicht über die große Zahl der Höfe, die einmal das Gesicht Schiefbahns und der zugehörigen Honschaften bestimmten. Nicht selten wird erwähnt, daß Höfe zum Hofverband Uerdingen oder zum Hofverband Liedberg gehörten, die jeweilige Lage wird angegeben, bedeutende Leute, die auf den Höfen saßen oder daher stammten, werden gewürdigt, kein wichtiges Ereignis fällt unter den Tisch. So wird dem Leser ein eindrucksvolles Bild des ländlichen Schiefbahn vermittelt, wobei die Einführung durch den Autor bereits eine kleine Zusammenschau bietet. Zwei Übersichten (Höfe, Familien) bilden den Anhang, sind aber nicht mit Seitenzahlen versehen, so daß der Benutzer einige Sucharbeit leisten muß, ehe er eine bestimmte Stelle findet. Sehr zu denken gibt, daß von 198 aufgeführten Höfen 1948 noch 94, 1994 nur noch 19 bewirtschaftet wurden bzw. werden; als Gartenbaubetriebe leben 9 weiter. Natürlich ist an Fotos — älteren und neueren — nicht gespart worden; sie sind auf einigen Schwarz-Weiß-Bildseiten zu je drei angeordnet. Insgesamt ist dem Autor zu bescheinigen, daß er ein sehr nützliches kleines Handbuch zusammengestellt hat, das gewiß vielen Heimatfreunden gute Dienste leisten wird.

Fd.

Ludwig Hügen: Zwischen Schwalm und Grenzwald

Geschichte der Altgemeinden Elmpt und Niederkrüchten;
2. Auflage 1994

Der Zusammenschluß der Gemeinden Elmpt und Niederkrüchten am 1. Januar 1972 führte auch zu dem Plan, in einer ausführlichen Chronik der beiden Orte deren eigenständige Geschichte festzuhalten. Mit Ludwig Hügen fand man einen Bearbeiter, dem dieser Raum

gut vertraut ist und der sich auch in der vorhandenen Literatur gut auskennt. In nur wenigen Jahren brachte er ein 325 Seiten umfassendes Werk zustande, das die Entwicklung von der Vor- und Frühgeschichte bis zur kommunalen Neugliederung nachzeichnet. Die vorhergehenden Jahrhunderte erscheinen vorwiegend als Zeit der Herrenhäuser und Kirchen, der Adelsfamilien, Kriege und Wallfahrten; das bäuerliche Leben kommt nur am Rande vor. Interessant ist, daß dieses Gebiet bis zum Einmarsch der französischen Revolutions-Truppen zu den spanischen Niederlanden gehörte. Die preußische Zeit (ab 1815) bringt mannigfache Neuerungen: neue Grenzen, eine neue Verwaltung, neue wirtschaftliche Verhältnisse. Hügen berichtet über die Aufteilung des Meinwegwaldes, die Mühlen an der Schwalm, die Entwicklung der Tonindustrie. Er beschäftigt sich mit den Schulen, den Kirchen — auch mit den Auswirkungen des Kulturkampfes — mit Zoll, Post und Feuerwehr. Es folgen Kapitel über die Weimarer Republik mit den Meliorationen im Schwalmthal, über die NS-Zeit mit dem Bau des Westwalls, über die Kriegsergebnisse. Die Jahre nach 1945 waren geprägt vom Kampf der Elmpter gegen eine Angliederung an die Niederlande, vom Wiedererstarben des kommunalen und gesellschaftlichen Lebens, vom Bau des großen NATO-Flughafens im Elmpter Wald (1952/53). Viel Aufsehererregendes ist in Niederkrüchten und Elmpt nicht zu verzeichnen. Der expressionistische Schriftsteller Karl Otten aus Oberkrüchten (1889 — 1963), der in den 30er Jahren veremert wurde und emigrieren mußte, mag einigen bekannt sein, vielleicht auch der von 1866 bis 1879 in Niederkrüchten wirkende Pfarrer, Literaturhistoriker und Politiker Wilhelm Lindemann. Ansonsten ist es eine eher unspektakuläre Geschichte, die in diesem Buch dargeboten wird. Trotzdem muß man dem Verfasser dankbar sein, daß er in lesbarer Weise den Menschen in diesem Raum aufzeigt, wo ihre Wurzeln liegen, wie sehr die Vergangenheit von bleibender Bedeutung für die Gegenwart



Gegründet 1908

ROSTEK & PESCH INDUSTRIE- UND INGENIEURBAU

Parkstraße 55 · 47829 Krefeld · Telefon: 0 21 51/498 - 0

ist. Zahlreiche Abbildungen (Fotos, Dokumente, Karten), lockern den Text auf; ein Register fehlt leider.

Fd.

Paul Wietzorek: Rheydt

Gestalt und Wandel einer vormals selbständigen niederrheinischen Großstadt; Geiger-Verlag, Horb 1994

Vor zwanzig Jahren verlor Rheydt seine kommunale Selbständigkeit und wurde ein Teil von Mönchengladbach. Daß die damals über 100000 Einwohner zählende Stadt weiterhin eigene Identität besitzt und sich in ihrer Geschichte, in ihrem Stadtbild, in ihren Ortsteilen deutlich ein beträchtliches Eigengewicht bewahrt hat, zeigt dieser großformatige Text-Bild-Band, für den der Krefelder Historiker Paul Wietzorek, der sich bereits mit mehreren Veröffentlichungen und zahlreichen Dia-Vorträgen einen Namen gemacht hat, verantwortlich zeichnet. Er hat in Rheydt seine Kindheit und Jugend verbracht; diese enge persönliche Beziehung merkt man der hier vorzustellenden Publikation an. Sie besticht zunächst durch das überaus reichhaltige Bildmaterial, das zu einem großen Teil aus älteren Aufnahmen besteht; Farbfotos sind nur in geringer Zahl anzutreffen, aber das tut dem Wert des Buches keinen Abbruch. Der Schwerpunkt liegt auf dem eigentlichen Rheydt, wie es vor 1929 bestanden hat. Odenkirchen und Giesenkirchen-Schelsen sind dementsprechend nur auf den letzten zwanzig der insgesamt 144 Seiten vertreten. Dankenswert ist der recht ausführliche geschichtliche Überblick am Anfang, der mit einer Zeittafel eingeleitet wird. Es schließen sich an: ein Kapitel über die Rheydter Wirtschaft, Abschnitte über die wichtigsten Gebäude (evangelische Hauptkirche, katholische Marienkirche, Rathaus, Post, Hugo-Junkers-Gymnasium), den Schmölderpark, das Anwesen Zoppenbroich und — last not least — Schloß Rheydt. Und dazwischen: zahllose Bilder von Straßen und Plätzen, öffentlichen Einrichtungen, bedeutenden Privathäusern, sehenswerten Fassaden, Innenräumen, Denkmälern, Grünanlagen, allesamt mit sehr informativen Bildlegenden versehen. Es macht Spaß zu blättern, zu vergleichen (damals und heute), sich in frühere Zeiten zurückzusetzen. Besonders die Zeit des wilhelminischen Deutschlands wird bildkräftig in Erinnerung gerufen. Das neue Rathaus — erbaut 1894–1897 —, das auch die Titelseite ziert, steht beispielhaft für diese Epoche. Auf Bilder aus dem prallen Leben des Volkes, von Festen, Ereignissen, Aktivitäten ist, von einigen Ausnahmen (Blumenkorso) abgesehen, verzichtet worden. Man mag das bedauern, kann es vielleicht aber auch als Anregung für einen Nachfolgeband nehmen. Insgesamt kann das in geschmackvoller Aufmachung daherkommende Werk jedem Freund der Stadt Rheydt warm empfohlen werden.

Fd.

Kreisheimatbund Neuss e. V. (Hrsg.): Lebensbilder aus dem Kreis Neuss. Band 1

(Veröffentlichung des Kreisheimatbundes Neuss e. V. Nr. 3) Neuss 1993

Mit dem vorliegenden Band eröffnet der Kreisheimatbund Neuss eine neue Schriftenreihe. Sie ist Frauen und Männern gewidmet, die in dem Raum, der heute Kreis Neuss heißt, gelebt und gearbeitet, gestaltet und verhindert, gedacht und geschrieben, sich

gefremdet und gelitten haben.“ So das Geleitwort. Sieben der zehn Lebensbilder des ersten Bandes reichen ins 20. Jahrhundert. Vorgestellt werden der durch seine Erfindungen bekannt gewordene Berg- und Hütteningenieur Franz Büttgenbach (1832–1900), „Betriebsdirektor“ der nur wenige Jahrzehnte existierenden „Neusser Hütte AG“, die im Jahre 1968 seliggesprochene Ordensgründerin Therese von Wüllenweber (1833–1907, geboren auf Schloß Myllendonk); der Vizeadmiral der ersten Weimarer Jahre Theodor Püllen (1871–1931, geboren in Grevenbroich); der Sammler zeitgenössischer Kunst und Rechtsanwalt Johannes Geller (1873–

Heute Strom sparen.

Damit ihnen morgen nicht die Lichter ausgehen.

Wer heute immer noch bedenkenlos Strom verbraucht, gefährdet nicht nur unsere Umwelt, sondern auch die Energie-Zukunft unserer Kinder.

Wie man Strom im Haushalt sinnvoll einsetzt, wie man mit modernen, stromsparenden Geräten nicht nur die Haushaltskasse, sondern auch die Umwelt entlasten kann, darüber sprechen Sie am besten einmal mit unserer Energiesparberaterin Frau Bruns. Tel. 98 21 21



Ihr Anschluß an die Zukunft



Hoyer WA

1954); der Pfarrer der evangelischen Gemeinde Neuss Kurt Karl Bredo (1879 - 1957); Ewald Mataré (1887 - 1965) und der Dichter und Schriftsteller Karl Schorn (1893 - 1971, geboren in Neuss). In dem farbigen Portrait des Martin Henriquez von Strevesdorff (1619 - 1679) tritt dem Leser das facettenreiche Bild einer abwechslungsreichen Biographie des 17. Jahrhunderts vor Augen. In Neuss geboren, ist der Offizier in kaiserlichen Diensten und spätere „Generaleinnehmer der kurkölnischen Landstände“, d. h. der verantwortliche oberste Steuerbeamte bzw. -unternehmer des Erzstifts, für den Historiker wichtig als Autor einer in lateinischen Hexametern abgefaßten „Historisch-poetischen Beschreibung des Erzstifts Köln nach seinen Ständen“. Größere Schwierigkeiten hat es offenbar gemacht, Lebensbilder aus dem Mittelalter zusammenzubringen. So erfährt man von einem Hermann von Kothausen (ca. 1245 - 1310) vor allem, was man nicht in Erfahrung bringen kann. Immerhin war er ein Neusser Bürger, dem ein beträchtliches Vermögen zur Verfügung stand, so daß er dem Kölner Erzbischof Siegfried von Westerburg mit einer beachtlichen Summe aushelfen konnte. Der Biograph interessiert sich verständlicherweise für die Herkunft des Reichtums: Genaues ist nicht überliefert. „Große Gewinne waren nur im Handel zu machen“, vielleicht konnten die aufgrund der Privilegien erwirtschaftet werden, welche der dänische König 1270 den Neusser Kaufleuten gewährt hatte. In noch frühere Zeit führt die Lebensbeschreibung des hl. Ludger (ca. 742 - 809), des ersten Bischofs von Münster und Gründers der Abtei Werden an der Ruhr. Die Beziehung zum Kreis Neuss ergibt sich für die Herausgeber der Lebensbilder offenbar daraus, daß der aus einer friesischen Familie stammende Missionar vor der Gründung von Werden auch einen Platz in der Gegend des späteren Werdener Haupthofes Wehl für die Klostergründung ins Auge gefaßt hatte. Politische Gründe dürften dazu geführt haben, den Missionsstützpunkt im fränkisch-sächsischen Grenzgebiet anzusiedeln und nicht im Neusser Kreisgebiet. Immerhin sind die Werdener Urkunden, den Grunderwerb hier betreffend, wichtig genug, das Leben des Heiligen noch einmal zu erzählen.

Hn

Bernd Giesbertz: De Welt en't Blöske

Spruchweisheiten in Mundart, Krefeld-Traar 1994

Ein schmuckes Büchlein hat der Traarer Bürgervereinsvorsitzende den Heimatfreunden auf den Tisch gelegt. Schon das Äußere ist sehr ansprechend: der feste laminierte Kartoneinband mit einem farbigen Ausschnitt aus dem Sprichwörterbild von Pieter Bruegel. Im Innern sieht es entsprechend aus: Druck und Gestaltung durch Hermann Paniczek und die Holzschnitte von Theodor Giesberts erfreuen

das Auge und sind dem Text angemessen. Der Verfasser kann aus einer seit Jahren aufgebauten reichhaltigen Sammlung von ortsüblichen Sprichwörtern schöpfen und begnügt sich nicht damit, diese einfach aneinanderzureihen. Er fügt sie vielmehr in bestimmte Zusammenhänge ein, verdeutlicht sie damit dem Leser und schließt sie auf diese Weise sogar denen auf, die sich in der Mundart nicht zu Hause fühlen. Die ersten beiden Abschnitte haben es mit dem Menschen als solchem zu tun, mit seinem Aussehen, seinen Körperteilen, seinen Eigenschaften; Beispiel: „Beäther en Blatt vür de Monk als wie en Brett vür de Kopp!“ Danach geht es um Liebe und Ehe, um Kinder und Nachbarn. Es folgt das liebe Vieh, so weit es im Sprichwort eine Rolle spielt, anschließend sind Essen und Trinken an der Reihe; Beispiel: „Freät dech satt on suop dech dick on halt de Mull van Politik!“ Weitere Kapitel beschäftigen sich mit der Zeit, dem Geld, dem Recht und dem Wetter, schließlich mit Alterwerden und Sterben, zuletzt mit der Kirche und den Heiligen (und dabei natürlich auch mit dem Teufel); noch ein Beispiel: „Fidel jelaäwt on sellig jestoerve, es däm Düwel et Handwerk verdoerve“. Das Buch wird vielen Menschen Freude bereiten und eignet sich hervorragend als Geschenk. Bernd Giesbertz geht nicht akademisch mit seinem Gegenstand um, er steht noch spürbar persönlich in der mundartlichen, durch unzählige Sprichwörter geprägten Tradition seiner Heimat. Wer sich ihm anvertraut bei der Wanderung durch das Reich der volkstümlichen Redensarten, wird viel Nachdenkenswertes finden, er wird oft Gelegenheit haben, zu schmunzeln oder herzlich zu lachen, vielleicht wird er sich und seine Mitmenschen besser verstehen. Ganz sicher aber wird er erkennen, wie arm und blutleer unsere Umgangs- und Medien-Sprache weithin geworden ist. Dem Verfasser gebührt Dank und Anerkennung; zwar liegen bereits verschiedene Sprichwort-Sammlungen anderer Autoren vor, aber für den unmittelbaren Krefelder Bereich und in dieser nett aufbereiteten Art ist sein kleines Werk konkurrenzlos.

Fd.

Ludwig Soumagne: Opjeläse ongerm Schrieddösch

Reihe „Dichten im Dialekt“, Bd. 10; Hrg.: Internationales Dialektinstitut Wien-Basel-Neuss; Verlag Joh. van Acken, Krefeld 1994

Ein ganzes Büchlein (61 Seiten) mit Denkanstößen legt Ludwig Soumagne den Freunden der Mundart auf den Tisch. Jede Seite enthält zwei Fünfzeiler, alle auf dieselbe Weise gebaut: zwei Zeilen Beobachtung, Feststellung, meistens mit „mer“ oder „se“ eingeleitet, dann ein kräftiges „äver“, anschließend zwei Zeilen, die eine kritische Einstellung offenbaren, zum Nachdenken anregen, das Ende offen lassen, keine glückliche Lösung andeuten, sondern eher die Notwendigkeit einer Sinnesänderung! Das ist sprachlich gekonnt, dahin-

ter steckt ohne Zweifel ein philosophischer Kopf, hier schreibt jemand, der die Menschen kennt, ihnen aufzeigt, wie sie sein wollen und sich geben, aber auch, wie sie wirklich sind. Zwei Beispiele: „Mer hant de Bibel em Rejal stonn / dä Stov dodrop sprich secher bände / ävver / sulang hä net ens mieh beem Wegwische für / e kleen bisje Wirbel sorg en ungs --“. „Se nenne et kritiseere / dobee donnt se jenaunenomme nicks wie meckere / ävver / weil se dobee scheinbar och noch janz möt sech / un ihrer Welt zefrieje sind --“. Das Nachwort von Hans H. Reich und der Klappentext von André Weckmann führen hin zu Soumagne und seinem literarischen Schaffen, eine kleine CD, die beigegeben ist, gestattet, dem Autor selbst zuzuhören; Hans-Jörg Böckeler improvisiert dazu auf dem Klavier. Die Ausstattung des Bändchens durch den Verlag ist vornehm-gediegen. Als Verstehenshilfe für denjenigen, der in der Mundart nicht zu Hause ist, dient ein umfangreiches Glossar. So sind eigentlich alle Voraussetzungen gegeben, daß die Veröffentlichung ein Erfolg wird. Die vielen Soumagne-Verehrer werden sie sich nicht entgehen lassen.

Fd.

Ludwig Hügen: „Watt däm eene sin Üll...“. Sprichwörter in niederrheinischer Mundart.

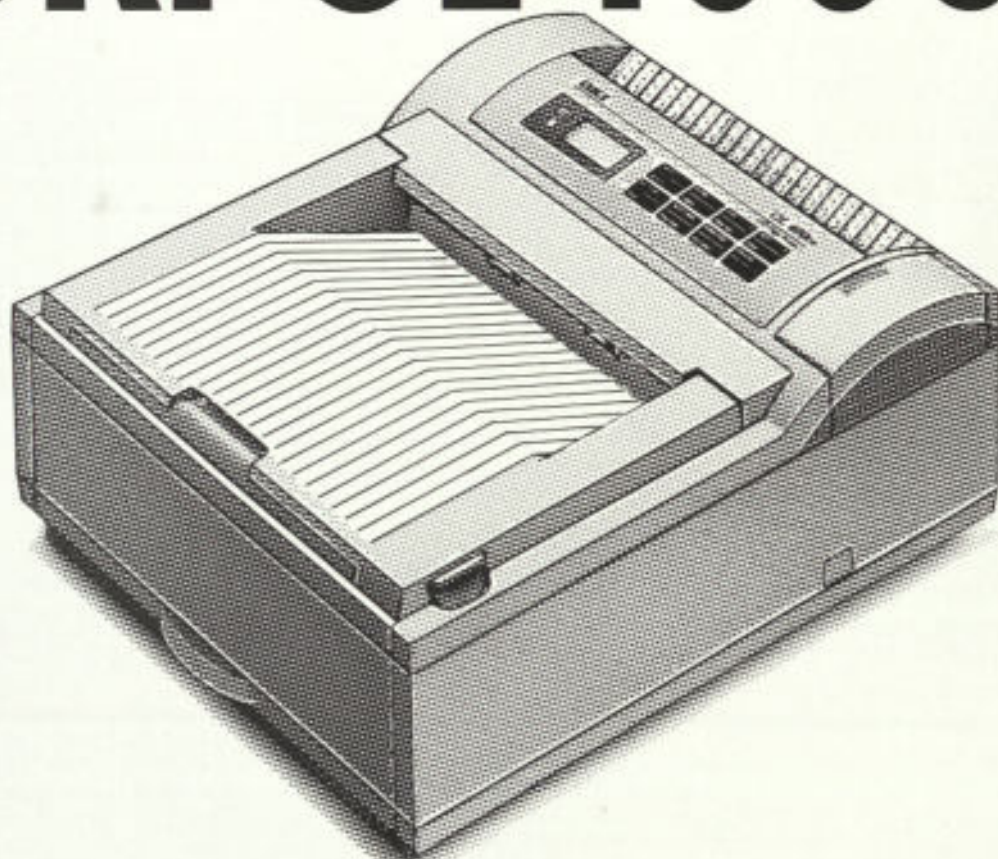
Krefeld 1994

Wie in den beiden letzten Jahren ist auch diesmal wieder ein Bändchen mit niederrheinischen Redensarten und Sprichwörtern, gesammelt von Ludwig Hügen, anzuzeigen. „Watt dä Buur neet käänt...“ und „Watt Hänke neet liert...“, so waren die beiden ersten Sammlungen überschrieben. Ein kleines Museum ist inzwischen entstanden, liebevoll ausgestattet und versehen mit den drollig humorvollen Zeichnungen von Joachim Klinger. Dem Krefelder oder weiter nördlich ansässigen Leser wird es (hoffentlich) nicht schwerfallen, die Redensarten in dem ihm vertrauten Tonfall zu lesen. Das Theo Mülders gewidmete Bändchen bindet neun Sprichwortsträußchen: „Van et Äete on Drenke“, „Vam Wirke on Vullke“, „Van Rieke on Ärme“, „Vam Herrjott on vam Düewel“, „Van Häere on Buure“, „Van Wiefer, vam Fre-e on vam Troe-e“, „Van Dieres, Bööm on Holt“, „Van Nuet on Duet“, „Van et Hölzke op et Stöckske“. Kaum verwunderlich ist, daß die versammelten Sprüche auf vorindustrielle Lebensverhältnisse zurückweisen. Von Geld ist manchmal die Rede, vom bäuerlichen Leben oft, schon einmal auch von einem Schuster. Großstädtisches Leben, Industrie, Technik und Verkehr, gar heutiges Treiben haben sich offenbar bislang nicht als sprichwörtlich erwiesen. So wichtig es ist, das seit langem Überlieferte neu festzuhalten: Es sollte nicht unmöglich sein, auch dem Disco-Fan, dem Computer-Freak oder der Manta-Fahrerin aufs (pardon!) Maul zu schauen. Ob man nicht auch da manches Niederrheinische findet?

Hn

Hochkarätige LED-Technologie im Kompaktformat

OKI OL400ex



Der besonders wirtschaftliche Seitendrucker für professionelle Textverarbeitung und Grafik druckt 4 Seiten/Minute. Große Schriftenauswahl. Schneller RISC-

Prozessor. Attraktives Kompaktdesign. Dank LED-Technologie außergewöhnlich service- und wartungsfreundlich. **OKI**

informatic

Systemhaus für Datenverarbeitung und Telekommunikation
Magdeburger Straße 5 · 47800 Krefeld · Tel. (0 21 51) 44 00-0

Gelduba I



So lebten und starben sie am Rhein

Spannend und fesselnd gibt dieses Buch die Erlebnisse und Entdeckungen wieder, die bei der Suche nach dem römischen Rheinhafen zwischen den Städten Krefeld, Düsseldorf, Meerbusch und Duisburg gemacht worden sind. Dieser Reportfotoband ist nicht nur zu Weihnachten ein Geschenk für Jung und Alt.

Gelduba I

Die versunkene Stadt am Strom

von P. Stüben
ISBN 3-923140-63-0
117 Seiten, 242 Farbabb., 200x290 mm,
brosch., DM 44,- + Porto.
Erschienen im Mai/Juni 1994.

Selecto-Verlag, Pastoriusstr. 137
47809 Krefeld
Telefon (0 21 51) 57 37 77

Vorankündigung!

Gelduba II

Die verlorenen Spuren am Strom

ca. 120 Seiten, 300 Farbabb.,
200x290 mm, brosch., 5/95
Preis: DM 44,-
Subskription DM 36,-
Vorbestellung bis 4/95

Damals nach dem Krieg

Unter diesem Titel legen die SWK (Städtische Werke Krefeld) eine Veröffentlichung zur Wirtschaftsgeschichte vor. Das Heft 1 zur Geschichte des Unternehmens, Schriften und Dokumente, enthält Erinnerungen an die Zeit des Wiederaufbaus nach dem 2. Weltkrieg bei KEG und Krevag. Der Autor Dr. Günter Zipp war von 1946 bis 1977 Technischer Vorstand der Verkehrs-AG und der Krefelder Eisenbahn. Über die ersten Jahre der Nachkriegszeit wird sehr persönlich berichtet.

Mit welchem Mut scheinbar Unlösliches während der Besatzungszeit angegangen wurde, um den Personennahverkehr, der neben dem Fahrrad, soweit vorhanden, das einzige Transportmittel war, auf- und auszubauen, wird anschaulich erzählt. Auch menschliche Schwächen werden nicht unter den Teppich gekehrt. Man erfährt, wie problembeladen die ersten Kontakte zum niederländischen Nachbarn waren. Älteren Lesern kommt Vergessenes wieder in Erinnerung, Jüngere werden manch Neues erfahren. Dieses Stück Zeit- und auch Stadtgeschichte sollte möglichst viele Leser erreichen. Hoffentlich wird diese neue Reihe bald fortgesetzt.

Pi

Der Forstwald 1994

In der Aufmachung und auch im Inhalt ist die Jahresschrift des Bürgervereins Forstwald moderner geworden. Neben dem aktuellen Geschehen: wie Jahresrückblick, Postfrachtzentrum, Flughafen Mönchengladbach u. a. ist eine Einführung in die Mundart von Drickes Pempelfort enthalten. Karl-Heinz Lilla beschreibt im 2. Teil über die Kur- und Badeanstalt im Forstwald den Ablauf der Gründung und die kurze Geschichte dieser Genossenschaft, aufgelockert durch zahlreiche Bilder von zeitgenössischen Postkarten.

Die Diskussion um die Felke-Verein-Bewegung, die sich um die Jahrhundertwende kritisch mit der „ärztlichen Heilkunst“ auseinandersetzte, erinnert etwas an die heutige Diskussion über die Gesundheitsreform. Peter Roth berichtet unter dem Titel „Change of Command Parade“ über die Francisca Barracks im Forstwald und gibt einen Überblick auf die Entstehung. Er erklärt, daß die Axt im Wappen der Northern Army Group auf eine aus dem 6. Jahrhundert stammende Wurfaxt zurückgeht, die bei Erdarbeiten für das britische Hauptquartier in Rheindahlen gefunden wurde. Günter Zipp stellt Klein Jerusalem dar: „Ein Wallfahrtsort vor der Haustür“. Wie er selbst feststellt, ist darüber oft geschrieben worden. Über Gerhard Vynhoven, den Stifter und Erbauer der Kapelle wird berichtet und auch über die Zeit danach mit allen Höhen und Tiefen, bis zur Erwähnung der 400-Jahrfeier.

Pi

Heimatbuch des Kreises Viersen 1994

45. Folge; Hrsg.: Oberkreisdirektor Viersen, Redaktion: Leo Peters

Der 302 Seiten starke Band gesellt sich würdig seinen Vorgängern zu. Die bewährte Einteilung ist beibehalten worden. Aus der Fülle der 29 Beiträge seien einige herausgegriffen: die Vorstellung des neuen Otto-Brües-Freundeskreises durch Eva Brües, verbunden mit einem Text von Otto Brües: „Gedenkblatt auf eine Viersenerin“; eine Arbeit von Gerhard Rehm zum Kempener Stadtjubiläum 1894, passend zu den Feierlichkeiten des Jahres 1994; ein Überblick über die Nutzungen des Kempener Franziskanerklosters seit 1802 (Vera Lüpkes); eine Untersuchung über den Motivwandel bei der öffentlichen Aufstellung von Bildwerken in Viersen vom 17. Jahrhundert bis heute (Arie Nabrings). Peter Burggraaf und Klaus-Dieter Kleefeld verbreiten sich ausführlich über die wertvolle Kulturlandschaft der Bockerter Heide, Herbert Hubatsch läßt die Bemühungen (1938-1990) um die Graureiher der Sekretis Revue passieren. Von besonderem Interesse dürften zwei Arbeiten zur Zeitgeschichte sein: Friedhelm Weinforth setzt sich eingehend mit den Entnazifizierungsverfahren in Kempen auseinander und stellt dabei besonders aussagekräftige Einzelfälle vor; Hans Wolters beschreibt das Leben in der zwangsgeräumten Gemeinde Bracht in der „Stunde Null“. Eine besondere Beziehung nach Krefeld hat der Bericht über die Paul-Kleinewefers-Stiftung und das Eva-Kleinewefers-Haus Heydevelthof (Jürgen Karsten). Insgesamt kann man dem Heimatbuch 1994 erneut bescheinigen, daß es vielseitige und reizvolle Lektüre in reichem Maße bietet und seinen Auftrag, das Bild des Heimatlandes in zuverlässiger und doch lesbarer Weise dem Betrachter näherzubringen, in hervorragender Weise erfüllt.

Fd.

Meerbuscher Geschichtshefte

Heft 10, 1993; hrsg. vom Geschichtsverein Meerbusch

Wieder einmal ist der Umfang dieser nun schon zum 10. Mal erscheinenden Publikation gewachsen (auf 191 Seiten), vor allem, um der 600jährigen Geschichte des Dyckhofes und der früher auf ihm sitzenden Familie von Norprath gerecht zu werden. Kurt Niederer legt den ersten Teil (76 Seiten) einer außerordentlich gründlichen Untersuchung hierüber vor, sprengt damit aber fast den Rahmen eines solchen ortsgeschichtlichen Jahrbuches. Über weitere große im Stadtgebiet von Meerbusch liegende Höfe wird gleich an drei Stellen berichtet, über den Ploeneshof in Osterath (Marie-Sophie Aust), den Hegerhof in Nierst (Vera Meyer-Rogmann), den Werth-

hof in Nierst (Robert Rameil). Wilhelm Toups legt neue Arbeiten zur Auswanderergeschichte vor: „Vom Isselhof an den Cibolo“ sowie zur Ortsnamenforschung: „Stroote und die Strathem-Ortsnamen“. Norbert Schönöding ruft die Erinnerung wach an die „Hessenkriege“ am Niederrhein (1642) und druckt dabei Johann Peter Lenzens Gedicht über die Entstehung der Wallfahrtskirche Klein-Jerusalem neu ab. Von ihm ist auch ein interessanter Beitrag über die ehemalige Gemeindetankstelle in Osterath (1926 - 1932). Lank ist in diesem Band vertreten durch einen kurzen Aufsatz über die dortige Polizei (Egon Thiel). Insgesamt ein respektables Heft, das allerdings auf weite Strecken keine leichte Lektüre darstellt!

Fd.

Heft 11, 1994; hrsg. Vom Geschichtsverein Meerbusch

In diesem Heft, das auf insgesamt 176 Seiten kommt, wird die große Untersuchung von Kurt Niederau über die Herren von Norprath auf dem Dyckhof zu Ende geführt (S. 59 - 95); eine Fortsetzung (4. Teil) ist auch die Arbeit über den Ploeneshof in Osterath (Marie-Sophie Aust), in der viele interessante Einzelheiten über das Leben der Bewohner zwischen 1830 und 1870 mitgeteilt werden. Egon Thiel läßt seinen Ausführungen über die Lanker Polizei neue über die Polizei in Büderich folgen. Wilhelm Toups befaßt sich mit dem Isselhof in Ilverich, in die Zeitgeschichte führen die Erinnerungen von Rudolf Cornelissen (ehemaliger Fichteschüler) an die Flakhelferzeit im Schürkesfeld. Von besonderem Reiz ist der Aufsatz von Herbert Jacobs, der das Heft eröffnet. Er gilt dem Andenken an den Kunstmaler Herbert Böttger, der 1898 in Krefeld geboren wurde und 1954 in Büderich starb. Kein geringerer als sein Freund Ewald Mataré gestaltete ihm den Grabstein. Er war bei Heinrich Nauen in die Schule gegangen und hatte es zeitweilig zu beträchtlichem Ansehen gebracht. Otto Brües widmete ihm 1954 in der „Heimat“ ein Gedenkblatt. Der bewährten Publikation braucht keine Empfehlung mehr mit auf den Weg gegeben werden; bei zu langen, in Fortsetzungen erscheinenden Arbeiten sollte man aber vielleicht etwas Zurückhaltung üben.

Fd.

Jahrbuch 1994/95

hrsg. Vom „Freundeskreis Lebendige Grafenschaft“; Duisburg-Rheinhausen 1994

Seinem Untertitel „Beiträge zur Heimat- und Kulturpflege“ wird das neue Jahrbuch wieder voll gerecht. Der Text umfaßt 157 Seiten, die dicht gefüllt sind mit heimatkundlich interessanten Beiträgen. Die Ortsgeschichte nimmt wieder einen breiten Raum ein, von der Handwerksgeschichte (Holzschuhmacher, Drucker) über die Geschichte der Kirchenglocken bis

hin zu den Ereignissen des Luftkriegs (wobei der Verfasser leider das Buch von Hans Vogt nicht benutzt hat) und des Einmarsches der Amerikaner 1945. An 200 Jahre Franzosenzeit ist gedacht worden, Volkskunde, Archäologie, Landschaftsschutz und Mundart sind vertreten; neben den sachlich informierenden Darstellungsformen fehlt es nicht an persönlichen Zeugnissen. Wer sich fragt, wo „Häk-mäk“ und „Fisternölleken“ herkommen könnten, hier findet er eine Antwort. Die üblichen Jahresüberblicke sind da, die Auflockerung durch Sprüche und Gedichte läßt nichts zu wünschen übrig. Insgesamt bleibt festzustellen: der 11. Jahrgang schließt sich würdig seinen Vorgängern an und bietet jedem anregende Lektüre.

Fd.

Heimatbote Schwalmtal 1994

hrsg. von „Freunde der Amerner und Dilkrather Heimat“, Schwalmtal; alwo-Druck und Verlag, Krefeld; DM 15,-, für die „Freunde der Amerner und Dilkrather Heimat“ DM 12,-

Bewegend sind nach wie vor die persönlichen Erlebnisse während der Zeit des Zweiten Weltkriegs. Pfarrer Heinrich Nötges, aus dessen Dilkrather Pfarrchronik diesmal über das Jahr 1944 auszugsweise berichtet wird, verfügt 1944 über „Drahtfunk“ und „kann nunmehr die amtlichen Meldungen über die feindlichen Einflüge und Angriffe in (seinem) Zimmer hören“. Die Angriffe mehren sich, die Front rückt näher, die Zahl der Toten steigt, die Evakuierung der Dorfbevölkerung beginnt, ein „grauenvolle(s) Jahr“ geht zu Ende. Ergänzt und in ihrer Aussage bestätigt werden diese Notizen durch die „Aufzeichnungen aus dem Kriegsjahr 1944“ von Helene Bongartz sowie durch die „Orts-Chronik 1940 - 1944“

von Willi Arretz und Franz-Josef Cohnen. Kernstück des „Heimatboten“ ist jedoch wie immer die sehr umfangreiche und reich bebilderte „Schwalmtaler Orts-Chronik“, diesmal die des Jahres 1993.

Weitere historische Beiträge beschäftigen sich mit den Waldnieler Bürgermeistern der Zeit von 1939 bis 1956, die Heimatstube in Waldniel wird als „Bilderbuch der Vergangenheit“ vorgestellt, der neue „Leinenwäscherinnen-Brunnen auf dem Marktplatz in Waldniel“ als „schwergewichtiger Teil Waldnieler Tradition“ bewußt gemacht, an die Rektoratsschule in Burgwaldniel erinnert und dem Vermächtnis der Familie Berger-Pielen an die Kirche St. Anton nachgegangen. Die Serie „Ora pro nobis - die Heiligen unserer Heimat“ wird mit der hl. Cäcilie fortgeführt. Mundart, Erzählungen und Gedichte schließen das Ganze zu einem gelungenen Mosaik zusammen.

Obee

Rheinische Vierteljahresblätter

Jahrgang 58, Bonn 1994
darin u. a. Nachrufe auf Georg Droege und Matthias Zender; Beiträge zur rheinischen Reformationsgeschichte; über die territoriale Verwaltung am Niederrhein im Übergang zur Neuzeit; über die wirtschaftlichen Verhältnisse in Nordrhein-Westfalen 1945 - 1948

Rheinische Kunststätten

Heft 389: Stadt Meerbusch
Heft 393: Der Nordpark in Düsseldorf
Heft 395: Gemeinde Grefrath an der Niers

Der Golf mit Happy End. Der neue Golf Variant.

Der neue Golf Variant ist da!
Und von vorn bis hinten bietet er das,
was man von einem Golf erwartet:
vorbildliche Sicherheit, zuverlässige Golf-Qualität
und besonderen Fahrspaß.

Das große Happy End:
der Golf Variant ist 32 cm länger als der Golf.

Der Golf Variant:
der neue Golf mit dem Happy End.



Jetzt bei uns.



TÖLKE & FISCHER Vorsprung durch Leistung

47839 Krefeld-Hüls
Kempener Straße 90-92
Telefon 0 21 51 / 73 11 64

47877 Willich-Münchheide
Hanns-Martin-Schleyer-Str. 2
Telefon 0 21 54 / 42 84 42

47805 Krefeld
Gladbacher Str. 345
Telefon 0 21 51 / 3 39-0

Annalen des Historischen Vereins für den Niederrhein

Heft 196, Pulheim 1994
darin u. a. Beiträge über Landflucht am unteren Niederrhein (13./14. Jahrhundert); Caritas und Mystik (Schwester Emilie Schneider F. C., Oberin in Düsseldorf)

Rheinische Heimatpflege

Heft 4/93 - 3/94
darin u. a. Beiträge über Kulturlandschaftspflege im Rheinland; Landschaftspflege in der Bockerter Heide (Viersen); schutzwürdige Lebensräume; Rechte des Adels im 17. Jahrhundert; historisch-geographische Landesaufnahme des zukünftigen Braunkohlenreviers Gatzweiler II; Naturstein im Bauwesen des linken Niederrheins (Mönchengladbach)

Volkskultur an Rhein und Maas

Heft 2 und 3/93, 1/94
darin u. a. Beiträge über Heimatzeitschriften; den Funktionswandel des Dialekts am unteren Niederrhein; Aspekte obergesellschaftlicher Trinkgewohnheiten im Rheinland vom 17. bis zum 19. Jahrhundert; aktuelle Fragen der Mundartwörterbucharbeit

Geschichtliche Landeskunde der Rheinlande. Regionale Befunde und raumübergreifende Perspektiven. Georg Droege zum Gedächtnis. Hrsg. von M. Nikolay-Panter. Veröffentlichung des Instituts für Geschichtliche Landeskunde der Rheinlande in Bonn; Köln 1994

Edeltrud Klüeting: Antimodernismus und Reform. Zur Geschichte der deutschen Heimatbewegung; Darmstadt 1991

Rheinische Lebensbilder, Bd. 13, Hrsg. von F.-J. Heyen; Rheinland-Verlag, Köln 1993

Erdgeschichte im Rheinland. Fossilien und Gesteine aus 400 Millionen Jahren; hrsg. von Wighart von Koenigswald und Wilhelm Meyer; Verlag Dr. Friedrich Pfeil München

Jörg Engelbrecht: Landesgeschichte Nordrhein-Westfalen (Uni-Taschenbücher 1827) Stuttgart 1994

Der Niederrhein

Heft 1 — 4/94; Hrsg.: Verein Niederrhein; darin Beiträge über den Schmuggel am linken Niederrhein; Luise Henriette, Kurfürstin von Brandenburg; eine Kempen-Beschreibung von 1914; Hochemmerich (Orgelgeschichte) und Friemersheim; die Biologische Station Krickenbecker Seen; den früheren SPD-Parteisekretär Peter Berten aus Hinsbeck (1873 — 1960) und seine Autobiographie (Reprint 1993); das Porträt des aus Uerdingen stammenden letzten Kamper Abtes Bernhard Wiegels in Kempen

Det on dat van osser Platt

hrsg. von Wilhelm Hastenrath, Mönchengladbach
Heft 21: Gedichte und Texte von Johannes Heck
Heft 22: Fastenzeit und Ostertage
Heft 23: Texte aller Art

Natur am Niederrhein

Heft 1 und 2/1993; Heft 1/1994; Hrsg.: Naturwissenschaftlicher Verein zu Krefeld; darin u. a. Beiträge über das Naturschutzgebiet "Die Spey" am Krefelder Rheinufer (3 Folgen); das Torfmoor am Hülser Berg; Tektonische Bewe-

gungen am Viersener Sprungsystem; Fragen und Thesen zur Frühgeschichte des Xantener Raums (eine historische Untersuchung); das Aufkommen von Schimmelpilzsporen am Niederrhein

St. Töniser Heimatbrief

Nrn. 130, 131, 132 (1993/94); Hrsg.: Heimatbund St. Tönis; darin u. a. Beiträge über das Martinsbrauchtum in St. Tönis; die Landesherren von St. Tönis; 40 Jahre Christuskirche; Gestaltung und Herstellung des Heimatbriefes; Menschen in St. Tönis; St. Tönis in alten Ansichtskarten; St. Töniser Vereine

Hülser Heimatblätter

Heft 41/1994; hrsg. vom Heimatverein Hüls; darin u. a. Beiträge über Raubüberfälle in Hüls (1800/1804); Pottbäckersymbole und -sprüche auf dem Hülser Schützensilber; Biberzucht in Hüls; die Wirtschaftsgeschichte von Hüls (19./20. Jahrhundert); den Bildhauer Hans Joachim Albrecht; den Uerdinger Pastor Johann Heinrich Kauffmans (aus Hüls)

Heinz Günter Steinberg: Mensch und Land in Nordrhein-Westfalen. Eine kulturgeographische Landeskunde, Stuttgart 1993

Geschichte des Erzbistums Köln; Zweiter Band (1191 — 1515), Teil 1; von Wilhelm Janssen; Hrsg.: Eduard Hegel; Köln 1994

Ulrich Ritterfeld: Das Kölner Erzstift im 12. Jahrhundert; Rheinisches Archiv, Band 132; Böhlau-Verlag, Köln-Weimar-Wien, 1994

Mantred Koltes: Das Rheinland zwischen Frankreich und Preußen (1814 — 1822); Böhlau-Verlag, Köln-Weimar-Wien 1992

Wolfgang Schieder (Hrsg.): Säkularisation und Mediatisierung in den vier rheinischen Departments 1803 — 1813; Edition des Datenmaterials, 7 Teilbände, Boppard 1992

Thomas Mergel: Zwischen Klasse und Konfession. Katholisches Bürgertum im Rheinland 1794 — 1914; Göttingen 1994

Günther B. Ginzel (Hrsg.): Mut zur Menschlichkeit. Hilfe für Verfolgte während der NS-Zeit, Bd. 1; Rheinland-Verlag, Köln 1993

Die Moderne im Rheinland (Literatur, Musik, Architektur, Kunst); hrsg. von D. Breuer; Köln 1994

Sagen aus dem Rheinland; hrsg. von H.-J. Uther; München 1994

Dialektatlas „Dialekt à la carte“ (57 Karten, 125 Seiten Text); hrsg. von G. Cornelissen u. a. (Rheinische Mundarten 5); Rheinland-Verlag, Köln 1993

Einstellungen und Positionen zur Mundartliteratur (Tagungsergebnisse); Verlag Peter Lang, Frankfurt a.M. 1993

Kristiane Müller: Kulinarisches Paradies Rheinland; Frankfurt/M. 1994

Spielwelten der Kinder an Rhein und Maas, Katalogband; hrsg. vom Amt für rheinische Landeskunde Bonn; Rheinland-Verlag Köln, 1993

Wilhelm Kohl: Kleine westfälische Geschichte; Düsseldorf 1994

Thomas Feldmann: Eisenbahnlandschaft Rhein-Ruhr-Gebiet; Königswinter 1994

Feuer und Flamme — 200 Jahre Ruhrgebiet; Katalogband, hrsg. von Fr.-J. Brüggemeier; Essen 1994

Kleine Geschichten von Rhein und Ruhr; hrsg. von Birgit Rüber, Engelhorn Bucherei, Stuttgart 1994

Helga Mohaupt: Kleine Geschichte Essens, Klartext Verlag, Essen 1993

Inge Litschke: Im Schatten der Fördertürme — Bergarbeiterko-

Ionie Lohberg 1900 — 1980; Mercator-Verlag, 2. Auflage Duisburg 1994

Hanns Dieter Hüsck: Überall ist Niederrhein. Mercator-Verlag, Duisburg 1994

Die Stadt im Mittelalter. Kalkar und der Niederrhein; Hrsg.: Gerhard Kaldewei; Bielefeld 1994

Karl Kossert: Martin Schenk von Nideggen (niederrheinischer Söldnerführer des 16. Jahrhunderts); Mercator-Verlag, Duisburg 1993

Fritz Meyers: „So war es am Niederrhein.“ Leben, Mundart und Brauchtum im Spiegel handwerklicher Berufe. Verlag Butzon & Bercker, Kevelaer 1994

Panneschöpper. Vom Leben der Ziegelerarbeiter am Niederrhein; Schriftenreihe des Heimatvereins Bislich 4; Wesel-Bislich 1993

Heimatkalendar der Kriegszeit (1942 — 45) (Nachdruck); hrsg. vom Historischen Verein für Geldern und Umgegend; 1993

Hans Lorenz (geb. 1929): Graubrot und Rübenkraut; Eine niederrheinische Biographie; Brendow-Verlag, Moers 1993

Der Niederrhein. Zeichnungen, Druckgraphik und Bücher aus der Sammlung Robert Angerhausen; Boss-Verlag, Kleve 1993

Tilman Röhrig: Sagen und Legenden vom Niederrhein; Köln 1994

Willi Fähmann: Der weise Rabe. Das große Willi-Fähmann-Erzählbuch. Arena-Verlag, 1994

Paul Bernds: Wesel — lebendige Stadtgeschichte, Bd. 2, Wesel 1993

Hugo Hartfeld, Bernhard Niemöller: 300 Jahre unter uns. Erläuterungen zur Geologie im Raume Kamp-Lintfort; Rheinland-Verlag, Köln 1994

25 Jahre Gemeinde Kerken. Entstehen und Entwicklung einer neuen Gemeinde; Kerken 1994

Hermann Burghard: Kaiserswerth im späten Mittelalter; Ver-

öffentlichung des Amtes für Rheinische Landeskunde Bonn; Köln 1994

Franz Gruss: Geschichte des Bergischen Landes; Leverkusen 1994

Norbert Grimbach: Die Landschaftsgeschichte von Dormagen; Dormagen 1993

Begegnungen in Mundart — Dialectcontacts; Hrsg. von der Euregio Rhein-Maas-Nord und vom Kreis Neuss; Verlag van Acken, Krefeld 1993

Heinz Peter Mielke, Katharina Guting: Nederrijns Drukwerk. Zweisprachiger Katalog zu einer Ausstellung über niederrheinische Druckgraphik (auch aus Krefelder Betrieben); Provincie Gelderland, 1992

Loca desiderata. Bd. I der neuen Mönchengladbacher Stadtgeschichte; hrsg. von der Stadt Mönchengladbach; Redaktion: Wolfgang Löhr; Rheinland-Verlag, Köln 1994

Museum Schloß Rheydt; hrsg. von Carsten Sternberg; München 1994

Hans Kohner: Generationen in einem Dorf am Niederrhein. Fotodokumentation; 2. Auflage, Nettetal-Hinsbeck 1993

Maria Franken: Niederrheinische Küche — on su-e wo-erd vrö-er en Viersche jekokkd; Bd. 19 der Schriftenreihe „Viersen — Beiträge zu einer Stadt“; Viersen 1993

Os Beäs op Platt 1993; Niederrheinische Mundart heiter und besinnlich; 7. und letzter Band der Reihe; hrsg. von Heinz Köllmann, Alwo-Druck und Verlag, Krefeld 1993

Matthias Kamps; Lobbericher Platt. Wörterverzeichnis von Aap bis Zibbel. Lobberich 1992

Arnold Knüfermann: Grafschafter Mundartlexikon; Rheinland-Verlag, Köln 1993

Literatur am Niederrhein (früher — bis Heft 26 — „Literatur in Krefeld“) Hefte 26 bis 29; verlegt von Klaus Ulrich Düsseldorf; 1993/94

Herbert Slegers: Der Wolkenzähler; Sassafras-Verlag 1994 (Erzählungen, Anekdoten, Sprachspielereien des zur Literatur-Werkstatt von Klaus Ulrich Düsseldorf gehörenden St. Huberter Schriftstellers)

Theo Versteegen: En Feärke op jeleäse; hrsg. vom Bürger- und Heimatverein Krefeld-Traar; Verlag Joh. van Acken, Krefeld 1994

Klaus Otten (Trude Büschgens): Krefelder Küchenlieder mit Rezepten und Eßgewohnheiten aus alter Zeit; Krefeld 1994

Richard Stute (geboren 1926 in Krefeld): Was wir nicht vergessen sollten. Reflexionen eines 21jährigen über die Nazizeit; Frieling-Verlag, Berlin 1994

Frank-Michael Kuhlemann: Modernisierung und Disziplinierung (Untersuchung über das preußische Volksschulwesen — unter anderem in Krefeld — 1794 - 1872); Göttingen 1992

Elisabeth Kremers: Krefeld — ein verlorenes Stadtbild; Bildband; Wartberg-Verlag 1994

100 Jahre Kirche St. Elisabeth von Thüringen Krefeld-Inrath

Kultur im Süden; Stadtteilkulturführer für Krefeld-Süd; hrsg. von der Stadt Krefeld, 1993

Krefeld

Stadt wie Samt und Seide

Zoo, Burg-Linn, Deutsches Textilmuseum, Kunstmuseen, Theater, Erholungspark Elfrather See, Botanischer Garten, Fußball, Eishockey, Galopprennen, Shopping in der City. Ein Besuch lohnt sich immer.



Informationen durch:
Verkehrs- und Werbeamt
Info-Zentrum / Seidenweberhaus
47798 Krefeld, Tel. 0 21 51 / 2 92 93

Personalien/Jubiläen

Paul Günter Schulte,
Leo Peters

50 Jahre alt wurde der Direktor des Krefelder Stadtarchivs Paul Günter Schulte. 1988 trat er die Nachfolge von Dr. Guido Rott-hoff an und ist seitdem unermüdlich bestrebt, sein Institut auszubauen und in der Öffentlichkeit bekanntzumachen. Er hat viele neue Mitarbeiter gewonnen, selbst bei zahlreichen Anlässen aus der Krefelder Geschichte berichtet, in etlichen Gremien mitgewirkt und Verantwortung übernommen bei verschiedenen Projekten, so zum Beispiel bei der in Bearbeitung befindlichen neuen Krefelder Stadtgeschichte und bei der Vorbereitung einer großen Oranierausstellung. Auch die Aktivitäten des dem Stadtarchiv angegliederten NS-Dokumentationszentrums Villa Merländer sind ohne seinen Rat und seine Hilfe nicht zu denken, ebenso wenig wie die Ausbauplanung der stadtschichtlichen Abteilung im Museum Burg Linn. Der Verein für Heimatkunde, in dessen Vorstand er mitarbeitet, dankt ihm für vielfältige Unterstützung nicht zuletzt auch bei der Herausgabe der „Heimat“ und für zahlreiche wertvolle Anregungen. Die herzlichen Glückwünsche der Krefelder Heimatfreunde und aller an der Stadtgeschichte Interessierten begleiten ihn.

Von Paul Günter Schulte führen vielfältige Verbindungslinien zu einer zweiten um die Landesgeschichte des Niederrheins hochverdienten Persönlichkeit, die ebenfalls 50 Jahre alt wurde, zu dem Kulturdezernenten des Kreises Viersen Dr. Leo Peters. Mit seinen vielfältigen Aktivitäten ist er aus der heimatkundlichen Arbeit unseres Raumes gar nicht mehr wegzudenken. Seit vielen Jahren ist er verantwortlich für das Heimatbuch des Kreises Viersen (früher Kempen), für die gewichtige Schriftenreihe des Kreises ist er die treibende Kraft, die Förderung der Archive im Kreisgebiet sowie der Geschichts- und Heimatvereine läßt er sich an-

gelegen sein. Bei Tagungen, Vorträgen, Führungen, immer kann man auf den Rat und die Hilfe des erfahrenen Historikers zählen. Das hat auch der Verein für Heimatkunde Krefeld schon häufig dankbar erfahren dürfen; „die Heimat“ brachte mehrfach Beiträge aus seiner Feder und gratuliert jetzt herzlich.

Fd.

Heinz Büsch, Hans Vogt

Die Vereinsspitze des Vereins Niederrhein wurde mit wenigen Monaten Abstand 70 Jahre alt. Zuerst erreichte Dr. Heinz Büsch dieses Alter, der dreifach in heimatkundlich-denkmalpflegerischer Weise in Krefeld aktiv ist als Geschäftsführer des Vereins Niederrhein, als zweiter Vorsitzender des Vereins für Heimatkunde und als Vorsitzender der Ortsgruppe Krefeld des Rheinischen Vereins für Denkmalpflege und Landschaftsschutz. Um unser Jahrbuch „Die Heimat“ hat er sich gleichermaßen verdient gemacht wie um die Vierteljahresschrift „Der Niederrhein“. Vielfältige Impulse gehen von ihm aus.

Dr. Hans Vogt feierte nicht nur einen runden Geburtstag, er wurde auch mit dem Bundesverdienstkreuz ausgezeichnet. Der ehemalige Beigeordnete der Stadt Krefeld und derzeitige Vorsitzende des Vereins Niederrhein hat in den letzten Jahren vor allem durch umfangreiche schriftstellerische Arbeit auf sich aufmerksam gemacht und die heimatsgeschichtliche Literatur beträchtlich bereichert. Erinnert sei an sein großes Werk über den Luftkrieg in Krefeld, dem er jetzt den Band über die Fliegerei in Krefeld und am Niederrhein folgen ließ, aber auch an seine mit wertvollen Informationen vollgepackten Begleit-Bändchen zu Hauptwanderstrecken des Vereins Niederrhein. Beiden Jubilaren, die zu guten Freunden der „Heimat“ gezählt werden dürfen, gelten herzliche Glückwünsche.

Fd.

Theo Giesberts,
Klaus Sommer

Kurz vor Redaktionsschluß kam die Nachricht, daß einer der treuesten Freunde der „Heimat“, Realschulrektor Theo Giesberts, plötzlich gestorben ist. Sein großes Talent — vor allem im musikalischen und künstlerischen Bereich — hat er immer aufs großzügigste für die Menschen in Traar, wo er im wahrsten Sinne des Wortes zu Hause war, und weit darüber hinaus eingesetzt. Auch der Erforschung der Heimatgeschichte galt stets sein Interesse. Die beiden Traar-Bücher, die er mit herausgab, und mehrere Aufsätze in der „Heimat“ legen davon Zeugnis ab. Bei unzähligen heimatkundlichen Veranstaltungen wirkte er mit, nicht zuletzt auch als Referent; seine Holz- und Linolschnitte — oft mit Motiven aus der Umgebung — hängen in vielen Häusern, zahlreiche Bücher hat er illustriert. Für den Verein für Heimatkunde entwarf er die Neufassung des Signets, die 1993 bei der 75-Jahr-Feier des Vereins erstmalig Verwendung fand. Eng verbunden war er auch seiner Kir-

che, der er auf mannigfache Weise wertvolle Dienste leistete. Der Tod dieses lebenswürdigen, hilfsbereiten, kenntnisreichen und talentierten Heimatfreundes reißt eine schmerzliche Lücke; der Verein für Heimatkunde wird ihm ein ehrendes Gedenken bewahren.

Wenige Tage vorher ging ihm Klaus Sommer in die Ewigkeit voraus, ein weiteres geschichtsbewußtes, an der Heimatarbeit interessiertes, ebenfalls noch im besten Mannesalter stehendes Vereinsmitglied. Noch im letzten „Heimat“-Heft erschien ein sorgfältig recherchierter Aufsatz aus seiner Feder. Die 1986 in der Sparkasse gezeigte Ausstellung über Krefeld unter Friedrich dem Großen sowie das dazu erschiene schöne Begleitheft waren in erster Linie sein Werk. Gerne beteiligte er sich an den Diskussionen beim heimatkundlich-denkmalpflegerischen Stammtisch im Haus Uhlen. Er wird vielen fehlen.

Fd.



Theodor Giesberts; Egelsbergmühle

Renate Gerlach,
Bernd Päßgen

Die Albert-Steeger-Stipendien 1994 gingen an zwei bereits mit vielen Veröffentlichungen hervorgetretene junge Wissenschaftler. Renate Gerlach wurde für ihre Arbeiten im Grenzbereich von Geologie, Archäologie und Geschichtswissenschaft ausgezeichnet. Unter anderem hat sich die jetzt in der Bodendenkmalpflege tätige Stipendiatin mit dem Eintritt der ersten Menschen in die Flußauen von Main und Rhein beschäftigt.

Auch Bernd Päßgen ist Bodendenkmalpfleger. Bei seinen ersten wissenschaftlichen Untersuchungen als Archäologe ging es um die rheinische Frühgeschichte; inzwischen gehört er zu den Spezialisten für die Zeit des Übergangs zum Mittelalter. Bei seinen Ausgrabungen auf dem römisch-fränkischen Friedhof an St. Severin in Köln haben sich interessante Parallelen zu den Grabungsergebnissen in Gellep gezeigt. Im Braunkohlenrevier stellte er aufschlußreiche Untersuchungen an vom Abbau betroffenen frühneuzeitlichen Siedlungen an.

Fd.

Hans Mertens,
Jürgen Steinert

Der Verein für Heimatkunde hat den Tod zweier Mitglieder zu beklagen, die mehr waren als nur Bezieher der „Heimat“. Dr. Hans Mertens, geborener Westfale und von Beruf Geologe, war von 1953 bis 1981 in Krefeld am Geologischen Landesamt tätig, wo er besonders im Bereich der Bodenkunde arbeitete. Für den Verein für Heimatkunde hat er jahrelang das Amt des Kassenprüfers ausgeübt und in sachlich-humorvoller Weise seine Berichte erstattet. Mit großem Interesse verfolgte er die Arbeit der Landesgeschichte.

Von Jürgen Steinert spricht zwar in Krefeld kaum noch jemand. Trotzdem sollte er nicht ganz vergessen werden. Als Ratsherr der F.D.P. hat er sich warm für die Kulturinstitute in

der Stadt eingesetzt. Anfang der 80er Jahre war er Bürgermeister und Vorsitzender des Kulturausschusses. Für den Verein für Heimatkunde hatte er immer ein offenes Ohr.

Fd.

Wilhelms Toups,
Alfons Evers

Eine besondere Ehrung wurde unserem geschätzten „Heimat“-Autor und langjährigem Mitglied des Vereins für Heimatkunde Wilhelms Toups zuteil. Anfang August weilte eine Gruppe von 49 Deutsch-Amerikanern aus Loose Creek, Missouri, in Meerbusch. Während des Empfangs der Gruppe durch den Bürgermeister der Stadt Meerbusch, Dr. Lothar Beseler, sprachen die beiden Reiseleiter, Mr. Joseph Muenks und Mr. Hubert Bescheinen, Wilhelm Toups Anerkennung aus für seine Auswandererforschung, die er im Almanach für den Kreis Neuss, in der „Heimat“ und in den Meerbuscher Geschichtsheften veröffentlicht hat. Als Dank überreichten sie ihm eine Nachbildung des 1992 in Loose Creek aufgestellten Gedenksteins mit den Namen der ersten deutschen Siedler dort.

Eine ganz andere, aber ebenfalls erwähnenswerte Ehrung erhielt der Krefelder Entomologe Alfons Evers. Für seine Untersuchungen auf dem Gebiet der Insektenkunde verlieh ihm die Philipps-Universität in Marburg die Ehrendoktorwürde.

Fd.

Werner Böcking

Einer der rührigsten „Heimat“-Autoren, der Xantener Schriftsteller und Heimatfreund Werner Böcking, feierte seinen 65. Geburtstag. Das Schreiben ist ihm zur zweiten Natur geworden. Erzählungen und Gedichte, viele mit autobiographischem Hintergrund, wechseln mit gründlich recherchierten materialgesättigten Sachtexten. Basis seines Denkens, Fühlens und Arbeitens ist der Niederrhein. In Homberg in eine Rheinschifferfamilie hineingeboren, fand er schließlich (1958 -

1989) seinen Hauptberuf als archäologischer Zeichner bei den Xantener Ausgrabungen. Seine großen Publikationen befassen sich alle mit den bereits genannten Bereichen: Rheinschiffahrt, Fischfang am Niederrhein, Xanten und die Römerzeit. Er verfügt über ein von ihm in langer Kleinarbeit aufgebautes vorzügliches Archiv zu diesen Themen. Von dem unermüdeten Arbeiter, dessen Bücher große Verbreitung gefunden haben, ist noch manch eine interessante Veröffentlichung zu erwarten. „Die Heimat“ gratuliert herzlich.

Fd.

Norbert Rutten,
Wilhelm Gobbers

Zwei heimatbewußte Krefelder, aus stadtbekanntesten katholischen Familien stammend und der „Heimat“ als Autoren verbunden, hatten Anlaß zu feiern: Norbert Rutten, der Pfarrer von St. Bonifatius in Stahldorf, wurde 65, Wilhelm Gobbers, langjähriges Ratsmitglied und in vielen Ämtern bewährt, erhielt das Bundesverdienstkreuz. Beide haben sehr bewußt die Notzeit der kirchlich gebundenen Jugendlichen unter dem Nationalsozialismus und in den Kriegsjahren erlebt und können lebendig darüber berichten. Norbert Rutten hat sein Augenmerk außerdem besonders der frühen Geschichte der Dionysiuskirche geschenkt.

Fd.

Ludwig Blum, Franz-Josef
von der Hocht, Stefan Kress

Das hohe Alter von 85 Jahren erreichte Ludwig Blum. Unermüdet hat er sich seit vielen Jahren für Fischeln eingesetzt und Beiträge zur Fischelner Geschichte veröffentlicht. Nicht wenige davon erschienen in der „Heimat“. Auch als Leiter der dortigen Verwaltungsstelle hat er in diesem Ortsteil Spuren hinterlassen und mitgeholfen, daß die alten Traditionen nicht ganz in Vergessenheit geraten. Viel verband ihn mit Franz Heckmanns. Dem langjährigen Mitglied des Vereins für Heimatkunde sei nachträglich herzlich gratuliert!

War Fischeln der Hauptwirkungskreis für Ludwig Blum, so ist es Oppum für Franz-Josef von der Hocht. Der Maler- und Lackierermeister, der auch in verschiedenen berufsständischen Gremien ehrenamtlich tätig ist, setzt sich seit Jahren unermüdet für seinen Stadtteil ein, vor allem im Bürgerverein und in der Schutzengelkirche. 1984 wurde er bereits mit dem Stadtsiegel ausgezeichnet, jetzt erhielt er das Bundesverdienstkreuz.

Auch dem mit Krefeld eng verbundenen Textilunternehmer Stefan Kress wurde das Bundesverdienstkreuz verliehen. Er erhielt es vor allem für seine Verdienste im sozialen Bereich

BAYEN
DAS HAUS DER LEDERWAREN

Etienne Rigner

Samsonite

Ostwall 132 · Krefeld

und für seine vielfältigen ehrenamtlichen Tätigkeiten in industriellen Gremien, nicht zuletzt als Vizepräsident der Industrie- und Handelskammer Mittlerer Niederrhein.

Fd.

Bernd Giesbertz, Josef Stangenberg, Toni Matura, Maria Stockhausen

Drei Krefelder Ratsherren, die es alle nie an heimatkundlichem Interesse haben fehlen lassen, konnten runde Geburtstage feiern. Bernd Giesbertz wurde 65 Jahre alt. In seinem Einsatz für Traar läßt sich der Bürgerversand-Vorsitzende von niemandem übertreffen. Die Erhaltung und behutsame Weiterentwicklung des Ortsbildes liegt ihm ebenso am Herzen wie die Pflege von Mundart und Brauchtum. Besondere Verdienste hat er sich um die Herausgabe der beiden Traarer Heimatbücher erworben.

Was Bernd Giesbertz für Traar ist, ist Josef Stangenberg für Fischeln und Königshof. Auch er wurde 65. Wo immer Veranstaltungen oder Publikationen sich mit Fischelner Fragen beschäf-

tigen, ist er dabei: anregend, helfend, Verantwortung übernehmend, zum Beispiel als Herausgeber der „Fischelner Woche“. Durch seine engagierte Mitarbeit im Denkmalausschuß, einige Zeit als Vorsitzender, hat er sich große Verdienste um die Gesamtstadt erworben.

Auf 60 Lebensjahre konnte Toni Matura zurückblicken. Er, dessen Hauptarbeitsgebiet die Stadtplanung ist, bemüht sich seit langem darum, die Erhaltung und Gestaltung des äußeren Bildes unserer Stadt in Einklang zu bringen mit den Interessen Bauwilliger und den Erfordernissen modernen Städtebaus. Als Mitglied im Kulturausschuß hat er auch an den Nöten und Problemen der Krefelder kulturellen Einrichtungen lebhaften Anteil genommen.

Das gilt ebenso für eine Frau, die sich als Mitglied des Stadtrates besonders in der Kultur engagiert: Maria Stockhausen. Sie feierte ihren 50. Geburtstag. Ihr Herz schlägt insbesondere für das Krefelder Theater, das in dieser Zeit Hilfe und Förderung so nötig hat wie selten zuvor.

Fd.

Wolfram Viehweg

Professor Dr. Wolfram Viehweg gehört zu den Menschen, die für moderne kulturelle Entwicklungen aufgeschlossen sind und sich doch den Sinn für das geschichtlich Gewachsene bewahrt haben. Der bis vor kurzem an der Fachhochschule Münster lehrende, vorher in verschiedenen Aufgaben am Theater tätige, heimatbewußte Sohn der Rheinstadt Uerdingen erhob und erhebt immer seine Stimme, ohne auf Beifall zu schießen oder sich wichtig tun zu wollen, wenn er sieht, daß kulturelle Werte in Gefahr geraten, von kurzatmigen Moden verdrängt oder aus rein wirtschaftlichen Erwägungen heraus mißachtet zu werden drohen. Dann wird der lebenswürdige Zeitgenosse zum engagierten, wortgewandten Kämpfer, dem die wohl bedachten Argumente nicht ausgehen. Dem Verein für Heimatkunde ist er seit langem verbunden, für den Freundeskreis Otto Brües hat er sich warm eingesetzt, die Arbeit der Krefelder Kulturinstitute hat er mit großem Sachverstand und innerer Anteilnahme begleitet. Daß er aus dem Kulturausschuß der Stadt ausschied, ist ein spürbarer Verlust. „Die Heimat“ gratuliert nachträglich herzlich zum 65. Geburtstag.

Fd.

Karlheinz Brocks,
Johannes Cladders

Zweier 70-jähriger gilt es, ehrend Erwähnung zu tun: Karlheinz Brocks und Johannes Cladders. Gemeinsam haben sie in vorderster Linie den Otto-Brües-Freundeskreis mit aus der Taufe gehoben, auch die Mitgliedschaft im Verein für Heimatkunde ist ihnen gemeinsam. Professor Karlheinz Brocks wird vor allem als Gründungsrektor der Fachhochschule Niederrhein in Erinnerung bleiben. Aber auch sein Humor und seine künstlerischen Talente, die er immer wieder unter Beweis stellt, sichern ihm einen Platz in den Herzen vieler Menschen. Während er erst in seiner zweiten Lebenshälfte zum Krefelder wurde, ist Professor Johannes

Cladders hier geboren, Sohn des vor allem durch seine bekannten Hinterglasmalereien bekannt gewordenen gleichnamigen Künstlers. Nach einer Assistentenzeit bei Paul Wember an den Krefelder Kunstmuseen wurde er Direktor des Abteiberg-Museums in Mönchengladbach; in seine Zeit fiel die Errichtung des von Professor Hans Hollein entworfenen Neubaus, der in der Fachwelt so viel Aufsehen erregte. Seine Verdienste um die moderne Kunst wurden durch die Verleihung des Professoren-Titels gewürdigt.

Fd.

Herbert Zangs,
Klaus Peter Noever

Zwei Krefelder Künstler wurden im vergangenen Jahr aus Anlaß runder Geburtstage mit Ausstellungen geehrt. Von Herbert Zangs, einem „enfant terrible“ längst vergangener Zeiten, gab es im Kunstverein unbekanntere Arbeiten, vorwiegend aus den 50er Jahren, zu sehen. Zu seinem 70. Geburtstag erhielt er auch die Stadthehrenplakette. Die Galerie Fochem II hatte ihm vorher schon eine Werkübersicht gewidmet. Dieselbe Galerie zeigte auch eine Retrospektive von Klaus Peter Noever, der 65 wurde. Er studierte Malerei und Innenarchitektur an der alten Krefelder Werkkunstschule und bekam schon 1955 von der Stadt den Kunstpreis des Niederrheins verliehen. Sich selbst bezeichnet er als „einen der wenigen Plastiker in Krefeld“ (mit Arbeiten in Metall, Schiefer, Keramik und anderen Materialien). Bei der Ausgestaltung des Nordbahnhofs war er maßgeblich beteiligt. Gerne erinnert er sich seiner Diskussionen mit Joseph Beuys, mit dem er lange engeren Kontakt hatte.

Fd.

Alice Lindel,
Annemarie in der Au

Zwei bekannte Krefelder Autorinnen feierten runde Geburtstage. Alice Lindel, deren erstes Buch „Nette Leute hier und heute“ 1970 erschien, wurde 90 Jahre. Schon in den 50er Jahren publizierte sie in verschie-



Heinz Steinmetz GMBH
Sanitäre Anlagen - Zentralheizungen

Zentrale
für
Sanitär und Heizung
SB und Fachberatung

47798 Krefeld
Fabrikstr. 14
Tel. 60 11 66

denen Zeitungen und Zeitschriften; auch in der „Heimat“ ist sie vertreten. Während sie aus Krefeld stammt, ihr Großvater war der bekannte Papierhändler Heinrich Halfmann, kommt Annemarie in der Au, die ihren 70. Geburtstag beging, aus Tilsit. Vielfältige literarische Arbeiten haben sie in Krefeld, wo sie seit 1950 lebt, und darüber hinaus bekannt gemacht und ihr etliche Auszeichnungen eingetragen. „Die Heimat“ gratuliert beiden Damen herzlich.

Fd.

Hubert Schirneck,
Herbert Genzmer

Träger des Niederrheinischen Literaturpreises für 1993 ist Hubert Schirneck, der nicht mehr am Niederrhein lebt, von dem aber noch 1992 im Verlag Düsseldorf Presse Krefeld die Erzählung „Das Fest“ erschien. Seine letzte Veröffentlichung, in Passau herausgekommen, trägt den Titel „Ausordnen“ und enthält 22 Gedichte; sie ist bibliophil aufgemacht (wie auch „Das Fest“, das von Alfred Pohl mit Holzschnitten illustriert wurde).

Ein echter Krefelder ist der Literaturpreisträger 1994 Herbert Genzmer (Geburtsjahr 1952), der mit seinen Romanen, als letzter erschien im Insel-Verlag „Das Amulett“, schon oft von sich reden machte. Nach Jahren in Amerika, wo er in Linguistik promovierte, und Aufenthalten in Singapur und Spanien, lebt er jetzt meist in München, hält aber Kontakt zu seiner Heimatstadt Krefeld. In Ulrich Düsseldorf Zeitschrift „Literatur am Niederrhein“ sind mehrere Texte von ihm erschienen. Sein Erstlingsband „Cockroach Hotel“ (1986) trägt auch autobiographische Bezüge.

Fd.

Design in Krefeld

Vor genau 90 Jahren, am 1. Oktober 1904, wurde die „Handwerker- und Kunstgewerbeschule zu Krefeld“ gegründet, die Keimzelle des heutigen Fachbereiches Design in der Fachhochschule Niederrhein. Das immer noch an der Petersstraße domizilierende Institut

hat zwar viele Namen gehabt, am bekanntesten: Werkkunstschule (1949 – 1971), ist seiner Gründungsidee aber weitgehend treu geblieben. Immer ist es um Gestaltung gegangen, um den Dreiklang von Funktion, Konstruktion und Form. Bedeutende Lehrer haben in Krefeld gewirkt, Maler, Glasmaler, Grafiker, Keramiker, Bildhauer, Architekten, Textilkünstler; Namen wie Thorn-Prikker, Kadow, Muche, Wimmer, Dresler, Bertlings, Biebricher sprechen für sich. Nicht minder eindrucksvoll ist die Liste der bekannten ehemaligen Schüler. Vor kurzem hat der Fachbereich eine 90seitige Broschüre herausgegeben, in der Einblick gegeben wird in die gestalterische Praxis aller Studiengänge.

Fd.

Förderverein Paramentenweberei Hubert Gotzes

Im Jahre 1993 trat ein neuer Verein an die Öffentlichkeit, der sich die Erhaltung der Paramentenweberei Hubert Gotzes zum Ziel gesetzt hat. Dieses 1905 gegründete und an der Luisenstraße gelegene Unternehmen, das 1990 seinen Betrieb einstellte, ist weitgehend in dem Zustand verblieben, in dem es in der Anfangszeit aufgebaut wurde mit Handwebstühlen für die traditionelle Jacquard-Technik und Zubehör. Als einzigartiges technisches Denkmal kann es sowohl sichtbares, durch Führungen in weiten Kreisen bekannt zu machendes Zeichen des wichtigsten Zweiges der Krefelder Wirtschaftsgeschichte sein als auch Lehr- und Lernobjekt für Studenten der entsprechenden Bereiche der Fachhochschule Niederrhein. Dem Verein ist ein voller Erfolg zu wünschen.

Fd.

Rotes Kreuz Uerdingen, TV Oppum, Prinzengarde der Stadt Krefeld

Auf drei ganz unterschiedliche Vereinigungen, die alle 1994 „jubilieren“ konnten, sei unter dieser Überschrift hingewiesen. Das 100jährige Bestehen des Uerdinger DRK-Ortsvereins hat

dessen Vorsitzender Dr. Hans Vogt zum Anlaß genommen, einen inhaltsreichen geschichtlichen Abriß zu veröffentlichen, der jedem interessierten Heimatfreund warm empfohlen werden kann. Der Titel lautet: „Hundert Jahre unter der Flagge des Roten Kreuzes in Uerdingen am Rhein 1894 – 1994“.

Sein Hundertjähriges konnte auch der ruhmreiche Turnverein Oppum feiern, der 1894 aus der Gesellschaft „Gemütlichkeit“ entstand. Zunächst machte man mit Turnerfolgen auf sich aufmerksam. Dann wurde (1922) eine Handballabteilung gegründet. Mit ihr schaffte es der Verein, dreimal (1931, 1966 und 1968) die deutsche Meisterschaft im Feld-Handball zu erringen.

Die Krefelder Prinzengarde, die 1914, also vor genau 80 Jahren, aus Mitgliedern des Allgemeinen Turnvereins heraus entstand, versteht sich aufs Feiern, und das nicht nur in der Karnevalszeit. Vor nicht allzu langer Zeit konnte sie sich die alte Feuerwache hinter dem Bockumer Rathaus in Eigenarbeit als Vereins-Domizil herrichten und wird von da auch sicher noch oft zu ihren großen Auftritten im Krefelder Karneval aufbrechen.

Fd.

Buchhandlung Plaeschke

Stolze 150 Jahre alt wurde am 1. Dezember 1993 die Buchhandlung Plaeschke. 1843 von Eduard Gehrich als Buch- und Kunsthandlung in der Hochstraße gegründet, ging sie dreißig Jahre später an den aus Düsseldorf stammenden Buchhändler und Literaten Moritz Plaeschke über, der schon mehrmals in „Heimat“-Artikeln gewürdigt wurde. Vier Generationen der Familie gaben dem Unternehmen, das heute von Klaus Neschkes geführt wird, sein Gesicht. 1911 bezog die Firma ein Ladenlokal im neu erbauten Krefelder Hof an der Ecke Ostwall / St.-Anton-Straße, seit 1938 befindet sie sich an ihrem jetzigen Platz in der Rheinstraße, wo sie nach der völligen Zerstörung beim Bombenangriff 1943 wieder aufgebaut und inzwischen mehrmals

umgestaltet und erweitert wurde. Die Heimat-Literatur fand bei Plaeschke immer viel Beachtung. Das Krefelder Jahrbuch „die Heimat“ gratuliert herzlich.

Fd.

Männergesangsvereine Hüls, Inrath und Oppum

In drei Krefelder Stadtteilen hatten die Sänger 1994 Grund zu feiern: in Hüls, wo einer der ältesten Männerchöre am Niederrhein, der MGV 1844 Hüls, sein 150jähriges Bestehen feierte, am Inrath, wo der Männergesang seit 125 Jahren blüht, die mit dem dortigen Männergesangsverein vereinigte Chorgemeinschaft Gartenbau Nord besteht seit genau 60 Jahren, und in Oppum, wo 1874 als Gründungsjahr festgehalten ist. Jeder der drei Vereine konnte interessante Details aus seiner Vereinsgeschichte berichten; aber auch Fragen nach der Zukunft dieser in Krefeld einst stark vertretenen Bewegung blieben nicht aus.

Fd.

Firmen Grüttner, Stübben, Boeckstegers, Reich

Gewerbliche Familienunternehmen, die auf eine 100jährige Geschichte stolz sein können, gab es im vergangenen Jahr mehrfach zu verzeichnen. Der Polsterer- und Dekorateurbetrieb Grüttner feierte bereits im Dezember 1993 am Dampf-mühlenweg. Ganz in der Nähe hat sich die Sattlerei Stübben erhalten, die inzwischen zu einer großen, weit über Deutschland hinaus bekannten Fachfirma für Reitsportartikel herangewachsen ist. Das angesehene Fleischer-Unternehmen Boeckstegers ist bereits in der vierten Generation an der Marktstraße erfolgreich tätig. Hundert Jahre in der Druckbranche hat die Firma Reich an der Untergath hinter sich, die die Tradition der 1894 auf der Ritterstraße gegründeten Druckerei Lambertz fortsetzt.

Fd.

Kaufhof, tewells

Ein bedeutendes Einzelhandelsunternehmen, der „Kaufhof“ konnte auf eine 90jährige Geschichte am Ort zurückblicken. Am 20. Oktober 1914 eröffnete die Firma Leonhard Tietz in Krefeld an der Ecke Friedrichstraße/St.-Anton-Straße ihre 13. Filiale in einem sehr ansehnlichen, dem Jugendstil verpflichteten Neubau. Fortan ging man in Krefeld, wenn man ein großzügig gestaltetes Kaufhaus suchte, „nach Tietz“. 1928 gab es eine Erweiterung und Modernisierung, 1933 wurde aus der jüdischen Firma Tietz die „Westdeutsche Kaufhof AG“, 1943 kam die völlige Zerstörung des schönen Krefelder Hauses. Das heutige Kaufhof-Gebäude am Neumarkt entstand 1952; 1962, 1987 und 1993 erfuhr es Um- und Anbauten (Parkhaus). Die Verkaufsfläche ist auf 14 000 Quadratmeter gestiegen.

Noch älter, nämlich 100 Jahre, ist die bis heute im Familienbesitz befindliche Firma „tewells“ (Theo Wellen), die in einem Neubau im Gewerbegebiet Gartenstadt untergebracht ist und dort 180 Mitarbeiter beschäftigt. Das Unternehmen der Nahrungsmittelbranche, das auch ins europäische Ausland exportiert, wurde von Remigius Wellen gegründet, der 1894 mit der Produktion von Cremepulver für Bäckereien begann.

Fd.

Haus Greiffenhorst,
Friedenskirche, Hauptpost,
St. Johann,
St. Elisabeth (Inrath)

Fünf bedeutende Krefelder Gebäude gilt es, in diesem Jahr besonders ins Blickfeld zu rücken. Da ist zunächst das reizvolle Sommerhaus des berühmten Krefelder Kaufmanns Cornelius de Greiff, das vor 150 Jahren fertiggestellt wurde, 1924 an die Stadt Krefeld überging und 1974 nach schweren Kriegsschäden wieder in alter Schönheit entstand.

Da ist zweitens die evangelische Friedenskirche am Luisenplatz, deren Einweihung am

9. September 1874 stattfand und zu deren 120jährigem Bestehen jetzt eine kleine Festschrift erschien. Die Kirche, deren Architekt August Hartel war, wurde nach dem Frieden von Frankfurt (1871) benannt, der den deutsch-französischen Krieg beendete. Ihr hoher spitzer Turmhelm wurde nach der Zerstörung im Jahre 1943 nicht mehr aufgesetzt; der Wiederaufbau der Kirche, für den der dem Verein für Heimatkunde sehr nahestehende Architekt Ernst Schäfer verantwortlich war, vollzog sich in den Jahren 1955 bis 1957.

Eine 100jährige Geschichte weist die Hauptpost am Ostwall auf, die 1894 feierlich eröffnet wurde. 1891 hatte man auf ehemaligem von Heimendahl'schen Gelände den ersten Spatenstich für das repräsentative Gebäude gemacht, das 1943 bei dem schweren Bombenangriff auf Krefeld in Schutt und Asche fiel. 1954 konnte das Gebäude offiziell wieder in Dienst gestellt werden; von der Wiedererrichtung der gewaltigen Kuppel nahm man allerdings Abstand.

Ebenfalls 100 Jahre alt wurde Krefelds größte Kirche, die 1894 im Südbezirk eingeweihte Kirche St. Johann Baptist, die von dem bekannten Kirchenbau-Architekten Josef Kleesattel entworfen worden war. Genaueres hierüber ist in Jahrgang 61 (1990) der „Heimat“ nachzulesen, die auch über die anderen Gebäude verschiedentlich berichtet hat.

Schließlich feierte auch die inrather Elisabethkirche ihr Hundertjähriges. 1892 waren die Kapuziner am Inrath tätig geworden. Zwei Jahre später konnte ihre im neo-romanischen Stil erbaute Kirche geweiht werden. 1920 wurde ein Pfarr-Rektorat errichtet, 1971 erhielt es den Status einer selbständigen Pfarre. Beim Großangriff auf Krefeld 1943 blieben von St. Elisabeth nur noch Trümmer übrig. 1951 entstand die heutige schlicht-würdige Kirche; das Kloster wurde 1993 vom Kapuziner-Orden aufgegeben. Zum Jubiläum erschien eine hübsche Festschrift.

Fd.

Corrigenda

– In der Arbeit über Dr. Franz Kloidt (die Heimat 64/1993) ist auf Seite 67 ein Foto wiedergegeben, auf dem die stehende Person mit Dr. Dohr (?) bezeichnet ist. Etliche Leser riefen in dieser Sache an und teilten mit, daß es sich zweifelsfrei um den damaligen Beigeordneten Walter **Nettelbeck** handelte.

– Ein Leser machte darauf aufmerksam, daß es in dem Aufsatz über Johann Heinrich Pielen (die Heimat 64/1993) auf den Seiten 103 und 104 heißen muß: Klever Str. 10 früher Moersische Str. 42.

Hinweis

Diesem Jahrgang liegt ein **Faltblatt** bei, das dazu dienen soll, weiteren Mitbürgern und Mitbürgerinnen eine **Mitgliedschaft im Verein für Heimatkunde** nahezubringen. An alle Leser ergeht die herzliche Bitte, guten Gebrauch von dieser kleinen Werbehilfe zu machen. Interessenten gibt es erfahrungsgemäß genug; oft bedarf es nur eines kleinen Anstoßes, und ein neues Mitglied ist gewonnen. Weitere Exemplare des Faltblattes können telefonisch angefordert werden (0 21 51 / 50 31 70 oder 0 21 51 / 31 26 52).

Wir bauen himmlisch



Suchen Sie?..

- eine Eigentumswohnung
- eine Arztpraxis
- ein Ladenlokal
- oder Büroräume.

Sprechen Sie mit uns!

HAMBLOCH
BERAT · PLANT · BAUT
SCHLÜSSELFERTIG



☎ (0 21 51) 3 09 30

Bildnachweis

- R. Wilkes Abb. 1, 7 R. Wilkes, Krefeld
 Abb. 2—6, 8—10 Presseamt der Stadt Krefeld
- G. Opdenberg Abb. 1 aus: E. Köppen: Krefeld in alten Ansichten; Zaltbommel 1976, Abb. 73
 Abb. 2—4, 6—13 u. 15 G. Opdenberg, Krefeld
 Abb. 5 C. Hilgers, Krefeld
 Abb. 14 aus: E. Köppen: Altes Krefeld; Frankfurt a.M. 1978, S. 56
 Abb. 16 Zeichnung von E. Hoff, Krefeld, in der „Westdeutschen Zeitung“ vom 11. April 1959
 Abb. 17 Vermessungs- und Katasteramt der Stadt Krefeld; Krefeld Flur 16 Anhang 1851
- M. Boekels Abb. 1 Flugblatt; Original: K. Marcus, Viersen
 Abb. 2 aus: „Westdeutsche Zeitung“ vom 1. März 1945
 Abb. 3 Plakat; Original: Stadtarchiv Krefeld
- F. L. Mand Abb. 1—5 F. Mand sen. †
 Abb. 6 aus: H. Vogt u. H. Brenne: Krefeld im Luftkrieg 1939—1945; Bonn (Röhrscheid) 1986, S. 395. — [Krefelder Studien 3]
- H. Hüttenes Abb. 1 Kreisarchiv Kempen (heute Medienzentrum Kreis Viersen)
 Abb. 2 H. Reimann, Krefeld
 Abb. 3 E. Cremer, Krefeld
 Abb. 4—7 u. 11 Stadtarchiv Krefeld
 Abb. 8 Nordrhein-Westfälisches Hauptstaatsarchiv, Düsseldorf
 Abb. 9 u. 10 aus: Amtsblatt für den inneren Dienstbetrieb der Stadtverwaltung Krefeld, Jg. 10, Nr. 50, vom 16. Dezember 1944
 Abb. 12 Plakat; Original: Stadtarchiv Krefeld
- H. P. Hansen Abb. 1, 2, 4
 7, 8 u. 10 Stadtarchiv Krefeld, Bildsammlung
 Abb. 3 a u. b Stadtarchiv Krefeld, B4/2125
 Abb. 5, 6 u. 9 Stadtarchiv Krefeld, Zeitungsbestand
 Abb. 10 Presseamt der Stadt Krefeld, Bildstelle
- J. Lilla Abb. 1 Stadtarchiv Krefeld 9/204 [1a, c und d] u. 4/2503 [1b; Originalstempel 65 II/40]
 Abb. 2 u. 4 Uerdinger Heimatbund
 Abb. 3 Preußische Gesetzsammlung 1933, S. 259
 Abb. 5, 9 u. 15 Stadtarchiv Krefeld, Bildsammlung
 Abb. 6, 7 u. 10 Rheinische Landeszeitung [Volksparole], Nr. 119, vom 2. Mai 1938
 Abb. 8 Stadtarchiv Krefeld 9/203
 Abb. 11 Stadtarchiv Krefeld, Bildsammlung; Uerdinger Heimatbund
 Abb. 12 Stadtarchiv Viersen, Bildsammlung
 Abb. 13 Privatbesitz L. Fuhrrott, Mainz
 Abb. 14 Rheinische Landeszeitung — Volksparole (Viersen) vom 6. Februar 1939
- H. J. Küsters Abb. 1—9 Bildarchiv H. J. Küsters, Krefeld
 H. Steffens Abb. 1—10 Stadtarchiv Krefeld
 W. Stratmann Abb. 1—6 Stadtarchiv Krefeld
 I. Knierbein Abb. 1 U. Thorn-Prikker, Köln
 Abb. 2 Archiv I. Knierbein, Köln
 Abb. 3 aus: K. Rossa: Musikstadt Köln; Köln (Wienand) 1986, S. 30
 Abb. 4, 5 u. 7 Stadtarchiv Krefeld
 Abb. 6 Staatsbibliothek Berlin
- A. W. Arbogast Abb. 1 Stadt Braunschweig — Kulturstadt, 1984
 Abb. 2 u. 9 aus: Die Heimat, Jg. 12, Krefeld 1933, S. 148 u. 145
- Abb. 3 aus: Neueste Länder- und Völkerkunde, 6. Bd: Holland und Westphalen, Prag 1809, Tafel 7
 Abb. 4—6 a.a.O.
 Abb. 7, 8 u. 10 Louis Spohr-Gedenk- und Forschungsstätte, Kassel
- U. Broicher Abb. 1—5 Service photographique de la Réunion des Musées nationaux, Paris; Copyright: Photo R. M. N.
- C. Reichmann Abb. 1 aus: Sparkasse Krefeld [Hrsg.]: Alte Krefelder Häuser und Winkel. Zeichnungen und Aquarelle von Agnes Kaiser aus den Jahren 1905—1919; Krefeld 1983, S. 83
 Abb. 2—23 C. Reichmann, Krefeld-Linn
 Abb. 1 Stadtarchiv Krefeld
 Abb. 1 I. Heyer, Krefeld-Bockum
 Abb. 1 u. 2 Pfarrarchiv der Alt-Katholischen Gemeinde Krefeld; Aufnahme: P. Schiffer, Krefeld
 Abb. 3—8 Pfarrarchiv der Alt-Katholischen Gemeinde Krefeld
 Abb. 9 Ansichtskarte; Schneider's Werbeverlag, München
- K.-P. Vosen Abb. 1 Stadtarchiv Krefeld
 F. Janssen Abb. 1 Archiv des Otto-Brües-Hauses, Krefeld
- U. Houben Abb. 1, 2, 6
 12, 14 u. 15 U. Houben, Kempen
 Abb. 3 Nordrhein-Westfälisches Hauptstaatsarchiv, Düsseldorf; Karte Nr. 314. Repro: Medienzentrum des Kreises Viersen Ke—IV—1082
 Abb. 4 Stadtarchiv Kempen, Ke—IV—1422
 Abb. 5 Archiv Herdringen; Genehmigung zur Veröffentlichung durch Freiherr Wenemar zu Fürstenberg vom 3. März 1992; Repro: D. Franke, Senden
 Abb. 6 Vervielfältigungsgenehmigung des Oberkreisdirektors Viersen — Katasteramt — vom 4. März 1992, Nr. 47392
 Abb. 7 Nordrhein-Westfälisches Hauptstaatsarchiv, Düsseldorf, Karte Nr. 2734. Genehmigung zur Veröffentlichung vom 25. Februar 1992
 Abb. 8 Archiv Fürstenberg-Stammheim, Ehreshoven; Signatur: 21/32. Genehmigung zur Veröffentlichung durch Archivberatungsstelle Rheinland, Pulheim-Brauweiler
 Abb. 9 u. 10 Archiv Fürstenberg-Stammheim, Ehreshoven; Signatur: 21/33; Genehmigung zur Veröffentlichung s. Abb. 8
 Abb. 11 Archiv Fürstenberg-Stammheim, Ehreshoven; Signatur: 21/19; Genehmigung zur Veröffentlichung s. Abb. 8
 Abb. 13 Stadtarchiv Kempen, Karte 542; Repro: Medienzentrum des Kreises Viersen, Ke—IV—1423
 Abb. 16 Frau Louven, Kempen
- J. Lilla Abb. 1 u. 2 Stadtarchiv Krefeld
 Personalien/Jubiläen Abb. 1 Th. Giesberts †

Die Autoren

Alois Wolfgang Arbogast, Grünkesweg 11, 47906 Kempen
Werner Böcking, Erprather Weg 32, 46509 Xanten
Marianne Boekels, Hauptstraße 11, 47918 Tönisvorst-Vorst
Dr. Ursula Broicher, Hohenzollernstr. 53, 47799 Krefeld
Dr. Oskar Burghardt, Taubenstr. 47, 47800 Krefeld-Bockum
Dr. Paula Coerper-Berker, Speemannsweg 3, 47506 Neukirchen-Vluyn
Dr. Reinhard Feinendegen, Gertrudisstr. 14, 47800 Krefeld-Bockum
Hans Peter Hansen, Steinstr. 53, 47798 Krefeld
Dr. Heribert Houben, Stresemannstr. 69, 47803 Krefeld
Ulrich Houben, Dipl.-Verm.-Ing., Tiefstr. 20, 47906 Kempen
Heinz Hüttenes, Alte Neusser Str. 78, 47807 Krefeld-Fischeln
Dr. Franz Janssen, Friedrich-Fröbel-Str. 7, 47804 Krefeld-Lindental
Angela Klein-Kohlhaas, Inrather Str. 794a, 47803 Krefeld
Ingrid M.-Th. Krierbein, Hermelinweg 4, 51109 Köln
Dr. Hanns Jürgen Küsters, Drachenfelsstr. 39, 53604 Bad Honnef
Joachim Lilla, Nordwall 66, 47798 Krefeld
Wilhelm Maas, Museumsleiter, Im schönen Winkel 23, 47506 Neukirchen-Vluyn
Friedrich Lothar Mand, Osterheide 35, 47918 Tönisvorst-St. Tönis
Georg Opdenberg, Dipl.-Verm.-Ing., Dionysiusstr. 166, 47798 Krefeld
Rudolf Pilger, Haselbuschweg 27, 47804 Krefeld-Forstwald
Dr. Christoph Reichmann, c/o Museum Burg Linn, Rheinbabenstr. 85, 47809 Krefeld-Linn
Dr. Hermann Steffens, Forstwaldstr. 740, 47804 Krefeld-Forstwald
Dr. Wilhelm Stratmann, Johann-Leonhard-Heinen-Str. 14, 47906 Kempen
Klaus-Peter Vosen, Kaplan, Cäcilienstr. 8, 40597 Düsseldorf-Benrath
Renate Wilkes, Fritz-Huhnen-Str. 17, 47799 Krefeld



Der Verein für Heimatkunde Krefeld gibt nicht nur
das Krefelder Jahrbuch „die Heimat“ heraus.

Er betreibt Heimatgeschichte, Heimatpflege und Heimatforschung jeder Art: Herausgabe von Schriften, historischen Karten, Abbildungen; Vorträge und Studienfahrten, Denkmal- und Stadtbildpflege; Natur- und Landschaftsschutz; Volkskundeforschung; Mundart- und Brauchtumpflege.

Werden Sie Mitglied oder werben Sie Mitglieder. Jedes Mitglied erhält für einen Jahresbeitrag von DM 30,- regelmäßig „die Heimat“ zugestellt und alle Einladungen zu den Veranstaltungen des Vereins. Formlose Anmeldungen (Postkarte) nimmt gerne entgegen: Dr. Reinhard Feinendegen, Gertrudisstr. 14, 47800 Krefeld-Bockum (☎ 50 31 70).

Wir machen den Weg frei

Bank-Teilhaber durch Mitgliedschaft.

Bei uns bestimmen Sie
mit. Als Bank-Teilhaber
und gleichberechtigtes
Mitglied. Das Konzept
hat Zukunft!



Ⓜ Volksbank Krefeld von 1897 eG

Ⓜⓧ Raiffeisenbank Uerdingen-Fischeln eG

Postgiro Köln 556-505

MISEREOR

**LIEBE
DIE
FREMDEN
WIE DICH
SELBST**



ZINSEN
für eine gerechtere Welt



MISEREOR
ENTWICKLUNGSSPAREN

Bitte informieren Sie
mich kostenlos und
unverbindlich über
das MISEREOR-
Entwicklungssparen:

Name

Strasse

PLZ, Ort

MISEREOR, Postfach 1450
52015 Aachen



GEHT'S UM GELD?

SKredit

Der finanzielle Spielraum, den man braucht

Unverhofft kommt oft: Der Wunsch nach einer Neuanschaffung; das Pech einer überraschenden Reparatur; die Notwendigkeit einer größeren Investition.

Um was es im einzelnen auch

geht – mit einem **S**Kredit von der Sparkasse Krefeld läßt sich vieles sofort regeln. Fragen Sie uns. Wir helfen Ihnen gerne:

Einfach, schnell und selbstverständlich.

wenn's um Geld geht . . .

Sparkasse Krefeld **S**



Ein Zeichen guter Nachbarschaft

Das weithin sichtbare Bayerkreuz ist Wahrzeichen unseres Uerdinger Werkes am Niederrhein.

Hier stellen wir mehr als 2000 Produkte für viele nützliche Einsatzgebiete her: zum Beispiel mannigfaltige Sorten von Pigmenten für farbiges Bauen sowie zahlreiche Kunststoffe für Auto und Haushalt.

Die umweltgerechte und ressourcenschonende Produktion steht dabei für uns im Vordergrund. Für diese verantwortungsvolle Tätigkeit werden unsere qualifizierten Mitarbeiter in regelmäßigen Schulungen weiter fortgebildet.

Zudem gilt es, die Produktionsverfahren ständig an den neuesten Stand der technischen Sicherheit anzupassen.

Denn als eines der führenden Unternehmen der chemisch-pharmazeutischen Industrie fühlen wir uns verpflichtet, mit unserer Kompetenz verantwortungsvoll umzugehen - auch als Zeichen einer guten Nachbarschaft mit Uerdingen.

Wenn Sie weitere Informationen über Bayer wünschen, schreiben Sie bitte an: Bayer AG, Werksverwaltung Uerdingen, Postfach 166, 47812 Uerdingen, oder rufen Sie uns an: 0 21 51 / 88 - 55 60

Bayer 

Kompetenz und Verantwortung